

BRUNNE

INFORMATIONEN
DER BREMER GRUPPE
ARBEITERPOLITIK

AN UNSERE LÄSEER

Januar 1963 – Mai 1965

Inhaltsverzeichnis

Januar 1960

Rundbrief der Gruppe ARBEITERPOLITIK Bremen S.

Januar 1960

Das Ende der großen Koalition in Bremen S.2
Preis- und Spartheorie, wie Kaisen und K.-H. Götze sie
verstehen S.4
Eine böse Weihnachtsüberraschung bei EDUSCHO S.6
Stimmen aus dem Leserkreis S.8
Brief an unsere Freunde von Heinrich Brandler S.9

März 1960

Klöckner contra SPD S.1
Leserbrief zur Automation bei EDUSCHO S.3
Auch hier Automation S.4
Einer, der es ernst nahm S.4
Kontaktfragen im Spiegel der Zeitung "Die Welt" und
der "Bremer Bürgerzeitung" S.5
Heinrich Brandler: Politische Momentaufnahme S.5

Mai 1960

Herr Adenauer reformiert die Krankenversicherung S.1
Das Godesberger Programm der SPD S.3
Heinrich Brandler: Rings um die Gipfelkonferenz S.11
Die Gemeindewahlen im schwarzen Bayern S.14
Zum 1. Mai in Bremen - eine kleine Betrachtung S.15
GESTAPO im Bremer Ausgleichsamt S.16

Juli 1960

Die CDU hält ihr Wahlversprechen - Das Wohnungsabbaugesetz
Kriegstänze der Reformier S.3
Heinrich Brandler: Nach der Gipfelkonferenz S.5
Der Staat und der VWK S.12
Bremer SPD - Kämpfer für den Antikommunismus S.13
.... auch bei den Bremer Falken S.14
Von der Wiege bis zur Bahre - Formulare S.14
MÄNNERSTOLZ - oder - Der Neue Senator! S.16

Oktober 1960

Heinrich Brandler: Weltpolitisches Wetterleuchten S.1
"Schlamm" im Bremer Berufsschulzentrum S.8
Kaisen - Schrittmacher der neuen und doch so alten Welle S.10
Lloyd entläßt Arbeiter S.13
Bremer Straßenbahn wieder teurer S.15
"Reform der Reform!" S.16
Bert Brecht: Fragen eines lesenden Arbeiters S.18

Februar 1961

Möglichkeit ist noch nicht Wirklichkeit S.1
Der Appell von Hannover S.7
Nachruf Paul Wegner S.16

Mai 1961

Kennedy: Drei Monate neuer Kurs S.1
Borgward - ein Riß im Fundament S.9
Zwei Aufmärsche S.14

Anfang Juli 1961

Zum 80. Geburtstag von Heinrich Brandler	S.0
Propagandalärm aus der Sackgasse	S.1
Natowellen am Weserstrand	S.6
F.C. Weiskopf: Das Gesicht	S.11
Wir stellen zur Diskussion: Das Arbeitsgesetzbuch der DDR	S.12

September 1961

Propagandapolitik erschrockener Schreckensmänner	S.I
Leserbrief zum DDR-Arbeitsgesetzbuch	S.VI
Der Mensch im Mittelpunkt - der Borgwardpleite	S.1
Die letzten Flüchtlinge?	S.4
Letzte Meldung zu Borgward	S.7

November 1961

Wohin treiben wir?	S.1
Wenn das Fließband steht	S.9
Hermann Lücke - ein Opfer auf dem Altar des Antikommunismus der SPD	S.11
Volkmarsch der Sozialisten in Norwegen	S.13

Februar 1962

Rückblick und Ausblick	S.1
IG Bau ohne Fundament	S.10
Bremer Jahresrückblick 1961	S.12
Zur Hamburger Bürgerschaftswahl	S.15
Karl Grönsfelder - 80 Jahre alt	S.18

Mai 1962

Werden wir in die Katastrophe geblufft?	S.1
Die Lohnbewegung in der Metallindustrie und ihre Lehren	S.10
Die große Illusion und ihr Ende	S.13
Sturmflut wurde zur Katastrophe	S.16
Nachruf Willy Deisen	S.18

Juli 1962

Geschäftiger Leerlauf	S.1
Die Mär vom Maßhalten	S.8
1. Mai in Berlin und Hamburg - Ist eine Linke im Werden?	S.14

September 1962

Verboten der Überproduktionskrise	S.1
Auszüge eines Berliner Leserbriefs	S.10
Die Angriffsfrent des Kapitals - Strategen und Clowns	S.11
Die Schlieker-Pleite	S.13
Eine Denkschrift - schlecht durchdacht	S.20

November 1962

Kennedy's Showdown	S.1
Jens Daniel: Weltmachtspolitik aus dem Sattel (Abschrift aus dem "Spiegel" Nr. 44 vom 31. Oktober 1962)	

Inhalt

Januar 63	Kennedy trumpft auf	1
	Bayernwahl und Bonner Krise	9
	"Links" und "Rechts" in den Gewerkschaften	13
	Sterilisierte Opposition	17
	Stimmungsbericht über Hamburger Protestdemonstrationen gegen die Spiegel-Aktion	19
	DGB-Jugendforum am 26. November in Bremen	21
März 1963	Zwischen den Krisen der beiden Weltlager	23
	Kampf im Dunkeln	36
	Bankrotteure in der IG Bau	39
	Zum 4. Februar (1919 in Bremen)	42
	In die Defensive gedrängt	43
	Die geschlagene Reaktion	45
	Emma Grönsfelder 80 Jahre alt	47
Mai 1963	Weltpolitik in der Sackgasse	48
	Die Lohnbewegung der IG Metall und ihre Lehren	57
	Betriebs- und Bundesklima? - Schauertätigkeit!	63
	Der 1. Mai 1963 in Hamburg	66
	Der 1. Mai in Bremen	67
	Denunziation	70
	Kampftag der Arbeit in Bremen	70
	Gottesdienst am Tag der Arbeit	72
September 63	Tarnversuche der Politik in der Sackgasse	73
	Bremer Bürgerschaftswahl am 29. 9. 1963	82
	Kleines Intermezzo in den Amtsstuben der SPD	85
	SPD-Deutschlandtreffen - 100 Jahre SPD	88
Dezember 63	"Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."	93
	Das Programm des DGB	100
	Parlamentskrise in Norwegen	104
März 1964	Karl Grönsfelder zum Gedenken	107
	" Wenn ich an Europa denke, in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht."	109
	Hinter verschlossenen Türen	117
	Nachwehen der Flutkatastrophe	122
	Der Film: "Asche und Diamant"	125

Mai 1964	Es wird fortgewurschtelt	127
	Ostermarsch 1964 - Lübeck / Hamburg	136
	1. Mai 1964	140
	" Der Stellvertreter " in Bremen	142
August 1964	<u>Hauptmächte des Kapitalismus:</u>	
	Klassenkämpfe und Bürgerkriege in Amerika	144
	Der Nachkriegskapitalismus in der BRD	148
	<u>Fluch der Gegenwart: Das kapitalistische System</u> als Wurzel des Faschismus	152
	<u>Jugend und Wiedervereinigung: Wünsche und Realitäten</u>	156
	<u>Opposition gegen Bremer Wohnungsbau: Kampf der Re(d)-</u> aktionäre	158
	<u>Pazifismus und Krieg: " Für eine Welt ohne Waffen "</u>	160
	Leserbrief zum 1.5.64 aus Nürnberg	161
	<u>Anhang: Präsident Johnsons Strafexpedition</u>	162
November 64	<u>Die drei lokalen Krisen:</u>	164
	Zum Sturz Chruschtschows	165
	Die neue Labour - Regierung	168
	Zur ersten chinesischen Atombombenexplo- sion	171
	Nürnberger Stellungnahme zum Chruschtschow - Sturz	172
	Krieg und Frieden. Die Ursachen der westdeutschen Remilitarisierung	173
	<u>Information: Tjaden's "KPD-Opposition"</u>	179
Februar 65	Zum 4. Februar 1919	180
	<u>Weltpolitische Übersicht: Betrachtungen zur Lage</u>	181
	<u>Auszüge aus einem Gruppenreferat: Aspekte zum Osthandel</u>	187
	<u>Vermögensbildung: Beteiligung am Zukunftsrisiko</u> der kapitalistischen Ordnung	191
	<u>Sozialgesetzgebung: Das unzustellbare Paket</u>	193
	<u>SPD-Parteitag 1964 in Karlsruhe: Die große Illusion</u>	195
Mai 1965	Vor 20 Jahren... (Thalheimer)	200
	<u>Weltpolitische Übersicht: Angst und Verwirrung</u> Der Krieg in Vietnam - Weichenstellung der Weltpolitik	201
	<u>Verjähmung: Müssen wir mit Mördern leben ?</u>	212
	Tarifaueinandersetzungen im Bundestags-Wahljahr	216
	Versucht die SPD die Angestelltenarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu beeinflussen ?	217
	Maikundgebung in Nürnberg	219
	Bremen: "Kampftag der Arbeit"	221
	<u>Nachtrag: USA überfallen Dominikanische Republik</u>	223

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Kennedy trumpft auf
Bayernwahl und Bonner Krise
"Links" und "Rechts" in den Gewerkschaften
Sterilisierte Opposition
Stimmungsbericht über Hamburger Protestdemonstrationen gegen die Spiegelaktion
DGB-Jugendforum am 26. November in Bremen

Kennedy trumpft auf

Dem Sieg Kennedys über Chruschtschow in Kuba folgt das Leisetreten Chruschtschows in Berlin. Der seit vier Jahren lautstark, halb ultimativ geforderte Friedensvertrag mit den zwei deutschen Staaten wird zu den Akten gelegt. Der geforderte Abzug der alliierten Truppen aus Berlin wird durch das Angebot des Ersatzes der alliierten Truppen durch Unotruppen ersetzt. Auch die Umwandlung der Frontstadt Berlin in ein neutralisiertes, von der Bundesrepublik unbeeinflusstes Berlin ist auf unbestimmte Zeit verschoben. Chruschtschows Deutschlandpolitik scheitert wie seine Kuba-Politik. Kennedy lehnt alle Forderungen ab. Er bleibt mit seinen Truppen in Berlin "zum Schutze der Berliner Bevölkerung". Chruschtschow zog seine Raketen und Überschallflugzeuge, die er zum Schutze Kubas gegen militärische Angriffe geschickt hatte, unter dem Druck des Ultimatums Kennedys zurück. In der Fernseh-Schaustellung erklärte Kennedy, daß die USA das Kuba-Unternehmen Chruschtschows nicht als Absicht der Sowjets deuteten, die Angriffswaffen gegen Amerika zu gebrauchen, aber mit ihnen politisch das Weltgleichgewicht zu verändern. Deshalb verhinderten die USA die Installierung, bevor die SU die vollendete Maßnahme ankündigen und propagandistisch ausnützen konnte.

Ist der verschiedene Ausgang der Aktionen Folge der absolut überlegenen Macht der USA über die Sowjetunion? Wir glauben nicht, Sie ist Folge des verschiedenen Herangehens an die Aktionen. Kennedy wartet mit seiner Aktion bis er sich die Übermacht zur Kraftprobe geschaffen hatte. Chruschtschow redet Jahre und Monate davon, was er künftig tun wird - in Kuba mit dem Angebot der Raketenhilfe, in Berlin mit dem Friedensvertrag und der Vertreibung der alliierten Truppen aus Berlin. Chruschtschow prahlt mit künftigen Taten und vergißt darüber, sie gründlich vorzubereiten. Kennedy prahlt nicht einmal nach dem Siege. Das beweist seine raffinierte Fernseh-Schaustellung in der Dienstagnacht. Er sagt.

"Frage: Viele Leute, unter ihnen eine ganze Reihe von Sowjetexperten, die einige Kenntnis von der Sowjetunion besitzen, haben gesagt, daß ein amerikanischer Präsident Chruschtschow schützen müsse, denn

Chruschtschow sei der beste sowjetische Ministerpräsident, den wir jemals haben könnten....

Antwort: Nein, ich glaube nicht, daß es unsere Aufgabe ist, Herrn Chruschtschow zu schützen. Dieses Argument, daß sein Nachfolger schlimmer sein würde - nun, ich weiß nicht, wie sein Nachfolger aussehen würde, aber ich glaube, daß es unsere Pflicht ist zu versuchen, unsere lebenswichtigen Interessen zu schützen, die Sicherheit der freien Welt zu schützen und Chruschtschow unsere Absicht eindeutig genug wiesen zu lassen, damit er seinen Angelegenheiten in einer Weise nachgehen kann, die unsere Sicherheit nicht gefährdet und nicht zum Kriege führt. Wir möchten es nicht, daß unsere Sicherheit durch einen Krieg geschützt werden muß. Aber Chruschtschow muß wissen, daß es für die Vereinigten Staaten lebenswichtige Interessen gibt, für die sie kämpfen werden. Und wenn er und die Kommunisten und die SU jetzt ihre Kraft darauf verwenden wollen, zu demonstrieren, wie sich ihr System in der Sowjet-Union bewährt, so scheint mir, daß seine lebenswichtigen Interessen leicht mit der ihm zur Verfügung stehenden Macht geschützt werden können und daß wir eine lange Zeit des Friedens haben könnten. Dann könnten wir ein Urteil darüber fällen, welches System bessere Arbeit leistet."

Kennedy nützt das Prestige, das er in den Vereinigten Staaten und weltpolitisch durch seinen Sieg über Chruschtschow gewonnen hat, um die sogenannten Verbündeten der USA, besonders die Natomitglieder, ideologisch von dem Wahn zu kurieren, sie könnten die USA mit Beschwerden belästigen, weil und wenn die USA nicht bereit ist, für ihre engen Sonderbedürfnisse einen Atomkrieg mit der Sowjet-Union zu riskieren. Auf die Nato-Tagung schickte er seinen Außen- und Verteidigungsminister, um die Nato umzugruppieren zum verstärkten Kampf gegen die Weltgefahr des Kommunismus. Deshalb müsse Schluß gemacht werden mit den Einbildungen der Satelliten der USA, sie könnten eigene selbständige nukleare Waffen sich anschaffen oder über die der USA nach Belieben verfügen. Die Liquidierung der Engländer als selbständige Atomkraft-Macht wird beschleunigt durch die Einstellung des Weiterbaus der Skybold-Rakete. Die Labourregierung bestand auf die eigene, unabhängige Atombewaffnung in der Einbildung, sie könne dadurch wenigstens zweite Weltmacht neben der USA bleiben nach dem Verfall des britischen Imperiums. Die Selbständigkeit auch als zweite Weltmacht hört auf, wenn sie nicht imstande ist, die entscheidenden Waffen selbst zu erzeugen, sondern sie sich von einer größeren Macht liefern lassen muß. Auch wenn auf den Besprechungen zwischen Kennedy und Macmillan Zwischenlösungen eingeschaltet werden sollten, ändert das nichts an der Liquidierung der Briten als selbständige Atommacht..

Anstelle der Sonderwünsche der verschiedenen Natomitglieder fordert die USA die Umrüstung der Natotruppen auf moderne konventionelle Waffen. Raschere Einsatzfähigkeit und Vermehrung der Natotruppen. Von der Bundesrepublik wird z.B. die Erhöhung der Truppenzahl auf 750 000 Mann verlangt. Desgleichen neue Milliarden zur Durchführung dieser neuen Forderungen. Diese Vorschläge der Kennedy-Regierung fanden wenig Gegenliebe auf der Natotagung. Neben den erhöhten Kosten beinhaltet diese Umgruppierung die Verhinderung der Befreiung der 17 Millionen in der DDR und der Korrektur der Oder-Neiße-Grenze.

Die rabiatesten Revanchisten werden kaum versuchen, nur mit konventionellen Waffen ihre "nur friedlichen Forderungen" mit Gewalt zu verwirklichen. Atomwaffen als Schild, nicht als Schwert, beinhalten den Auftrag, 90 Tage lang ohne Unterstützung mit nuklearen Waffen zu kämpfen. Diese Umgruppierung der Nato ermöglicht es den Vereinigten Staaten, sich als Beobachter solange außerhalb der Schußlinie zu halten aus der Erprobung der alten Zurückdrängungstaktik. Darüber berichtet eine Diskussion über einen Artikel des Truman-Außenministers

Acheson. Er schrieb:

"Ich bin davon überzeugt, daß es gefährlich und nicht notwendig ist, die Teilung Europas entlang der Helmstedt-Linie zu akzeptieren."

Dazu schreibt Marguerite Higgins in der "Welt" vom 14.12.1962:-

"Acheson ging sogar noch weiter und überlegte, ob die Bundesrepublik nicht, gestützt und gleichzeitig gezügelt durch ihre Allianz mit den Westmächten, der Hebel werden könne, durch den die Sowjets aus Osteuropa hinausgeschoben werden können. Aus diesem Grund sei es so wichtig, daß Deutschland und mit ihm die Nato überhaupt ihre konventionellen Streitkräfte verstärken. Denn - so meint Acheson - die Macht Moskaus in der Ostzone stützt sich hauptsächlich auf die Überlegenheit der konventionellen sowjetischen Streitkräfte an der Westfront des kommunistischen Blockes. Wäre diese Überlegenheit aufgehoben, könnte der Tag kommen, an dem der Kreml es nicht mehr als weise betrachten würde, im Falle des Falles für Ulbricht zu intervenieren.....Es stimmt, weder der Präsident, noch Außenminister Rusk wußten vorher, was Acheson sagen würde. Aber das ist kein Maßstab dafür, wieweit diese Rede ein Vorbote für neue Gedanken des Kennedy-Teams sein könnte. Der einzig akzeptierbare Maßstab ist der Vergleich zwischen der offiziellen Reaktion heute mit dem, was vor einem Jahr geschehen wäre. So war es interessant, daß Rusk lediglich feststellte, er als Außenminister hätte die Dinge vielleicht etwas anders ausgedrückt. Außerdem ist auch richtig, daß Rusk den Hinweis Achesons auf verstärkte konventionelle Streitkräfte zum Kernpunkt der Rede deklarierte."

Die Ermöglichung solcher Befreiungskriege ist der Kern der Umrüstung der Nato-streitkräfte in Europa.

In Bremen und Nürnberg haben einige Leser unseres letzten Briefes, in dem wir zu den Ereignissen um und in Kuba Stellung nahmen, kritisiert, daß wir den Ausgang eine Niederlage für das kommunistische Lager nannten. Die Kritiker erklärten: "Das Ergebnis sei die Vermeidung des nuklearen Krieges und das sei doch keine Niederlage, sondern ein Sieg. Die Alternative zu diesem Sieg sei doch der Atomkrieg." Diese Kritik betrachtet die vorläufige Vermeidung des Atomkrieges isoliert, außerhalb des Gesamtzusammenhanges - und bezieht unsere Beurteilung der Kubapolitik Chruschtschows nur auf den zeitweiligen Verzicht auf den Präventivkrieg der USA gegen Kuba. Da Kennedy auf der ständigen Kontrolle Kubas besteht, die Castro ablehnt, obgleich Chruschtschow die Raketen und Überschall-Flugzeuge abgezogen hat, ist zumindest die provokative Flugzeugkontrolle und die Gefahr der Bombardierung Kubas durch die USA unter irgend einem Vorwand noch nicht beseitigt. Wir hatten nach einer notwendig knappen Darstellung der Entwicklung Kubas und der wiederholten Hilfeangebote Chruschtschows folgendes geschrieben:

"Es gab in dieser Lage für die SU keinen anderen Ausweg als den überstürzten Rückzug zu den Bedingungen Kennedys. Damit ist die Ausweitung der Kuba-Krise zum dritten Weltkrieg vermieden worden. Das ist eine positive Bestätigung der wiederholten Erklärungen der SU, daß sie niemals als erste zum Atom-Waffenkampf greifen wird. Das wird bei den Millionen Friedensfreunden, die die Abrüstung bei der SU wie bei den kapitalistischen Kriegsvorbereitern fordern, lebhaft begrüßt werden. Aber das genügt nicht. Es gilt die Ursachen zu beseitigen, die das sozialistische Lager in diese Zwangslage manövrierten."

Einige unserer Kritiker bewerten unser Zitat aus dem Programm der KPdSU, womit wir die gefährliche Überschätzung der Kampfkraft und Kampfbereitschaft der Werktätigen der kapitalistischen Länder durch Chruschtschow beweisen, als "nicht wichtige Propaganda". Das scheint uns eine unmögliche Einschätzung der Propaganda von Sozialisten und Kommunisten zu sein. Wenn dies von ihnen praktiziert würde, müßten beide auf die Stufe der zynischen Volksbetrüger à la Hitler geraten.

Das Versprechen Chruschtschows der Raketenhilfe zur Abwehr jedes neuen Überfalls auf Kuba hat zweifellos das Kraftbewußtsein der Kubaner und der lateinamerikanischen Werktätigen, die mit Kuba sympathisieren, gestärkt. Die Nicht-einlösung des Versprechens muß zu einer schweren Enttäuschung der Kubaner und Lateinamerikaner führen und darüber hinaus die Politik des sozialistischen Blocks unglaubwürdig machen.

Mit dem jetzt von Chruschtschow organisierten Gerede von der Notwendigkeit von Kompromissen ist nicht die falsche Politik zu entschuldigen, die in die Zwangslage zu schlechten Kompromissen führt. Ein Sozialist oder Kommunist, der Kompromisse prinzipiell ablehnt, ist weder klarer Sozialist noch Kommunist. Schon Engels setzt sich mit den Anarchisten über die Notwendigkeit von Kompromissen auseinander, nicht nur Lenin. Aber weder Marx noch Lenin haben einen Kompromiß mit einem solchen Inhalt abgeschlossen. Trotzdem klagen wir Chruschtschow nicht wegen des Kompromisses an, sondern fordern die Korrektur der falschen Politik, die zu dem Kompromiß zwang. Erster Fehler die Überbewertung der Raketen- und Waffenhilfe überhaupt zum Zwecke der Unterstützung von Gebieten, die sich zum Sozialismus entwickeln. Das bedeutet nicht die Ablehnung von Waffenhilfe unter allen Umständen. Wir klagen Chruschtschow an, die objektiven Bedingungen für die Anwendung von Raketenhilfe für Kuba nicht geprüft zu haben. Bei der Nähe des Kampfplatzes an den Ufern der USA war der Raketeneinsatz nur wirksam, wenn er eine Massenbewegung der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten gegen die Angriffspolitik der herrschenden Klasse hätte unterstützen können.

Wir erschrecken, als wir von der ersten Ankündigung der Raketenhilfe Chruschtschows für Kuba hörten. Wir mußten auf sofortige Warnung in der Öffentlichkeit verzichten, weil uns die Publikationsmöglichkeiten fehlten und fehlen.

Zweitens, die Überschätzung der militärischen Waffenhilfe ist Folge des Unverständnisses Chruschtschows für die Auswirkung der Wohlfahrtsstaatspolitik auf der Basis der Arbeitskraft als Mangelware und Vollbeschäftigung. Die Entwicklung des Nachkriegs-Kapitalismus beweist, daß der Kapitalismus noch nicht alle Möglichkeiten, die ihm innewohnen, erschöpft hat. Die Wirkung der Verschmelzung der Konjunktur zur Befriedigung der Nachholbedürfnisse aus dem zweiten Weltkrieg mit der Rüstungskonjunktur zur Vorbereitung des dritten Weltkrieges bilden die Grundlagen der langanhaltenden Profitkonjunktur. In USA und in England hat diese monopolkapitalistische Politik bereits zu Stagnationserscheinungen und Massenarbeitslosigkeit geführt. In der Bundesrepublik schafft die Konkurrenz des Öls als billiger Ersatz für Kohle Toilkrisen. So die Automatisierung der Textilindustrie, die zur Beseitigung der Hälfte der in der Bundesrepublik vorhandenen Textilbetriebe geführt hat. Die bevorstehende Liquidierung von 300 000 Bauernwirtschaften als Folge der technischen Revolution der Agrarwirtschaft hat erst schwache Rückwirkungen auf das Denken der Arbeiter in der Richtung zum Klassenbewußtsein und ermöglicht die gedankenlose Tolerierung dieser Wohlfahrtsstaatspolitik. Wenn die Versuche des Monopolkapitalismus unter Führung der USA ^{von} gelingen, in den der Kolonialherrschaft befreiten Gebieten in Afrika und Asien neukoloniale Formen zu schaffen, ergeben sich neue Möglichkeiten zur Verlängerung der Lebensdauer des Kapitalismus. Diesem Zweck dient das übernationale Monopol, die EWG, als wirtschaftspolitische Basis des Atlan-

tikpaktes.

Die Unkenntnis der Einflüsse der Wirtschaft und Politik des Monopolkapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg, wie sie im Programm der KPdSU und in dem Dokument der Einundachtzig enthalten ist, ist die Grundlage der irrigen Auffassung Chruschtschows, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder sei willens und bereit, die Friedenspolitik der SU zu unterstützen und fähig, ihre eigene herrschende Klasse zu zwingen, auf die Vorbereitung und Führung des Krieges gegen den sozialistischen Block zu verzichten. Entspräche Chruschtschows Auffassung von der Kampfbereitschaft der entscheidenden Schichten der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern oder gar in den USA, deren tatsächlichen Kampfbereitschaft, würde sich seine Raketenverteidigung Kubas nicht in eine Niederlage Chruschtschows, sondern in eine Niederlage Kennedys verwandelt haben. Nicht wegen der Wirkung der Raketen, sondern wegen der Aktion der Arbeiterklasse gegen ihre eigene herrschende Klasse.

Aber die Arbeiterschaft der USA hat kein revolutionäres Klassenbewußtsein, sondern toleriert die Herrschaft des Monopolkapitalismus solange, wie dieser imstande ist, den entscheidenden Schichten der Werktätigen mehr oder weniger kleinbürgerliche Existenzbedingungen zu geben. Zum Niederhalten der rebellierenden Arbeitslosen, Kurzarbeiter, Neger und Jamaikaner reicht ihre Polizeimacht. Der Mangel dieses Klassenbewußtseins ist nicht das Resultat der Machenschaften verräterischer rechter Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer, sondern der Reflekt der Lebensbedingungen, die der zeitgenössische Kapitalismus unter den heutigen Bedingungen geben kann. Soweit man von einer Art Klassenbewußtsein in breiteren Schichten der Werktätigen der kapitalistischen Länder sprechen kann, beschränkt er sich auf eine gewisse Ideologie und eine gewisse Kampfbereitschaft zur Verbesserung ihrer Existenzbedingungen im Rahmen der vorhandenen kapitalistischen Ordnung. Aber dieser Kampf gibt der Arbeiterschaft heute nicht einmal ein Klassenzusammengehörigkeitsgefühl, das zur Bildung als Klasse genügt, um den parlamentarisch-politischen Kampf, ergänzt durch außerparlamentarische Aktionen, als Klasse zu führen, wie zur Zeit der zweiten und zweieinhalften Internationale. Die gegenwärtige Beschränkung auf Teilforderungen spaltet die Arbeiter in bloße Anhänger dieser Teilforderungen und (parlamentarisch) in Anhänger von sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien. Daran ändert das Verhalten breiter Werktätiger unter Führung der Kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich nichts. Denn sogar die KPF kann die Massen nur mit der Losung des Kampfes für eine "erneuerte Demokratie" ansprechen und zu Tageskämpfen im Rahmen der Herrschaft de Gaulles aufrufen, um sie in diesen Kämpfen führen zu können. Dies, obgleich 1/3 der französischen Wähler die Wahl boykottierte, weil sie jeden Glauben an die Möglichkeit der parlamentarischen Demokratie der vierten Republik und einer erneuerten Demokratie verloren haben. Man kann hunderte Male revolutionäre Losungen proklamieren, solange die objektive Lage in Kreisen der Werktätigen keine Bereitschaft zum revolutionären Kampf schafft, d.h. ein Bedürfnis, gegen die gesamte Herrschaft des Kapitalismus, statt nur um Einzelforderungen innerhalb ihrer Herrschaft zu kämpfen, sind alle solchen Aufrufe vergeblich. Wenn man auf Grundlage von nur eingebildeter Kampfkraft der Arbeiterklasse Experimente macht, enden sie notwendigerweise in Niederlagen.

Drittens, Chruschtschow hält sich für einen Leninisten. Wegen seiner rethorischen Fähigkeiten und seinem schlagfertigen Mutterwitz wird er von vielen Kommunisten als solcher geschätzt. Man erkennt seine Fehler nicht, und soweit man sie fühlt, entschuldigt man sie. Neben mir als Beispiel Chruschtschows Wirkung in der Sowjetunion.

Er unternahm eine mächtige Propaganda für die Erschließung jungfräulichen Bodens. Verzichtete aber auf die sorgfältige Vorbereitung der Aktion. Er fordert

heute zum Lernen bei den Kapitalisten auf. Er hat nicht von ihnen gelernt, obgleich man ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, wie in Amerika unüberlegte Bodenbearbeitung zur Versteppung führte. Von russischen Sachverständigen wurde er auf die Gefahren bei der Erschließung jungfräulichen Bodens aufmerksam gemacht, die vom Ausland bereits gelehrt wurden. Jetzt hat die überhastete Art der Erschließung neuen Bodens zu den vorhergesagten Resultaten geführt. Der Boden wird unfruchtbar und versteppt.

Hier zeigt sich, wenn ein richtiger Gedanke ein klein wenig übertrieben wird, wird ein Fehler daraus. Aber Chruschtschow schickt Sündenböcke in die Wüste und die Warner werden als Anhänger des Stalinismus, als Parteiliebe - zwar nicht mehr liquidiert - sondern zu niedriger Arbeit in die Provinz verbannt.

Die Chinesen, die geradezu ein Musterbeispiel abgeben, eigene Fehler bei sich zu korrigieren, um eine falsche Praxis ins richtige Geleise zu bringen, taten dies vorsichtig gegenüber der Chruschtschow-Politik. Sie werden deshalb als Doktrinäre, als Feind Nr. 2 gegenüber Feind Nr. 1, den Revisionisten, den Jugoslawen beschuldigt. Sie werden angeklagt, die Welt in einen Atomkrieg zu stürzen, weil sie den amerikanischen Imperialismus einmal als Papiertiger bezeichneten. Sie taten das, als er sich in Korea als solcher entpuppte. Er erwies sich als "Papiertiger", weil die Chinesen in Korea nicht Raketen und Überschall-Flugzeuge gegen die Amerikaner mobilisierten, aus dem einfachen Grunde, weil sie sie gar nicht hatten, sondern die breiten, revolutionären Massen organisierten, die trotz waffentechnischer Unterlegenheit über den militärisch weit überlegenen Gegner siegen konnten. Chruschtschow verhält sich in dem Grenzkonflikt zwischen Indien und China unkommunistisch gegenüber China. Chruschtschow unterstützte Indien durch den Bau von Stahlwerken und Lieferung von Flugzeugen. Der chinesisch-indische Grenzkonflikt kam diesen richtigen Versuchen, Indien zu unterstützen gegenüber der Abhängigkeit vom anglo-amerikanischen Neukolonialismus, in die Quere. Aber das entschuldigt nicht, wenn er nach dem Akutwerden dieses Grenzkonfliktes am Himalaja bereit ist, die vorher bestellten Flugzeuge zu liefern. Wenn diese Behauptung Nehrus den Tatsachen entsprechen sollte, dann ist von der Chruschtschow-Politik ein tiefer Riss in die Reihen der Kommunisten getragen worden, der weit über die ideologischen Meinungsverschiedenheiten hinausgeht.

Die Haltung der Chinesen ist korrekt; Sie entspricht der richtigen Einschätzung der Kräfteverhältnisse durch die Chinesen, im Grenzkonflikt wie im Korea-Krieg und im Kampf mit der USA, den diese in Stellvertretung durch Tschiang Kai-schek in den Küsteninseln führt. Bevor wir eigene Berichte über den chinesisch-indischen Grenzkonflikt hatten, hatten wir Zweifel, ob die Chinesen den rechten Zeitpunkt gewählt hatten, weil alle Meldungen in deutschen, französischen und britischen Zeitungen fälschlicherweise von einem Angriff der Chinesen berichteten. Jetzt ist einwandfrei geklärt, daß die Chinesen nur den von Nehru befohlenen Angriff zurückgeschlagen haben. Es wiederholt sich hier, was 1950 in Korea gespielt worden war. Nur mit dem Unterschied, daß die Chinesen, nachdem sie den Angriff der Inder zurückgeschlagen hatten, freiwillig sich über ihre von den Indern angegriffenen Stellungen zurückziehen und erneut friedliche Verhandlungen - wie wiederholt zuvor - zur Schlichtung der Grenzfrage vorschlagen.

Es hat nie eine von den Indern und China vereinbarte Grenze gegeben. Die sogenannte Macmahon-Linie ist von der Kolonialmacht England aufgestellt, aber weder von den alten chinesischen Regierungen vor dem Sieg der chinesischen Revolution, noch von der chinesischen Revolutionsregierung anerkannt worden. Nur die tibetanischen Vasallen konnten die Briten zur Anerkennung der nur auf der Landkarte eingezeichneten Grenze zwingen. Da Tibet auch damals indische Provinz war, ist diese Anerkennung ungültig. Diese auf der Karte angezeichnete Grenze ist nie von britischen Kolonialsoldaten oder indischen Beauftragten

besetzt worden. Auf diese erzwungene Zustimmung der tibetanischen Satelliten der britischen Kolonialherren stützt Nehru die Behauptung, die Chinesen hielten indisches Gebiet besetzt. Die Chinesen haben in Ladakh die alte Handelsstraße von China über Tibet nach Europa modern ausgebaut. Aber die Inder führen davon erst, als die Chinesen in ihren Zeitungen die Fertigstellung der Modernisierung der alten Handelsstraße meldeten. Das bestätigt die Darstellung der Chinesen, daß dies angeblich indisches Gebiet weder von Indern militärisch besetzt, noch jemals bewohnt gewesen war und ist. Auch nach der tibetanischen Unterschrift blieb es tibetanisches und nicht indisches Gebiet. Die gewohnheitsmäßige Grenze war und ist meilenweit südlich von dem jetzt von Chinesen besetzten Gebiet und der Straße, die sie in viertausend Meter Höhe modernisiert haben und ihre Verbindung zur chinesischen Provinz Sinkiang bildet, entfernt.

Am 12. Oktober hat Nehru die angeblich von den Chinesen besetzten Gebiete zu befreien befohlen. Am 14. Oktober fordert Krischan Menon als Verteidigungsminister den letzten Mann, das letzte Gewehr zum Kampf gegen China. Am 17. Oktober beginnen die schweren Artillerie-Angriffe der Inder auf die Stellungen der Chinesen in West und Ost gleichzeitig. Am 18. Oktober erklärt das Verteidigungsministerium Indiens, daß die indischen Grenztruppen die Chinesen zwei Meilen zurückgetrieben haben.

Wie die Chinesen diesen Angriff abgewiesen haben, ist auch in der deutschen Presse berichtet worden auch, daß die Chinesen nach der Abwehr des Angriffs sich freiwillig zurückgezogen haben, um den Grenzstreit in Verhandlungen zu regeln.

Die ideologischen Differenzen zwischen den Chinesen und Chruschtschow wurden bisher durch Angriffe auf die Albaner und Jugoslawen getarnt. Nach den direkten Angriffen auf die Chinesen auf der Moskauer Tagung des obersten Sowjets und der demonstrativen Einladung Titos antwortet China zum ersten Mal direkt. Da uns chinesische Berichte noch nicht zur Verfügung stehen, beschränken wir uns vorläufig auf die in der "Welt" vom 17.12. 1962 berichtete Antwort der Chinesen:

"Die parteiamtliche Pekinger "Volkszeitung" wies am Wochenende in einem 6500 Wörter umfassenden Artikel diese Angriffe zurück. In der Stellungnahme heißt es: 'Es ist schmerzlich, daß jetzt, da die Imperialisten und die Reaktionäre aller Länder alles unternehmen, um die internationale kommunistische Bewegung zu untergraben, in den Reihen dieser Bewegung eine gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die chinesische KP und gegen andere marxistisch-leninistische Parteien gerichtete Strömung entstanden ist.'

Die Zeitung betont, daß China der Initiator der fünf Grundsätze der friedlichen Koexistenz gewesen sei und sich für die Regelung internationaler Streitfragen durch Verhandlungen und gegen Gewaltanwendung eingesetzt habe. Dann aber heißt es: 'Zunächst ist es jedoch notwendig, der amerikanischen imperialistischen Aggressionspolitik entgegenzutreten und die Volksmassen zum Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus zu mobilisieren. In der Frage, wie mit dem Imperialismus und allen Reaktionären fertig zu werden sei, hat die chinesische KP immer die Auffassung vertreten, strategische Zurückhaltung zu üben, aber taktisch nachdrücklich aufzutreten.'

Zur Haltung gegenüber den Atomwaffen wird erklärt: 'Die chinesischen Kommunisten haben immer ein vollständiges Verbot aller Atomwaffen, die äußerst zerstörend sind, befürwortet'.....Aber noch nie waren Marxisten-Leninisten oder revolutionäre Völker aus Furcht vor den Atomwaffen in den Händen der Imperialisten gelähmt und haben ihren Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien aufgegeben. Wir Marxisten-Leninisten vertreten nicht die Theorie der Allgewalt der Waffen und

der Atombomben." Wer sich von der "nuklearen Erpressung der Imperialisten" beeindrucken lasse, begehe den Irrtum des Kapitulationismus."

Die Teilkrisen in der Nato, in der EWG, in der Bundesrepublik, in den lateinamerikanischen Ländern, Brasilien und Argentinien sind Vorboten der Entwicklung zur allgemeinen Verfallskrise der kapitalistischen Gesellschaft. Der "neue Wendepunkt" - die Detailkrisen - von denen Kennedy sprach, als er Adenauer bei dessen Besuch in Amerika begrüßte, bedarf dringend einer marxistischen Analyse. Die SU, die in der Erforschung der zeitgenössischen Grundprobleme nicht das Notwendige geleistet hat, hat ihre fähigsten Köpfe auf naturwissenschaftlichem Gebiete und ihrer praktischen Auswirkung für den Aufbau des Sozialismus verbraucht, wie die kapitalistische Gesellschaft zur Verteidigung ihrer Ordnung ebenfalls. Das sozialistische Lager muß diesen Mangel mit Niederlagen bezahlen wie die Chruschtschows in Kuba und Berlin. Das kostet große Opfer in der bevorstehenden akuten Krise, die die Arbeiterschaft bezahlen muß. Der Kapitalismus hat seinen ausbeuterischen Klassencharakter nicht geändert. Die Schonzeit der Werktätigen in der Nachkriegsperiode ist der vorübergehenden, gesteigerten Profitmöglichkeiten zuzuschreiben, die die Verbesserung der Existenzbedingungen breiter Werktätigen, die ungestörte Ausnutzung der Profitwirtschaft erst ermöglichen. Diese Sonderlage geht ihrem Ende entgegen. Die Teilkrisen beweisen es.

Die ins Stocken geratene Profitproduktion beruht auf den Profitmöglichkeiten der unproduktiven Produktion der modernen Aufrüstung. Es ist eine Produktion, die kurzfristig Schrott produziert, die aus Steuern bezahlt wird, die, soweit sie nicht direkt von Lohn- und Gehaltsempfängern genommen wird, aus der unbezahlten Mehrarbeit der Verkäufer ihrer Arbeitskraft besteht. Das Resultat ist Inflation. Nicht wegen der hohen Löhne, sondern wegen der unproduktiven Rüstungsproduktion. Aber für diese Probleme interessiert sich heute weder die herrschende Bourgeoisie noch die Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie beschäftigt sich mit Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, die überhaupt nur, soweit sie denkt, vom Gesichtspunkt des Einzelkapitalisten ausgeht. Eine Gesamtuntersuchung der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes existiert nicht. Wir müssen uns an die Reflexe der Nebenwirkungen halten.

In Deutschland ist die Regierungskrise und ihre Reaktion bei der Bevölkerung in Verbindung mit der sogenannten Spiegel-Affaire bezeichnend für den Wirrwar im Lager der Bourgeoisie und der Werktätigen. Der Wahlausgang in Bayern beweist, daß die Mehrheit der Wähler die patriarchalischen Eingriffe Adenauers und die "unbeteiligte Beteiligung" Verteidigungsministers Strauss bei der Spiegel-Affaire billigt. Wen wundert das? Im Lande, in dem Hitler den Organisationskern für die Errichtung des tausendjährigen Reiches schaffen konnte.

Bei der Spiegel-Affaire interessieren die Öffentlichkeit die Nebenwirkungen, nicht der Kern der Sache: Die Anklage des Landesverrates wegen der Veröffentlichung des Nachweises der Unfähigkeit der Nato und der Bundeswehr, den Atomkrieg abzuwehren. Nur die Gruppe 47 der Schriftsteller hat in einer Veröffentlichung gefordert, daß solche Erfahrungen zum Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen ausgenutzt werden müssen, auch wenn sie als Landesverrat verfolgt werden.

Bayernwahl und Bonner Krise

Die Landtagswahl im weiß-blauen Bayern war auch im übrigen Bundesgebiet und selbst im Ausland mit Spannung erwartet worden, denn die Wahl hatte diesmal eine weit über den üblichen landespolitischen Rahmen hinausgehende Bedeutung. Waren sich doch die Politiker von Rechts bis Links in ihrer falschen Einschätzung einig, daß die Spiegel-Affäre, der Streit um Franz-Josef Strauss und das Zerschlagen der Bonner Koalition großen Einfluß auf das Wahlergebnis zeitigen würden. Diese Hoffnungen bzw. Befürchtungen haben getrogen: Die Staatskrise der Bundesrepublik hat nur eine kleine Minderheit von etwa 1-2 % der Wähler, vor allem aus Intellektuellen- und Studentenkreisen, bewegen, nicht mehr für die CSU zu votieren.

Das markanteste Merkmal dieser Wahl war der starke Zug zu den zwei Großparteien. Die kleinen Parteien mußten tüchtig Federn lassen. Der BHE (GDP) wurde auf Grund des bayrischen Wahlgesetzes von der Münchener Politik völlig ausgeschaltet, die Bayern-Partei und die FDP schafften gerade noch diese Hürde, unter Umständen zum letzten Mal.

Nutzenbringer aus dem Rückzug der kleinen Parteien waren die SPD und die CSU. Die Zunahme der SPD um 4,5 % in diesem erzkonservativen Land war ein beachtlicher Erfolg. Die CSU hat jetzt sogar mit ihrem Zuwachs von 1,9 % die absolute Mehrheit im Landtag und damit die Bahn frei für eine unbeschränkte Herrschaft in Bayern und eine gestärkte Position in der Bundespolitik

Hier das Wahlergebnis in Zahlen:

	1962 /gegenüber	1958	Anteil an den Sitzen im Ltg
CSU	47,5 %	+ 1,9	52,9 %
SPD	35,5 %	+ 4,5	38,7 %
FDP	5,9 %	+ 0,3	4,5 %
BHE	5,1 %	- 3,9	--
BP	4,8 %	- 3,3	3,9 %
DFU	0,9 %	(1,7 % bei der Btgs.Wahl 1961)	
DG	0,3 %	-	--

Eine Durchleuchtung dieser Landtagswahl, tiefer als ihr eigentlich zukommt, erscheint deswegen angebracht, da sich daraus Lehren ergeben, die teilweise allgemeingültigen Charakter haben und die Wahl sich zu einem Zeitpunkt abspielte, in der die westdeutsche Politik von Unruhe erfaßt war.

Die Wochen vor der Wahl waren von einer Atmosphäre sich überstürzender politischer Ereignisse bestimmt. Die Weltpolitik und die Innenpolitik waren in Bewegung geraten, die Menschen im "gemütlichen" Bayernland ließen sich jedoch wenig davon beeinflussen.

Während der Kuba-Krise und der verschärften Kriegsgefahr, die davon ausging, wurde auch den Leuten hier, in Bayern nicht bewußt, in welcher Gefahr sie in Wirklichkeit schwebten. Nun, nach der vorläufigen Bereinigung der Krise durch das Nachgeben der Sowjetunion hatte der Konflikt keinen Einfluß mehr auf den Wahlkampf und die Wahlentscheidung.

Anders stand es, auf dem Wahlkampf bezogen, mit der Spiegel-Affäre, der Regierungskrise und dem Streit um Franz Josef Strauss. Hier gingen die Wogen in Presse, Funk, Fernsehen, in Wahlinspirationen und Versammlungen ziemlich hoch.

Wenn man jedoch die Spiegel-Leute nicht durch die klerikal-konservative Brille betrachtet, sind sie im Sinne des Kapitalismus staatstragend.

Der Koalitionszwist zwischen der Union und der FDP ist in Wirklichkeit mehr als ein Streit um Personen. Er begann schon vor der Regierungsbildung vor einem Jahr, als qualvolle 7 Wochen benötigt wurden, um sich einigermaßen zusammenzurufen. Daß sich CDU und FDP bei der Regierungsarbeit und bei Gesetzesvorlagen ständig in die Haare gerieten und es beim Bruch der Koalition endete, resultiert vor allem aus der Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in der BR und dem zunehmenden Konkurrenzdruck auf dem Weltmarkt. Während bei einer gespaltenen Konjunktur ein Teil der Unternehmer glänzend verdient, werden bei den meisten anderen Wirtschaftsunternehmen die Gewinnmargen kleiner. Um Luft für wieder mehr Profit zu bekommen, wehren sich diese Kapitalistenkreise u.a. gegen die bestehende und zu erwartende Sozialgesetzgebung. Sie wenden sich gegen eine, nach ihrer Ansicht zu kostspielige und zu weitgehende "Partnerschaft" zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer, die ja nur durch Zugeständnisse an die Arbeiter erkaufte werden kann. Als Vertreter ihrer Interessen machte sich die FDP stark und nahm sich scheinheilig auch den im Zeichen der Großwirtschaft und der Automation immer weniger rentabel arbeitenden Mittelstandsbetriebe an.

Damit geriet sie in Gegensatz zur CDU, die das kapitalistische Gesamtinteresse vertreten muß einschließlich der sozialen Tarnung gegenüber der Arbeitnehmermehrheit der Bevölkerung, wodurch der Schein der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht zerstört werden soll. Fällt diese Tarnung, könnten die Fundamente des kapitalistischen Staates ins Wanken geraten. Auch der Streit um die knapper werdenden Geldmittel des Budgets, das auch durch die immer drückender werdenden Rüstungslasten eine Einengung erfährt, hat sich in den Gegensatz CDU-FDP übertragen.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse nahm nun der bereits angelaufene mässige bayerische Wahlkampf eine hektischere Form an. Er brachte eine noch stärkere Wendung von der Landes- zur Bundespolitik und zu persönlichen Beschimpfungen mangels gravierender Unterschiede in der politischen Konzeption. Der nun mit großen Geldmitteln geführte Wahlkampf machte deutlich, daß keine großen Unterschiede in den Zielen der Parteien mehr bestehen.

Die Parolen ließen kaum etwas erkennen, das nicht auch die Konkurrenzparteien hätten befürworten können. Die CSU warb für "Leistung, Fortschritt, Sicherheit". Die SPD forderte "Mehr Gerechtigkeit", "SPD vorn" und die FDP wollte "Das Rechte für Bayern".

Im Schulwesen gehört Bayern in die Kategorie der "unterentwickelten" Länder. Von 1949 bis 1958 sind die einklassigen Landschulen nicht weniger geworden, sondern sogar noch von 779 auf 2134 gestiegen! Die Landschulverhältnisse haben sich selbst auf Großstädte übertragen, wo oft 3 Klassen zusammengefaßt werden müssen. 3200 Klassenräume fehlen in Bayern und 45 % aller Klassen sind noch zum Schichtunterricht gezwungen. Der Lehremangel ist chronisch geworden. Außer der Kostenfrage ist der Hauptgrund dafür die Verschwendung von Lehrern, Geldmitteln und Klassenzimmer durch das Konfessionsschulsystem.

Doch der Streit um diese, selbst für kapitalistische Begriffe katastrophalen Zustände wurde aus dem Wahlgesehen verdrängt durch die Spiegel-Strauß-Affäre. Ein ungeheurer Wirbel um Strauss wurde angefacht. Die CSU, ursprünglich geschwächt durch die Flügel-Kämpfe zwischen dem mächtigen, konservativen Petrus-Kreis Hundhammers und dem liberalen Eberhard-Strauss Flügel, ging von der Verteidigung zum Angriff über. Sie warf der SPD vor, sie verbreite maskierte Lügen, besudelt Strauss und wolle sich in die Landesregierung hineinlügen.

Die CSU wandte sich gegen "Liberales Schaukelpolitik" und "Sozialistische Experimente" und warf der SPD vor, sie gebe Schützenhilfe für Verrate. Um der FDP den Wind aus den Segeln zu nehmen, erklärte die CSU sogar Nichtgläubige als willkommen. Strauss selbst wurde auf südbayerischen Provinz-Wahlversammlungen wie ein Stammeshäuptling gefeiert, in manchen Städten aber ebenso heftig angefeindet. Die weißblauen Sozialdemokraten im Gewand des biederen Bürgers legten Wert auf ihre sozialere Einstellung gegenüber den Arbeitnehmern und erhoben eine Reihe von Forderungen wie Mindesturlaub, Krankenkassenversorgung, Kindergelderweiterung und Mindestrente. Die SPD ritt, wie auch die FDP, Attacken gegen Strauss, für Rechtsstaatlichkeit und Sauberkeit in der Politik.

Den übrigen Kleinparteien fehlten die Geldmittel für einen Wahlkampf im Stile der Großen. Der BHE gab sich sozial und national, als Interessenvertreter der Kriegsgeschädigten, Zonenflüchtlinge und des Mittelstandes. Die Bayernpartei machte in Lokalpatriotismus und Mittelstandshilfe. Sie schäumte auf ihren Bauernversammlungen in Südbayern gegen die EWG-Benachteiligung der Bauern und gegen das Großkapital. Die Deutsche Friedensunion wollte "Wohnungen und Schulen statt Kasernen". In sozialer Hinsicht konnte sie sich auf Grund ihres Unionprinzips (Arbeiter, Unternehmer und Großgrundbesitzer in einem Topf) nicht festlegen.

Der Wahlentscheid brachte dann eine wichtige Lehre: Weder außenpolitische Themen noch die Atom- und Aufrüstungsfrage, weder Pressefreiheit noch undemokratisches Verhalten beeinflussten die große Mehrheit der Wähler entscheidend, sondern die materielle Interessenlage der Parteien ist für den Wähler ausschlaggebend. Das gilt im allgemeinen, aber besonders für die teilweise noch auf einer primitiven Stufe stehenden Wähler auf dem flachen Land im urwüchsigen Bayern.

Hier wurde wieder einmal eklatant die marxistische Auffassung bestätigt, daß die klassenmäßige Auseinandersetzung die Triebkraft aller Politik ist.

Das Nicht-Reagieren der Massen auf die Spiegel- und Regierungskrise in diesem Umfang und der hohe Anteil der Stimmen die die konservativklerikale bayerische CSU schon immer erringen konnte, wird aus ein und derselben Quelle gespeist: Der immer noch rückständigen Wirtschaftsstruktur des Landes. Das Land zwischen Würzburg und Garmisch, zwischen Frankenwald und Passau hat immer noch eine gemischte industriell-landwirtschaftliche Struktur. Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Erwerbspersonen liegt in Bayern bei 21 %, gegen nur 8,8 % im Bundesdurchschnitt. In Bayern lebt heute noch über die Hälfte der Bevölkerung in Landgemeinden unter 5000 Einwohner. (Im Bundesdurchschnitt nur 35 %). Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis eines Wahlergebnisses und der Bewußtseinslage der Bevölkerung. Dazu muß man berücksichtigen, daß auch Millionen Bewohner der Städte vom Land abgewanderte Menschen sind, die noch mit tausend Fäden mit dem Land verknüpft sind.

Von dem "roten" Odium endlich befreit, bemüht sich die SPD in gleicher Weise um das Kleinbürgertum, den Mittelstand und die Arbeiterschaft. Bei gleicher Grundkonzeption wie die Unionsparteien findet ihre Forderung nach einem größeren Anteil am Kuchen des Sozialproduktes für die Arbeitnehmer bei diesen noch Anklang. Besonders in den bayrischen Städten konnte die SPD ihre Position verbessern und der CSU Direktmandate in München, Augsburg, Regensburg und Fürstentfeldbruck abnehmen. Die Übersiedlung von Industriebetrieben auf's flache Land und die teilweise von traditionellen Bindungen sich freimachenden Jungwähler brachten ihr auch in ländlichen katholischen Gegenden Gewinne. Das intensive Werben der SPD um die Flüchtlinge hatte zur Folge, daß der Großteil der vom BHE abgefallenen Flüchtlinge, meist Arbeitnehmer, für die SPD stimmte.

Interessant war das Wahlergebnis in Nürnberg/Fürth. Während die SPD in anderen Großstädten 5-8 % Zunahme verzeichnete, mußte sie hier sogar einen kleinen Verlust hinnehmen. Der Grund dafür war eine wesentliche Erhöhung der Tarife der Nürnberger-Fürther Straßenbahn, die einige Wochen vor der Wahl praktisch über Nacht verfügt wurde. (Freilich auch mit Zustimmung der anderen Parteien).

Das hat in weiten Kreisen der Arbeiter und Angestellten Empörung hervorgerufen und bei der Wahl Teile der Arbeiterschaft in die Arme der CSU getrieben. Auch dieser Vorgang beweist wieder den Vorrang materieller Dinge bei politischen Entscheidungen der breiten Massen.

An den Wahlergebnissen der Universitätsstädte München und Erlangen kann man ablesen, daß eine kleine Minderheit der Bevölkerung die Spiegel-Affäre und die Straussonschen Holzhammermethoden übelnahm. Sie brachte in diesen beiden Städten der SPD und FDP eine über die durchschnittliche Rate hinausgehende Zunahme.

Von diesen Ausnahmen abgesehen ging die Rechnung der FDP nicht auf. Eine in sich uneinige Partei bot ein Bild, das dem Sicherheitsstreben des Bürgerlichen entgegengesetzt lag.

Der Mißerfolg der Deutschen Friedensunion ist auf ihre völlige Konzeptionslosigkeit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zurückzuführen. Mit außenpolitischen Parolen allein läßt sich keine Politik machen. Ihr Schicksal ist das der ehemaligen Heinemannschen Gesamtdeutschen Volkspartei, deren Wiedervereinigungs- und Anti-Remilitarisierungsthesen zum Schiffbruch führten.

Die Bayernpartei ist wohl endgültig erledigt. Daß sie es gerade noch in Niederbayern schaffte, wo sie über einen Stamm stolzer, eigenbrötlerischer Bauern verfügt, der ihr die Anti-EWG-Parolen abnahm, wird ihren endgültigen Zerfall nicht aufhalten können.

Die Bayernwahl war nicht unbedingt ein Votum für die Person Franz-Josef Strauss, auch wenn Teile der Bevölkerung mit ihm durch dick und dünn gehen. Die Wahlen, besonders in der letzten Zeit, und die innenpolitischen Ereignisse haben deutlich gemacht, daß die bürgerliche Demokratie unheilbar von Zersetzungserscheinungen erschüttert wird. Demokratische Gesellschaftsformen lassen sich im Kapitalismus nicht verwirklichen, heute weniger denn je. Einen Ausweg bietet nur das sozialistische System, angepaßt den besonderen Bedingungen unseres hochentwickelten technischen und kulturellen Standes in Deutschland und erkämpft aus eigener Kraft. Die Arbeiterschaft, die heute noch aus Tradition oder begründet SPD wählt, wird bei den dem kapitalistischen System innewohnenden Krisen, die früher oder später hervorbrechen werden, nach neuen Ufern suchen, die nur der Sozialismus bieten kann.

"Links" und "Rechts" in den Gewerkschaften

Für manche Zeitgenossen, die den 7. Gewerkschaftstag der IG Metall in Essen und den 6. Kongreß des DGB in Hannover verfolgt haben, könnte der Eindruck entstehen, daß links und rechts nicht nur örtliche Begriffe sind, sondern auch in der Politik und hierbei besonders in den Gewerkschaften und in der SPD ihre Bedeutung haben. "Die Welt" vom 27. Oktober setzte für alle Leser, die noch nicht wußten, wir der "Führer der Metallarbeiter" war, in Klammern "Linkssozialist und Gegner des Godesberger Kurses der Sozialdemokraten". Ferner hieß es dort: "Alle schüchternen Versuche, das Grundsatzprogramm der Gewerkschaften hier dem der Sozialdemokraten anzupassen und eine nüchterne realpolitische Linie für die Wirtschaft zu verfolgen, scheiterten. Es wurden wieder die alten Vorstellungen von Gemeineigentum, Verstaatlichung und Planwirtschaft aus der marxistischen Mottenkiste hervorgeholt. Sie sollen sogar bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß aufpoliert werden. Alle Ansätze, den Gedanken des Wettbewerbs in der Wirtschaft zu akzeptieren, wie es bei den Sozialdemokraten in Bad Godesberg gelungen war, wurden rücksichtslos unterbunden. So scheidet sich auf diesem Gebiet der DGB immer scharfer von der SPD, mit der er sich sonst so verbunden fühlt. Es verstärkt den Eindruck, als sammelten sich hier die radikalsten politischen und wirtschaftspolitischen Strömungen."

Weil es nicht der Ironie entbehrt und gleichzeitig eine Ahnung vermittelt, was die Herren von Schlot und Bank wirklich von Vorsätzen halten, die auf dem Papier stehen, sei an dieser Stelle auf eine Entscheidung der CDU-Fraktion des Nordrhein-Westfälischen Landtages hingewiesen. Dort hatte im März dieses Jahres die FDP-Fraktion den Antrag gestellt, den Artikel 27 der dortigen Landesverfassung zu streichen, der ebenfalls bestimmt, die Schlüsselindustrie in Gemeineigentum zu überführen. Die spontane "Entrüstung" der CDU ob solch "unsozialen" Anliegen ließ sie diesen Antrag ablehnen. Somit hätten also die "radikalsten, politischen Strömungen" im DGB würdige Nachbarn in der CDU. -

Tatsächlich ging es auf dem DGB-Kongreß nicht um ideologische Gegensätze - Diskussionen grundsätzlicher Art, vor allem sozialistische Konzeptionen haben schon längst aufgehört, innerhalb der Gewerkschaften Gegenstand von Auseinandersetzungen zu sein - sondern um den Streit der Einzelgewerkschaften über ihren Einfluß hinsichtlich ihrer organisatorischen Stärke im Organisationszentrismus des DGB.

Hier setzte sich die IG Metall mit ihren rund 1,8 Millionen Mitgliedern und Schrittmacherin in der Lohnbewegung der vergangenen Jahre weitgehend durch. Die Struktur der Metallindustrie mit ihren Großbetrieben gestattet eine bessere Organisation der Mitglieder, man hat noch einigen Kontakt mit den Funktionären und man fühlt durch die Diskussionsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und mit den Betriebsräten eher den Druck auf den Geldbeutel bei Preiserhöhungen und Maßhaltappellen. Wie aus der Begrüßungsansprache von Alois Wöhrle auf dem Metalltag hervorging, kamen von den insgesamt 380 Delegierten 273, also rund 72 %, aus den Werkstätten und Büros der Metallbetriebe. Sie sind ehrenamtliche Funktionäre, die für ihre Tätigkeit viel Freizeit opfern, so ein breites Spiegelbild der Stimmungen in der Arbeiterschaft wiedergeben und angesichts der großangelegten Offensive der Regierung und der versteiften Haltung der Unternehmer im vergangenen Jahre das Ende der bisherigen Verhandlungserfolge der Gewerkschaften herannahen sehen. Die Furcht vor wirtschaftlicher Instabilität und Währungsverfall gibt den Funktionären in demselben Maße Anlaß, die Frage der Mitbestimmung in den Vordergrund zu rücken, wie sie den Herren der Wirtschaft Anlaß gibt, den Sozialisierungsschreck an die Wand zu malen. Otto Brenner sagte in seinem Referat auf dem Metalltag:

"Der Konkurs bei Schlieker und bei den Opalwerken, zusammen mit der Erinnerung an den Zusammenbruch der Borgward-Werke, haben die Ten-

denz, die zukünftige Entwicklung schwarz in schwarz zu malen, noch verstärkt",

er führte als weiteren Beweis für seine Schwarzmalerei das langsamere wirtschaftliche Wachstum der Industrieproduktion, geringere Gewinnspannen und weniger werdende Investitionstätigkeit der Unternehmer an, um dann im nächsten Satz zu behaupten:

"Mit den Firmenzusammenbrüchen ist das Schicksal Tausender Arbeiter und Angestellten verknüpft. Sie sind kein Krisensymptom, sondern alarmierende Beispiele für die Allmacht der Unternehmer".

Und als Folgerung hieraus meinte Brenner weiter:

"Man sollte endlich die Notwendigkeit einer erweiterten Mitbestimmung und einer stärkeren öffentlichen Kontrolle erkennen, um derart plötzliche, aus heiterem Himmel kommende Zusammenbrüche mit allen ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen ein für allemal zu verhindern....."

Es ist vielleicht zu bezweifeln, ob der Metall-Boß mit seinem "ein für allemal" wirklich glaubt, durch Mitbestimmung und Kontrolle alle Gegensätze, die nun einmal in der kapitalistischen Wirtschaft vorhanden sind und die sich aus dem grundsätzlichen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und ihrer privaten Aneignung ergeben, zu überwinden. Nicht zu bezweifeln ist allerdings die rückhaltlose Anerkennung der bürgerlichen Demokratie durch die Gewerkschaften, die nur "ausgebaut" werden muß, um vollends den Segen der kapitalistischen Produktion auf die Häupter der Arbeiterscharen herabrieseln zu lassen.

Während die Kapitalistenklasse und ihre parlamentarischen Vertreter sich einen Dreck um "Demokratie" kümmern und sich auf eine Periode vorbereiten, in der der Konjunktur die Luft knapp werden könnte, wuchs auf dem Metalltag die Sorge um Staat und Demokratie ins Grenzenlose. Immer wieder bescheinigten sich die Haupt- und Nebenfunktionäre gegenseitig, die "besten Stützen der Demokratie" zu sein. Die "Stützen der Demokratie" hatten rund 30 Anträge der verschiedenen Ortsverwaltungen vorliegen, die sich alle mit der Ablehnung der Notstands- und Notdienstgesetze befaßten. Otto Brenner begründete in seinem Grundsatzreferat die Ablehnung wie folgt:

"Der Putschversuch monarchistischer Militärs und ihrer politischen Hintermänner im März 1920 fand die staatliche Exekutive machtlos, obwohl Artikel 48 existierte. Er konnte nur durch die Kraft der Gewerkschaften zunichte gemacht werden. Der Generalstreik hat die Republik gerettet. Das ist eine historische Tatsache, an der sich nicht deuteln läßt. Die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist klar: Um eine erneute Bedrohung unserer Demokratie durch Anschläge antidemokratischer Kräfte - gleichgültig, ob von rechts oder von links - zu verhüten, bedarf es nicht der Ausschaltung der demokratischen Massenorganisationen und der Beschränkung ihrer Aktivität, sondern im Gegenteil ihres vollen Einsatzes zum Schutze der demokratischen Ordnung".

Wahrhaftig, der Generalstreik hatte die Republik gerettet, nachdem Ebert und Noske vorher die Republik den rücksichtslosesten Elementen der alten kaiserlichen Armee ausgeliefert hatten. Sie, die erste Garnitur der damaligen Sozialdemokraten, die vorher alles getan hatte, um jede Streikbewegung zu verhindern - jetzt beim Kapp-Putsch brachte sie die Kraft der Arbeiterklasse, um wenigstens die bürgerliche Republik zu retten. Ihre eigenen Truppen unter

dem Kommando des Sozialdemokraten Noske (bei den Arbeitern nur als Bluthund bekannt), die keine Hemmungen kannten, gegen die Arbeiter wie die Berserker zu wüten, weigerten sich nämlich, gegen die Kapp-Leute vorzugehen - ihre Parole hieß: "Reichswehr, schießt nicht auf Reichswehr". Es versteht sich, daß sich diese Leute auch der besonderen Wertschätzung der heutigen CDU erfreuen. Der Vertreter der CDU, Katzer, stellte schon in seiner Begrüßungsansprache fest, Gegensätze entstanden dadurch, daß durch die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren wären, während die Regierung für "das Wohl des Ganzen" zu sorgen hätte. Wörtlich sagte Katzer:

"Das gilt für jede Partei, die Regierungspartei ist, und ich möchte Sie an das Schicksal einiger Männer aus Ihrer und meiner gewerkschaftlichen Tradition erinnern, die trotz ihrer Treue und überzeugenden Leistungen in einen Konflikt mit den Organisationen gerieten, von denen sie einst getragen wurden, Männer wie Ebert und Noske und Adolf Stegerwald".

Nachdem sich nun die IG Metall und schließlich auch die Mehrheit des DGB mit kraftstrotzenden Buchstaben gegen die Notstandsgesetze entschieden haben, bleibt es rätselhaft, wie die Hüter der Demokratie sich den "vollen Einsatz zum Schutze der demokratischen Ordnung" vorstellen. Der Streik als Kampfmittel scheidet jedenfalls nach den Worten Brenners aus, falls diese Gesetze "demokratisch", d.h. mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag verabschiedet würden. Und daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo sich für die Sozialdemokraten die "anti-demokratischen Gesetze" in "demokratische" verwandeln, dürfte für die meisten Zeitgenossen klar sein, die in den vergangenen Jahren den Ehrgeiz verfolgt haben, mit dem die Sozialdemokraten zur Futterkrippe drängen, um endlich für das "Wohl des Ganzen" regieren zu können. Der 1. Vorsitzende der IG Bau und Bundestagsabgeordnete der SPD, Leber, ließ auf dem DGB-Kongreß die Katze aus dem Sack, als er erklärte:

"Die Auseinandersetzungen, die seit langem darüber im Gange sind, gehen also gegenwärtig nicht um die Frage, ob ein eigenes Notstandsrecht nötig ist, sondern darum, wie ein solches Gesetz aussehen soll, das ist eine Realität, die von entscheidender Bedeutung ist."

Ein totales Nein zum Notstandsgesetz würde der Gewerkschaftsbewegung nach den Worten Lebers eine Einbuße an Ansehen und Autorität bringen. "Mit einem solchen totalen Nein würden wir aber obendrein auch noch all die politischen Freunde unserer Bewegung, die jahraus, jahrein unermüdlich und redlich für unsere Sache streiten, in Verlegenheit bringen und ihnen in den Rücken fallen."

Um diesen "Freunden" aus der Verlegenheit zu helfen, setzte er sich auf einer Gewerkschaftsversammlung in Kleve am 24. November (Welt 25.11.1962) erneut und trotz DGB-Entschießung für die Notstandsgesetze ein. Er warnte vor einem "unüberlegten Kampf" gegen diese Gesetze und behauptete dreist, Ulbricht und seine Helfershelfer wollten nur, daß die Bundesrepublik mit ihren "freien" Bürgern und den "freien" und unabhängigen Gewerkschaften im Falle eines Notstandes in sich zusammenfalle und die Kommunisten die Herrschaft antreten könnten. Der gute Leber vergaß erstens einmal, die Ursachen eines solchen "in sich Zusammenfallens" aufzuzeigen, und zweitens, daß in solch einem "Fall" die "freien" Bürger sich bestimmt nicht mehr "frei" fühlen würden, sondern eher als Geprellte. Mit diesem Kommunistenschreck ist aber gleichzeitig der Kern dieser ganzen Notstandstheorien bloßgelegt. Es geht ihnen nicht in erster Linie um Luftschutz und Kriegsfall - also den sogenannten "äußeren" - sondern um den "inneren Notstand" -, so pflegen gebildete Leute den Zustand zu nennen, wenn die Profitproduktion im Eimer und dadurch "Ruhe und Ordnung" gefährdet ist.

Die heutigen Scheingefechte zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften könnten dann zu echten Gegensätzen werden, wenn einerseits die Gewerkschaften selbst der Aufgabe nicht mehr gerecht werden können, höhere Löhne und Gehälter für ihre Mitglieder herauszuholen und andererseits Sozialdemokratie und ihre Apparatschiks in den Gewerkschaften den Staat schützen wollen, zu dem sie sich nun einmal bekennen. Die "Welt" vom 27. Oktober 1962 malt schon folgendes Bild für die nächste Zukunft:

"Alle Forderungen der Gewerkschaften werden illusorisch, wenn der Wirtschaftsaufschwung, der ihnen heute noch einen gewaltigen Auftrieb und unvorhergesehene Machtpositionen gibt, allmählich nachläßt und von vielen Seiten eingeengt wird. Von der inneren Wirtschaftslage durch die nachlassende Investitionsneigung infolge der verringerten Gewinnspanne, von außen durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck und nicht zuletzt von seiten unserer Finanzen, die immer mehr in Bedrängnis geraten. Wenn etwa bei nachlassender Konjunktur noch Steuererhöhungen oder -erschwerungen hinzukommen, dann kann die Lage noch kritischer werden. All das sollten auch die Gewerkschaften jetzt bedenken, aber leider war von dieser Verantwortung aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wenig zu spüren. Vorerst gilt noch die Machtstellung von heute.

Unter diesen Umständen dürften in nächster Zeit schwere Tarifikämpfe zu erwarten sein, denn die Unternehmer können jetzt nicht mehr alle Lohnforderungen bewilligen, und die Fronten müssen sich auch auf dieser Seite versteifen. Man wird es also bei abklingender Konjunktur auf Streiks ankommen lassen."

Es kommt also etwas auf uns zu, wenn die Gewerkschaften heute auch noch beweisen können, daß es der Wirtschaft ganz gut geht. Wenn sich dann tatsächlich dunkle Wolken am Wirtschaftshorizont bemerkbar machen, dann versuchen sie eben die Unternehmer zu überreden, doch endlich auf "überhöhte Gewinne" zu verzichten.

Ohne Prophetie können wir sagen, daß dieses höchstwahrscheinlich nicht gelingen wird. Eine Entschließung gegen die Notstandsgesetze unter Ankündigung des Streikverzichts ist eine glatte Aufforderung an Regierung und Opposition, doch nun endlich welche über die parlamentarische Bühne rollen zu lassen - sie bedeutet höchstens, ein Ventil zu schaffen für das Unbehagen, das in breiten Arbeiterschichten vorhanden ist, die sich im übrigen aber passiv verhalten und der allgemeinen Stimmzetteltherapie verfallen sind. Die neue Situation, in die die Gewerkschaften in abschbarer Zeit hineinschlittern, kann nur mittels einer politischen Aktivität ihrer Mitglieder und Führung gemeistert werden. Diese Aktivierung der Massen ist sowohl in Essen als auch in Hannover unterblieben, und es bleibt nur die Hoffnung, daß es den wenigen Unentwegten, die sich nicht mit Entschließungen zufriedengeben wollen, gelingt, im Rahmen der Versteifung der Fronten größeren politischen Einfluß zu gewinnen.

So wie die Dinge heute stehen, wissen wir nur - links ist, wo der Daumen rechts sitzt.

Ruhe und Ordnung

Wenn Millionen arbeiten, ohne zu leben,
wenn Mütter den Kindern nur Milchwasser geben -
das ist Ordnung.

Wenn Werkleute rufen: "Laßt uns ans Licht!
Wer Arbeit stiehlt, der muß vors Gericht!"
Das ist Unordnung.

Wenn Tuberkulöse zur Drehbank rennen,
wenn dreizehn in einer Stube pennen -
das ist Ordnung.

Wenn einer ausbricht mit Gebrüll,
weil er sein Alter sichern will -
das ist Unordnung.

Wenn reiche Erben im Schweizer Schnee
jubeln - und sommers am Comer-See -
dann herrscht Ruhe.

Wenn Gefahr besteht, daß sich Dinge wandeln,
wenn verboten wird, mit dem Boden zu handeln -
dann herrscht Unordnung.

Die Hauptsache ist: Nicht auf Hungernde hören.
Die Hauptsache ist: Nicht das Straßenbild stören.
Nur nicht schreien.

Mit der Zeit wird das schon.
Alles bringt euch die Evolution
So hats euer Volksvertreter entdeckt.
Seid ihr bis dahin alle verreckt?
So wird man auf euern Gräbern doch lesen:
sie sind immer ruhig und ordentlich gewesen.

Kurt Tucholsky

Sterilisierte Opposition

Spät, aber immerhin nicht zu spät, sollte man endlich auch in Bremen wenigstens ein Forumsgespräch über die Spiegel-Affäre, die keine mehr ist, hören. Sechzehn Organisationen veranstalteten am 20. November in der Bremer "Glocke" eine Diskussion unter dem Thema "Spiegel-Affäre - Begräbnis der Demokratie". Initiatoren waren evangelische Pastoren !? Die Diskussion war für 20.00 Uhr angesetzt, um 19.00 Uhr gab es im Vorraum der "Glocke" ein derartiges Gedränge um Einlaß, das das Interesse an dieser Sache für jeden deutlich machte.

Um 19.30 Uhr waren die beiden Säle der "Glocke" überfüllt, es waren etwa 2000 anwesend. Dazu fanden sich einige Hundert vor der "Glocke" ein. Wenn man die Menge betrachtete, so gab es wieder einmal die Gesichter, die immer dabei sind, wenn etwas los, ist vorwiegend junge Menschen, teils aus Interesse am politischen Geschehen, teils aus provokatorischen Gründen, und die unenwegten älteren Interessierten. Es gab die Jungen, die Bleichgesichter der Oberschulen; Anhänger der Jungen Union, Radaubröder, die vorher auf der Straße diskutierten, wie sie sich verhalten wollten, wenn der eine oder andere Flügel aktiv würde. Die Spannung vor 20.00 Uhr war groß, so sehr, daß die meisten sich diebisch

freuten, als ein Überwitziger auf die Idee kam, Papierschwalben durch die Luft segeln zu lassen. Die Idee wurde, erfreut darüber, daß es was zu tun gab, aufgegriffen und jeglicher Versuch mit Ahs und Ohs bestaunt. Diese "Spannung" ließ dann nach, sobald die Podiumsredner Platz genommen hatten. Es erschienen Junge Union, Henrik Hahrm, Hans Koschnick, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, Henri Nannen vom "Stern", Prof. Dr. W. Hennies (Universität Hamburg), Dr. Ewald Bucher, FDP-Bundestagsabgeordneter, inzwischen Bundesjustizminister, Hans-Roderich Schneider, Journalist des Bonner "Spiegel"-Büros, Dr. Dieter Klink, SPD-Bürgerschaftsabgeordneter und Heinz Winkler von den "Bremer Nachrichten". Die Leitung hatte Hans Abich, Radio Bremen.

Die Diskussion wurde eröffnet, nachdem man das Publikum um Disziplin und Buh-Rufe für den Schluß des Gesprächs aufzubewahren gebeten hatte, mit einem Rückblick auf die Affäre "Spiegel". Und so war man bereits im schönsten Geplätscher des Gesprächs, das sich dann auch bis zum Schluß hielt. Jeder gab sein Bestes, sein Mißfallen an das Wie der Verhaftungen, an der Sache des "Geheim" im Nato-Deutschland und ebenfalls sein Miß- oder Gefallen an Strauss, Adenauer und FDP-Abgeordneten von sich zu geben. Nun gut, man hatte von jeder Partei ein paar und die Ausführungen waren die üblichen. Mit Bravour stach Nannen ein wenig hervor, der mit Galanterie und strahlendem Lachen immer wieder in die Diskussion eingriff und ein paar unmißverständliche Ansätze zur wirklichen Klärung brachte. Aber vergebens, Spiegel-Affäre gleich Strauss-Regierungs-Affäre, FDP raus aus dem Kabinett oder rein, Personenwechsel, Mißfallen an allem und Hervorheben des deutschen Volkes, das sich derartige Langangehaltene Lügereien seiner Wahlkandidaten nun schließlich doch nicht gefallen lassen dürfe. Darauf auch prompt Applaus ob dieses Komplimentes vom Volke selbst.

Kein Wort vom "Kern des Pudels", Notstandsgesetze. Eine Stimme aus dem Publikum machte es laut. Keine Reaktion. Man spricht über Pressefreiheit, Demokratie, Volksbetrug, Verantwortung der Journalisten, ob Landesverräter oder nicht, aber die Augen bleiben geschlossen. Die Aktion Notstandsgesetze der Regierung kann in Ruhe weiter durchgedroschen werden.

Nannen ließ es sich trotz allem nicht nehmen, die SPD mit der offenbaren Oppositionslosigkeit zu bedenken, die sich wieder einmal während der ganzen Zeit nach Entstehen der Spiegel-Aktion kundtat. Sie sprechen lautstark inhaltslos und schweigen zur Sache, von Opposition keine Spur und wie Nannen sagt, darum schweigen, weil sie nur "permanent regierungsgeil" sind. Ihm zur Rechten ergriff SPD-Koschnick das Wort, der aufgrunddessen, daß er die Nachfolge des Innenministers Ehlers künftig einnehmen könnte und vielleicht auch wird, sich schon heute geistig auf diesem Posten fühlt und demzufolge eine müde labile Reaktion auf den Angriff seiner Partei durch Nannen zeigte. Seine Antwort war insofern labil, weil er meinte, "so kraß könne man das nicht sehen, schließlich könne man einer Opposition nicht verwehren, zur Regierung zu streben". Richtig! Aber was nützt es, wenn statt Adenauer Brandt die gleiche Politik macht. Sollte Koschnick nicht begriffen haben, was Nannen meinte, nämlich die Grundsatzlosigkeit der Opposition, die nur auf Posten und Macht aus ist? Ist es als Entschuldigung für das Versagen der Opposition zu werten, wenn Koschnick dann zum Ausdruck bringt: "In Bremen kann so etwas nicht passieren". Kein Applaus, man zweifelte offensichtlich daran.

Wo es drauf ankommt, ist die Tatsache, daß die Opposition es nicht einmal verstanden hat, die Gefühle der Massen für sich zu gewinnen. Henri Nannen als Vertreter des Illustrations-Business machte sich die Stimmung des breiten Publikums zu eigen und gewann die Sympathie. Die Massenstimmung war es, die die SPD voranstieß, Kritik zu üben. Oppositionell war sie nicht. Selbst die FDP konnte sich der Massenstimmung nicht entziehen.

Das Gerede, man dürfe nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen und solle Vertrauen zu der Urteilsfähigkeit der Justiz haben, ist so zweideutig wie die ganze Opposition. Denn diese Justiz hat Haftbefehle, Durchsuchungen etc. aufgrund von Gutachten eines Verteidigungsministeriums durchgeführt, das den "Spiegel" liquidieren will, und somit wird auch die Justiz entsprechend den Gutachten das Urteil fällen, wenn nicht durch die Öffentlichkeit eingegriffen wird, das zu verhindern.

Ein Fazit des Gesprächs schälte sich nicht heraus. Man hatte den Eindruck, Geladene eines Diskutier-Klubs zu sein. Es gab keine Klärung, eben deshalb, weil das Grundübel unserer Gesellschaft nicht beleuchtet wurde. Im Grunde genommen waren alle Teilnehmer der Diskussion Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, die die Demokratie wollen und doch nur Personen meinen, die ihnen diese Demokratie offenbaren sollen. Sie alle werden nie zu einer Einigung kommen, weil sie nur die stinkige Blüte der Macht verabscheuen und nicht erkennen, daß die Blüte nur stinkt, weil die Wurzel faul ist.

Und man ging auseinander und hatte sich fürwahr diszipliniert verhalten. Ein Ergebnis gab es nicht.

Stimmungsbericht über Hamburger Protestdemonstrationen gegen die Spiegel-Aktion

Seit der Kampagne gegen die Atomrüstung im Jahre 1958 war das politische Interesse der Kollegen in Betrieben nicht wieder so erregt worden wie durch den Angriff auf den "Spiegel". Auch Kollegen, die außer "Bild" und "Morgenpost" keine Zeitung lesen, baten um ältere Spiegelnummern.

Während die Tageszeitungen noch herumorakelten, ob Strauß mit der Spiegelaktion etwas zu tun habe oder nicht, bemerkten sogar sehr bürgerlich denkende Kollegen, daß diese Aktion von Strauss mitgelenkt würde.

Immerhin verstrichen vier Tage, bis sich die ersten Protestdemonstrationen in Hamburg formierten: Ostermarschteilnehmer von der "jungen Aktion" riefen zu einem Protestmarsch auf. Die Polizei - sonst gar nicht so zimperlich, wenn es darum geht, unliebsame Versammlungen auseinanderzuprügeln - war diesmal höflich.

Etwa 200 Personen, meist Jugendliche (die fast alle an den bisherigen Ostermärschen teilnahmen), zogen, über die ganze Fahrbahn gereiht, Sprechchöre rufend, durch das Eimsbütteler Arbeiterviertel. Nach einer Stunde Marsch und ständig wiederholten Rufen wie "Jeder Bürger soll es schreien - Augstein raus und Strauss muß rein", war die erste spontane Empörung abgeklappt. Unter gutem Zureden der Polizisten ("Wir sind ja auch eurer Meinung, aber leider im Dienst") löste sich der Zug auf.

Die Mehrheit der Demonstranten zog dann aber zum alten Universitätsgebäude, in dem eine Podiumsdiskussion über die Spiegel-Aktion angesetzt war. Als sie dort ankamen, was das Gebäude bereits überfüllt und von Postenketten der Polizei abgesperrt.

Auf dem Universitätsplatz standen dichte Menschengruppen, lebhaft diskutierend. Die Menge wurde zunehmend unruhiger und zog weitere Demonstranten an. In dieser gereizten Stimmung forderte die Polizei die Versammelten über Lautsprecher auf, nach Hause zu gehen. Ihr Appell blieb wirkungslos. Es wurde weiter über den "Spiegel", die Demokratie, die Meinungs- und Pressefreiheit, das Grundgesetz,

heftig disputiert. Das Gedränge wurde noch größer, als die Diskussion abge- sagt werden mußte, weil der Saal überfüllt war. Plötzlich rief jemand: "Auf zum UG." Die Parole sprach sich schnell herum und bald zogen über 500 Leute durch die "Banmeile" zum Untersuchungsgefängnis. Die Polizei versuchte nicht einmal, die Demonstranten aufzuhalten.

Vor dem UG: Scheinwerfer tasteten an der Passade des Gefängnisses entlang, richteten sich wie Strahlen auf vergitterte Fenster, aus denen Häftlinge auf die Sprechchöre der Demonstranten vor dem Tor antworteten. Da wurde die Polizei äußerst nervös und rief eilig Innensenator Helmut Schmidt herbei. Durch eine "Flüstertüte" beschwor er die Jugendlichen, dem Ruf der Hamburger, die als besonnene Bürger bekannt seien, keinen Schaden zuzufügen. Man solle sich nicht von einer kleinen Minderheit aufhetzen lassen. Solange er Hamburger Innensenator sei, könne man ganz unbesorgt sein, daß in der Hansestadt kein Unrecht geschehe. Als er mitteilte, daß Justizminister Stammberger zurückgetreten sei, wurde ihm zugerufen: "Nachmachen". Auf diesem Ohr war Herr Schmidt jedoch taub. Nur durch das Versprechen, die ausgefallene Diskussion in einem größeren Saal der Universität am nächsten Tag nachzuholen, gelang es ihm, die Demonstranten zum Nachhausegehen zu bewegen.

Am nächsten Tag war der Saal im "audi-max" der Universität schon eine Stunde vor Beginn der Podiumsdiskussion von über 2000 Zuhörern bis auf den letzten Platz gefüllt. Etwa 4000 standen trotz naßkaltem Novemberwetter vor dem Gebäude. Aus den Erfahrungen des Vortages hatte man gelernt und vorsorglich auch außerhalb des Gebäudes Lautsprecher angebracht, um die Diskussion nach draußen übertragen zu können.

Diese wurde von Prof. Eugen Kogon geleitet. Teilnehmer waren u. a. Henri Nannen (Chefredakteur des "Stern"), Heinrich Braune (Chefredakteur der "Morgenpost"), Verlagsdirektor Becker vom "Spiegel", Rechtsanwalt Dr. Posser. Die Diskussionsredner meinten übereinstimmend, daß Landesverrat ein sehr verschwommener Begriff sei. Darin müsse die Bundesregierung eine Institution schaffen, bei der die Journalisten anfragen sollten, was ein Staatsgeheimnis sei oder nicht. Sonst endete das Gespräch immer wieder in juristischen Haarspaltereien. Die Gesprächspartner befochten sich mit Paragraphen, einer politischen Stellungnahme wichen sie aus. Die Diskussion endete dann auch mit einem Appell an die Zuhörer, sie sollten besonnen bleiben und Vertrauen zur rechtsstaatlichen Justiz haben und deren "gerechte" Entscheidung abwarten.

In den nächsten Tagen haben fast alle politischen Vereinigungen zur Spiegelaktion Stellung genommen. Verschiedene Gruppen veranstalteten "Aktionen" um jeden Preis, meistens in der Eile schlecht organisiert und ohne Absprache mit anderen befreundeten Kreisen durchgeführt. Selten wurde die Frage gestellt: "Und was tun wir jetzt weiter?"

Die Gemüter der im allgemeinen heute politisch desinteressierten Kollegen haben sich bereits wieder beruhigt und jetzt, nachdem Strauss abdankte, verbreitet sich das Gefühl, daß alles wieder in Ordnung sei. Aber die Ereignisse beweisen: daß auf einer bestimmten Stufe der Zuspitzung der Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft die herrschende Klasse Kritik nicht duldet, sondern mundtot machen will, sogar, wenn sie von Vertretern ihrer eigenen Klasse geäußert wird im Streit darüber, wer diese "Ordnung" besser verteidigen kann. Die Ereignisse lassen zudem ahnen, was geschieht, wenn die Arbeiter das drohende Notstandsgesetz nicht verhindern!

DGB-Jugendforum am 26. November in Bremen

Minister Höcherls Notstandsgesetz, unterteilt in inneren, äußeren und Katastrophen-Notstand - von denen der letzte bei offiziellen Diskussionen immer herhalten muß, weil unpolitisch - droht unsere "Freiheit" im bürgerlichen Staate vollends zu erdrosseln.

Welch bräunlich-schwarze Wolke braut sich da an unserem "vaterländischen" Himmel zusammen. Die muß man doch sehen! Das wird die Katastrophe, die politische; das Notstandsgesetz ist unser Notstand. Und sie sagen: "Wir müssen vorbeugen", - wir, das ist der Staat, das Instrument der bürgerlichen Klasse - "denn vorbeugen ist besser als heilen". - Alles Gewäsch, leere Phrasen. Vorbeugen heißt Verhandeln, den notwendigen Beitrag zur Entspannung, liefern. Aber Bonns Beitrag heißt Bundeswehr und Nato, Atomwaffen und Revanchismus.

Und was sagt die Arbeiterklasse? Sie existiert nur objektiv, nicht subjektiv, ohne Bewegung, ohne Bewußtsein. Und was sagt die "Führung" der Arbeiterklasse, die Spitze des DGB und auch der SPD? Sie kriechen, sie kriechen diesem Staate hintenrein und tummeln sich in seinen stinkenden Därmen und suchen den Weg, der nach oben führt; ins Gehirn. Und sie reden nach oben und nach unten. Nach oben so und nach unten so, sie reden mit zwei Zungen. Doch sie winden sich höher, immer höher. Und ruft dann unten aus der Masse einer "Halt, zurück!", dann war es bestimmt ein Kommunist. Den muß man der Masse als Köder hinwerfen, dann läßt sich besser mit ihr reden, dann läßt sie sich besser überreden.

Dazu ist das Forum natürlich besser geeignet als das Television. Das Forum also eine neue Masche der Diffamierung und Standpaukerei?

Das Bremer SPD-Organ BBZ stellt zum DGB-Jugendforum über die Notstandsgesetzgebung fest, es sei ein Forum einer Folge Foren, gleichbedeutend den Foren gegen Schund und Schmutz oder über Kosmetik. Daß dies Forum aber politisch war, spielt für sie keine Rolle. Für sie ist Politik gleich Parteipolitik.

Das Forum.

Es war öffentlich, doch zuvor Standpauke der offiziellen Vertreter. Heinz Winkler, Chefredakteur der "Bremer Nachrichten", gibt als Diskussionsleiter das erste Wort dem "unabhängigen" Juristen Otto Fichtner. Der sieht den Notstand, wie wäre es auch anders zu erwarten und geplant, juristisch, sittlich-moralisch und rechtsstaatlich, sowohl als auch von rechtswegen und von rechts.

Dann Karl-Heinz Jantzen, Bevollmächtigter der IGM Bremen. Für ihn ist das hannoversche Nein ein indirektes Ja: Man lehne zwar die jetzige Form des Gesetzes, vor allem wegen der Unklarheiten im Streikrecht, ab, doch werde man sich einer 2/3 Mehrheit im Bundestag beugen. Letzteres nicht in Hannover beschlossen, sondern.....? Es klingt nach SPD, und Jantzen ist doch DGB-Mann. Es ist wohl schon ein und dasselbe. Das bringt hernach ein paar Jugendliche ans Rednerpult. Doch der DGB-Mann Jantzen windet sich spezialdemokratisch aus der Klemme: "Wir stehen nicht außerhalb des Staates, wir bejahen ihn".

Herr Dr. Cassens, CDU, verwechselt Kontrolle mit Rechtfertigung. Das Notstandsgesetz unsere Kontrolle des Staates!? So nennt man wohl heute die Ermächtigung des Staates. Es ist doch ein Freikauf für zukünftige Sünden, eine Rehabilitierung nach außen, nach Westen. Die Zustimmung der Alliierten ist Herrn Cassens wichtiger, entscheidender als die des deutschen Volkes. Nicht wir, sondern die USA habe das Recht, dieses Gesetz abzulehnen. In diesem Falle sind wir nicht souverän.

Dr. Ehrich, Fraktionsvorsitzender der FDP in der Bremer Bürgerschaft, hält es für erforderlich, daß die Deutschen ihre Angelegenheit doch endlich allein regeln. Allenthalben, es fehlt der Beweis: Bonns Beitrag zur Wiedervereinigung hat diese in immer weitere Ferne rücken lassen. In der Diskussion meint Dr. Ehrich, der innere und der äußere Notstand würde Staat und Volk schon vereinen, aber bei Naturkatastrophen, da fehle die Zusammenarbeit, gerade auf diesem Gebiet müsse man für eine Regelung sein; denn die vielen Erdbeben in der ganzen Welt zeigen doch, daß auch in Deutschland die Erde mal wieder beben könnte. Dabei ist das letzte deutsche Beben erst vor 17 Jahren verstrickt.

Hans Koschnick, SPD, Mitglied der Bremer Bürgerschaft, sagt Ja und Nein. Ein lautes geräuschvolles Ja zum Gesetz und ein kleines, wohl bald nicht mehr hörbares Nein zum Text. Bestehen bleiben sollen z.Zt. noch das Streikrecht, die Presse- und die Meinungsfreiheit.

Heinz Winkler stellt dann fest: wir stehen zum Staat und zur parlamentarischen Demokratie, ein Notstandsgesetz muß sein, denn die Gefahr liegt im Osten, sowohl von innen aus auch von außen. Dann gab er der Jugend zum Fragen das Wort.

Zwei sagten eindeutig Nein zum Notstandsgesetz, worauf Herr Koschnick auf Ungarn und den 17. Juni verwies. Man hörte es aber heraus: "Ihr seid Kommunisten!" Man wiederlegt Karl-Heinz Jantzen, er windet sich heraus, es geht ihnen um Freiheit, Recht und Demokratie, aber man hört es ganz deutlich, er meint ihre Posten. Am Ende der Runde ist man erregt und nervös. Soviel Opposition und nur einmal dafür von den Jungdemokraten. Und das, obwohl der Spiegel nur als Rechtfertigung herhalten durfte und die Meinungsfreiheit durch Redezeitbegrenzung boykottiert wurde.

Das Manko der Jugend, es fehlt das politische Konzept, die Einsicht in die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge.

Zum Schluß traten die Offiziellen noch einmal ans Pult. Der Jurist sprach als letzter, dazu noch am längsten. Was wollt ihr, das Problem ist juristisch und nicht politisch, genau wie beim "Spiegel".

Und zwei Tage später steht im "Weser-Kurier": "Niemand lehnt das Notstandsgesetz rundweg ab". Noch einmal die Standpunkte der Offiziellen, schwarz auf weiß, von der Diskussion keine Silbe: sie fand für diese Kreise einfach gar nicht statt.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96.

Bremen, Januar 1963

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Zwischen den Krisen der beiden Weltlager
Kampf im Dunkeln
Bankrotteure in der IG Bau
Zum 4. Februar
In die Defensive gedrängt
Die geschlagene Reaktion

Zwischen den Krisen der beiden Weltlager

Die Krisen des kapitalistischen Lagers und die des sozialistischen Lagers sind in ein akutes Stadium getreten. Wir haben ihr Werden, soweit es der beschränkte Platz erlaubte, wiederholt behandelt. Die politisch passive Masse Deutschlands zeigt wenig Interesse für das weltpolitische Geschehen, deshalb schuf sie sich nicht die Mittel zu ihrer Information. Die parlamentarische Demokratie bietet dem Bundesbürger wenig Gelegenheit zu aktiver Tätigkeit. Er wird aufgefordert, im Abstand von zwei bis vier Jahren aus den von den im Parlament vertretenen drei Parteien vorgeschlagenen Kandidaten Abgeordnete zu wählen. Damit ist sein legaler Anteil an der "Volksherrschaft" erschöpft. Die Parlamentsparteien haben kein Interesse, neuen Mitgliedern Gelegenheit zu politischer Tätigkeit zu geben. Neue Mitglieder werden als störend empfunden, wenn sie von der Schablone der politischen Doktrin abweichen. Die Wahlpropaganda der Parteien wird von den Subventionen bezahlt, die sich die Abgeordneten selbst bewilligt haben. Sonderbeiträge der Interessenten können von den Steuern abgesetzt werden. Wozu also politisches Parteilieben wie in der Vorkriegszeit, als ein Dutzend politische Parteien miteinander konkurrierten und die Parteien sich nicht aus Steuergeldern ihre Betriebskosten zahlen lassen konnten. Die Werktätigen im Wohlfahrtsstaat mit Kleinbürgerexistenz denken und handeln kleinbürgerlich. Das wird solange andauern, als die Nachkriegskonjunktur den Kapitalisten die Möglichkeit gibt, sich durch Gewährung von Kleinbürgerlöhnen das Betriebsklima zu schaffen, das ihnen störungsfreie Profitproduktion erlaubt. Diese Möglichkeit beginnt in der Periode der Stagnation, der Vorläuferin der Überproduktionskrise, des Endes der Vollbeschäftigung, zu schwinden. Das ist der Hauptgrund dafür, daß die latenten Interessengegensätze in der Nachkriegswirtschaft der verschiedenen Länder der EWG und NATO entstanden und jetzt zusammenstoßen. Da die Werktätigen nur Objekte und nicht Subjekte des Zeitgeschehens sind, ist die Krise der NATO und EWG eine Krise innerhalb

herrschender Klassen. Die Massen werden bestenfalls zu Zustimmungskundgebungen gerufen, wie beim Besuch de Gaulles in der Bundesrepublik. Zum Besuch Adenauers in Frankreich kamen sie nicht. Die schwachen Demonstrationen von Pazifisten, die Gegner der Wiederbelebung des Militarismus sind, von der Art der Östermärsche, werden als kommunistische Tarn- und Zersetzungsversuche verächtlich gemacht und verfolgt. Das heißt in der Bundesrepublik Verteidigung von Demokratie und Freiheit.

Die in der freien Wohlfahrtsgesellschaft, in der freien Marktwirtschaft schlummernden Interessengegensätze zwischen den herrschenden Klassen der EWG und NATO-Länder wurden akut durch das Veto de Gaulles gegen die USA-Politik, deren Zweck die Umgruppierung der Kriegsvorbereitungen und der Eintritt Englands in die EWG ist, der politisch ökonomischen Abteilung zum Kampf der Westmächte gegen die angebliche Weltgefahr des Kommunismus.

Es ist sinnlos zu versuchen, die Ursachen der Krise zu erforschen, indem man die ideologische Argumentation der Verbündeten in NATO und EWG nachprüft, mit der sie sich gegenseitig die Schuld zuschreiben. Das Ergebnis dieser Katzbalgerei ist vorläufig: Es wird weitergewurschtelt. In Wirklichkeit geht es um die Stabilisierungsversuche der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten im kapitalistischen Lager. Alles, was sich gegen diese Hegemoniebestrebungen wendet, wird als Kommunismus gebrandmarkt. De Gaulle, der das Veto einlegt, wird beschuldigt, mit der SU das Europa vom Atlantik bis zum Ural schaffen zu wollen. Nationale Befreiungskämpfe unentwickelter Völker gegen Kolonialherrschaft werden als kommunistisch oder von den Kommunisten angezettelt ausgegeben. Abenteuer von Mächtegernrevolutionären als Ersatz für Revolutionen werden ebenfalls als kommunistische Aktionen ausgegeben und zum Anlaß von Aktionen der amerikanischen Imperialisten als Weltgendarmen benutzt. Die Furcht vor der Weltgefahr des Kommunismus ist das gemeinsame und stärkste Bindemittel der Bundesgenossen in NATO und EWG. Die 1947 von Churchill mit Truman gestiftete Doktrin zum Zurückwerfen der SU in ihre alten Grenzen ist an den harten Tatsachen gescheitert und sogar von seinem eifrigsten Verfechter, Dulles, aufgegeben.

Kennedy möchte durch eine Übereinkunft mit Chruschtschow zu einer Art Teilung der Einflußgebiete in der Welt kommen. Ein solcher Kompromiß darf natürlich nicht auf Kosten des Einflusses des amerikanischen Imperialismus gehen, sondern auf Kosten von Gebieten, wie z.B. Laos - Vietnam - gewissen arabischen Staaten und ähnlichen Ländern, die bereits mehr oder weniger sich unabhängig machen konnten und deren erneute Unterwerfung zu kostspielig für die USA ist. Die Vertreibung der Revolutionäre aus Kuba wird nach wie vor angestrebt. Die Beseitigung des sowjetischen Einflusses in Kuba durch die Kapitulation vor Kennedys Ultimatum, die Rücknahme der Raketen, Flugzeuge, wirtschaftlicher und militärischer Berater, hat den Überfall nur vorläufig hinausgeschoben. Die Vorstöße der Vereinigten Staaten gegen Kuba und die Wiederholung der Drohung mit Raketenhilfe gegen einen amerikanischen Überfall durch Marshall Malinowski beweisen den Fortbestand der alten Gefahr. Die Machtprobe Kennedys mit Chruschtschow wurde von allen Verbündeten der NATO und EWG gebilligt, auch von de Gaulle, obgleich kein Bundesgenosse befragt oder auch nur informiert wurde. Diese Tatsache beleuchtet mit Blitzlicht die Lage.

Ohne jede Kritik nahm und nimmt die kapitalistische Welt die Ungeheuerlichkeit hin, daß Kennedy mit einem kleinen Dutzend Vertrauter, die von ihm selbst als seine Ratgeber ernannt worden sind, über Krieg oder Frieden entscheiden kann. Nicht einmal der amerikanische Senat oder Kongreß wurden um Rat befragt oder informiert. Nach dieser "Holdentat" Kennedys behandelt er seine Verbündeten,

die ohne den Rückzug Chruschtschows zu Kriegshelfern im Atomkrieg geworden wären, erst recht als Satelliten.

Gegen die Beschränkung Westberliner Besuche bei Verwandten in Ostberlin durch die "Schandmauer" mobilisieren diese Zyniker die Welt. Die Machtbefugnis zur Entscheidung über einen Überfall auf Kuba, der einen Atomkrieg auslösen könnte, übertragen sie Kennedy, gegen Störung ihrer Sonderwünsche durch Kennedy meutern sie.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt es keine kampffähige, ihrer historischen Aufgabe bewußte Arbeiterklasse. Sie ist deshalb nicht imstande, ihre herrschende Klasse zu hindern, Atomkriege vorzubereiten und auszulösen. Die Kubakrise beweist, daß Raketen und militärische Berater kein Ersatz für eine Politik des sozialistischen Lagers sind. Die Werktätigen der kapitalistischen Länder müssen zu einer Kraft gemacht werden, die ihre herrschende Klasse hindern kann, den dritten Weltkrieg zur Verteidigung ihrer überlebten Ordnung anzuzetteln. Dem entsprach und entspricht Chruschtschows Einschätzung der Kräfteverhältnisse und Beurteilung der wirklichen Lage im zeitgenössischen monopolkapitalistischen Staatskapitalismus nicht. Das beweist das Scheitern seiner Hilfe für Kuba. Das beweist sein Lob der Berliner Mauer, Maßnahmen, die die Werktätigen der kapitalistischen Länder ins kapitalistische Lager treiben. Die Berliner Wahlen liefern sogar den zahlenmäßigen Nachweis. Die Mehrheit der Werktätigen der Bundesrepublik und ein großer Teil der Werktätigen in der DDR sind z.Zt. im Schlepptau der Kapitalisten. Sie sind keine Kämpfer gegen einen Krieg zur Beseitigung der Mauer, nur die militärische Kraft der SU hindert die Imperialisten und ihre Mitläufer an der Anwendung kriegerischer Mittel. Die starken kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien sind, trotz ihres Einflusses auf breite Schichten der Werktätigen, im Kampfe zur Schaffung einer Einheitsfront für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Zeit auch keine Kraft, um ihre herrschende Klasse zu zwingen, die Kriegsvorbereitungen aufzugeben. Alle gegenteiligen Formulierungen in den Dokumenten der Moskauer Tagungen 1957 und 1961 und in der Einleitung zum Parteiprogramm der KPdSU sind Wunschträume. Der Kommunismus bedarf des Friedens und nicht des Krieges, um zu siegen, das ist Axiom jedes Kommunisten. Die Kapitalistenklasse kann und wird sich ohne Krieg mit ihrer Enteignung, der Trennung von ihren Produktionsmitteln, nur abfinden, wenn die objektiven Kräfteveränderungen sie dazu zwingen, und diese objektiven Veränderungen können nur durch die revolutionäre Aktion der werktätigen Massen subjektiven Ausdruck finden. Die Fehler und Mängel der kommunistischen Politik unter Führung von Chruschtschow hemmen die Entwicklung zum revolutionären Klassenbewußtsein der Arbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Politik ist die Ursache des akuten Zustandes der Krise im sozialistischen Lager.

Die Krise im kapitalistischen Lager, der Widerstand de Gaulles, beruht auf der veränderten Wirkung der Rolle der Vereinigten Staaten als Weltgendarm in Europa. Mehr oder weniger bewußt wirkt die Tatsache, daß Europa von Amerika Hilfe und militärischen Schutz nur noch im Falle eines militärischen Angriffs der SU auf Europa benötigt. Nachdem die USA in Europa den Kapitalismus wieder restauriert und die Kapitalisten an die Macht gebracht hat, kann sie diesem nichts Wesentliches mehr geben. Im Gegenteil, die USA fordert jetzt nicht nur die laufenden Profite für das in Europa investierte Kapital, sondern auch Zinsen und Zinseeszinsen für Wirtschafts- und Rüstungshilfe, Marshall-Plan-Gelder und dergl.. In dem Maße, wie die Furcht vor einem militärischen Überfall der Sowjetarmee und einem Vormarsch an den Atlantik schwindet, wird die Unterwürfigkeit der Bundesgenossen gegenüber den Forderungen Kennedys schwächer. Diese Tendenz wirkt in den verschiedenen Ländern der NATO und verschiedenen Gruppen der herr-

schenden Klasse unterschiedlich. In Frankreich fürchtet nicht nur de Gaulle keinen militärischen Vorstoß der SU, sondern auch das französische Monopol- und Finanzkapital hat keine solche Angst. Das bedeutet keineswegs eine Geringschätzung der kommunistischen Gefahr seitens der französischen Großbourgeoisie, aber das ist in Frankreich für sie eine innenpolitische Gefahr. Die KPF erhält 1/4 der Stimmen bei normalen Wahlen. Die KPF hat Einfluß auf den aktiven Teil der Arbeiter und Angestellten, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und politisch gegen das personelle Regime de Gaulles für eine "wirklich neue Demokratie" zu kämpfen bereit sind. Zu revolutionären Machtkämpfen reicht weder die Kraft der KPF noch sind die gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionär. Weder ist das Monopol- und Finanzkapital nicht mehr fähig, mit de Gaulle zu regieren, noch ist die entscheidende Masse der Werktätigen bereit, nicht mehr unter den vorhandenen Bedingungen zu leben. Aber der Kampf zur Organisierung der Einheitsfront zum Widerstand gegen die Wirtschafts- und Staatspolitik ist für die französische Bourgeoisie die kommunistische Gefahr, obgleich sie sich nur im Rahmen der kapitalistischen Ordnung abspielt.

Welche persönlichen Vorstellungen de Gaulle von seiner Rolle hat - moderne Jeanne d' Arc - neuer Karl der Große usw. - ist nicht entscheidend, entscheidend ist, daß er nach dem Ende des Algerien-Krieges die Pläne der Finanz- und Monopolbourgeoisie am besten stützt. Vielleicht hat de Gaulle anfangs mit einem Sieg über die Rebellen in Algerien gerechnet. Ein solcher Erfolg, der das Prestige der im zweiten Weltkrieg in Indochina, Syrien und jetzt in Algerien geschlagenen Militärbükratie etwas aufgepulvert hätte, wäre wahrscheinlich auch de Gaulle recht gewesen. Da er einen solchen Sieg nicht herbeiführen konnte; der Finanz- und Monopolbourgeoisie an den Erdölquellen und Erzlagern in Algerien mehr liegt als am Prestige der Soldateska, stützten sie de Gaulle als Friedensmacher mit den Rebellen. Dafür jagen ihn jetzt seine OAS-Kameraden als Verräter mit Attentaten.

Es mag sein, daß de Gaulle die Briten und Amerikaner haßt, die ihn während des Kriegs oft beleidigten. Auch das ist nebensächlich. Wichtig ist, daß die Politik de Gaulles sich gegen die weitere Amerikanisierung Frankreichs und Europas wendet, was nicht nur den Bedürfnissen der französischen Finanz- und Monopolherren entspricht, sondern auch Teilen der herrschenden Klasse in anderen NATO-Ländern. Die Übernahme des Automobilwerkes Symca durch Ankauf von 63 % der Aktien durch die Amerikaner schmälert ihre eigene Profitmöglichkeit. Ähnliche Vorstöße mit amerikanischem Kapital finden in England, Italien und in der Bundesrepublik statt. Zur Ausbeutung Algeriens brauchen die Franzosen fremdes Kapital. Aber sie wollen den amerikanischen Kapitalisten nicht die Hegemonie in Algier erlauben, die sie sich fast überall aneignen, wo die neokolonialistischen Methoden des amerikanischen Kapitals nicht verhindert werden. Deshalb ist die französische herrschende Klasse für die Aussöhnung mit den deutschen Kapitalisten, die de Gaulle so zeremoniell organisiert. Und für den Teil der oberen Militärbükratie, der noch für die Umorganisation der französischen Armee brauchbar ist, ist die Abweisung der amerikanischen Reorganisation der NATO durch de Gaulle ein Pflaster für ihre Niederlage. Dafür nehmen die französischen Offiziere die wenig beliebten Boches in Kauf - die ja jetzt auch Prügel bezogen haben, wenn auch nicht von den Franzosen, Briten und Amerikanern, sondern "nur" von den Russen. Frankreich hat keine territorialen Forderungen. Zum Geschäftemachen mit der SU sind auch die französischen Monopole bereit. Wenn sie keine Angst mehr vor der russischen Invasion in Frankreich haben und de Gaulle eine selbständige französische Militär- und Polizeimacht ohne amerikanischen Einfluß schafft, ist auch die Bourgeoisie damit einverstanden, damit sie die schrecklichen Kommunisten damit bekämpfen können, wenn es nötig sein sollte.

In dem Maße, in dem die Angst vor einem militärischen Überfall der Sowjetunion auch in England, Italien, den Benelux- und skandinavischen Ländern schwindet, wächst der Widerstand gegen die amerikanischen Forderungen. Vor den Prophezeiungen Chruschtschows, daß er noch den Weltsieg des Kommunismus erleben wird, fürchten sie sich nicht. Die Kraft der Kommunisten in ihren eigenen Ländern ist keine unmittelbare Gefahr. Die falsche Politik Chruschtschows treibt der sogenannten demokratischen Front gegen den Kommunismus neue Anhänger zu, solange der Nachkriegskapitalismus noch nicht in die Überproduktionskrise fällt.

Das Prestige Kennedys durch den Sieg über Chruschtschow hat ihn ermutigt, seine Reorganisationspläne der NATO trotz des Widerstandes de Gaulles verstärkt fortzusetzen. Die gehorsamsten Gefolgsleute sind die herrschende Bourgeoisie und die SPD in der Bundesrepublik. Die in der Bundesrepublik herrschende Klasse ist nur mit der von der USA geborgten Macht in den Stand gesetzt worden, die Restauration des Kapitalismus in Gestalt der Bundesrepublik durchzuführen. Sie hat sich seit ihrer Gründung mit der Rolle und der Aufwertung als Werkzeug der amerikanischen Imperialisten abgefunden und sich bewährt. Einige träumten und träumen von der Möglichkeit, die Wiedervereinigung, die Änderung der Oder-Neisse-Grenze und andere Revisionen mit der von den Westmächten geborgten Macht zu verwirklichen.

Die NATO-Pläne der Kennedy-Regierung zeigen das eine ganz klar: Für Sonderwünsche der deutschen Monopolherren gehen die USA-Imperialisten nicht in den Atom-Krieg. Das bedeutet keineswegs, daß die USA eine Eroberung Europas durch den sozialistischen Block mit der Militärmacht der SU an der Spitze, ohne einzugreifen, zulassen würde. Ein solcher Machtgewinn würde das Machtverhältnis zwischen den USA und der SU im Weltmaßstabe ändern. Das wird die USA zu verhindern suchen, solange sie dazu die Kraft zu haben glaubt. Militärisch wird das Gleichgewicht zwischen dem kapitalistischen Block und dem sozialistischen Block dauernd schwanken. Aber es wird sich kaum so verändern, daß die seit 1947 von Churchill und Truman angestrebte Vertreibung der SU von der Elbe realisierbar wird. Wenn die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder klassenbewußt um die politische Macht kämpft und siegt, wird die Macht der Kapitalisten so geschwächt, daß sie sich der Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung nicht mehr widersetzen können. Die andere Alternative ist, wenn die Arbeiterklasse im Schlepptau der Kapitalisten bleibt, der gemeinsame Untergang der kampfunfähigen Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie im Atomkrieg. Eine dritte Variante: Wenn in der SU und in den fortgeschrittenen Volksdemokratien die neuen Generationen, ähnlich den in den kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten lebenden Arbeitern, sich auf die Befriedigung kleinbürgerlicher Bedürfnisse beschränken.

Aber das sind nur die umgekehrten Wunschträume zur friedlichen Koexistenz Chruschtschows und Verhinderung des Atomkrieges mit friedlichen Mitteln.

Kein Zweifel, auch in der SU, in der die Massen in Jahrzehnten währenden, opferreichen Kämpfen aus dem Erbe des Zarismus, unentwickelter Produktionsmittel und -verhältnisse, - darunter das wichtigste: eine analphabetische Bevölkerung, - das zweitmächtigste Land der Welt gemacht haben, wächst das Bedürfnis, die Produktionskraft zur besseren Befriedigung der Massenbedürfnisse zu verwenden. Ziel und Aufgabe der kommunistischen Gesellschaft ist der "Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit", keine Freiheit zur Ausnützung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, zur Ausbeutung der Arbeitskraft, zur privaten Bereicherung durch die Aneignung

unbezahlter Arbeit. Die Aufhebung dieser Freiheit ist Voraussetzung der Planwirtschaft zur Befriedigung der Massenbedürfnisse.

Planwirtschaft und Verwendung der unbezahlten Arbeitskraft zur Investierung, zum Ausbau der vergesellschafteten Produktionsmittel, war und ist nicht nur Programm und Praxis in der SU und allen volksdemokratischen Ländern in dem Maße, in dem die objektiven Umstände dies ermöglichen, sondern in allen sich zum Sozialismus-Kommunismus entwickelnden Gebieten wie in China, in Jugoslawien und sogar unter dem sowjetischen Besatzungsregime in der DDR. In der SU verhindern die Rüstungskosten die bessere Befriedigung der Massenbedürfnisse erheblich. Die Bevorzugung der Schwerindustrie vor der Leichtindustrie, die Modernisierung der Landwirtschaft sind die Basis des raschen Wachstumtempo des sozialistischen Aufbaus, auf der das Einholen der USA und Überholen der übrigen kapitalistischen Länder beruht. Zwei Jahrzehnte lang war deshalb das Existenzminimum der Massen in der SU an der Hungergrenze die Voraussetzung für die Entwicklung zum zweitmächtigsten Staat der Welt. Marx-Überwinder von der Art eines Fritz Sternberg machen die Lohnhöhe, das Existenzminimum zum Maßstab der Reife des Staates und der Gesellschaft in der Entwicklung zum Sozialismus-Kommunismus. Dabei vergleichen diese Kritiker die Lohn- und Existenzbasis dieser Entwicklungsländer, der SU, nicht mit der zaristischen Ausgangslage, sondern mit den Lohn- und Existenzbedingungen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, Existenzverhältnisse, die in längeren Elendsperioden für die Werktätigen von den Kapitalisten geschaffen wurden.

Erst nach dem zweiten Weltkrieg, der zweiten technischen Revolution und Verwandlung der Arbeitskraft in Mangelware, erhielten breitere Schichten Kleinbürgerlöhne. Neue Elendsperioden stehen bevor. Vier bis fünf Millionen Erwerbslose in USA seit 1 1/2 Jahren, 900 000 Arbeitslose in England. Jährlich hunderttausende vom Hof vertriebene Bauern, die durch die Marktwirtschaft proletarisieren werden, Soweit sie moderne Landwirtschaft betreiben können, werden sie in Akkord-Arbeiter verwandelt, die Aufträge der Handelsmonopole ausführenden Saat, Dünger, Qualität und Formen ihrer Produkte vorgeschrieben werden. Die derzeitige Umwandlung in der Landwirtschaft als Folge der zweiten technischen Revolution folgt einige hundert Jahre nach der Vertreibung der englischen Bauern von ihren Höfen wiederum Verwandlung in Vagabunden und Bettler, weil Schafzucht zur Wollproduktion profitabel wurde. Das moderne Bauernleben hundertfünfzig bis zweihundert Jahre nach dem Massenelend der Handwerker und Spinner durch Einführung von Web- und Spinnmaschinen und Dampfkraft, schafft Probleme, die die industrielle Überproduktionskrise sehr verschärfen werden. Die Bauern in der Bundesrepublik, in den USA, England und anderen Ländern, die von der Scholle vertrieben werden, werden unterstützt. Sie werden nicht, wie ihre Vorfahren, in die Vagabundage und Arbeitshäuser getrieben. Diese Wandlungen werden die borniertesten Bauernschädel rebellisch machen - und wann ihnen die klassenbewußte Arbeiterschaft hilft - sie revolutionär denken und kämpfen lehren.

Die entwickeltsten alten kapitalistischen Länder, die jetzt als Modelle der demokratischen Freiheiten gepriesen werden, werden durch die Automation in der Industrie und die dadurch im Kapitalismus sich ergebenden Folgen zu geschichtlich rückständigen, von der Entwicklung zum Sozialismus überholten Gebieten. Das im Aufbau des Sozialismus befindliche China ist trotz seiner rückständigen Ausgangslage in dieser Hinsicht bereits den USA überlegen. Nicht die Lohnhöhe, die gegenwärtige Existenzbasis ist der Maßstab. Trotz mehrjähriger Naturkatastrophen, Dürre, Überschwemmungen, hat das kommunistische China Hungersnöte von Millionen mildern und sogar verhindern können. Jahrhundertlang waren in China Hungersnöte periodisch. Die SU konnte als Folge von Krieg und

Bürgerkrieg 1920/21 die Hungersnot, der Millionen zum Opfer fielen, nicht verhindern. Auch die Folgen der Zwangs Kollektivierung führten Mitte der Dreißiger Jahre in der SU noch zu Hungersnöten in Teilgebieten.

Die kapitalistische Welt erhofft auf Grund dieser objektiven Schwierigkeiten den Zusammenbruch der in der Übergangsperiode vom Kapitalismus oder von vor-kapitalistischen Ausgangspunkten zur sozialistischen Gesellschaft befindlichen Gebiete. Diese Hoffnungen werden sich so wenig erfüllen, wie die Untergangspropheten für die SU seit der Geburt im Jahre 1917. Die noch großen Fehler und Mängel in der Praxis der Wirtschafts- und Staatsführung werden korrigiert, denn sie sind Kinderkrankheiten, sogar in der SU, während die Krise in der EWG eine Alterskrankheit des Kapitalismus ist.

Die Krise in der EWG ist verursacht durch Auswirkungen traditioneller Formen der europäischen Geschichte, die eine Arbeitsteilung auf der Basis des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der Warenproduktion und zwischenstaatlichem Handel erzeugt haben, welche durch den Druck der Kennedy-Regierung nicht ohne große Opfer ganzer Industrie- und Landwirtschaftsgebiete beseitigt werden können. Kennedy kann seinen Kongreßabgeordneten nicht ein mal zweckmäßige Maßnahmen gegen die landwirtschaftliche Überproduktion abgewinnen. Seine Maßnahmen gegen die Überproduktionskrise wenden Keynes-Rezepte an: 98,5 Milliarden Dollar Ausgaben hat Kennedy dem Kongreß für das am 1. Juli beginnende Finanzjahr 1964 vorgelegt. Der Etat ist 4 1/2 Milliarden Dollar höher als der des laufenden Geschäftsjahres. (Zum Vergleich: das Nationalprodukt der Bundesrepublik 1962 beträgt 336,8 Milliarden Mark). 54,4 Milliarden Dollar für Verteidigung, 4,2 Milliarden Dollar Weltraumforschung. Der Haushaltsplan weist ein Defizit von 11,9 Milliarden Dollar auf. 3 Milliarden Dollar höher als 1963. Für Schuldentilgung hat Kennedy 10,1 Milliarden Dollar eingesetzt. Dazu eine Steuersenkung von 13,5 Milliarden Dollar für die höheren Einkommen. Diese Milliardenbeträge pumpt Kennedy in die Wirtschaft. Das sind Dollar-Spritzen, die die Stockung der Investitionen beheben sollen. Da aber die Kapazität in wichtigen Unternehmen nicht ausgelastet ist, in der Stahlindustrie nur zu 63,6 %, können nur die allergrößten Monopole in der Zeit der Überproduktionskrise bereits Ausweitungen der Kapazität durch Rationalisierung und Automatisierung riskieren, um nach Überwindung der Krise gerüstet ins Geschäft zu steigen. Diese Überwindung oder Verhinderung der Krise führt nicht zur Mehrbeschäftigung von Erwerbslosen, sondern durch die Modernisierung, Rationalisierung und Automation zur weiteren Verringerung der notwendigen Arbeitskräfte. Die Zeit der Vollbeschäftigung ist zu Ende.

Keynes - Rezepte sind bisher nirgends erprobt worden. Hitler hat mit dem Bau der Autostraßen, dem Beginn der Rüstungsproduktion und der Einführung des Arbeitsdienstes die Dauererwerbslosigkeit, die Krise der dreißiger Jahre in Deutschland bekämpft. Die sozialdemokratischen Koalitionsregierungen scheuten vor solchen Kapitalspritzen zurück. Was von den vorgeschlagenen Maßnahmen vom Kongreß bewilligt werden wird, wird zeigen, ob die Vorschläge Kennedys Praxis werden. In dem vorigen Kongreß wurden alle Vorschläge zur Abwehr und Milderung der Krise abgelehnt. Auch wenn alle geplanten Maßnahmen beschlossen und ausgeführt werden sollten, so ist dies im besten Fall eine zeitweilige Milderung der größten Not der Arbeitslosen, aber keine Verhinderung der Krise. Die jetzige Überproduktionskrise beginnt mit der Stockung der Investitionen wegen der bereits überhöhten Kapazitäten, nicht mit dem Rückgang der allgemeinen Kaufkraft.

Ein anderes geplantes Mittel gegen die amerikanische Krise ist die Ausfuhr der amerikanischen Erwerbslosigkeit nach Europa durch die gesteigerte Ausfuhr amerikanischer Ware in die alte Welt zur Überwindung des Außenhandel-Zahlungs-

Defizits. Gilpatric forderte bei seinen Gesprächen mit Adenauer Auskunft darüber, ob und inwieweit die Bundesrepublik weiter Waffen in der USA kaufe. Nach dem Abkommen mit de Gaulle befürchtet Kennedy den Verlust der Einkommen aus deutschen Waffenbestellungen, die bereits 7 Milliarden Mark in die amerikanische Wirtschaft verlagert haben. Gilpatric erklärte, daß Amerika wünsche, daß eine Vereinbarung über die bereits geplante Waffenlieferung im Betrage von 750 Millionen Dollar und Überlassung amerikanischer Depots und Ausbildungslager in der Bundesrepublik getroffen wird.

In England ist das laufende Verteidigungsbudgets auch um 116 Millionen Pfund, rund 1,3 Milliarden Mark auf 1837 Millionen Pfund erhöht worden. Das Gesamtbudget wird Gelder für Keynes-Maßnahmen zur Bekämpfung der 900 000 Erwerbslosen und "Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" enthalten.

Die Gegensätze im Lager der herrschenden Klasse der kapitalistischen Länder, in denen die zweihundert größten Weltmonopole neben ihrer ökonomischen, ihre politische Macht ausüben, verstocken sich hinter der demokratischen Fassade. Darunter die der 43 Haupttrusts in den Ländern der EWG. Diese großen Monopole stehen am Anfang eines mörderischen Konkurrenzkampfes untereinander. In den Zeiten guter Konjunktur beschränken sie sich auf Unterordnung und Eingliederung der kleinen Konkurrenten und schaffen dadurch ein gewisses Gleichgewicht. Diese Monopole mit ihrer Wirtschaftsmacht und dem darauf gegründeten politischen Einfluß verfügen über alle technischen Mittel der Wirtschaftsführung und politischen Machtentfaltung. Sie werden sie nicht nur gegen die politische Machteroberung der Arbeiter anwenden, sondern auch gegen alle Kämpfe der Arbeiter, gegen die Abwälzung der Lasten der Krise auf ihre Schultern. Durch Mitbestimmung von Arbeitervertretern in den Aktiengesellschaften oder Betriebsräten in den Unternehmungen, den Monopolen diese Macht zu entwenden, ist ein schlechter Witz. Die Technik ist neutral. Wer sie besitzt, dem dient sie im Kampf für seine Klasseninteressen. In den sich zum Sozialismus entwickelnden Ländern ist sie im Besitz der Arbeiterklasse auch dort, wo sie aus objektiven Gründen die Macht direkt noch nicht ausüben kann.

Wenn die die Klasse vertretende Bürokratie an der Verstaatlichung der Produktionsmittel festhält, die Wirtschaft planmäßig zum Zwecke der Befriedigung der Massenbedürfnisse organisiert, den Staat zur Verwirklichung dieser historischen Aufgabe der Arbeiterklasse verteidigt, dann ist das Übergangstaat - und Übergangswirtschaft zum Sozialismus, trotz aller Mängel und Fehler im einzelnen. Die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus ist keine gleichmäßige Einbahnstraße, sondern eine ungleichmäßige wie die Entwicklung des Kapitalismus. Der Gedanke, der der Gründung der Kommunistischen Internationale zugrunde lag, die revolutionäre Weltbewegung von einem Zentrum aus einheitlich leiten zu wollen, war ein verhängnisvoller Irrtum. Die Kommunistische Internationale mußte zum Anhängsel und Werkzeug der Sowjetunion werden. Der Sowjetunion, als einziges die politische Macht ausübendes Land, standen nur ideologisch kommunistische Parteien ohne Macht und abhängig von den verschiedensten gesellschaftlichen und traditionellen Bedingungen gegenüber. Bürgerkrieg, Aufbau der Wirtschaft und des Staates, der Sowjetunion, beanspruchten alle Kräfte, nicht nur der SU, sondern der gesamten Kommunistischen Internationale. Sie ließen keinen Raum zur Rücksichtnahme auf die vielfachen ganz anderen Bedürfnisse der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern. Die Einordnung, sogar die Unterordnung unter die Bedürfnisse der SU war Treue zur Idee. Die Leitung der KPdSU, das politische Büro, wurde zwangsläufig zur entscheidenden Führung der Kommunistischen Internationale. Was dieser Führung an Führung in den einzelnen Sektionen der KI gegenüberstand, entsprach der Unreife ihrer Bewegungen. Keine einzige kommunistische Partei hatte

die revolutionären Aufgaben ihres Landes so konkret und selbständig erarbeitet, wie die russische Führung die der russischen Revolution oder die Führung der chinesischen Revolution die der chinesischen Revolution. Dieser Widerspruch äußerte sich in Fraktionskämpfen in der KI. Hinter diese Fraktionskämpfe in den einzelnen Sektionen stellten sich nirgends ausreichende Kräfte, um sich durchzusetzen. Jugoslawien ist der erste Fall in der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung, in dem sich die kommunistische Partei gegen die Machtansprüche der russischen Führung bis jetzt durchgesetzt hat.

Die Krise im sozialistischen Lager der Gegenwart ist Auswirkung von Traditionen, von Fraktionskämpfen in der alten KI und der KPdSU. Jede lebensfähige Bewegung hat die Führung, die ihren Bedürfnissen entspricht. Lenin im Rußland der ersten Periode der Revolution 1905, 1917 - 1922, Stalin von 1924 - 1952. Chruschtschow von 1954 bis jetzt. Das sind nur die jeweils die Macht in Partei und Staat verkörpernden Führer. Es hieße, die Geschichte der KPdSU schreiben, wollten wir Wesen und Rollen Lenins und Stalins in ihrer Zeitperiode schildern.

Nur Chruschtschow müssen wir als Epigonen und Lehrling in der Stalin-Periode behandeln. Er ist das Produkt der russischen Revolution der Stalin-Zeit. Er wurde leitender Funktionär in Partei und Staat und einer der aktivsten Propagandisten und Organisatoren Stalins. Er hat alle Partei- und Staatsaufträge unter Stalin aus Überzeugung ausgeführt. Seine Erklärung der Stalin-Periode als fehlerhafte Auswirkung des Personenkults auf dem XX. und XXII. Parteitag ist subjektiv so ehrlich wie seine Tätigkeit unter Stalin. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er die Stalin-Periode und seine eigene Arbeit im Geiste der Stalinpolitik nicht als ein im Wesen unvermeidliches Durchgangsstadium der russischen Revolution begreift. In dieser angeblich fehlerhaften Personenkult-Politik ist die Voraussetzung zum Sieg der SU im zweiten Weltkrieg sowie die Voraussetzung für die rasche Überwindung der ungeheuren Kriegsverluste, den Aufschwung der Wissenschaft, die Anwendung der Atomkraft und den Vorstoß in den Weltraum geschaffen worden. Der angebliche Personenkult war kein Hindernis für diese positiven Leistungen der Partei unter Führung von Stalin. Es war auch nicht Personenkult Stalins, sondern Unverständnis Stalins und der KPdSU, die der kommunistischen Partei Deutschlands Aufgaben aufzwangen, die verhängnisvolle Folgen hatten. Die kritiklose Unterordnung der Führung und Mitgliedschaft der KPD unter diese aufgezwungene Anwendung der Politik vom sogenannten Sozialfaschismus ebnete dem Faschismus in Deutschland den Weg und verhinderte die Organisierung der proletarischen Einheitsfront. Die entstehende kommunistische Opposition hatte richtige Gedanken und praktische Vorschläge zur Verhinderung des Sieges des Faschismus. Sie war aber nicht imstande, genügend Massenkräfte zur Durchführung ihrer richtigen Politik zu mobilisieren. Auch die Fehler Stalins in der Spanien-Politik, der Volksfront-Politik in Frankreich und manche anderen positiven und negativen Tätigkeiten Stalins haben nicht das geringste mit dem Personenkult zu tun.

Chruschtschow, der die Stalin-Periode mit ihren positiven und negativen Ergebnissen als Folge der russischen Bedingungen nicht versteht, begreift darum auch nicht die innen- und außenpolitischen Kräfteverhältnisse der Gegenwart.

Die russische Revolution siegte über den Zarismus, weil das zaristische Regime seine Möglichkeiten zur Herrschaft erschöpft hatte.

Rußland befand sich im Stadium der Entwicklung vom Feudalismus zum Kapitalismus. Die ökonomischen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus waren noch nicht genügend entwickelt. Die Menschewiki warnten deshalb vor der Übernahme der politischen Macht durch die Bolschewiki, wie Kautsky und Rosa Luxemburg.

Aber Lenin und die Partei der Bolschewiki organisierten den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Kerensky-Regierung, gestützt auf die revolutionäre Aktion der landlosen Bauernmassen, die keine Sozialisten waren, nur für ein Stück Boden zu kämpfen bereit waren. Die politische Macht war mit der Hilfe der Bauern erobert, aber die Bauern waren trotz ihrer Unterstützung der Bolschewiki, die ihren Kampf um den Boden organisierten, nicht bereit, für den Aufbau des Sozialismus die unvermeidlichen Opfer zu bringen. Sie wurden aktiv gegen die Aufbaupolitik, klugseinsollende Pläne, die Mittel zur sozialistischen Wirtschaft durch etappenmäßige Industrialisierung nach dem Vorschlag Trotzky's oder dem Vorschlag Bucharins, die Bereicherung der Bauern zuzulassen, waren unrealisierbar. Diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPdSU waren nur die Widerspiegelung der Widersprüche der russischen Gesellschaft. Die Partei zerfiel in Fraktionskämpfen als Mächtigorgan. Der aktive Widerstand der Bauern, der verschiedenen Fraktionen in der Partei und in der Arbeiterschaft mußte bekämpft und niedergeschlagen werden. Diese innerpolitische Lage der SU bestimmte Stalins Politik. Mit barbarischen Mitteln kämpfte er gegen die russische Barbarei nach dem Ausbleiben revolutionärer Hilfe durch siegreiche proletarische Revolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, um Rußland auf die Stufe der europäischen Zivilisation zu bringen. So begann der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, der schwieriger und opferreicher war als die Periode des Bürgerkrieges. Dabei hat Chruschtschow geholfen und nicht weniger die revolutionäre Gesetzlichkeit verletzt. Was ist revolutionäre Gesetzlichkeit? Doch nicht die papierene Verfassung, das wußte schon Lassalle, sondern die Anwendung der Machtmittel, die unter den gegebenen Verhältnissen vorhanden sind, um die revolutionäre Staatsmacht zu verteidigen. Eine andere Handlungsweise hätte Ende der zwanziger Jahre bedeutet, den Rat der Menschewiki zu befolgen, davonzulaufen. Die russische Barbarei ist während der Stalin-Periode nicht nur auf die Höhe der europäischen Zivilisation gebracht worden, sondern zum Sieg über die Hitler-Armee der deutschen Imperialisten. Die SU wurde zur zweiten Weltmacht auf der kulturellen, ökonomischen und politischen Grundlage der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Chruschtschow, der seine eigene Vergangenheit in der Stalinzeit nicht historisch richtig einzuordnen versteht, handelt jetzt unter dem Druck der Massen, die der Notwendigkeit des Terrorregimes entwachsen sind. Chruschtschow hält aber noch an stalinschen bürokratischen Methoden fest, um Industrie, Landwirtschaft und Staat durch bessere Arbeitsteilung und Dezentralisierung der Bürokratie unter Parteikontrolle zu halten, wie er es bei Stalin gelernt hat. Dieser Methode sind die russischen Werktätigen, die technisch und politisch qualifiziert sind, die Aufgaben unbürokratisch besser zu machen, überdrüssig. Das muß und wird zu Konflikten mit Chruschtschow führen, kurzfristig, wenn weitere Mißerfolge in Chruschtschows Wohnungsbau- und Landwirtschaftspolitik erneut den Beweis liefern, daß diese bürokratischen Methoden auch nicht mehr zeitgemäß sind. Dazu kommt Chruschtschows Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse im Weltgegensatz Kapitalismus - Sozialismus richtig einzuschätzen. Auf dem Gebiete der Beurteilung der Klassenkräfte im zeitgenössischen Kapitalismus ist die russische Masse der Werktätigen noch zurückgeblieben. Die neue verbesserte Geschichte der KPdSU ist ein schlechter Ersatz der stalin'schen. Sie ist nur umfangreicher und behandelt die russische Revolution als das Werk der Anweisungen Lenins. Rühmliche Schlußfolgerungen auf Grund richtiger Analysen von Marx und Lenin der konkreten Umstände ihrer Periode sind heute noch richtig, soweit sie den behandelten Gegenstand betreffen. Sie werden zur toten Schablone, wenn sie auf Verhältnisse angewandt werden, auf die sie nicht anwendbar sind. Gewiß, der Kapitalismus, der sich in der Nachkriegszeit entwickelte, hat nichts Entscheidendes an seinem Klassencharakter verändert. Aber das erklärt nicht die veränderten Verhältnisse, welche durch die zweite technische Revolution, die Verwandlung der Arbeitskraft in Mangelware, die Verschmelzung der Konjunktur zur

Befriedigung des Nachholbedarfs mit der Rüstungskonjunktur zur Vorbereitung des dritten Weltkrieges entstanden sind. Bei der Einschätzung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in Deutschland, wo die Arbeiterklasse seit 1918/19 nur Niederlagen erlitten hat, wird dies nicht berücksichtigt. Ebenso wenig berücksichtigen Chruschtschow und seine Mitshelfer die Enttäuschungen der Hoffnung auf die Sowjetunion nach Kriegsende. Die zeitweilige Vollbeschäftigung und die Kleinbürgerlöhne für breite Schichten durch Zitate von Marx und Lenin zu beantworten, heißt aus der Lebensarbeit von Marx und Lenin Karikaturen machen. In Mißachtung der wirklichen Verhältnisse macht Chruschtschow aus dem Zwang der Werktätigen und Kommunisten zum Zusammenleben mit den Monopolkapitalisten die friedliche Koexistenz. Diese sich im Schoße des Sozialismus entwickelnden Widersprüche werden seit geraumer Zeit zwischen Chruschtschow und den Chinesen als ideologischer Kampf geführt, getarnt als Kampf der Chinesen gegen den jugoslawischen Opportunismus und von Chruschtschow gegen den albanischen Radikalismus und Stalinismus. Das uns zur Verfügung stehende Originalmaterial der Albaner reicht zu einer gründlichen Beurteilung des angeblichen albanischen Stalinismus nicht aus. Was wir aus dem uns zugänglichen Material feststellen konnten, ließ uns keinerlei stalinistische Theorie oder stalinistische Taktik entdecken, sondern nur moralischen Widerspruch gegen Chruschtschows Stellung zum Stalinismus - ohne sachlich zureichende Begründung - und Beschimpfung der Jugoslawen als Erzfeinde, was mit gleicher Münze von den Jugoslawen heimgezahlt wird.

Anders steht es mit unseren Möglichkeiten zur Beurteilung der chinesischen Anklagen gegen Chruschtschow und seine Anhänger. Hier reicht das uns in englischer Sprache vorhandene Material aus, um uns ein Urteil zu bilden. Leider reicht unser Platz nicht, um ausführlich davon Gebrauch zu machen.

Die meisten Anklagen gegen die Chinesen sind grobe Entstellungen des wirklichen Standpunktes und Verhaltens der chinesischen Kommunisten. Hier einige knappe Proben:

1. Die Anklage gegen die Chinesen, kriegerische Überfälle auf die Inder gemacht zu haben, widerspricht den Tatsachen. Die Chinesen haben zurückgeschlagen, als Nehru den Befehl zur Vertreibung der Chinesen vom chinesischen Gebiet gegeben und die Vertreibung begonnen hatte. Am 12. Oktober hat der indische Premierminister Nehru angeordnet, eine Offensive gegen China zu beginnen, um chinesisches Gebiet von chinesischen Grenztruppen zu säubern. Wenn Ulbricht klagt, daß die Chinesen nicht bei ihm angefragt haben, so wird er entschuldigen müssen, weil keine Zeit dazu da war. An ständigen Aufforderungen der Chinesen zu friedlichen Verhandlungen mit Indien hat es nicht gefehlt. Nach erfolgter Gegenwehr gegen den indischen Angriff haben die Chinesen die eroberten Gebiete alle geräumt und wieder Verhandlungen zur friedlichen Regelung der Grenzstreitigkeiten vorgeschlagen. Die in englischer Sprache erscheinende "Pe'ing Review" Nr. 51/52 bringt den Schriftwechsel mit Indien und ein ganzes Heft mit Landkarten indischen, britischen und chinesischen Ursprungs, in den weiteren Nummern Berichte über den Ablauf der Grenzkämpfe.

2. Stellung der "Prawda", Moskau, vom 13.11.1962 zur These vom "Papiertiger":

"Es ist natürlich richtig, daß sich die Natur des Imperialismus nicht verändert hat, und dennoch ist der Imperialismus heute schon nicht mehr das, was er früher war, als er ungeteilt über die Welt herrschte. Wenn er heute ein "Papiertiger" ist, so wissen diejenigen, die so sprechen, daß dieser "Papiertiger" Atomzähne hat. Er ist in der Lage, diese Zähne zu gebrauchen und man darf sich ihm gegenüber nicht leichtsinnig verhalten. Es ist in den Beziehungen zu den imperialistischen

Ländern möglich, gegenseitige Kompromisse einzugehen, andererseits aber muß man über alle Mittel verfügen, um die Agressoren zu zerschlagen, wenn sie einen Krieg entfesseln sollten."

Die Antwort in "Jen Min Jih Pao" vom 15.12.1962:

"Der von der KPCh stets verfochtene Standpunkt, wonach der Feind strategisch zu ignorieren, taktisch aber durchaus ernst zu nehmen ist.... Wenn man es nicht wagt, den Feind strategisch zu verachten, so ist der Fehler des Kapitulantentums unvermeidlich. Wenn man in jedem konkreten Kampf taktisch überstürzt und leichtsinnig handelt, wird man unvermeidlich den Fehler des Abenteueriums begehen."

Bereits am 31. Dezember gibt dieselbe Zeitung die Entstehungsgeschichte der These vom "Papiertiger":

"Genosse Mao Tse-tung hat diese Feststellung zum ersten Mal im August 1946 in seinem Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Luise Strong getroffen. Damals war eine schwere Zeit für das chinesische Volk. Die Kuomintang-Reaktionäre hatten mit äußerster Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus und mit ihrer gewaltigen Überlegenheit an Soldaten und Ausrüstung einen das ganze Land umfassenden Bürgerkrieg ausgelöst. Angesichts der heftigen Feindangriffe und des Mythos von der Unüberwindlichkeit des amerikanischen Imperialismus war für die chinesische Revolution und das Geschick des chinesischen Volkes die wichtigste Frage, ob wir es wagen dürften zu kämpfen, eine Revolution zu beginnen und nach dem Sieg zu greifen. Zu jenem kritischen Zeitpunkt bewaffnete Mao Tse-tung die chinesischen Kommunisten und das chinesische Volk ideologisch mit der marxistisch-leninistischen Feststellung, daß 'der Imperialismus und alle Reaktionäre Papiertiger sind'."

Die Feststellung Mao Tse-tungs wurde im großen Sieg der chinesischen Volksrevolution bestätigt.

"Der Besitz von Kernwaffen hat die Natur des Imperialismus in keiner Weise verändert.....Die Atombombe ist ein Papiertiger, mit dem die US-Reaktionäre das Volk in Furcht versetzen wollen....Natürlich ist sie eine Massenvernichtungswaffe, aber das Ergebnis eines Krieges wird vom Volk, nicht von irgendwelchen neuen Waffentypen erzielt...."

Die "Prawda" vom 7.1.1963 antwortet:

"Der Ausdruck Papiertiger führt im Grunde genommen zur Demobilisierung der Massen, weil er ihnen einflößt, die Kraft des Imperialismus sei ein Mythos und man brauche ihn nicht in Betracht zu ziehen".

Die Theorie und Praxis der Chinesen beweist das Gegenteil. Als im Korea-Krieg die Kräfte Nord-Koreas nicht ausreichten, den Vormarsch der amerikanischen Truppen aufzuhalten, mobilisierte China freiwillige Massen, die es nur ungenügend ausrüsten konnte, und brachte damit den Vormarsch der modernsten amerikanischen Armee zum Stillstand. Der Neuntausend Meilen-Marsch von Süd-China nach dem Norden ist ein Beweis gegen die Behauptung, die Chinesen unterschätzten die Kräfteverhältnisse des Gegners. Ihre Haltung befähigte sie, die größten Opfer zu bringen, um die geschwächten Kräfte durch eine Politik zur Gewinnung der Massen kampffähig zu machen. Das Verhalten zu der amerikanischen Bedrohung mit Hilfe des

aus China vertriebenen Tschiang Kai-schek gegenüber der provokatorischen Besetzung der Küsten-Inseln beweist gleichfalls eine richtige Einschätzung der Kräfteverhältnisse, die sich Chruschtschow zum Beispiel nehmen sollte. Das Verhalten im Grenzkonflikt mit Indien ist ein weiteres Beispiel.

3. Die chinesische Kritik an Chruschtschows Kuba-Politik und Politik der friedlichen Koexistenz:

"Es muß daran erinnert werden, daß vor 3 Jahren nach den 'Camp-David-Gesprächen' einige Leute der internationalen kommunistischen Bewegung eine groß angelegte Propaganda über Eisenhowers aufrichtigen Friedenswunsch betrieben und erklärten, daß dieser Rädelsführer des USA-Imperialismus genau so um den Frieden besorgt ist wie wir. Nun hören wir einige Leute sagen, daß Kennedy sogar noch mehr um den Weltfrieden besorgt ist, als es Eisenhower war, und daß Kennedy seine Besorgnis um die Aufrechterhaltung des Friedens während der Karibischen Krise gezeigt habe. Man möchte gerne fragen, ist dieser Weg zur Verschönerung des USA-Imperialismus die richtige Politik zur Verteidigung des Weltfriedens? Es ist kristallklar, daß, wenn man nach dem geht, was diese Leute sagen, der USA-Imperialismus aufgehört hat, der Feind des Weltfriedens zu sein....

Jene, die China der Opposition gegen die friedliche Koexistenz beschuldigen, greifen das chinesische Volk auch wegen seiner gerechten Unterstützung des kubanischen Volkes im Kampf gegen den USA-Imperialismus an.....Bedeutet dies, daß China Kuba ebenfalls hätte unter Druck setzen sollen, um es zu einer Akzeptierung einer internationalen Inspektion zu zwingen?.....Wir haben wiederholt klargemacht, daß wir weder für die Errichtung von Raketen-Stützpunkten auf Kuba noch gegen den Abzug der sogenannten "Angriffswaffen" auf Kuba waren. Wir haben es nie als marxistisch-leninistische Haltung angesehen, internationale Streitfragen mit Kernwaffen zu regeln. Auch haben wir niemals die Verhinderung eines thermonuklearen Krieges in der karibischen Krise als ein zweites 'München' betrachtet. Wogegen wir uns jedoch energisch wandten und wenden und auch in der Zukunft wenden werden, ist ein Kompromiß mit dem Imperialismus auf Kosten der Souveränität eines anderen Landes".

Der Raum reicht nicht aus, weitere konkrete Beweise von der chinesischen Theorie und Praxis zu geben. Vor allem können wir nicht auf die falsche Einschätzung der jugoslawischen Verhältnisse durch die Chinesen eingehen. Die chinesische Theorie und Praxis, die in dieser Polemik ihren ideologischen Ausdruck findet, ist nicht gedankenlos auf andere Gebiete unter anderen Voraussetzungen übertragbar. Das beabsichtigen auch die Chinesen nicht. Sie irren in dieser Beziehung weniger, als die Russen in der Vergangenheit und Chruschtschow in der Gegenwart.

Die chinesische Ideologie ist Widerspiegelung revolutionärer Bauernbewegung, deren Traditionen auf die Taiping-Revolutionen 1848 zurückgeht. Sie war siegreich gegenüber der einheimischen herrschenden Klasse gewesen und nur durch die imperialistischen Mächte, Briten und Franzosen, mit ihren modernen Waffen niedergeschlagen worden. Der Taipingaufstand hatte eine religiöse Ideologie mit urkommunistischer Tendenz geschaffen, ähnlich dem Kloster- und Ketzerkommunismus im Mittelalter Europas. Der Bauernaufstand um die Jahrhundertwende war eine Revolte reaktionärer Nationalisten gegen die imperialistischen Mächte, die an den Küsten sich festgesetzt hatten, und ihrer chinesischen Büttel, die mit den fremden Mächten Geschäfte machten. Der Bauernaufstand wurde durch eine internationale Armee aus Briten, Franzosen, Amerikanern unter dem Kommando des

deutschen Generals Waldersee niedergeworfen. Wilhelm der Letzte gab die Parole: "Die deutschen Soldaten müssen den Chinesen einen Denktettel geben, daß kein Chinese ein Jahrhundert lang mehr wagt, einen Deutschen scheel anzusehen."

1911 folgte die chinesische Revolution unter Führung von Sun Yat-sen, die die Monarchie stürzte. 1920 wurde die kommunistische Partei gegründet von Professoren und Studenten, die den Marxismus und die russische Revolution studierten. Der Teil der Gründer der kommunistischen Partei, der die revolutionären Verhältnisse Chinas mit der Methode des Marxismus-Leninismus studierte, nicht nur gehorsam die russischen Ratschläge befolgte, sondern von der kämpfenden Bauernmasse lernte, ihre Organisation und Führung gab und nicht nur als Ideologen an den Kämpfen teilnahm, organisierte mit den Bauern und Arbeitern, die nicht mehr nur um Teilforderungen, sondern um die politische Macht zu kämpfen bereit waren, den Sieg. Die Theorie und Praxis, die im opferreichen Kampf der 400 Millionen geboren worden ist, ist wie der Marxismus selbst naturgemäß keine brauchbare Methode für Kurpfuscher am Krankenbett des Kapitalismus.

Kampf im Dunkeln

Der neue Gesetzentwurf zur sog. "Reform" der Krankenversicherung hat alle Aussicht, ohne viel Geräusch die Bewilligungsmaschine des westdeutschen Bundestages zu passieren.

Der Gesetzentwurf wurde im Juli 1962 im Auftrage der SPD-Bundestagsfraktion durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Prof. Schellenberg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Den Dank des Arbeitsministers erwartet sich Prof. Schellenberg durch diese Veröffentlichung zwar nicht. Das Arbeitsministerium sprach vielmehr von "Indiskretion" und Vertrauensbruch, weil der Entwurf, der nur in einer Anzahl von 500 Exemplaren hergestellt war, noch "geheim" bleiben sollte wahrscheinlich auch "aus Gründen der Landesverteidigung"! Der DGB - nebenbei bemerkt - war bei der Verteilung des Entwurfs übergangen worden. Die Meinung der Interessenvertretung von Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten, der von der Krankenversicherungsneuregelung am unmittelbarsten Betroffenen, war der Bundesregierung offenbar völlig gleichgültig.

Der neue Gesetzentwurf unterscheidet sich praktisch in nichts von dem vorhergehenden, woran zu zweifeln auch recht einfältig gewesen wäre.

Man hätte nun erwarten sollen, daß die Bemühungen, die Arbeiter und Angestellten gegen dieses ganz und gar reaktionäre Gesetz in Bewegung zu setzen, sich von Monat zu Monat gesteigert hätten. Weit gefehlt! Einigen sozialdemokratischen Abgeordneten, die in der Presse Lärm schlagen wollten, wurde bedeutet, sie hätten zu warten, bis die Regierung den Entwurf offiziell dem Bundestag zugeleitet habe. Dann könnten sie ihre Meinung dazu sagen. So vergingen wertvolle Monate ungenützt, in denen die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, in Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen, in der Presse und durch Flugblätter die Arbeitermassen über Ziel und Zweck des Gesetzes, über die einzelnen Bestimmungen desselben und die sich für den Arbeiter und Angestellten daraus ergebenden Folgen hätten aufklären können. Es geschah jedoch so gut wie nichts.

Inzwischen ist nun der Gesetzentwurf, elegant im sog. "Sozialpaket" verpackt, dem Bundestag zugegangen und hat bereits die erste Lesung hinter sich.

Die Regierung fürchtet offensichtlich die Opposition der Gewerkschaften nicht sonderlich, ganz zu schweigen von der "Opposition" der koalitionslüsternen Sozialdemokraten.

Etwas peinlicher und völlig unerwartet war dagegen für sie die Stellungnahme der Bundesärztekammer, die sich nochmals entschieden gegen den Gesetzentwurf, besonders gegen die Selbstbeteiligung aussprach und vor allem die "Gesundheitsvorsorge", das kümmerliche Glanzstück des kümmerlichen Gesetzes, angriff. Die Ärzte sehen in dem Gesetz und seinen Folgen eine Bedrohung und Gefährdung der Volksgesundheit. Einige Tage später schloß sich auch die Standesvertretung der Zahnärzte dieser Stellung an.

Gewerkschaften und SPD ziehen es vor, nicht zu kämpfen, sondern hinter verschlossenen Türen zu "verhandeln". Sie setzen ihre ganze Hoffnung auf den "linken" Flügel der CDU-Bundestagsfraktion, auf das Bäckerdutzend einflußloser christlicher Gewerkschafter, von denen sie hoffen, daß sie die Abänderungsanträge der SPD in den Ausschusssitzungen und im Plenum des Bundestages unterstützen werden. Zu dieser elenden Hintertüren- und Hintertreppenpolitik langt es gerade noch. Dahin sind die stolzen freien Gewerkschaften gekommen!

Wenn man das Krankenversicherungsgesetz verstehen will, darf man es nicht für sich allein betrachten, sondern muß es im Zusammenhang der Dinge, im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen und politischen Situation sehen. Wir haben an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen und können nur immer wieder betonen, daß alle diese Gesetze: die Aufhebung des Mieterschutzes, das neue Krankenversicherungsgesetz, die Bestrebungen zur Verschlechterung der Rentenversicherung, der Ruf nach der Zwangsschlichtung, das Notstandsgesetz und dergl., Teile eines groß angelegten Planes sind.

Die Expansion der Wirtschaft hat ihren Höhepunkt überschritten. Die Hochkonjunktur läuft aus. Der Markt stößt an seine Schranken. Der Profit sinkt. Der Mechanismus des privatwirtschaftlichen Systems treibt unabhängig vom guten oder bösen Willen des einzelnen Unternehmers zu Lohnkürzungen, zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die ihrerseits wieder den inneren Markt verengen und so einen unheimlichen circulus vitiosus in Gang setzen.

Die Harmonieapostel sehen dies nicht und wollen es nicht sehen. Sie sind erhaben über die "alten verstaubten Klassenkampfparolen aus der Mottenkiste"! Sie täuschen sich und anderen vor, daß man mit Appellen an die soziale Einsicht des Unternehmers, an seine Vernunft und Anständigkeit und mit leeren Drohungen, hinter denen nichts, aber auch gar nichts steht, die Dinge aufhalten könnte, die auf uns zukommen.

Welch eine erschütternde Einsichtslosigkeit und welches Unverständnis der Situation verrät z.B. der sozialdemokratische Abgeordnete Hansing, wenn er in einem Offenen Brief zur Krankenversicherungsreform die Frage stellt:

"Kann man es aber angesichts unserer gerade nicht rosigen Lage verstehen, daß Bundesregierung und Regierungsparteien innerpolitisch wissentlich ebenfalls durch Gesetzentwürfe die Situation verschärfen und damit Kräfte binden, die gesamtpolitisch besser angesetzt werden könnten? So muß der neue Gesetzentwurf zur Krankenkassenreform als Entwurf angesehen werden, der das innerpolitische Klima nicht entspannt, sondern verschärft."-----

Nein, von diesen "Führern" ist wirklich nichts zu erwarten! Aber der Gang der

Dinge wird schneller, als manche ahnen, die Nebel der Klassenharmonie verscheuchen und die Arbeiter die alte Lehre lehren, daß nichts geschenkt wird, sondern daß alles erstritten werden muß, mag man seine Augen auch noch so krampfhaft vor den Tatsachen verschließen. Unsere Aufgabe hier ist es, den Arbeitern immer wieder zu sagen, was gesagt werden muß, so aussichtslos dies manchmal auch scheinen mag.

Nachfolgend geben wir einen Überblick über einige Bestimmungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, die Gesetz werden, wenn der Entwurf in seiner vorliegenden Gestalt vom Bundestag der westdeutschen Republik beschlossen wird:

Beiträge:

§§ 302(1)303(3)
des Entwurfes

wie bisher, dazu ein Beitragszuschlag in Höhe von 2 % des Lohnes, der vom Versicherten allein getragen werden muß - im Gesetzentwurf "besonderer Beitrag" genannt.

Kostenbeteiligung:

§ 189

1/4 der Arzt- und Zahnarztkosten, 10 - 30 % der Kosten von Heilmitteln und Brillen. Der "besondere Beitrag" wird mit den Arztkosten in der Weise verrechnet, daß er am Ende des Jahres zurückgezahlt wird, wenn und soweit er höher ist als 1/4 der im Laufe des Jahres entstandenen Arztkosten.

Rezeptgebühr:

§ 187

mindestens 1 Mark, höchstens 3 Mark. Auf ein Rezept dürfen höchstens drei Verschreibungen kommen (bisher 50 Pfg. Rezeptgebühr und unbegrenzte Verschreibung).

Rentner:

§ 303(3)

Es wird in Zukunft ein besonderer Beitrag in Höhe von 2 % der Rente erhoben. (bisher frei).

Krankenhauspflege:

§ 195

15 % der Pflegekosten für alle Versicherten, die kein Krankengeld erhalten. Das sind alle die, die gesetzlich oder vertraglich Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes haben, sowie alle Rentner und ihre Familienangehörigen. (bisher keine Beteiligung an den Kosten).

Vertrauensarzt:

§ 408

konnte bisher nur auf Anordnung der Kasse tätig werden. Kann jetzt vom Arbeitgeber beauftragt werden, einen arbeitsunfähig geschriebenen Versicherten unverzüglich zu untersuchen und dem Arbeitgeber Bericht zu erstatten. Damit wird die von allem Gesetzen und Regierungen bisher respektierte Pflicht des Arztes zur Verschwiegenheit zugunsten des Arbeitgebers beseitigt!

Versicherungsrenze:

§ 167(1)Ziff. 1

bisher waren alle Arbeiter unbegrenzt versicherungspflichtig. Jetzt entfällt die Versicherungspflicht, wenn sie mehr als 750 Mark im Monat verdienen. Wollen sie sich weiterversichern, müssen sie den vollen Beitrag selbst zahlen, d.h., der Arbeitgeber zahlt seine Beitragshälfte in diesem Falle nicht mehr.

Wer über 1250 Mark monatlich verdient, darf sich auch nicht freiwillig weiterversichern, d.h., er wird gezwungen, sich bei einer privaten Gesellschaft zu versichern, ein Geschenk an die Versicherungskonzerne!

Der Winterausverkauf ist vorbei. Die Geschäfte gehen wieder ihren gewohnten Gang. Nicht so bei den Gewerkschaften. Die Tarife sind abgelaufen, Tarifikündigungen stehen bevor. Der Kampf müßte organisiert werden. Doch auch hier gibt es einen Ausverkauf, einen, wie es scheint, ohne Ende. Der Unterschied ist enorm. Der Handel setzt während des Ausverkaufs Ladenhüter ab, um für die neue Saison gerüstet zu sein. Die Gewerkschaften verschleudern ihr Wesen. Am weitesten vorgeprellt ist die IG Bau.

"Die Welt" meldete am 22.2.1963: "Zum erstenmal in Deutschland: Gleitende Löhne für die Bauarbeiter."

Der Durchbruch des Kapitals gegenüber einer Gewerkschaft ist gelungen. Die IG Bau ging diesen Weg, nach Leber, aus eigener Erkenntnis. Die IG Metall wird mit dem Kasseler Urteil unter Druck gesetzt und soll im Rahmen einer Schlichtungsvereinbarung auf den richtigen Weg gebracht werden. Paulssen, der organisatorische Vorkämpfer für die Unternehmer-Interessen in einem "Spiegel-Gespräch":

"Ja, wir empfinden es als unbefriedigend, daß so große Branchen wie die Metallindustrie und die Textilindustrie keine Schlichtungsverträge haben. Wo derartige Vereinbarungen bestehen, wie z.B. in der Bauindustrie, da herrscht auch heute schon Ordnung.

Die Masse der Unternehmer hat nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu bekämpfen. Das wäre ganz töricht. Die Gewerkschaften haben von uns anerkannte Ordnungsfunktionen, und wir haben keinen Grund, sie zu bekämpfen."

Wahrlich, sie haben keinen Grund dazu, zumal nicht bei Gewerkschaften wie der IG Bau, die seit langem Schrittmacherin des Ausgleichs mit den Interessen der Unternehmer ist. Sie ist zum Saboteur der Gewerkschaftspolitik seit den Gründungsjahren der Gewerkschaften geworden. Die Interessen der Arbeiter werden denen der Unternehmer untergeordnet, entsprechend der politischen Haltung ihrer führenden Funktionäre, die sich als Stütze des kapitalistischen Staates begreifen und Stütze des Kapitalismus sind. Wenn man den Kapitalismus stützt, dann auf Kosten der Arbeiter.

Doch was bedeutet gleitender Lohn, orientiert am steigenden Sozialprodukt mit Koppelung am Preis. Danach werden die Löhne der Bauarbeiter nur erhöht, wenn die Produktivität steigt oder die Preise steigen.

Was ist, wenn das Sozialprodukt in der Krise fällt? Müssen dann die Löhne gekürzt werden? Die IG Bau hat sich der kapitalistischen Marktwirtschaft ergeben, sie verzichtet mit dieser Abmachung auf Kampfmaßnahmen und ist an einer Umverteilung des Volkseinkommens nicht mehr interessiert, wie Brenner sie z.B. noch vertritt:

"Die Bindung an den Produktivitätszuwachs bedeutet die Stabilisierung einer bestimmten, nach unserer Auffassung ungerechten Verteilung des Sozialproduktes. Ich bekenne mich zu einer sachlichen, aber nicht zu einer versachlichten Lohnpolitik, wenn diese Versachlichung die Institutionalisierung von 'Löhnerhöhungsrichtlinien' bedeuten sollte. Lohnpolitik ist und bleibt im letzten Grunde Machtpolitik, solange es in der Nationalökonomie keine gültige Zurechnungstheorie gibt".

Leber geht einen Weg, der der Gewerkschaft keinen eigenen Raum mehr läßt. In

der Konsequenz endet dieser Weg mit dem völligen Bankrott der Gewerkschaft .
eigentlichen Sinne. Ihre Aufgaben reduzieren sich, vergleichbar mit den spani-
schen Syndikaten oder der nazistischen Arbeitsfront. Der Unterschied besteht
darin, daß die angeführten Beispiele durch die herrschende Klasse gewaltsam
institutionalisiert wurden, während die IG Bau diesen Weg freiwillig geht.

Die gleitenden Löhne könnten ebenso vom Gesetzgeber bestimmt werden, die ar-
beitsrechtlichen und sozialen Bereiche von den Arbeits- und Sozialgerichten
durchgeführt werden. Die Gewerkschaft wird zum Assistenten der Kurpfuscher am
kranken Kapitalismus, sie kassiert nur noch die Verwaltungskosten.

Folgerichtig verzichtet die IG Bau auch auf die bereits vereinbarte Arbeits-
zeitverkürzung von 43 auf 42 Stunden, die im Oktober fällig wäre, bis zum April
1964.

Das schiebt Leber, obwohl die Erringung der 40-Stunden Woche stufenweise bis
1965 feststand, aus freien Stücken hinaus und kompensiert die Hinausschiebung
durch eine 4,9% Lohnerhöhung, die sich sehr schnell in blauen Dunst auflösen
wird. Ein Geschenk an die Unternehmer, um optisch eine Tarifierhöhung vorweisen
zu können und den Bankrott der Gewerkschaft als Gewerkschaft mit scheinbaren
Erfolgen zu verschleiern.

Dieser Einheitsfront mit den Unternehmern ging der politische Bankrott voraus.
Leber ist Hauptvorstandsmitglied der SPD und führt die Gewerkschaft nicht im
Sinne der Erfordernisse der Arbeiter, sondern ordnet sie der sozialdemokrati-
schen Kapitulationspolitik unter. So hat dieser Gewerkschaftsführer, wir wis-
sen nicht, ob direkt unterstützt, so doch gebilligt, daß Wehner bei den Koali-
tionsverhandlungen im Dezember 1962 mit der CDU/CSU ein Politik vertrat, gegen
die die Gewerkschaften bisher scharf polemisierten, so in der Wirtschafts- und
Sozialpolitik.

Hinzu kommt Lebers Agitation für eine Notstandsregelung, womit er sich in Gegen-
satz zum DGB-Beschluß in Hannover stellt, da nach den Worten Momms die SPD
diesen Beschluß für nicht existent betrachtet.

Er ist der Mann der Reaktion im Lager der Arbeiterklasse, der seine Position
als IG Bau-Vorsitzender mißbraucht und mißbrauchen kann, weil die Arbeiterschaft
ihn in ihrer Passivität nicht daran hindert.

Innerhalb der IG Bau ist er der gefürchtete und verehrte Diktator, wie selbst
der an ihn glaubende Bremer IG Bau-Vorsitzende Karl Seidel in einem internen
Gespräch erläuterte: "Wir können nicht miteinander diskutieren, ich weiß von
vornherein, daß wir einer Meinung sind." Auf die Frage, ob der Weg der IG
Bau eine freiwillige Erniedrigung zur Arbeitsfront beinhaltet, antwortete Sei-
del: "Über kurz oder lang werden die Gewerkschaften in der jetzigen Form doch
nicht mehr existieren können, außerdem sind in der Ostzone die Gewerkschaften
auch eng mit dem Staat verbunden und das geht ja auch ganz gut."

In einem Staat, wo die Produktionsmittel in Form der Verstaatlichung verge-
sellschaftet sind, fallen den Gewerkschaften naturgemäß neue Aufgaben zu, sie
können nicht gegen sich selbst streiken. Die bürokratischen Fehlgriffe im
FDGB, Ursache besonderer Verhältnisse in der DDR, sind eine Sache, auf die wir
hier nicht eingehen können. Daß in der DDR andere gesellschaftliche Voraus-
setzungen bestehen, weiß auch Seidel, sie dann im Kapitalismus gleichzusetzen,
um die Sozialpartnerschaft im kapitalistischen Staat zu entschuldigen, ist
irreal.

Für die Arbeiter werden sich diese Tendenzen in den Gewerkschaften, wie sie sich besonders in der IG Bau zeigen, schon bald schädlich auswirken. Sie werden sich nicht nur gegen die Angriffe der kapitalistischen Reaktion zur Wehr setzen, sondern auch diese angesammelte Brut von Gewerkschaftsbürokraten überwinden müssen.

Die Krisenentwicklung des Kapitalismus läßt sich auch durch Hilfe der Gewerkschaften nicht überwinden, die Ursachen liegen im Produktionsmechanismus des Kapitalismus, in der gesellschaftlichen Arbeit und der privaten Aneignung.

An einen Bonzen

Einmal waren wir beide gleich,
Beide: Proleten im deutschen Kaiserreich.
Beide in derselben Luft,
beide in gleicher verschwitzter Kluft;
dieselbe Werkstatt - derselbe Lohn -
derselbe Meister - dieselbe Fron -
beide dasselbe elende Küchenloch...
Genosse, Erinnerst du dich noch?

Aber du, Genosse, warst flinker als ich.
Dich drehen - das konntest du meisterlich.
Wir mußten leiden, ohne zu klagen,
aber du, - du konntest es sagen,
Kanntest die Bücher und die Broschüren,
wußtest besser die Feder zu führen.
„Treue um Treue - wir glaubten dir doch!
Genosse, Erinnerst du dich noch?

Heute ist das alles vergangen.
Man kann nur durchs Vorzimmer zu dir gelangen.
Du rauchst nach Tisch die dicken Zigarren,
du lachst über Straßenhetzer und Narren.
Weißt nichts mehr von alten Kameraden,
wirst aber überall eingeladen.
Du zuckst die Achseln beim Hennessy
und vertrittst die deutsche Sozialdemokratie.
Du hast mit der Welt deinen Frieden gemacht.
Hörst du nicht manchmal in dunkler Nacht
eine leise Stimme, die mahnend spricht:
"Genosse, schämst du dich nicht-?"

Kurt Tucholsky 1923

Ein dunkler, kalter Winterhimmel blickte auf die alte Hansestadt herunter, als vor 44 Jahren die Bremer Räterepublik unter dem Rattern der Maschinengewehre und dem Krachen und Bersten der Minen und Granaten ihren letzten Kampf kämpfte. Von drei Seiten durch die weißen Verbände eingeschlossen, fochten die revolutionären Arbeiter Bremens heldenmütig für eine von vornherein verlorene Sache.

Es war ein hoffnungsloses Beginnen für die Arbeiterschaft einer einzelnen Stadt, isoliert den bewaffneten Kampf um die Macht aufzunehmen. Selbst in einer von einem verlorenen Kriege desorganisierten Gesellschaft bestand dazu keine Aussicht. Die immer wieder aufflammenden Kämpfe in Wilhelmshaven, Bremerhaven, Braunschweig, Hamburg, Berlin - schlecht geführt und in keiner Weise zentral zusammengefaßt - boten der Reaktion und ihren sozialdemokratischen Schergen nur Gelegenheit, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und mit einer erdrückenden Übermacht zusammenzuschlagen.

Vergeblich warnte damals Radek in einem Briefe an das Zentralkomitee der KPD: "...daß die Arbeiterregierung ohne Massenorganisation des Proletariats undenkbar ist. Nun sind diese einzig in Betracht kommenden Massenorganisationen, die Arbeiterräte, fast nur nominell vorhanden. Sie haben noch keine Kämpfe geführt, die Massenkräfte auslösen könnten.....In dieser Situation ist an die Machtergreifung des Proletariats gar nicht zu denken. Würde die Regierung durch einen Putsch in Eure Hände fallen, sie würde in ein paar Tagen von der Provinz abgeschnitten und erdrosselt werden....." (9. Januar 1919).

Waren nun die Kämpfe, die damals die revolutionären Arbeiter führten, sinnlos gewesen? Waren die Arbeiter und Matrosen vergeblich gefallen? Waren die Opfer umsonst gebracht?

Mitnichten! Die deutsche Arbeiterschaft, ohne jede revolutionäre Tradition, in kleinbürgerlichen und romantischen Vorstellungen befangen, mußte ihre Erfahrungen machen, mußte aus Niederlagen lernen, mußte begreifen, wo ihre wahre Kraft lag und wie diese Kraft anzuwenden sei, mußte um die Voraussetzungen und Bedingungen ihres Sieges wissen. -

Die Februartage sind vergangen und kehren nicht wieder. Die sozialen, wirtschaftlichen, technischen und politischen Verhältnisse haben sich weitgehend geändert. Aber die Aufgabe, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beenden, steht noch immer und heute dringender als je vor der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. Und in diesem Kampfe, den ihr keiner abnehmen kann, soll die Tat unserer Brüder, die am 4. Februar kämpften und fielen, eine Lehre und das Opfer ihres Lebens ein immer mahnendes Beispiel sein.

"Die Toten werden sich rächen!"

Ein Zwischenfall bei der Beerdigung der am 4. Februar 1919 gefallenen Arbeiter und Matrosen wird wohl von keinem, der ihn miterlebte, je vergessen werden. Unter den Delegationen der Verbände und Vereine, die am Grabe der Opfer Kränze niederlegten, befand sich auch ein Vertreter der SPD! Es war der Lehrer und spätere Direktor der Strafanstalten in Oslebshausen, Emil Sonnemann. Sonnemann war persönlich ein anständiger Mensch, dem die Schamlosigkeit des Auftrages, zu dem er sich hergegeben hatte, wahrscheinlich gar nicht zum Bewußtsein gekommen war.

Als er nun mit ein paar Worten teilnehmender Bürgerlichkeit den Kranz niederlegen wollte, wurde dieser ihm von der Frau eines gefallenen Arbeiters entrissen, die Sonnemann zornbebend die Worte entgegenschleuderte: "Die Toten werden sich rächen!"

In die Defensive gedrängt

Die Gemüter haben sich beruhigt, die Probleme bleiben. Auf der Landeskonferenz der "Falken", die am 21.2.1963 in Bremen tagte, wurden Anträge an die Bundeskonferenz, die im Mai stattfinden soll, behandelt, die sich mit der Notstandsgesetzgebung im Sinne des DGB, der Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht und der Beteiligung an den Ostermärschen der Atomwaffengegner befassen.

Ebenfalls wurde auf dieser Konferenz von den Bremer "Falken" ein neuer Programm-entwurf zur Diskussion gestellt, auf Antrag der Bremerhavener aber die Diskus-sion auf den 2.2.1963 vertagt.

Die dem Rundfunk und der Presse übergebenen Anträge sowie der bekanntgewordene Programmentwurf brachten nun die Gemüter in Erregung. Eine Flut von Verleumdun-gen, Diffamierungen, pro und kontra Stellungnahmen ergingen sich in den Tages-zeitungen. Es schien, als habe Bremen seine Spiegel-Affäre durchzustehen.

Die "Junge Union" machte ihren politischen Vätern alle Ehre und forderte "Maß-nahmen, die geeignet seien, die Unterstützung der "Falken" aus öffentlichen Mitteln zu unterbinden und eine entsprechende Prüfung der politischen Integri-tät durch Organe des Staates zu veranlassen." Und das Eintreten der "Falken" für den Ostermarsch wertete die "Junge Union" als offenes "Eintreten für die Ziele des ostzonalen Unrecht-Regimes."

Die "Falken", nicht gewillt, diese Verleumdung einzustecken, organisierten nun eine öffentliche Versammlung, zu der auch die "Junge Union" eingeladen wurde, um durch eine Aussprache diesen Angriffen begegnen zu können und sie zu "be-reinigen". Doch die "Junge Union" lehnte ab. Unwahre Behauptungen, Unterstel-lungen können, wenn Beweise gefordert werden, nicht aufrechterhalten werden. Die "Junge Union" arbeitet lieber im Dunkeln.

Mit diesen Dunkelmännern zu diskutieren ist zwecklos, da hilft nur entschlosse-nes Handeln. Daß dazu die "Falken" nicht in der Lage und willens waren, ist ihre Schwäche, die sie nun zu bezahlen haben.

Eine breite Front der Solidarität war gegeben. Bezeichnend eine Stellungnahme des Freidenkerverbandes:

"Der Ortsverband Bremen der Freidenker muß in der Öffentlichkeit ener-gisch Verwahrung einlegen gegen die Methoden der "Jungen Union", die "Falken" als antidemokratisch zu diffamieren, weil diese in ihrer Programmdiskussion Auffassungen vertreten, die der "Jungen Union" als Jugendverband der bestimmenden Regierungspartei nicht genehm sind und die darum als kommunistisch abgestempelt werden. Die Freidenker stellen fest, daß es die "Junge Union" ist, die sich durch ihr Verhalten außerhalb der Demokratie gestellt hat. Der Freidenkerverband als demo-kratische Organisation ist mit den "Falken" der Meinung, daß das Recht der Meinungsfreiheit in der jetzigen Demokratie gegen alle in diesem Sinne destruktiven Kräfte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen ist."

Die organisierte Gegenwehr blieb aus. Das gab der Sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit, im Sinne der "Jungen Union" zu handeln. Die Staatszuschüsse wurden unter der Senatorin Mevissen mit der Begründung gesperrt, die Deputa-tion wisse nicht, "ob der Vorstand des Kreisverbandes Bremen noch im Namen der "Falken" handeln kann," nachdem die Bremerhavener ihren Austritt erklärt hatten.

Die "Junge Union" forderte und die SPD handelte. Dieser Harmonie in Auffassung und Tat der beiden Parteien setzte das SPD-Blatt, die "Bremer Bürgerzeitung", in einem Artikel am 25.1.1963 die Spitze auf. Reinhard Uhde, der Schreiber des Artikels, posaunte: "Der Vorgang enthält eine bittere Lehre für manchen von uns. Er zeigt nämlich, daß - jenseits jeder persönlichen Entscheidung - der organisierte Pazifismus heute in der Bundesrepublik früher oder später zu einer Plattform der SPD-Ideologie wird". Eine Pauschalabwertung aller, die gegen Militarismus und Gewaltanwendung sind, Karriere in der SPD und Rückversicherung bei Ulbricht, das verlangt Format, Format eines Fouché, des größten Chamäleons der Weltgeschichte, aber Uhde, organisierter Pazifist im IdK, hat nicht Format, sondern leidet an Pubertätserscheinungen eines erwachsenen Sozialdemokraten.

Im gleichen Artikel heißt es: "Die Bremer SPD läßt nicht mehr mit sich reden". Das ist ihr Stil der politischen Arbeit und nicht nur das. Am 7.2.1963 fuhr SPD-Koschnik zum Bundesvorstand der "Falken", um durchzudrücken, daß der Landesverband Bremen ausgeschlossen oder zumindest seine führenden Funktionäre abgelöst würden. In Bremen selbst sind inzwischen gegen zwei "Falken"-Funktionäre Ausschlußverfahren eröffnet worden. Zu etwas anderem sind diese Apparatschicks nicht mehr fähig.

Sie mischen sich in Organisationsangelegenheiten unabhängiger Organisationen, schalten und walten und versuchen, alles zu unterdrücken, was nicht ihrer Linie entspricht. Macht heißt das Wort, in das sie verliebt sind. Diskussionen lehnen sie ab. Die Bereinigung ihrer Vergangenheit geht ihnen zu langsam. Ihre Hoffähigkeit wird immer wieder gestärkt, das ist es, was ihnen im Nacken sitzt.

Die "Falken" haben nur das wieder aufgegriffen in ihren Anträgen und im Programmwurf, was die SPD vor Jahren einmal vertrat. Sie sind antimilitaristisch, oppositionell gegen die herrschenden Kreise und - demokratisch. Ihr Wesen ist pazifistisch. Diese Unreife, im Grunde gefügte Opposition, ist der SPD schon zuviel. Sie greift zu Methoden, die sie im großen Zoch verurteilt (Spiegel-Affäre), ihr im kleinen aber längst zur Praxis geworden sind.

Es wird immer deutlicher, diese angeblich durch Notstandsgesetze zu schützende Demokratie kann nur gerettet werden, wenn als erstes der Notstand in der CDU und der SPD bereinigt wird. Der Inhalt unserer Demokratie ist nicht mehr als der Exerzierplatz der zwei großen Parteien, die den gleichen Herren dienen, nur von verschiedenen Offizieren befehligt werden. Ungehorsam wird durch un-demokratische Mittel gebrochen. Diese Erfahrung haben nun auch die Bremer "Falken" gemacht. Weshalb mußten sie sie machen? Sie vertreten Gedanken, die in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit nicht mehr opportun sind. Weshalb wurden sie so behandelt? Sie sind finanziell von einem Staat abhängig, den sie verändern wollen. Sie sind vorgeprescht, ohne die Kraft zu haben, sich der Schläger der Reaktion voll erwehren zu können.

Aus den Fehlern muß gelernt werden. Eine klare ideologische Abgrenzung zur SPD ist notwendig. Konformismus gegenüber dieser Partei erschwert und hemmt die Entwicklung einer wirklichen sozialistischen Jugend. In der SPD gibt es keine schöpferische Entwicklung mehr. Die Funktionäre sind starre Automaten, Apparatschicks übelster Sorge à la Landwehr und Wehner. Diesen ist jedes Mittel recht, um ihre Anbieterungspolitik an die herrschende Klasse Westdeutschlands glaubhaft zu machen. Solange die Jugend abhängig von diesen Kreisen ist, wird sie nicht mündig sein. Nur der Kampf gegen diese Zwangsjacke und die Entwicklung der eigenen Kraft geben die Gewehr zu einem politischen Faktor, der nicht hinweggewischt werden kann. Wird dieser Weg nicht beschritten, werden die "Falken" weiter in die Defensive gedrängt und zur Enthauptung vorbereitet.

Die geschlagene Reaktion

Der einvierteljährige Kulturkrieg zwischen der evangelischen Kirche und den Verantwortlichen des Bremer Staatstheaters fand seinen Höhepunkt am 3.2.1963 im Theater am Goetheplatz zu Bremen. Die nicht endenwollende Rebellion der christlichen Fraktion gegen das Schauspiel "Die Geisel", die in persönlichen Angriffen gegen den Intendanten und andere gipfelte, nahm der Intendant des Theaters, Kurt Hübner, zum Anlaß, eine öffentliche Diskussion durchzuführen. lloo - das Theater war ausverkauft - hatte die Materie so gepackt, daß sie der Termin der Veranstaltung am Sonntagmorgen um 11.15 Uhr nicht störte. Die lebhaft bis 13.00 Uhr geführten Diskussionen ließen dann auch keine Langeweile aufkommen und zeigten, daß das Theaterpublikum auf der Bühne "leben" will, daß es ein zeitgemäßes, die Welt widerspiegelndes Theater will, ein Theater, das zum Denken anregt, das dazu fähig ist, den verknöcherten, in Starrheit verfallenen Geist vieler Menschen solche Stöße zu versetzen, daß der Mensch sich der Funktion seines Gehirns wieder bewußt wird, nämlich - zu denken.

Dieses Bedürfnis des breiten Theaterpublikums, glauben wir, hat in dem Intendanten, Kurt Hübner ein gutes Äquivalent gefunden.

"Die Geisel", vom Brendan Behan, einem Iren, ist das auf die Bühne projizierte Ende der bürgerlichen Gesellschaft. Hier werden plastisch die für den einfachen Soldaten offenbare Unverständlichkeit und Sinnlosigkeit des Krieges, seine erzwungene Unterordnung unter die Interessen der herrschenden Klasse und die "Werte" der sich in Auflösung befindlichen bürgerlichen Ordnung gezeigt, die sich dem Intellektuellen Behan in Militarismus, Rassenvorurteilen, Korruption, einer verlogenen, verhurten, versoffenen und religiösen Scheinmoral offenbaren. Die Tendenz des Glaubens, seinen negativen Charakter, legt Behan bloß. Er reißt diesen Scheinwerten die Maske vom Gesicht und trifft damit auch folgerichtig ihre Substanz.

Besonders schockierend wirkt für die Spießler, daß der Rahmen der Handlung ein Bordell ist. Das umreißt einfach deutlich den Sumpf dieser Gesellschaft.

Bezeichnend eine Szene, als die vor Religiösität tropfende Nutte, genannt "Himmelsziege", ausruft: "Herrgott, steh' mir bei" und dabei wie selbstverständlich auf des Soldaten Schoß sinkt, um ihn alsbald zum Beischlaf zu bewegen.

Mit Wucht schlägt Behan die Fäuste in die feisten Fressen dieser "Ordnung". Dieses die subjektiven Erscheinungen widerspiegelnde Werk endet auch im Subjektiven, allerdings auf einer höheren Ebene. Behan gibt keine sozialistische Aussage, er läßt sie offen.

Doch worum ging es in der Diskussion? Was für die Kirche so schrecklich ist, ist, daß die "Geisel" in brutaler Offenheit die Enge der Kirche, den Egoismus ihrer Anhänger blosstellt, ja, selbst nicht vor der Schöpfungsgeschichte verhält. In der Tat, selbst vor dem den Altar krönenden, mit dem Heiligenschein des ewigen Guten unwundenen Erlöser der Menschheit - Jesus - wird nicht halt gemacht. So heißt es in einem kleinen Vers:

"Im Falle eines Falles
klebt Jesus wirklich alles."

Das brachte die Herren Pastoren mit ihrem Fußvolk aus der Fassung. Das Monopol der Nächstenliebe, gegen jede andere Minderheit bis jetzt durch staatlichen Schutz und Zwang erhalten, wirkt plötzlich wie ein hohler Baum. Was könnte es kürzer und inhaltvoller zum Ausdruck bringen als dieser kleine Vers, der das Wesen der Kirche entblößt.

Die Herren Pastoren hatten nichts Gegenteiliges zu bieten und so forderten sie: "Man muß mit der Kritik vor der Substanz des Glaubens halt machen, diese Grenze darf nicht überschritten werden". Ihre vom Heiligenschein geblendeten Augen hatten beim eigenen "Genuß" des Stückes aufgenommen, daß "Die Geisel" in dieser Fassung zumindest langweilig wäre und auch vom Standpunkt der Kunst aus nichts taue.

Doch es kam anders - für die Pfaffen. Die Ansicht, zum Ausdruck gebracht von einem jungen Studienrat, daß man der Ehrlichkeit und Wahrheit willen auch vor der Substanz des Glaubens nicht halt machen dürfe, fand ihren realen Sinn in der Darlegung Kurt Hübners: Wenn sie sich von irgendwelchen Seiten Vorschriften machen ließen über das, was sie spielen dürften oder nicht, was Kunst sei oder nicht, dann erinnere ihn das sehr an die Zeit des Dritten Reiches.

Die Ansicht, daß das Theater und die Kunst allgemein Bewegungsfreiheit brauchen, um gedeihen und den Aufgaben gerecht werden zu können, fand die begeisterte Zustimmung des Publikums.

Ein 17 jähriges Mädchen machte eine für die Kirche erschütternde Feststellung: "Während der Kuba-Krise, wo der Weltfrieden in Gefahr war, waren die Kirchen voll, es wurde aber nichts für den Frieden getan, sie beteten auch nicht für den Frieden, sondern für sich, damit ihnen persönlich nichts geschieht". Treffender konnte der defaitistische Charakter des Glaubens, dieses Kriechen vor den Gewalten und die sich daraus ergebende Unterstützung der herrschenden Klasse nicht erklärt werden. Und ein Diskussionsredner, der augenscheinlich noch jünger war, meinte, allein schon die Tatsache, daß die Kirche so reagiere, mache es notwendig, daß solche Stücke gespielt würden.

"In einem Schlußwort antwortete Kurt Hubner auf einen - unter dem Protest des Hauses formulierten - Vorwurf Pastor Siedenschnurs, das Theater sei mit diesem Stück vielen seiner Freunde in den Rücken gefallen. Hübner sagte, ein Theater, das sich seiner Zeit und ihrer Problematik verpflichtet fühle, müsse immer wieder irgendwelchen Leuten - heute diesen, morgen jenen - in den Rücken fallen. Entscheidender sei es, unabhängig von möglichen Nebenwirkungen, den Problemen der Zeit nicht auszuweichen".

(Bremer Nachrichten, 4.2.1963).

Eins hat auch diese Diskussion wieder gezeigt: Große Schichten der Bevölkerung, besonders die Jugend, haben die Gängelung satt. Sie wollen das, was sie als Freiheit betrachten, gewahrt wissen. Sie sind mißtrauisch geworden gegen Institutionen und Instanzen. Treten diese dann auch noch in solch einer Weise auf, dann gibt es Bewegung. Es dürfte seit längerer Zeit das erste Mal gewesen sein, daß die Kirche sich einem breiten Publikum so deutlich reaktionär zeigte und eine solch empfindliche Abfuhr erteilt bekam. Das läßt hoffen, daß auch der letzte Schleier fällt und klar erkannt wird, daß Kirche und Staat Klasseninstrumente des Kapitalismus sind und Freiheit erst sein kann, wenn die Gesellschaft diese auswüchsigen Formen der Reaktion überwunden hat.

Der Wille der Bevölkerung, für die künstlerische Ausdrucksfreiheit zu kämpfen, wo von der kirchlichen Reaktion aus diese beschränkt werden sollte, ist richtig, genügt aber nicht. Die gesellschaftlichen Grundlagen dazu müssen erkämpft werden, erst dann ist gesichert, daß das Theater und die Kultur allgemein eine Basis haben, wo solche Beschränkungen nicht möglich sind, soweit gegen das allgemeine Interesse der Gesellschaft nicht verstoßen wird.

Nachstehender Glückwunsch erreichte uns erst nach Fertigstellung der Januar-Ausgabe. Wir bitten daher um Verständnis, wenn wir nachträglich aus Anlaß des 80. Geburtstages unserer Genossin Emma Grönsfelder die Anerkennung für ihre politische Lebensarbeit aussprechen:

Emma Grönsfelder 80 Jahre alt

Am 3. Januar 1963 hat unsere Genossin Emma Grönsfelder ihren 80. Geburtstag gefeiert.

In ihrem langen Leben war sie über 50 Jahre in der sozialistischen Bewegung tätig und ist auch heute noch trotz vieler Enttäuschungen geistig ungebrochen und hat regen Anteil, wenn auch nicht mehr aktiven Anteil den Vorgängen in der Arbeiterbewegung, der sie faktisch ihr ganzes Leben weihte.

Schon während der Revolutionszeit 1919-20 war Genossin Grönsfelder in der KPD-Spartakusbund in Nürnberg führend und später dann Funktionären in der KPD bis zu ihrem Ausschluß 1929 wegen brandleristischer Zersetzung. Genossin Grönsfelder wurde durch diese Maßnahme, nicht entmutigt und blieb bis 1933 weiter aktiv in der KPD.

Obwohl sie aus der KPD mit anderen aufrechten und fähigen Genossen ausgeschlossen wurde, hatten ihr die Nationalsozialisten ihre bedingungslose Einstellung zur Arbeiterklasse nicht vergessen und sie war eine der ersten, die 1933 verhaftet und in das Zuchthaus Eichach eingeliefert wurde.

Auch nach dieser schrecklichen Zeit blieb sie der Sache der Arbeiter treu ergeben und versuchte nach 1945 wiederum in der KPD ihre politische Auffassung entgegen der verhängnisvollen Auffassung der Linientreuen zu vertreten mit dem Erfolg, daß sie wiederum zusammen mit anderen Genossen ausgeschlossen wurde. In der Gruppe "Arbeiterpolitik" fand man sie wieder und hier war sie neben ihrem Kampfgefährten Karl Grönsfelder eine der wesentlichen Stützen der Nürnberger Gruppe.

Erst in den letzten Jahren mußte sich Genossin Grönsfelder aus gesundheitlichen Gründen von der aktiven Politik zurückziehen, obgleich ihr ganzes Sinnen und Trachten auch weiterhin mit den Problemen der Arbeiterbewegung verbunden bleibt.

Wir wünschen unserer Genossin Emma Grönsfelder, daß es ihr vergönnt ist, noch viele Jahre zusammen mit ihrem Kampfgefährten Karl verbringen zu können.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96.

Bremen, März 1963

INFORMATIONEN DER BREMERGRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LÄSSERLI

Inhaltsverzeichnis

Weltpolitik aus der Sackgasse
Die Lohnbewegung der IG Metall und ihre Lehren
Betriebs- und Bundesklima? - Schauer- tätigkeit!
Der 1. Mai 1963 in Hamburg
Der 1. Mai 1963 in Bremen
Denunziation
Kampftag der Arbeit in Bremen
Gottesdienst am Tag der Arbeit

Weltpolitik aus der Sackgasse

Die nahende Überproduktionskrise beeinflusst schon die allgemeine Verfallskrise der kapitalistischen Gesellschaft. Bereits vor der akuten Überproduktionskrise führt das bei verschiedenen Teilproblemen, zu deren Lösung keine Kompromisse gefunden werden können, zur Verlagerung der Probleme in Sackgassen, jenseits des Hauptverkehrs. Jede Umkehr aus der Sackgasse bringt keine Lösung, sondern bestenfalls den Zustand, der in die Sackgasse geführt hat. Ein Durchbruch aus der Sackgasse muß Machtverschiebungen zur Folge haben, Neues schaffen, weil das Alte nicht mehr lebensfähig gemacht werden kann. Das Neue, der Durchbruch der kapitalistischen Schranken, kann nur Durchbruch zu sozialistischen Lösungen sein. Faschismus war und ist nur gewaltsame Unterdrückung des Neuen. Schwebezustand eines aufgeklärten Despotismus a la de Gaulle ist auch nur reaktionäre Form der Verteidigung des Kapitalismus, wie bürokratischer Staatssozialismus nur zeitweiliges Übergangsstadium vom Kapitalismus zum Sozialismus sein kann, nämlich solange, wie die Arbeiterklasse noch nicht die Fähigkeit zur eigenen Diktatur besitzt. Stalinperiode in der SU. De Gaulle-Zwischenstadium in Frankreich.

Die seit Jahren geführten Verhandlungen zur Einstellung der Kernwaffenversuche werden von Zorapkin als Zeitverschwendung, von Kennedy als hoffnungslos bezeichnet. Reif zur Abstellung in der Sackgasse.

In Laos ist es erneut zu Kämpfen gekommen. Reaktionäre Truppenteile der Neutralisten, vermischt mit Überresten von Tschiang Kai-schek-Chinesen, die von den USA gefördert werden, ermorden Führer der Neutralisten, welche das Abkommen von Genf einhalten, auf dem der Kompromiß beruht, auf welchem die königliche

Regierung der Nationalen Union des Prinzen Souvanna Phuma basiert. Diese reaktionären Truppenteile versuchten militärisch auf der Ebene der Tonkrüge gegen die Pathet Laos vorzustoßen. Die Regierung der Nationalen Union erklärt, daß sie die Sabotage der Genfer Vereinbarungen weder von der Allianz der Reaktionäre noch durch die Seato dulden werde. Kennedy sieht darin jedoch das Vordringen des Kommunismus und erklärt, dies nicht dulden zu wollen und schickt amerikanische Truppen an die Grenze von Laos in Thailand.

Auch in Kuba und Lateinamerika kämpft Kennedy aus der Sackgasse gegen alle revolutionären Tendenzen, die sich gegen den amerikanischen Imperialismus und Neokolonialismus und ihre einheimischen Quislinge zur Wehr setzen. Das bedeutet die kommunistische Gefahr für den amerikanischen Erdteil und den Versuch, der Sowjetunion die Stützpunkte zu schaffen. Alle Mittel wendet Kennedy als Weltgendarm an. Nur militärische Überfälle auf Kuba vom Gebiet der USA von seiten der kubanischen Emigranten unterstützt Kennedy nicht, weil sie ohne direkte Mitwirkung von USA-Truppen zum Scheitern verurteilt sind, wie die vorausgegangene Emigranten-Invasion von Kuba, die von Spezialtruppen der USA geführt worden war. Der direkte militärische Überfall der USA auf Kuba wird von Kennedy als noch nicht zeitgemäß abgelehnt. Bleibt also in der Sackgasse.

In der Sackgasse befindet sich auch der Konflikt, der durch das Veto de Gaulles gegen den Eintritt Großbritanniens in die EWG entstanden ist. Außenminister Schröder erteilt sich selbst Vorschußlorbeeren, weil er nach vierzehn Stunden Verhandlungen in Brüssel vom französischen Außenminister Couve de Murville Zustimmung in Terminfragen erreicht hat, welche die bevorstehenden Verhandlungen über Zoll- und Agrarfragen in der Kennedy-Runde betreffen. Der Streit um die Sachprobleme kann bereits Ende Mai ausbrechen. Frankreich fordert die Einbeziehung des europäischen Agrarfonds in das Aktionsprogramm der gemeinsamen Marktorganisationen für Getreide, Schweinefleisch, Eier. Die deutsche Delegation fordert die Vertagung der strittigen Agrarfragen und sofortige Überprüfung der Vorschläge Kennedys, sowie die Fusion der Exekutiven der EWG, des Euratoms und der Montan-Union als ersten Schritt für eine spätere Verschmelzung. Frankreich will der Fusion nur zustimmen, wenn gleichzeitig die spätere Verschmelzung der Gemeinschaft von allen Mitgliedern schon jetzt zugestanden wird. Das würde de Gaulle später erlauben, die EWG-Kommission zu einem bloßen ausführenden Organ der Vaterländer (des Ministerrats) zu machen. Frankreich besteht vor der Zustimmung zu den amerikanischen Zollsenkungen auf Abmachungen zum Schutze der europäischen Landwirtschaft gegen die Dumping-Exporte der amerikanischen landwirtschaftlichen Überproduktion. Da Kennedys Vorschläge zur Aufhebung der Agrar-Subventionen im Kongreß abgelehnt werden, gerät auch diese Frage in die Sackgasse. Die Vereinigten Staaten fordern von der EWG eine globale Senkung der Industriezölle um 50 % und Beseitigung der Handelsschranken für die amerikanischen Agrarprodukte. Kennedy droht, er würde nicht die amerikanischen Industriezölle ändern, wenn Europa nicht bereit ist, über den sofortigen Abbau der europäischen Agrarzölle zu verhandeln. Hier steht ein Veto gegen das andere und droht die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu sprengen.

Inzwischen hat der Bundestag den Deutsch-Französischen Vertrag unter Hinzufügung einer Einleitung gebilligt. Über die Wirkung in Frankreich berichtet die "Welt" vom 14. 5. 1963:

"Die Präambel zum Ratifizierungsgesetz entkleidet den deutsch-französischen Vertrag des größten Teils seiner bilateralen Wirksamkeit. Sie durchkreuzt neben der europäischen auch die atlantische Konzeption des Generals und trifft sein Verhältnis zu England und Amerika an der verwundbarsten Stelle. Seinem außenpolitischen System wird damit die Grundlage entzogen, denn es gibt für ihn keine Alternative, wenn er Bonn nicht für seinen Kurs gewinnen kann. Das mag erklären, warum man sich in Paris bemüht, gute Miene zum bösen Spiel zu machen."

Auch Kennedys Projekt zur Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht ist reif für das Depot in der Sackgasse. Dazu schreibt Walter Lipmann im New Yorker "Herald Tribune":

"Es soll nun eine multilaterale Atomstreitmacht in den europäischen Gewässern entstehen, mit einer Mannschaft, in der einige Deutsche sein werden, und zum Teil von der westdeutschen Regierung finanziert. Die Absicht dieses schwerfälligen und komplizierten Unternehmens ist es, um es deutlich zu sagen, die Deutschen gegen den Wunsch immun zu machen, selbst eine Atomstreitmacht besitzen zu wollen. Dies ist nach meiner Ansicht ein amateurhaftes, naives und zutiefst unkluges Projekt. Es ist weit entfernt davon, die Deutschen mit Würde und als gleiche Partner zu behandeln; es behandelt sie als ein unheilbar gefährliches Volk. Wenn wir die Deutschen als Gleichberechtigte behandeln wollen, dann sollten wir damit beginnen, darzulegen, weshalb Westdeutschland keine eigenen nuklearen Waffen haben sollte und dürfte.

Solange Deutschland geteilt ist, ist es eine kranke Nation mit eigenen Nöten. Als solche sollte es nicht die Stärke haben, seinen Nöten durch einen Krieg abzuhelpen. Deutschland kann daher volle Gleichberechtigung erst dann haben, wenn seine Wiedervereinigung erreicht und die Ursache seiner Krankheit beseitigt ist. Die richtige Behandlung der deutschen Frage, die richtige Art, die Deutschen immun zu machen, wäre es, das Problem der deutschen Spaltung ernst zu nehmen.

Unser Streben, die Deutschen mit atomaren Lächerlichkeiten abzuspeisen, ist ein armseliges Geschäft. Das oberste Prinzip und Ziel unserer Deutschlandland-Politik sollte die Wiedervereinigung von Deutschland sein und auf diese Weise die Beendigung der Ungleichheiten, die eine Folge des Hitler-Krieges sind."

Mit schwerwiegenden strategischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und den USA auf der NATO-Konferenz rechnen unterrichtete Kreise in London. Sie ergeben sich aus unterschiedlichen Auffassungen über die Vorräte an konventionellem Rüstungsmaterial, die die NATO-Mächte unterhalten sollten. Die englischen Strategen halten seine Bevorratung von 30 Tagen für ausreichend. Sie sind der Ansicht, daß eine Planung für einen längeren konventionellen Krieg nicht nur unrealistisch sein, sondern beim Gegner auch ernste Zweifel an der Entschlossenheit des Westens entstehen lassen könnte, sich, wenn notwendig, auch mit atomaren Waffen gegen einen Angriff zu verteidigen. Eine Bevorratung von 90 Tagen, wie sie McNamara empfehle, zeige, daß die USA den Einsatz von Atomwaffen solange hinausschieben wollte, daß er unglaubwürdig werde und damit seine abschreckende Wirkung verliere.

In dieser Weltpolitik aus der Sackgasse spiegelt sich der wachsende Widerstand gegen die Vormachtbestrebungen der USA in Europa und gegen Kennedy in den Vereinigten Staaten selbst.

In dieser weltpolitischen Lage feiert die SPD die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Lassalle im Jahre 1863 als den hundertjährigen Geburtstag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Das ist eine Geschichtsfälschung. Die Geburtsurkunde der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung ist das Kommunistische Manifest, verfaßt von Marx und Engels im Auftrage des Bundes der Kommunisten im Jahre 1847. Lassalle wurde sechszehn Jahre später der Schöpfer der ersten Organisationsform sozialistischer Arbeiter und Kleinbürger in Deutschland. Es war ein Sozialismus aus den Abfallprodukten kleinbürgerlich-liberaler Ideologien, gegen die Marx schon im kommunistischen Manifest sich kritisch abgrenzte. Dieser Mischmasch entstand in Deutschland in der Periode, in der der politisch interessierte Teil der Werktätigen im Gefolge der liberalen

Bourgeoisie-Politik zum politischen Denken geformt wurde. Es war 1863 ein Rückfall vom kommunistischen Manifest, der wissenschaftlich begründeten Lehre vom Kampf des Proletariats, in den eklektischen Philistersozialismus. Ein Vorläufer eines ähnlichen Rückfalls hundert Jahre später den die zeitgenössische Sozialdemokratie gemacht und zur Geschichtsfälschung veranlaßt hat.

Der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft mit allen seinen Folgen ist durch die Entfaltung des Monopolkapitalismus, des Wohlfahrtsstaates, der sozialen Marktwirtschaft nicht verschwunden, obgleich die SPD das propagiert. Was neu ist, ist die Tatsache, daß die Bourgeoisie sich zur kampffähigen Klasse geformt hat. Die Arbeiter der Bundesrepublik bilden einen mächtlosen Haufen, der ideologisch im Banne der herrschenden Klasse Bourgeoisiepolitik toleriert. Wie das Vorproletariat im Frühkapitalismus ist das entwickelte Proletariat des Monopolkapitalismus bar jeder Kenntnis der Lage und Bedeutung der Arbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß. Als Mitglieder der Gewerkschaften sind sie organisiert und rebellieren gegen die unmittelbaren Folgen der Lohnarbeit, aber ohne Kenntnis der Ursachen. Deshalb wird der zähe Kampf um bloße Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen immer mehr zur Sisyphusarbeit. Teuerung und Inflation bringen die Arbeiter um den dauernden Gewinn besserer Löhne und Gehälter. Da die deutschen Werktätigen unfähig sind, die kapitalistische Produktionsweise, das Lohnsystem selbst zu bekämpfen, verhalten sie sich unpolitisch, passiv, nutzen nicht einmal die legalen Möglichkeiten, die die Bundesrepublik und die DDR bieten. Die Lohnbewegung der IG Metall und die Reaktion der Metall-Unternehmer ermöglichen einen tiefen Einblick in die Sackgasse dieses "Klassenkampfes der Sozialpartner". Der Führer der IG Metall, Brenner, entdeckt, daß nur die Unternehmer Klassenkampf von oben führen. Die IG Metall wollte nur Sozialpartner-Verhandlungen. Die Urabstimmung für "Kampfanwendungen", für Streik, war nur als Einschüchterung, die Drohung der Unternehmer mit Aussperrung als Bluff bewertet worden. Der Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart erklärte: "Wir hatten nicht sobald mit der Aussperrung gerechnet. Mit der totalen Aussperrung überhaupt nicht. Wir glaubten, schlimmstenfalls würden die Unternehmer der bestreikten Betriebe ihre Leute aussperrern."

Herbert van Hüllen, Verhandlungsleiter der Unternehmer, resümiert befriedigt: "Unsere Waffe der Aussperrung hat sich hundertprozentig bewährt. Wir haben zwei Tabus durchbrochen. In Zukunft muß der Arbeiter damit rechnen, daß einer Urabstimmung auch ein Streik folgt und daß dem Streik die Aussperrung folgt."

Wer hat das vorhandene Kräfteverhältnis richtig eingeschätzt? Brenner erklärt im Fernsehen: "Dies Ergebnis wäre auch ohne Auseinandersetzung zu haben gewesen". Wahrscheinlich! Aber wenn das die Lehren der "linken IG Metalller" sind, dann kann man nur sagen: Nichts gelernt, aber alles vergessen! Verständnis für den angeblich veralteten Marx tut dringend Not, um künftig solche Fehleinschätzungen zu vermeiden. Brenner spricht schon wie Georg Leber: "Es handelt sich um ein Ergebnis, das zum Ausdruck bringt, das wir unsere Verantwortung gegenüber der Gesamtwirtschaft voll Rechnung tragen und daß wir nicht die wilden Männer sind, die streiken um des Streikes willen."

Also Erhards Maßhalten! Auch Rosenberg, der Vorsitzende des DGB, ist des Lobes voll: "Wir freuen uns, daß es nicht nötig war, diesen Kampf bis zum Ende durchzuhalten". Wir auch, denn in drei Wochen wären die Streikfonds verbraucht und zwangsläufig die bedingungslose Kapitulation eingetreten. Aber Rosenberg begründet seine Freude anders: "Er freut sich, weil sich die IG Metall muster-gültig verhalten und demonstriert hat, wie sich eine verantwortungsbewußte Gewerkschaft in einer Demokratie bewegt." Die Korrektur der Schwanzpolitik der deutschen Arbeiter an der Ideologie und Praxis der herrschenden Klasse ist dringend erforderlich. Sie darf nicht länger mit radikalseinsollenden Phrasen von der Verteidigung der bedrohten Demokratie auch nur verzögert werden. Die Unternehmeroffensive in der Bundesrepublik begann mit der Aussperrung. Sie warf den

Sozialpartner aus dem gemeinsamen Boot, als dieser von der Drohung mit dem Streik zur Tat schritt.

Die Korrektur muß von den Arbeitern selbst, von unten nach oben durchgeführt werden. Sie kann nicht von den Verkäufern des Sozialismus als Ware erwartet werden. Als Ideal und Wunsch ist Sozialismus auch heute noch bei breiten Schichten gefragt. Und die Zahl derer, die bereit sind, ihn als Ware zu billigen Preisen ins Haus zu liefern, ist so zahlreich wie die Hausierer mit anderen Waren. Sogar der Hitler-Faschismus kam nicht ohne die Verzierung "nationaler Sozialismus" aus. Aber wirklicher Sozialismus kann nur solide Eigenproduktion der Werktätigen der einzelnen Länder und solide Maßarbeit sein. Die Tatsache, daß das Resultat der verpfuschten Aktion in der Urabstimmung der IG-Metallmitglieder mit 73 % angenommen wurde, wäre nur richtig, wenn es als glimpflicher Abschluß mit falschen Einschätzungen der bestehenden Machtverhältnisse begriffen worden wäre. Dann wäre das eine Basis, die den entschlossenen Willen, diesen Mangel rasch und gründlich zu korrigieren, beinhaltet. Nicht zurück zu Lassalle und Fichte, sondern Anwendung des Marxismus als wissenschaftlich begründete Lehre zum Kampf um die politische Macht, als Vorbedingung zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die SPD hat die Abwendung der deutschen Arbeiter vom Sozialismus nicht verursacht. Die Auswechslung der Ahnen der deutschen Sozialdemokratie Marx und Engels durch Lassalle und Fichte reflektiert nur die Abwendung der Massen vom Glauben an den Sozialismus. Darin besteht die Wechselwirkung zwischen Führung und Geführten. Jede wirkliche Massenbewegung findet die Führung, die ihren Bedürfnissen entspricht. Die Handwerker und Arbeiter, die vor hundert Jahren in Deutschland sich politisch interessierten, sahen und fanden in Lassalle den glänzenden Redner, den geistreichen Intellektuellen. Er glaubte Bismarck für das allgemeine Wahlrecht gewinnen zu können, das er ja gebrauchen könne, um sich die liberale Bourgeoisie gefügig zu machen. Das widersprach nicht den politischen Bedürfnissen der damaligen Handwerksgesellen und liberalen Kleinbürgern. Sie trauten sich nicht die Kraft zu, das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen. Sie besangen den großen Führer, der sie im Zeichen des gleichen Wahlrechts zum Sieg führen werde. Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren und Flint und Speer wollten sie kämpfen. 1848 hatten sie als Kanonenfutter der liberalen Bourgeoisie in Preußen und Österreich die Niederlage erlitten. Deshalb sangen sie, daß sie nur mit des Geistes Schwert und des Rechts Panier kämpfen wollten. Aber diese Waffen besaßen sie auch nicht und soweit Lassalle sie ihnen liefern wollte, taugten sie nichts. Das Kommunistische Manifest, das ihnen den historischen Materialismus als Waffe zur Erforschung des Zeitgeschehens und das Verständnis für ihre eigene Rolle in der kapitalistischen Produktionsweise hätte geben können, begriffen sie nicht und wurde ihnen deshalb nicht zum Bedürfnis.

Das Klassenbewußtsein August Bebels beruhte mehr auf dem Klassenhaß als auf bewußtem marxistischem Klassenbewußtsein. Es wirkte pathetisch moralisch: "Er bleibe der Todfeind des Kapitalismus bis an sein Lebensende - und wenn ihn die Gegner loben, prüfe er kritisch, ob und welche Fehler er gemacht habe". Er trat mit Wilhelm Liebknecht gegen Bismarcks Krieg gegen Frankreich auf und sie gingen dafür ins Gefängnis. Das war Treue zum Sozialismus aus Haß gegen den Kapitalismus und entsprach den Bedürfnissen breiter Schichten der Werktätigen. In dieser ideologischen Form des Klassenbewußtseins des Drechslers August Bebel eignete er sich soviel vom Marxismus an, daß er zum geliebten Volkstribun wurde. Es entsprach dem Verständnis und Bedürfnis der nach Klassenbewußtsein strebenden Werktätigen in der Periode des stürmischen Aufschwungs des deutschen Kapitalismus. Es genügte, um die deutsche Sozialdemokratie und die von ihr gegründete und geförderte deutsche Gewerkschaftsbewegung bis 1914 an die Spitze der zweiten Internationale zu bringen. Es genügte aber nicht, 1914 den imperialistischen Krieg der deutschen Bourgeoisie revolutionär zu bekämpfen gemäß der Beschlüsse der deutschen Parteitage der Sozialdemokratie und der entsprechenden internati-

onalen Beschlüsse. Objektive Unterschiede waren die Hauptursache dafür, daß Rußland mit der revolutionären Seite des Marxismus die deutsche Arbeiterbewegung von der Führung der Internationale ablöste. Erst objektive Veränderungen in der deutschen kapitalistischen Gesellschaft werden dem deutschen Arbeiter revolutionäres Klassenbewußtsein vermitteln. Nicht die theoretische Richtigkeit einer Theorie entscheidet ihre Verwirklichung. Die Bedürfnisse der Massen werden zu revolutionären Bedürfnissen nur in objektiv revolutionären Situationen.

Das Bedürfnis der breiten Masse der besitzlosen Bauern in Rußland wurde eine Kraft, die die Bolschewiki an die Macht brachte, obgleich die Bauern keine sozialistischen Bedürfnisse hatten, sondern weil die Bolschewiki und der Teil der Arbeiter, die sie führten, den Bauern half, sich den fehlenden Grund und Boden auf revolutionäre Weise anzueignen. Das Fehlen sozialistischen Bewußtseins der Bauern war Folge der unentwickelten kapitalistischen Produktionsweise im zaristischen Rußland. Und dieser Mangel machte den Aufbau des Sozialismus in der SU zu dem qualvollen Leidensweg zur Überwindung der russischen Barbarei mit barbarischen Mitteln in der Stalin-Periode.

Wie kläglich und unhistorisch, die Lohn- und Gehaltshöhe der Werktätigen eines bestimmten Gebietes zum Maßstab der marxistischen Theorie zu machen. Die sogenannte Verelendungstheorie demonstriert diesen Fehler.

Was daran falsch ist, ist nicht von Marx und Engels, sondern von Lassalle, was richtig ist, die Tendenz zur Verelendung der breiten Massen unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, wird bestätigt dadurch, daß trotz der Vorherrschaft der höchsten Stufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Weltmaßstab 2/5 der Menschheit sich nicht satt essen können und in den hochkapitalistischen Ländern die Teile der Werktätigen in der Überproduktions-Krise ebenfalls verelenden, die zur kapitalistischen Profitproduktion nicht mehr gebraucht werden. Dieses Entwicklungsgesetz, von Marx entdeckt, ist nicht außer Kraft gesetzt, weil in hochentwickelten kapitalistischen Ländern seit zehn bis zwölf Jahren die Arbeitskraft Mangelware ist und als solche gezahlt werden muß.

Aber diese Schonzeit für die Verkäufer der Ware Arbeitskraft, der einzigen Ware, die sie besitzen und verkaufen können, geht ihrem Ende zu. Das Wirtschaftswunder geht in die Überproduktionskrise über, damit hört die Ware Arbeitskraft auf, Mangelware zu sein, und sie wird nicht mehr als solche gezahlt. Den Carlo Schmidt Wehner, Brandt geht es wie den Wundergläubigen an die amerikanische Hochkonjunktur Ende der zwanziger Jahre. Mitten in den Lobgesängen der Tarnow und nossen von dem stabilisierten Kapitalismus brach die größte Krise des Kapitalismus aus - die erst durch die Rüstung für den zweiten Weltkrieg in den USA und Deutschland überwunden werden konnte. Die zeitgenössische Monopolbourgeoisie bereitet sich vor, die Lasten der kommenden Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Sie behauptet zwar, sie könnten und würden die Krise verhindern. Nun, in den USA werden Vorbeugungsmaßnahmen zur Milderung der Krisenwirkungen von Kennedy durch Kongreß und Senat abgelehnt. In Amerika herrscht Dauererwerbslosigkeit für 5 Millionen seit Jahren. Schulentlassene junge Menschen finden immer weniger Arbeit, wie anfangs der dreißiger Jahre in den Vereinigten Staaten, Deutschland, England, Österreich und Tschecho-Slowakei. Das liefert eine kurzlebige Chance für die SPD zur Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie, mit der Adenauer-Partei. Da der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterrassen in dem Umfange schwindet, wie sie gegen die Interessen der Werktätigen die Geschäfte des bankrotten Kapitalismus besorgt wie durch ihre Koalitionspolitik in den letzten Jahren der Weimarer Republik und in neuerer Zeit der französischen Sozialdemokratie in der vierten Republik, wird sie für die Bourgeoisie unbrauchbar. Sie verfällt mit dem Verfall des Kapitalismus.

Wenn der Wirtschaftswunder-Minister Erhardt Nachfolger Adenauers wird, wird sein Prestige als Wundermann rasch verfliegen. Seine soziale Marktwirtschaft ist

theoretisch und praktisch nichts anderes als polizeistaatlicher Schutz der kapitalistischen Profitwirtschaft. Er sorgte für Subventionen und Kredite zu Investitionen zur Modernisierung der Unternehmen aus Steuermitteln, wenn die erbeuteten Profite zur Selbstfinanzierung nicht ausreichten. Erhard lehnt nicht nur Planwirtschaft als solche ab, sondern bekämpft sogar Planperspektiven zur Konjunkturforschung, was seine Kollegen in der EWG fordern. Er hat die Überzeugung, daß im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise wirkliche Planung an dem Eigentumsrecht der Privatkapitalisten an den Produktionsmitteln scheitert. Er bereist als Handelsagent Lateinamerika und Asien, um Absatzmärkte vorzubereiten und durch Wirtschaftshilfe zu finanzieren. Diese Wirtschaftshilfe für unentwickelte Gebiete ist nichts anderes als Neo-Kolonialismus zur Sicherung kapitalistischer Absatzmärkte ohne Annektion dieser Gebiete. Bis 1960 gehörte die Bundesrepublik zu den kapitalistischen Ländern mit den qualifiziertesten Arbeitskräften und niedrigsten Löhnen und den geringsten Ausgaben für die Rüstung. Alle diese Voraussetzungen verschwinden. Was tut Wirtschaftswunderminister Erhard? Er propagiert das Maßhalten in Lohn- und Gehaltsforderungen, die die Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt gefährden. Mittlerweise ist tatsächlich das niedrigste Lohnniveau der deutschen Werktätigen beseitigt und hat die Höhe der westkapitalistischen Länder erreicht. Es steht nur noch weit unter dem Niveau des nordamerikanischen. Erhard hat dennoch ein Herz für die Lohn- und Gehaltsbedürfnisse der deutschen Werktätigen. Sie können allerdings nur insoweit berücksichtigt werden, als sie aus dem gesteigerten Sozialprodukt gezahlt werden. Dazu können nach Abzug der Reproduktionskosten und der Verbesserungen der Leistungsfähigkeit der Unternehmen, des Reingewinns zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse der Unternehmer, Lohn- und Gehaltswünsche der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt werden. Da das sogenannte Sozialprodukt eine abstrakte Summe des Gesamtprodukts darstellt - in den einzelnen Industrien und einzelnen Unternehmungen sehr unterschiedliche konkrete Profitraten abwirft - dienen nicht die leistungsfähigen als Maß für die Lohn- und Gehaltsansprüche, sondern die leistungsunfähigen müssen demnach Löhne und Gehälter der Existenzfähigkeit der bankrotten Unternehmen angepasst werden. Löhne und Gehälter müssen gesenkt und dürfen nicht erhöht werden.

Wenn man die kapitalistische Produktionsweise als die einzig mögliche betrachtet und für die Erhaltung wirken muß, ist diese Abwälzung der Lasten der Krise auf die Werktätigen logisch. Aber diese Logik entspricht nicht den Bedürfnissen der überflüssig gewordenen Arbeitskräfte, deswegen werden sie über kurz oder lang die Sicherung ihrer Existenz für richtiger halten als die Sicherung der Existenz bankrotter Unternehmen. Die schlummernden Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit werden nicht nur sichtbar, sondern zu akuten Kämpfen führen. Die ungeheuren Verwüstungen im zweiten Weltkrieg bildeten den Zwang zum Wiederaufbau. Die Vorbereitungen des dritten Weltkrieges durch die Westmächte unter Führung der USA zum Kampf gegen die "kommunistische Weltgefahr" verlängerte die Dauer der Nachkriegskonjunktur nach 1945. Das Gleiche leistete die zweite technische Revolution, die praktische Anwendung der wissenschaftlichen Entdeckungen im zweiten Weltkrieg und jetzt in der Nachkriegswirtschaft. Atomkraft, Radar, Kybernetik, Kunststoffe sind die Triebkräfte für das Hetztempo der höchsten Entfaltung der Produktivkräfte. Desgleichen der rasche Verschleiß der Werkzeuge, Maschinerien, bevor sie vernutzt sind, weil sie durch neue Erfindungen schrottreif gemacht werden. Tausende Hilfsschiffe, Flugzeuge, Tanks und dergleichen werden verschrottet, weil sie veraltet sind. Oft ehe sie überhaupt in Gebrauch genommen wurden. Dasselbe trifft zu für ganze Betriebe, die nur für die Massenproduktion dieser Gegenstände verwendbar sind. Objektive Verhältnisse für riesenhafte Profitproduktion, aber unproduktive Produktion für die Gesellschaft, die sie in Form von Steuern bezahlen muß, ohne ihre Massenbedürfnisse befriedigen. Das ist die Wurzel der Geldentwertung und Inflation, nicht der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten. Die Krise, die dem Zusammenbruch dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung folgen wird, wird an Umfang, Tie-

fe, Massenelend die Krise der dreißiger Jahre ungefähr in dem Maße übertreffen, wie die Nachkriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges die der ersten von 1919 bis 1933 übertrifft. Die SPD kommt mit ihrer Revision von der Arbeiterpartei in die Volkspartei zu spät. Sie gewinnt zwar Wähler von der vernutzten CSU und CDU, aber sie zahlt dafür bereits mit dem sinkenden Anteil ihres Arbeiteranhangs. Dieser Anteil sank von 71 % im Jahre 1956 auf 60 % Ende 1960 und 49 % Ende 1962. Die SFIO in Frankreich hat fast keinen Arbeiteranhang mehr. November 1932 war die Stimmzahl der SPD 7.248.000 und der KPD 5.980.000.

Soll der Glaube an den parlamentarischen Kretinismus Arbeiterschaft und "Volk" wieder das Schmieröl sein, für das Abrutschen in die Katastrophe? In den dreißiger Jahren bildete dieser Glaube die Basis für den Krieg gegen die "kommunistische Weltgefahr". Der amerikanische, britische und französische Imperialismus förderten die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjet-Union in der Hoffnung, den deutschen Imperialismus zu schwächen, den isolierten Kommunismus der SU zu vernichten. Es kam anders, der westliche Kapitalismus hatte die Weltlage falsch eingeschätzt.

Die 35 Tage Streikbewegung der französischen Bergarbeiter zeigten ein anderes Bild. Das persönliche Regime de Gaulles, das die politischen Parteien stark eingeschränkt hat, verschafft den Gewerkschaften und ihrem Kampf erhöhte politische Bedeutung. Es gibt in Frankreich keine Einheitsgewerkschaften, sondern 3 resp. 4 verschiedene Gewerkschaften. Die CGT unter kommunistischem Einfluß, die FO unter sozialdemokratischem und die CGC unter christlichem Einfluß. Von der FO wird behauptet, daß sie ohne finanzielle Unterstützung des DGB nicht lebensfähig wäre. Dazu kommt noch die Lehrer-Gewerkschaft unter dem Einfluß der antiklerikalen Freidenkerbewegung. Die Zersplitterung der französischen Gewerkschaftsbewegung ist das Nebenprodukt der Arbeiter in ihrer Kampfstellung zu den politischen Parteien. Das bedeutet keineswegs, daß die Gewerkschaftskämpfe an Stelle des Kampfes um Lohn- und Arbeitsbedingungen den politischen Kampf an Stelle der Parteien verfechten. Es entspricht der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, daß die Gewerkschaft sich zum Träger anarcho-syndikalistischer antipolitischer Ideologie entwickelte, sich von den politischen Parteien löste und sich ihnen entgegenstellte. Das Ergebnis war, daß die politischen Parteien ihren politischen Einfluß auf die Arbeiter, mittels Gewerkschaften, die ihrer Kontrolle unterstanden, auszuüben versuchten. Die Etappen der Vereinigung sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschaften waren nur kurz. Die Vereinigung war stets das Ergebnis eines stürmischen Aufschwungs der Arbeiterbewegung, z.B. 1934 in der Volksfrontperiode. Die Volksfront war das Ergebnis der spontanen Vereinigung der Arbeiter gegen die Provokationen des französischen Faschismus. Diese unmittelbar spontane Einheit schuf die Verschmelzung der kommunistischen, sozialdemokratischen und der Lehrer-Gewerkschaft. Diese organisatorische Einheit der französischen Gewerkschaft zerfiel an der Haltung der sozialdemokratischen Blum-Regierung in ihrer Stellung zum spanischen Bürgerkrieg. Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Parteileitungen waren von dem spontanen Einheitswillen der französischen Arbeiterklasse gegen die faschistische Gefahr überrascht worden.

Der Bergarbeiterstreik im nordfranzösischen Kohlengebiet 1963 als Kampf um Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der Ablehnung der Forderungen durch die Regierung de Gaulle übte einen ähnlichen spontanen Druck auf die Parteileitungen aus. Nur einen ähnlichen. Die kommunistische Partei und die CGT führen einen jahrelangen Kampf um die Schaffung der Einheitsfront von unten. Dieser Wechsel war das Ergebnis der Niederlagen der Kommunisten in ihrem Kampf gegen den Krieg in Vietnam, dem Staatsstreich von de Gaulle.

Die Bergwerke sind Staatsbetriebe. Ihre Verstaatlichung fand statt in der Periode nach der Niederlage des deutschen Imperialismus und der Vertreibung der Besatzungstruppen. De Gaulle trat aus der Regierung, bestehend aus Kommunisten

Sozialdemokraten und Bideault, aus Verstaatlichungen von Industrien im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise dienen nicht den Interessen der Arbeiter, sondern denen der herrschenden Klasse, 1947 wurden die Kommunisten aus der Regierung von den Sozialdemokraten ausgedrängt. Als Vorwand galt die Unterstützung der Bergarbeiter. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter sind schlechter als die in den Privatbetrieben. Die Forderungen nach Verbesserungen wurden abgelehnt. Die Streikdrohung beantwortete de Gaulle mit der Mobilmachung, der militärischen Verpflichtung zur Unterdrückung des Streiks, Damit war die Geduld der Arbeiter erschöpft. Die kommunistische Partei und die CGT hatten einen 48 stündigen Warnstreik proklamiert. Die Arbeiter lehnten dies jetzt ab und traten in den unbefristeten Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen. 98 % der Arbeiter unter der Erde folgten dem Ruf im Norden und im Pas-de Calais, 93 % in Lothringen, 49 % in Blanzey. Die sozialdemokratische Gewerkschaft FO und die christliche Gewerkschaft gaben die Losung des unbefristeten Streiks aus, während die CGT und KPF noch am 48stündigen Warnstreik festhielten. Das wurde und wird von den Trotzlisten als ein Hinter-den-Wünschen-der-Arbeiter-Zurückbleiben bekämpft. Angesichts des spontanen Massendrucks stimmt das. Ob und inwieweit dieses Festhalten an dem 48stündigen Warnstreik tatsächlich eine Unterschätzung der Kampfkraft der Bewegung der Bergarbeiter und der Unterstützung durch die übrige Arbeiterschaft war, können wir wegen der ungenügenden Information von hier aus nicht beurteilen.

Ein tatsächliches Hindernis war die Haltung der Kommunisten und der CGT nicht. Sie wandten sich energisch gegen die Forderungen eines Scheinradikalismus: Minimallohn, allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf die Vierzig-Stundenwoche als Etappe zur 35 Stundenwoche. Es scheint uns nicht zweckmäßig, die Forderungen am Anfang der Bewegung zu steigern, als de Gaulle mit der Mobilmachung bewies, daß er Vorwände für seinen Gewaltstreik provozierte. Zu diesem Zweck brauchte er die Politisierung des Streiks durch politische Parolen. Für einen politischen Streik zum Kampf um die politische Macht fehlten, trotz aller Kraft und Solidarität der französischen Arbeiter mit den Bergleuten, alle Voraussetzungen. Gegen die Unterstützung der Forderungen zur unmittelbaren Verbesserung der Löhne konnte de Gaulle die Mobilmachung nicht anwenden. Diese Forderungen wurden sofort unterstützt durch 3.000 Lothringer Arbeiter im Erzbergbau, indem sie für diese auch ihre Forderung in den Streik traten. Damit verliehen sie ihren Forderungen Nachdruck und übten zweckmäßige Solidarität mit den Bergarbeitern der Kohlengruben. Gleiches taten die Erdgas-Arbeiter von de Lacq. Die Docker solidarisierten sich, indem sie sich weigerten, Kohlen zu transportieren. Die Eisenbahner traten mit einem zweistündigen Überraschungstreik für ihre Forderungen ein und solidarisierten sich gleichzeitig damit mit den Bergleuten. Das selten Geglückte einer Vereinigung der gewerkschaftlichen Forderungen machte die Bewegung zu einem politischen Streik, der die erste Niederlage de Gaulles bedeutete. Wie ein Schneeball zur Lawine, so wurde der Streik zum politischen Streik durch den Anschluß immer breiterer Schichten von Werktätigen. Nicht die Erhöhung der Forderungen, sondern die Verstärkung der Kampfkraft politisierte den gewerkschaftlichen Kampf um bloße Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Lehrer-Gewerkschaft sammelte 1.500.000 Franken. Studenten sammelten für die Streikenden. De Gaulle enthält sich der polizeilichen Eingriffe auch gegenüber den Demonstrationsreisenden aus den Lothringer und anderen Gebieten nach Paris.

Die Pariser Arbeiter begrüßen die Lothringer Bergleute, die in Paris für ihre Forderungen demonstrierten. 10.000.000 Franken wurden gesammelt. Die Krämer geben Kredite. Kirchliche Würdenträger rechtfertigen die Forderungen der Arbeiter. Die Regierung, die ablehnte, vor Wiederaufnahme der Arbeit auch nur zu verhandeln, setzt eine Untersuchungskommission ein und macht Vorschläge, die den Lohnforderungen entgegenkommen und rückwirkend gelten sollen.

Hier zeigt sich die Besonderheit der französischen Gewerkschaftspolitik. Sie erheben keine Beiträge, die Streikunterstützung zu zahlen ermöglichen.

Alle großen Gewerkschaftsverbände sammeln während dieser Kämpfe, um Suppenküchen einzuführen, die das Durchhalten der Streikenden ermöglichen. Soweit wir aus den Informationen entnehmen können, sind innerhalb dieser 5 Wochen des Streiks einmal 40 fr. und einmal 30 fr. an die streikenden 200.000 Bergarbeiter gezahlt worden. Da de Gaulle die militärische Einberufung der Streikenden nicht anwenden konnte, versuchte die Bourgeoisie die Frauen der Streikenden gegen ihre streikenden Männer auszuspielen. Das Gegenteil wurde erreicht. Die Presse berichtet über Antworten befragter Frauen, wie sie nach der vierten Streikwoche noch leben können, folgendermaßen: "Wir haben noch alte Kartoffeln und kleine Kredite beim Krämer, wir werden noch nicht verhungern und wir werden nicht kapitulieren."

Die rollenden Streiks der Eisenbahner, Postler, der Pariser Gas- und Untergrundarbeiter sind nicht nur durch die direkten Verluste an Lohn- und Gehaltsausfällen mitbetroffen, sie bekommen von den Gewerkschaften keine Entschädigungen, da es keine gefüllten Gewerkschaftskassen gibt. Die Spekulation der de Gaulle-Regierung, durch Aushungern die Bewegung niederzuschlagen, war eine falsche Spekulation. Die revolutionäre Tradition der französischen Geschichte weckt in der Arbeiterschaft keine Gedanken, daß die Opfer des Kampfes um die politische Macht durch Gewerkschaftskassen finanziert werden können.

"Die deutsche Arbeiterschaft sollte sich gründlich mit dem Studium der Formen des Kampfes der französischen Arbeiter beschäftigen. Sie zeigen die Keime, aus welchen die Kampfkraft der Arbeiter erwächst, wenn sie fähig sind sich von unten gegen ihre politischen und gewerkschaftlichen Führungen durchzusetzen. Wenn die Gesellschaft in die revolutionäre Situation kommt, gewinnen die Arbeiter die Kraft, nicht nur um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgreich zu kämpfen, sondern um die Aufhebung des Lohnsystems, des Kapitalismus, der ohne das Lohnsystem nicht leben kann und sie gewinnen die Macht, um die Herrschaft selbst zu übernehmen und den Sozialismus aufzubauen. Rußland, Jugoslawien, China haben diese Etappen durchlaufen. Marx ist nicht tot, er hat richtig vorausgesagt: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Zur Klasse wird ein Bevölkerungsteil nur in dem Maße, in dem er sich seiner Stellung in der Gesellschaft, in der er lebt, bewußt wird, seine Interessen und die Möglichkeiten, sie wahrzunehmen, erkennt und die dazu nötigen Kampforganisationen schafft. Ohne diese Kenntnis bleibt ein noch so zahlreicher Teil einer Gesellschaftsgruppe ein loser, ohnmächtiger Haufen, der nur Objekt der herrschenden Klasse bleibt. Kein Gott und kein Teufel befreit ihn, solange er machtlos bleibt, um sich selbst zu befreien."

Die Lohnbewegung der IG Metall und ihre Lehren

Bei näherer Betrachtung der Lohnkampfsituation scheint sich zu bewahrheiten, was wir in einer früheren Untersuchung schon einmal festgestellt hatten, nämlich, daß sich der Widerstand der besitzenden Kreise hinsichtlich neuer Lohn erhöhungen zunehmend verstärkt.

Die Lohnbewegung ist somit in ein neues und für die weitere Entwicklung entscheidendes Stadium getreten. Gleichwie sich die Gewerkschaften bemühen, mit neuen taktischen Erwägungen einen Lohnkampf in die Wege zu leiten, sind auch die Unternehmer entschlossen, diesen Kämpfen eine geschlossene Front entgegenzusetzen, um mit Erfolg den Gewerkschaften zu begegnen.

Dabei muß man feststellen, daß den Unternehmern trotz allem in ihren Bemühungen mehr Erfolg beschieden war. So ist es den Gewerkschaften nicht gelungen, auf regionaler Basis zum Abschluß von Lohn- und Tarifverträgen zu kommen, was immerhin ein erklärtes Ziel der neuen Taktik gewesen ist. Alle Lohnabschlüsse, auch die

zurückliegenden, hatten im wesentlichen immer die gleichen Ergebnisse und entsprachen mehr dem Willen und der Initiative der Unternehmer als der der Gewerkschaften. Die Unternehmer haben sich zweifellos zu gewissen Zugeständnissen verstanden, aber sie haben durch ihr Verhalten gleichzeitig zu verstehen gegeben, daß sie sich nicht diktieren lassen, mit anderen Worten, sie waren nicht genötigt, unter Druck zu verhandeln.

Aus diesem Grunde konnte man die letzten Jahre auch nicht von einer eigentlichen Lohnbewegung sprechen. Alle Ergebnisse waren nicht Ergebnisse eines wirklichen Lohnkampfes, sondern Ergebnisse von Verhandlungen, zu denen sich die Unternehmer meist ohne großen Druck verstanden und auch bereit waren, von sich aus Angebote zu machen. Diesmal war dies nicht der Fall. Was die Unternehmer von vornherein beabsichtigten, war eine Lohnpause oder besser gesagt, inhaltende Verhandlungen, um Zeit zu gewinnen und auch die staatlichen Instanzen im gebührenden Maße für die gesamte Lohnproblematik stärker zu interessieren.

Es ist verständlich, daß sich der bürgerliche Staat als Sachwalter unserer bestehenden Wirtschaftsordnung natürlich auch stark mit den Interessen der Großindustrie liiert hat und diese gemeinsamen Interessen einen Affront gegen die Arbeiter bilden. Es braucht deshalb niemanden zu wundern, wenn sich der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Herr Leuze, gegen die Arbeiter und für einen Lohnstop erklärt und damit zum Sprecher der Unternehmerinteressen wird.

Es hat sich weiterhin als ein gefährlicher Trugschluß der Gewerkschaften erwiesen, den Unternehmern mit Hilfe von Schlichtungsausschüssen auf dem Verhandlungswege die sozialen und Lohnzustände abzurufen, ohne dabei Kämpfe führen zu müssen, die auch die Substanz der Gewerkschaften angreifen und dies umsomehr, als die gewerkschaftliche Politik sich in diesen Dingen restlos erschöpft.

Wenn sich der Widerstand der Unternehmer wie in Württemberg in einem Maße verstärkt, daß sie als Gegenmaßnahme gegen die Schwerpunktstreiks der Gewerkschaften 400.000 Mann aussperrten, so bedeutet dies nicht, daß die wirtschaftliche Lage der einzelnen Unternehmen tatsächlich so schwierig ist, wie sie es selbst darzustellen versuchten.

Tatsache ist aber, und dies sollte man nicht übersehen, daß in den letzten Jahren die erhöhten Löhne neben Rationalisierungsmaßnahmen nicht zuletzt wieder durch die Erhöhung der Preise wettgemacht wurden und somit der Profit im wesentlichen gesichert blieb.

Heute scheint man an der Grenze zu sein, wo solche Praktiken gefährlich zu werden beginnen. Die erhöhten Preise führen zu Wettbewerbsschwierigkeiten auf den ausländischen Märkten und diese sind für die deutsche Industrie eine lebenswichtige Angelegenheit. Deutschland liegt als Exportland an zweiter Stelle im Weltmaßstab. Durch die Aufwertung der DM ist bereits für die deutschen Unternehmer eine ungute Situation eingetreten, obgleich sie noch nicht tragisch war. Eine weitere wesentliche Preissteigerung aber würde diese schwierige Lage zweifellos noch verschärfen, und dies fürchtet man nicht nur in den Unternehmerkreisen, sondern zweifellos auch unsere bürgerliche Regierung.

Erhards Appelle "Maßhalten" sind deshalb, aus bürgerlicher Sicht gesehen, durchaus nicht so abwegig, nur richtet er sie an die falsche Adresse, denn die Unternehmer sind es, die immer noch riesige Gewinne erzielen.

Diese Gewinne sind durch die neuerliche Lohnbewegung bedroht worden, und es gibt keine Flucht und keinen Ausweg durch erneute Preissteigerungen, ohne daß dabei die wirtschaftliche Prosperität in Gefahr gerät. Ein sehr wirkungsvolles Flugblatt der Bezirksleitung Stuttgart anlässlich der bevorstehenden Urabstimmung beleuchtete die Gewinnsituation und auch das reaktionäre Verhalten der Unternehmer

sehr gut. Es heißt da unter anderem:

"Unerhört ist das Verlangen der Arbeitgeber von Gesamtmetall, trotz ständiger Preissteigerungen und der damit verbundenen Verschlechterung unserer Lebenshaltung von uns einen monatelangen Lohnstopp zu verlangen.

Oder an anderer Stelle:

"Unsere maßvolle Lohnforderung von 8 Prozent ist für die Metallindustrie tragbar. Sie gefährdet weder die Preise noch die Arbeitsplätze und bedeutet keine Gefahr für den Export."

Die Presse zur Gewinnsituation in der Industrie: "Handelsblatt" 1./2. Februar 1963: "Siemens schüttet wieder 16 Prozent aus", "Frankfurter Neue Presse", 21. 2. 1963: "AEG bleibt bei 15 Prozent". "Dainler verschenkt 20 Millionen Gratisaktien an ihre Aktionäre". "Frankfurter Rundschau", 12. Februar 1963: "Bei den Ford-Werken geht es steil aufwärts - 86 Prozent Dividende". Oder weiter:

"Zeigt in der Urabstimmung, daß unsere Geduld gegenüber den Verleumdungen der Arbeitgeber zu Ende ist - wonach wir lauter Kommunisten wären (Herr Berg, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie) - daß unsere Arbeitsmoral gesunken und wir sie bei anderen Völkern wieder lernen müßten (Herr Erhard, Bundeswirtschaftsminister) und daß wir zuviel krank feiern"-----

Wie sehr die Unternehmer trotz guter Ertragslage sich weigerten, mit den Gewerkschaften über einen neuen Lohnstarif zu verhandeln, weist ebenfalls ein Flugblatt der Bezirksleitung Stuttgart aus, dem wir folgendes entnehmen:

"Warum kündigte die IG Metall den Lohnstarif für die gewerblichen Arbeitnehmer in Nordwürttemberg und Nordbaden zum 31. März 1963? Weil die Metallindustriellen es abgelehnt haben, mit uns im ungekündigten Zustand

1. über den Abschluß eines Lohnrahmentarifvertrages
2. eines Branchentarifes für die Angestellten und
3. einer Lohnerhöhung im Rahmen einer 8 %igen Lohnforderung zu verhandeln!

Unser Kündigungsschreiben lautet:

An den Verband Württ.-Badischer Metallindustrieller e.V.
Stuttgart N, Hölderlinstraße 1 C 27. Februar 1963

Sehr geehrte Herren!

Wir sind außerordentlich erstaunt über den Inhalt Ihres Schreibens vom 26. Februar 1963. Unmißverständlich lassen Sie uns damit wissen, daß unser Vorschlag vom 25. d.M. für Sie gegenstandslos geworden ist. Wir bedauern dieses Reagierung Ihrerseits auf unser Entgegenkommen (gemeint sind die obengenannten Verhandlungsthemen) und stellen fest, daß Sie sich damit zu den der Öffentlichkeit gegenüber abgegebenen Erklärungen, einen neuen Stil in den lohnstariflichen Fragen zu entwickeln, in Widerspruch gesetzt haben.

Da Sie jegliche Entfristung des gegenwärtig gültigen Lohnabkommens in Ihrem Schreiben vom 26. 2. 1963 in der Sache abgelehnt haben, sehen wir uns gezwungen, mit dem heutigen Tage die Kündigung dieses Lohnabkommens vom 10. Februar 1962 für die Metallindustrie in Nordwürttemberg und Nordbaden zum 31. März 1963 auszusprechen und gleichzeitig die Forderung auf eine achtprozentige Lohnerhöhung zu erheben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Stuttgart, gez. W. Bleicher."

Demnach waren die Unternehmer zwar bereit, über den Lohnrahmen-Branchentarif weiter zu verhandeln, nicht aber über eine Lohnerhöhung, solange die Schlichtungsverhandlungen liefen. Das Warten auf den Abschluß dieser Verhandlungen hätte natürlich die Klärung der Lohnfrage nicht nur hinausgeschoben, sondern wahrscheinlich noch viel schwieriger gemacht. Schließlich aber verstanden sich die Unternehmer doch dazu, ein Angebot von wenigstens 3,5 % zu machen, was die Gewerkschaften natürlich als eine Verhöhnung empfanden und zurückwiesen.

Die hartnäckige Weigerung der Unternehmer, über diese 3,5 % hinauszugehen, führt schließlich zur Urabstimmung, was wiederum zu einer Verschärfung der Situation führte. Obgleich beide Parteien in ihren offiziellen Erklärungen der Presse gegenüber nach wie vor ihre Verhandlungsbereitschaft betonten, wurde bereits der Streikbeginn bindend beschlossen und auf den 29. April festgelegt. Der Hauptvorstand der IG Metall genehmigte bereits am 23. April die Kampfmaßnahmen in Württemberg-Baden, wobei 1180 Betriebe bestreikt werden sollten.

Einer Meldung der Nürnberger Nachrichten vom 24. 4. 1963 zufolge handelte es sich dabei unter anderem um folgende Betriebe:

"Von dem Streik in der Metallindustrie Württemberg-Nordbadens sind rund eine halbe Million Arbeiter betroffen, von denen nur 210.000 gewerkschaftlich organisiert sind. Zu den Firmen, bei denen ab Montag die Arbeit ruhe soll, gehören die Daimler Benz A.G. - 58.300 Beschäftigten, die Firma Robert Bosch mit 30.000 Beschäftigten, die Betriebe des Siemens Konzerns mit 20.000 Beschäftigten, Brown Boveri (BBC) mit 18.400 Beschäftigten, NSU mit 6.700 Beschäftigten und die Württembergische Metallwarenfabrik mit 5.700 Beschäftigten."

Dieser Meldung zufolge versucht die Gewerkschaft durch Schwerpunktstreiks, das ganze Wirtschaftsgefüge und vor allem die Autoindustrie empfindlich zu treffen, und der Verlauf des Streikes bestätigte diese Taktik voll und ganz. Was man von gewerkschaftlicher Seite aber offenbar nicht ernst nahm, war die Drohung der Unternehmer mit einer generellen Aussperrung, obgleich der Mitgliederrat des Unternehmensverbandes in Stuttgart bereits am 19. 4. mit 125 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen die Aussperrung beschlossen hatte mit der Begründung, dadurch den Streik abzukürzen. Was den IG Metallbezirksvorsitzenden Bleicher bewogen hat, einer Pressemeldung der "Nürnberger Nachrichten" 27./28. 3. zufolge zu erklären: - "die Solidarität unter den Arbeitgebern sei bereits jetzt brüchig und werde mit Beginn des Streikes vollends zusammenbrechen -" bleibt unerfindlich und muß als eine völlige Verkennung der tatsächlichen Situation gewertet werden.

Die Unternehmer waren zum Kampf voll entschlossen, wohl wissend um die Schwächen der gewerkschaftlichen Organisation, die nur knapp über die Hälfte aller in der Metallindustrie Beschäftigten zu ihren Mitgliedern zählt. Dieses Verhältnis aber sagt noch nichts aus über die tatsächliche Kampfbereitschaft der Arbeiter. Bisher konnten die Gewerkschaften immer noch, der Prosperität der gesamten Wirtschaft entsprechend, ohne echte Auseinandersetzung Zugeständnisse aushandeln, die den Arbeitern natürlich sehr willkommen waren, aber für die diese wiederum nichts zu riskieren brauchten. Nachdem die Gewerkschaften es versäumt hatten, die Lohnbewegung in ihrer wahren Bedeutung den organisierten Mitgliedern näher zu bringen, ist es nur natürlich, daß der einfache Kollege oder die Kollegin im Betrieb diese Dinge nimmt, als wären sie die natürlichste Sache der Welt. Man erwartet einfach für seinen gezahlten Gewerkschaftsbeitrag eine Gegenleistung von den Gewerkschaftsfunktionären und schimpft auf die Bonzen, wenn diese Erwartungen sich nicht erfüllen.

Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil selbst der organisierten Arbeiter ist sich wirklich klar darüber, was ein Streik für einen klassenkämpferischen Inhalt hat.

In dem allgemeinen Geschwätz von der Überwindung des Klassenkampfes, der Partnerschaft mit den Unternehmern, der Evolution zum Wirtschaftsbürger, geht dieser Charakter freilich verloren und fast erschrocken nimmt man dann wahr, wenn es tatsächlich zu einem Streik kommt, daß diese Gegensätze keineswegs überwunden sind und sich dies erschreckend offenbart, wenn die Aussperrung die nackte Existenz bedroht.

Ohne Bewußtsein des Klassenkampfes und die Möglichkeit seiner Überwindung in der sozialistischen Gesellschaft wird jeder gewerkschaftliche Kampf auf schwachen Füßen stehen und Gefahr laufen, zusammenzubrechen.

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, weder das neue Lohnabkommen noch die Aktivität des Bundeswirtschaftsministers zu seinem Zustandekommen, daß die Unternehmerfront stärker, die Gewerkschaften aber in ihrer Fähigkeit zu kämpferischen Aktionen schwächer geworden sind.

Nichts zeigt diese Schwäche deutlicher als die Erklärung Rosenbergs, daß es keines Streiks bedurft hätte, würde ein neutrales Gutachtergremium darüber befunden haben, ob Lohnforderungen zu Recht bestehen und wirtschaftlich tragbar sind. Er spricht von Gutachtern, die neutral, aber fachlich prädestiniert, ihre Entscheidung zu treffen in der Lage sind.

Sicher wäre es falsch, von diesem Eingeständnis der Schwäche rückzuschließen auf alle gewerkschaftlichen Funktionäre, aber dennoch ist dies kennzeichnend dafür, daß das Selbstvertrauen in die eigene Konzeption von wirtschaftlichen und politischen Fragen stark erschüttert ist.

Mit ihrer politischen Grundkonzeption der Erhaltung des bürgerlichen Staates sind die deutschen Gewerkschaften in ihrer kämpferischen Aktivität nicht nur beschnitten, sondern sie beugen sich mehr oder weniger freiwillig den Forderungen des bürgerlichen Staates nach wirtschaftlichem Frieden und werden dadurch ein wichtiger Bestandteil eben dieses Staates.

Wenn wir als Marxisten davon ausgehen, daß die Führung einer Organisation immer das ist, was die Mitglieder darstellen, so kommen wir zur Kernfrage des ganzen Dilemmas. Die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit sind zweifellos durch die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre korrumpiert worden. Sie haben keine politischen Interessen und auch keine klare Vorstellung von der Notwendigkeit einer Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. An dieser Geisteshaltung ist sicherlich nicht die Gewerkschaft schuld, zu einem großen Teil aber, und dies sollte man nicht übersehen, die Haltung und die Politik der großen Arbeiterparteien nach dem Kriege.

Neben den entscheidenden Fehlern der Kommunisten ist auch die Rolle der SPD als Arbeiterpartei ausgespielt und nach dem Überschwenken ins bürgerliche Lager ausgeblieben, was viele "Linke" in der SPD weissagten, nämlich die Spaltung der Partei.

Damit ist das Wirken der wenigen konsequenten Sozialisten auf eine Basis gestellt, die ungefähr derjenigen entspricht, welche am Anfange der sozialistischen Bewegung überhaupt bestand, und dies zu einer Zeit, wo sich bereits die Hälfte der Menschheit zum sozialistischen Lager bekannt.

Diese Linke aber kann sich nur finden, wenn die zweifellos bestehenden Klassengegensätze aufeinanderstoßen in solchen Kämpfen wie die letzte Streikbewegung, und die Arbeiter werden wieder lernen, wie man solche Kämpfe führt.

Nicht das Ergebnis des Kampfes ist dabei das Wichtigste, auch nicht, wie es zustandekommt, sondern allein, daß die Arbeiter das Bewußtsein ihrer politischen Macht wieder zurückgewinnen. Sicher ist das Ergebnis dieses Arbeitskampfes

unter den Umständen, wie es zustandekam, nicht einmal ungünstig, aber es resultiert nicht aus der Stärke des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern aus den Erwägungen der Unternehmer selbst und der Initiative der bürgerlichen Regierung.

"Nach zwölfstündigen zähen Verhandlungen, bei denen immer wieder Vizekanzler Ludwig Erhard vermittelnd eingriff, einigten sich die Tarifpartner der Metallindustrie auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung rückwirkend zum 1. April und weitere zwei Prozent ab 1. April nächsten Jahres".

So berichtet die bürgerliche "Nürnberger Nachrichten" vom 8. Mai 1963. Scheinbar sind sich die beiden Tarifpartner näher gekommen und die Gewerkschaft empfahl ihren Mitgliedern, in der Urabstimmung dieses Ergebnis anzuerkennen. Aber dieses Ergebnis ist gleichsam ein Menetekel; es zeigt, daß Unternehmerlager und Wirtschaft zu erschüttern sind, aber daß man dafür einen höheren Preis bezahlen muß als bisher.

Der Streik in seinem Verlauf hat gezeigt, wie überaus anfällig das komplizierte technische Zusammenspiel des gesamten Produktionsapparates geworden ist gegenüber der geringsten Störung, darin liegen die Schwächen des Gegners. Gerade die deutsche Wirtschaft ist in der heutigen entwickelten Form abhängig vom Export und vom Welthandel und in dieser exponierten Form überaus stark gefährdet durch wirtschaftliche Erschütterungen, und dies erklärt letztlich, warum in den Kreisen der Unternehmer immer dringender die Forderungen nach antigewerkschaftlichen Maßnahmen der Regierung gefordert werden.

Man fürchtet den Streik und ihn möchte man verhindern, deshalb auch die Notverordnungen, die man sich wünscht, denn sie gewährleisten die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Vorerst muß man sich mit einem Gutachtergremium begnügen und die Gewerkschaften haben zugestimmt, zumindest im Prinzip. Dabei wird es aber nicht bleiben, wenn die Arbeiter nichts dagegen tun. Diese Gutachter werden genausowenig unabhängig sein von den Entwicklungsgesetzen des bürgerlichen Staates und der Wirtschaft, als die Gewerkschaften es sind, seit sie den bürgerlichen Staat bejahen und sich mitverantwortlich fühlen für dessen Wohl und Wehe. Man wird deshalb in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zweifellos einige unbequeme Hürden überwinden können auf dem Weg, die Wirtschaft zu stabilisieren, was man aber letztlich nicht vermag, ist, die ökonomische Krise im Weltmaßstab zu verhindern. Die daraus sich ergebenden Kämpfe werden die Klassegegensätze, die man heute überwunden glaubt, in ihrer ganzen Schroffheit wieder aufreißen und die deutsche Arbeiterbewegung wird auf schwachen Füßen stehen, wenn es ihr nicht gelingt, ihrem Kampfe einen sozialistischen Inhalt zu geben. Die Lohnbewegung hat einiges gelehrt, sie hat die Schwächen beider Lager offenbart. Sie hat gezeigt, daß die Unternehmer stark genug sind, der gewerkschaftlichen Taktik zu begegnen. In allen Tarifgebieten begegnen wir faktisch den gleichen Zugeständnissen.

Den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, diese geschlossene Front der Unternehmer zu durchbrechen. Es liegt an uns allen, daraus zu lernen und nicht davon abzulassen im Sinne einer besseren, einer sozialistischen Gesellschaft weiterzuwirken, denn darin liegt der alleinige Ausweg für die arbeitende Klasse und nicht in der Suche nach einer angeblich gerechten Lohnfindung.

Betriebs- und Bundesklima? - Schauer-
tätigkeit!

Das deutsche Fernsehen machte am 28. März und 1. April 1963 das "Betriebsklima" zum Inhalt seiner Sendungen.

"Ein schlechtes Betriebsklima macht krank", behaupten manche Ärzte - ob es stimmt und anderes mehr, soll die Wissenschaft untersuchen. Zu diesem Zweck sollen Zugschriften aus dem Fernseherkreis der Wissenschaft zur Auswertung zugeführt werden. Es war allerhand, was vor den Augen und Ohren der braven Bundesbürger über die Mattscheibe flimmerte. Zum Beispiel hatte ein Betrieb die Angewohnheit, Leute zu entlassen, die nach einem Arbeitsunfall nicht mehr voll einsatzfähig waren - sie waren "für den Betrieb nicht geeignet". Diese Fälle wurden in Arbeitersiedlungen besprochen, es gab "Beunruhigungen", kurz - das Betriebsklima wurde schlecht, wen wundert's? Ein Unternehmer stellte darauf fest: "Ein Betrieb ist schließlich kein Mädchenpensionat!" Das "Krankfeiern" nahm besonders viel Platz in dieser Sendung ein. Nach Meinung der "besseren Leute", die gerade jetzt darüber brüten, wie sie das ausgeklügelte System der Krankenversicherung noch raffinierter gestalten können, gibt es bald nur noch Faulkranke. "Die Zahl der Bummelkranken nimmt bedrohlich zu", sagte ein Unternehmer und ein anderer meinte: "Am schlimmsten sind die Bummelkranken, die uns in die Arme des Staatssozialismus treiben". Weil dieses kaum zu ertragen wäre, bemüht sich eine Bundesbehörde (die Namenslose) nach besten Kräften, es nicht soweit kommen zu lassen. Sie befördert nur diejenigen, die im Jahr nicht krank waren. Auf die Frage, was denn mit den "wirklich Kranken" geschehe, antwortete der Vertreter dieser Behörde: "Dann haben sie eben Pech gehabt." Aus dem gleichen Grunde veranstaltet eine Firma jedes Jahr ein Fest für alle, die gesund blieben. Krankgewesene wurden von dieser Veranstaltung ausgeschlossen, was vom Betriebsrat ausdrücklich begrüßt wurde. Natürlich wurde hier das Betriebsklima ramponiert - genauso wie in den Fällen, wo die Unternehmer sich zweite und dritte Häuser leisten und auch dort, wo etwa die Arbeiter versuchen, ihre "hohen Ansprüche", die ihnen durch die Reklame "eingehämmert" werden, dadurch zu realisieren, daß sie Überstunden machen oder ihre Frauen mitarbeiten lassen.

Als abschreckendes Beispiel und als verstohlener Hinweis an die Unternehmer, es doch nicht zu weit zu treiben, wurde folgendes Beispiel angeführt. Eine "Dame" (die Frau eines Unternehmers) reiste durch halb Europa, um für eine "Party" den passenden Hut zu erstehen - unter ihrem umfangreichen Reisegepäck befand sich das "Betriebsklima" ihres Betriebes. In diesen beiden Sendungen war wenig zu sehen und zu hören vom "guten" Betriebsklima. War es aber wirklich einmal gut, so war es auf ein gutes billiges Kantinenessen oder auf andere "soziale Einrichtungen" zurückzuführen, die aber ausgerechnet von einem Unternehmer abgeschwächt wurden. Mit folgenden Worten traf er den Nagel auf den Kopf: "Es nützt nichts, wenn die Arbeiter das Gefühl haben, daß das alles nur geschieht, um eine höhere Produktion zu erzielen. Es ist, als richte ein Bauer seiner Kuh einen guten Stall mit gutem Futter ein, damit sie mehr Milch gibt". Das wirft doch glatt die Leber-Wursttheorie über den Haufen, nach der die Arbeiter die Melker und die Unternehmer die Kühe sind, die nicht geschlachtet werden dürfen.

Als eine weitere Ursache für das Absinken des Betriebsklimas stellten die Fernsehreporter die Volksaktien heraus. Übereinstimmend meinten alle Beteiligten, daß die Arbeiter selbst schuld seien, denn sie sind zu dumm. Das war, so scheint es, auch die Ansicht des Vertreters der IG Metall in Wolfsburg, denn es war ihm und seinen Leuten nicht gelungen - "trotz Aufklärung über Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" - die Arbeiter von ihrem "Lottodenken" abzubringen. (Unverständlich, nachdem die Gewerkschaften sich doch vorher soviel Mühe gegeben hatten, nachzuweisen, daß Volksaktie gleich Volksbetrug ist).

Führten bisher die Unternehmer und ihre Lakaien das große Wort, so hatten wir jetzt endlich einmal die Meinung eines Gewerkschaftlers - und was für eine.

Sogleich war die Sendung aber auch bei dem Thema, daß bei allen publizistischen Organen der Bundesrepublik als Lieblingskind gehätschelt und gepöppelt wird - bei den Kommunisten. "Stören die Gewerkschaften das Betriebsklima?" rief man fragend in den Wald und es scholl heraus: "Nein, keineswegs, die Gewerkschaften sind keine Unruhestifter, aber es können sich Kommunisten in die Vertrauenskörper schleichen." (Man fragte Kollegen, warum sie Kommunisten wählten, und sie sagten, weil sie "rangingen" und vielleicht "mehr herausholen" könnten). Auf leisen Sohlen machen sich "diese Brüder an Putzfrauen und Sekretärinnen heran". Sie erwarten "Informationen über Vorgesetzte und eventuell - persönliche Abenteuer - ogottogott, diese Schäker! Welch ein Glück, daß wir auch noch "gute" Vertrauensleute haben, "denn wo die sind, gibt es keine Kommunisten", meinte ein wackerer Gewerkschaftsstreiter wider den Kommunismus und der Kollege Thönnesen von der IG Metall sagte: "Wir behalten diese Leute (die Kommunisten) ständig im Auge". Na, dann können wir ja beruhigt sein, zumal auch ein Mann vom Verfassungsschutz auf die Frage "kann eine Handvoll Kommunisten einen Betrieb lahmlegen" antwortet: "Die Kommunisten können nichts unternehmen, ohne daß der Verfassungsschutz davon erfährt." Tüchtig, tüchtig, der Verfassungsschutz, aber werden wir alle bespitzelt oder holen sich die Beamten ihre Informationen etwa auch bei den Putzfrauen und Sekretärinnen? Vielleicht steht aber auch die Wissenschaft, die Zuschriften zu diesen Sendungen bearbeiten soll, im Dienste der Verfassung? Wer kann das wissen, jedenfalls gibt es für fast alle bürgerlichen Soziologen wissenschaftlich nicht viel zu untersuchen. Sie sind sich in der Beurteilung unserer Gesellschaftsstruktur schon längst einig.

Ganz kurz wollen wir darlegen, wie sich die Soziologen auf den Partei - oder Gewerkschaftsschulungen ausdrücken. Zum Beweis ihrer Objektivität gestehen sie Karl Marx zu, daß seine Arbeiten die Grundlage jeder Soziologie bildet - aber er "hat sich in den meisten Fällen geirrt". Die "meisten Fälle" beschränken sich aber bei näherer Untersuchung hauptsächlich auf die angeblich ausgebliebene Verelendung breiter Massen, die Marx bei einer bestimmten Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktionsweise als unvermeidlich ansah.

Für die Soziologen waren Inflation, Krisen und Kriege eben Naturereignisse, so fällt es ihnen leicht, als Beweis für die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft einerseits die Autos, Fernsehapparate, also den gestiegenen Lebensstandard in der "freien Wirtschaft" und andererseits mit einem Blick in die DDR den Mangel in der Planwirtschaft, wo man Schlange hinter Fleisch und Kartoffeln zu stehen hat, anzuführen. Dabei legen sie eine bemerkenswerte Engstirnigkeit an den Tag, die sie daran hindert, einen Blick über die Grenzen zu werfen, wo andere Menschen die Segnungen der "freien Wirtschaft" zu spüren bekommen. Es soll in manchen Gebieten nämlich noch Leute geben, die sich höchstens am Sonntag die Innereien ihres Viehzeugs leisten und die weder lesen noch schreiben können. Der Kapitalismus wird für die Jünger der Sozialwissenschaft zur "pluralistischen Gesellschaft", in der "die verschiedensten Schichten unseres Volkes" ihre Gegensätze "demokratisch" ausbügeln. Was also kann das Thema "Betriebsklima" der Wissenschaft bieten außer den Test auf Reaktionen der Bevölkerung auf dieses Thema zu alles, was damit zusammenhängt.

Der Vollständigkeit halber müssen wir noch einen Blick auf unser bundesrepublikanisches "Betriebsklima" werfen. Ob man mit den Leistungen der "freien Wirtschaft" prahlt und uns den amerikanischen Speck vor die Nase hält und uns gleichzeitig bedeutet, daß es für uns gilt, den Riemen enger zu schnallen, die "Grenzen des Wohlstandes" seien erreicht. Ob die Abgeordneten für die Rüstung Milliarden bewilligen, für die Not der Alten aber eine Fernsehlotterie veranstaltet wird, ob man Aktionen, wie z.B. "Brot für die Welt" startet, in Amerika aber den Farmern Prämien zahlt, damit sie weniger Getreide anbauen, neuerdings sich in Europa Gedanken macht, Butter in Industriefett zu verwandeln, weil der "Markt" in absehbarer Zeit gesättigt sein wird, nicht aber der Magen vieler Millionen - wohin wir uns auch wenden, überall gibt es diese Paradoxen, so daß wir nur mit Heinrich Heine sagen können:

"Das ist ja die verkehrte Welt,
wir gehen auf den Köpfen!
Die Jäger werden dutzendweis
erschossen von den Schnepfen."

Mittenhinein in dieses wunderliche Klima platzten Streik und Aussperrung, zwei Begriffe, die schon lange im Geplätscher der Partnerschaftssäuseleien untergegangen schienen. Was war geschehen in Baden-Württemberg?

"Maßvoll und vernünftig" (wie Otto Brenner sich ausdrückte), forderte die IG Metall 8 % Lohnsteigerung, deren "Erechterung" die IG Metall mit 3,5 % Preisanstieg und 4,5 Produktionszuwachs im letzten Jahre nachzuweisen suchte. Aber der IG Metall-Boß wurde noch viel "vernünftiger". Kaum stellte nämlich 87,3 % der Metallarbeiter in einer Urabstimmung die Weichen auf Streik, "gab er zu erkennen", daß die IG Metall auch über 6 % zu verhandeln bereit wäre. Aber die Unternehmer waren "unvernünftig" genug, nur 3,5 % zu bieten, die die Gewerkschaft ablehnen mußten. Außerdem sperrten die Unternehmer jetzt, bar jeden Familiensinns, rund 300.000 Metallarbeiter aus. Die Enttäuschung der Tauscher war groß. Die Familienpolitiker, die so große Stücke von der Demokratie hielten, mußten erleben, daß es einer Handvoll Parasiten, mit denen sie in einem Bott sitzen gestattet ist, 300.000 Arbeiter mit ihren Familien hungern zu lassen. Es half nichts, daß man die Unternehmer daran erinnerte, wer ihnen seit 1945 die zerstörten Fabriken wieder aufbaute, es war nutzlos, den Unternehmern den "Klassenkampf von oben" vorzuwerfen. Den Ausgesperrten und Streikenden mit ihren schmaler werdenden Geldbeuteln war es schließlich egal, ob man ihren Kampf Klassenkampf oder "Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung" nannte

Das Gejammer und Gezeter der Marxüberwinder unterstrich nur die Elödiaden jener Leute, die mit Volksparteiparolen ihre Loyalität und ihre Regierungsfähigkeit gegenüber den Geldsäcken beweisen müssen, die deshalb seit Jahr und Tag mit ihrem Familienkollaps hausieren gehen. So ist es kein Wunder, daß der diesjährige 1. Mai unter dem Hauptmotto stand "Das Erreichte behalten - mehr soziale Sicherheit", das magere Bonner Ergebnisse, zustande gekommen unter den Fittichen des gewichtigen Wirtschaftsministers Erhard, der sogar sein "zukünftiges Kanzlergewicht" in die Waagschale dieses Kuhhandels geworfen hatte, stand genau unter dieser Parole, 5 % mehr Geld ab 1. April 1963 und 2 % mehr ab 1. April 1964, gerechnet auf den Ecklohn, bei einer Laufzeit von 18 Monaten. Zu allem Überfluß betont die IG Metall-Zeitung vom 14. Mai 1963 noch: "Die nächste Stufe der Arbeitszeitverkürzung tritt mit vollem Lohnausgleich - wie im Abkommen von Bad Homburg festgelegt - am 1. Januar 1964 in Kraft," und weiter heißt es: "Gesamtmetall hat das Ziel nicht erreicht, uns eine Lohnpause und einen zeitweiligen Lohnstopp aufzuzwingen oder uns die Arbeitszeitverkürzung abzukaufen", wie gesagt - das Erreichte behalten. Daß ein so hoher Prozentsatz von 73 % der Streikenden diesen Kompromiß gebilligt hat, ist ein Zeichen für das Verlangen der Arbeiter, kein Risiko einzugehen. Sie haben damit eine Auseinandersetzung vorläufig beendet, nachdem sie kaum begonnen hat, und sie sind der Gewerkschaftsparole gefolgt. Der Kampf jedoch ist aufgeschoben - nicht aufgehoben. Diese Tage haben gezeigt, daß die Unternehmer nicht zu überreden sind, ihre Machtpositionen aufzugeben. Im Gegenteil - die ungeheuer wiedererstarbte Macht der Unternehmer wurde demonstriert und der Wille, sie in ihrem Interesse zu gebrauchen. Die Lehre für die Werktätigen sollte sein, in Zukunft Phrasen und Realitäten zu unterscheiden, sich der eigenen Kraft und Macht bewußt zu werden, ohne die die Kapitalisten einfach nicht aufhören, Kapitalisten zu sein.

Der 1. Mai 1963 in Hamburg

Die Hamburger Maikundgebung war - verglichen mit den Kundgebungen der letzten Jahre - äußerlich ruhig. Bei nassem Regenwetter versammelten sich nur etwa 20.000 Menschen auf der Stadtparkwiese. Der seit 1960 rapid eingesetzte Schwund der Marschsäulen ließ in diesem Jahr die Zahl der Kolonnen auf drei schrumpfen (1960 - 8, 1961 - 5, 1962 - 4). Im Mittelpunkt der Demonstration standen der Streik der IG Metall in Baden-Württemberg und die Aussperrung der Unternehmer.

Den stärksten Zug bildeten die Anhänger der verschiedenen oppositionellen Kräfte: Sozialisten, Pazifisten, links orientierte Ostermarschteilnehmer, Falken, Studenten und andere. Sie marschierten im strömenden Regen zur Stadtparkwiese, sangen Lieder mit Texten von Bert Brecht und riefen im Sprechchor: "Mit Alois und Otto - Streik ist unser Motto." Ihre Transparente mahnten: "Heute Maßhalten - Morgen Maulhalten, Jeder Tag Rüstung teurer als ein Tag Streik", und forderten: "Gegen Notstandsgesetze - für Demokratie kämpfen".

Im Sinne der Aussöhnung zwischen Kirche und Gewerkschaft begann die Kundgebung mit einem mühsam vorgetragenen Kirchenlied, das über einem dichten Wald von Regenschirmen verebbte und die Herzen nicht erwärmte.

Stimmung entstand erst, als Alois Wöhrle, der 2. Vorsitzende der IG Metall, mit seiner Ansprache begann und nach kurzer Begrüßung das Thema Nummer eins des 1. Mai 1963, den Streik und die Aussperrung in Baden-Württemberg, ansprach.

Der Arbeitskampf in der Metallindustrie zeige - erklärte Wöhrle - wie falsch alle schönen Worte sind, die den Arbeitern klarmachen wollen, die Zielsetzung des 1. Mai hätte sich überlebt. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Paulssen, vertrete in einem Zeitpunkt die Ansicht, daß "alle klassenkämpferischen Aspekte der Vergangenheit angehören müssen", da die Arbeitgeber den Metallarbeitern einen Lohnstop diktieren wollen und mehrere hunderttausend Arbeiter durch die Aussperrung rücksichtslos auf die Straße geworfen haben.

Wöhrle erinnerte daran, daß einer der maßgebendsten Initiatoren der letzten großen Aussperrung in der Stahlindustrie Ende 1928 Friedrich Flick war, "heutiger Großaktionär" von Mercedes Benz und ehemaliger Wehrwirtschaftsführer von Adolf Hitlers Gnaden". Auch jetzt wieder habe er sich als treibende Kraft für die Aussperrung eingesetzt.

Die Kampfmaßnahme der Unternehmer lasse ahnen, was sie tun würden, wenn sie schon das "Notstandsgesetz" hätten, dann würden sie die Arbeiter nicht mehr aussperren, sondern Streiks verbieten lassen.

Auf das Geschwätz von der "Lohn-Preis-Spirale" eingehend meinte er: Die Arbeiter gefährden nicht durch Lohn- oder Gehaltsforderungen die Wirtschaft. Aber er erklärte nicht, daß die wachsenden Staatsausgaben - besonders für die Rüstung - die Ursache der schleichenden Inflation sind.

Die Tatsache, daß der Kapitalismus im Rahmen seiner gewaltigen Profitmöglichkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg den Arbeitern einen früher noch nie erreichten Lebensstandard bieten konnte und mußte, erwähnte Wöhrle mit dem Satz: "Wahr ist allerdings, daß die Arbeitsmarktlage endlich auch einmal für die arbeitenden Menschen günstig ist" und rückblickend auf die Vergangenheit meinte er: "Viele Jahrzehnte lang haben sich die Arbeitgeber die billigsten Arbeitskräfte aussuchen können.

Nach einigen obligatorisch aufgesagten antikommunistischen Phrasen klagte Wöhrle über den Machtmißbrauch der Monopole, die das "Wohl des ganzen Volkes" gefährden

Er unterstrich das Grundsatzprogramm des DGB von 1949, sprach von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umgestaltung - aber im Sinne des DGB-Motto für den 1. Mai 1963: "Das Erreichte erhalten - mehr soziale Sicherheit" und "Die Grundrechte sichern - in Freiheit gestalten."

Die Rede des 2. Vorsitzenden der IG Metall reflektierte die Stimmung der Arbeiter, die durch den Streik und die Aussperrung in Baden-Württemberg plötzlich unsanft aus dem Traum der "Sozialpartnerschaft" aufgeschreckt worden sind. Die in den Illusionen des "Arbeiterbürgers" befangenen Werk tätigen und ihre Gewerkschaftsführer standen der einfachen Tatsache verständnislos gegenüber, daß ein Streik dieser Größenordnung ein politischer und wirtschaftlicher Machtkampf ist - verschärft durch die Tendenz zur Stagnation und Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus zur allgemeinen Krise.

Klagerufe darüber, daß die Unternehmer die Metallarbeiter ausgesperrt haben, um ihren wirtschaftlichen und politischen Standpunkt zu vertreten, daß die Monopole ihre Macht mißbrauchen und das "Wohl des ganzen Volkes gefährden", sind Reflexe der bürgerlichen Ideologie, die auf dem Nährboden des "Wirtschaftswunders" gewachsen ist und sich in die Köpfe der Arbeiter hineingefressen hat. Aber weil einige Blumen im Garten des "Wirtschaftswunders" schon vertrocknen, sind die Monopole bestrebt, das Grundgesetz, die Verfassung, die bürgerlich-demokratischen Rechte - den Überbau des Kapitalismus so umzuwälzen, daß er den Aufgaben für die Aufrechterhaltung der verfallenden kapitalistischen Gesellschaft entspricht. Und das "Wohl des ganzen Volkes" ist in der Klassengesellschaft eine Einbildung, weil die herrschende Klasse ihre Interessen gegen die Werk tätigen durchsetzen will.

Wührles radikaler Ruf an die Unternehmer: "Wir warnen sie alle! Wer Wind sät, wird Sturm ernten", wurde von seinen Zuhörern mit Beifall aufgenommen. Aber augenblickliche Gefühlsexplosionen verpuffen schnell - besonders dann, wenn die Mehrheit der gesamten Arbeiterklasse nicht kämpfen will. Es ist zweifelhaft, ob die westdeutschen Werk tätigen bereit gewesen wären, einen längeren Streik der Metallarbeiter zu unterstützen, wenn die IG Metall und die Unternehmer ihre Verhandlungen nicht mit einem Kompromiß abgeschlossen hätten.

Der 1. Mai in Bremen

Der 1. Mai begann in Bremen auch diesmal mit einem Gottesdienst in der Liebfrauenkirche, der unter dem Thema stand: "Der Mensch lebt nicht vom Brot allein". Die Kirche, die sich nie für die Forderungen der Arbeiterklasse eingesetzt hat, hat es verstanden, das Wohlwollen der Bremer Gewerkschaftsbürokraten für ihre Einleitung dieses Festtages zu gewinnen. Als Dank dafür wurde am Gottesdienst die gewerkschaftliche Arbeit in den Schmutz gezogen.

Auf diese Weise des göttlichen Segens nicht zuteil geworden, standen Mai-Umzug und -Kundgebung des DGB im Zeichen unfreundlichen Wetters. Windige Stoßseufzer des göttlichen Herrn begleiteten den Umzug, seine Tränen ergossen sich als Nieselregen während der Kundgebung auf den Domshof.

Schon eine halbe Stunde und mehr vor Beginn des Umzuges versammelten sich morgendliche Fußgänger an den Straßen, durch die der Zug seinen Weg nahm. An Kinder verteilten Gewerkschafter kleine Papierfahnen, die nur die bundesdeutsche Farbkombination aufwiesen und mit der diesjährigen Parole "Soziale Sicherheit in Freiheit" bedruckt waren.

Das Gewerkschaftshaus war nur im dritten Stock, den die IG Metall bevölkert, mit Fahnen, Wimpeln und Kampfsprüchen, die noch tagelang an den Fenstern zu lesen waren, geschmückt. Der Zug des DGB war länger und stärker als im vorigen Jahr. An der Spitze des Zuges marschierte neben der DGB-Führung unter Richard Boljahn die Senatorin und Werderenthusiastin Annemarie Mevissen und andere Sozialdemokraten. Dann folgte die DGB-Jugend, die ihr politisches Bewußtsein durch das Mitschleppen von nur schwarz-rot-goldenen Fahnen demonstrierte.

Der Zug der IG Metall, er zeigte ebenso viele rote wie bundesdeutsche Fahnen, bildete die stärkste Marschsäule des ganzen Zuges. Neben den beiden Hauptparolen

"IG Metall: Geschlossen, einig, stark" und
"Solidarität mit den Streikenden!"

waren Spruchbänder zu sehen mit der Forderung nach Abrüstung und Atomwaffenversuchsstop, mit Ablehnungen der Notstandsgesetzgebung und der neuen Krankenkassenreform und mit Angriffen auf das Röhrenembargo und die hohen Investitionen. Aber auch Transparente, die die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, eine Schulreform und die Verwirklichung des Bremer Universitätsprojektes forderten, waren zu sehen.

Die AG Weser, der Betrieb, der als nächster Bremer Großbetrieb die segensreichen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise zu spüren bekommen wird, stellte die stärkste Betriebsgruppe des ganzen Zuges. Es ist ein offenes Geheimnis, daß für etwa tausend Kollegen in diesem Betrieb die Vorbereitungsarbeiten zur Entlassung seit Anfang des Jahres abgeschlossen sind, hektografierte Kündigungsschreiben warten im Tresor darauf, zugestellt zu werden.

Alte Klamotten aus der Mottenkiste des Feudalismus und des Zunftwesens präsentierte die IG Bau-Steine-Erden. Zimmer- und Mauerleute trugen vier alte, reich verzierte Zunftfahnen dahin, keine anderen Fahnen. So wurde der Fortschrittsgedanke dieser Gewerkschaft demonstriert, der seinen theoretischen und materiellen Ausdruck in dem neuen Lohnabkommen für das Baugewerbe gefunden hat. Die Stärke des Zuges dieser Gewerkschaft und die vielen roten Nelken, die zu sehen waren, zeigten jedoch deutlich, daß es auch fortschrittliche Gesinnungen in der IG Bau gibt.

Größere Gruppen stellten außer der IG Metall und der IG Bau noch die ÖTV, die Eisenbahner und die Schifffahrts- und Hafentarbeiter. Die letzten beiden Gruppen hatten auch den stärksten Anteil von Kollegen, deren Mantel- oder Jackenkragen eine rote Nelke zierte.

Außer den im DGB organisierten Gewerkschaften hatten sich noch die sozialistische Jugend "Die Falken" und die Atomwaffengegner dem Mai-Umzug eingegliedert, Wohl nicht nur rein zufällig marschierten die Falken vor und die Atomwaffengegner am Schluß der Marschsäule der IG Metall, so daß diese Gewerkschaft von beiden Verbänden eingeschlossen wurde.

Zur Kundgebung hatten sich vor und seitlich vom hohen Standbild mit der Parole "Soziale Sicherheit in Freiheit" die Fahnenträger postiert. Schwarz-rot-goldene und rote Fahnen beherrschten das Bild. Dazwischen waren einige Bremer Landesfahnen und die weißen und schwarzen Fahnen der Atomwaffengegner zu sehen. Nur eine einzige blaue Fahne demonstrierte die nicht vorhandene Hoffnung der Arbeiterschaft auf die UNO als Weltordnungsfaktor.

Die Kundgebung wurde von Richard Boljahn eröffnet. In seiner bekannten leidenschaftlichen Art gedachte er der Streikenden und Ausgesperrten in Südwestdeutschland und forderte den Kampf bis zum Sieg!? Nur die Einigkeit der Gewerkschaften garantiere den Erfolg. Das sind Worte, die aufmuntern, die begeistern, die Klassencharakter haben. Doch wann wird Richard Boljahn bereit sein, seinen Worten

die Tat folgen zu lassen, wann wird die Arbeiterklasse bereit sein, die Gewerkschaftsbürokratie zum Handeln zu zwingen.

Dann sprach, als besondere Attraktion des DGB, Bürgermeister Wilhelm Kaisen, Sozialdemokrat vom Scheitel bis zur Schale, dem es nichts ausmacht, mal, wie im Herbst 1960 bei der Rekrutenvereidigung der 11. Division, junge Menschen mit chauvinistischen Reden zu verblöden suchen, mal seine Solidarität mit den Arbeitern zu bekunden. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß er in seiner Rede besonders "unsere Solidarität mit den Arbeitern in der Zone" betonte, den Metallarbeitern in Baden-Württemberg aber bescheinigte, ihr Streik würde in der arbeitenden Bevölkerung keine Genugtuung hervorrufen.

Auf den internationalen Sozialisten-Kongreß von Paris im Jahre 1889 eingehend, stellte Kaisen fest, daß mit dem 1. Mai die alten Ideale von Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit und Frieden verbunden seien. In der langen Zeit von damals bis heute wären viele soziale Forderungen der Arbeiterschaft in Erfüllung gegangen. Sogar die Forderung nach Vollbeschäftigung sei erfüllt worden.

Lieber Wilhelm Kaisen, für wie lange garantierst Du uns noch die Vollbeschäftigung? - Ist die bundesdeutsche parlamentarische Demokratie, in der die Spielfeld-Aktion, das Röhrenembargo und das Kanzler-Debakel möglich sind, die Erfüllung unserer Forderung nach Demokratie? - Sind das VVN-Verbot, die Einschreitungen gegen den Ostermarsch der Atomwaffengegner und das geplante Notstandsgesetz die Erfüllung unserer Forderung nach Freiheit? - Ist die Sozialgesetzgebung mit der neuen Krankenkassenreform und die Aussperrung in Baden-Württemberg die Erfüllung unserer Forderung nach sozialer Sicherheit? - Ist die Militarisierung Westdeutschlands mit dem Schrei nach Atombewaffnung und die im vorigen Jahr erfolgte verstärkte Bewaffnung der Bremer Polizei die Erfüllung unserer Forderung nach Frieden?

Dann folgte allgemeines opportunistisches Geplätscher von Kaufkrafterhaltung, Preisstabilisierung, zu bremsenden Staatsausgaben....., um so das Thema auf die kommende Bürgerschaftswahl zu lenken. Im parteipolitischen Fahrwasser segelte Wilhelm Kaisen allmählich auf das Ende seiner Rede zu; aus der gewerkschaftlichen Kundgebung war eine sozialdemokratische Wahlversammlung geworden.

Auch ein Herr Kaisen vermag, und sei es auf einer Gewerkschaftskundgebung, nicht anders zu denken und zu reden, als es ihm die sozialdemokratische Bürokratie und seine eigene gesellschaftliche Stellung vorschreiben. Das sollten auf dieser Veranstaltung auch viele junge SPD-Anwärter bemerkt haben.

Der Tagesausklang des 1. Mai war der SPD vorbehalten. Ein buntes Varieté-Programm mit Tanz lockte die "Kämpfer" in die Glocke. Zur Begrüßung war Reinhard Uhde, Mitglied der SPD, Bürgerschaftskandidatenanwärter, Vorsitzender der gleichgeschalteten Jungsozialisten, organisierter Kriegsdienstgegner und Schreiber des "Zu Tode gesiegt"-Artikels gegen die Falken in der "Bremer Bürgerzeitung", angetreten. Er bescheinigte seiner Partei, daß sie, obwohl hundertjährig, ewig jung geblieben sei, weil sie für die Zukunft arbeite. Daß die nächste Bundestagswahl einen Bundeskanzler Willy Brandt beschere, wie er erhoffte, scheint die Arbeit zu sein, die Uhde als für die Zukunft deutet.

Der DGB-Bürokratie gebührt unser Dank, daß sie uns diesen Haufen entideologischer Umdenker präsentierte, die nach außen Demokratie heucheln, während diese innerparteilich schon längst zu Grabe getragen wurde, die nur darauf warten, daß auch die Arbeiter die noch vorhandene innergewerkschaftliche Demokratie sich verstümmeln lassen, damit die Gewerkschaft endlich ein gleichberechtigtes, gleichgeschaltetes Glied der bundesrepublikanischen Demokratie werden kann, das auch das Wohlwollen der bürgerlichen Klasse genießt. Es ist gut, daß der baden-württembergische Streik für jeden Arbeiter den Klassencharakter der Bundesrepublik

veranschaulichte, so daß sich viele Phraseologien der Sozialdemokraten als haltlos erwiesen. Aber sie werden nicht aufhören mit dem Versuch, die Entwicklung aufzuhalten. Nur die Entschlossenheit einer klassenbewußten Arbeiterschaft wird diesen gordischen Knoten lösen können.

Denunziation

Es war am 1. Mai. Die Umzugsteilnehmer und andere Gäste hatten sich auf dem Domshof versammelt. Vor dem Standbild "Soziale Sicherheit in Freiheit" flatterten die roten, schwarz-rot-goldenen und sonstigen Fahnen und Wimpel im Wind. Auf der erhöhten Einfassung des Platzes forderten und bekundeten Transparente unsere Solidarität mit den Streikenden, Geschlossenheit, Einigkeit und Stärke, Abrüstung, Frieden und Freiheit.....

Da standen auch zwei Kollegen, deren Spruchband forderte:

"EWG und NATO richten uns zu Grunde,
Friedensvertrag ist das Gebot der Stunde!"

Einem jugendlichen Gewerkschafter in die Augen stechend, seiner "freiheitlichen" Gesinnung wohl sehr widersprechend, wurde dieses Spruchband von ihm zerrissen. Nicht genug damit; der Kollege mit dem zerrissenen Spruchband in Händen wurde durch den Zwischenfall aufmerksam gewordene Polizei übergeben.

Dann stellte sich der feine Herr Gewerkschafter auf die Ummauerung mit der Pose eines HJ-Funktionärs; Breecheshosen, blaues Hemd mit Gewerkschaftsabzeichen, beide Arme in die Hüften gestemmt, auf die umherstehenden Kollegen geringschätzig herabblickend; ein lebendes Arbeiterdenkmal, das soben die "Freiheit für unsere soziale Sicherheit" verteidigt hatte.

Kollege! Verteidige die Freiheit, aber tritt sie nicht mit Füßen! Laß den Kollegen das Recht der freien Meinungsäußerung, der Staat und seine Organe beschneiden es schon genug!

Kollege! Denunziere keine Kollegen wegen ihrer politischen Ansichten bei der Polizei! Das ist ein gefährliches Gift, das die Solidarität der Arbeiterschaft erschüttert. - Heute gehst Du zur Polizei; morgen vielleicht schon zur GESTAPO.

Kollege! Denke daran, so fing es schon einmal an!

Kampftag der Arbeit in Bremen

Der Reigen vor, am und um den 1. Mai erwies sich in Bremen als großangelegter Versuch der SPD, den Prozeß der Gleichschaltung des DGB einen Schritt weiterzuführen. Fast alle Veranstaltungen waren von sozialdemokratischen Spitzenfunktionären und ihren den bürgerlichen "Demokraten" nachphraseologierten Beschönigungen, Verleumdungen und Ermahnungen verseucht.

Die alten roten Fahnen der SPD sind schon lange eingezogen worden, dafür die schwarz-rot-goldenen Fahnen gehißt, auf die man in naher Zukunft den Bundesadler

zu kleben hofft. Die Taktik der Vergangenheit ist zur Strategie der Gegenwart geworden; das sozialdemokratische Ziel erschöpft sich in der Ausfechtung tages- und parteipolitischer Meinungsverschiedenheiten. Der Opportunismus der westdeutschen Arbeiterklasse wird mit eigenen und klerikalischen Kräften unterstützt und gefördert.

Vor- und Vorabend des 1. Mai

Den Auftakt zu den 1. Mai-Feierlichkeiten bildete in Bremen das "Mahl der Arbeit", das am 29. April im oberen Rathaussaal veranstaltet wurde. Außer den 200 Gästen, die die Arbeiter darstellten, hatte sich neben Richard Boljahn, Kreisvorsitzender des DGB Bremen, die hiesige sozialdemokratische Führungsschicht breit gemacht und unterstrich, wie die "Bremer Nachrichten" zu berichten wußten "durch ihre Teilnahme den Rang, den das 'Mahl der Arbeit' in verhältnismäßig kurzer Zeit eingenommen hat".

Die Eröffnungsrede Richard Boljahns, mit Elan vorgetragen, die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter in Württemberg-Baden zu ihrem Machtkampf begrüßend, wurde von den nachfolgenden Ansprachen förmlich aus dem Raum geblasen. In staatsbejahenden Phrasenlogien und heuchlerischen Bekenntnissen zur parlamentarischen Demokratie versuchten Bürgermeister Wilhelm Keisen, Bildungssenator Willy Damp und Bürgerschaftspräsident August Hagedorn das Augenmerk der Arbeiter auf alles andere zu lenken als auf den Klassencharakter der bundesdeutschen Gesellschaft. Da nach sozialdemokratischer Terminologie die klassenlose Gesellschaft nicht möglich ist, wurde die Bundesrepublik als Sinnbild fast höchster Klassenharmonie verherrlicht. Der Metallarbeiterstreik, der diese Seifenblase zum Platzen brachte, wurde deshalb geflissentlich totgeschwiegen. Für die Dauer der Veranstaltung mag das vielleicht gelungen sein, aber ein Blick in die Tageszeitung, und sei es ein Boulevard-Blatt, ließ die Lüge von der Klassenharmonie wie ein Kartenhaus zusammenstürzen. Doch durch die Erkenntnis, daß die Klassenharmonie ein Wunschtraum gewisser Leute ist, hat der Arbeiter noch kein Klassenbewußtsein erlangt, dafür hat er sich zu sehr an das Opium des Opportunismus gewöhnt.

Der Vorabend zum 1. Mai stand im Zeichen der Feierstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Bremer Glocke, die auch über Rundfunk übertragen wurde. Der Bundesvorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, forderte in seinem Referat den Kampf des DGB gegen Intoleranz, Gesinnungsknechtung und Unfreiheit, gegen Friedensstörer, gegen Ewig-Gestrige und gegen Faschismus von rechts und von links.

Aus der Rede Rosenbergs war zwar die Ablehnung der Notstandsgesetzgebung herauszuhören:

"Die Freiheit aufheben, um sie zu sichern, ist ein schlechtes, ein böses Rezept; in Freiheit gestalten ist zukunftsfruchtig..... Auch der Streik als letztes Mittel ist ein gutes demokratisches Recht!",

doch es fragt sich, wie weit der Einfluß der SPD innerhalb des DGB's schon reicht um wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Notstandsgesetzgebung zu verhindern. Daß der Einfluß der SPD vorhanden ist, war und ist unverkennbar, denn Kollege Rosenberg führte weiter aus:

"Wir bekennen uns zu diesem Staat, aber wir machen ihn nicht zum Götzen. Wir bekennen uns zur demokratischen Gesellschaftsordnung, aber wir wissen, daß noch viel zu ihrer Verwirklichung fehlt!"

Argumente der SPD? Es scheint so. Doch die Einschränkungen, die Kollege Rosenberg machte, zeigen die Kluft, die noch zwischen Gewerkschafts- und sozialdemokratischer Bürokratie bestehen, bestehen bleiben müssen, soll die Gewerkschaft ein Instrument der Arbeiterklasse bleiben. Diese Einschränkungen sind es, die

zum Ausgangspunkt einer neuen Arbeiterbewegung werden können; denn zur Verwirklichung der "demokratischen Gesellschaftsordnung" ist die Aufhebung der Klassen-
teilung unumgänglich: Nur die sozialistische Gesellschaft kann sich zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung entwickeln. Diese Erkenntnis ist aber weder in den Reihen der westdeutschen Arbeiterklasse groß entwickelt noch in Gewerkschaftskreisen. Es fragt sich nur, ist die DGB-Führung auch bereit, den einzig richtigen Weg zur Verwirklichung der demokratischen Gesellschaftsordnung zu gehen wenn die Arbeiterschaft es fordert?!

Gottesdienst am Tag der Arbeit

Dieses Jahr fand zum 4. Male am 1. Mai ein Gottesdienst statt; der "Gottes Wort bedürftige" Mensch darf dieses auch nicht am Feiertag der Arbeit entbehren. Doch ist die Begründung für diesen Gottesdienst im Grußwort der Regierungsrätin Müller-Wolf gar zu billig. "Obwohl viele materiellen Forderungen schon erfüllt sind und die Erfüllung anderer materieller Forderungen nur eine Frage der Zeit sei, fühlt sich der Mensch heute nicht wohl" Das Letztere ist schon richtig. Dieses Unwohlsein aber als seelische Not hinzustellen, wo nur Gotteswort helfen könnte, ist ein frommer Wunsch von Frau Regierungsrätin; denn Gottes Trostpflasterchen beseitigen nicht die Opfer, die die Erfüllung der materiellen Bedürfnisse heute verlangt und bis heute gekostet hat. Das Unwohlsein entspringt vielmehr dem Antagonismus der heutigen Gesellschaft, ihrer Spaltung in Klassen, und ist nur durch die Aufhebung dieses Antagonismus zu beseitigen.

Geht die Arbeiterschaft an die Lösung dieses Problems, dann wird sich die Kirche nicht mehr so "kirchlich" neutral verhalten, wie es Pastor Dowidat in seiner Predigt tat. Der das Errungene im Arbeitskampf wohl als Tatsache hinnahm, dafür aber den Segen absprach, d.h. also die Zustimmung der Kirche. Wenn der Pastor auch predigt, daß die Kirche sich von unsozialen Arbeitgebern distanziert, so kann sie über ihren wahren Charakter nicht hinwegtäuschen.

So wird die Kirche nie den Kampf der Arbeiterschaft um ihre Rechte gutheißen, auch nicht dann, wenn sie am Feiertag der Arbeit einen Gottesdienst abhält. Für sie ist es vielmehr Selbstzweck, um dadurch wieder populär zu werden. Selbst die Gewerkschaft läßt sich vor diesen Karren spannen und rief ihre Mitglieder in der Einladung auf, den gewohnten Gottesdienst zu unterstützen. Doch die Arbeiterschaft hat sich daran nicht gewöhnt und so konnte die Kirche am 1. Mai auch nur die Menschen in die Kirche locken, die sonst auch hingehen. Die Arbeiter, die am 1. Mai demonstrieren wollten, kamen nicht.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, Mai 1963

INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESSEUR

Inhaltsverzeichnis

- Tarnversuche der Politik in der Sackgasse
- Zur Bremer Bürgerschaftswahl am 29. September 1963
- Kleines Intermezzo in den Amtsstuben der SPD
- SPD.- Deutschland-Treffen - 100 Jahre SPD

Tarnversuche der Politik in der Sackgasse

Die Imperialisten und Monopolkapitalisten haben sich in ihren führenden Spitzen überzeugt, daß das Zurückdrängen der SU in ihre Vorkriegsgrenzen und die Zersetzung der volksdemokratischen Gebiete ihre Kräfte übersteigt. Dieser Wandel in der Politik der Kapitalisten und die ihr entsprechende geänderte Ideologie führt zu Kritik und zu oppositionellen ideologischen Kämpfen.

Die vor vier Jahren von Chruschtschow prahlerisch angekündigte Aktion zur Räumung Berlins von den Westmächtern und Erkämpfung eines Friedens zwischen den beiden deutschen Staaten zur Liquidierung der Kriegsfolgen, um für Gesamtdeutschland den Weg zum Sozialismus freizumachen, ist ebenfalls gescheitert. Beide Spitzen der entscheidender Weltmächte haben ihre Kräfte überschätzt. Im sozialistischen Block führt dies zum Konflikt zwischen China und Moskau, im kapitalistischen Lager zum Konflikt zwischen dem Frankreich de Gaulles und den Angelsachsen. Beide Konflikte haben ihr ideologisch reflektierten Erscheinungsformen bereits überschritten. Im kapitalistischen Lager durch die Haltung Frankreichs zur NATO und zur EWG-Politik, im sozialistischen Lager durch Chruschtschows Unterstützung Nehru-Indiens mit Waffenlieferungen gegen China und der Entzug der materiellen Hilfe für den sozialistischen Aufbau Chinas und Albanens. Der Kompromiß zum Verbot der Kernwaffenversuche über der Erde, zu Wasser und im Welt- raum, nicht im Innern der Erde, ist die erste gemeinsame Aktion der Spitzen des kapitalistischen mit den Spitzen des sozialistischen Blocks nach dem zweiten Weltkrieg. Sie kämpfen gemeinsam gegen die Opposition im kapitalistischen und sozialistischen Lager. Die "Prawda" beschwerte sich darüber, daß der deutsche Verfassungsschutz nicht die chinesische Propaganda verbiete. Die kapitalistische Presse konkurriert mit der Sowjet-Presse in der Anschuldigung der Chinesen als Kriegstreiber. Insofern ist eine sonderbare Form des gemeinsamen Kampfes anglo-

amerikanischer Imperialisten mit der SU als eine Art Nachgeburt entstanden zu dem gemischten Krieg zwischen SU unter der Führung Stalins und den anglo-amerikanischen Imperialisten unter Führung Roosevelts und Churchills zum gemeinsamen Kampf gegen den deutschen, japanischen und italienischen Imperialismus. Der gemischte Krieg diente dem gemeinsamen Abwehrkampf gegen den faschistischen und den japanischen Überfall. Das Abkommen zur Begrenzung der Kernwaffenversuche dient zur Ablenkung von der in die Sackgasse geratenen Politik im kapitalistischen wie im sozialistischen Lager. Darin besteht die Hauptbedeutung. Es kam zustande, indem die USA auf die Kontrolle in der SU verzichtete und Chruschtschow der Fortsetzung der unterirdischen Kernversuche zustimmte, die die SU jahrelang abgelehnt hat.

Wie deutet Kennedy das Moskauer Abkommen?

Einmal als Fortschritt auf dem Wege zum Weltfrieden; es würde das Atom-Wettrüsten bremsen, wenn es es auch nicht völlig verhindert. Das ist Sand in die Augen der gedankenlosen Menge. Die Atom-Rüstung wird durch das Abkommen nicht gebremst. Amerika, Großbritannien und SU haben den Versuchsstopp im Weltraum, zu Wasser und auf der Erde bereits eingestellt, weil ihr Bedarf an Erfahrungen gedeckt ist. Frankreich führt die Kernwaffenversuche über und unter der Erde fort. Kennedy hat sich bereit erklärt, de Gaulle in den Atomklub aufzunehmen und ihm Erfahrungen der USA mitzuteilen, falls sich Frankreich dem Moskauer Abkommen anschließe. Ferner enthält das Abkommen, daß jeder Teilhaber nach dreimonatiger Kündigung zurücktreten kann. Der Vertrag hält die nukleare Aufrüstung der USA nicht auf, sondern sie wird unterirdisch bereits fortgesetzt. Neue Versuche haben bereits stattgefunden. Der Verteidigungsminister McNamara hat dem Senat Beweismaterial unterbreitet, wonach die unterirdischen Experimente Amerika mehr Erfahrungen gebracht haben als jeder anderen Nation.

Kennedy verweist weiter darauf, daß das Abkommen das Ergebnis unablässiger Bemühungen sei. Das stimmt formal. Die jahrelangen Verhandlungen waren alle ergebnislos, weil beide Parteien nur bestrebt waren und sind, die Machtpositionen des Opponenten abzurufen. Die Unterschriften einiger Dutzend anderer Regierungen machen das Abkommen zu keinem Machtfaktor und nicht einmal zu einem Anfang der Abrüstung. Die meisten waren bisher nicht in der Lage, sich an der Atomrüstung zu beteiligen, und sind es auch in Zukunft nicht, schon der Kosten wegen.

Die Bundesregierung liefert zu dem Spektakel der USA, Großbritanniens und der SU das Satyrspiel; sie erklärte sich zur Unterschrift erst bereit, nachdem die Anglo-Amerikaner zu den hundert Versicherungen, die sie bisher abgaben, noch eine hundertundeine abzugeben bereit waren.

Einige Einblicke in den materiellen und sozialen Untergrund: Wir entnehmen einige Beispiele aus einem Bericht John Morgans im "New Statesman" vom 5. Juli 1963: "Zwar ist auch in den USA die akute Krisengefahr 1963 langsamer Erholung gewichen, aber im reichsten Land der Erde ist Verzweiflung der vertraute Zustand von mehr als 4 Millionen Arbeitern mit ihren Familien, während sie nach Arbeit suchen, die nicht existiert. Jede Woche verlieren vierzigtausend Menschen ihre Unterstützung und müssen 'von überschüssigen Waren', wie Milchpulver, Fräusenbutter und Mehl leben, die sie in den Korridoren der Heilsarmee, in Schlangen wartend, abholen. In einigen Bundesstaaten erhalten sie Marken im Werte von \$ 64, -- im Monat. Entlang der Bergkette der Appalachen von Kentucky bis Pennsylvania haben modernisierte Kohle- und Stahlindustrien alte Gemeinwesen zerstört. Stadtgemeinden liegen untätig in der heißen Sommersonne. In manchen ist einer von fünf Männern ohne Arbeit, ein zweiter nur lächerlich gering beschäftigt. In Hazard, Kentucky, z.B. gibt es vierzig Taxifahrer in einer Stadt von 6.000 Einwohnern. Nicht einer verdient seinen Lebensunterhalt. Aber weiter weg in den Appalachen ist die Automation auch an der Arbeit. Jährlich werden 1 1/2 Millionen Männer und Frauen durch Maschinen ersetzt.

Gleichzeitig kommt eine steigende Zahl von jungen Leuten auf den Arbeitsmarkt. Unter diesen ist die Beschäftigungslosenrate höher als während der Depression. Während die nationale Arbeitslosenrate augenblicklich 5,9 % beträgt, ist die unter den jungen weißen Leuten 16 %, unter den jungen Negern 33 %. Unter den erwachsenen Weißen ist die Rate jetzt unter 5 %, bei den Negern 10 %. Der passive Widerstand gegen die Rassenmißhandlungen ist erste Folge der hohen Negerarbeitslosigkeit.

Aus einer Tabelle des statistischen Amtes: Im März 1963 betrug die Zahl der Arbeitslosen in USA 5.400.000, das sind 5,6 %, in Kanada 8,3 %, in Großbritannien 932.000 = 3,9 %; Italien 1.300.000, in Frankreich 500.000 = 2,5 % und in der Bundesrepublik 400.000 = 1,9 %.

USA klagt über laufende Goldverluste als Folge des Defizits in der Zahlungsbilanz. Der Rundfunk berichtete am 17. 7. 1963, daß in den USA neun neue Steuerzahler hinzugekommen sind, die jährlich über 1 Millionen Dollar Steuern zahlen. Im ganzen zahlen 398 Steuerzahler 1 Million Dollar und mehr Steuern jährlich. Die Zahl der mindestens 1 Million Dollar Einkommen Versteuernden gibt das Steueramt der USA auf über Hunderttausend an. Die Zahl hat sich seit 1957 verdreifacht.

Die Vereinigten Staaten von Amerika als das entwickelteste kapitalistische Land zeigt uns die Zukunft, wenn die Stockung auf Europa übergreift. Die USA sind drauf und dran, uns ihre Arbeitslosigkeit zu exportieren. Der Hühnchen-Zollkrieg ist erst ein kleiner Anfang.

Einige Beispiele aus der Bundesrepublik: 1958 waren 113.023 Arbeitskräfte auf den bundesdeutschen Werften beschäftigt, gegenwärtig noch rund 88.000. 1961 fielen auf Westdeutschland 1 Million oder 11 %, 1962 noch 200.000 BRT oder 3,3 % der Neuaufträge der Welt. 1948 betrug der Anteil der USA 53,4 % der industriellen Weltproduktion. Er fiel auf 44,1 % in 1960 und auf 43 % in 1961.

"Die Welt" vom 1. 4. 1963 berichtet: "Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik hat 170.000 von den Kohlengruben abgewanderte Arbeitskräfte übernommen. Dennoch wurde keine Tonne Kohle weniger gefördert. Trotz Schließung von 25 Schachtenanlagen blieb die Förderung des bundesrepublikanischen Stänkohlenbergbaus konstant."

Das Kohle-Öl-Problem ist noch keineswegs gelöst, da präsentiert sich bereits ein neues: Das Erdgas. Fantastische Zahlen werden aus Holland genannt; ungeahnte Mengen sollen bei Slodtern unter der Erde auf ihre Benutzung warten....Holländisches Gas auf deutschem Markt? Das ist die neue Krise!.... Das Erdgas mit seinem gut 9.000 Kalorien Heizwert ist gegenüber dem Stadtgas mit seinen 4.200 oder Ferngas mit 4.600 Kalorien die Konkurrenz. Das macht zwar die Verstärkung der gesamten Gasanschlüsse und -leitungen erforderlich....aber dieser Heizwert umgerechnet bedeutet 1600 Milliarden Kubikmeter Stadtgas. Der jährliche Gasverbrauch in der EWG beträgt etwa 50 Milliarden Kubikmeter. Theoretisch könnte also Holland die gesamte öffentliche Versorgung im EWG-Raum für 30 Jahre übernehmen..... Experten sprechen von noch größeren Funden in der Bundesrepublik.

Die kapitalistische Profitwirtschaft erweist sich als Hemnis für die Anwendung des technischen Fortschritts. Aber Chruschtschow reduziert die Aufgabe der Entwicklung zum Kommunismus in der SU auf die Belieferung der Massen mit mehr Butter und Speck aufs Brot....Nach 46 Jahren Sowjet-Union.

Die sich ihrer Klassenaufgabe bewußte Bourgeoisie kann die Last dieser bevorstehenden Umwandlungskrise des Kapitalismus in den Sozialismus auf die Werktätigen abwälzen, solange sich diese nicht ihrer historischen Aufgabe bewußt werden und die Kraft finden, die Bourgeoisie an der Abwälzung zu hindern. Bei dieser Aufgabe wird Chruschtschow kein brauchbarer Führer sein.

Gegenwärtig verhält sich die Mehrheit der werktätigen Massen verständnislos und passiv ihrer Aufgabe gegenüber. Sie kämpft in ihren demokratischen und nicht-demokratischen Ländern nur um unmittelbare Tagesforderungen. In Frankreich, Francos Spanien, in den latein-amerikanischen Ländern aktiviert sich dieser Kampf

In der SU kritisieren die Werktätigen sachkundig innenpolitische Fehler, Chruschtschows Agrarpolitik und sein Versagen in anderen Fragen der Wirtschaftsorganisation. In seiner Außenpolitik lassen sie Chruschtschow unkritisch gewähren. Beruflich und wirtschaftsorganisatorisch hat sich die Masse der Werktätigen in der SU in der Stalinzeit beim Aufbau des Sozialismus, in der isolierten SU vom Analphabetentum zum klassenbewußten Sowjetbürger entwickelt. Zur kritischen Teilnahme und Beurteilung der Außenpolitik der SU fehlte der Masse der Sowjetmenschen die Information und die aktive Teilnahme, um sich zu schulen. Eine Kontrolle der Komintern-Politik war auch unter Lenin wie unter Stalin den Sowjet-Werk-tätigen so unmöglich wie den außerrussischen kommunistischen Parteien. Die China-Politik des ZK der KPdSU, die Aufforderung der kommunistischen Partei Chinas, in die Komintern einzutreten, wurde bestenfalls in den Zellenversammlungen verhandelt. Das Gleiche betrifft den Kompromiß der Sowjet-Gewerkschaften mit den britischen. Auch die verhängnisvolle Politik des Sozialfaschismus sowie Stalins Spanien-Politik wurden und konnten bei der Unreife der kommunistischen Partei nicht sachkundig kritisiert werden. Wie die Stellung der meisten kommunistischen Parteien beweist, hat sich bei der Unreife der kommunistischen Parteien auch in der Nach-Stalin-Zeit unter Chruschtschow und der Führung des angeblich kollektiven Zentralkomitees nichts geändert. Die offenkundige Verleumdung der Chinesen als Kriegspolitiker durch Chruschtschow kann er kritiklos seiner den Frieden allein erhaltenden friedlichen Koexistenzpolitik gegenüberstellen. Auch das angeblich leninistische und kollektive ZK hindert ihn nicht an diesem Manöver. Wenn Chruschtschow glaubt, was er im Kampf mit den Chinesen behauptet, bildete diese Unwissenheit eine noch größere Gefahr für die Sowjet-Union und das sozialistische Lager als wenn er nur Demagogie triebe.

Den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern ist sachkundige kritische Kontrolle der Außenpolitik ihrer herrschenden Klasse noch weniger möglich als den Werktätigen in der SU. Die Umwälzungen durch die zweite technische Revolution im Produktionsprozeß haben nichts am Klassenwesen des Kapitalismus geändert, aber das Klassenbewußtsein der Arbeiter der kapitalistischen Länder ist im Schlepptau der Ideologie von der Sozialpartnerschaft und reformistischen Kurpfuscherei der Sozialdemokratie degeneriert. Mit dem Verfall des revolutionären Klassenbewußtseins wird die Arbeiterklasse ihrer Klassenkraft beraubt. Im Schlepptau der ökonomisch und politisch fast unbeschränkt herrschenden Kapitalistenklasse spielen die Nuancen zwischen Sozialpartner-Reformisten-Gewerkschaftern, linken oder rechten Sozialdemokraten keine Rolle. Als bloßer Gewerkschafter ist im besten Fall seine Einwirkung auf seine Rolle im Arbeitsprozeß seiner Industrie beschränkt. Es ist selten möglich, die verschiedenen Sonderinteressen, die industriell bestimmt sind, zum gemeinsamen Kampf zu vereinigen. Gewerkschaftliche Massenstreiks erhalten durch ihren Umfang und ihre Störung der kapitalistischen Ordnung politischen Charakter, aber nicht durch einheitliche, allen gemeinsame Bedürfnisse. Dem stehen die tatsächlichen Unterschiede der Bedürfnisse der verschiedenen Industrien und ihrer Arbeiter entgegen. Die Staatsgewalt und die Bourgeoisie haben leichtes Spiel, diese realen Unterschiede zur Zersetzung auszunutzen. Staat und Monopolkapital stehen der in verschiedene Bedürfnisse aufgespaltenen Arbeiterschaft gegenüber. Nur zur Klasse vereint, im Kampf zur Beseitigung der privatkapitalistischen Ordnung, verschwinden die Sonderaufgaben in der Einheit im Kampf um die politische Macht. Entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kämpfer um nur gewerkschaftliche Forderungen entwickeln sich die verschiedenen Ideologien, die die Vorstellungen von diesen Bedürfnissen ideologisch widerspiegeln. Darin unterscheiden sie sich von den Grundsätzen und Prinzipien, die eine Weltanschauung reflektieren. Auch Prinzipien und Weltanschauungen bestimmen nicht unmittelbar die Aktionen und Handlungen. Grundsätze

*Kuomintang

und Prinzipien mögen als Resultate genauer Erforschung der Wahrheit entsprechen. Das bedeutet keineswegs, daß sie unmittelbar verwirklicht werden können. Verwirklicht werden Grundsätze und Prinzipien immer nur in dem Maße, in dem sie von den entscheidenden Kräften als ihren Bedürfnissen entsprechend aufgenommen werden und ihnen die Kraft verliehen wird, sie zu verwirklichen. Die neueste Entdeckung Chruschtschows und seiner Anhänger, daß es erlaubt und notwendig ist, in friedlicher Koexistenz praktische Politik mit dem Kapitalismus, seinem Staat, zu machen, aber Prinzipien dogmatisch bis zu Ende zu verteidigen, ist das sonderbarste Gemisch der "neuesten Ergänzung" des Marxismus-Leninismus. Als solche illustriert sie Mode gewordene Phrasendrescherei über Prinzipien - sonst nichts.

Der rasche Wechsel, den die zweite technische Revolution in der kapitalistischen Produktionsweise geschaffen hat, wirkt auch im sozialistischen Lager. Aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ihre planmäßige Bewirtschaftung erlaubt, alle diese technischen Fortschritte direkt in den Dienst der Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Massen zu stellen. Daran ändert auch die ungenügende Beherrschung dieser neuen technischen und organisatorischen Aufgaben durch die breiten Massen nichts Entscheidendes. Die Masse der Werktätigen ist bereits auf die neuen Aufgaben geschult. Der wissenschaftliche Apparat besonders in der Sowjetunion steht in technisch-organisatorischer Hinsicht mindestens auf der Höhe der fortgeschrittenen technischen Ingenieure, Chemiker und Organisatoren, in einigen Gebieten, Raumfahrt und ähnlichen, über ihnen. Werktätige und technische Intelligenz stehen im sozialistischen Block vor der Aufgabe, ihre Arbeit der verstaatlichten Eigentümern und der Planwirtschaft anzupassen. Der Umsturz der kapitalistischen Ordnung ist vollzogen.

Die kapitalistische Welt steht vor der revolutionären Aufgabe der Verwandlung der privaten Produktionsmittel in gesellschaftliche und der Verwandlung der "Freiheit" der privaten Besitzer der Produktionsmittel in von der Gesamtgesellschaft organisierte Planwirtschaft. Ohne diese Verwandlung verfällt die kapitalistische Gesellschaft in das Chaos des kapitalistischen Zusammenbruchs. Es gibt keinen anderen Ausweg vor der drohenden Katastrophe.

Die traditionellen Vorstellungen, vermischt mit mehr oder weniger erkannten Änderungen der ökonomischen Auswirkungen, spiegeln sich in vielfältigen Ideologien der Zeitgenossen. Die breite Masse ist mehr oder weniger befriedigt durch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und beschränkt sich aufs Nörgeln. Sie merkt nicht, wie sie in ihrer Menschseinsfähigkeit degeneriert wird. Die Arbeit am laufenden Band, die Automation, die Akkordzahlung auf Grund wissenschaftlich erstellter Normen, Arbeitsplatzbewertung schränken physisch und biologisch ihre Denkfähigkeit ein. Nach diesen stupiden Arbeitsmethoden entwickelt sich kein Massenbedürfnis zur Erforschung der Ursachen, besonders solange die Möglichkeit besteht, gewisse Luxusbedürfnisse zu befriedigen.

Die Denkfähigkeit und die Sprache unterscheiden den Menschen vom Tier. Auf der Entwicklung dieser Fähigkeiten beruhen Geschichte und Kultur. Denkfähigkeit und Sprache entwickelte der Mensch zum Nachdenken über seine Arbeit. Der Mensch muß sich erst im Kopf eine Vorstellung von der Art seiner Arbeit und seiner Produkte machen. Darin unterscheidet er sich z.B. von der Biene, die Waben baut, die vollkommener sind, als sie der Mensch machen kann, oder wie sie heute der Automat oder die kybernetische Rechenmaschine herstellt. Im kapitalistischen Produktionsprozeß denkt und plant der Wissenschaftler, die breite Masse ist zum Werkzeug der Maschine geworden. Das wirkt sich auf ihr persönliches und gesellschaftliches Leben, wie auf ihre politische Tätigkeit oder Enthaltensamkeit aus. Der Arbeiter ist heute im Produktionsprozeß in seinem eigenen Lebensraum eingesperrt, wie vor einigen hundert Jahren der Bauer in seinem Dorf, seiner Kirche und seinem Misthaufen. Der Bauer wird gegenwärtig in den gesellschaftlichen Prozeß hineingeworfen. Mit seiner bäuerlichen Beschränkung geht es zu Ende. Er rebelliert,

aber nicht sachverständig, weil es ihm an Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge mangelt, die ihn gegen seinen Willen zum genormten Akkordarbeiter der großen Handelsmonopole machen. In der DDR flieht er vor der Vergesellschaftlichung, die ihn in den Gesamtprozeß der vergesellschafteten Arbeit einreihet.

Lenin hat recht mit seiner Aussage: "Der Kommunismus kann nur von Kommunisten diskreditiert werden". Der Konflikt zwischen Moskau und Peking beweist das aufs Neue. Statt die Argumentation der Chinesen zu kritisieren und zu widerlegen, fälscht Moskau die Stellung der Chinesen und verbietet die Verbreitung der chinesischen Kritik an der Politik Chruschtschows in der SU. Die schamloseste Fälschung Chruschtschows besteht in der Behauptung, China treibe zum Krieg, während Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz den Frieden anstrebe. In Dutzenden von Beispielen hat China das Gegenteil erklärt. Wir zitieren aus der englischen Übersetzung des chinesischen Briefs vom 14. Juni, mit der die Moskauer Verhandlungen vorbereitet werden sollten. Diese 25 Vorschläge veranlaßten den Tobsuchtsanfall der Moskauer Antwort:

"Einen neuen Weltkrieg zu verhindern, ist die allgemeine Forderung der Völker der ganzen Welt. Und es ist möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhüten....."

In Nr. 11 heißt es:

"Kommunisten werden immer den Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vorziehen. Aber kann man den friedlichen Übergang zu einem neuen weltstrategischen Prinzip für die internationale kommunistische Bewegung machen? Durchaus nicht.....Die Partei des Proletariats muß sich auf zwei Taktiken vorbereiten: Während sie sich auf die friedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet, muß sie gleichzeitig auch ausreichend auf eine nichtfriedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet sein."

Die Frage ist nun, was ist eigentlich der Weg, um den Weltfrieden zu erringen?
Die Antwort:

"Der Weltfrieden kann mit Sicherheit nur dann wirkungsvoll verteidigt werden, wenn wir uns auf die steigende Macht des sozialistischen Lagers, die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterjochten Nationen und den Kampf aller friedliebenden Völker und Länder stützen. Das allseitige Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen ist eine der wichtigsten Aufgaben im Kampfe zur Verteidigung des Weltfriedens. Wir müssen dafür die größten Anstrengungen machen.....Kernwaffen besitzen eine ungeheure Zerstörungskraft. Deshalb betreiben die USA-Imperialisten seit über zehn Jahren ihre nukleare Erpressungspolitik.....Aber, wenn die Imperialisten andere Länder mit Kernwaffen bedrohen, bedrohen sie damit auch die Bevölkerung ihres eigenen Landes. So bringen sie ihr eigenes Volk dazu, gegen die Kernwaffen.....anzukämpfen.....Die Möglichkeit, Kernwaffen zu verbieten, besteht tatsächlich. Wenn sich die Imperialisten gezwungen sehen sollten, ein Abkommen zum Verbot der Kernwaffen anzunehmen, wird das auf keinen Fall ein Resultat ihrer 'Liebe zur Menschheit' sein, sondern ein Resultat des Druckes, den die Völker aller Länder auf sie ausüben, und es wird ihr eigener Vorteil sein."

Man braucht dem nicht zuzustimmen, wir halten die Argumentation im wesentlichen für richtig. Wir möchten nur anmerken: Revolutionärer Wille im Proletariat ist zur Zeit im Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder kaum latent

vorhanden. Die kommunistische Partei kann aber die Revolution nicht für das Proletariat machen. Aber diese Stellung, Peking Kriegstreiberei und Unterschätzung der Kernwaffengefahr zu unterschieben, ist Diskreditierung des Kommunismus durch Kommunisten im Sinne Lenins.

Aus Ziffer 16:

"Daß sozialistische Staaten mit kapitalistischen Ländern friedlich koexistieren können, wurde zuerst von Lenin herausgestellt. Es ist allgemein bekannt, daß nachdem das große Sowjetvolk die ausländische Intervention zerschlagen hatte, die KPdSU und die Sowjetregierung von Lenin und später von Stalin eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz verfolgte und erst nach dem Überfall der deutschen Imperialisten gezwungen war, einen Verteidigungskrieg zu führen. Auch die Volksrepublik China führt seit ihrer Gründung mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen konsequent eine Politik friedlicher Koexistenz.....Friedliche Koexistenz darf aber niemals auf Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen ausgedehnt werden....Daß die sozialistischen Länder mit den imperialistischen Staaten über dies und jenes verhandeln, ist notwendig. Auf die richtige Politik der sozialistischen Länder und auf den Druck der Volksmassen aller Länder gestützt, können auf dem Verhandlungswege gewisse Abkommen erreicht werden. Gewisse notwendige Kompromisse zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten erfordern nicht, daß die unterdrückten Völker und Nationen deshalb den Imperialisten und ihren Lakaien auch Zugeständnisse machen."

Diese Argumentation wird mit Zitaten von Lenin ausgiebig unterstützt. Das als überholten Dogmatismus zu bezeichnen, ist so falsch wie die Beschuldigung, sie seien Kriegshetzer.

"Chinas Überfall auf Indien"

Hier wollen wir uns ohne lange Zitate der Chinesen ganz einfach auf die Mitteilung der Tatsache beschränken, daß Nehru am 12. Oktober 1962 den Befehl gab, das chinesische Gebiet von chinesischen Grenztruppen zu säubern. Darin besteht der behauptete Überfall der Chinesen auf Indien. Dieser Angriff der Inder wurde von den Chinesen rasch zurückgeschlagen. Sie hätten weit ins Innere Indiens vordringen können. Sie zogen sich freiwillig in ihren Ausgangspunkt zurück, nachdem sie das Grenzgebiet von den militärischen Bedrohungen seitens Indiens gesäubert und den nicht fliehenden Teil der indischen Truppen gefangen genommen hatten. Von dieser Tatsache ist nicht das Geringste abzustreiten. Die Chinesen haben sich jahrelang darum bemüht, die Grenzdifferenzen in friedlichen Verhandlungen mit Indien zu regeln. Sie haben chinesisches, indisches und englisches Kartenmaterial des umstrittenen Gebietes publiziert. Jeder kann sich in der in englischer Sprache erscheinenden "Peking Review" auf Grund dieses Materials ein klares Bild verschaffen. Anstelle von chinesischem Material bringen wir aus der "Welt" vom 2. August 1963 folgende Mitteilung:

"Auf Grund einer Studie des (amerikanischen) Außenministeriums und des Geheimdienstes kommen sie zu folgendem Ergebnis über China: Danach gilt es als höchst unwahrscheinlich, daß Peking von seiner bisherigen Politik abweichen wird, so wenig wie möglich zu riskieren und eine Konfrontation mit dem Westen zu vermeiden.....Nach der Einstellung der sowjetischen Wirtschaftshilfe sei China, so meinen die amerikanischen Fachleute, zur Preisgabe eines großen Teils der

Produktion seiner Schwerindustrie gezwungen worden, damit die Erzeugung exportfähiger Waren erhöht und Devisen für Nahrungsmittel-Einfuhren aus Australien, Kanada und anderen Ländern beschafft werden können.... Eine Gruppe hoher amerikanischer Regierungsbeamter sei der Ansicht, daß die wirtschaftliche, militärische und politische Bedeutung Chinas als einer Großmacht rapide abnimmt."

China renanziert nicht mit Versprechungen, sondern sagt seinem Volk, daß es nur die Bedürfnisse befriedigen kann, für die es selbst die Voraussetzungen schafft, für die es kämpft mit den Mitteln, über die es verfügt, nicht durch Wohlverhalten gegenüber den USA und deren Verbündeten.

Kingsley Martin schreibt in "New Statesman" vom 24. Mai 1963:

"Chinas Lage ist nicht nur aus der Haltung gegen Indien als Alliiertes des Westens zu erklären. Peking stellt fest, daß es die aggressive Haltung der Sowjetunion zur Himalaja-Frage war, die den chinesisch-indischen Streit auf die Spitze getrieben hat. Wenn China Erfolg gehabt hätte, in den andauernden Diskussionen, Moskau zu veranlassen, die Unterstützung Indiens zu unterlassen, dann hätte Peking mit mehr Wirkung Indien als Teil der kapitalistischen Welt gegenübergestellt. Chinas Rivalen in Asien sind jetzt die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht Indien. Amerika hat Basen in Südvietnam, Japan, Thailand, Südkorea und einen Ring von Inseln im Halbkreis rund um die chinesische Küste."

Moskau treibt eine demagogische Hetze mit dem Ausspruch Maos in der Zeit des Kriegs gegen Japan: Der Imperialismus sei nur ein Papiertiger. Die chinesischen Revolutionäre dürften sich nicht fürchten, gegen ihn zu kämpfen. Das ist chinesische Kampferfahrung. Sie kann nicht auf andere Länder übertragen werden.

Die chinesische Revolution wurde von einer objektiven, typisch revolutionären Lage getragen. Die Herrschaft der eigenen herrschenden Klasse, der chinesischen Mandarinen-Bürokratie, war nicht mehr fähig, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Eine ungeheure Masse der Bauern war nicht mehr gewillt, unter den bestehenden Bedingungen zu leben. Bereits 1850/60 hat eine revolutionäre, nicht nur rebellierende Bauernmasse um die politische Macht gekämpft und gesiegt. Über den regionalen und Teilforderungen, in denen alle Bauernkriege steckenblieben, waren die Bauern durch eine religiös-urkommunistische Ideologie zu einer Art Klassenverband zusammengefaßt. Die einheimische herrschende Klasse war geschlagen und entmachtet. Die siegreiche Revolution konnte nur mit der überlegenen Waffenkraft und Organisation der britisch-französischen Kolonialherren niedergeworfen werden. Briten und Franzosen besetzten nur das Küstengebiet und hielten zum Inneren ihre Verbindung mit Kompradoren, Einheimische, die mit Fremden Geschäfte machten und gemeinsam plünderten. Nach Niederwerfung dieses Taiping-Aufstandes, so genannt nach dem Gebiet im Süden Chinas, das der Ausgangspunkt des Aufstandes war, gab es keine herrschende Zentralgewalt mehr in China. Das Land wurde beherrscht und geplündert von Territorial-Fürsten, die mit zwangsrekrutierten Soldaten im Reich hin und herzogen, von ausgeplünderten zu noch zu plündernden Gebieten. Der letzte Versuch einer bürgerlichen Revolution 1911, von Sun Yat-sen angeführt, versuchte europäische Revolutionsformen anzuwenden. Ihre Führung bildeten Intellektuelle. Sie scheiterten an diesen Unzulänglichkeiten. Eine kleine Gruppe anderer Intellektueller gründete die kommunistische Partei. Sie widmeten sich dem Studium von Marx, Lenin und studierten die russische Revolution mit der marxistischen Methode, studierten die konkreten Bedingungen der sozialistischen Revolution Chinas und beteiligten sich an den Kämpfen der Bauern. Sie fanden eine in den Traditionen des Taiping-Aufstandes vorgebildete Kadergruppe. Das gab den Bauern eine Art dieser Entwicklung entsprechendes Klassenbewußtsein mit dem revolutionären Ziel der Eroberung der politischen Macht. Diese revolu-

tionär qualifizierte Bauernmasse besaß ökonomische Qualifikationen, die gleichfalls über den Stand anderer Bauernmassen, auch der russischen, hinausragten. Die enge Parzelle, die zur Spätkbearbeitung des Grund und Bodens zwang, weil der Ertrag kaum zur Ernährung der Bauernfamilie reichte und keine Viehhaltung erlaubte, schuf die Gärtnerqualifikation des chinesischen Bauern. Das wirkte sich auch auf den chinesischen Kuli aus, der die Familie verlassen mußte, die ihn nicht mehr ernähren konnte. So entstand in den chinesischen Bauern und Kuli der qualifizierteste Arbeiter der vorindustriellen Periode. Das sind Voraussetzungen politischer beruflicher Art in einer akut revolutionären Phase, wie sie nirgends vorgefunden wurden und auch nicht übertragen werden können. Für solche revolutionäre Kämpfer unter solchen objektiv revolutionären Bedingungen wird der Imperialismus zum Papiertiger.

Die junge Chinesische Kommunistische Partei, 1920 gegründet, erwies sich gegenüber den Anordnungen und Anweisungen der KPdSU und der Komintern sachverständiger. Die KP Chinas fügte sich den Anordnungen der Komintern, d.h. praktisch dem Zentralkomitee der KPdSU zum Eintritt der KP Chinas in die Kuomintang. Der Generalissimus der ~~Komintern~~ schlug die KPCh und die Kuomintang auseinander, weil sich die Bauernmassen Süd-Chinas und die Kulis in den Küstenstädten zur Unterstützung des revolutionären Vormarsches von Kanton nach dem Norden anschlossen. Die junge Partei wurde durch diese große Niederlage gespalten und geschwächt.

Mao Tse-tung, der für die revolutionären Bauern und Kulis eintrat, wurde aus der Führung der KPCh die ganz unter dem Einfluß des ZK's der KPdSU stand, ausgeschlossen. Er organisierte die kämpfenden Bauernmassen auf russische Art in Räte. Der Grund und Boden wurde verstaatlicht. Die Bewegung wurde nach jahrelangem Widerstand durch die vierte, von dem deutschen General kommandierte Millionentruppe zur Flucht auf den Neuntausend-Meilen-Marsch nach dem Norden gezwungen. Zweihunderttausend begannen den Marsch, Zwanzigtausend kamen an.

In den nördlichen, an Russland grenzenden Gebieten wurde der Grund und Boden nicht beschlagnahmt, es wurde nicht der SU nachgeahmt. China befand sich im Abwehrkrieg gegen Japan. Die kommunistische Partei annullierte alle Schulden und setzte die Pachten, die regelmäßig über 50 % der Ernte betrug, auf die Hälfte und weniger herab. Auch die Grundbesitzer konnten Grund und Boden, den sie selbst bearbeiteten, behalten. Diese neue kommunistische Politik bildet den Ausgangspunkt der Eroberung der Bauernmassen nicht nur in dem nördlichen Gebiet, in dem sich die KPCh befand, sondern in ganz China. Das befähigte die so von der Partei organisierte Massenbewegung zur Vertreibung von Tschiang Kai-schek, der von Amerika mit Geld, Waffen und Führung ausgerüstet große Teile seiner Truppen verlor. Auch die Tschiang Kai-schek-Armee bestand aus chinesischen Bauern. Ein immer größerer Teil der Offiziere sympathisierte mit dieser kommunistischen Politik. Nach Beendigung des Krieges mit Japan, nachdem Tschiang Kai-schek die Offensive zur Vertreibung und Ausrottung der Kommunisten ansetzte, liefen ganze Divisionen mit den amerikanischen Waffen und mit den Offizieren, die sich anschlossen, zu den Kommunisten über. Stalin riet dringend, den Kampf gegen Tschiang Kai-schek und seine Banden nicht zu beginnen. Diesmal fügte sich die ganze kommunistische Partei unter Führung von Mao Tse-tung und Tschou En-lai nicht und siegte. Das war nicht das erste Mal und erst recht nicht das letzte Mal, daß die KPCh bewies, daß sie die Kräfteverhältnisse richtiger zu beurteilen imstande war und ist.

Irrtümer, wie sie bei dem Friedensschluß 1917 mit Russland stattfanden, gab es in der chinesischen Bewegung nicht. Versuche, die sogar Lenin unternahm, wie die Gegenoffensive gegen Pilsudski zur Eroberung Polens und Einführung des Kommunismus zu starten, fanden in China ebenfalls nicht statt.

Nur die völlige Unkenntnis der älteren und jüngeren Geschichte der revolutionären Bewegung in China gibt eine gewisse Erklärung für die Arroganz eines Chruschtschows und seiner Mitläufer. Aber sie verstehen ja nicht einmal die Geschichte der eigenen Partei und Revolution, die sie miterlebt haben.

*Kuomintang

Zur Bremer Bürgerschaftswahl am 29. September 1963

Die Bremer werden zum 29. September zur Wahlurne gerufen, um zum fünften Mal nach 1945 ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Bisher schlug die Waage von Wahl zu Wahl zugunsten der SPD aus, bis zu ihrem größten Triumph im Jahre 1959, als die SPD 54,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen und damit 61 von 100 Sitzen in der Bürgerschaft erhielt, was Bürgermeister Kaisen zu dem Ausspruch verleitet: "Es wäre besser gewesen, unser Wahlsieg wäre nicht so eindeutig ausgefallen." (Von wegen der Verdienste der CDU und der FDP um das Wohl Bremens).

Nachstehend bringen wir eine Aufstellung der steigenden Stimmanteile der SPD im Lande Bremen in Prozenten und Abgeordneten:

1947	41,7 %	=	46	von 100 Abgeordneten
1951	39,1 %	=	43 "	100 "
1955	47,8 %	=	52 "	100 "
1959	54,9 %	=	61 "	100 "

Heute, zur Bürgerschaftswahl 1963, werben SPD, CDU, FDP, DP und DFU um die Gunst der Wahlberechtigten. Schon im Juni kündigte die CDU einen "Neuen Kurs" in Bremen an, falls es ihr diesmal gelänge, die "rote" Mehrheit zu brechen. Die SPD dagegen besteht stur auf "Kurs halten", die FDP behauptet: "Bremen braucht mehr Freie Demokraten", während die DP "Alle Kurse fallen" sieht. Die DFU versichert, den "richtigen Kurs" zu steuern.

Im übrigen wenig Worte, viele Bilder: Bilder von Schiffen, Bilder von Häusern, Bilder vom Hafen, Bilder vom Rathaus, zusammengestellt nach den modernsten, teuersten und neuesten wahlpsychologischen Gesichtspunkten. Dazu kommen Kaffee- und Kuchennachmittage für Rentner und Hausfrauen, einige Verdauungsspaziergänge im Dämmern mit Fackeln und schwarz-rot-goldenen Fahnen und anschließendem Feuerwerk auf der Weser. Zeitungs-, Kino-, Fernsehreklame und Briefwurfsendungen an alle Haushaltungen runden das Bild vom üblichen amerikanisierten westdeutschen Wahlrummel ab.

Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD, geben ihre Politik als musterhaft demokratisch aus und verhüllen damit die Wirklichkeit der Sozialpartnerpolitik der herrschenden Monopole. Das ist Betrug, aber die Betrogenen glauben an die "Demokratie", wie die bisherigen hohen Wahlbeteiligungen beweisen. In Zweifel gezogen wird die Demokratie nur, wenn die Straßenbahn ihre Tarife erhöht, der Brotpreis und die Mieten steigen, - kurz, wenn die Phrasen abgedroschen sind, der Wert der Lohntüte sinkt und die Arbeitsplätze zusammengeschrumpft werden. Untersuchen wir doch einmal einige Vorfälle der vergangenen Legislaturperiode.

Wie war es bei der Borgward-Pleite, als gerade ein Sanierer im Auftrag der Bremer Regierung beim "Gesundtschrumpfen" war? Damals verhinderten weder die Kapitalspritzen von insgesamt 90 Millionen DM, noch die guten Wünsche der sozialdemokratischen Senatoren den Zusammenbruch der Borgward-Gruppe. Bei diesem Schrumpfungsprozess waren die Borgward-Arbeiter die Geprellten, die durch den unfreiwilligen Arbeitsplatzwechsel Lohn und Sozialleistungen einbüßten. Zu diesem Zeitpunkt fühlten sich die Arbeiterwähler wirklich betrogen, im Lande Bremen sank der Kurswert der SPD.

Zur Zeit schwirmt die SPD wieder einmal in Hoffnungen; sie "glaubt", die Werftkrise zu überwinden. Auch dieser Glaube konnte nicht verhindern, daß sich seit 1958 die Beschäftigtenzahl auf den westdeutschen Werften um 25 000 = 22 % verringerte.

Die Seebeck-Werft in Bremerhaven kündigte im Herbst vorigen Jahres 300 Belegschaftsmitgliedern, etwa einem Drittel ihrer Gesamtbelegschaft. Die Schiffbau-

gesellschaft Unterweser AG, Bremerhaven, ging ebenso wie die Vulkan-Werft in Vegesack zu Kurzarbeit über. Die Bremer Adler-Werft "gab ihre Werftinteressen auf", nachdem schon vorher die Belegschaft von 500 auf 350 Beschäftigte verringert wurde. Sie ist von der AG Weser als Reparaturbetrieb übernommen worden. Die drohende Entlassungswelle bei der AG Weser in Bremen, die für Sommer 1963 geplant war, ist durch den Auftragseingang zweier Neubauten wieder hinausgezögert worden.

Auf der Wirtschaftstagung am 23. 2. 1963 in der Glocke entwickelte die SPD "ihre" Vorstellungen zur Behebung der Werftkrise, indem sie von der Bundesregierung eine "zielbewußte wirtschaftliche Förderung" der Küstenländer verlangte, eine Forderung, die die Werftindustriellen schon seit einiger Zeit aus Sorge um ihren Profit erheben.

".....während im Bremer Stadtgebiet die freiwerdenden Arbeitskräfte in anderen Industrien untergebracht werden können, so sei die Lage in Bremerhaven schwieriger, weil dessen Wirtschaft eine sehr einseitige Struktur aufweise", erklärte der Leiter des Arbeitsamtes Bremen, Bovensiepen, dem "Weser-Kurier" schon am 17. 12. 1962.

Um Bremens Industriebasis zu erweitern, wurde von der sozialdemokratischen Bremer Regierung der Bau des modernsten europäischen Stahl- und Hüttenwerks ermöglicht. Nur über den Weg, den Monopolen den nötigen Anreiz zu bieten, glaubt die SPD, neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Zu diesem Zweck stellte der Bremer Senat dem Klöcknerkonzern 80 Millionen DM für den Erwerb und die Aufschließung des Geländes, einschließlich der nötigen Hafengebäuden, zur Verfügung. ("Weser-Kurier" vo. 4. 4. 1957).

Der scharfe Konkurrenzkampf der europäischen Häfen, der trotz EWG geführt wird, zwingt den Bremer Staat, für den Ausbau der Häfen Investitionen aus Steuergeldern bereit zu stellen, die dem Straßen- und Schulbau weiterhin zusätzlich entzogen werden, nachdem der Bund sowieso schon einen größeren Anteil am Steueraufkommen erhält.

Überhaupt ist das mit den Steuern so eine Sache. In der letzten Bürgerschaftssitzung beschäftigte man sich mit dem sogenannten Helgolanddienst zwischen Bremerhaven und der Felseninsel. Es ging um das Seebäderschiff "Bremerhaven", nach den Worten des ehemaligen CDU-Senators Dr. Noltenius "in aller Eile gebaut", dessen Fahrten schon 1961 mit 800 000 DM zu Buche standen. Wir zitieren den "Weser-Kurier" vom 29. 8. 1963.

"Zu dem Vorwurf im Rechnungshofbericht, der Norddeutsche Lloyd sei in vielen Punkten nicht genügend befragt worden, erklärte Noltenius, er sei damals der Meinung gewesen, der Norddeutsche Lloyd habe kein Interesse mehr an dem Objekt. 'Hier hätten eigene Nachforschungen des Senators bessere Informationen bringen können', sagte Noltenius und gab zu, mit nicht genügend Mißtrauen den Schritt zum Bau eines neuen Seebäderschiffes getan zu haben. Die Fehler des gesamten Projektes, erklärte Dr. Noltenius ganz offen, seien folgende gewesen: ein Beamter seiner Verwaltung und ein Abgeordneter der Bürgerschaft hätten sich zusammengesetzt und ihnen sei es gelungen, alle Sicherungen durch Deputationen und Parlament auszuschließen und selbst die Hüter der Finanzen zum Schweigen zu bringen. Das sei wirklich eine beachtliche Leistung".

Eine "beachtliche Leistung" ist auch die Kritik des DP-Abgeordneten Dr. Heinrich Bunge, der simpel fragte: "Wie war es möglich, daß ein Beamter und ein Abgeordneter sich zusammenschließen konnten, um einem Hobby nachzujagen?" Wenn er damit meint, die beiden wollten die "Bremerhaven" nur fahren sehen, so übernimmt

jetzt die gesamte Bürgerschaft, die den Helgolanddienst trotz niederschmetterndem Defizit auf Kosten der Steuerzahler aufrechterhalten will, dieses Hobby. - Die Namen der beiden "Hobbyisten" würden interessieren, um zu erfahren, ob sich ein solches "Hobby" für sie gelohnt hat.

Nach der Bürgerschaftswahl werden die Probleme nicht weniger werden. Die SPD wird weiter mit bürgerlicher Koalition kapitalistische Politik machen, wie in der vergangenen Legislaturperiode, in der sie trotz absoluter Mehrheit die entscheidenden Ressorts, wie Finanzen, Häfen, Schifffahrt und Verkehr, Justiz, Verfassung und kirchliche Angelegenheiten, der gutbürgerlichen FDP überließ.

Aber die SPD wird ihre Stimmen hauptsächlich aus Arbeiterkreisen erhalten, die dem Aberglauben huldigen, durch ihre Stimmabgabe entscheidend in den Lauf der Dinge eingreifen zu können ohne selbst am politischen Leben teilnehmen zu müssen und damit darauf verzichten, die wenigen Möglichkeiten auszunutzen, die ihnen die bürgerliche Demokratie bietet. Sie geben eben mit ihrer Stimmabgabe ihren Gewählten gewissermaßen den Auftrag, ihre Interessen zu vertreten, wie sie es täglich im Betrieb, an ihrem Arbeitsplatz machen. Man sagt seinem Vertrauensmann oder Betriebsrat: "Du mußt mal dafür sorgen, daß die Tür richtig schließt, weil es zieht", und die so Beauftragten sorgen für Abhilfe. Es gibt natürlich auch andere Probleme, wie betriebliche Versetzungen, individuelle Lohnaufbesserungen, usw., die fast alle durch den Betriebsrat in täglicher Kleinarbeit gelöst werden können.

Erfolge dieser Kleinarbeit sind es auch, die bei der Wahl honoriert werden; denn die Beauftragten im Betrieb sind fast ausschließlich SPD-Mitglieder. Aber sie sind nur Arbeiter, während man die parlamentarischen Vertreter aus den Vorzimmern der Senatoren und aus den Ämtern zusammengesucht hat.

In der Legislaturperiode 1955 - 1959 erreichte der Anteil der Staatsbediensteten in der Bremer Bürgerschaft

47 von 100 Abgeordneten

Arbeiter und Angestellte als größte Gruppe der

Bevölkerung

17 " 100 "

Freie Berufe

8 " 100 "

Landwirte

1 " 100 "

Die restlichen 27 Abgeordneten vertreten das Handel-, Finanz- und Industriekapital. Die Zusammensetzung der Bürgerschaft ist die Widerspiegelung der "Demokratischen Volksherrschaft".

Die breite Masse der Werktätigen, Arbeiter wie Angestellte, haben heute kaum andere Bedürfnisse, als die Früchte der kapitalistischen Nachkriegskonjunktur weiterhin und möglichst ohne eigenem Kampf ungestört in noch größerem Umfang zu ernten. Selbst die Kriegsgefahr oder die drohende Atomverseuchung sinken hierbei zur absoluten Bedeutungslosigkeit herab, wie die Wahlausgänge für die DFU nicht nur im Lande Bremen beweisen.

Dabei ist die DFU die einzige Partei, die wirklich aktiv antiatom- und antikriegspropaganda macht. Es kann allerdings von uns nicht verschwiegen werden, daß das unzulänglich geschieht, wenn sie die Rüstung des sozialistischen und die des imperialistischen Blocks gleich und gleich bekämpft. Wäre der sozialistische Block nicht gleichwertig bewaffnet, so hätte der Krieg schon stattgefunden und das sozialistische Lager wäre liquidiert worden. Dabei wären die USA nicht zimperlich gewesen und hätten Atom- und Wasserstoffbomben angewandt. Man braucht nur an ihre Kriegsführung im 2. Weltkrieg zu erinnern, als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen und Dresden vernichtet wurde, als es militärstrategisch unnötig war.

Noch eine Tatsache ist entscheidend, weshalb die DFU ihren Stimmenanteil nicht vergrößern kann. Sie hat in den Betrieben und Büros keinen Kontakt wie die SPD,

weil sie ein Opfer der antikommunistischen Stimmung ist. Nicht die dauernden Behauptungen aller Parteien, die DFU sei "kommunistisch unterwandert", sind es allein, die die antikommunistischen Wähler vor den Kopf stoßen, sondern der Umstand, daß tatsächlich als ehemalige Mitglieder der KPD bekannte Persönlichkeiten für die DFU kandidieren.

Seit 1914 ist die Arbeiterbewegung von einer Enttäuschung in die andere gestolpert, und nur einige wenige klassenbewußte Arbeiter haben aus dieser Erfahrung gelernt. Eine dieser Erkenntnisse ist, daß nur wenige über die augenblickliche Lage hinaus die gesellschaftlichen Zusammenhänge begreifen; die große Masse sieht nur ihre augenblicklichen Bedürfnisse. Die neuen Generationen müssen aufs Neue erfahren, daß mit der bürgerlichen Demokratie kein Übergang zum Sozialismus möglich ist.

Auch im Zeitalter der Vollbeschäftigung leben die Arbeiter und Angestellten allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Wenn der Konjunktur die Puste ausgeht, haben die Kapitalisten keine profitable Verwendung mehr für sie. Dann werden die Arbeiter feststellen, daß die formale Demokratie nur auf dem Papier steht und müssen lernen, nicht nach russischen, nicht nach amerikanischen, sondern nach deutschen Möglichkeiten zu suchen, um für die proletarische Demokratie zu kämpfen.

Der 29. September rückt näher. Die Werktätigen werden mit überwiegender Mehrheit wieder SPD wählen und die Erwartungen, die sie in die bürgerliche Demokratie setzen, werden noch ungetrübt sein. Aber wenn sie schondurch ihre Stimmabgabe für die Kurpfuscher an dem an Überproduktion krankenden Kapitalismus stimmen, müssen sie sie auch zwingen, zu zeigen, wie sie Stockung, Krise und Massenarbeitslosigkeit verhindern und schließlich gemächlich in den "demokratischen Sozialismus" hinüber wechseln wollen.

Kleines Intermezzo in den Amtsstuben der SPD

Mit einem Parteiverfahren gegen Senator Eggers (SPD) und einem Kommentar in der sozialdemokratischen "Bremer Bürgerzeitung" am 17. August 1963 sollte eine Kontroverse zwischen dem Senator und der Regierungsrätin Frau Gisela Müller-Wolff (ebenfalls SPD) beendet werden, wie sie bezeichnender in ihrer Art und treffender für die Situation in den Amtsstuben und besonders in der SPD nicht sein kann.

Es begann damit, daß die Regierungsrätin auf Veranlassung des Wirtschaftssensors Eggers von der Abteilung "Wirtschaft" in die Abteilung "Ernährung und Landwirtschaft" versetzt wurde, um später diese Abteilung zu leiten. Weil dieser Abteilung aber eine "besondere politische Bedeutung" zukommt, sie deshalb vor "kommunistischer Unterwanderung" geschützt werden muß, wird der Inhaber dieses Postens "Geheimnisträger", und "bekannte Stellen" kümmern sich um die politische Zuverlässigkeit dieser Person. So sollte aus Gründen der Staatssicherheit das "übliche Prüfungsverfahren" auch für unsere Regierungsrätin durchgeführt werden.

Für das Gerücht, sie sei politisch unzuverlässig und könne als Geheimnisträgerin deshalb nicht mehr in Frage kommen, waren alle Voraussetzungen gegeben; denn sie hatte eine Schwiegermutter in der "Zone", die sie zusammen mit ihrem Mann in den Jahren 1956 bis 1960 öfters besuchte, die aber inzwischen in Bremen verstorben ist. Dieses Gerücht muß durch Äußerungen ihres Parteigenossen Eggers entstanden sein, denn er gab als Antwort auf die an den Senat gerichtete Beschwerde von Frau Müller-Wolff folgende "Ehrenerklärung" für sie ab:

"Dem Senat sind keine Umstände bekanntgeworden, die Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit von Frau Müller-Wolff rechtfertigten. Für eine Tätigkeit, der im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik eine besondere politische Bedeutung zukommt, würde das übliche Prüfungsverfahren vorzunehmen sein, das bislang noch nicht durchgeführt wurde. Ich bedaure, daß Äußerungen von mir zu Deutungen Anlaß gegeben haben, die von den vorstehenden Feststellungen abweichen. Zur Unterstreichung betone ich, daß ich nicht beabsichtige, Frau Müller-Wolff aus ihrer jetzigen Tätigkeit zu entfernen."

Daraufhin fühlte sich die Regierungsrätin "dienstlich" rehabilitiert, nicht aber parteipolitisch, weshalb das Parteiverfahren gegen Eggers trotzdem stattfinden sollte. Es fand statt, und folgende Erklärung des SPD-Landesvorstands ging über Radio Bremen und durch die Bremer Presse:

"Der Landesvorstand der Bremer SPD hat die Vorwürfe untersucht, die angeblich gegen die Abgeordnete Frau Müller-Wolff und in diesem Zusammenhang auch gegen Senator Eggers erhoben worden sind. Er hat festgestellt, daß Senator Eggers keine ehrenrührigen Behauptungen gegen Frau Müller-Wolff aufgestellt oder deren politische Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen hat. Niemand hatte die Absicht, das Ansehen sozialdemokratischer Parteimitglieder zu schädigen. Die beamtenrechtliche Seite der Angelegenheit hat der SPD-Landesvorstand nicht zum Gegenstand seiner Untersuchungen machen können und wollen, da sie nicht in seine Kompetenzen fallen."

Wen wundert es, daß die Gute sich diesmal nicht rehabilitiert sondern "sehr enttäuscht" fühlte. Diese Erklärung sei deshalb unbefriedigend, weil sie den Eindruck erwecke, "als ob überhaupt nichts geschehen sei." Darin unterscheide sie sich leider von der zuvor in dieser Sache abgegebenen Erklärung des Senats, in der sich Senator Eggers doch praktisch für sein Verhalten entschuldigt habe. (Bremer Nachrichten v. 15. 8. 1963).

Hätte Frau Müller-Wolff den Kommentar ihrer Parteizeitung, der "Bremer Bürgerzeitung", gelesen, wäre sie zumindest beruhigt gewesen. Nach der Version des Wildwest-Romantikers Moritz Thape wäre Frau Müller-Wolff aus dem Kreis der Geheimnisträger wegen ihrer Verwandtschaftsbeziehungen zur "Zone" auszuklammern:

"Nicht etwa, weil ihre Zuverlässigkeit in Frage gestellt wäre, sondern weil nach den NATO-Bestimmungen jene Bürger zu ihrem eigenen Schutz nicht mit Aufgaben betraut werden sollen, die angesichts der sowjetzonalen Erpressungs-Praktiken zu einer persönlichen Gefährdung oder zur Gefährdung ihrer Verwandten in der Zone führen könnten. Daß die Schwiegermutter von Frau Müller-Wolff bereits 1960 verstorben ist, und damit weitere Reisen in die Zone hinfällig wurden, blieb bei diesen Überlegungen allem Anschein nach unberücksichtigt."

In der Tat, es hatte den Anschein, und was es noch mehr schien, lesen wir im gleichen Kommentar:

"Die Spaltung, der kalte Krieg und die Berührung der gegnerischen Weltblöcke mitten in Deutschland haben dazu geführt, daß zu unserem öffentlichen Schutz von den Nachrichten- und Geheimdiensten auch Methoden angewandt werden, die diktatorischen Regimen entlehnt zu sein scheinen und die unsere höchste Pflicht, die staatsbürgerlichen Rechte zu verteidigen, ins Zwielicht stellen".

Ja, ja es ist schwer für einen guten sozialen Demokraten, feststellen zu müssen,

daß unsere "höchste Pflicht" mit höchst zweifelhaften Mitteln erfüllt wird. Wie wäre es hübsch, könnte man sich auf Herz und Schmerz zurückziehen, gäbe es nicht auch hier wieder diese Bedenken:

"Unser Appell an die Bevölkerung jedoch, die menschlichen Verbindungen nach Mitteldeutschland nicht abreißen zu lassen, damit der Gedanke an Deutschland und die Demokratie auch "drüben" weiterlebt, droht zur Deklamation und zur Farce zu werden, wenn wir keinen k l a r e n T r e n n u n g s s t r i c h zwischen politischem Schutz vor kommunistischer Infiltration und den staatsbürgerlichen Rechten ziehen. Wesentliche Voraussetzung ist, daß die Betroffenen von den bestehenden Bedenken, vor allem von den Bedenken, die zu ihrer eigenen Sicherheit geltend gemacht werden, rechtzeitig unterrichtet werden und dazu Stellung nehmen können."

Dieser Vorschlag ist gut; die "Betroffenen" werden vorher von den Sicherheitsorganen unterrichtet, daß man sie zu bespitzeln gedenkt, und schon hat man den "klaren Trennungsstrich".

Die Begriffe "Infiltration", "der Gedanke an Deutschland", "Demokratie" und "staatsbürgerliche Rechte" sind für die Apparatschiks in den Amts- und Parteibüros geklärt. Für denkende Zeitgenossen jedoch sind sie nichts als Worte, die überall passen, sei es zur Brückeneinweihung, bei Gedenkreden oder an anderen hohen Feiertagen, - kurz überall dort, wo Phrasen gedroschen werden. Die "Enttäuschten", die an Phrasen geglaubt haben, die da lauten "Herzen sind stärker als Mauern", "die Freiheit ist unteilbar" oder "menschliche Kontakte pflegen", sind dann diejenigen, die Wortgeplätscher und Wunschdenken mit Realitäten verwechseln und dann noch Politik machen wollen. Sie werden mit der Wirklichkeit konfrontiert wie in unserem Fall Frau Gisela Müller-Wolff, Regierungsrätin.

Der SPD-Führer: "Was meinen Sie, was ich schon alles verhütet habe?" - Eins hat er bestimmt nicht verhütet: s i c h s e l b e r .

Kurt Tucholsky

SPD-Deutschlandtreffen - 100 Jahre SPD

Wenn es Absicht der SPD war, mit dem am letzten Augustwochenende in Hamburg abgehaltenen Treffen "das große Gespräch mit dem Volke zu führen" - nach Plan des Parteitag in Hannover 1960 -, dann war es ein Mißerfolg. Die "Welt" vom 3. 9. 1963 gab die Zahl der Teilnehmer an der Sonntagskundgebung auf dem Rathausmarkt mit 40.000 an; das entspricht ungefähr der Mitgliederzahl der SPD im Hamburger Gebiet. Es war eine reine Familienangelegenheit der SPD.

In den verschiedenen Veranstaltungen wurde nicht die Geschichte der 100 Jahre SPD behandelt, sondern "realpolitische" Tagesaufgaben - "zum Wohle des ganzen Volkes"; denn im Nachkriegskapitalismus sind die Klassen durch Sozialpartnerschaftstum und durch gemeinsamen Kampf um die Wiedervereinigung und das "Selbstbestimmungsrecht" im ganzen Volke eingeschmolzen. Die "Gespräche mit dem Volke" bestanden in Gesprächen mit sozialdemokratischen Fachkräften über Schul- und Bildungsfragen, über die Stellung zur Kirche, wobei Heinemann für die Errichtung konfessioneller Schulen eintrat. Das stieß zwar auf Widerspruch, wurde aber von Willy Brandt unterstützt. Das zweite Hauptthema war das Gesundheitswesen, behandelt von Ärzten und Medizinal-Funktionären.

Bemerkenswert ist die Reaktion der CDU, die gegen die Aufhebung der Bannmeile um den Rathausmarkt und gegen die Mitwirkung der Polizeikapelle anlässlich der Demonstration meckerte. Warum so mißgönnerisch? - Die CDU bringt i h r e Mitglieder auf Grund ihrer direkten Einflüsse als wirtschaftlicher Machtfaktor unmittelbar an die Posten. - Darf dann die SPD-Mehrheit ihren Mitgliedern, die nur auf die Protektion ihrer Abgeordneten und Senatoren angewiesen sind, nicht einmal etwas von der Polizeikapelle vorpfeifen lassen?

Die Junge Union hat gegen die Anwesenheit Wilsons als Redner protestiert. Wenn sie gewußt hätten, wie nahe er ihnen steht! - Wilson rühmt sich, keine Zeile von Marx gelesen zu haben! Darin ist er einer der ihren. - Seine politischen Forderungen aber entsprechen denen der Parteibeschlüsse der Labour Party: Verhandlungen über eine "sorgfältig kontrollierte und ausgewogene Verminderung der Streitkräfte und Waffen einschließlich des Abzugs fremder Truppen aus dem mitteleuropäischen Gebiet. In keinem Stadium würde das Gleichgewicht der Kräfte zum Nachteil einer der beiden Seiten gestört werden." Unter solchen Umständen sieht Wilson, wie die "Welt" vom 2. 9. 1963 berichtete, ernsthafte Aussichten für die deutsche Wiedervereinigung, "was die Politik der Labour Party ist und bleibt."

Dem gegenüber stellt Wehner, der als gewesener Kommunist noch einen Sozialdemokraten abgibt, der sich etwas einfallen läßt, fest:

"Nach kommunistischer Theorie könne ein einmal kommunistisch gewordener Staat unter keinen Umständen zu einem kapitalistischen zurückentwickelt werden.....Deshalb müsse die SU auf internationaler Ebene in eine Lage versetzt werden, daß sie es für zweckmäßig halte, von der These abzukommen, wonach eine solche Rückentwicklung unmöglich ist",
(Die "Welt" v. 31.8.63)

Von dieser Theorie oder These braucht die SU nicht abzukommen. Diese Theorie bestand und besteht nicht, sie ist nur ein Einfall Wehners; denn über die Entwicklung eines Staates entscheiden nicht Theorien, sondern Machtverhältnisse. Wenn Wehners Einfall einen Sinn hat, so nur den, die Machtverhältnisse der kapitalistischen Mächte zu stärken, so daß die SU gezwungen werden kann, das Gebiet der DDR und das Gebiet der Oder-Neiße-Grenze wieder in den Schoß der Monopolkapitalisten zurückzuführen. Das auf einem anderen Wege zu erreichen als mittels eines neuen Krieges, glaubt Herr Wehner wohl kaum, trotz oder gerade wegen seiner Friedensbeteuerungen.

Die SPD pocht im Wettbewerb mit den bürgerlichen Parteien auf den Rechtsanspruch und auf nationale Selbstbestimmung - "ein Recht, das man Negern, Asiaten und Lateinamerikanern zubilligt". - Man macht vergessen, daß die Verweigerungen des Selbstbestimmungsrechtes nur eine Schutzmaßnahme der Siegermächte war und der barbarisch überfallenen und ausgeplünderten Ostvölker noch ist.

Durch ihre bedingungslose Kapitulation hat die besiegte deutsche Bourgeoisie formal auf jeglichen Rechtsanspruch verzichtet. Erst als die von den USA geführten Westmächte 1947 durch die mit Churchill vereinbarte Politik zur Zurückdrängung der SU in die alten Grenzen den Bruch des Potsdamer Abkommens begannen, als sie die besiegte deutsche Bourgeoisie zum Verbündeten ihrer Vorbereitung des Kriegs gegen die SU und den sozialistischen Block machten, begann die Berufung auf verschiedene Rechtsansprüche. Aber die Westmächte waren nicht stark genug, den Krieg zu beginnen, wie der Korea-Krieg bewiesen hat. Die geborgte Macht der deutschen Bourgeoisie schuf keine eigene Kampfkraft, um jetzt im Bunde mit der USA den Krieg gegen die SU siegreich führen zu können. Aktiv blieb die Berufung auf den Rechtsstandpunkt und der Appell an die Menschenrechte. Trotz fiebriger Aufrüstung, die die Bundesrepublik nach den USA zur stärksten Militärmacht des Atlantikpakts machte, ist durch die eigenen Atom- und Wasserstoffbomben der SU der Traum vom Zurückdrängen des Kommunismus ausgeträumt.

Alle Bekenntnisse zum Verzicht auf eine deutsche Remilitarisierung wurden null und nichtig, im Wege steht jetzt nur noch die "eigene freiwillige Verzichtserklärung auf ABC-Waffen". Man ist drauf und dran, Mittel und Wege ausfindig zu machen, auch diesen "Rechtsstandpunkt" aus dem Wege zu räumen. Die Wiedererstarkung der ökonomischen Kraft des bundesdeutschen Monopolkapitals und der daraus wirksame politische Einfluß mit der Forderung nach "Selbstbestimmung" im Lager der Westmächte macht sogar bestimmte USA-Imperialisten und de Gaulle mißtrauisch. Sie wollen die deutsche politische und militärische Kraft für ihre Zwecke einsetzen - nicht für die wirkliche Verselbständigung, der Beseitigung der "Schandmauer" und der Oder-Neiße-Grenze. Deshalb machen jetzt auch Kennedy und die USA-Bourgeoisie in moralischer Entrüstung gegen die SU im allgemeinen und die Besatzungspolitik in der DDR im besonderen. Daß die SU ihre Besatzungspolitik in der DDR als sozialistische Politik ausgibt, erleichtert den Kapitalisten und ihren Mitläufern ihre Heuchelei, daß die imperialistische USA-Politik als Weltgendarm gegen die kommunistische Weltgefahr diene, - und was ist keine kommunistische Weltgefahr, wenn es sich nicht der USA unterordnet.

Die SU und der sozialistische Block haben seit Jahr und Tag der Bundesrepublik einen Friedensvertrag angeboten, der Wiedervereinigung und Selbstbestimmung bietet, soweit die Sicherheit der SU und des sozialistischen Blocks nicht gefährdet wird. Die Verstärkung der militärischen Macht der Bundesrepublik wird nicht ungefährlicher durch ungläubwürdige Erklärungen, daß sie nur der Abwehr militärischer Angriffe der SU diene. Diese Erklärungen sind nicht mehr wert als die feierlichen Bekenntnisse zum Verzicht auf Remilitarisierung.

Die Versicherungen, die Oder-Neiße-Grenze niemals anzuerkennen, die den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen von den obersten Führern der SPD auf dem Deutschlandtreffen gegeben wurden, was sind sie anderes als Revancheforderungen? Wie heuchlerisch: nur mit friedlichen Mitteln. Natürlich friedlich, solange die Machtverhältnisse den Einsatz kriegerischer Mittel nicht erlauben. So hat Hitler den Krieg vorbereitet. Vielleicht glaubt Ollenhauer an die friedliche Annullierung der Kriegsfolgen, wenn er pathetisch ruft: "Die Idee der Freiheit siegt immer über die Tyrannei!" Er hat des öfteren Beweise geliefert, daß er so beschränkt ist; so hat er feste ins Horn geblasen, der Marxismus sei überholt.

Marx und Engels haben vor mehr als hundert Jahren den Nachweis geführt, daß Ideen außer andere Ideen überhaupt nichts besiegen können. Nur insoweit werden Ideen verwirklicht, als sie den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, die bereit sind,

für ihren Sieg zu kämpfen. Wie notwendig haben es Politiker, die Marx für Überwunden halten, das Studium des Marxismus zu versuchen.

Der 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Arbeitervereins, den die SPD als Geburtstag feiert, sollte weniger gefeiert werden, sondern zur Erforschung dieses Tages als ein Ausgangspunkt der deutschen Arbeiterbewegung dienen.

Die kapitalistischen Revolutionen waren eine Weltwende. Das Proletariat hatte als Kanonenfutter für die Herrschaft der Bourgeoisie gekämpft. Für ihre eigene Herrschaft fehlten noch alle Voraussetzungen. Die selbständige Arbeiterbewegung entstand erst aus dem Interessengegensatz der Arbeiter zur Bourgeoisie. Indem die Arbeiter gegen die Verelendungstendenzen des Kapitalismus direkt an den Produktionsstätten im Betrieb zu kämpfen gezwungen waren, lösten sie sich von der Bourgeoisie, mit der sie gemeinsam gegen den Absolutismus gekämpft hatten. Das hätte mit Sozialismus noch nichts zu tun. Für den politischen Kampf um die Herrschaft der Bourgeoisie wurden die Arbeiter mit der Losung "Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit" gewonnen. Diese Losung vereinigte alle Kräfte des dritten Standes und konnte sie nur vereinigen, weil jeder Arbeiter unter Freiheit und Gleichheit seine Freiheit und Gleichheit verstand. Obgleich die Massen für diese Losungen der bürgerlichen Aufklärung ihre ganzen Kräfte einsetzten, stellte sich erst in der Entwicklung des Kapitalismus heraus, daß Freiheit nicht Freiheit und Gleichheit nicht Gleichheit bedeutet.

Der Sozialismus als Idee hat eine dreitausendjährige Geschichte. - Im allgemeinen ist es der Menschheitsstraum von einem glücklichen und sorgenlosen Leben. Diese Idee vom glücklichen Leben wurzelt unter bestimmten Verhältnissen in der Vergangenheit, in der Überlieferung vergangener glücklicher Zeiten. Sie werden in die Zukunft als tausendjähriges Reich verlegt. Dieses Zukunftsreich ist im Christentum anfangs ganz irdisch gemeint, mit irdischer Rache an den Feinden. Mit der Verlegung des tausendjährigen Reiches in den Himmel wird die Rache Modell für die Höllenstrafen.

Sozialistische Utopien schufen Philosophen wie Plato, Thomas More, Saint-Simon, ebenso das neue Christentum, daß die Idee der moralischen und physischen Hebung des Proletariats gegen das alte Christentum und gegen die Massenverelendung predigte. Selbst Charles Fourier, ein scharfer Denker, blieb Utopist, als er seine Organisation des Phalanstère plante und den reichen Bankier suchte, der seinen Plan verwirklichen sollte. Von den Franzosen Saint-Simon und Charles Fourier unterschied sich der Engländer Robert Owen durch seine höhere Kenntnis der Ökonomie und der praktischen Betriebsorganisation. Er zeigte am praktischen Beispiel, daß sich durch besseres Leben und rationellere Arbeitsbedingungen größere Profite erzielen lassen.

Friedrich Engels, Sohn einer frommen Elberfelder Textilfabrikantenfamilie, war begeisterter Revolutionär, der nach seiner Berliner Studien- und Militärzeit als Kaufmann in England lebte und an Ort und Stelle die Lage der arbeitenden Klasse und die Chartistenbewegung studierte. Sein Buch "Über die Lage der arbeitenden Klasse in England" unterschied sich von den Utopien durch die Erforschung der konkreten Verhältnisse. Er sah in der sich selbständig von der Bourgeoisie lösenden, für die eigenen Klasseninteressen kämpfenden Arbeiterschaft die Kraft, die die Idee der Utopisten zu verwirklichen imstande war. Die gesteigerte Produktion schuf auch die materiellen Voraussetzungen, die Massenbedürfnisse befriedigen zu können.

Karl Marx, ebenfalls ganz vom revolutionären Zeitgeist erfaßt, studierte neben der deutschen Philosophie die Klassenkämpfe in Frankreich und die Rolle der Arbeiter in kapitalistischen Revolutionen, er studierte die englischen und französischen politischen Ökonomen, die die Entstehung des Reichtums erforschten und wie Adam Smith bis zur Entdeckung des Mehrwerts als die Quelle kapitalisti-

sehen Reichtums gelangt waren. Als ein in der Hegelschen Dialektik geschulter Kritiker entdeckte Marx die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz der Verelendung der breiten Massen als Folge der anarchischen Konkurrenz und die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre den Kapitalisten entgegengesetzten Interessen. Er erkannte, daß die Arbeiter nicht nur für die Verbesserung des Preises ihrer einzigen Ware, der Arbeitskraft, kämpften, sondern sich für die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft einsetzten, wenn und so weit sie von der Notwendigkeit des Kampfes für die Aufhebung der Lohnarbeit überzeugt waren.

Dieser Sozialismus erwächst nicht aus den bloßen Erfahrungen des Tageskampfes gegen die Tagesnöte im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Er bedarf wissenschaftlicher Erforschung und muß in die Arbeiterklasse hineingetragen werden. Das Kommunistische Manifest ist die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, der klaren Analyse der Gesellschaft des Frühkapitalismus, eine Analyse, die auch heute noch nicht überholt, durch keine bessere erreicht worden ist. Als Analyse der frühkapitalistischen Periode dient das Kommunistische Manifest als Anleitung zum Befreiungskampf des Proletariats und ihrer Eroberung der politischen Macht, dient es als theoretische Vorbedingung, daß die Idee des Sozialismus verwirklicht werden kann.

Lassalle, ein von den Ideen der bürgerlichen Revolution erfaßter Sohn einer wohlhabenden Bresslauer Familie, ist an Brillanz, Rede- und Schriftgewandtheit seinen Zeitgenossen überlegen. Aber seine Hinwendung zur Arbeiterbewegung fußt nicht auf Entdeckungen, wie sie Engels, Marx oder Owen machten. Als Eklektiker entnimmt er für den Hausgebrauch von Marx die Entdeckung der Verelendungstendenz, macht aber aus der Tendenz eine Verelendungstheorie, ein Gemisch aus mißverstandenen Wert- und Mehrwertskategorien von Marx und Rodbertus. Die von Marx entdeckte Verelendungstendenz wirkt sich auch heute noch in der Periode des Monopolkapitalismus aus, wie die Krise in den dreißiger Jahren beweist, die erst durch die Aufrüstung für den 2. Weltkrieg in den USA und in Hitler-Deutschland überwunden wurde. Heute, in der Periode der Vollbeschäftigung und der zur Mangelware gewordenen Arbeitskraft, kann sich über die Hälfte der Bevölkerung der Erde nicht satt essen.

Wahlrecht

Neben der Verelendungstheorie macht Lassalle das Allgemeine ^{zum} Eckpfeiler seiner Arbeiterpolitik. Die Niederlage der Chartisten führte zu der Überzeugung Lassalles, daß die Kampfkraft der deutschen Arbeiter nicht zur Eroberung des Wahlrechts ausreichten. Deshalb versuchte er Bismarck für die ~~Aktivierung~~ ^{Aktivierung} des allgemeinen Wahlrechts zu gewinnen - wie Charles Fourier die Bankiere für seine Genossenschaften. Natürlich wurde dieser Kuhhandel mit Bismarck von Lassalle bestritten und erst nach 1918, als die Akten zugänglich wurden, war der Beweis erbracht.

Schachern

August Bebel, der bis an sein Lebensende von Lassalles ~~Schachern~~ ^{Schachern} mit Bismarck überzeugt war, schätzte als Politiker die Demokratie im besten Falle als ein Mittel zur Organisation des Kampfes um die politische Macht. - Aber bis jetzt war sie das nie, weil die Kapitalisten an Stelle der demokratischen Verteidiger die faschistischen setzten.

Lassalle war im Arbeiterverein für seine Diktatur anstelle innerparteilicher Demokratie. Bismarck hat das allgemeine Wahlrecht verfügt - aber nicht wie Lassalle es erhoffte, um den Interessenkampf des Proletariats parlamentarisch zu legalisieren, sondern um die Mehrheit des liberalen Bürgertums zu brechen. Aber da war Lassalle schon tot, von einem Junker im Duell abgeknallt.

Eine wirkliche Beschäftigung mit der Geschichte der SPD hätte verständlich gemacht, weshalb die Geburt der SPD von ihr auf das Jahr der Gründung des Deutschen Arbeitervereins verlegt wurde und nicht auf das Jahr der Verschmelzung der Lassalleaner mit den Eisenachern unter Führung Bebels und Wilhelm Liebknechts.

Die SPD des Godesberger Programms hätte dann beweisen müssen, daß sie wirklich den Marxismus überwunden hat, der nach Verschmelzung der Lassalleaner mit den Eisenachern einen gewissen ideologischen Einfluß erlangte. Die Gründung des Deutschen Arbeitervereins durch Lassalle war aber die Loslösung der Arbeiterschaft vom ideologischen Einfluß der liberalen Bourgeoisie zur selbständigen Arbeiterorganisation, die ein gewisses Klassenbewußtsein voraussetzte - und forderte. Die SPD als Volkspartei nach den Richtlinien der Godesberger Beschlüsse ist die Aufhebung der SPD als Klassenpartei der Arbeiter. Die SPD-Führung hat der Arbeiterschaft diesen Wandel nicht aufgedrängt. Die Abwendung der Arbeiter von der sozialistischen Ideologie ist eine Folge der Enttäuschungen und schweren Niederlagen vor und während des 2. Weltkriegs. Die SPD hat sich dieser Abwendung angepaßt, um die Stimmen dieser Arbeiter zu bekommen und regieren zu können - mit oder ohne bürgerlicher Koalition.

Zu welchem Zweck, für welche Ziele? - Für das Volkswohl!

Die selbsttätige Arbeiterbewegung begann mit der Erkenntnis, daß "Volk" eine Abstraktion und keine Realität ist. Das Wort Volk ist Sammelbegriff der verschiedenen Klassen wie das Wort Obst der Sammelbegriff für Äpfel, Birnen, Pflaumen, Kirschen usw. ist.

An ihrem 100. Geburtstag ist die SPD vor ihrem Ausgangspunkt angelangt. Wie sagte doch Willy Brandt, der Lassalle-Ersatz: "Tradition? - Wir wollen keine Asche kultivieren!?! - Nicht im Feuer des revolutionären Kampfes wird die SPD zu Asche werden, sondern am Schlepptau der verfaulenden kapitalistischen Ordnung zu Müll - zu Abfall.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Branen, Lohmannstr. 96

Bronch, September 1963

UBER DEN WERT DER INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

"Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen."

Das Programm des DGB

Parlamentskrise in Norwegen

"Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen"

Die Ermordung Kennedys ermöglicht, das Scheitern seiner Politik zu verstecken durch eine Neubelebung des Personenkults. Große Männer machen angeblich die Geschichte. Kennedy wird als einer der drei großen Präsidenten der USA behandelt. Lincoln, Roosevelt, Kennedy. Er gehört zu den Großen, weil er große Gedanken hatte. Er propagierte sie 1960 bei den Präsidentschaftswahlen. Das brachte ihm eine knappe Mehrheit über Nixon, dessen Gedanken sich dem Sachverhalt nach wenig von denen Kennedys unterschieden.

Kennedy stellte an die Spitze die bessere Verteidigung des amerikanischen Weges, in Freiheit zu leben. Er beschuldigte die Eisenhower-Regierung, sogar die Aufrüstung vernachlässigt zu haben. Die erhöhten Kosten seiner erweiterten Aufrüstung bewilligten Senat und Repräsentantenhaus. Für alle anderen "großen Gedanken" verweigerten Senat und Repräsentantenhaus die Gelder, Sie lehnten alle Mittel für seine Vorschläge zur innerpolitischen Reform ab. Zuletzt wurden ihm auch die Mittel für seine Außenpolitik verkürzt. Das zwang Kennedy, sie von seinen europäischen Verbündeten zu fordern. Nur die Bundesrepublik gehorchte Kennedy. Aber sie bezweifelten und bezweifeln, ob die USA bereit seien und bereit sein würden, für die deutsche Wiedervereinigung, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und Revision der deutschen Nachkriegsgrenzen zu kämpfen. Wir haben laufend in den Briefen die einzelnen Konflikte geschildert. Wir beschränken uns darauf zu verweisen. Wir führten den Nachweis, daß die Innen- und Außenpolitik Kennedys in die Sackgasse geraten war. Wir kennzeichneten das Moskauer Übereinkommen als einen Versuch, die Sackgassenpolitik zu tarnen als Beginn einer Abrüstungs- und Friedenspolitik, unter Hinweis darauf, daß dies Täuschung und Selbsttäuschung sei, da ja die Rüstungspolitik mit konventionellen und Kernwaffen verstärkt weitergehe. Die Propaganda der friedlichen Koexistenz erwies sich und erweist sich als ein mißlungener Versuch eines zweiten politischen Betrugs und Selbstbetrugs. Kennedy wollte mit der Propaganda der friedlichen Koexistenz die Neuwahlen 1964 gewinnen. Jetzt hat die Ermordung Kennedys ein tragisches Ende gesetzt.

Wir haben nicht die Absicht, uns an den Spekulationen über den Wert der Absichten Kennedys in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu beteiligen. Ideen, richtige oder unrichtige, können immer nur verwirklicht werden, soweit sie von den Kräften, die zu ihrer Verwirklichung notwendig sind, als ihre Bedürfnisse

begriffen und angenommen werden. Nur wenn zureichende Kräfte dafür zu kämpfen bereit sind, werden sie in Taten umgesetzt. Das hat Kennedy nie beachtet. Kennedys "hohe und edle Gedanken" sind weder von den Massen, noch von ihren parlamentarischen Vertretern, Senat und Repräsentantenhaus als eigene Bedürfnisse empfunden worden. Im besten Falle schwärmten einige dafür. Seine demokratische Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus verweigerte nicht nur die Gelder, sondern klagte über den Goldverlust und das Zahlungsbilanzdefizit, die Kennedys edle Ideen verursacht haben sollten. Dabei ist weder der Goldabzug noch das Defizit der Zahlungsbilanz der USA ein wirklicher Verlust. Die amerikanischen Goldbestände haben sich seit Ende des zweiten Weltkriegs bis Ende 1962 von 20,5 auf 15,6 Milliarden Dollar vermindert. Gleichzeitig sind aber die Auslands-Aktiven von 18,7 auf 77,5 Milliarden Dollar gestiegen. Die hohen Auslandsanlagen bringen jetzt für die Zahlungsbilanz Zins- und Dividendenzuflüsse, die seit 1961/62 den Kapitalexporten gleichkommen und sie schon übersteigen. Die Erträge der Kapitalanlagen, die nach dem zweiten Weltkrieg 1,1 Milliarden Dollar, 1961 3,8 Milliarden Dollar und 1962 4,3 Milliarden Dollar betragen, steigen weiter. Jetzt, wo die Profite der amerikanischen Anlagen in der Bundesrepublik schmaler werden, verkaufen sie ihre Aktien und Anteile. Das wird der Bundesrepublik Zahlungsbilanz-Defizite und Markabwertung bringen. Der neue Präsident Johnson wird in den Genuß der Befestigung des Dollar, der Beseitigung des Außenhandels-Defizits und Verringerung der Inflation kommen. Das ist nicht das Ergebnis von Johnsons Fortführung der Kennedy-Politik oder eigener großer Gedanken, sondern Ergebnis der Entwicklung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Wenn die Überproduktionskrise nicht verzögert werden kann, dann werden allerdings neue Schwierigkeiten eintreten. Die USA werden versuchen, die Massenarbeitslosigkeit durch verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu verringern. Das wird aber nur die europäischen Verbündeten in die Krise treiben. Ein Rückzugsversuch aus der Sackgasse durch Fortführung der Kennedy-Politik verschärft die allgemeine Verfallskrise des Kapitalismus durch das Hinzutreten der Überproduktionskrise. Wenn die europäische Arbeiterklasse unfähig bleibt, den sozialistischen Ausweg zu erkämpfen, dann werden alle Leiden des ersten und zweiten Weltkriegs und deren Folgen für die breiten Massen auch ohne Kernwaffen-Krieg absolute Massenverelendung bringen. Der Krieg mit konventionellen Waffen, lange genug geführt, kann soviel Überprodukte vernichten, daß die Überproduktionskrise gestoppt und ein neuer Aufschwung möglich wird. An der allgemeinen Verfallskrise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ändert das nichts. Mit Mitbestimmung der Arbeiter auf dem Boden der Sozialpartnerschaft gemäß des neuen Gewerkschaftsprogramms ist ein Ausweg unmöglich. Mitbestimmung dieser Art beruht auf der Anerkennung der Vorherrschaft des Monopol-Kapitals und der Kommandogewalt in der kapitalistischen Gesellschaft. Diese Mitbestimmung erfordert Zustimmung zu Notstandsgesetzen, zur Verteidigung dieser Herrschaft. Was notwendig ist, ist die Vorherrschaft der Werktätigen in einer Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet, anstelle der Profitwirtschaft Planwirtschaft zur Befriedigung der Massenbedürfnisse gesetzt wird.

Also Entmachtung der Kapitalisten. Dann können sachverständige Techniker, Organisatoren zur Mitbestimmung als Spezialisten herangezogen werden. Wenn und inwieweit sich die Arbeiterklasse dieser Erkenntnis der Klassenherrschaft der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft bewußt wird, die Monopolkapitalisten und ihre Mitläufer bereit sein sollten, für diese sozialistischen Aufgaben friedlich zu koexistieren, wäre der friedliche Übergang von der unvermeidlichen Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft möglich. Bis jetzt gibt es kein Beispiel in der Geschichte, daß dies eine herrschende Klasse getan hat. Aber diese Möglichkeit kann nur verwirklicht werden durch Menschen, die ihr.

ganzes Sein dafür einsetzen. Große Männer mit großen Ideen können diese Möglichkeit nicht in Wirklichkeit verwandeln. Sie können bestenfalls frühzeitig die Notwendigkeit und die Mittel zu ihrer Verwirklichung erkennen. Insoweit dies der Fall ist, können und werden sie führende Funktionen in diesem Entwicklungsprozeß ausüben. "Die Menschen machen ihre Geschichte, sie machen sie selbst, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, sondern unter den gegebenen Umständen". Die Umstände unserer Zeit fordern die Aufhebung der Freiheit des Kapitals zur Profitwirtschaft. Die heutige Produktivkraft der Menschen, die mit der neuen Technik, am laufenden Band zu produzieren, Atomkraft, Automation, Kybernetik ausgerüstet und der Verfügungsgewalt privater Kapitalbesitzer unterworfen sind, führt zwangsläufig zum Verfall der jetzigen Ordnung mit oder ohne Kernwaffenkriege.

Der tragische Abgang Kennedys fällt zusammen mit dem Regime-Umwandel in der Bundesrepublik, in England, Italien und einer Reihe unterentwickelter Länder, er ändert nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, es bleibt ein bloßer Personenwechsel. Der staatliche Überbau, die parlamentarische Demokratie, ermöglichen nirgends die friedliche Umgestaltung. In Frankreich wurde die parlamentarische Demokratie ersetzt durch das persönliche Regime de Gaulles. Dieser Formwechsel der kapitalistischen Hegemonie verlagerte die Kommandogewalt ganz in die Hände des Finanz- und Industrie-Monopol-Kapitals. Die französische Parallele zur Verlagerung der Herrschaft der deutschen Bourgeoisie in die Hände der deutschen Imperialisten mit Hilfe der Faschisten. In Amerika ist nach Ende des zweiten Weltkrieges die Regierung in den ausschlaggebenden Posten mit Millionären und Managern der Wirtschaft besetzt worden. Der "Statesman" vom 25.10.1963 schreibt: "England bewegt sich unabweisbar zu einer Präsidentenregierung, Nicht nur in dem Sinne, daß die Macht und die Autorität größer wird". Die vierzehn Jahre Adenauer-Präsidentschaft weist dieselbe Tendenz auf. In Italien hofft man, mit Hilfe der Nenni-Sozialisten, die mehr oder weniger ausgeprägte Diktatur-Regierung noch hinauszuschieben. Aber alle diese Experimente ändern nichts daran, daß sich die kapitalistische Welt in der Sackgasse befindet. Der Manager von General-Motors erklärte offen in der Eisenhower-Regierung, "was für General-Motors gut ist, ist auch gut für die USA". Auch Kennedys große Gedanken beruhten auf derselben Auffassung, daß die USA und die kapitalistische Welt nach den Bedürfnissen des Monopolkapitals regiert werden müssen. Wenn noch keine direkten faschistischen Vorstöße gegen die Arbeiterklasse in Erscheinung treten, so ganz einfach deshalb, weil sich die Arbeiterklasse freiwillig der Vorherrschaft des Monopol-Kapitals unterordnet.

Unser ganzer Brief würde nicht ausreichen, wollten wir allen Spekulationen nachgehen, die über den Mord an Kennedy und den angeblichen Mörder im Umlauf sind. Wir müssen diese Tätigkeit den Kriminalromanschreibern überlassen. Auch die "Prawda" beteiligt sich daran. Nicht zur Hebung des Ansehens der SU. Die SU hat unaufgefordert die Akten über den Aufenthalt Oswalds in der SU an die USA geliefert. Die "Prawda" zitiert das Ergebnis eines siebenstündigen Gesprächs mit Oswald, das zu der Feststellung führte: "Oswald hatte vom Marxismus keine Ahnung". Nun, daß zu individuellen Terrorakten die Kenntnis des Marxismus nötig ist, ist unseres Wissens nicht einmal von denen behauptet worden, die Oswald zum Kommunisten erklären, weil sie damit das Attentat zur verschärften Hetze gegen den Kommunismus verwenden wollen. Die "Prawda" zitiert auch Guy Mollet, den früheren französischen sozialdemokratischen Minister, der gesagt haben soll: "Einige Leute haben einen passenden Mörder gefunden - er ist Kommunist, Marxist und ein Mann Castros -. Das ist zu gut, um wahr zu sein". Kommunisten, die keine Marxisten zu sein brauchen, können keine individuellen Terrorakte gutheißen oder gar selbst ausführen, denn sie wissen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß indivi-

duelle Terrorakte gegen hassenswerte Staatsmänner den Massenkampf nicht fördern, sondern hemmen. Die russischen Sozialisten, Bolschewiken wie Menschewiken, haben einen zähen Kampf gegen die Narodniki geführt, wenn sie Attentate anstelle der Massenmobilisierung setzten

Das Attentat auf Kennedy ist aus der amerikanischen Umwelt, ihrer Geschichte und Tradition am besten zu begreifen.

Der amerikanische Kapitalismus hat sich ohne die Hemmungen der europäischen Entstehungsgeschichte des Kapitalismus entwickelt. Emigranten, die dem europäischen Elend des Frühkapitalismus und Feudalismus entfliehen konnten, besiedelten das riesige Gebiet vom atlantischen bis zum stillen Ozean in 1 bis 1 1/2 Jahrhundert. Sie stießen nur auf ungefähr 1 Million Ureinwohner, die solange sehr freundlich zu ihnen waren, als sie nicht gewaltsam von ihrem Boden verjagt wurden. Als sich die Indianer zur Wehr setzten, wurden sie im Gebiet der heutigen USA tatsächlich ausgemordet. In Gebieten des heutigen Latein-Amerika gelang die völlige Ausrottung nur auf einigen Inseln, z.B. Kuba, nicht auf dem Festland, wo sich die Indianer in das Hochgebirge flüchten konnten. Die Siedler waren alle sehr fromm. Bei den Spaniern und Portugiesen katholisch, bei den Engländern, Irländern und Holländern Presbitaner und andere Ketzler der holländischen und englischen Revolutionen. Ihre Religion hinderte weder die Katholiken noch die Presbitaner. Der Papst erklärte die Ureinwohner, die Indianer und die in Afrika geraubten Neger, die anstelle der Indianer als Arbeitskräfte gebraucht wurden, als keine menschlichen Wesen. Sie machten große Geschäfte mit dem Sklavenhandel, mit dem Segen des Papstes und mit der Kolonialisierung Amerikas. In Australien schossen die britischen Siedler Australnegern, wenn sie Hundefutter brauchten.

In Nordamerika bildeten die europäischen Siedler die amerikanische Demokratie, die Grundlage, the american way of life. Das kann man sich in den Anfängen ungefähr so vorstellen: Wenn 3 Pferdediebe zusammenkamen, beschlossen zwei, welcher von den dreien eventuell als Dieb gehängt werden soll. Das war Gewohnheitsrecht, nicht schriftlich fixiert. Niedergeschrieben werden Gewohnheiten erst, wenn sie durch Entwicklungen von Gegensätzen schriftlich niedergelegt werden müssen. Die Wild-West-Filme sind zwar filmisch verkitscht, aber ihre Basis war eine zeitlang der soziale Zustand der entstehenden amerikanischen Gesellschaft. Die Differenzen wurden mit Gewalt, mittels Pistole ausgetragen. In dem Maße, in dem sich Gesellschaftsformen herausbildeten, wo mit dem Faustrecht aufgeräumt werden mußte, wurden Rechtsstaatsverhältnisse geschaffen nach den Bedürfnissen der kapitalistischen Schichten.

Eins ließ sich allerdings mit der Pistole nicht erzwingen: Der Preis der Ware Arbeitskraft konnte nicht unter das Niveau gesenkt werden, das eine Arbeitskraft auf dem ihm zur Verfügung stehenden Grund und Boden sich erarbeiten konnte. Das galt fast bis Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. Von europäischen Banken finanziert, wurden Eisenbahnen gebaut und das Gelände beiderseits der Bahnen für Siedler erschlossen, um die Eisenbahn durch Besiedelung rentabel zu machen. Für die Arbeitskräfte der Industrie und des Handels mußte ein Aufschlag über die Ackermahrung bezahlt werden. Das große Gebiet ermöglichte Massenproduktion. Nordamerika wurde zu Gottes liebstem Land für jene, die in dieser Zeit den amerikanischen Lebensweg schufen.

Vor hundert Jahren unterwarfen die industriellen Nordstaaten die Latifundienbesitzer der Südstaaten, die mit Sklaven Baumwolle, Tabak und andere Rohstoffe für den Norden und Europa produzierten. Dieser Krieg wurde unter dem Namen der Sklavenbefreiung geführt.

Der Sklave mußte aufhören, selbst als Ware gekauft und verkauft zu werden. Wenn seine Arbeitskraft auf dem Markt verkauft werden sollte, mußte er über sie selbst verfügen können. Damit er seine Arbeitskraft verkaufen mußte, mußte er "frei" von allen anderen Verkaufsmöglichkeiten, d.h. besitzlos sein. Diese "Freiheit" war im Bürgerkrieg der Nord- mit den Südstaaten erreicht. Es genügte beiden, den industriellen Nordstaaten und den Plantagen-Besitzern. Für die Neger galt nicht der Besitz von freiem Grund und Boden, auf dem sie sich, wie die europäischen Emigranten, eine Ackernahrung erarbeiten konnten, unter deren Wert seine Arbeitskraft, d.h. der Arbeitslohn, gesenkt werden konnte. Die "befreiten" Neger wurden in den Südstaaten in verschiedenen Formen als Pächter, Lohnarbeiter zu Elendslöhnen ausgebeutet. Der Latifundienbesitzer brauchte nicht mehr für Kranke und minder arbeitsfähige Sklaven zu sorgen. Der "befreite" besitzlose Neger wurde von der übrigen Bevölkerung in Abstand gehalten. Er mußte für sich selbst sorgen. Die Negerfrage ist nicht nur eine Rassenfrage, sondern eine Klassenfrage, die durch die Sklaventradi-tion als Klassenfrage verdrängt wurde. Erst die Industrialisierung der Süd-staaten nach dem ersten und besonders nach dem zweiten Weltkrieg rückte die Klassenfrage in das Bewußtsein. Die Nordstaaten störten sich nicht an der Negerrasse, wenn sie Arbeitskräfte brauchten; besonders als Lohndrücker! Die Konkurrenz der Negerarbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt machte die weißen Ar-beiter und Werkstätigen nicht selten zu Mitläufern bei der Absonderung von den Negern. Nicht nur im Süden, sondern auch im Norden. Gewerkschaften weigerten sich lange, Neger als Mitglieder aufzunehmen.

Es sind Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen, die sich in den Ver-änderungen des ideologischen Verhaltens zu den Negern widerspiegeln. Die Hoch-konjunktur nach dem zweiten Weltkrieg ermöglichte zahlreiche Abwanderungen der Neger aus den Südstaaten in die Nordstaaten. Der zweite Weltkrieg hat die Neger als Soldaten und Kanonenfutter stark in Anspruch genommen. Für Qualifikationen im Soldatenberuf wie in der Industrie wurde eine gewisse Aus-bildung und allgemeine Erziehung der Neger erforderlich. Industrie und höhere Militär-Bürokratie begünstigten die Zulassung der Neger zu Schulung und Unterricht in gemeinsamen Lehranstalten mit den Weißen. Die scharfe Trennung in der Öffentlichkeit in Gaststätten, Verkehrsmitteln war im industriellen Norden nicht mehr aufrechtzuerhalten. In den Wohnungen der Nordstaaten, wo sich die Neger ansiedelten, sondern sich die Mittelschichten der Weißen ab, im Süden, wo die Neger in höher bezahlte Berufe abwanderten und selbst höhere Ansprüche stellten, wurde der Rassengegensatz als Erinnerung an die guten alten Zeiten durch diese neuen Veränderungen verschärft. Lynchjustiz, Klu-Klux-Klan! Diese ökonomischen Veränderungen liegen den veränderten Ideolo-gien zugrunde. Kennedy als Weltverbesserer mit moderner amerikanischer philo-sophischer Bildung nimmt zu diesen Zeitproblemen, vor die er als Staatsmann gestellt ist, Stellung. Die mit oder ohne seinen Gehirntrust gefundene Ant-wort wirft er der amerikanischen Gesellschaft als Impuls und Auftrag zu. Von den verschiedenen Schichten dieser Klassengesellschaft wird entsprechend den Interessen und Bedürfnissen dieser Schichten Stellung bezogen. Er glaubt durch die Einsetzung seines Bruders als Justizminister und Zustimmung der Mehrheit des obersten Gerichts das Problem mit juristischen und Polizeimitteln durch-kämpfen zu können. Da er innen- und außenpolitisch in fast allen Fragen von Senat und Repräsentantenhaus auf Widerstand stieß, hoffte er, in der Neger-frage in Verbindung mit seiner Friedenspolitik, mit der er den Wahlkampf füh-ren wollte, Prestige im In- und Ausland bei den "friedliebenden" Schichten zu gewinnen. Aber hier hat er die Kräfteverhältnisse, die zur Erledigung dieser Aufgabe nötig sind, wieder falsch eingeschätzt. Wieder sind die Veränderungen in der Wirtschaft die Ursache. Kennedy hat von der Eisenhower-Regierung zwei-drei Aufgaben geerbt: Den von der Militärpolizei vorbereiteten Überfall ku-banischer Emigranten. Er scheiterte kläglich in der Schweinebucht. Hier konn-te man Kennedy nur vorwerfen, daß er, ohne die Vorbereitungen nachzuprüfen,

die Erlaubnis für den Überfall auf Kuba erteilte. Daß Kennedy in der Sache mit den Putschisten, den Vorbereitern und Eisenhower einverstanden war, beweist seine Rede beim Empfang der von Castro freigelassenen Putschisten.

Das zweite wichtige Erbe der Eisenhower-Regierung war die Massenarbeitslosigkeit. Kennedy machte Vorschläge zur Unterstützung alter Arbeiter zur Verlängerung der Erwerbslosenunterstützung, Umschulung von Arbeitskräften, Die Mittel dafür wurden ihm von Kongreß, Senat und Repräsentantenhaus verweigert. Desgleichen wurden seine Vorschläge für die Ausweitung des Schulwesens und der Krankenversicherung abgelehnt. Kennedys edle Gedanken blieben unverwirklicht. Die Arbeitslosigkeit blieb um und über die 5-Millionengrenze, Zehntausende werden ausgesteuert, die schulentlassene Jugend findet keine Arbeit, die Zahl der Neger-Erwerbslosen ist doppelt so hoch wie die der Weißen. Das hat das latente Rassenproblem aktiviert. Die Neger treten zum ersten Mal als Masse handelnd selbst in Erscheinung. Vorerst in friedlichen Demonstrationen. Gandhi ist Vorbild. Nicht weil die Masse etwas von Gandhi weiß. Die Masse erinnert sich aber, wie die amerikanischen Kapitalisten den Klassenkampf zur Unterdrückung der Streiks und Demonstrationen mit Staatsgewalt und privaten Pinkerton-Streikbrecherbanden geführt hat. Wie die Justiz dabei half, Chicagoer Todesurteile und Todesurteile gegen Sacco und Vanzetti in den zwanziger Jahren, gegen die die Arbeiterklasse der ganzen Welt in Massendemonstrationen protestierte, auszusprechen und durchzuführen. Roosevelt konnte in der großen Krise der dreißiger Jahre nicht mehr mit den alten Methoden gegen die Werktätigen eingreifen. Das führte zur Entstehung des New-Deal. Das war zwar kein Mittel zur Überwindung der damaligen Krise. Sie wurde erst durch die Vorbereitung und Führung des zweiten Weltkrieges ermöglicht. Aus der Verschärfung der Gegensätze im reichsten Land der Welt entstand der Haß gegen Kennedy und die Forderung, ihn zu erschießen. Aus diesen Umständen wurde der Mörder geboren. Die vorfabrizierte Mörder-Suche kann vielleicht enthüllt werden, obgleich es bisher nicht so aussieht. Wichtiger als die individuelle Bestrafung des oder der wirklichen Mörder ist die Beseitigung des gesellschaftlichen Sumpfes. Die "Welt" vom 30.11.1963 berichtet:

"In der Stadt Dallas, 680 Tausend Einwohner, sind in den ersten neun Monaten 1963 90 Personen ermordet, 1024 Überfälle, 3742 Einbrüche verübt worden. In Boston im gleichen Zeitraum 36 Personen ermordet, in Frankfurt am Main 12. Beide Städte haben ungefähr die Größe Dallas'. Die Zahl der Verbrechen in USA nimmt weiter zu. In den ersten neun Monaten stiegen sie im Vergleich zum Vorjahr um 10 %. Die Zahl der Morde nahm um 5 %, der Raubüberfälle um 4 %, der Banküberfälle um 43 % zu."

USA sind das führende Land der kapitalistischen Welt; das zeigt uns auch in gewissem Grade unser eigenes Schicksal. Eins sind die Lobreden um den zu früh verschiedenem jungen Präsidenten mit den edlen, humanen Gedanken. Bereits mischt sich die Wahrheit ein und stellt fest, daß alle die großen Gedanken nicht verwirklicht werden konnten. Es hat keinen Zweck, die Größe und den Edelmut dieser Gedanken nachzuprüfen. Nur zwei Beispiele: Gegenüber der kommunistischen Weltgefahr waren seine Gedanken weder sehr edelmütig noch human. Kennedy empfahl nach der Pleite des Überfalls auf Kuba in der Schweinebucht und der drohenden kommunistischen Gefahr in Latein-Amerika und Asien Spezialausbildung amerikanischer Truppen im Partisanen- und Dschungelkrieg. Kennedys angeblich zielklare Gedanken und seine Politik sollen die Entspannung in der Welt eingeleitet haben. Das einzige Ergebnis ist das Moskauer Abkommen, die Einstellung der Kernwaffenversuche im Weltraum, im Wasser und auf der Erde nicht die Versuche unter der Erde. An dem Zustandekommen ist Kennedy nicht mehr beteiligt als die SU und die Engländer es sind, die alle drei zur Zeit.

dieser Versuche nicht mehr bedürfen. Das ist das zweite Beispiel. - Jetzt beschuldigt das kapitalistische Lager unter Führung der USA die Sowjet-Union, die DDR und das sozialistische Lager, die Entspannung zu sabotieren. Beispiele: Kontrolle amerikanischer Truppen-Durchfuhr durch das Gebiet der DDR. Als Beweis für die Ehrlichkeit des sozialistischen Blocks verlangt man die Befriedigung der revisionistischen Ziele der Bundes-Staatsbürger: Wiedervereinigung durch Aufhebung der Besetzung der DDR durch die SU. Revision der deutschen Nachkriegsgrenzen und das Selbstbestimmungsrecht. Also eine völlige Revision der Schutzmaßnahmen, die die SU und die sozialistischen Volksrepubliken gegen einen dritten Überfall deutscher Imperialisten mit Zustimmung der zwei anderen Siegermächte USA und England geschaffen haben. Die Bonner Regierung und die drei Parteien des Bundsparlaments fordern also die Liquidierung der DDR mit ihrer Hetze gegen das Ulbricht-Regime. Begründung: Die DDR verdanke ihre Existenz doch nur den 12 russischen Divisionen. Die "klaren edlen Gedanken" legen diese Patrioten ihrer Beteuerung zugrunde, daß sie sie nur mit friedlichen Mitteln anstrebten. Daß die Bundesrepublik ohne die NATO und die USA-Kernwaffen sofort zu existieren aufhören würde, kann doch diesen Kämpfern für die friedliche Wiedervereinigung und Revisionspolitik noch nicht völlig entgangen sein. Der beste Beweis ist die ständige Furcht der Bonner Politikanten, daß die Fortsetzung der Kennedy-Politik unter dem neuen Präsidenten Johnson keine Garantie dafür ist, daß die USA bereit sind, für die Bonner Revisionspolitik zu kämpfen. Die NATO ist erschüttert durch die Gegensätze im Lager der NATO-Mächte gegenüber den Reformvorschlägen Kennedys. De Gaulle ist der Meinung, daß die USA nicht dauernd die Schutzmacht Europas bleiben werden. Die Briten stoßen sich an den hohen Kosten der mit Kernwaffen ausgerüsteten Oberwasserschiffe, die von gemischten Besatzungen geführt werden und den nichtamerikanischen NATO-Mächten dennoch keinerlei Einfluß auf das Kernwaffenmonopol der Amerikaner geben. Die Bundesrepublikaner stimmen zwar den Kennedy-Plänen zu, glauben aber ebensowenig wie die Briten und de Gaulle an ihre Wirksamkeit. Die EWG als Wirtschaftsbasis der NATO ist eigentlich nur noch eine bürokratische Institution aller kapitalistischen Gegensätze. Zehrer schreibt seine letzte Sonntagspredigt unter der Überschrift "Die Erosion der Macht".

Johnson spricht in seiner Antrittsrede achtmal von den edlen Träumen Kennedys. Dieses Sich-Distanzieren Johnson von den Traumformen der Kennedy-Ideen und -Politik scheint uns in dem bewußten oder unbewußten Widerspruch zu den angekündigten Erfolgsmöglichkeiten der Fortsetzung der Kennedy-Politik zu bestehen. Gewiß, es gibt vom kapitalistischen Standpunkt aus der Sackgasse, in der sich die Welt befindet, keinen Ausweg. Die Krise im sozialistischen Lager und der SU hat andere Ursachen, auf die wir heute nicht näher eingehen können. Die Hoffnungen der kapitalistischen Welt auf den Konflikt China - SU werden kaum erfüllt werden. Die ideologischen Differenzen können verhältnismäßig rasch beseitigt werden, wenn der ideologische Gegensatz aus den Ursachen erklärt wird, die sie widerspiegeln. Chruschtschow dagegen gibt seine jetzigen Fehlentscheidungen als Folge der Stalin-Zeit aus. Mit der Lockerung der überflüssigen und deshalb unwirklich und unmöglich gewordenen Härten befriedigt Chruschtschow das Bedürfnis der russischen Werktätigen. Aber das Unverständnis der Stalin-Periode liegt auch der Praxis Chruschtschows Innen- und Außenpolitik zu Grunde. Folgen: Brotkrise, Desorganisation der Verwaltung in Wirtschaft, Staat und Landwirtschaft durch Überbürokratisierung, die dadurch nicht brauchbarer wird, weil sie Terrormaßnahmen vermeidet. Würde Chruschtschow seine Fehler mit Terror durchsetzen wollen, so wäre er bald erledigt. Seine Fehler haben nur negative Folgen. Stalin hat immerhin mit Terror und Gewalt mehr Positives als vermeidbares Negatives geschaffen. Er löste mit barbarischen Methoden Aufgaben, die die KPdSU und die russischen Massen unfähig waren zu lösen. Chruschtschow ver-

hindert durch seine Unfähigkeit, die in den russischen Werktätigen bereits vorhandenen Fähigkeiten auszunutzen, um sie mit den wichtigen konkreten Aufgaben zu betrauen.

Die Chinesen machen einen Grundfehler. Sie übertragen ihre Praxis und theoretischen Erfahrungen auf die ganz anders gearteten Verhältnisse der entwickelten kapitalistischen Länder. Das führt zu einer gefährlichen Verschätzung der Machtverhältnisse. Auf der richtigen Erkenntnis der richtigen Machtverhältnisse in der chinesischen Revolution beruht ihre Stärke und beruhen ihre Erfolge.

In der Bundesrepublik hat gerade der Kongreß des DGB ein Beispiel für den traurigen Zustand der deutschen Arbeiterklasse in der Periode der Vollbeschäftigung und Sozialpartnerschaft gegeben. Die "Welt" vom 26.11.1963 schreibt richtig:

"Die beschlossenen Leitsätze treiben keine Entwicklung voran, sie geben vielmehr einer Praxis Brief und Siegel, die sich in der Zeit immer mehr von der Theorie des Münchener Programms von 1949 entfernt hatte."

Brenner trat als Vermittler zwischen Leber und Gefeller auf. Der Staat wird als Organ einer pluralistischen Gesellschaft erklärt, an dem die Gewerkschaften als Glieder positiv mitarbeiten. Brenner als Synthese zwischen Leber und Gefeller. Das ist das Ende des Radikalismus der Phrase Brenners. Rosenberg betätigt sich als Synthese von Leber und Paulsen: "Die Gewerkschaften wissen, daß sie Teile eines Ganzen sind". Welch geistreiche Entdeckung! "Sie verwechseln sich nicht mit der Gesamtheit schlechthin, sie überschätzen nicht ihre Bedeutung". Wirklich, sie begreifen ihre Bedeutung nicht und Rosenberg am allerwenigsten. Rosenberg hat Sieyès überwunden. Sieyès gab der französischen Revolution die Losung: "Was ist der dritte Stand - Nichts - aber er müßte alles sein!" Die Gewerkschaften sind nichts in der Bundesrepublik, weil sie keine Kampforgane für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern Sozialpartner der Monopolkapitalisten und des kapitalistischen Staates sind. Mit Rosenberg an der Spitze des DGB.

Das Programm des DGB

Das "Parlament der Arbeit", das am 22. und 23. November 1963 in Düsseldorf "ohne Pathos und ohne Musik" sein neues Grundsatzprogramm über die Bühne brachte, protestierte "mit aller Entschiedenheit" in einer "Entschliebung" gegen die "ständigen Preiserhöhungen der letzten Zeit". Warum auch nicht, man hatte in den letzten Jahren gegen so manches "entschieden protestiert", auf ein paar Entschliebungen mehr kam es sowieso nicht an. Außerdem wird diese Entschliebung neben dem Protest gegen die Verschlechterung der Sozialgesetze und gegen die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung so ziemlich alles gewesen sein, was den Bedürfnissen und dem Verständnis der breitesten Arbeiterschichten entsprach. Außer diesen Entschliebungen standen aber noch 260 Anträge zur Debatte, die in knapp 12 Stunden in 2 Tagen "beraten" und verabschiedet werden sollten. Der "Weser-Kurier" vom 22. November 1963 schreibt dazu:

"Die Zeit für ausführliche Diskussionen war gar nicht gegeben - wie Gutermuth am Vormittag nach dem Zwischenspiel mit Leber etwas bitter

bemerkte, "vielleicht ein Fehler". Das Präsidium mußte darauf achten, die Tagesordnung präzise und exakt abzuspulen, um Ziel und Zeitplan zu verwirklichen.

So vergaß man gleich zu Beginn des Kongresses die Frage, ob jemand das Wort zur Diskussion wünsche, man schritt gleich zur Abstimmung. So wurde, sehr zum Mißfallen vieler Delegierter, nach der Diskussion über die strittige Passage, in der Präambel, in der die Stellung der Gewerkschaft zur Arbeitnehmerseite gekennzeichnet wird, gleich der Kompromißvorschlag der Antragskommission zur Abstimmung gestellt - die Abstimmung der einzelnen Anträge vergaß man. Zweifellos hätte aber eine Diskussion großen Stils den Kongreß gesprengt."

Es muß also schon ein Interesse von "oben" vorhanden sein, und wir gehen nicht fehl in der Annahme, diese Interessenten in den regierungssüchtigen Reihen der SPD zu suchen. Das SPD Organ "Brämer Bürgerzeitung" schrieb am 23. November 1963:

"Den Gewerkschaften von heute geht es nicht mehr nur um den Lohn, um den materiellen Anteil am Sozialprodukt, sie haben den Bogen ihrer vielfältigen Aktivitäten weitergespannt. Heute wissen die meisten gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, daß es eine Trennung ihrer beruflichen Forderungen von denen des Wohlergehens der ganzen Nation nicht mehr gibt. Die Gewerkschaften greifen weit mit ihren volkswirtschaftlichen, kulturellen und staatspolitischen Verpflichtungen, die sie übernommen haben, in den Raum der Gesamtpolitik unseres Volkes hinein, und nur noch Engstirnige wollen sie in das Getto des Streitens um lohnpolitische Probleme zurückdrängen.

Dazu kommt das Wissen um die allgemeinen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die bei jeder gewerkschaftlichen Aktivität berücksichtigt werden müssen, wenn auf sozialkultur- oder lohnpolitischem Gebiet Forderungen erhoben werden, deren Erfüllung dem G a n z e n dienen soll".

Das ist es, was den Primadonnen der Sozialdemokratie vorschwebt, sie wollen endlich "dem Ganzen" dienen, sie drängen zur Futterkrippe. Diesen Drang verspürte Georg Leber wieder einmal so mächtig, daß er sogar gegen den vorher ausgehandelten Kompromißvorschlag der Antragskommission polemisierte, gegen jene "strittige Passage" in der Präambel, von der in unserem Ausschnitt aus dem "Weser-Kurier" schon die Rede war und die da lautet:

"Bereits zu Beginn der Industrialisierung hatte die kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Gleichberechtigung verwehrt und soziale Mißstände und Krisen verursacht. Die Gewerkschaften hatten von Anfang an das Ziel, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen und sie zu schützen."

Diese Anträge (auch Anträge der IG Druck und Papier und der IG Chemie) wollten diese Feststellungen, die den Zorn Lebers hervorriefen, in die Gegenwart übertragen, so meinte der Bauarbeiterboß, und wir zitieren die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 22. November 1963: "erweckten in ihren Formulierungen den Eindruck, als ob Bedingungen der "früheren kapitalistischen Wirtschaftsordnung", die sozialen Mißstände, Auslieferung der Arbeitskraft an das Marktgesetz, Ausbeutung durch die Unternehmer, noch heute gültig seien und eine Eingliederung der Arbeitnehmer in die Gesellschaft sowie die Sicherung der

Würde des arbeitenden Menschen nicht möglich seien". Und weiter fragte er die Kongreßteilnehmer: "Wo gibt es in diesem Staat noch schrankenlose Unternehmerwillkür? Wo ist der Arbeitnehmer heute noch ausgebeutet? Hätten wir heute noch ausgebeutete Proletarier, die der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert sind, dann wäre das Programm eine wachsweiße Antwort der Gewerkschaften".

Der 1. Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden ist also der Meinung, daß soziale Mißstände, Auslieferung der Arbeitskraft an das Marktgesetz und Ausbeutung durch die Unternehmer überwunden sind! Für ihn hört ein Gaul auf, ein Gaul zu sein, sobald ihm sein Eigentümer zwei Eimer Hafer gibt statt einen. Leber und die Anhänger der kritiklosen Partnerschaftsideologie, von denen Leber die bereits vereinbarte Arbeitszeitsverkürzung für die Bauarbeiter weiter hinausschob und damit den anderen IG's in den Rücken fiel, bezeichnen auch den hemmungslosen Konkurrenzkampf der Unternehmer, der auf dem Rücken der Arbeiter getragen wird, als "Wettbewerb". Leber stellte mit Genugtuung bei der Diskussion um das Gemeineigentum fest, daß künftig die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum nur als "letztes Mittel zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht" angewendet werden könne. Als "vorletztes Mittel" gilt nach wie vor die "betriebliche Mitbestimmung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht", Bevor es allerdings soweit kommt, haben wir Gelegenheit, den Segen des von Leber so gepriesenen "Wettbewerbs" näher kennen zu lernen. Die Arbeiter und Angestellten der früheren Borgward-Betriebe, der Schlieker-Werft und anderer Pleitebetriebe haben hier schon Erfahrungen gesammelt.

Wenn die Folgen dieser Pleiten vorerst auch nur durch Wechsel des Arbeitsplatzes und durch niedrigere Löhne ausgebadet werden mußten, so zeigt uns das amerikanische Beispiel, was uns blüht, wenn der Konjunktur die Puste ausgeht und gleichzeitig die Rationalisierung in Form der Automation im Rahmen des "Wettbewerbs" vorangetrieben wird. Der "Weser-Kurier" vom 22. November 1963 brachte unter der Überschrift "US - Gewerkschaft verflucht die Automation" einen Artikel dieses Themas, worin es heißt:

"Automation ist ein wahrer Fluch für unsere Gesellschaft!" erklärte der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, George Meany, vor 2500 Delegierten, die 12,5 Millionen Mitglieder vertreten. Dies ist ein überraschender Stellungswechsel in Gewerkschaftskreisen, denn bisher hatten Präsident Meany und andere Gewerkschaftsführer Hoffnungen geäußert, daß bei weiser Überleitung die Automation ein Segen für die Arbeiter und die ganze Wirtschaft des Landes sein könnte. Jetzt sagte er: "Es gibt kein Element des Segens in dieser Automation, sie mag uns zu einer nationalen Katastrophe führen". Er schlug Schritte vor, um ihre Wirkungen zumindest zu kämpfen, wie Erhöhung des Mindestlohns auf 1,25 Dollar pro Stunde (der bisherige Mindestlohn beträgt 1 Dollar), weitgehende öffentliche Arbeiten und eine 35-Stunden-Arbeitswoche ohne jede Lohnkürzung.

Die Gewerkschaften führen vor allem an, daß fünf Prozent der amerikanischen Arbeitskraft nun schon seit 72 Monaten brachliegen. Im Jahre 1963 seien 12 Millionen Menschen für kürzere oder längere Zeit arbeitslos oder in Kurzarbeit, obgleich es ein Jahr allgemeiner Prosperität sei. Trotz verstärkter Produktion fiel die Zahl der Industriearbeiter in einem Jahrzehnt um 1,6 Millionen, in der Landwirtschaft um 1,4 Millionen, bei den Eisenbahnen um 500.000 und im Bergwerk um 200.000. In der gleichen Zeit wuchs die Zahl der Beschäftigungsfähigen um acht Millionen Menschen. Nur dadurch, daß die Zahl der für die Bundes- und Lokalregierungen Beschäftigten um 2,5 Millionen anstieg, konnte ein noch stärkeres Wachsen der Arbeitslosen

gebremst werden. Die Gewerkschaften beschwerten sich, daß die Industrie den Einfluß von Streiks übertreibe. Alle Streiks der letzten 35 Jahre hätten nicht so viele produktive Arbeitsstunden gekostet wie die Arbeitslosigkeit eines einzigen Jahres, erklärten sie. Durch die hohe Geburtsrate sei der Zuwachs an arbeitsfähiger Bevölkerung heute um fünfzig Prozent größer als vor zehn Jahren, jährlich strömen 1,4 Millionen junger Menschen in die Wirtschaft. Gleichzeitig wirft die wachsende Automation Millionen auf die Straße. Die Gewerkschaftsführer erklären: Je länger Amerika weitumfassende Maßnahmen verzögert, um das Problem der steigenden Arbeitslosigkeit zu lösen, um so schwieriger wird dieses Problem werden. Weitere Verzögerung kann das ganze Gewebe der freien Gesellschaft Amerikas gefährden. Vier Millionen neuer Arbeitsplätze müßten jährlich geschaffen werden, um die neu Zuströmenden aufzunehmen und die weiteren Millionen, die durch Automation aus ihren bisherigen Arbeitsstätten geworfen werden.

Die Nationaökonomen wie die Gewerkschaften erkennen die große Gefahr der steigenden Arbeitslosigkeit. Trotz eines Anwachsens des Sozialproduktes um 32 Milliarden Dollar lag die Arbeitslosenziffer über der des Vorjahres. Es gibt hier zwei Theorien: Die einen sagen, daß der schnelle technische Fortschritt den Bedarf an wenig geschulten Arbeitskräften schrumpfen lasse, während hochqualifizierte Arbeiter eine Mangelware darstellen. Ihr Rezept ist Bekämpfung der unausgeglichene Struktur des Arbeitsmarktes durch weitgehende Umschulung und Schaffung öffentlicher Arbeiten, die die Privatindustrie nicht durchführen kann. Die anderen sagen, es handelt sich um eine weit tiefer gehende Krise, zu der die Automation nur einen Teil beitrage. Es handele sich um eine Schwäche der allgemeinen Nachfrage nach Gütern und Diensten, die das Sozialprodukt nicht genügend schnell anwachsen lasse."

Die amerikanischen Arbeiter und ihre Gewerkschaftsführer mußten ihre "Hoffnungen auf den Segen der Automation" zu Grabe tragen, weil es in der "freien Wirtschaft keine "weise Überleitung" gibt. Ebenso dürfte es klar sein, daß eine Umschulung auf "hochqualifizierte Arbeiter" niemals das Gros der Arbeitslosen von der Straße bringen kann, eine Umschulung, die der Staat bezahlen muß, aber die Nutznießer dieser Investierung sind zur Zeit nur die Unternehmer. Die "freie Gesellschaft Amerikas" ist soe "frei" wie die unsrige, man nennt sie kapitalistische Gesellschaft, in ihr wird nach Profit produziert und nicht nach den Bedürfnissen der Menschen. Diese Profitproduktion ist es, die den Unternehmer zwingt, unter dem Druck der Konkurrenz seine Produktionskapazität immer mehr zu erweitern. Die hieraus resultierende Mehrerzeugung von Gütern führt zu Preisabsprachen, um die hemmungslose Konkurrenz auszuschalten bis zu dem Zeitpunkt, wo auch dies Mittel nichts mehr taugt und die Unternehmer gezwungen sind, Preissenkungen vorzunehmen, um sich überhaupt noch gegenüber der Konkurrenz einen Anteil am Markt zu sichern. Die erweiterte Produktionskapazität schreit nach immer neuen Aufträgen und läßt die Produkte zu einem Warenberg anwachsen, die der kapitalistische Markt nicht mehr verschlingen kann. Um die erzeugten Güter zu verbrauchen, müßte die Kaufkraft mit der steigenden Produktion Schritt halten, aber das ist dort unmöglich, wo der Gegensatz zwischen Lohn und Profit die Wirtschaft beherrscht. Wir merken es selbst, bei den Lohnabkommen der letzten Zeit waren die Lohn erhöhungen weitaus geringer und die Laufzeit der Tarifverträge erheblich länger als noch vor ein paar Jahren - die Parole lautet schon jetzt bei den Gewerkschaften "Das Erreichte behalten". Die Lober-Theorie von dem langsamen "Hineinwachsen in den demokratischen Sozialismus", die als "fortschrittlich"

bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein ganz alter Hut. Daß heute diese Illusionen in der Arbeiterschaft üppig ins Kraut schießen, hat seine Ursache in den kleinbürgerlichen Existenz-Bedingungen, die der Kapitalismus ihr noch bieten kann und in der Voreingenommenheit gegenüber allem, was nach "Sozialismus" riecht angesichts der vergleichbar herrschenden Zustände in der DDR.

Es gab in den Hundert Jahren Arbeitergeschichte genug Theorien, die den Reformismus und die Evolution predigten. Aber nur wer oberflächlich an die Dinge herangeht oder eben als Kleinbürger, kann behaupten, die Entwicklung sei harmonisch und friedlich verlaufen. In zwei Weltkriegen wurden die Arbeiter vor den Karren der großbürgerlichen Klasse gespannt, für die sie den höchsten Blutzoll zahlten. Aber die Arbeiterklasse muß erkennen, daß dieser Zustand des Arbeitskräftemangels auch in der BRD nicht dauern wird, sie muß erkennen, daß auf die Dauer gesehen, ihre Lage davon abhängt, in welchem Verhältnis sie zu den Produktionsmitteln steht. Die auf die Spitze getriebene Produktionskapazität treibt die Keime des Untergangs der bürgerlichen Ideale in dem Maße vor sich her, wie die bisherigen Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes um bessere Lebensbedingungen versagen. Für die kommenden Auseinandersetzungen ist dieses Grundsatzprogramm wertlos. Ein solches Programm wird dann von den Erfordernissen der Zeit geschrieben.

Parlamentskrise in Norwegen

Kings-Bay, geographisch ein abgelegener Ort auf Spitzbergen, politisch ein Sprengstoff in der norwegischen Innenpolitik dieses Jahres. Die staatlichen Gruben auf Spitzbergen sind in den letzten Jahren Gegenstand wiederholter Diskussionen im Parlament gewesen. Eine Reihe von Unglücksfällen wurde der Grubenleitung zur Last gelegt. Vor dem Parlament verpflichtete sich die sozialdemokratische Regierung, ein wachsames Auge auf die betrieblichen Verhältnisse in Kings-Bay zu halten. Ein neuerliches Unglück mit tödlichen Ausgang (21 Tote) trieb zur Regierungskrise. Als sich der Ministerpräsident Gerhardson mit dem verantwortlichen Minister solidarisierte und dem Parlament gegenüber nicht volle Rechenschaft über die Verhältnisse auf Kings-Bay abgeben wollte, kündigte die bürgerliche Opposition ein Mißtrauensvotum an. Das Kräfteverhältnis im Parlament war 74 Bürgerliche gegen 74 Sozialdemokraten, die in der norwegischen Arbeiterpartei CDNA organisiert sind. Das Zünglein an der Waage bildete die aus ehemaligen Sozialdemokraten bestehende Sozialistische Volkspartei CSFJ mit ihren 2 Abgeordneten. Durch ihre Kritik an der Regierung kam diese auf eine Linie mit den Bürgerlichen und sah sich vor die Frage gestellt, zusammen mit diesen eine Arbeiterpartei zu stürzen. Es darf vermutet werden, daß die DNA aus der entstandenen Situation sich Vorteile erhoffte - auf Kosten der linkssozialistischen SF. Der Preis, den die Regierung dafür zu zahlen hatte - Verlust der Ministersessel an die Bürgerlichen - mag ihr nicht hoch genug erschienen sein. Es ging ja darum, die linkssozialistischen Elemente, die man durch den Ausschluß aus der Partei 1961 liquidiert zu haben glaubte und die gegen alle Vermutung bei den Parlamentswahlen einige Monate später 5,5 % aller Stimmen erhalten hatten, in den Augen der Arbeiterwähler zu diskreditieren.

Es spricht für das hohe politische Niveau der SF, daß es ihrem Wortführer im Parlament, Finn Gustavson, gelungen ist, den Sturz der Regierung Gerhardson zu erzwingen, ohne das Schlepptu der Bürgerlichen zu bekommen. In einer vielbe-

achteten Rede im Parlament verband Gustavsen seine Kritik an der Regierung, die auf ein Mißtrauensvotum zusammen mit den Bürgerlichen hinauslief, mit der Forderung nach einer neuen Arbeiterregierung unter Ausschluß der für die Kings-Bay-Katastrophe Verantwortlichen. Die Regierung fiel und der Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, ging an die Bürgerlichen.

Es ist bezeichnend für die Situation in den nordischen Ländern mit ihrem starken Einschlag an Arbeiterwählern, daß die jahre- und jahrzehntelange Machtausübung durch sozialdemokratische Regierungen ein reformfreundliches Klima geschaffen hat, das nicht einfach durch einen Regierungswechsel verändert werden kann. Die Rolle des Reformismus in Skandinavien ist eine zweifache: Einmal die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen und zweitens Schrittmacher des Kapitalismus zu sein. Das erste bedingt das zweite, wenn man den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreiten will und lediglich für die Tagesinteressen der Arbeiter kämpft. Im Zeichen der Hochkonjunktur ist das möglich. Als Schrittmacher des Kapitalismus hat die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien den Wind aus den Segeln genommen und diese haben sich weder in Norwegen noch in Schweden auf ein gemeinsames Programm einigen können. Der von der bürgerlichen Opposition ersehnte Sturz der Regierung, der nicht ihren eigenen Kräften verdankt war, stellte die Opposition vor die Notwendigkeit, mit einem eigenen Programm vor das Parlament zu treten. Sie fand kein besseres, als das der abgetretenen Arbeiterregierung.

Nichts hat die Annäherung zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Politik deutlicher machen können, als die Konfrontation der Arbeiterwähler mit ihrem eigenen Programm in bürgerlicher Aufmachung. Es wird dem starken Druck - vor allem aus Gewerkschaftskreisen - zugeschrieben, daß die DNA sich zu unmittelbarem Handeln gezwungen sah. Aber es kann auch die Befürchtung mitgesprochen haben, die SF mit Gustavsen könne sich zum Wortführer der Arbeiterwähler machen und aus einer eventuellen Unfähigkeit der DNA Vorteile ziehen. Das Programm, das der eben abgetretene Gerhardsen der bürgerlichen Regierungserklärung gegenüberstellte, unterscheidet sich erheblich von dem vorhergegangenen desselben Gerhardsen. Es ist kein revolutionäres Programm, es enthält aber Punkte, die in eine sozialistische Richtung deuten. Es stimmt in den Grundzügen mit dem der SF überein. Wir nennen folgende:

- Ausbau der Organe für öffentliche Planungen.
- Errichtung neuer staatlicher und kommunaler Betriebe;
- Ausbau der Wirtschaft in den industriearmen Gebieten mit Hilfe des zu bildenden Pensionsfonds;
- Erweiterung des öffentlichen Einflusses und Kontrolle über das gesamte Bank- und Kreditwesen;
- Entwurf eines Enteignungsgesetzes, um der Bodenspekulation entgegenzuwirken und Baugrund für einen erweiterten Wohnungsbau in die Hand zu bekommen;
- Gesetzliches Mitbestimmungsrecht in allen öffentlichen Betrieben; Mitbestimmungsrecht in der Privatwirtschaft aufgrund von Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern;

Von größerem, viel näherem Interesse für die Arbeiterwähler sind folgende Reformpunkte:

- Überprüfung der Arbeiterschutzgesetze; 40 - Stundenwoche;
- 4 Wochen Ferien; Erhöhung der Sätze der Alters- und Invalidenversicherung;
- Witwenrente; Staatspension für alle in Form einer Höchstpension, die 2/3 des erzielten Lohnes betragen soll (als Vorbild diente die schwedische allgemeine Dienstpension).

Mit diesem Programm ging die DNA in den Wahlkampf - die Gemeindewahlen standen vor der Tür, als die Regierungskrise ausbrach - und stürzte die bürgerliche Koalitionsregierung unter Führung der Konservativen 3 Tage vor den Wahlen. Das Interesse an diesen Wahlen fand seinen Ausdruck in einer hohen Beteiligung (90 %). Das Ergebnis war ein großer Erfolg für die DNA. Vor der Aussicht, nach 28 Jahren Arbeiterregierung den Bürgerblock an der Macht zu wissen, sammelte sich die gesamte Arbeiterbewegung zu einer Kraftanstrengung und bekannte sich zum neuen Programm der DNA. Die Wendung der Arbeiterpartei bedeutete aber auch, daß sie der SF den Wind aus den Segeln nahm. Hinzu kam, daß trotz allem die SF in den Augen mancher Arbeiterwähler, auch in den eigenen Reihen, als mitschuldig an dem Sturz einer Arbeiterregierung angesehen wurde. Trotzdem konnte sie sich behaupten. Die Hoffnung der DNA-Parteiführung, die linke Opposition innerhalb der DNA an die Wand drücken zu können, hat sich nicht erfüllt.

Für die KP bedeutete der Wahlausgang am 23. September 1963 eine wahre Katastrophe. Sie verlor die Hälfte der Stimmen, verglichen mit den Gemeindewahlen 1959. Die Taktik der KP bestand darin, nicht die linke Opposition zu unterstützen, sondern die sozialdemokratische Mehrheit, in der Hoffnung, wie diese mit der SF aufräumen zu können. Das Ergebnis war unerwartet. Die KP-Mitglieder gaben ihre Stimme der DNA, sie wählten sozialdemokratisch und nicht kommunistisch. Die Ereignisse in Norwegen haben die Klassengegensätze aufgezeigt. Es fragt sich, welche Bedeutung das für die außenpolitischen Probleme haben wird. NATO-Kurs, Aufrüstung, Anschluß an den gemeinsamen Markt sind im trauten Einvernehmen zwischen Arbeiterpartei und Bürgerlichen bestimmt worden. Wird die SF mit ihrer Kritik an dem Kurs der Regierung auch hier zu einer Änderung beitragen können? Die Ereignisse der nächsten Zeit werden das zeigen.

Die weltpolitische Lage hat uns veranlaßt, Probleme in einer Weise in unserem letzten Informationsbrief zu behandeln, die es notwendig machen, in einer Aussprache unserer politischen Freunde hierzu ausführlich Stellung zu beziehen.

Zu diesem Zweck ergeht an alle interessierten Bremer Leser der Informationsbriefe noch eine besondere Einladung, in der Zeit und Lokal bekanntgegeben werden.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, Dezember 1963

BRÜNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LÄSSNER



Karl Grönsfelder zum Gedenken.

Mitten aus seinem immerwährenden Schaffen für die Gruppe Arbeiterpolitik und die gesamte Arbeiterbewegung wurde unser lieber Genosse Karl durch einen plötzlichen Tod herausgerissen. Niemand konnte und wollte es glauben, so unvermittelt vollzog sich der Lauf der Dinge. Was wir ihm noch zu seinem achtzigsten Geburtstag wünschten, noch recht lange Zeit unter uns zu weilen und das Wiedererwachen der deutschen Arbeiterbewegung zu erleben, hat sich leider nicht erfüllt, Zwei Jahre danach schon hat ihm der Tod die rastlose Feder aus der Hand genommen, die nimmermüde war, seine Ideen zu dokumentieren.

Nicht nur die Nürnberger Gruppe wurde durch den Tod des Genossen Karl ihres Mittelpunktes beraubt, seine Arbeit fand ebensoviel Würdigung und Anerkennung bei allen anderen Freunden. Karl war in seinem ganzen Leben nicht ans an Gegnern, im Gegenteil; aber sie respektierten ihn. Dies scheint ein Charakteristikum seines Wesens gewesen zu sein. Er verstand es immer, sich auch mit seinen Gegnern in einer Weise auseinanderzusetzen, die keinen Haß zuließ. So beharrlich er sich mit anderen Meinungen auseinandersetzte, so konsequent behauptete er aber auch seine eigenen Prinzipien. Diese Haltung war es, die ihn von vielen anderen unterschied, die lange Jahre mit ihm gemeinsam auf dem Wege zu einer besseren Gesellschaftsordnung marschiert sind, um schließlich doch nicht mehr den Weg weiterzuführen.

Karl kannte seinen Weg und auch das Ziel, er blieb Kommunist und auch der Terror der Konzentrationslager konnte seinen Mut nicht brechen und seine Überzeugung nicht wandeln. Als Kommunist trat er gegen die Partei auf, als er ihre falsche Politik erkannte. So war er sich selbst immer treu geblieben, ohne anderen nach dem Munde zu reden. Er bekämpfte den Reformismus der SPD und der Gewerkschaftsführer ebenso wie die unselbständige Haltung der kommunistischen Partei und ihre Unterwerfung unter die russischen Interessen. Er scheute sich nicht, danach wieder von vorne zu beginnen und die kommunistische Opposition aufzubauen mit vielen anderen aufrechten Genossen ungeachtet dessen, daß ihn die Partei verließ, anfeindete und als Renegat beschimpfte. Der Weg, den er ging, konnte nicht zu Ehren und Macht führen. Unser Karl war sich dessen bewußt, aber nichts konnte seine Überzeugung korrumpieren.

Er scheute keine Arbeit und war sie noch so wenig aussichtsreich. Wie er die Kleinarbeit im Betrieb oder in der Gruppe geschickt organisierte, um jeden einzelnen rang, so betrieb er auch die politische Arbeit im großen Stil. Er wußte um die Notwendigkeit der Kleinarbeit, vor allem in einer Zeit, in der keine großen gesellschaftlichen Bewegungen erfolgen. Er tat auch diese Arbeit und vor allem besser als die anderen.

Gerade unsere Nürnberger Gruppe verdankt in dieser Hinsicht dem Genossen Karl sehr viel, er allein war es, der durch seinen Einsatz und sein Wirken den endgültigen Zusammenbruch der Gruppe verhinderte, als die Spitze zerfiel. Uns scheint, daß diese Initiative und die damit verbundene Arbeit für ihn ungleich schwieriger und komplizierter war als seine Tätigkeit in der großen Politik in den Reihen der Partei. Die Zeit war nicht spurlos an ihm vorübergegangen, er kränkelte, sein Gehör wurde immer schlechter, die Sehkraft ließ nach, Sprechen und Schreiben bereiteten ihm große Mühe und dennoch war er unablässig tätig, der Flug seiner vom körperlichen Zustand unbeeinträchtigten Gedanken trieb ihn, diese bis zuletzt auszudrücken und anderen zu vermitteln. Vielleicht war es deshalb schwierig für einen Außenstehenden, ihn immer richtig zu verstehen. Für jene aber, die ihn kannten, war dies kein Hindernis, um die Fülle und Reife seiner Gedanken zu bewundern. Seine körperlichen Gebrechen hat er nicht beschönigt und sehr darunter gelitten, jedoch hat er sie niemals dazu benutzt, sich dahinter zu verstecken, um sich damit seiner selbst gestellten Aufgaben zu entledigen.

Was man ihm lediglich vorwerfen konnte, war seine Rastlosigkeit, doch selbst seine Lebensgefährtin und Mitstreiterin Emma war selten imstande, ihn dazu zu bewegen, einmal auszuspannen. Diese Energieleistungen, dieser Einsatz für die Sache der Arbeiterbewegung in einer Zeit, in der sie fast nicht mehr zu existieren scheint, setzen soviel politische Einsicht und Wissen voraus, wie sie heute leider nur noch sehr selten zu finden sind. Genosse Karl hatte beides in hohem Maße, so war er uns ebenso Lehrer wie Führer und Freund und es fällt schwer, daran zu denken, daß sein guter Rat, aber auch seine warnende Stimme für immer verstummt sind, sein freundschaftliches Verständnis uns für immer fehlen wird. Er ist als ein Kämpfer gestorben, in der Ausübung eines sich selbst gestellten politischen Auftrages.

Vielleicht war dieser Tod in seinem Sinne, aber er kam dennoch so unvermittelt, daß er noch immer unfaßbar erscheint. Viele der Besten aus der Arbeiterbewegung sind diese Straße vor ihm gegangen, Karl Grönsfelder hat sich eingereiht als einer der Besten und Würdigsten. Sein Leben war zwar nicht von der Genugtuung gekrönt, die die deutsche Arbeiterklasse endlich sehen zu sehen, doch hat sein Wirken Spuren hinterlassen, die man heute in ihrer Auswirkung noch nicht beurteilen kann. Er hat in vielen Herzen und Hirnen die Überzeugung genährt von der Notwendigkeit des Aufbaues einer besseren menschlichen Gesellschaft und durch sein Wirken ein Beispiel gegeben.

Wir Jungen aber sind um seinen Rat verlegen und müssen lernen, aus den Erfahrungen, die er uns vermittelte, selbständig die Nutzenanwendung zu ziehen um den Weg weiterzugehen, den er trotz aller Enttäuschungen gegangen ist.

In diesem Sinne können wir erfüllen, was Karl Grönsfelder wollte:

Politikgeschichtliches

"Wenn ich an Europa denke, in der Nacht,
bin ich um den Schlaf gebracht"

Hinter verschlossenen Türen

Nachwehen der Flutkatastrophe

Der Film: 'Asche und Diamant'

"Wenn ich an Europa denke, in der Nacht,
bin ich um den Schlaf gebracht"

In Anlehnung an Heinrich Heine formulierte Erhard diesen Stoßseufzer, den er auf dem Industrie- und Handelstag am 19. 2. 1964 in Köln von sich gab. Das widerspricht seiner bisherigen Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, wie sie auch in den Jahresvorschauen für 1964 in der Bundespresse erschienen ist. "Die Welt" vom 20. Februar 1964 berichtet über diese Tagung:

"Als Punkte, die ihm Anlaß zu seiner pessimistischen Betrachtung geben, zählte er auf: Die Verteidigungspolitik, die Anerkennung Pekings durch Frankreich und die Kennedy-Runde. 'In Europa', sagte Erhard, 'entwickelten sich die einzelnen Länder im großen Maßstab wirtschaftlich auseinander'. Die Bundesrepublik sei durch ihre Außenhandelsüberschüsse in bedenklicher Weise Nutznießer dieses Auseinanderlaufens. Alle Länder gerieten mehr oder weniger in Gefahr, über ihre Verhältnisse zu leben. Als Heilmittel pries Erhard eine originäre politische Willensbildung: 'Wir müssen mehr tun, um wieder zum Gleichschritt zu gelangen'."

Worin soll die "originäre politische Willensbildung" bestehen, wie soll sie geschaffen werden? Sind Erhard Zweifel gekommen über die künftige Wirksamkeit seiner Wirtschaftswunder-Methoden? Aus der Froschperspektive der bundesstaatlichen Politik gibt es keine Antwort und keinen Ausweg. Die Machtgrundlage der Bundesrepublik ist von den anglo-amerikanischen Siegermächten geborgt. Sie wird erschüttert und zerfällt. De Gaulle hat die Engländer als Brücke, als europäische Hilfskraft der USA in der EWG ausgeschaltet. Er stößt mit der Anerkennung Chinas nach dem fernen Osten vor und mit seinen Besuchen in Lateinamerika in die Einflußgebiete der USA. Durch sein Abkommen mit dem kanadischen Ministerpräsidenten Pearson stützt de Gaulle sich auf den französischen Teil der Kanadier zum Widerstand gegen die nordamerikanischen Einflüsse. Er schafft für die französische Finanzoligarchie einen eigenen Ausweg aus der Sackgasse der amerikanischen NATO-Politik. Großbritannien lehnt die Teilnahme an den mit Kernwaffen ausgerüsteten und von gemischten NATO-Besatzungen geführten Überwasserschiffen ab. Die Bundesrepublik akzeptiert sie, obgleich sie sie für so sinnlos hält wie die Engländer. Weiter besteht England auf Handelsbeziehungen zu den Ländern des sozialistischen Blocks einschließlich Kubas. Das sind die Ursachen für Erhards Sorge. Originäre Politik der Bundesrepublik bestand und besteht bisher in gehorsamer Unterordnung unter die amerikanische NATO-Politik - amerikanische Handelspolitik, wie das Verbot der Lieferung von Röhren zum Transport russischen Petroleums beweist.

Diese völlige Unterordnung der Bundesrepublik unter das amerikanische Monopolkapital muß in der Bundesrepublik und in der USA selbst über kurz oder lang zum Scheitern führen. Die USA kann und wird die irrationalen Forderungen der Bundesrepublik nicht einmal ideologisch weiter stützen wie die Beseitigung der Nachkriegsgrenzen der Bundesrepublik, die Vertreibung der SU aus ihrer deutschen Besatzungszone, der DDR, das Selbstbestimmungsrecht für das bundes-

deutsche Monopolkapital. Nach den Präsidentenwahlen in Amerika wird diese Wendung klarer werden. Eine tatsächliche Unterstützung dieser bundesdeutschen Forderungen würde die USA zwangsläufig zum Atomkrieg mit und gegen den sozialistischen Block führen. Dafür werden selbst die borniertesten Kommunistenfeinde zu kämpfen und zu sterben nicht bereit sein. Die SU wird keine ihrer Forderungen gegenüber den USA mit Krieg zu erzwingen versuchen. Das ist der reale Inhalt des Geredes von der Schaffung einer Entspannung mittels friedlicher Koexistenz-Politik.

Auch in der Bundesrepublik wird die Einheitsfront zwischen allen Parteien zur Unterstützung der amerikanischen Politik in die Brüche gehen. Kein Zweifel, daß Willy Brandt und der Teil der FDP, der ein Abkommen mit der DDR auf der Grundlage der Passierscheinbestimmungen der Jahreswende anstrebt, dies nur tut, weil sie von bedeutenden Kräften der USA gefördert werden. Das wird nicht nur die Koalition der CDU/CSU mit der FDP erschüttern, sondern breitere Kräfte in der Bundesrepublik ermuntern zu einer Zusammenarbeit mit der DDR. Nicht nur in der Bundesrepublik beginnt die Zersetzung in Nebenfragen.

Am 16. Februar 1964 erschien im "Stern" ein Artikel von Sebastian Haffner, der der Tendenz zu einer realen Politik mit der SU und der DDR wie folgt Ausdruck gibt:

"Die Bundesrepublik betreibt immer noch eine Politik des Ignorierens, Boykottierens und sinnlosen Beschimpfers der DDR, obwohl längst klar ist, daß sie die DDR nicht mehr abschaffen kann. Sie läßt immer noch Briefe Ulbrichts ungeöffnet zurückgehen und schadet damit dem deutschen Volke hüben und drüben. Denn jeder denkende Mensch weiß heute, daß eine Wiedervereinigung ohne Mitwirkung beider Teile nicht mehr möglich ist und daß selbst die Milderung der bestehenden Teilung (mit der jeder Wiedervereinigungsprozeß beginnen muß) Anerkennung der Tatsachen, sachliche Beziehungen und ernsthafte Verhandlungen erfordert. Wenn die Bundesregierung zu blind ist, das einzusehen, oder zu eitel, es zuzugeben, dann muß die Opposition dem gesunden Menschenverstand zum Siege verhelfen".

Jahre der Präsidentenwahlen in USA haben immer die Regierungspolitik der Wahl untergeordnet und die Regierung aktionsunfähig gemacht. Das trifft besonders 1964 zu, wo der Nachfolger des ermordeten Kennedy, der neue Präsident Johnson, es besonders schwer hat. Seine Erklärung, daß er die Innen- und Außenpolitik Kennedys fortsetzen will und wird, ändert nichts an den Schwierigkeiten. In Süd-Vietnam wurde noch unter Kennedy die Diem-Regierung gestürzt. Die Anerkennung Chinas durch de Gaulle hat die Kräfte, die de Gaulle zur Neutralisierung und Vereinigung von Süd- und Nord-Vietnam auffordert, gestärkt. Der militärische Geheimapparat hat unter Johnson die nach der Ermordung Diems und seines Bruders von Kennedy geschaffene Regierung gestürzt, weil sie im Verdacht stand, der Vereinigung des gespaltenen Landes zuzustimmen und den Krieg zu beenden. Das konnte natürlich nicht ohne Billigung der USA geschehen, die genügend überlegene amerikanische Soldaten im Lande hat, die den erneuten Umsturz hätten verhindern können. Das schafft neue Schwierigkeiten. "Die Welt" berichtet über Gespräche Johnsons mit seinen militärischen Beratern, den Krieg in Nord-Vietnam zu verschärfen, die Süd-Vietnam-Partisanen zu stärken, welche von USA-Spezialisten im Dschungelkrieg geführt werden. Wenn das nicht genügen sollte, müsse man an die Mittel des Korea-Krieges denken. "Die Welt" vom 21. 2. 1964 schreibt darüber:

"Diese Pläne haben ihr Sprachrohr in Stewart Alsop ("Saturday Evening Post") gefunden, der gute Beziehungen zum Geheimdienst nachgesagt werden. Er zitiert einen politischen Planer: "Wenn die Chinesen eingreifen, dann würden wir endlich eine gottgesandte Gelegenheit haben, bestimmte Ziele in China zu treffen". Alsop setzt hinzu, daß diese 'gewissen Ziele' die chinesischen Atomanlagen seien".

Wenn nicht die Wahlen bevorstünden, brauche man nicht zu zögern und Johnson sei genau der Mann dazu. Das begründet Marguerite Higgins in der "Welt" vom 7. 2. 1964:

"Wäre es in der Vergangenheit nach Präsident Johnson gegangen, sähe die Lage im karibischen Meer heute vielleicht ganz anders aus. Als Vizepräsident hat Johnson zum Beispiel die Ansicht vertreten, die Vereinigten Staaten könnten sich eine Niederlage in der Schweinebucht nicht leisten. Sein Standpunkt war folgender: Hätten die Vereinigten Staaten erst einmal den Angriff der Anti-Castro-Brigade auf die Schweinebucht zugelassen, so mußten sie dann auch für alles Notwendige sorgen - einschließlich des Schutzes aus der Luft - um den Erfolg der Exilkubaner sicherzustellen. Aber seine Ansicht wurde nicht beachtet".

Das ist Vorplanung künftiger friedlicher Koexistenzpolitik, sie wird auch illustriert durch die Entsendung französischer Fallschirmtruppen nach Gabun, um den französischen Quissling, Leon Mba, wieder einzusetzen. Die Zypern-Ereignisse weisen eine ähnliche Tendenz auf.

Die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen, die sogenannte Kennedy-Runde, wird trotz der von Erhard und de Gaulle gefeierten Annäherung der Standpunkte der Bundesrepublik wider de Gaulles in der Frage der Agrarzölle keineswegs ganz idyllisch verlaufen. Im amerikanischen Senat erklärte schon Ende Oktober 1963 der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses, Fulbright, der französische Staatspräsident schwäche fortgesetzt die atlantische Allianz. Die "Welt" vom 31. 10. 1963 berichtet darüber weiter:

"Aus eigenem Willen werden die USA Europa nie aufgeben", bestätigte der Senator. Aber warnte sogleich nicht minder präzise davor, daß die Armeen der Vereinigten Staaten von den Europäern aus Europa gedrängt werden könnten. Damit vernahmen wir eine amerikanische Version vom Wort Couve de Murvilles über das 'volle Gewicht' der Europäer, das geltend zu machen sei. Mehr noch: Fulbright sprach klipp und klar vom 'Zerfall der westlichen Allianz', dauere die gegenwärtige französische NATO-Politik an. Fünf Jahre vor Ablauf des Bündnisses steht also sein Zerfall als Thema in der transatlantischen Debatte. Betrübliches Zeichen (oder Ergebnis) in der Zeit angeblicher ost-westlicher Entspannung."

Die Amerikaner wollen nicht freiwillig aus der NATO und der EWG gehen. Der Widerstand der europäischen Interessenten wird immer stärker und de Gaulle beschränkt sich nicht auf ideologische Kritik, sondern handelt. Das hat in der EWG fast bis zur Zerstörung geführt. Das wurde verhindert durch den Kompromiß de Gaulles mit der Agrarpolitik Erhards. Trotz aller Interessengegensätze der Mitglieder in der EWG haben bis jetzt die positiven Vorteile für die Teilnahme die negativen überwogen. Wir geben aus der Bilanz der EWG, abgedruckt in der "Welt" vom 25. 1. 1964, folgenden Auszug:

"Seit 1958 ist das reale Bruttoezialprodukt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um rund 30 % gewachsen, das der USA um 22 und

das Großbritannien um 16 %. Die Industrieproduktion in der EWG allein hat um 41 % zugenommen. Der allgemeine Lebensstandard, gemessen am realen privaten Verbrauch je Person, hat sich in den vergangenen Jahren um rund 23 % erhöht. Der Binnenhandel der Gemeinschaft ist in der gleichen Zeit um rund 130 % gestiegen. Die Einfuhren aus den Nichtmitgliedsländern haben um 51 %, die Ausfuhren um 35 % zugenommen, während sich der Welthandel im gleichen Zeitraum nur um 31 % erhöhte."

und weiter:

"Die Einfuhren aus den Nichtmitgliedsstaaten haben dem Volumen und dem Werte nach 1963 um 10,5 % zugenommen, gegenüber 8 % von 1961 auf 1962. Der Binnenhandel nahm wertmäßig um 16 % gegenüber 14 % im Jahre 1962 zu. Weil die Einfuhr stärker als die Ausfuhr gestiegen ist, hat sich das Defizit der EWG-Handelsbilanz weiter vergrößert. Es dürfte 1963 etwa 2,8 Mrd. Dollar betragen haben.

Der Expansion des privaten Verbrauchs lag 1963 vor allem eine kräftige Ausweitung des Arbeitseinkommens zugrunde. So ist das gesamte nominale Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik um 7 % gestiegen, in Belgien-Luxemburg um rund 9 und in den anderen Mitgliedsländern um mehr als 10 %. Die Zunahme des realen Verbrauchs je Kopf der Bevölkerung betrug in der Gemeinschaft insgesamt 4 % mit einer Variationsbreite von fast 2,5 (Bundesrepublik) bis zu fast 7 % (Italien)."

Es hat wenig Zweck, unseren Lesern weiteres Zahlenmaterial zu geben. Die Masse der bundesdeutschen Werktätigen, auch die gewerkschaftlich und in der SPD Organisierten, haben kein Bedürfnis nach konkreten Informationen. Sie fordern, daß ihre Gewählten, die Abgeordneten und die Funktionäre ihrer Organisationen, sich damit beschäftigen. Sie haben auch kein Bedürfnis zur konkreten Kontrolle ihrer Abgeordneten und Funktionäre. Die sogenannte Mitbestimmung ihrer Betriebsräte und Vertreter in den Aufsichtsräten ihrer Industrien beschränkt sich auf die Überwachung tariflicher Abmachungen und sozialgesetzlicher Bestimmungen. Auf die Organisation der Betriebsführung haben sie keinerlei Einfluß. Sie sind beschränkt und beschränken sich auf die Förderung der Profitwirtschaft des Monopolkapitals. Wirkliche Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen bedeutet Kampf um die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische vom Betrieb aus, Kampf gegen den Privatbesitz an Produktionsmitteln und Organisierung der Wirtschaft von der Profiterzeugung zur Befriedigung der Massenbedürfnisse. Aber Gewerkschaftsbürokratie und Sozialdemokraten verneinen den Klassengegensatz. Die neue technische Revolution beschleunigt in einem nie dagewesenen Umfang die Umwandlung von Luxusbedürfnissen in Massenbedürfnisse. Die Produktivkräfte des Nachkriegskapitalismus zwingen mittels ihrer Reklame den breiten Massen Automobile, Radio, Fernsehapparate, Waschmaschinen usw. auf. In der Bundesrepublik hat schon jede dritte Familie ein Automobil. In Amerika ist bereits der Autobesitz zu einem Mythos über die praktischen Bedürfnisse hinaus geworden. In der kapitalistischen Wirtschaft muß das zwangsläufig zu Überproduktionskrisen mit neuer Massenverelendung führen. In dieser Umwandlung von Luxusbedürfnissen in Massenbedürfnisse sehen die Werktätigen nur die angenehmen Eigenschaften für das Individuum und nicht die katastrophalen Folgen für die Umgestaltung des gesellschaftlichen Überbaues. Sie verneinen den Klassengegensatz und werden darüber hinweggetäuscht, daß diese kapitalistische Produktionsweise die Bedürfnisse der breiten Massen in Fesseln für sie verwandelt. Sie übersehen die Intensivierung ihrer Berufsausübung: laufendes Band, Rationalisierung, Arbeitszeitbewertung, nach Sekun-

kunden berechnet. Ruhepausen, erkämpfte Urlaube dienen nicht mehr der Erholung und Muße, sondern der Zerstreuung und Ablenkung. Sport wird nicht selbst ausgeübt, sondern als Sensation und kapitalistisches Geschäft von Berufssportlern betrachtet, ein gutes Mittel, die breiten Massen vom Nachdenken über ihre eigenen Interessen abzulenken. Im Augenblick zeigt uns die dauernde Massenarbeitslosigkeit, die in Amerika trotz Produktionsentfaltung nicht unter die 5 Millionen-Grenze gesenkt werden kann, die Folgen dieser Entwicklung am amerikanischen Beispiel für Europa. Bricht diese hektische Wirtschaft zusammen, wird es ein grauenhaftes Erwachen geben. Bei den breiten Massen äußern sich diese anarchischen Auswirkungen der kapitalistischen Monopolwirtschaft in Verdummung und Passivität. Da die werktätigen Massen in den entwickelten kapitalistischen Ländern im günstigsten Fall gewerkschaftliche Kämpfe führen, die die kapitalistische Herrschaft nicht ernsthaft beeinträchtigen, ihre Kriegsvorbereitungs- und Rüstungspolitik nicht verhindern, tritt individueller Terror an die Stelle des Massenkampfes.

Die geschichtliche Erfahrung zeigt die Bedeutung der Produktionskontrolle durch die breiten Massen der Werktätigen. Auch dort, wo die politische Macht von den werktätigen Massen unter günstigen objektiven Umständen erobert worden ist, aber die Qualifikation der jetzt herrschenden Klasse gewordenen Revolutionäre nicht ausreicht, die Produktion zu organisieren, fällt diese Aufgabe zwangsläufig der Bürokratie zu. Beweis dafür sind SU, DDR und alle Volksdemokratien im Anfangs- und Übergangsstadium. Ohne Sozialisten und Kommunisten, die den politischen und ökonomischen Aufgaben der kommunistischen Gesellschaft gewachsen sind, ist auch nach Eroberung der politischen Macht durch die Werktätigen der sozialistische Staat nicht krisenfrei. Zwar gibt es in diesen sich zum Sozialismus entwickelnden Staaten keine Überproduktionskrisen mit Massenarbeitslosigkeit, sondern Unterproduktionskrisen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft, so fehlerhaft sie sein mögen, verhindern Überproduktionskrisen. Fehler und Unfähigkeit der Massen und der Bürokratie führen zu Störungen, wie sie die Chruschtschow-Politik in der SU und in der DDR schaffen. Mit mehr oder weniger klugen Agitationsreden schafft man keinen Ersatz für Sachkunde. Das sollte nach den Erfahrungen in der SU und den nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen sozialistischen Gebieten bereits in größerem Umfang erkannt worden sein. Es ist leider nicht der Fall.

Es ist bequemer, den Marxismus als überlebt auszugeben. Am erfolgreichsten sind jene, die Marx nie gelesen, oder wenn sie etwas gelesen, nichts verstanden haben. Wer nur einmal den Vergleich des Ablaufs der sozialistischen mit der bürgerlichen Revolution im 18. Brumaire von Marx gelesen und verstanden hat, sieht in dem Prozeß der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft keinen Wunschtraum von einem kurzen, revolutionär-romantischen Akt der Eroberung der politischen Macht mit anschließendem Paradies, ein Schlaraffenland, wo die gebratenen Tauben den Schwärmeinvom Sozialismus ins Maul fliegen.... Daß eine Entwicklungsphase auch den Kapitalismus zwingt, den werktätigen Massen für ihre Arbeitskraft einen Preis zu zahlen, der eine kleinbürgerliche Lebensweise ermöglicht, konnte nicht vorausgesehen und prophezeit werden. Es gibt keine bessere Methode zur Erforschung der Folgeerscheinungen der zweiten technischen Revolution als den Marxismus. Nur die Methode des historischen Materialismus ermöglicht uns, sowohl die Veränderungen in der Produktionsweise, wie den ihr entsprechenden Überbau zu begreifen. Die erträumte sozialistische Zukunftsgesellschaft konnte in den ersten 50 Jahren der SU nicht realisiert werden. Diese Tatsache hat in Verbindung mit der Verbesserung der Existenzbedingungen im Nachkriegskapitalismus schwer enttäuscht. Jede untergegangene Gesellschaftsform hat eine Periode durchgemacht, in der die bereits im Niedergang befindliche, herrschende Klasse den Beherrschten Brot und Spiele geben konnte. In dieser Periode befindet sich der monopolkapitalistische Nachkriegskapitalismus. Als Schiller von der Philosophie und der Realität enttäuscht war, schrieb er:

"Solange bis Philosophie die Welt erhält, erhält sich das Getriebe durch Hunger und durch Liebe". Die Geschichte der Philosophie beweist, daß Philosophie die Instandwar, die Gesellschaft zu erhalten. In günstigeren Perioden konnten Philosophen ihre Zeitgeschichte mehr oder weniger richtig erklären. Verändert werden konnten gesellschaftliche Zustände nur durch Anerkennung philosophischer Erklärungen, insoweit diese von den erforderlichen Massenkraften als ihren Bedürfnissen entsprechend erkannt und im Kampf verwirklicht wurden.

Die herrschenden Monopolkapitalisten, ihre Regierungen und ihre sozialdemokratischen und gewerkschaftlich-reformistischen Mitläufer fürchten den Kommunismus noch mehr als den Atomkrieg. Trotzdem oder gerade deswegen betreiben sie die Kriegsvorbereitungen in einem Umfange, der immer größere Teile des Sozialprodukts erfordert. Das führt zwangsläufig zur Teuerung, Steigerung der Preise, die trotz Überproduktion vom Monopolkapital gehalten werden können, bis dieses irrsinnige Spiel zusammenbricht. Die "Sachverständigen" machen die hohen Löhne, die über ihre Verhältnisse lebenden Menschen für die ungehemmte Preissteigerung verantwortlich.

Es ist nicht nur Heuchelei, sondern die aus dem Aberglauben von der Ewigkeit des Kapitalismus erzeugte Beschränktheit, wenn die Preisfechter des Kapitalismus die hohen Löhne, das über-ihre-Verhältnisse-Leben der Menschen für die Preissteigerungen, Inflationsgefahr und Konkurrenzschwierigkeiten verantwortlich machen. Wir haben in Deutschland zwei Inflationen bis zur Katastrophe erlebt, als Massen unter ihrem Existenzminimum lebten. Die von Marx entdeckten objektiven Gesetze der kapitalistischen Entwicklung geben uns Erklärungen für die stattgefundenen und die noch im Anzug befindlichen kapitalistischen Krisen. Die klügeren amerikanischen Soziologen weisen mit Statistiken nach, daß in USA nur noch 1/5 der Bevölkerung Not leide. Die amerikanische Gesellschaft leide am Überfluß, an der falschen Verteilung und suche bessere Verteilung anzustreben. Aber die Verteilung des Eigentums wird von den Produktionsverhältnissen bestimmt. Die große besitzlose Masse, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben muß, bekommt ihren Teil nach dem Wert ihrer Ware Arbeitskraft. Wenn sie Mangelware ist wie gegenwärtig, über ihren Tauschwert. Wenn sie überschüssig ist, unter ihrem Wert. Der Mehrwert, der Profit, d.h. der unbezahlte Wert der Arbeitskraft der Werktätigen, wird unter die Besitzer der Produktionsmittel verteilt. Ein Teil dient zur Rückverwandlung von Geld in Kapital, um neuen Mehrwert zu hecken, ein anderer Teil zur Befriedigung der Privatbedürfnisse der Eigentümer. Eine andere Besitzverteilung muß den Privatbesitz an den Produktionsmitteln aufheben und sie vergesellschaften. Durch die von der Gesellschaft organisierte Planwirtschaft kann die Profitwirtschaft beseitigt werden, die sozialistische Produktion nach den Bedürfnissen der Massen organisiert werden. USA-Soziologen behaupten, Geldbesitzer, die ihren Besitz durch Aktienkauf den Mammutunternehmen zur Verfügung stellen, seien nicht mehr Eigentümer der Produktionsmittel, sondern Bezieher von Renten und Zinsen, weil sie mit der Leitung und der Organisation der Produktion nichts mehr zu tun hätten. Der Schein trügt. Durch die Übertragung der Organisation und Leitung der Wirtschaft sind die Geldbesitzer Parasiten geworden. Das ändert aber nichts daran, daß die Manager nur Organisatoren und Leiter der Produktion sind, deren Aufgabe darin besteht, Profite zu produzieren. Daß sie bestimmte Gebrauchswerte produzieren, ist nur der Umweg der Profitproduktion. Sie produzieren diese Gebrauchswerte nicht um ihrer selbst willen wie der kleine Handwerker, sondern nur, weil sie als Träger des Tauschwertes nötig sind, um den Gelderlös wieder in Kapital usw. verwandeln zu können.

Adolf A. Berle, ein USA-Soziologe schreibt:

"Die Scheidung zwischen den Menschen und dem industriellen Geschehen wird vollkommen. Eine kommunistische Revolution hätte sie nicht gründlicher bewerkstelligen können, jedenfalls nicht mit der gleichen Feinheit.....Das Firmeneigentum ist aufgesplittert in 6 bis 7 Millionen Aktienbesitzer. Ihre Macht ist nur noch nominell (?!?) Die tatsächliche Macht hat die Direktoren-Hierarchie. Sie allein hat die Entscheidungsgewalt, ergreift die wirtschaftliche Initiative. Die Aktienbesitzer sind lediglich die untätigen Empfänger des Reichtums, den die Mammutorganisation austreut.....Der Schnitt zwischen Macht und Besitz ist nun vollendet, der Inhaber eines Pensionsanspruchs, einer Versicherungspolice oder eines Anteils an einem Gemeinschaftsfond hat Anspruch auf eine bestimmte Geldsumme, die jeden konkreten Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Produktionsvorgängen verloren hat."

Der Einfluß der Geldbesitzer, die es den Mammutunternehmen zur Verfügung stellen, besteht darin, daß sie ihr Geld zurückziehen, wenn die Profite ihnen nicht hoch genug erscheinen und es dort anlegen, wo die Profite höher sind. Die Börsenspekulationen widerspiegeln den Einfluß der Geldbesitzer. Im internationalen Maßstabe zeigt sich das im Wandern des Kapitals in die Länder, in denen die Profitrate am höchsten ist. Das Gejammer von Erhard über die Nutznießung der Außenhandelsüberschüsse widerspiegelt diese internationale Wanderung des Kapitals in den verschiedensten Formen.

Gewerkschaften, die als Sozialpartner mit den Kapitalisten zusammenwirken, bilden die stärkste soziale Stütze der Herrschaft des Monopolkapitals. Nicht nur insofern sie für Ruhe und Ordnung und gutes Betriebsklima für die Profitwirtschaft sorgen, sondern als Helfer für die Preistreiberei der Truste und Monopole mit den Folgen Inflation, Konkurrenzunterlegenheit usw. Als typisches Beispiel wird in der USA das Zusammenarbeiten der Stahlarbeitergewerkschaft mit den Stahltrusts angeführt. Die hohen Profite des Stahltrusts ermöglichten und nötigten, die Lohnforderungen und andere gewerkschaftliche Forderungen zu bewilligen. Die Herren des Stahltrusts schlugen die erhöhten Produktionskosten mit hohen Aufschlägen auf die Stahlpreise auf. Die Stahlarbeitergewerkschaft verteidigte diese Preistreiberei. Im Laufe von 10 Jahren hat so der Stahltrust die Stahlpreise verdoppelt. Die hohen USA-Stahlpreise führten zu Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt. Innerhalb der USA konnten sie ihre hohen Preise durchdrücken. Als auch dies zu Schwierigkeiten führte, forderte der Stahltrust Abänderungen der innerbetrieblichen Abmachungen mit der Stahlarbeitergewerkschaft, die die Rationalisierung und Automatisierung hemmten. Das führte zu dem monatelangen Streik der Stahlarbeiter, der aus wahltaktischen Gründen durch einen neuen Kompromiß beendet wurde.

Wir haben in der Bundesrepublik bereits ähnliche Praktiken in der Bauindustrie mit der IG Bau, Steine und Erden. Diese vom Vorsitzenden Leber praktizierte Sozialpartnerschaft wurde auf dem im November 1963 tagenden "Parlament der Arbeit" kritisiert. Aber nicht grundsätzlich, sondern nur in einer gemilderten Form der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften. Radikal sein sollende Redensarten sollten diese Praxis schwachhaft machen.

Die Politik der Sozialpartnerschaft vertuscht der Arbeiterklasse, daß die Ausbeutung heute größer ist als vor der neuen technischen Revolution. Der Mehrwert, der unbezahlte Teil der menschlichen Arbeitskraft, ist größer. Das Sinken der Profitrate ändert nichts an der Tatsache, sondern ist Folge des gestiegenen Anteils des konstanten Kapitals; Die vermehrte Anwendung moderner Maschinerie und ihr schnellerer Verschleiß.

Der Austausch gegen den Arbeitsmarkt wird nicht durch die Lohnhöhe bestimmt, sondern von der Höhe des notwendigen Anteils an Wert des gelieferten Arbeitsprodukts und dem Wert des Arbeitslohnes in Gestalt der notwendigen Unterhaltskosten. Die gesteigerte Intensität der Arbeit erfordert andere und höhere Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Heizung, Fuhrlohn und Miete. Die immer mehr steigenden Kosten für Aufbringung, Zahlungen für Kriegs- und Reparaturschäden an Kapitalisten, die schon bei der Geldform gegenüber den Werktätigen entschädigt wurden, erreichen mehr größere Teile des gesamten Sozialproduktes der werktätigen Massen. Das Monopolkapital hat sich den Markt organisiert. Es kann die Preise diktiert, unabhängig von Angebot und Nachfrage. Dadurch sind die Gesetze zur Herabsetzung der Preise bei Marktüberschüssen außer Kraft gesetzt. Das ist die Grundlage im Nachkriegskapitalismus nach 1945.

In der Bundesrepublik bestehen dieselben Produktionsverhältnisse wie in den USA. Aber die politische Macht ist geborgt. Die Zinsen werden von den drei im Parlament wirkenden Parteien gezahlt, in Gehorsam gegenüber den Ansprüchen der anglo-amerikanischen Sieger und Kreuzfahrer gegen die SU und den sozialistischen Block. An der heißen Grenze, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, im Streit um Berlin zeigt sich am krassesten, daß nicht um reale Änderungen der Machtverhältnisse gekämpft wird, sondern mit fiktiven Deklamationen für Humanisierung der Bewohner der DDR, die scheitert, weil Bonn und Berlin die Passierschein-Aussteller der DDR in West-Berlin nicht mehr zulassen wollen. Klein Ausgabe der weltpolitischen Diplomatie, die ja auch nur in fiktiven Gesprächen hoher und höchster Regierungsvertreter besteht.

Die kapitalistische Gesellschaft hat über 300 Jahre gebraucht, um den heutigen Zustand der Zivilisation zu schaffen. Wie einfältig zu schwärmen, daß die sozialistische Gesellschaft ihren Aufbau in ein paar Generationen verwirklichen könne.

Wie wenig wir auf- und wegzuräumen, Neues hinzuzulernen, um vom Urkommunismus über die Sklaverei - die auch jahrhundertlang progressiv war -, die Entstehung des Privateigentums, über die verschiedenen Etappen des Feudalismus, der handwerkmäßigen Produktionsweise zum Ausgangspunkt der kapitalistischen Gesellschaft zu kommen. Ideologien verändern sich langsamer als die Produktionsverhältnisse. Sie ändern sich überhaupt nur entsprechend den veränderten Produktionsverhältnissen. Indien, China und andere Länder Asiens, Afrikas, Lateinamerikas bezeugen dieses Verhältnis zwischen Ideologien und Produktionsverhältnissen. Leben nicht noch unzählige Überbleibsel vergangener Zeitalter in den verschiedensten Arten von Bräuchen, Aberglauben im Kapitalismus und sogar in fortgeschrittenen Ländern des sozialistischen Aufbaus?

Wir erleben gerade gegenwärtig, wie die verschiedenen Formen des Gottesglaubens aufgrund der Initiative des Papstes in einer Einheitsfront gesammelt werden. Alle, nicht nur die europäischen Religionen, entstanden aus der Suche nach der Entstehung des Menschen. Heute hat die Wissenschaft einwandfrei festgestellt, daß die Menschwerdung erklärt ist durch die Tatsache, daß er sich von der Tierform ablöste, als er begann, seine Nahrung selbst zu produzieren. Hunderttausende von Jahren hat dieser Prozeß gedauert und der heutige sogenannte Kulturmensch kann sich von den religiösen Mythen nicht lösen, weil er zu eingebildet ist, die Abstammung von den höchsten Tierformen anzuerkennen. In USA wurden Menschen bestraft, die sich nur Abstammung des Menschen vom Affen bekannten.

Die Wissenschaft sucht noch nach dem Mittelding zwischen Mensch und Affen. Man las unlängst, daß ein Forscher die Menschen der heutigen Zivilisationsperiode als ein Mittelding zwischen Affen und dem Menschen der Zukunft betrachtet.

Wenn trotz der Rückentwicklung des heutigen Menschen, der sich für die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft nicht interessiert, dennoch die Vernichtung durch Kernwaffenkriege vermieden wird, bildet dieser Zukunftsmensch, dessen Mittelding wir sind, immerhin eine erfreuliche Perspektive.

Hinter verschlossenen Türen

Nur vier Monate hat es gedauert, schon sehen sich viele Bremer Bürger, die am 29. September vorigen Jahres der SPD zu ihrem Sieg bei der Bürgerschaftswahl verhalfen, genarrt. Genarrt deshalb, weil sie glaubten, es genüge, die SPD zu wählen, um die bundesrepublikanische Tendenz des sozialen Abbaus zu verhindern, und sie nun mit einer Gebührenordnung für Müllabfuhr und Kanalisation beschert werden sollen.

Die CDU opponiert gegen diesen Plan. Sie opponiert aber nur deshalb, weil sie in Bremen in der parlamentarischen Opposition ist. Die Schrittmacher des sozialen Abbaus, die bürgerlichen Parteien, können unsoziale Maßnahmen nicht verhindern, im Gegenteil, ihre Politik bedingt diesen Abbau. So ist der Plan dieser Gebührenordnung nicht zuletzt ein Diktat der anderen Bundesländer, die Bremen auferlegen, die Kosten für Müllabfuhr und Kanalisation durch direkte Gebührenabgaben der Bevölkerung zu finanzieren, wenn der Senat Mittel aus dem Länderfinanzausgleich erwarte.

Die Bremer SPD-FDP-Regierungskoalition plant, im Laufe dieses Jahres diese Gebührenordnung einzuführen. Das SPD-Organ "Bremer Bürgerzeitung" nennt als eventuelles Einführungsdatum den 1. Juli 1964. Als Gebühr wird ein Betrag von monatlich 2,-- DM pro Person genannt. Daß dieser Plan nicht neu ist, sondern "von langer Hand vorbereitet" wurde, erfuhr man am 28. Januar 1964 aus dem Munde des Finanzsenators. - Schon Ende März vorigen Jahres wurden die Voranschläge für den diesjährigen Haushalt aufgestellt. Aber dadurch, daß die Deputationssitzungen nicht öffentlich sind, konnte dieser Plan den Ausgang der Bürgerschaftswahl nicht gefährden.

Bremen ist bis dato das einzige Bundesland, das diese Kosten aus seinem Steueraufkommen bestreitet, aus seinem Haushalt, der vor einigen Jahren noch einen Überschuß aufwies. Doch seit die Bremer SPD sich zum wirtschaftlichen Spekulantentum entwickelte, wie bei der "Totalsanierung" der Borgward AG, der Klöckner-Finanzierung und -Bodenerstellung oder bei dem Projekt des neuen Hafens, ist Bremen von einem reichen zu einem der ärmsten Länder der Bundesrepublik geworden.

Trotz Mehreinnahmen an Landessteuern (666 Millionen DM) von 10,1 % und an Gemeindesteuern (195 Millionen DM) von 6,5 % gegenüber 1962 (Weser-Kurier vom 25. 1. 1964), schloß der Bremer Haushalt 1963 mit einem Defizit von 4 Millionen DM ab. Rein rechnungsmäßig entstand dieses Defizit durch jene 17 Millionen DM, die Bremen durch die Erhöhung des Bundesanteils an den Einkommen- und Körperschaftssteuern von 35 auf 38 % zusätzlich abführen muß. Aber die steigende finanzielle Belastung der Länder durch die Rüstungsausgaben kann nicht verdecken, daß die indirekte Subventionierung neuer Bremer Industriebetriebe den Finanzetat mehr belastet als durch steuerliche Mehreinnahmen aufgefangen werden kann.

Wie bei dieser steuerlichen Situation die Forderung der bürgerlichen Parteien erfüllt werden soll, der Werftindustrie, und nicht nur dieser, durch steuerliche Erleichterungen bessere Profitmöglichkeiten zu schaffen, wissen auch jene "Arbeitnehmer" nicht, die in "Bericht der Wirtschaftskammer Bremen über das Jahr 1963" eine Senkung der bremischen Lohnsummensteuer (sie wird von den Unternehmern aufgebracht) fordern. Weitere Gebührenordnungen für Belange der Gemeinde und des Landes wären dann urausbleiblich. Aber darüber zerbrechen sich die Kinder dieses Gremiums der Sozialpartnerschaft kaum die Köpfe, besteht dieses Gremium doch zu 50 % aus Unternehmern. Diese werden neue Gebühren gerne aus den dadurch erlangten Steuervorteilen bezahlen.

Für weitere Einschränkungen der Steuereinnahmen des Landes sorgt außerdem schon der Bund. So erhöht sich in diesem Jahr der Bundesanteil an den Einkommen- und Körperschaftssteuern auf 38,5 %, und die bevorstehende neue Bonner Einkommensteuergesetzgebung wird die bremischen Steuereinnahmen um weitere 27 Millionen DM schmälern.

Dieser finanziellen Situation sieht sich der Bremer FDP-Finanzsenator Dr. Noltenius gegenüber, dessen Etat vom 29. Januar bis 4. Februar 1964 die finanzielle Grundlage der Haushaltsberatungen 1964 bildete. Wenn er diesen Haushalt am Ende der Beratungen als "etwas gewagt" bezeichnete, so mag er damit recht haben; sieht dieser Haushalt doch auf der Einnahmeseite u. a. einen Betrag von 23 Millionen DM aus dem erwarteten Länderfinanzausgleich vor und 17 Millionen DM, die man hofft, vom Bund aus dessen Anteil an der Körperschaftsteuer zurückerstattet zu bekommen. Dem Finanzetat liegt ein geschätztes Wachstum der Landessteuern von 5,5 % und der Gemeindesteuern von 4,7 % zugrunde. Außerdem sieht der Etat Anleihen bis zu 65,2 Millionen DM vor, die die Finanzlage zukünftiger Haushalte durch Schuldendienst, der jetzt schon 12 % am Steueraufkommen ausmacht, weiter einengen. Dabei fährt dieser Haushalt auch zum ersten Mal ohne finanzielle Reserven. Die staatlichen Rücklagen und Fonds, die diese Reserve bilden, sind von über 40 Millionen DM Anfang 1962 auf 21,9 Millionen DM zusammengeschrumpft. Da 21,4 Millionen DM dieser Reserve Bürgschaftsrücklagen u. ä. sind, bleibt lediglich ein Rest von 500.000 DM verfügbar.

Der Bremer Gesamthaushalt 1964, der einen Etat von 1,49 Milliarden DM umfaßt, ist gegen die Stimmen der Opposition (CDU und DP) verabschiedet worden. Nur 28 Stunden benötigte die Bürgerschaft, um den Haushaltsplan und die 327 Änderungsanträge durchzuparlamentieren; ein Beweis mehr, daß Politik nicht im Parlament gemacht wird, sondern hinter verschlossenen Türen. Der Parlamentarismus beschränkt sich im großen und ganzen auf parteipolitisches Ränkespiel, was die zum Teil grotesken Formen der Abstimmungen in den fünf Haushalts-Beratungstagen offenbarten. Anträge, die sowohl von der Koalition SPD/FDP als auch von der CDU gestellt wurden, sollten auf Vorschlag der CDU als interfraktionelle Anträge eingebracht werden, doch die SPD lehnte ab, worauf die CDU teilweise gegen Anträge der Koalition stimmte, obwohl sie gleichlautende Anträge eingebracht hatte.

Im Stadthaushalt 1964, für die Stadt Bremen sind rund 25 Millionen DM für den Hafenbau vorgesehen. Unter Hafenbau verstehen die Bremer Senatoren vor allem das Projekt des neuen Hafens am linken Weserufer. Für diesen Hafen, der bis zum Durchstich zur Weser Ende vorigen Jahres rund 34 Millionen DM verschlang, sind im Vierjahresplan bis 1967 weitere 56 Millionen DM vorgesehen (Weser-Kurier vom 4. 12. 1963). Neben dem neuen Hafen ist in Bremen noch der Bau eines dritten VW-Umschlagplatzes beim Industriehafen bis Ende dieses Jahres vorgesehen, und in Bremerhaven läuft der Bau eines neuen Erzhafens mit modernen Umschlags- und Lagereinrichtungen und der Ausbau der Hafenanlagen für die Passagierschifffahrt und den erweiterten Stückgutumschlag.

Welche Geldsummen alle diese Hafenanlagen noch verschlingen werden, läßt sich erahnen, wenn man weiß, daß sie aus dem außerordentlichen Etat finanziert werden. Bis 1967, dem Ende der Legislaturperiode, gedenkt der Bremer Senat rund 720 Millionen DM für Investitionen auszubringen, um die drei Schwerpunktprogramme des Vierjahresplanes durchzuführen zu können: den Hafenbau, das Schulwesen und die Erweiterung der Krankenanstalten. Gelegentlich wird als vierter Schwerpunkt noch der Straßenbau genannt.

Für die Krankenhäuser sind bis 1967 rund 70 Millionen DM aus diesem außerordentlichen Etat vorgesehen, für die Förderung des Schulwesens jährlich rund 20 Millionen DM wie Bildungssenator Dehnkamp am 31. Januar 1964 vor der Bürgerschaft bekannt gab, so daß auf den Schulbau bis 1967 rund 80 Millionen DM entfallen. Für den Straßenbau sind aus Landes- und Gemeindemitteln 20,4 Millionen DM für 1964 vorgesehen; bis 1967 also rund 90 Millionen DM. Alle drei Vorhaben verbrauchen zusammen einen Betrag von rund 240 Millionen DM, so daß von den verbleibenden 480 Millionen DM des Investierungsprogramms ein Löwenanteil in den neuen Häfen versinken wird.

Die Notwendigkeit für den Bremer Staat, aus öffentlichem Interesse die Hafenanlagen zu erweitern und zu modernisieren, trifft zusammen mit dem Profitdenken der Privatfirmen, deren wirtschaftliche Basis mit der Hafenwirtschaft verknüpft ist. Diese Firmen haben so viel Profit machen können, daß sie den Bau eines Hafens, einschließlich aller Nebenkosten, finanzieren können; so daß diese Firmen den gemeinsamen Bau eines neuen Hafens selbst planen und durchführen wollten, um die öffentliche Kontrolle auszuschalten. Der Bremer SPD bliebe kein anderer Ausweg, als die Flucht nach vorne anzutreten und den Hafenbau in die Landesplanung und den Haushalt einzubeziehen, um zu verhindern, daß ein neuer Hafen vollkommen ihrem Einfluß entzogen worden wäre, um mit allen Einkommensmöglichkeiten und den dadurch entstehenden wirtschaftlichen Machtmöglichkeiten nur dem Privatinteresse dieser Firmen zu dienen. So wird der gesamte Unterbau des neuen Hafens, zu dem auch die Straßen und Gleisanschlüsse gehören, vom Bremer Staat finanziert und ist in bremischer Besitz. Die wirtschaftliche Nutzung aber bleibt den Privatfirmen, insbesondere der Bremer Lagerhausgesellschaft, vorbehalten, wobei der Bremer Staat noch an großzügige Finanzierungsmöglichkeiten für den Oberbau, z. B. der Lagerschuppen, denkt.

Die Gewinner des Hafenprojektes werden die Privatfirmen sein, denen damit eine neue Profitbasis geschaffen wird; das Opfer ist die konzeptionslose SPD, der Bremer Staat, der Bremer Senat, die bremische Arbeiterschaft, die diese Profitmöglichkeit der Privatfirmen durch große finanzielle Opfer ermöglicht, Opfer, die die Kraft des Bremer Haushalts überfordern. Die Bremer SPD wagte den Schritt vorwärts, um das Gemeinheitsinteresse am Hafenbau dem Privatinteresse überzuordnen; doch macht sie auf halbem Wege halt, da sie den kapitalistischen Interessier die größere Profitmöglichkeit am neuen Hafen einräumt. Die hierin zum Ausdruck kommende Konzeptionslosigkeit der SPD zeigt sich auch darin, daß sie den für die wirtschaftliche Existenz Bremens wichtigsten Posten des Senators für Häfen, Schifffahrt und Verkehr dem bürgerlichen Koalitionspartner überläßt.

Die industrielle Struktur Bremens zwingt den SPD-Senat, Industrieansiedlungen durch Steuergelder zu ermöglichen, um eine ausgeglichene Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und im Haushalt zu erreichen. Gleichzeitig aber übersieht sie die Möglichkeit, die sie hat, um auf gesetzgeberischem Wege Einfluß auf den Ausbau und die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes zu nehmen. Sie fördert und unterstützt auf kommunaler Ebene den Kapitalismus durch direkte und indirekte Subventionen, kompensiert sie aber nicht einmal mit den Grundforderungen der Gewerkschaften.

Der Ausbau der Hafenanlagen hat für eine Hafenstadt wie Bremen seine Bedeutung und ist eine Notwendigkeit. Aber die Handlage Bremens, besonders im EWG-Raum, macht so umfangreiche Investitionen fragwürdig. Schon heute entziehen die holländischen Häfen immer mehr Seeschiffe den norddeutschen Häfen, eine Tendenz, die einmal das Ergebnis des verschärften Konkurrenzkampfes ist, der die Reeder zwingt, den Warenumschlag in die Nähe der großen Schifffahrtslinien zu verlegen, zum anderen ist sie eine Folge der Umstellung auf Riesen- und Superschiffe, deren Tiefgang ein Anlaufen Bremens sowieso ausschließt und die aus Sicherheitsgründen nordeuropäische Umschlagsplätze außerhalb der gefährlichen Wasserwege der Weser-Elbe-Mündung anlaufen. Der Ausbau der Binnenwasserstraßen ist eine weitere Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit eines Seehafens. Dieser Ausbau wird aus Mitteln des Verkehrsministeriums in Bonn finanziert. 1962 sind für den Ausbau der Verkehrswege zu den norddeutschen Häfen 28 Millionen DM ausgegeben worden, für den Ausbau der Verkehrswege zu den ausländischen Häfen, insbesondere zu den niederländischen Häfen, aber 245 Millionen DM.

Die Bereitstellung der umfangreichen Mittel für den wirtschaftlich fraglichen Hafenbau zwingt Bremen, das kleinste Bundesland, diesem Projekt alle anderen Vorhaben unterzuordnen. So dürften jährlich 20 Millionen DM kaum ausreichen, den Schichtunterricht in den Schulen in naher Zukunft zu beheben. Der derzeitige Fehlbedarf an Klassenräumen wird mit 220 angegeben. Man schätzt, daß im Herbst dieses Jahres rund 7.000 Schüler über keinen eigenen Klassenraum verfügen werden. In den Berufsschulen bedingt der Schulraummangel, daß die gesetzlich vorgeschriebene wöchentliche Unterrichtsdauer von 12 Stunden bei den kaufmännischen Berufen nur zu 75 % erfüllt wird, bei den gewerblichen Lehrlingen sogar nur zu weniger als 60 %.

Ähnlich sieht es im Krankenhauswesen aus. Bei dem jetzigen Stand der Bremer Krankenanstalten würde bis 1967 der Fehlbedarf auf 1200 Betten für akute Kranke anwachsen, teilte Gesundheitssenator Karl Weßling am 29. Januar 1964 mit. Um die jetzige Bettenzahl um 800 bis 850 zu erhöhen, hat man für die sieben Großprojekte und die Fertigstellung begonnener Vorhaben einen Finanzbedarf von 86,8 Millionen DM errechnet. Aus dem Vierjahresplan stehen rund 70 Millionen DM zur Verfügung. Es bleibt also fraglich, ob damit der Bettenmangel behoben werden kann, zumal man am 16. 12. 1963 in den "Bremer Nachrichten" lesen konnte, daß zum Beispiel der Bau der "Neuen Chirurgie", ein 22-Millionen-DM-Projekt, statt der diskutierten 526 neuen Betten lediglich ein Mehr von 70 Betten ergab. Die Sanierung der Bremer Krankenhäuser hat gezeigt, daß einige Anstalten derart überaltert sind, daß ihre Modernisierung ohne bauliche Erweiterung die Bettenzahl noch verringert.

Der CDU blieb es vorbehalten, der Gesundheitsdeputation vorzuschlagen, die Bettenzahl der Bremer Krankenhäuser nicht nur durch Neubauten zu erhöhen, sondern "die Krankenhäuser durch einen kürzeren Aufenthalt der Kranken zu entlasten" (Weser-Kurier vom 1. 2. 1964). Soziale Probleme durch reaktionäre Gesetze und Maßnahmen zu regeln, ist das einzige, was die CDU vermag; besser konnte sie ihre Absichten mit der Bonner Krankenkassenreform gar nicht aufzeigen.

Das Lösen der Probleme im Interesse und zum Nutzen der breiten Masse, der Arbeiterschaft, ist der Auftrag, den die Wähler der SPD durch ihre Wahlstimme geben. Daß die SPD soziale Fragen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft innerhalb ihres Einflußgebietes auf kommunaler Ebene zu lösen vermag, hat sie bewiesen, als vor Jahren der neue Bremer Stadtteil "Vahr" aus dem Boden gestampft wurde, ein Wohnbauprojekt, das in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht. Doch diese im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtete Siedlung mit

mehrstöckigen und Hochhäusern für rund 16.000 Familien bleibt ein Einzelfall, seit die SPD den privaten Wohnungsbau und den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, Parzellen und Gartenwohneinheiten einen größeren Anteil an Wohnbaumitteln eingeräumt hat. Auch hier zeigt sich zudem die Vorrangstellung von Hafenbau und Industrialisierung, die dem Wohnbauprogramm die freien Mittel entziehen, der über 50 %ige Anteil des Wohnungsbaus am jährlichen Schuldendienst Bremens dokumentiert es.

Wie man durch solch kleinsiedlerische Projekte die Wohnungsnot beheben will, bleibt unbeantwortet, sind doch dem Wohnungsbau durch die engen Landesgrenzen räumliche und durch die hohen Grundstückspreise finanzielle Schranken gesetzt, bei zur Zeit amtlich registrierten 14.900 Dringlichkeitsfällen, die bis zum Jahr 1959 zurückreichen, und 8500 Vormerkfällen. Nutznießer dieses Mißverhältnisses von 23.000 amtlichen Wohnungssuchenden zu 240.000 bewohnten Wohnungen sind die privaten Hausbesitzer. Wie werden sich diese freuen, wenn am 1. Juli dieses Jahres Bremerhaven und ein Jahr später Bremen zu "weißen Kreisen" erklärt werden.

Gerade die Grundstücksfrage zeigt die speziell bremische Lage. So sind in diesem Jahr 18 Millionen DM zum Erwerb von Grundstücken vorgesehen, eine Summe, die kaum ausreicht, Grundstücke für den Ausbau des Straßennetzes zu erwerben. Selbst dort, wo Wasserstand und Bodenbeschaffenheit den Bau von Wohnungen und Gebäuden, wenn nicht von vornherein ausschließen, so doch sehr kostspielig machen, müssen hohe Grundstückspreise gezahlt werden. So hat Bremen für das Gelände des neuen Hafens, einfaches Weideland, Quadratmeterpreise zwischen 12 und 17 DM gezahlt, was die Lankener Landwirte nicht davon abhielt, gegen Bremen zu prozessieren, mit dem Erfolg, daß die Quadratmeterpreise der betreffenden Grundstücke gerichtlich auf 15 bis 18 DM erhöht wurden.

Auch das Projekt der geplanten Universität leidet unter dem Druck der hohen Grundstückspreise. Schul- und Baudeputation mußten bekennen, daß der vorgesehene Standort der Universität durch die steigenden Forderungen der Grundstücksbesitzer in Frage gestellt ist. Einen Ausweg vermag weder die SPD aufzuzeigen, die erwägt, kurzerhand ein neues Gelände für die geplante Universität zu bestimmen, um dadurch niedrigere Grundstückspreise zu erzielen, noch die CDU mit ihrem absurden Vorschlag, als Gegenmaßnahme staatliche Grundstücke zum Kauf anzubieten.

Solange Grund und Boden Privateigentum sind, muß sich auch ein sozialdemokratischer Staat, der dieses Eigentum bejaht, den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung unterwerfen. Die tauben Ohren der Privateigentümer für Appelle und die offenen Ohren für soziale und kulturelle Belange der Allgemeinheit, bei deren Bekanntwerden sofort die Preise der dafür vorgesehenen Grundstücke in die Höhe geschraubt werden, ist alles, was dabei herauskommt. Auch ein sozialdemokratischer Ausweg durch gesetzliche "Umstrukturierung" der bürgerlichen Gesellschaft bei einer parlamentarischen Mehrheit der SPD in Bonn wird, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der private Grund- und Bodenbesitz das Grundelement dieser "neuen" Ordnung bleiben, die gegensätzlichen Interessen zwischen Privatbesitz und Allgemeinheit nicht aufheben. Eine Koordinierung beider Interessen ist illusorisch; die Allgemeinheit, die Arbeiterschaft wird immer die Last zu tragen haben, in diesem Fall die hohen Grundstückspreise durch direkte und indirekte Steuern und Abgaben, auf Kosten von Schulraummangel, überfüllten Krankenhäusern und Wohnungsnot.

Selbst der unangekündigte Kauf von Grundstücken, wie ihn die SPD plant, wird kaum andere Früchte tragen, wenn bei diesen Grundstücksmanipulationen in den zuständigen und nichtzuständigen Amtsstuben mitgemischt wird. Das muß auch Lokal-

kommentator Knappe vom "Weser-Kurier" feststellen: "Es sind zu viele Interessen, die in einer Stadt mitwirken, Ihnen in der Bauverwaltung aber allein auf die Spur kommen zu wollen, hieße an der Rechtschaffenheit ihrer vielen Mitglieder zu zweifeln". (Weser-Kurier vom 4. 2. 1964)

Winkeladvokaten und Scheißdiplomatie sind die Methoden, deren sich auch die SPD bedient, bedienen muß, um gleichzeitig als würdiger Interessenvertreter den herrschenden Kreisen zu erscheinen und gegenüber ihren Mitgliedern und Wählern den Mythos des Wunder-Onkel-Doktors nicht zu verlieren. Der sozialdemokratische Realismus, hervorgegangen aus dem stückweisen Über-Bord-Werfen des Marxismus, nimmt realere Formen an. Die SPD entwickelt sich immer mehr zum Mittler zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Sie vermag schon kaum noch einen Ausweg aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen, sie verstrickt sich vielmehr in ihnen.

Die Arbeiterschaft aber beurteilt die Politik der SPD nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten und nach der Arbeit, die ihre Mitglieder auf unterer Ebene in Gewerkschaft und Betrieb leisten. Die Diskrepanz zwischen der großen Politik der SPD-Bürokratie und der kleinen Politik ihrer Mitglieder macht ihre Politik undurchsichtig und kompliziert und trägt zum Desinteresse der Arbeiterschaft an der Politik bei. Politik wird nicht mehr auf der Straße und im Betrieb diskutiert und ausgetragen, sie wird nur noch hinter den verschlossenen Türen der Parteibüros ausgehandelt.

Nachwehen der Flutkatastrophe

Als vor zwei Jahren die Sturmflutkatastrophe auch über Bremen hereinbrach, wurden viele Bewohner der tiefgelegenen Weserrandgebiete obdachlos, sie verloren Hab und Gut. Eine Welle der Hilfsbereitschaft und Unterstützung für die Flutgeschädigten setzte ein, die auch vor den Senatorensesseln der Bremer Regierung nicht halt zu machen schien. Hier kam man auf die Idee, den Flutgeschädigten durch Schaffung von Flutgeschädigtensiedlungen ein für allemal der Sorge um die Erhaltung ihres Besitzes gegenüber den Unbilden der Witterungseinflüsse zu entheben. Ein Flutgeschädigtenausschuß wurde ins Leben gerufen und im Laufe des vorigen Jahres schossen mehrere Siedlungen aus dem Boden; Einfamilienhäuser in Reihenaufweise und Fertighäuser. Die Tageszeitungen waren des Lobes voll. Zeitungsartikel wie "Fertighäuser übertreffen alle Erwartungen" oder "Skeptiker geben sich geschlagen" ließen die Anwerber auf diese Wohnungen in eine rosarote Zukunft schauen.

Doch als die ersten Familien ihre neuen Häuser bezogen hatten, wurde es darüber in den Zeitungen still. Einmal wurde noch berichtet, wie "stark beeindruckt" Bundeswohnungsbauminister Lücke anlässlich eines Besuches in der Gröpelinger Siedlung war. Was ihm die dortigen Bewohner über die tatsächlichen Kosten und monatlichen Belastungen berichteten, wurde sowohl von Minister Lücke als auch von den Beamten der Bremer Baubehörde "angezweifelt", wie die Presse noch eiligst zu berichten wußte, um fortan die Flutgeschädigtenprojekte totzuschweigen, trotz der Versuche der Bewohner, die Öffentlichkeit durch Presseveröffentlichungen auf die skandalösen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Kein Journalist kam in eine der Siedlungen.

Alles schien in bester Ordnung, bis plötzlich in Huchting, in der Siedlung "Elanker Hans", eine Rebellion ausbrach. Die "Nordwestdeutsche Siedlungsgemein-

schaft" legte den Bewohnern die Abrechnungen über die von ihnen bezogenen Fertighäuser vor: aus den vorher genannten 56.000 DM waren 71.000 DM geworden, was einer monatlichen Mehrbelastung von 60 DM gleichkommt. Die Siedler protestierten und die Interessengemeinschaft der Flutgeschädigten forderte die Bewohner zur Nichtanerkennung der Abrechnungen auf. Es schaltete sich die Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus ein. Am 25. Januar dieses Jahres konnte ihr Geschäftsführer den Siedlungsbewohnern auf einer Einwohnerversammlung berichten, eine erste Überprüfung durch das Amt für Wohnung und Siedlung habe eine von der "Nordwestdeutschen Siedlungsgemeinschaft" um 3.000 bis 5.000 DM zu hoch angesetzte Baukostensteigerung ergeben. (Bremer Nachrichten vom 27. 1. 1964).

Wenn die Bewohner nun auch noch nicht wissen, woran sie sind, eines wissen sie jetzt, nämlich wie Baupreise zustande kommen: willkürlich hochmanipuliert. Sie empfinden das als Betrug, als Betrug zum Schaden der Menschen, die durch die Flutkatastrophe schon geschädigt sind.

All die schönen Lobreden und verlockenden Versprechungen der Volksvertreter, die diese Projekte propagierten, sind weggeblasen, weggeblasen durch die harten Tatsachen der Realität. Dabei sind die Häuser der Flutgeschädigtensiedlungen noch staatlich subventioniert. Flutgeschädigte und durch Staatsbauten, wie z. B. den Hafenbau, "Planungsverdrängte" können beim Kauf eines solchen Hauses günstige Finanzierungsbedingungen beanspruchen. Aber unter den Flutgeschädigten gibt es nur wenige Familien, die dieses finanzielle Abenteuer einzugehen wagen. So sind die Siedlungen zum größten Teil von Familien bewohnt, die ihre vorherige Wohnung Flutgeschädigten zur Verfügung stellten, wodurch sie ebenfalls in den Genuß der Finanzierungsvergünstigungen kommen.

Sie alle glaubten, auf diese Weise ohne nennenswerte zusätzliche Opfer ein eigenes Heim erwerben zu können, um den geldgierigen Klauen der Hauseigentümer und Wohnungsvermieter zu entkommen. Doch sie kamen vom Regen in die Traufe.

Wir waren in der Gröpelinger Siedlung. Auf einem Gelände von rund 45.000 Quadratmetern stehen hier 145 Häuser, in 29 Blöcken aufgeteilt. Es sind Fertighäuser, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Bad, mit 86 Quadratmetern Wohnfläche und eingebauter Heizungsanlage. Die Erstellungskosten betragen einschließlich des 300 Quadratmeter großen Grundstückes 66.100 DM, die wie folgt finanziert werden:

1. Hypothek	23.000 DM
Landesmittel	17.000 "
Sonderdarlehen f. Flutgesch.	18.000 "
Eigenmittel	7.500 "

Daraus entstehen für die Bewohner neben den 7.500 DM, die sofort gezahlt werden müssen, monatliche Raten von 170 DM, wovon der Staat durchschnittlich 60 bis 70 DM beisteuert, so daß die monatliche Nettobelastung 100 DM ausmacht.

Die Schwierigkeiten finanzieller Art, in denen sich viele der dort wohnenden Familien befinden und die sich in Briefen an Kaiser, Boljahn und Mevissen dokumentieren, zeigen jedoch, daß an der soeben errechneten Belastung etwas nicht stimmt. Für den Energiebedarf - Wasser, Gas, Strom - müssen monatlich noch einmal 80 bis 100 DM aufgebracht werden. Schuld daran ist die Gasheizung, die Einrichtung der Häuser für Gas-Vollversorgung. Bei dieser monatlichen Belastung von 180 bis 200 DM nur für das Wohnen ist ein Arbeiter bei durchschnittlich 450 bis 500 DM Nettoeinkommen kaum in der Lage, seiner Familie noch einen normalen Lebensunterhalt zu bieten. Die Steuerfreibeträge für das Haus verringern sich außerdem von Jahr zu Jahr und erlöschen nach zehn Jahren ganz. Nach Ablauf der zweijährigen Garantizeit kommen weitere Kosten für die Instand-

haltung und Reparatur hinzu. Daß diese Kosten nicht gering sein werden, beweist schon jetzt der Zustand der Häuser.

Vor Beginn der Bauarbeiten wurde von Dr. Jagau von der Bau- und Ingenieur-
schule in Bremen ein Gutachten über die dortigen Boden und Wasserverhält-
nisse erstellt, das aber weder von der staatlichen Gesellschaft zur För-
derung des Wohnungsbaus noch von der Baufirma Otto Kreibaum KG beachtet
wurde. Die Folge davon ist, daß die Keller feucht sind, einige sogar bis zu
einem halben Meter unter Wasser stehen, Kellertreppen algenbewachsen sind
und bersten, Kellereinrichtungen faulen. Eine Familie ließ einen Kostenan-
schlag zur Trockenlegung des Kellers machen: 5.300 DM, ein Betrag, den wegen
der laufenden hohen Belastungen keine der Familien mehr aufbringen kann.

Wegen der noch nicht abgelaufenen zweijährigen Garantiezeit wandte man sich
deshalb an die Baufirma. Diese verwies an die Förderungsgesellschaft, diese
machte wiederum die Baufirma verantwortlich, dann waren die Stadtwerke die-
jenigen welche, und jetzt hat die Baufirma herausgefunden, daß die Erd-
feuchtigkeit "durch die veränderten Verflutungsverhältnisse" bedingt sein soll, wo-
für sie, die Firma Otto Kreibaum KG, nicht haftbar sei.

Eine Mängelerfassungaktion der Bremer Wohnbauförderungsgesellschaft ergab ferner,
daß die Häuser noch viele weitere Mängel aufweisen, wie z. B. Zugluft im
Bereich der Fußbodenanschlüsse an den Außenwänden, undichte Fenster und
Terrassentüren, knarrende und versackende Fußböden, verzogene Deckenplatten,
lose Holzverkleidungen, usw. Fünf Häuser, mit einem Kostenaufwand von 330.500
DM, stehen seit einem halben Jahr leer, es sind die am tiefsten gelegenen.
Sie werden, bei ihrem jetzigen Zustand auch weiterhin keine Käufer finden.

Eine Unterstützung erhoffen sich die Siedler durch den von der SPD-Fraktion
in der Bürgerschaft wieder ins Leben gerufenen Flutgeschädigtenausschuß, der
die Mängel untersuchen und ihre Beseitigung beaufsichtigen soll. Doch die
Tätigkeit dieses Ausschusses beschränkt sich vornehmlich auf die noch unver-
kauften Häuser, bei denen man z. B. die alten Fußböden wieder herausgerissen
hat, um sie durch neue zu ersetzen. Für diese Häuser müssen erst einmal
Käufer gefunden werden, alles andere ist für die Organe und die Gesellschaft
nicht so wichtig, sagt doch die Vereinbarung, die die Bewohner mit der Bre-
mischen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungstaus bis zum endgültigen Ab-
schluß eines Kaufvertrages eingehen müssen, unter Ziffer 5:

"Die Kaufanwärter verpflichten sich ferner, das Wohnhaus nebst Zu-
behör pfleglich zu behandeln. Sie sind für jede vorsätzliche oder
fahrlässige Beschädigung des Hauses oder der zum Haus gehörenden
Anlagen und Einrichtungen haftbar, wobei ihnen der Beweis obliegt,
daß die Beschädigungen nicht von ihnen oder ihren Angehörigen, Lie-
feranten usw. verursacht worden sind".

Kommt es nach zwei Jahren zu keinem Kaufabschluß, müssen die Bewohner inner-
halb von vier Wochen das Haus räumen. Wen wandert es da, wenn viele Siedler
schon jetzt versuchen, diese Häuser wieder abzustoßen, einmal, weil sie ahnen,
welch finanzielles Abenteuer sie da eingehen, zum anderen, weil sie schon
jetzt nicht mehr in der Lage sind, ohne große Opfer die monatlichen Belastun-
gen aufzubringen. Überstunden und Nebenbeschäftigungen verfleiden ihnen die
Freude am eigenen Heim, ihr Ruf nach staatlicher Unterstützung verhallt ins
Leere. Eine Annonce in der Tageszeitung, Flutgeschädigtenhaus zu verkaufen,
o. ä., ist das Ende des Traums von Glück in eigenen vier Wänden.

Für die Not, in die viele Siedlungsfamilien durch dieses Abenteuer geraten
sind, und für die minderwertige Qualität, die man ihnen für teures Geld ver-

mittelte, werden die staatlichen Organe, die Behörden verantwortlich gemacht, denn ihnen oblag die Aufsicht über diese Bauvorhaben. Hinter diesen Behörden aber steht die SPD als Regierungspartei. Sie erntet mit diesen Projekten wahrlich keine Lorbesren. Sie ist ein Opfer ihrer eigenen Grundsatzlosigkeit geworden, weil sie den Einflüsterungen der bürgerlichen Parteien erlag, den privaten Wohnungsbau zu subventionieren, statt nach den positiven Erfahrungen mit ihrem Präsentativstadtteil "Vahr" weitere Wohnbezirke dieses Modells zu schaffen. Auf einem Gelände von der Größe der Gröpelinger Siedlung könnten statt 145 über 700 Familien wohnen mit allem Wohnkomfort, wobei noch genügend Platz für Kinderspielplätze und Grünflächen geblieben wäre.

Die Wohnungsnot, die Enge der alten Wohnungen, die Unsicherheit über die Stabilität der Mieten, die Angst, eines Tages ganz vom Vermieter abhängig zu sein, schafft bei vielen die Vorstellung, der Erwerb eines Eigenheimes sei der Ausweg aus dieser sozialen Unsicherheit. Doch mit den Eigenheimen nimmt die Abhängigkeit nur noch größere Formen an. Die dauernde Belastung, finanziell wie physisch, die Gefährdung des mühsam zusammengerackerten Besitzes durch Konjunkturschwankungen fesselt die Menschen an ihre Erwerbsstellungen. Schon in frühkapitalistischer Zeit wurden Arbeiter durch Wohnungen der Unternehmer an die Betriebe gefesselt, und, falls sie aufmuckten, auf die Straße gesetzt. Diese Aufgabe übernimmt heute auf höherer Ebene der Staat, und auch die SPD scheut sich nicht, sich dafür herzugeben.

Den Bewohnern der Siedlungen werden diese Erfahrungen noch bevorstehen. Die stetige Aufwärtsentwicklung nach dem Kriege hat manchen leichtsinnig werden lassen. So sind die momentanen Probleme der Bewohner nicht so sehr auf das gerichtet, was sein wird, sondern was ist. Einige haben sich zusammengefunden, um gemeinsam zu beraten, wie sie zu ihrem Recht kommen. In der Bildung eines Bürgerschaftsausschusses sehen sie ein Mittel, das sie bei ihren Bemühungen unterstützen kann. Aber die erwartete Freude am Eigenheim ist durch die Praxis zerstört. Der anfängliche Elan der Bewohner, der sich allein in der Gestaltung des Gartens samt Terrasse und dergleichen erschöpfte, wird jetzt in gemeinschaftlichen Anstrengungen notwendig sein, um nicht übers Ohr gehauen zu werden. Die Unterstützung muß in der Öffentlichkeit gesucht werden.

Auch der eventuelle Erfolg durch Beseitigung der an den Häusern vorhandenen Mängel sollte die Bewohner und die Allgemeinheit nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Eigenheimbau, überhaupt der Einfamilienhausbau keine Lösung der Wohnverhältnisse bringt, sondern nebenbei auch noch die Bodenverhältnisse in Bremen ruiniert. Endgültig gelöst werden kann das Wohnproblem nur da, wo nach Bedürfnissen gebaut wird und nicht nach Profitinteressen, wo Verhältnisse geschaffen werden, in denen kein Arbeiter die Lasten eines eigenen Hauses tragen muß, um vernünftig wohnen zu können, sondern wo die Gesellschaft für den Einzelnen und der Einzelne für die Gesellschaft sorgt und baut.

Der Film: "Asche und Diamant"

Wer sich den Film "Asche und Diamant" angesehen hat, mußte feststellen, daß hiermit den Polen Andrzej Wajda und Jerzy Andrzejewski, Autor des gleichnamigen Romans, ein außergewöhnliches Werk gelungen ist. Dieser Film soll an das Jahr 1945 erinnern. Der 2. Weltkrieg geht seinem Ende zu. Die Rote Armee hat die polnische Arbeiterpartei in den Sattel gehoben. Die Arbeiterpartei steht jetzt

vor einer gewaltigen Aufgabe, die sie erfolgreich immer nur allein meistern kann: Die innere Befriedung und den sozialistischen Aufbau zu forcieren. Diese ungemein schwierige und komplizierte Aufgabe spiegelt sich in dem Film wieder. Die Widerstandsbewegung, die sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzt, sechs Jahre lang gegen Naziarmeen gekämpft hat, wird durch diesen Vollzug gespalten.

Polen steht am Rande eines Bürgerkrieges. Die bürgerlichen Reaktionäre, das Offizierkorps können sich nicht mit der Tatsache abfinden, daß die kapitalistische Ausbeutung aufhören soll zu existieren. Eben dieser Teil der Widerstandsbewegung hat Verbindung mit den rechten Emigranten im Westen, für sie geht der Krieg weiter. Wofür?

Die Offiziersclique sinkt zu einer bestialisch sadistischen Mörderbande herab. Diese polnischen Bankrotteure nutzen geschickt die falsch orientierte, irreführte Jugend aus. Der Mörder wider Willen, Maciek Chelmicki, verwickelt in den Widerspruch zwischen der Pflicht, die Befehle seiner Vorgesetzten auszuführen, und der instinktiven Abscheu vor dem Mord sowie dem Wunsch, ein normales Leben zu beginnen, ist ein klassischer Vertreter seiner Generation. Er gibt hiermit ein typisches Beispiel für alle Verführten, die sich den Sinn des Lebens im Grund doch etwas anders vorstellen. Er wird schwer angeschossen und mit den letzten Kräften schleppt er sich auf einen Müllhaufen und stirbt.

Ein von den politischen Schwindlern Betrogener und Verratener der Generation, von der man - voller Bitterkeit - sagt, daß sie auf den Müllhaufen der Geschichte gelandet sind. Daneben hat die stürmische Aufbauarbeit viele kleinbürgerliche Elemente (Intelligenzler) mitgerissen. Sie wittern Morgenluft und wollen sich einen guten Mittelplatz sichern.

Von den sich überstürzenden Ereignissen nach oben gespült, waren gerade sie es, die jede Gelegenheit zum ausgelassenen Feiern nutzten.

Inmitten dieses Werkes steht eine Frage:

„Und immer wieder entflammst du in dir wie eine Pechfackel
lohenden Zunder, und brennend fragst du, ob größere Freiheit
dir wird, oder ob alles, was dein, zuschanden gehn soll?
Ob Asche nur bleibt und Staub, der mit dem Winde vergeht?
Oder ob auf der Asche Grund strahlend ein Diamant erscheint,
der Morgen des ewigen Sieges?..... (C. Norvid)“

Buch sowie Film weisen eine Art brechtschen Entfremdungseffekt auf. Eben auf dem höchsten Grad des Umbruchs macht das Werk halt und läßt die Frage nach dem Nachher offen. Denn die Darsteller im Buch (rororo Taschenbuchformat DM 3,80) sowie Film sollen nur zeigen, wie das Leben ist, kein Zuschauer soll sich identifizieren mit Charakteren auf der Leinwand, denn diese zeigen kein Beispiel, zeigen nur das gesellschaftliche Übel und ihr Wesen, ihre Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Sein und ihre Umgebung auf und finden nicht den Weg zur Veränderung! Und hier eben muß der Leser oder Zuschauer vollenden und den notwendigen Schritt zur Antwort gehen, sieht er doch sinnloses Morden, irreführte Jugend, korrumpierte Machtgierige. Eben auf diesem höchsten Grad des Umbruchs beginnt die Frage nach dem Wie.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, März 1964

ÜBERNOMMEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

Inhaltsverzeichnis

Es wird fortgewurschtelt

Ostamarsch 1964 - Lüneburg/Hamburg

1. Mai 1964

"Der Stellvertreter" in Bremen

Es wird fortgewurschtelt

Die Weltpolitik befindet sich seit Jahr und Tag in der Sackgasse. Wir haben hierzu öfter im Bremer Brief zu wichtigen Fragen Stellung genommen. Die herrschenden Klassen und Parteien in den kapitalistischen Gebieten werden von den breiten Massen, in deren Namen sie angeblich regieren und Politik machen, nur mit unmittelbaren Tagesforderungen beschäftigt. In den meisten westeuropäischen Ländern geschieht dies in Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern.

In der Bundesrepublik war die Aussperrung der baden-württembergischen Metallarbeiter nur eine kurze Unterbrechung der Arbeitsgemeinschaft ohne weitere Folgen. In Italien, Frankreich, Belgien fanden und finden kurzfristige Demonstrationstreiks statt, die den Arbeitern oft mehr Opfer abfordern als den Unternehmern.

De Gaulle greift und greift bisher weniger zu polizeilichen Gegenaktionen. - Vor de Gaulle war das fast stets die sofortige Antwort der Unternehmer und der kapitalistischen Staatsorgane. De Gaulle spekuliert z.Zt. auf die Gegenwehr der Arbeiter, die durch Verkehrstreiks behindert und durch Lohneinbußen geschädigt werden. Man entschuldigt die Sackgassenpolitik mit den bevorstehenden Wahlen in USA, England und der Bundesrepublik. Das ist falsch. Die Lage, auf der die Sackgassenpolitik beruht, hat tiefere Ursachen, auf die wir in den Briefen auch schon kritisch hingewiesen haben. Die Sackgasse ist Folge des Scheiterns der antikommunistischen Politik, die 1947 von Truman eingeleitet und seitdem fortgeführt wurde. Anfangs mit dem Ziel des Zurückwerfens der SU in ihre alten Grenzen, danach mit dem Ziel der Verhinderung des weiteren Vordringens in Asien und Afrika. Die Erfolge der nationalen Befreiungskämpfe in Asien und Afrika und der Sieg der chinesischen Revolution, die Erhaltung Nordkoreas, Nordvietnams, der Sieg in Algerien usw. Eine Kette von Niederlagen des Nachkriegskapitalismus.

Die Vorbereitungen des dritten Weltkrieges zur Vernichtung des Kommunismus hat das Treibhausstempo der monopolkapitalistischen Profitwirtschaft gefördert. Der Verlust des USA-Atommonopols durch das Einholen und Überholen Amerikas durch die SU, mit ihren Sputniks, Fernraketen, Atom- und Wasserstoffwaffen hat diese profitable Schrottproduktion nicht gehemmt. Die zusätzlichen Milliarden in allen Militärbudgets haben sie vergrößert. Der Ein-

satz der Atomwaffen der SU in einem eventuellen dritten Weltkrieg gegen den sozialistischen Block ist Ursache des Suchens nach einer Verständigung der beiden Besitzer der Atomwaffen. Das Gerede von der Entspannung im westlichen "Friedenslager" und die gesteigerte Angst der Bundesrepublikaner beruhen auf dem Verlust des Atommonopols der USA. Wenn diese Verständigung zustande kommt, so auf Kosten der deutschen Imperialisten, deren Weltmacht von der USA geborgt ist.

Die Mittel der technischen Revolution, die seit 1945 der kapitalistischen Produktion dienen, haben nicht den Klasseninhalt der kapitalistischen Gesellschaft geändert. Die ungeheuren Profitmöglichkeiten der von den Monopolen organisierten und geführten kapitalistischen Wirtschaft werden nur durch Arbeitskräftemangel gehemmt. Das führt zu Erhöhung des Preises der Arbeitskraft. Erhöhte Lohnkosten sind kein Hindernis für die Profitwirtschaft. Die höheren Löhne wurden und werden ein Mittel zur Einschläferung des Klassenbewußtseins der Lohnarbeiter. Das ist das einzige, was sich im Nachkriegskapitalismus im Klassenverhältnis geändert hat. Dieser Nachkriegskapitalismus beruht, wie jeder Kapitalismus auf der Aneignung des Mehrwerts, dem nicht bezahlten Teil der Arbeitskraft - und auf nichts anderem. Der höhere Lohn kann und beinhaltet oft eine höhere Ausbeutungsrate als niedrigere Löhne. Was sich geändert hat, ist nicht der Klasseninhalt, sondern nur das Bewußtsein, von der Rolle der Arbeiter im heutigen Monopolkapitalismus. Die Arbeiter werden ohne ihr Zutun lebenslänglich Lohnarbeiter durch ihre Stellung unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, die den Arbeiter zum Verkauf seiner Arbeitskraft und den Besitzer der Produktionsmittel zum Ankauf der menschlichen Arbeitskraft zwingen. Ohne Lohnarbeiter kann er nicht produzieren und keinen Mehrwert aneignen, auch wenn er alle Werkzeuge, Maschinerie und Rohstoffe besitzt. Die Verarbeitung dieser Rohstoffe durch die Arbeiter bildet den kapitalistischen Verwertungsprozeß.

Der Teil der unbezahlten Arbeitskraft ist wahrscheinlich z.Zt. im ganzen höher als der bezahlte Preis, der durch den Durchschnittswert des Lebensunterhalts der Arbeiter bestimmt ist. Zur eigenen Klasse wird die Arbeiterschaft nicht durch ihre historische Rolle im Produktionsprozeß, die ihr objektiv in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft zufällt. Zur Klasse wird die Arbeiterschaft erst durch die Erwerbung der Erkenntnis ihrer Rolle in der heutigen Gesellschaft. Die Einsicht der Arbeiter in ihre Klassenlage kann umfassend, tief oder breit und oberflächlich sein. Für den Kampfeinsatz wird dieses Bewußt werden nur entscheidend sein, wenn es zum Bedürfnis der Arbeiter in dem Umfange wird, daß es dadurch die Kampfkraft zum Sieg schafft.

Gewiß, die auf wissenschaftliche Forschung gestützte Monopolwirtschaft ist komplizierter als jede frühere Form der kapitalistischen oder anderen Gesellschaftsformen. Das Übermaß an ökonomischer Macht und politischer Gewalt der Monopole übt zur geistigen Beherrschung der Werktätigen einen zuvor nie vorhandenen Einfluß aus. Durch Kirche, Radio, Kino, Fernsehen, gegenstandslose Kunst und literarische Überproduktion. Die breite Masse ist Objekt, nicht kontrollierendes Subjekt in der parlamentarischen Demokratie.

Ein Stück mehr Brot, raffinierte Spiele und Schaustellungen zur Ablenkung von der stumpfsinnigen Arbeit am laufenden Band, im rationalisierten Betrieb genügen z.Zt., um die Werktätigen der Kommandogewalt des monopolkapitalistischen "Rechtsstaats" zu unterwerfen. Das Recht, von dem Goethe sagte: "Es erben sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit fort. Vom Rechte, das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage".

Im bundesstaatlichen Rechtsstaat scheiterte z.B. in der Pässierscheinfrage zum Besuch in die DDR die "Menschlichkeit" zu Ostern an der Zulassung eines Bäcker-

dutzende von DDR-Postbeamten zur Ausfertigung der Passierscheine. Weihnachten haben diese DDR-Postler die Bundesrepublik nicht erschüttert. Zu Ostern und Pfingsten scheiterte der ganze Menschlichkeitsrummel an diesen Postlern. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, müßte im Berliner Panoptikum ein Saal angebaut werden, um die Helden dieser Komödie aufzunehmen.

Mit der gleichen Ideologie wurde von Erhard der Wahlsieg in Baden-Württemberg erkämpft, er charakterisierte die SPD folgendermaßen:

"So unsterblich blamiert wie die Opposition hat sich noch keine Partei in der deutschen Geschichte - schäbiges Beispiel - angstirnig - verantwortungslos - innere Verlogenheit. ("Welt" vom 25. 4. 1964)Als ich die Tore zur Welt aufstieß", sage Erhard, "da prophezeite die Opposition, das würde in einer Katastrophe enden. So unsterblich hat sich noch keine Partei blamiert.....Wer in der dunkelsten Stunde unseres Landes, in der kein Stern mehr schien, mutig das Schicksal angepackt hat, der verdient Vertrauen," ruft er seinen Zuhörern zu, "wieviel Gläubigkeit, wieviel Vertrauen in das deutsche Volk habe ich an den Tag gelegt, als ich damals 1948 meine Meinung entscheidend traf. Soll ich Ihnen erzählen, was ich geleistet habe, ich denke nicht daran! Es gibt wohl niemanden, der mich nicht kennt. Taten zeugen besser als Worte". ("Welt" vom 26. 4. 1964).

Es ist wohl besser, das Heldenlied Erhards auf sich selbst nicht durch Kritik abzuschwächen. Warten wir, bis dieses Selbstlob der Kritik der Entwicklung unterworfen wird. Morgan berichtet von einem Ereignis bei den Irokesen. Ein Häuptling trat jeden Morgen bei Tagesanbruch aus seinem Zelt und befahl der Sonne zu erscheinen. Lange glaubten seine Stammesgenossen, er befehle tatsächlich der Sonne zu erscheinen. Da hatte er eines Tages verschlafen. Aber die Sonne war trotzdem erschienen. Da glaubte niemand mehr an die Kraft des Häuptlings, daß er Gewalt über das Erscheinen der Sonne habe....Erhard ist schon vor der Entwicklung kritisiert worden. Die Krise im Bergbau hat er vielleicht nicht verschlafen, aber er ist doch zu spät aufgewacht. Bei der DM-Aufwertung ist ähnliches passiert. Also warten wir weiter die Kritik der Entwicklung ab.

Das wird nicht lange auf sich warten lassen. Er baute und baut seine Wirtschaftspolitik auf der Konjunkturforschung auf. Die Tatsachen, auf denen die Konjunkturforscher ihre Konjunkturprophetieen aufbauen, sind nicht nur metaphysische Spekulation, sondern gleichen den Prophetieen derer, die aus dem Kaffeesatz wahr sagen. Die ökonomische und politische Macht der Monopole kann eine Zeit lang z. B. die Preise kontrollieren. Aber sie prophezeien nicht, sondern sie nutzen ihre Macht, um durch Produktionssteigerung oder Produktionsenkung in ihrem Einflußgebiet die Auswirkung von Angebot und Nachfrage auf die Preisentwicklung ihrem Profitbedürfnis anzupassen. Sie haben ihr kapitalistisches Klassenbewußtsein und bereiten die Verteidigung ihrer verfallenden kapitalistischen Ordnung vor, z. B. durch Notstandsgesetze, Brief- und Telefonbesitzung schaffen sie Schutztruppen aus den Mitläufern. Darin unterscheiden sich die Manager der Trusts und Monopole von dem parlamentarischen Kretinismus, der auf dem Glauben des Indianerhäuptlings beruht, sie könnten die objektiven Natur- und soziologischen Gesetze nach ihren Vorstellungen lenken. Das geht solange, wie die Werktätigen ihren Widerspruch zu den Machthabern nur durch Passivität kundtun. Aber sie sind mitverantwortlich. Dies Fortwarschtin der Machthaber in Wirtschaft und Staat ist nur durch die Passivität der Masse möglich. Sie sind und bleiben nur Machthaber, solange die entscheidende Masse es ihnen erlaubt.

Die herrschende Klasse und ihre Mitläufer sind unfähig, aus der Sackgasse

herauszuführen. Es gibt keinen Ausweg mit kapitalistischen Methoden und auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung. Die sozialistische Lösung kann nur von Sozialisten in Angriff genommen werden, wenn und insoweit die breite Masse den sozialistischen Ausweg als eigenes Bedürfnis aufnimmt und dafür kämpft. Ein König ist nicht König, nur weil er an sein Gottesgnadentum glaubt, sondern nur insoweit und solange genügend Kräfte an sein Königtum glauben und es aktiv oder passiv stützen. Welch jämmerliche Figur wäre Hitler geblieben, wenn nicht die breiten Massen an seine Demagogen geglaubt und sich seinem Kommando gefügt hätten. Das taten die Massen erst, als sie von der Wirtschafts- und Koalitions politik der Weimarer Zeit enttäuscht waren. Das hat nichts mit moralischen Bewertungen zu tun.

Die Masse der aktiven SS, SA und KZ-Büttel waren keine Lustmörder, sondern Raubmörder. Normale echte Kleinbürgerseelen, die erneut in den gegenwärtigen Ausschwitzprozessen sichtbar werden. Viele werden als kinderlieb und gute Familienväter geschildert, die bei Lampenschirmen aus Häftlingsküten, die ihr trautes Heim beleuchteten, guter Musik zugänglich waren und sind. Aber nach einer neuen Katastrophe wird es kaum noch so glimpflich für die Überlebenden abgehen, auch wenn sie wieder sagen, "das haben wir nicht gewollt". Ohne Verhinderung der Katastrophe durch Massenkampf heißt es - mitgegangen - mitgefangen mitgegangen.

Die SPD hat durch Gleichschaltung mit der Adenauer-Politik nicht den erhofften Weg zur Massen- und Regierungspartei gefunden. Bei den baden-württembergischen Landtagswahlen hatte die SPD nicht nur unter dem Hohn des Bundeskanzlers Erhard Spießrutenlaufen müssen, sondern nicht einmal den gleichen Zuwachs der neuen Wähler und der aus den Trümmern der unter die 5 % Klausel fallenden Parteien von der CDU erhalten.

Aus Berlin, wo die Sozialdemokratie eine Mehrheit besitzt, wird berichtet, daß die innerparteiliche Autorität der Partei zerbröckelt. Es haben sich neue Gruppierungen gebildet, die nicht von politischen Vorstellungen ausgehen, sondern eine Position zu gewinnen oder zu halten. In Herbst werden neue SPD-Stadträte ins Amt kommen, dazu ein sozialdemokratischer Bürgermeister in Zehlendorf. Die meisten von ihnen werden christliche Demokraten ablösen. Das berichtet Hans Zielinsky in der "Welt".

Vor dem 1. Weltkrieg schrieb der deutsche Professor Michels, der an der Universität Turin in Italien lehrte, ein kleines Buch über das Thema: "Der Sozialismus als Ware". Darin schildert Michels den Austausch mit Ämtern und Posten durch die Freigabe sozialdemokratischer Grundsätze. Heute haben die Sozialdemokraten keinen Tauschwert für Ämter und Posten mehr. Die SPD, die französischen und italienischen Sozialisten haben die sozialistischen Grundsätze - bereits aufgegeben. Es war nur noch ein schäbiger Rest. Die Sozialisten müssen jetzt offen die Geschäfte ihrer Bourgeoisie besorgen. Aber damit gewinnen sie keinen entscheidenden Einfluß in den Massen. Ohne diesen Einfluß bei den Massen haben die Sozialisten keinen Wert für die herrschenden Monopolkapitalisten. Deshalb werden und brauchen sie noch nicht in den nur gewerkschaftlichen Klassenkämpfen zwischen Kapital und Arbeit von den faschistischen Hausknechten der kapitalistischen Spitzermächte erschlagen und ersetzt werden. Sie verfallen mit dem verfallenden Kapitalismus wie Hautausschläge am Gesellschaftskörper.

Je bedeutungsloser die Sozialdemokraten werden, umso lauter geben sie ihre kleinbürgerlichen Ratschläge für eine angeblich bessere und vor allem friedliche kapitalistische Wirtschaft und Staatspolitik von sich. Sie schreien sich heiser mit der Forderung, die Macht der Monopole, die heute ausschlaggebenden Organisatoren der staatsmonopol-kapitalistischen Gesellschaft, einzuschränken. Wenn das gelänge, würde der Nachkriegskapitalismus nicht nur seiner herrschen-

den und führenden Organe beraubt, das Chaos der Kriege, Inflation, Massenarbeitslosigkeit wären die Folge. Die alte herrschende Klasse wäre nicht mehr fähig, mit den gewohnten Mitteln zu herrschen. Das macht den revolutionären Machtkampf nicht überflüssig. Ein Zurück zum Vorkriegskapitalismus ist kein Ausweg. Mit den schärfsten Gewaltmaßnahmen werden die Monopole mit ihren Mitläufern die verfallende kapitalistische Gesellschaft verteidigen. Die kleinbürgerlichen Vorstellungen, die größte geschichtliche Umwälzung, die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus, friedlich und mit Auszahlung tariflich vereinbarter Überstunden für die Revolution durchzuführen, ist, wenn nicht zu schön, so doch zu dum, um realisiert zu werden.

Einige Beispiele des Verfalls der Weltmächte. Die Vereinigten Staaten kämpfen mit ihren Verbündeten um die Aufrechterhaltung ihrer Vormachtsstellung. Die ganze Regierungszeit Kennedys war innen- und außenpolitisch eine permanente Niederlage. Seine innen- und außenpolitischen Vorschläge wurden von dem Kongreß abgelehnt, von Nato, Seato, Cento sabotiert.

Trotz Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation, Ende 1962 und Anfang 1963, blieb die Zahl der Erwerbslosen an der 5 Mill. Grenze. Es ist keine normale Saisonarbeitslosigkeit, sondern bereits die organische Arbeitslosigkeit. Johnson, der Nachfolger des ermordeten Kennedys, macht Wahlpropaganda mit dem Kampf gegen die Armut. Ob mehr als Wählergewinn für Johnson herauskommen wird, ist fraglich. Nach letzten Berichten über Johnsons Agitationsreisen begegnete er stummen Zuhörern. Daß das Gesetz zur Rassenfrage, das jetzt die Plibusterperiode - Sabotage durch Dauerreden - im Senat durchläuft, zu weiteren Verschlechterungen führen wird, läßt sich nicht voraussagen. Sogar bei Annahme des Johnsons-Textes wird die Verwandlung des passiven Rassenkampfes der Neger zum aktiven Kampf nicht zu verhindern sein.

Der Einfluß der Vereinigten Staaten als Führer der Nato hat nur in der BR keine Abschwächung erfahren. Die BR unterwirft sich den Forderungen Washingtons aus Angst vor der Abkehr der USA von der Unterstützung der Forderungen der Bundesrepublik.

Die multilateralen Oberwasserschiffe mit Polarisraketen werden zwar auch von den deutschen Militärs als strategisch wertlos verneint, aber der Schein eines atomaren Abschreckungszentrums in Europa, von der USA abgelehnt, soll vorgetäuscht werden. In der Seato kam nicht einmal ein platonischer Beschluß zustande, der der USA im Krieg in Vietnam Hilfe verspricht. In der Nato-Taugung wurde nur "politisch", nicht strategisch gesprochen. Der amerikanische Außenminister fordert aber von der Nato Teilnahme der Natoländer am Kampf in Südvietnam und Blockade Kubas. Also ein neues Korea?

Der Bundesrepublik wurde wieder einmal versprochen, daß die Nato-Mächte das Selbstbestimmungsrecht der BR "fordern" und die Bundesrepublik für ganz Deutschland sprechen darf.

Frankreich: De Gaulle gewinnt in Lateinamerika Prestige und mit seiner Anerkennung Chinas sogar bei der kommunistischen Partei Frankreichs. Die Forderung de Gaulles zur Liquidierung des Krieges in Südvietnam durch Neutralisierung zersetzt die Kampfkraft der Südvietnamesen, besonders in ihrer Truppe. Die Vereinigten Staaten stehen am 10. Jahrestag der Niederlage der Franzosen in Dien Bien Phu vor demselben Dilemma. Eine grausame Rache der Franzosen, denen die Amerikaner alle Hilfe versagten, solange ihr Eingriff die Niederlage in der Form als Katastrophe hätte verhindern können. Die USA unterstützten damals sogar Nordvietnam, um Frankreich aus Indochina zu verdrängen. Jetzt leiden die Amerikaner als Erben ihres Scherbenhaufens dieselbe Not, wie die, die sie vor elf bis zwölf Jahren den Franzosen zugefügt haben.

Aus Italien wird von Enttäuschung über die Regierung der Linken Mitte mit den Nenni-Sozialisten berichtet. Die Hoffnung, daß die Nenni-Sozialisten in der Regierung ihren Einfluß auf die Werktätigen stärken und zur Unterstützung der italienischen Monowirtschaft bringen könnten, sind fehlgeschlagen. Die italienischen Arbeiter streiken unter Führung ihrer Klassenkampforganisation und die Mitglieder der unter Nenni stehenden Gewerkschaften streiken mit. Die Unternehmer halten nicht nur italienische Investitionen zurück, sondern legen ihr Kapital im Ausland an. Italien treibt südamerikanischen Verhältnissen zu, wo die 20 Milliarden Dollar, die die USA "zur Ankurbelung des Fortschritts" Lateinamerikas zum industriellen Aufbau finanzieren, von den einheimischen Machthabern, zu denen die USA allein Verbindung hat, zusammen mit den in Lateinamerika erbeuteten Profiten in ausländischen Banken angelegt wurden.

Wir könnten ein kapitalistisches Land nach dem anderen als weitere Beispiele anführen. Ob England, Österreich oder die Schweiz, sie unterscheiden sich nicht in der Tendenz der Entwicklung, sondern im Grade des Verfalls untereinander.

Nach letzten Radiomeldungen ist in Italien Fanfani mit Vorschlägen hervorgetreten, mit der Regierung der "Linken Mitte" Schluß zu machen, wenn die erwarteten Hoffnungen nicht erfüllt werden!?! Fanfani war der Vorbereiter der Politik Linken Mitte. Er wurde von seiner eigenen Partei gestürzt. Wie sagt der Journalist im Freitags-Roman "Die Journalisten"? 'Der Journalist kann schreiben links und kann schreiben rechts.' Daß Staatsmänner linke und rechte Politik machen können, nicht nur in Italien, ist keine Neuheit.

Das hängt nicht nur von den Staatsmännern und Journalisten ab, sondern von der Aktivität oder Passivität der breiten Masse. Wenn sie sich passiv als bloße Objekte behandeln lassen, müssen sie als Subjekte leiden und büßen. Nicht im moralischen Sinne, sondern tatsächlich in ihrer ganzen Existenz. Den Werktätigen hilft kein Gott und kein Teufel, wenn sie sich nicht selber helfen.

Auch in sozialistischen Lager befindet sich die Entwicklung in einer Art Sackgasse. Die entscheidenden Ursachen sind auch dort objektiver Art. Große Teile der gesellschaftlichen Arbeit müssen und werden für Rüstungen, Wettlauf in der Weltraumeroberung, unproduktiv vernutzt. Das geht auf Kosten der Massenkonsumausgaben. Ohne diesen kostspieligen Rüstungsaufwand, besonders in der SU, wäre diese und mit ihr der größte Teil der Volksrepubliken, wenn nicht schon vom Staatsmonopolkapitalismus liquidiert, so doch unter starkem Druck, wie zum Beispiel gewisse lateinamerikanische und afrikanische Gebiete. Daß die Massenbedürfnisse der sozialistischen Länder nicht voll befriedigt werden können, ist nur insofern politisch Schuld dieser Länder, als sie in Überschätzung der Friedens- und Abrüstungskämpfe der Werktätigen der kapitalistischen Länder mit Unterschriftensammlungen, unzureichenden, wenn auch mutigen Aktionen kleiner Gruppen, meist Pazifisten, nicht alles Mögliche tun, um die werktätigen Massen der kapitalistischen Länder zu ernsthaftem Widerstand gegen die imperialistischen Rüstungen zu mobilisieren. Das ist mit der leeren Propaganda von der "friedlichen Koexistenz" noch mit der ideologisch falschen Abwehr der bundesdeutschen Schreierei nach Selbstbestimmungsrecht der "Deutschen" und der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937, zu erreichen. Hinter dieser Propaganda steht die Rückgängigmachung der Folgen des 2. Weltkrieges, der vom deutschen Imperialismus vorbereitet und durchgeführt von den Massen - "die das nicht gewollt haben", nicht verhindert werden konnte. Nur Demagogen von der Art Hitlers - oder Narren - können glauben, daß diese "Ziele" mit friedlichen Mitteln zu erreichen sind. Wenn sie nur friedlich Selbstbestimmung wollen - warum dann die bundesrepublikanische Aufrüstung zur stärksten Natoarmee neben der USA-Truppe? Die deutschen Imperialisten, kapitalistisch restauriert als Sturmkolonie für den 3. Weltkrieg gegen den Sozialistischen Block, sind nicht so einfältig, wie sie reden. Wie Hitler, der auch nur vom Frieden redete, während er aufrüstete.

Die britischen, französischen und amerikanischen Imperialisten halfen Hitler bei der Kriegsvorbereitung, solange sie glaubten, was sie wünschten, mit dem Krieg gegen die SU von sich abzulenken.... Nachdem im Bündnis der Anglo-amerikanischen Imperialisten mit der SU der Deutsche Imperialismus besiegt wurde, war der Preis für die Wiederaufrüstung der BR nicht zu hoch für die Vereinigten Staaten, um den erstarkten Sozialistischen Block wieder zurückzuwerfen. Aber sie müssen auf den günstigen Zeitpunkt warten. Der westliche Imperialismus will nicht für die Interessen des bundesrepublikanischen Imperialismus kämpfen. Das entspricht weder den Interessen Amerikas, noch Englands noch Frankreichs. Da die SU genügend Atomwaffen und Raketen haben, um sie zu transportieren, sind bei der jetzigen Sackgassenlage wahrscheinlich die Entspannungswünsche vorläufig ausreichend, sich mit dem Kalten Krieg, wenn auch nicht mit der friedlichen Koexistenz, abzufinden. Wenn die Werktätigen der kapitalistischen Länder nicht bald zur Kraft werden, die ihren herrschenden Klassen die weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung unmöglich machen, dann kann es trotzdem zum Atomkrieg kommen.

Daß in der SU und im Sozialistischen Block die Bedürfnisse der Massen nicht voll befriedigt werden können, weil zuviel sozialistische Produktivkraft für die Rüstungsaufgewendet werden muß, tragen wir Werktätigen des Westkapitalismus eine große Verantwortung. Stalin sagte Anfang der 30iger Jahre, Rußland sei ökonomisch, kulturell 50 - 100 Jahre zurück. Wenn es diese Rückständigkeit in einem Jahrzehnt nicht überwände, würde es vernichtet. Diese Rückständigkeit wurde überwunden. Sie wurde verschärft durch die Ausschaltung der bolschewistischen Partei bei der Führung der Massen durch die sie ersetzenden Fraktionskämpfe. Diese Fraktionskämpfe widerspiegeln nur die Unfähigkeit der russischen Werktätigen, mit den Problemen des Wirtschafts- und Staatsaufbaus fertig zu werden. Die ideologische Form dieser Fraktionskämpfe war der Kampf gegen den Aufbau des Sozialismus in der SU, was von Trotzki und seiner Fraktion als "Verratene Revolution" bezeichnet wurde. Isoliert von den entwickelten kapitalistischen Ländern und ihren kommunistischen Parteien war der Aufbau der Wirtschaft und die Verteidigung der SU kein Verrat, sondern die Rettung der Existenz der SU. Der Widerstand gegen diesen Aufbau des Sozialismus in einem Land konnte nur terroristisch und mit polizeilichen Mitteln geführt werden, nachdem die KPdSU kampfunfähig war. Die nach Sibirien Verbannten wurden nicht verbannt, weil sie alte Bolschewiki waren, die im Bürgerkrieg ihr Leben in die Schanze schlugen und den Sieg herbeiführten. Für die militärischen Aufgaben des Bürgerkrieges waren die russischen Werktätigen und die Mitglieder der bolschewistischen Partei qualifiziert. Zum Wirtschafts- und Staatsaufbau nicht.

Deswegen mußte er und wurde er gegen sie durchgeführt. Das schuf die Voraussetzung zum Sieg über Hitler. Die Verbannten, die in den sibirischen Wäldern Straßen und Grundlagen für die neue Industrie bauten, ermöglichten den vor dem Vorstoß der Hitlerarmee Flüchtenden den Wiederaufbau der Industrie in Sibirien. Und damit die Versorgung der Kriegsführung mit über 90 % der erforderlichen Waffen und Munition und anderen Kriegsbedürfnissen. Diese Tatsache kann nicht von Chruschtschow und seinem Anhang aus der Welt geredet werden. Natürlich verlief die Stalinpolitik nicht ohne Fehler. Der größte Fehler mit den schwersten Folgen war die Einführung der Sozialfaschistischen ultralinken Politik in Deutschland, mit der sie glaubten, den Widerstand des Reformismus in der Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen. Das Gegenteil wurde erreicht, obgleich die Hälfte der deutschen Werktätigen, die arbeitslos waren, sie billigten und die KPD die höchste Wählerzahl erreichte. Die Einheitsfronttaktik, die den gemeinsamen Kampf kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter ermöglicht hätte, wurde verhindert, die Machtübernahme durch Hitler ohne schweren Bürgerkrieg der Weg geebnet.

Es ist sinnlos, heute darüber zu spekulieren, ob ohne diese sozialfaschistische ultralinke, falsche Taktik, die sozialistische Revolution in Deutschland hätte siegen können. Eins halten wir aber für sicher: der Machtantritt von Hitler hätte verhindert werden können und damit wahrscheinlich der 2. Weltkrieg. Dieser Fehler hat mehr Menschenopfer gekostet als der Aufbau des Sozialismus in der SU mit polizeilichen und terroristischen Mitteln.

Rußland steht vor einer neuen, nicht weniger großen Gefahr. Bis jetzt versagte die KPdSU gegenüber der falschen Taktik Chruschtschows, der sogenannten friedlichen Koexistenz - und der Aussöhnungsversuche mit dem amerikanischen Imperialismus. In Ungarn knüpfte Chruschtschow an die Ideale aus der Operette des "Zigeunerbarons" an, die im Borstenvieh und Schweinespeck bestanden. Chruschtschow erklärte den Kampf für besseres Gulasch für die wichtigste Aufgabe der kommunistischen Weltbewegung. Eine größere Diskreditierung Lenins, der alten Bolschewiki, der Oktoberrevolution, ist unseres Wissens noch von keinem Kommunisten geäußert worden. Wenn das richtig ist, dann war die Oktoberrevolution der größte Fehler. Wenn ihre Aufgabe nur in besserem Gulasch und besserer Verpflegung besteht, dann hatten die Menschewiki recht.

Auch in der schwersten Krisenzeit haben die Arbeiter der kapitalistischen Länder besser gelebt als die russischen Arbeiter während der russischen Revolution. Die russische Revolution hatte zwei große Hungersnöte, in denen Millionen verhungerten, um endlich die Macht zu erobern und zu halten. Aber Chruschtschow beschuldigt die Chinesen, die zwar ohne allgemeine Hungersnöte, aber durch große Dürren und Überschwemmungen Mangelperioden überwinden mußten, die sie jetzt zum größten Teil überwunden haben, die keinen Vergleich zu den Hungersnöten während der russischen Revolution aushalten. Die Gefahr besteht nicht in der Entartung Chruschtschows, sondern in der Tatsache, daß das sogenannte kollektive ZK, das Chruschtschow aus seinen Anhängern zusammengeschoben hat, diese falsche Politik nicht korrigiert.

Wir sollten über diese weltpolitische Lage und unsere Aufgabe nachdenken und mit denen diskutieren, die überhaupt Stellung zu nehmen und mitzudenken bereit sind. Der Konflikt zwischen China und der SU wird den Prozeß der Liquidierung des russischen Befehlszentrums beschleunigen, an dem die 3. Internationale gescheitert ist. Die Länder, die zur Meisterung der eigenen Notwendigkeiten fähig sind und eigene kommunistische Parteien schaffen, werden eine höhere und stärkere Kraft aufbauen. Als Opposition in der 3. Internationale scheiterten wir mit unserer Forderung nach selbständiger kommunistischer Politik entsprechend den Bedürfnissen der Länder, in denen sie tätig sind. Uns fehlten nicht nur die materiellen Mittel, um diese Änderung herbeizuführen. China, Jugoslawien, Italien und die Kommunisten, die die Aufgabe der Schaffung selbständiger Parteien begriffen haben und instande sind, für die Aufrechterhaltung der kommunistischen Grundsätze zu sorgen, ohne die einzelnen Parteien und die zentrale Zusammenfassung bürokratisch zu bevormunden, werden die kommunistische Weltbewegung auf die Höhe der Aufgaben zu stellen instande sein, mit der sie siegen können.

Der Arbeitskräftemangel zwang besonders die deutschen Kapitalisten, höhere Löhne zu zahlen, die breiten Massen Kleinbürgerexistenzen ermöglichen. Die Gewerkschaftsreformisten befinden sich in der Rolle des Irokesenhäuptlings, der glaubte und glauben machte, er kommandiere den Sonnenaufgang. Ohne den Arbeitskräftemangel würde sich die Möglichkeit der Gewerkschaften in Sozialpartnerverhandlungen, den Lebensstandard der Werktätigen in der BR zu erkämpfen, gar nicht erst herausgebildet haben. Ohne den Sieg der chinesischen Revolution und die erfolgreichen nationalen Befreiungskämpfe in Asien wären die Arbeitskräfte der chinesischen Kulis des modernen Monopolkapitalismus für ihre Profitwirtschaft zur Verfügung gewesen. Eine große Arbeitskräftereservearmee, aus der

alle Anforderungen von Arbeitskräften der Monopolkapitalisten hätten befriedigt werden können. Jetzt besorgt das Kapital der BR sich die Arbeitskräfte durch Einführung von fast einer Million Italiener, Spanier, Griechen und Türken. Am 20. Januar 1964 berichtet die "Welt":

"Macht Hongkong Schule? Sucht man nach einer Faustregel zur Ermittlung des Preisgefälles von deutschen Baumwollartikeln zu vergleichbaren aus Hongkong, so wird man feststellen, daß ein Hongkong-Dollar fast gleich unserer Mark eif ist....was die Baumwollindustriellen aus der Kronkolonie für 1 DM nach Hamburg bringen, schaffen die deutschen Konkurrenten gerade für 5 DM in der Hansestadt.....ein Herrenpyjama aus der britischen Kronkolonie wird dem Einzelhandel für 9,70 DM angeboten. Der deutsche Preis für die gleiche Ware lautet: 18,09 RM.....Ursache. Der durchschnittliche Stundenlohn für angeleitete Arbeiter beträgt in der BR 3,17 DM, in Hongkong 0,86 DM. Die wöchentliche Arbeitszeit stellt sich auf 44 zu 67 Stunden. Die entsprechende Maschine in Hongkong ist jährlich mit 3000 Stunden ausgelastet, in der BR mit 1800 Stunden".

Wenn die Arbeiterklasse diesen Zustand nicht zu ändern imstande ist, dann werden keine chinesischen, nordkoreanischen und nordvietnamesischen Arbeitskräfte nach Europa importiert werden, sondern das Kapital wird mit seiner Profitproduktion dorthin auswandern, wo die billigen Arbeitskräfte sind. Das ist nichts Neues, das war vor dem 2. Weltkrieg das Normale.

Vielleicht erinnern sich manche an die Tatsachen, daß die Überwindung der großen Weltkrise Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre in Amerika erst 1940 und 1941 durch den Beginn des 2. Weltkrieges und die erforderliche Kriegsindustrie beseitigt werden konnte.

Trotz allen Gerede der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Politikanten über die Gleichsetzung der Krise im sozialistischen Block mit den Verfallserscheinungen im gesamt-kapitalistischen Lager geben wir zum Schluß eine statistische Übersicht des Anteils der Industrie und Landwirtschaft im Gesamtprodukt dieser Zweige in Prozenten. Die industrielle Produktion war 1962 fast 8 mal so groß wie in der Vorkriegsperiode 1937. In der gleichen Zeitspanne hat sie sich in den übrigen Ländern der Welt nur auf das 2,6 fache erhöht:

Anteil der Industrie und der Landwirtschaft am Gesamtprodukt dieser Zweige in Prozenten

	<u>Industrie</u>		<u>Land- und Forstwirtschaft</u>	
	1950	1961	1950	1961
Albanien 1)	8,8	60,9	91,2	39,1
Bulgarien	54,6	75,0	45,4	25,0
Ungarn	68,0	71,1 2)	32,0	28,9 2)
DRV	16,9 3)	43,2	83,1 3)	56,8
DDR	80,9	87,6	19,1	12,4
VRCh 4)	30,1	67,6	69,9	32,4
KVDR 4)	28,0	76,0	72,0	24,0
MVR	-, -	43,0 5)	-, -	57,0 5)
Polen	65,9 3)	71,5	34,1 3)	28,5
Rumänien	64,4	68,6	35,6	31,4
UdSSR	-, -	79,7	-, -	20,3
CSSR	63,9	82,0	36,1	18,0
SFRJ	-, -	61,9	-, -	38,1

1) Entsprechend: Vorkriegsjahr und 1959/60, 2) 1960, 3) 1955, 4) Entsprechend 1949 und 1959/60, 5) 1962

Ostermarsch 1964 - Lübeck/Hamburg

Viele kennen sich, manche zwei, drei, vier Jahre oder länger, einige seit dem Ostermarsch 1960. Sie wollen drei Tage hintereinander gemeinsam gegen die "Bombe" demonstrieren - aber nicht nur Ostern, sondern auch in der Zwischenzeit, bei öffentlichen Diskussionen, Podiumsgesprächen, Protestmärschen und während der Werbesaktionen für den Ostermarsch. - Nicht wenige standen auch 1957 auf dem Rathausmarkt in Hamburg, als 120.000 dem Aufruf der SPD folgten und gegen die atomare Rüstung protestierten. Dann saßen sie in der Ernst-Merck-Halle und hofften auf die "Volksbefragung", eine stolz angekündigte "Staatsaktion" der SPD in Hamburg. Zuletzt glaubten sie noch dem DGB und marschierten am 1. Mai gegen den Atomtod. Und dann war ihr Vertrauen auf die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie zerstört und sie beschlossen, selbständig zu protestieren und marschierten Ostern 1960 zum ersten Mal gegen die Atomrüstung.

Am Ostersonnabend 1964 trafen sie sich in Lübeck am Holstentor und zogen von dort nach Ratzeburg. Warum? Sie wollen die Bundesbürger aufrütteln, mahnen, ihnen immer wieder zurufen: Steckt nicht den Kopf in den Sand vor der Kriegsgefahr, döst nicht gleichgültig vor dem Glotzophon, laßt euch nicht von "Bild" verdummen. Darum: "Selber denken, prüfen, handeln - mitmachen; unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; keine Atomwaffen - weder national noch multilateral; von Köln bis Warschau atomwaffenfrei".

Der Zug erreichte Ratzeburg ohne Zwischenfälle. In der Stadt klebten Mitglieder rechtsradikaler Jugendorganisationen an Häuserwände und Bäume Hetzplakate: "Keine Kommunistenpropaganda - schafft die KZ-Mauer weg". Die Ostermarschierer beseitigten diesen Unrat, denn auf den Plakaten fehlte der Druckvermerk. Ein paar faschistische Hitzköpfe wollten randalieren, wurden aber höflich von der den Marsch begleitenden Landespolizei an die Ordnungspolizei verwiesen.

Am nächsten Tag: Mit über einem halben Kilometer Länge zog die Menschenlange von Ratzeburg in Richtung Schwarzenbek weiter, Es war kalt, trübe, und es schneite große Flocken, die der Wind wirbelte. Auf den verödeten Feldern links und rechts der Asphaltstraße lag ein dicker Schneepelz. Es fuhren nur wenig Autos vorbei. Ihre Insassen musterten erstaunt, amüsiert, zustimmend, erschrocken, lachend oder bewundernd den Zug.

Mölln war still und verschlafen. Einige Passanten blieben stehen. Hier und dort wurde eine Gardine zurückgezogen oder ein Fenster geöffnet.

Die Stimmung war gut. Man sang die bekannten Songs, stemmte die Transparente gegen den eiskalten Wind. Nach Stunden waren viele durchnäßt und steifgefroren - aber dann trank man in einer großen Scheune heißen Tee und konnte sich bei einer ausgezeichnet organisierten Küche stärken.

Die Reststrecke nach Schwarzenbek wurde nicht für den Weitermarsch freigegeben. Die Straße sei zu schmal, erklärte die Polizei.

Ostermontag. Etwa 1000 kamen morgens nach Bergedorf, in der Mehrzahl Jugendliche, aber auch ältere Leute und Familien mit Kindern. Ein tausend Meter langer Menschenwurm kroch durch die engen Straßen der Bergedorfer Altstadt. Hinter den Fenstern blickten schlaftrunkene Gesichter, die Neugierde, Ironie und Sympathie widerspiegelten, einige buchstabierten angespannt, grüblerisch nachdenkend die Parolen, andere stierten mürrisch und mißtrauisch. "Wer sind diese Leute, die dort unten im Schneeregen marschieren?", fragte sich vielleicht mancher, der durch die Gardinen spähte wie durch ein Türschloß. Er mußte zugeben: Sie sahen nicht aus wie Verschwörer oder weltfremde Sektierer. Man konnte also gefahrlos die Gardine zurückstreifen und ein Kissen als Ellbogen-

stütze auf die Fensterbank legen.

Mittags hatte sich Petrus endlich ausgehult. Der Zug marschierte durch dicht bewohnte Hamburger Stadtviertel und zog noch mehr Menschen mit. Eine Jazzband spielte auf einem Lieferwagen flotte Songs. Sprachchöre riefen: Die Bombe löst keine Probleme; nur Friede ist Luftschutz; stoppt die Rüstung, laßt sie rosten, sie wird uns sonst das Leben kosten! Hier strömte dem Marsch eine stärkere Anteilnahme entgegen als in Bergedorf. Standen doch gar nicht so wenige, die aus dem Fenster blickten und manchmal zustimmend mit dem Kopf rickten, 1957 zwischen den 120.000 Menschen auf dem Rathausmarkt. Einen Augenblick lang blendeten vielleicht die vorbeimarschierenden Demonstranten die Erinnerung an diese Kundgebung in ihr Gedächtnis - bis sie wieder beim Fernsehen alles vergessen und das eigene Denken abschalteten.

Nachmittags zogen mehr als 2000 Menschen über die Straßen der Innenstadt zum Gewerkschaftshaus. Dort beschloß eine Kundgebung mit 4000 Teilnehmern den Hamburger Ostermarsch 1964.

Die Entwicklung des Ostermarsches und seine Resonanz in der Öffentlichkeit

Nachdem die SPD 1957/58 die Anti-Atomrüstungskampagne geführt und abgetötet hatte, entstanden die ersten Ansätze der Ostermarschbewegung in der Bundesrepublik. Die spontane Empörung der breiten Masse versiegte (sie wollte und konnte für ihre Friedens- und Abrüstungsparolen nicht politisch kämpfen), aber einige Demonstranten versanken weder im Katzenjammer unerfüllter SPD-Versprechen noch im politischen Desinteresse, sondern erkannten, mehr oder weniger bewußt, daß der SPD-Parteiparat die Protestaktionen gegen die Atomrüstung nur so lange organisierte, wie er ein Umschlagen der spontanen Massenempörung in den politischen Kampf fürchtete. Die Diskussion über die Ursachen dieser SPD-Taktik suchte Mittel und Wege, den Protest nicht ganz einschlafen zu lassen.

Ostern 1960 zogen zum ersten Mal nach dem Beispiel der Aldermaston-Märsche in England 200 Demonstranten von Hamburg zum Truppenübungsplatz Bergen-Rehne, wo eine Kundgebung mit 1000 Teilnehmern den Marsch abschloß. Ein Jahr später marschierten Atomwaffengegner auch in anderen Teilen Deutschlands. Seit 1960 ist die Bewegung stark gewachsen. Ostern 1964 demonstrierten in der Bundesrepublik 100.000 Menschen, die im persönlichen Einsatz einen Sinn sehen und ihre Märsche selber organisieren und finanzieren.

Die Bevölkerung steht dem Ostermarsch skeptisch gegenüber, denn: "die SPD tut sich schwer in der Verleugnung des illegitimen Kindes ihrer Atomtod-Bewegung" (Die "Zeit"). Sie hat z. B. kurz vor den diesjährigen Märschen eine Netzbroschüre aus einem frei erfundenen Verlag vertrieben. Doch "der SPD-Bundestagsabgeordnete Professor Baade übermittelte der Kampagne seine Grüße und fast überall entlang der Marschrouten (Wiesbaden-Frankfurt) stellten sozialdemokratische Politiker ihre Sympathien für den Ostermarsch über die Parteidisziplin" (Die "Zeit"). Presse, Funk und Fernsehen haben in den vergangenen Jahren über die Demonstrationen berichtet. "Das Phänomen Ostermarsch beschäftigt die Soziologen" (Die "Zeit").

Die Struktur, die Zielsetzung und die Anhänger des Ostermarsches

Die "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner" ist keine politische Organisation, sondern nennt sich "eine Bewegung von Einzelpersonlichkeiten", sie hat weder eingeschriebene Mitglieder noch Satzungen. Die Märsche werden von Ausschüssen und Komitees - die jedem Interessenten offenstehen - organisiert.

Diese lockere Organisationsform entspricht dem Inhalt und der Zusammensetzung der Ostermarschbewegung. Ihre Anhänger kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen. Die Mehrzahl sind Jugendliche: Sozialisten (mit stark unterschiedlichem Niveau des Bewusstseins), Gewerkschaftler, Freiberger, Pazifisten, Naturfreunde, Pfadfinder, auch Schüler aus dem Mittelstand. Die meisten beunruhigt der Verfall der bürgerlichen Demokratie. Sie sind die treibenden Kräfte für eine stärkere politische Agitation, Willens- und Meinungsäußerung des Ostermarsches.

Das Rückgrat der Ostermarschbewegung bilden Intellektuelle, darunter bekannte Schriftsteller und Künstler, 200 Professoren, 1100 Geistliche. Sie vertreten die unterschiedlichsten politischen Auffassungen; aber fast alle sehen die Ursache der Atomrüstung nicht im kapitalistischen System, sondern erblicken in ihr hauptsächlich einen philosophischen Konflikt innerhalb der Vernunft. So schwärmen sie zwischen dem Weltgegensatz Kapitalismus - Sozialismus und beziehen keine bestimmte weltanschauliche Position. Während die Marxisten auf einer politischen Grundlage stehen und die Widersprüche des Kapitalismus für eine Veränderung der Gesellschaft ausnutzen wollen, reflektieren die Intellektuellen die allgemeine Verwirrung einer ausgesprochen moralischen Auseinandersetzung innerhalb der Widersprüche der bürgerlichen Ordnung.

Diese politische Konfusion bestimmt die Zielsetzung und Argumentation der Ostermarschbewegung; sie fordert Abrüstung in Ost- und West und verwechselt die Rüstung mit ihren Ursachen, die nur eine marxistische Analyse aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft aufdecken kann. Die drohende Menschheitsvernichtung durch einen Atomkrieg wird als totalste Form des Massenmordes moralisch geächtet, aber nicht als Ausdruck des sich verschärfenden Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus erkannt. Der Ausspruch: "Wir müssen die Atomwaffen abschaffen oder die Atomwaffen schaffen uns ab" (Prof. Hans Joachim Heidem), äußert besonders klar die gefühlsbestimmte Angst vor den möglichen Folgen eines dritten Weltkrieges. Sozialisten sollten erwidern: Wir müssen den Kapitalismus abschaffen oder der Kapitalismus wird uns abschaffen.

Die Pazifisten meinen aber, die Abrüstung sei der klarste und radikalste Kampf gegen den Atomkrieg.

Zweifellos ist die totale Abrüstung das Ideal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft kann der Krieg endlich beseitigt werden. Das ist aber erst möglich, wenn der Kapitalismus in der Welt machtlos ist. Die Parole der Pazifisten ist eine utopisch-moralische Forderung, nicht auf die politische Wirklichkeit bezogen. Auf diesem grundsätzlichen Argument der Pazifisten beruht ihr Grundirrtum.

Gerade die militärische Stärke der SU hat die kapitalistischen Mächte bisher davon abgehalten, einen Atomkrieg zu entfachen. Die SU und die mit ihr verbündeten Länder können nicht einseitig die Rüstung einstellen. Der Sozialismus in einem Teil der Welt schließt den Krieg noch nicht aus, denn der Kapitalismus wird versuchen, sozialistische Revolutionen in seinem Machtbereich niederzuschlagen.

Wie wird die Kraft der Ostermarschbewegung eingeschätzt

Das Moskauer Teststoppabkommen von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser, wird vielfach als Bestätigung und Erfolg der Ostermärsche gedeutet. Diese Annahme ist eine Illusion.

Die USA und die SU schlossen das Abkommen, weil sie alle notwendigen überirdischen Versuche vorher erprobt hatten. Das vorhandene Atomwaffenarsenal ist

heute so gewaltig, daß weitere Versuche in der Atmosphäre überflüssig und sinnlos geworden sind. Diese Tatsache verhindert eine noch stärkere radioaktive Versauerung in der Luft und auf der Erde, Das ist ein positives Ergebnis des Abkommens. Es hat aber das Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht verändert, auch nicht die Unterschriftenaktionen und Petitionen der Ostermärsche.

Die Kriegsgefahr durch den Kapitalismus wird gefährlicher, sogar wenn die USA und SU die Uranproduktion für militärische Zwecke einschränken und auf der Basis der Politik des sogenannten Interessenausgleichs noch einen Teststoppvertrag über unterirdische Versuche abschließen und bereit sind, veraltete Bomber zu verschrotten (die USA möchten deren kostspielige Instandhaltungskosten für andere Zwecke freisetzen).

Aber diese Politik des Interessenausgleichs ist sehr eng begrenzt; sie kann nicht den gesellschaftlichen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus lösen. Im Gegenteil: Der wachsende Verlust der Einflußgebiete und Verfall der imperialistischen Monopole des Kapitalismus und die Zuspitzung der ökonomischen Widersprüche zur Überproduktionskrise und Massenarbeitslosigkeit mit internationalem Ausmaß verschärfen die Gefahr, daß die verbündeten kapitalistischen Mächte einen Atomkrieg anstiften könnten.

Sozialisten müssen den Pazifisten diese Kriegsursachen erklären und nicht ihre Illusionen bestärken. Und doch reden einige heute pazifistischer als die Pazifisten. Ihr Auftreten rechtfertigen sie mit der Parole: "Friedenskampf ist Klassenkampf". Sie fordern den Glauben an diese falsche Schlußfolgerung aus dem pazifistischen Inhalt und der Richtung der Opposition unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen.

Friedenskampf ist nur ein Teil, eine Taktik des Klassenkampfes (der die politische Macht erobern und die Lohnsklaverei beseitigen will). Die Vertreter der russischen friedlichen Koexistenz-Politik unterschätzen die Kräfte des Kapitalismus und überbewerten gleichzeitig die Kräfte des Sozialismus und das politische Bewußtsein der Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern. Gefährliches Wunschenken breitet sich aus; es wächst schnell wie Unkraut.

Häufig hört man die Meinung: Ein zunehmendes Übergewicht der sozialistischen Kräfte und das Wachsen der Friedensbewegung ergebe sogar beim Fortbestehen des Kapitalismus die reale Möglichkeit, den dritten Weltkrieg zu verhindern.

Dies erscheint uns zu spekulativ, weil hier die Möglichkeit schon als zukünftig eintretende Tatsache prophezeit wird. Wir dürfen aber die Möglichkeiten, den Krieg zu vermeiden, nicht abstrakt betrachten, sondern sie im Zusammenhang mit der ökonomischen und politischen Entwicklung untersuchen.

Es stimmt: Die kapitalistischen Mächte stehen heute einem starken sozialistischen Lager gegenüber; sie wissen, daß ein Angriffskrieg auch sie vernichten kann. Entscheidend aber ist, daß es für die herrschende Kapitalistenklasse keine Möglichkeit des Fortschritts mehr gibt (wie z. B. nach ihrem Sieg über den Feudalismus), sondern nur das Aufrechterhalten ihrer Herrschaft und Einflußsphäre. Aus diesem Grunde wird die Gefahr eines Krieges als Ausweg aus der Sackgasse der Endphase der gesellschaftlichen Entwicklung noch größer; denn die Kapitalisten bekämpfen die höhere Etappe der Menschheitsentwicklung: den Sozialismus.

Das Wunschenken gipfelt in der Illusion, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie sei es möglich, den Kapitalismus zur Aufgabe der Rüstung zu zwingen.

Die freigesetzten Mittel könnten dann für eine "soziale Aufrüstung" ausgenutzt werden und die Lebensverhältnisse noch verbessern. - Aber die Rüstung - die unproduktive Produktion - ist eine wichtige Triebkraft der kapitalistischen Profitproduktion. In einigen Staaten der USA arbeiten 20 - 30 % der Werktätigen in der Rüstungsindustrie.

Die bürgerliche Demokratie wird bereits abgebaut - innerhalb und "etwas außerhalb der Legalität" -, weil sie die Herrschaft des Kapitalismus in der verfallenden bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr mit der Form des Parlamentarismus aufrechterhalten kann. Die geplanten (und zum Teil schon verabschiedeten) Notstandsgesetze offenbaren den Willen, die bürgerliche Demokratie in einen militärischen Polizeistaat zu verwandeln. Die Tendenz der Entwicklung offenbart, wie leicht die kapitalistische Herrschaft die bürgerliche Demokratie wofegen kann, wenn die Arbeiterklasse ihren Friedenswunsch innerhalb der parlamentarischen Möglichkeiten politisch durchsetzen will.

Der Ostermarsch wird in der Bundesrepublik geduldet, weil ihn die Bevölkerung nicht unterstützt. Er veranstaltet keine Sitzstreiks gegen Verteidigungsanlagen (wie in England) und demonstriert im Rahmen der Gesetze. Dafür reicht seine Kraft. Es wäre leichtsinnig, von ihm radikalere Aktionen zu fordern, denn die Arbeiterklasse würde sie gegenwärtig nicht nur ablehnen, sondern auch bekämpfen, da die Masse der Werktätigen den bürgerlichen Staat anerkennt und seine antikommunistische Ideologie reflektiert.

Der Ostermarsch wird aber trotzdem eifrig überwacht. Nicht ohne Grund: Die bürgerliche Herrschaft fürchtet, daß sich aus ihm Keimzellen für den politischen Kampf der Arbeiterklasse bilden.

Außer der militären Stärke der SU erscheinen uns als die wichtigsten Bedingungen, die auch zukünftig den Krieg verhindern können, daß der sozialistische Block den Kapitalismus in der Befriedigung der materiellen Lebensbedürfnisse der Menschen einholt und überflügelt, während die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern ihre Klassenlage erkennen und den Wunsch nach Frieden und Freiheit durch die Eroberung der politischen Macht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verwirklichen wollen.

1. Mai 1964

An diesem Kampftag der Arbeit strömten noch viele tausend Arbeiter auf die Straße, nicht, weil die DGB-Bürokratie dazu aufrief - in Bremen rief sie wie in den Vorjahren auch zum Besuch des Gottesdienstes auf -, sondern weil in der 1. Mai-Demonstration viele Ideale der Arbeiterbewegung erhalten geblieben sind, weil es die Tradition dieses Tages ist, daß der Arbeiter demonstriert, weil der Arbeiter hier noch die Möglichkeit hat, seinen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Dort, wo die Demonstrationen zum 1. Mai mit einem Mai-Umzug verbunden waren, war noch ein wenig von der Kampfkraft zu erkennen, die die Arbeiterschaft objektiv besitzt. Diese Kraft auszubauen, ist die wichtigste Aufgabe, die der Arbeiterschaft heute zufällt und die sie schon heute in Angriff nehmen muß, bevor es dem reaktionären DGB-Flügel gelingt, die 1. Mai-Umzüge ganz abzuschaffen. Die von Jahr zu Jahr geringer werdende Beteiligung an diesen Demonstrationen gibt den reaktionären Gewerkschaftsbürokraten Wasser auf ihre Mühlen, die Mai-Umzüge vollkommen zu liquidieren, nicht zuletzt deshalb zu liquidieren, weil die Atomwaffengegner mit jährlich wachsender Stärke daran teilnehmen.

In den Städten, wo die Mai-Umzüge der Vergangenheit angehören, wo die DGB-Bürokratie nichts zur Mobilisierung der Mai-Umzüge tat, ist die Mai-Demonstration zu einer Veranstaltung mit billigen Showbusiness der Gewerkschaftsmänner verflacht, hat die Arbeiterschaft ihr letztes bißchen Subjekt verloren.

Bremen: Der 1. Mai-Umzug war in Bremen keine machtvolle, aber immerhin eine nicht zu übersehende Demonstration. Schwarzrotgoldene Fahnen und in Blau plinckernde Mai-Plaketten waren die offiziellen Symbole des Zuges, dazu 10 Reklamewagen einer Sprudelfirma. Die von der Gewerkschaftsbürokratie gestellten Transparente - einige Gewerkschaften hatten ganz darauf verzichtet - sagten meist noch weniger aus als die diesjährige Parole "Sonst wären wir nicht so weit", eine Kapitulation vor Erhards- Wirtschaftswundergefasel und Gutheißung seiner wirtschaftlichen Konzeption.

Wie schwach der Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie ist, zeigte sich daran, daß die Arbeiter unter Transparenten marschierten, die gegen die Bonner Müstung, gegen Müllabfuhrgebühren und Straßenbahnvertenerung und zum Ausbau der Mitbestimmung aufriefen. Die Arbeiter nutzten die Möglichkeit, ihre DGB-"Bonzen", die im Bremer Parlament, der Bürgerschaft, für diese Gebühren gestimmt hatten, vor den Protesttransparenten gegen ihre eigene Politik zu demonstrieren. Die SPD-Gewerkschaftler und ihre verlogene Politik in aller Öffentlichkeit bloßzustellen, um sie von ihrem Höhenflug in die Regierungspolitik zur Realität der Welt der Arbeiter zurückzupfeifen, ist nur dort wirkungsvoll möglich, wo die Demonstranten durch die Straßen ihrer Stadt marschieren, wo die Gewerkschaftsfunktionäre gezwungen sind, für die Parolen der Arbeiterschaft zu marschieren.

Auf dem Domshof angekommen, wurden die Transparente der DGB-Bürokratie zusammengerollt und irgendwo an eine Mauer gestellt, die Träger hatten ihre DM 5,-- verdient. Richard Boljahn eröffnete die Kundgebung, bevor der Zug der Atomwaffengegner, der den Schluß des Umzugs bildete, auf dem Domshof einmarschiert war. Die Ansprache hielt Bürgermeister Willy Dehrlkamp, Bremer SPD-Bildungs-senator.

Es ist schon ein legitimes Recht der SPD-Bürokratie geworden, auf dieser gewerkschaftlichen Veranstaltung das große Wort zu führen. Dort, wo Gewerkschaftler die Mai-Ansprache hielten, fast nur in kleineren Orten, dürften viele Reden allerdings kaum anders klingen, wird doch so mancher Gewerkschaftsfunktionär, der an seinem Posten hängt, versuchen, eine für sozialdemokratische Ohren wohlklingende Rede zu halten. Die DGB-Broschüre "Redematerial 1. Mai 1964", die auf 10 Seiten ablesbares Redematerial enthält, gibt dem Redner Gewähr, nichts gegenüber seiner Bürokratie zu riskieren.

Die Gewerkschaftler, die den Mut haben, den Vorschriften dieser DGB-Broschüre zu trotzen, bei ihrer Rede nicht über den Rahmen dieser Broschüre hinauszugehen und keireheiklen Themen anzufassen, können letzten Endes nur Erfolg haben, wenn die Arbeiterschaft bereit ist, diese Gewerkschaftler durch ihre Aktivität und Aufgeschlossenheit zu unterstützen. Ohne Widerhall in der Arbeiterschaft werden diese Wortemutiger Gewerkschaftler zu Worten eines Märtyrers; entweder ist die Arbeiterschaft bereit, zusammen mit diesen Gewerkschaftlern für ihre Interessen zu kämpfen oder die DGB-Bürokratie wird diese Männer auf Abstellgleise rangieren.

Nürnberg: Es war keine erhabene Geschichte, die diesjährige Maikundgebung in Nürnberg, dafür bewegte sie sich zu sehr auf den seit Jahren abgefahrenen Gleisen. Ohne Demonstrations-Umzug zog die Kundgebung auf dem Hauptmarkt nur etwa 7000 Menschen an, die aber bestimmt nicht gekommen waren, um am 1. Mai der kommunalpolitischen Rede des SPD-Oberbürgermeisters Dr. Urschlächter zu

lauschen. Aber die Rede des sogenannten Linken, Willi Esel, DGB-Bezirksleiter in Bayern, bewegte sich in großen und ganden nur in den von DGB-Bundesvorstand gesteckten Rahmen. Was hätte man anderes erwartet in einer Stadt, in der sich die Arbeiterschaft der Möglichkeit des Mai-Umzuges hatte verweigern lassen. Nur einmal verstärkte sich der Beifall, als die Rüstung und ihre profitstreibende und die Währung gefährdende Tendenz erwähnt wurde. Das ist es, da drückt dem Arbeiter der Schuh, aber das hatte man in der DGB-Broschüre totgeschwiegen. Es ist tabu, wie alle anderen Probleme, die die Arbeiterschaft unmittelbar angehen, mit denen sie sich auseinandersetzen muß, die sie auch interessieren, so daß es eventuell zu Aktionen kommen könnte.

Die Gegenüberstellung der Mai-Demonstrationen in diesen beiden Städten, in Bremen und in Nürnberg, zeigt deutlich, was das Wesentliche der Demonstration zum 1. Mai ist. Nicht die Kundgebung auf einem Platz oder sogar in einem Kinosaal ist entscheidend, wie in Heroldsberg bei Nürnberg, wo die Zoo Situplätze des Lichtspielhauses in diesem Jahr den vollen Besuch der Mai-Kundgebung ermöglichte, was nach den negativen Erfahrungen der Vorjahre nicht unbedingt vor-auszusehen war, sondern entscheidend war und ist der Marsch der Arbeiterschaft durch die Straßen ihrer Stadt. Dafür opfert der Arbeiter eher für ein paar Stunden die Gemütlichkeit seines trauten Heimes als nur für eine Kundgebung allein, in der er nur Objekt ist.

Erst der Demonstrationmarsch ermöglicht es dem Arbeiter mit selbstformulierten Transparenten für seine Forderungen zu demonstrieren. Aber solange die Arbeiterschaft kein eigenes Klassenbewußtsein entwickelt, um u. a. auch den Mai-Umzug so zu gestalten, daß er, statt durch bundesdeutsche Wimpel, durch rote Fahnen die Kampfkraft der Arbeiterklasse demonstriert, solange wird seine Bürokratie mit Erfolg versuchen, die Mai-Demonstration in ihrem Sinne umzugestalten, aus dem Tag der Arbeit einen Tag der Besinnung zu machen oder noch weniger, wenn es das gibt. Der Arbeiter muß sich heftigen, um eine neue Katastrophe zu verhindern, aber nicht, indem er sich sinnige Gedanken macht, sondern indem er sich auf sich selbst bezieht, indem er seine Kraft als Klasse begriff und diese Kraft in Kampf für eine bessere Welt gebraucht.

Aus dem Theaterleben:

"Der Stellvertreter" in Bremen

Den 8. und 9. Mai 1964 wird das Bremer Theaterpublikum scheid nicht vergessen. Schon am 25. April hatte der Vorverkauf für Rolf Hochhuths "Der Stellvertreter" begonnen. Zwei Stunden vor Kasseneröffnung, morgens um 9.00 Uhr, formierten sich die Ersten zur Schlange, um auf jeden Fall eine Karte für das Berliner Gastspiel, Inszenierung Erwin Piscator, zu bekommen.

Seit fast zwei Jahren beschäftigt Buch und Stück die Öffentlichkeit. In letzter Zeit hat kein Werk die Gemüter so bewegt, wüde das Für und Wider so leidenschaftlich diskutiert und demonstriert wie Hochhuths "Stellvertreter".

Die Reaktionen der Kirche gegen dieses Stück sind in ihrer Hilflosigkeit gegenüber dieser Realität erbärmlich. Sie gibt sich brüskiert und diffamiert. Sie konnte aber nicht verhindern, daß Buch und Aufführung eine umfassende Bedeutung erlangten.

Was mag Hochhuth zu dieser Untersuchung gebracht haben? Seine Grundeinstellung

ist die christliche Formel: Liebe Deinen Nächsten! Mit dieser Formel, in dem Stück angewandt als Methode zur Aufschlüsselung des Verzagens der Menschlichkeit im allgemeinen und des Papstes im besonderen gegenüber den Massenmordungen von Juden durch die Faschisten, erblöst Hochhuth die Haltung der Katholischen Kirche zu diesen Geschehnissen. Getreu seines christlichen Grundsatzes prangert er in Gestalt eines jungen Pfarrers, der sich der Vernichtungswelle entgegenstemmen will, den Papst an, in selbstsüchtiger Weise die Ermordung der Juden zu dulden. Selbst die Motive des obersten Klerus werden aufgedeckt: Lieber der Ausrottung der Juden tatenlos zusehen, als den Faschismus bekämpfen, was nach Ansicht der höchsten Vertreter dieser Kirche den Sieg der Poten Armee erleichtert hätte. Dramatisch wird gezeigt, wie auf den vergasten Leibern von Millionen von Juden der Katholizismus eine Chance des Überlebens suchte.

Hochhuth erkennt die Beweisführung des Papstes nicht an und läßt schließlich seinen Helden, den jungen Pfarrer Riccardo, aus Verzweiflung am Versagen seiner Kirche, mit einem Judenstern versehen im Vernichtungslager "Auschwitz zugrunde gehen.

Mit vernichtender Härte drängen sich dem Zuschauer zum Schluß die Worte auf:

"So arbeiteten die Gaskammern noch ein volles Jahr. Erst im Sommer 1944 erreichte die sogenannte Tagesquote der Ermordungen ihren Höhepunkt. Am 26. November ließ Himmler die Krematorien sprengen. Zwei Monate später wurden die letzten Häftlinge in Auschwitz durch russische Soldaten befreit".

Die Kirche nahm auch diese weiteren Opfer passiv hin!

Was aber das Publikum bis ins Mark erschütterte, so daß kaum Applaus aufklang, war die Tatsache, daß hier nicht nur die katholische Kirche bloßgestellt wurde, weil ihr ihre materielle Existenz wertvoller ist als ihre Phrasen und Dogmen, sondern jeder Mensch sich selbst mit angesprochen fühlte als Deutscher, als zu diesem Volk gehörender, oder gar als Mitläufer oder Mit-helfer. Selbst die in hoher Zahl anwesende Jugend - die selbst gar keine Schuld am Dritten Reich trifft - war so schockiert, daß sie am liebsten mit ihrer Zeugengeneration im Dunkeln das Theater verlassen hätte.

Es zeigte sich, wie die Vergangenheit auf den Menschen lastet, sie ist noch nicht überwunden, sie ist ein akutes Problem der Gegenwart geblieben. Hochhuth stieß mit seinem Stück in die empfindlichste Stelle des mit Wohlstandsbüchchen verdeckten Gerippes der bundesdeutschen Reaktion.

Die Reaktion der Zuschauer machte deutlich, daß sie Parallelen zogen zu heute. Damals wurden die brutalsten Aktionen der Faschisten geduldet, heute wird geduldet, wie Verantwortliche von damals wieder ihre Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft ausbauen und sich schon wieder zur führenden Schicht dieses Staates zählen.

Die Wirkung des "Stellvertreters" liegt nicht nur in der unbereinigten Vergangenheit begründet. Die Bereinigung oder Bewältigung der Vergangenheit setzt eine Bewältigung der Gegenwart voraus. Sie ist allerdings nicht mittels christlicher Ethik zu erreichen, sondern durch die Beseitigung des Kapitalismus, dessen Gesellschaftsordnung immer wieder die Reaktionen nach oben spült. Das mag das Publikum geahnt haben, als es mit gesanktem Kopf und in sich gekehrten Blick das Theater verließ. In dem Fluch der Vergangenheit war der Fluch der Gegenwart deutlich geworden. Die Menschen werden den Kopf solange senken, bis sie begreifen, daß nur der Kampf eines jeden für eine bessere Gesellschaftsordnung sie von diesem Alpdruck befreien kann.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen, Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, Bremen, Lohmannstr. 96 (Bremen, Mai 1964).

BRUNNEN INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

INHALT

Hauptmächte des Kapitalismus:

- Klassenkämpfe und Bürgerkriege in Amerika Seite 1
Der Nachkriegskapitalismus in der Bundesrepublik Seite 5

Fluch der Gegenwart:

- Das kapitalistische System als Wurzel des Faschismus . . . Seite 9

Jugend und Wiedervereinigung:

- Wünsche und Realitäten Seite 13

Opposition gegen Bremer Wohnungsbau:

- Kampf der Re(d)aktionäre Seite 15

Pazifismus und Krieg:

- "Für eine Welt ohne Waffen" Seite 17

- Anhang Seite 19

Hauptmächte des Kapitalismus:

KLASSENKÄMPFE UND BÜRGERKRIEGE IN AMERIKA

Heute sind die Produktivkräfte so hoch entwickelt, daß der reale Inhalt des tausendjährigen Traumes der Menschheit von sozialistischen Vorstellungen verwirklicht werden kann: Befreiung von aller Not und die Möglichkeit, die entscheidenden Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Die Verwirklichung scheitert jetzt nur noch am Aberglauben an das Privateigentum. Dieser Aberglaube bildete zwar einen wichtigen Hebel zur Entwicklung der Produktivkräfte, ist aber jetzt zum Haupthindernis bei der Organisierung der sozialistischen Gesellschaft geworden. Die Eigentums-Ideologen leben in dem Irrglauben, daß die kapitalistische Gesellschaft fähig ist, die Menschheit vor Not und Elend zu bewahren. Ideologen entwickeln sich immer langsamer als die ökonomische Basis, die sie widerspiegeln. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das Land mit den entwickeltsten Produktivkräften. Deshalb gibt uns die Analyse der amerikanischen Gesellschaft Einblicke in die künftige Entwicklung des Kapitalismus und des Kampfes für die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung in die sozialistische.

Alle amerikanischen Staaten liegen wirtschaftlich und politisch unter der Botmäßigkeit der USA. Die einen mehr, die anderen weniger. Kuba, das sich als erster amerikanischer Staat dieser Botmäßigkeit durch den sozialistischen Aufbau zu entziehen versucht, ist Hauptfeind Nummer Eins geworden und ist wirtschaftlichen und politischen Repressalien unterworfen. Die militärische Niederwerfung ist geplant; zur Durchführung wartet man auf den günstigsten Vorwand. Siehe die Bombardierung Nord-Vietnams.

Die USA sind das Land mit den höchsten und am modernsten ausgerüsteten Produktionsmitteln. Sie sind mit ihrer finanziellen und militärischen Macht das führende Land der kapitalistischen Welt.

Die Klassenkämpfe in den USA sind stets mit der brutalsten Gewalt geführt worden. Die zwanzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, während die Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Unternehmern durch Partnerschaft auf Kosten der Käufer gemildert wurden, bilden nur die Ausnahme von der historischen Regel. Der Bürgerkrieg zwischen rebellierenden Negern und der Staatsgewalt ist Klassenkampf, der fälschlich mit Rassen-Ideologie geführt wird.

Der Rassengegensatz begleitet die ganze Geschichte der USA. Vor 100 Jahren endete der Bürgerkrieg zwischen dem industriell vorgeschrittenen Norden und den kapitalistischen Plantagenbesitzern des Südens. Er wurde geführt mit der falschen Note der Negerbefreiung vom Norden und der kapitalistischen Welt Europas. Das Resultat dieser Negerbefreiung tritt zur Zeit kraß in den Großstädten des Nordens durch die Rebellionen in den Fremden- und Neger-Ghettos in Erscheinung. Im Süden bildet der Klu-Klux-Klan den aktiven Teil der weißen Rassenfeinde gegen die Neger, die die Aufhebung der Negersklaverei mit väterlicher Behandlung ihrer Neger gegen die "Sklaven-Befreier" bekämpfen. Neger, die auf den Plantagen geduldig den Patronen gehorchen, werden väterlich behandelt - wie Hunde, die man ja auch zeitweilig liebkost, wenn sie Hundetreue und Kunststückchen zeigen, die man aber für toll erklärt, wenn man sie erschießen will, weil sie das "Frauchen" oder das "Herrchen" gebissen hatten.

Daß die Negerrebellionen in erster Linie Klassenkampf sind, schrieben wir schon aus Anlaß der Krawalle der Weißen, als diese die Legalisierung der Ausübung des Wahlrechts und der Benutzung der Schulen und der Transportmittel der Weißen usw. durch die Neger verhindern wollten.

Das Nationalprodukt der Vereinigten Staaten ist zur Zeit das höchste in der Geschichte der USA. Die Johnson-Regierung gibt Steuersenkung als Wahlspeck. Johnson liebt das Monopol-Kapital und das Monopol-Kapital liebt Johnson. Die Monopolprofite sind 1963 um über 22 Prozent gestiegen. Die Bankiers sind in ihrer Mehrheit der Meinung, daß mit Johnson die Profite weiter steigen werden.

Die Regierung der USA gibt selbst an, daß ein Fünftel der Bevölkerung - ungefähr 40 Millionen - unter der Elendslinie leben. Die Erwerbslosigkeit ist in den USA höher als in irgend einem fortgeschrittenen industriellen Land:

1948/49	betrug sie	2,6	Prozent,
1953/54		3,9	" "
1957/58		5,0	" "
1960/61		5,3	" "
1963		6,1	" "

Wenn diese Tendenz andauert, rechnet man mit 10 Prozent Erwerbslosigkeit in den nächsten Jahren. Die Wachstumsrate der Erwerbslosen steigt, weil von dem jährlichen Zuwachs von 700.000 neuen Arbeitskräften nur durchschnittlich 175.000 einen Arbeitsplatz erhalten können. Der letzte Bericht des Unterkomitees des Senats warnt; die wissenschaftliche und technische Revolution erschüttert die Fundamente unserer Gesellschaft und Ökonomie.

In der Landwirtschaft hat die Produktivität nach 1945 um 135 Prozent zugenommen, mehr als in der Industrie. 40 Prozent der Landarbeiter sind innerhalb von 15

Jahren ausgeschlossen. Automation, wie Baumwoll-, Frucht- und Gemüse-Erntemaschinen vertreiben die Landarbeiter. Ebenso wie in der Industrie ist hier die Erwerbslosigkeit unter den 18 bis 19-jährigen doppelt so hoch als im Durchschnitt. Bei den 20 bis 25-jährigen verdoppelt sie sich noch einmal. Wie in Süd-Italien ist auch hier schon die dritte Generation dauernd erwerbslos.

Tief gelagerte Kohle zu fördern ist unrentabel. Nur 20 Prozent des Kohlevorrats wird im Oberbau abgebaut. Das ganze Appalachen-Gebiet, das über acht Staaten ausgedehnt ist, verfällt, die Natur verkarstet. Die Riesenbäume dieses Gebietes wurden und werden gefällt - 1 Dollar pro Baum - von den Erwerbslosen. Die gelockerte Erde wird fortgeschwemmt und vom Wind verweht, die Flüsse versumpfen, die Fische sterben vergiftet. - Thomas Moore schildert, wie zur Zeit der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise in England die Menschen von den Schafen gefressen wurden, die an Stelle der vertriebenen Bauern das Bauernland bewohnten, weil die Schafzucht profitabler als die Bauernwirtschaft war. Dr. Ernesto Galarza, der in Kalifornien gegen das moderne Bauernlegen ankämpft, schildert, wo und wie jetzt die Maschinen die Menschen fressen. John Steinbeck schildert in seinem Roman "Die Früchte des Zorns" die Verelendung der Landarbeiter.

Präsident Johnson ist zwar ein kleiner Dollar-Millionär, aber er hat sie sich selbst gemacht. Sein Programm ist: "Wir wollen jene Gemeinden und Gebiete ermutigen und beistehen, die ihre eigenen Pläne entwickeln und durchführen. Unsere Hilfe dient privater Findigkeit, Initiative und Fleiß".

Nicht diese ökonomischen und sozialen Grundlagen der USA, sondern der Sieg Goldwaters als republikanischer Präsidentschaftskandidat, der mit zwei Drittel der Stimmen alle Gegenkandidaten besiegte, haben den europäischen Zeitungs-Schreiber und -Leser aufgerüttelt. - Goldwaters Ideologie entspricht nicht der Ideologie der bisher führenden und regierenden Millionäre der republikanischen und demokratischen Parteien. Goldwater reflektiert ideologisch die Rebellion des mittleren und wohlhabenden Bürgers des Westens und Mittelwestens. Wahrscheinlich hat er auch große Teile der bisherigen weißen Nichtwähler für die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen, ein Drittel des Senats und des ganzen Repräsentantenhauses mobil gemacht. Es ist ganz unwesentlich, ob Goldwaters Propaganda auf seinem eigenen Mist gewachsen ist oder nicht. Wir überlassen es denen, die Mücken sähen und Elefanten verschlucken, zu ergründen, ob sich Goldwater die Bürokraten der republikanischen Wahlmaschine organisiert hat oder ob er von dieser Bürokratie als passender Kandidat ausgesucht worden ist.....

Innenpolitisch vertritt Goldwater keine andere Politik als Johnson und die Demokraten. Goldwater repräsentiert die Rebellion des braven West- und Mittelwest-Bürgers. Er gibt keine einheitliche Ideologie dieser Schichten. Die Widersprüche in der Goldwater-Propaganda haben ihm nicht geschadet, sondern genützt, weil sie den Widersprüchen dieser sozialen Schichten entsprechen. Von uns aus ist nicht auszumachen, ob und in welchem Umfang der Isolationismus im amerikanischen Wähler wieder eine Rolle spielt. Kein Zweifel, die Zahl der Amerikaner, die von der amerikanischen Weltpolitik der Republikaner und der Demokraten die Nase voll haben und zur Isolationspolitik der Jahrhundertwende zurück wollen, muß eine gewisse Rolle spielen. Das Gros der amerikanischen Bürger, auch die Anhänger Goldwaters, wollen keinen neuen Krieg. Der Korea-Krieg Trumans, die Vietnam-Politik der Eisenhower und Kennedie, die Johnson weiterführt, sind aber Quellen der Rebellion breiter Massen. Sie wollen heraus aus dieser Demütigung des Ansehens der USA, und zwar ohne weiteren Prestige-Verlust. Über das Wie und über die Möglichkeiten einer neuen Politik herrscht die größte Konfusion. Goldwater will schnell Schluß machen durch die Anwendung von Atombomben. Die Mehrheit ist damit wahrscheinlich einverstanden, wenn die "verfluchten Kommunisten" nicht mit denselben Mitteln antworten und den dritten Weltkrieg herbeiführen. Sie glauben an die friedliche Koexistenz weniger als Chruschtschow.

Bei der allgemeinen Lage in den Vereinigten Staaten ist es kein wesentlicher Unterschied, ob Goldwater oder Johnson künftiger Präsident wird. Was sich in den USA anbahnt, ist eine amerikanische Form zum Faschismus. Es ist kein Faschismus

deutscher oder italienischer Art, sondern ein Faschismus auf der Basis der amerikanischen Voraussetzungen.

Solange die Arbeiterklasse nicht fähig ist, die Kräfte zur Eroberung der politischen Macht und zum Aufbau des Sozialismus zu organisieren, kann der Kapitalismus aus den Reihen der Unzufriedenen der kapitalistischen Weltwirtschaft genügend Hilfstruppen zur Verteidigung dieser kapitalistischen Ordnung organisieren. Weder in Italien noch in Deutschland war die kommunistische Gefahr real. Aber sie diente als Vorwand zur Sammlung aller Unzufriedenen. Das ideologische Durcheinander war in Italien und in Deutschland am Anfang des Faschismus nicht geringer und in sich widerspruchsvoller als jetzt in den Vereinigten Staaten.

Der militärische Angriff auf Nord-Vietnam ist von Goldwater gutgeheißen worden; Johnson hat sich mit ihm verständigt. Bei den jetzigen Profitmöglichkeiten des amerikanischen Monopolkapitals und der Burgfrieden-Politik der Arbeiterklasse ist auch zur Zeit noch die finanz- und monopolkapitalistische Regierung unerschüttert und nicht zur Flucht in den dritten Weltkrieg genötigt.

Eine andere Sache ist allerdings, ob Handlungen wie in Vietnam den Rutsch in den Atom-Krieg verhindern werden. Wie nach dem ersten und dem zweiten Weltkrieg wird das dann wieder niemand gewollt haben wollen. Die Hammel, die in den Schlachthof geführt werden und blöken, wollen auch nicht geschlachtet werden. Ablenkung durch Niederwerfung der verschiedenen Bürgerkriege im amerikanischen Wohlfahrtsstaat, die unter der Verkleidung der "Rassen-Revolte" Kämpfe zwischen Proletariat und Kapital sind, ist zur Zeit noch billiger für die Profitmacherei. Wie lange noch?

Daß in den USA, dem mächtigsten kapitalistischen Staat, die Fundamente der monopolkapitalistischen Gesellschaft am stärksten erschüttert sind und weiter erschüttert werden, ist gewiß Stoff zum Nachdenken. Aber wie die Erfahrung zeigt, ist die Fähigkeit zum Nachdenken und Erforschen des Zeitgeschehens gleichfalls erschüttert. Die amerikanische Art, nicht nur ideologisch zu kämpfen, entspricht der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus, der frei aller Hemmungen des europäischen Kapitalismus entstand. Die brutale Methode, mit der die europäischen Einwanderer sich Grund und Boden raubten, indem sie eine Million Indianer ausrotteten, lebt im Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie fort, nachzulesen bei Jack London "Die eiserne Ferse". Der Bericht über die acht gehängten Anarchisten in Chicago, die Anwendung privater Pinkerton-Banden zur Niederschlagung der streikenden Arbeiter, der Sacco- und Vanzetti-Prozeß sind nur einige Beispiele solcher brutalen Methoden.

Die englischen und niederländischen Einwanderer waren fromme Leute, die sich durch die Flucht nach Amerika den Verfolgungen in den europäischen Feudalstaaten entzogen. Die Praxis der europäischen Verfolgung, vor der sie nach Amerika flohen, wurde von ihnen selbst angewandt, um sich gegen die einheimische Bevölkerung und bei der Austragung der Gegensätze untereinander durchzusetzen. Das widersprach religiösen Vorstellungen frommer Puritaner. Aber die Puritaner paßten ihre Religion ihren neuen praktischen Bedürfnissen an. Wer im Elend verkam, war selbst schuld. "Jeder ist seines Glückes Schmied" und "Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott". Dem Gottgefälligen verhilft er zu Wohlstand und den Ungläubigen muß man im Dienste der Allgemeinheit mit gottgefälliger Zwangsarbeit in Arbeitshäusern zwingen. Traditionell wirkt diese Ideologie heute in der Losung "Man muß Jedem eine Chance geben", wenn er sie nicht auszunützen versteht, läßt ihn Gott zu Grunde gehen.

In dem vom katholischen Spanien und Portugal kolonisierten heutigen Latein-Amerika wurde den Indianern, den Heiden, die Seele abgesprochen. Desgleichen den Negern, die zum Ersatz für die fehlende einheimische Bevölkerung als Arbeitsklaven importiert wurden. Der Papst deklarierte eine geografische Grenze - eine "Mauer" zum Schutz der eigenen Kolonialherren. Im Gebiet der heutigen Latein-Amerikaner wurde die indianische Bevölkerung nicht so rationell ausgerottet wie in Nord-Amerika. Sie flüchtete in die Berge und in die riesigen Urwälder des

Amazonengebieten, in die die Spanier nicht nachfolgen konnten. Dort vegetieren heute Millionen als Hänge, von den USA-Imperialisten durch eine korrupte Herrscherklasse regiert, die von der USA mit Waffen und Militärhilfe versorgt werden, natürlich - wie jetzt in Süd-Vietnam - zur Verteidigung der Freiheit gegen den Kommunismus.

Es scheint eine Parallele zum biogenetischen Grundgesetz zu geben, das die Entwicklungsphasen des Fötus im Mutterleib deutet. Die Entwicklung der Ideologien, der verwirrten geistigen Widerspiegelung der menschlichen Geschichte, ist bis heute unerforscht. Die Monderforschung, die vor allem der Kriegsvorbereitung dient, nimmt alle Kräfte der Forscher in der Periode des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaft in Anspruch. Es wäre nützlich, daß der kleine Teil, der sich in der Zeit der Passivität der Massen im Klassenkampf Gedanken über das Zeitgeschehen macht, die ideologischen Verwirrungen sich aus den verschiedenen Geschichtsperioden verständlich zu machen versuchte. Das würde erleichtern, das verlogene Moralisieren besser bekämpfen zu können, mit dem die Gewaltherrschaft unter der Fahne der parlamentarischen Demokratie propagiert wird.

Die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft ist ein langwieriger, opferreicher Prozeß. Die Riesenopfer, die er fordert, sind aber nur ein Bruchteil der Opfer, die die Konterrevolution gekostet hat und kostet. Der Klassenkrieg um den Sozialismus wird mit den furchtbarsten Mitteln der heutigen Produktivkräfte geführt.

Eine andere Entwicklung zeigt

DER NACHKRIEGSKAPITALISMUS IN DER BUNDESREPUBLIK

Die USA werden zur Zeit als kraftvoller, unerschütterlicher Machtfaktor in der Welt betrachtet. Die Bundesrepublik gilt als der stärkste, unerschütterte Staat in Europa: Vollbeschäftigung und über eine halbe Million unbesetzte Arbeitsplätze, trotz fast einer Million Fremdarbeiter. Von ausschlaggebenden Forschern wird für das laufende Jahr und für Anfang 1965 der Fortbestand der Hochkonjunktur vorausgesagt. Aber die Angst vor dem Rückschlag, die Preiserhöhungen, die Inflation lassen auch diese zuversichtlichen Propheten nicht froh werden.

Die wichtigsten Gewerkschaften erhandeln als Sozialpartner Lohnerhöhungen - maßvoll, entsprechend den Mahnungen Erhards, versteht sich. Die IG Metall hat deshalb auch auf bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen verzichtet: Burgfrieden zwischen Kapital und Arbeit, um die Wahlen für das Bundesparlament keimfrei zu gestalten. Unternehmer und Gewerkschafter haben sich gemeinsam gegen den Vorwurf gewehrt, an der Teuerung Schuld zu sein. Nur über Publikationsformen ist ein kleiner Krakeel ausgebrochen.

Daß das Bundesparlament nicht die Regierung kontrolliert, sondern umgekehrt die Regierung das Parlament, zeigt die Behandlung des Parlaments in der Frage der Erhöhung der Telefongebühren. Ein seltener Fall, daß im Parlament überhaupt gegensätzliche Meinungen einander entgegengestellt wurden. Verfassungsschutzreform wegen illegaler Telefon- und Postüberwachung, Notstandsgesetzesvorlagen werden zwischen den Parteien, wenn nicht direkt von den Interessenten, unter Ausschaltung des Parlaments ausgehandelt. Immer mehr wird die Frage aufgeworfen, wozu dieser Parlamentarismus uns nützt. Die Regierung belohnt die Parlamentarier mit hohen Subventionen, die sich die Parteien, echt demokratisch, selbst bewilligen. Das sind einige Oberflächenerscheinungen. Die Bundesrepublik ist äußerst arm an ideologischen Auseinandersetzungen. Der persönliche Machtkampf der CSU wird von Franz-Josef Strauss um Posten in der Bundesrepublik geführt. Wegen des bevorstehenden Wahlkampfes wurde er gedämpft. Man braucht Erhard, den Wirt-

schaftswundermann, um die Wahlen zu gewinnen. Der "Spiegel" vom 16.11.1963 berichtet über Erhards Darlegung im Fernsehen:

"Soziale Marktwirtschaft, das ist ja nicht nur eine Technik, das ist ja nicht nur eine Mechanik, sondern soziale Marktwirtschaft ist für mich das optimale Mittel, dem Einzelnen die Chance zu geben zur Entfaltung seiner Persönlichkeit....."

Wir geben dem Staat die Aufgabe, über der Wirtschaft zu stehen und dafür zu sorgen, daß alle Bürger sich den Bedingungen des freien Wettbewerbs in gleicher Weise stellen....

Wir lassen uns auch nicht durch größeren Fachverstand von unserer politischen Richtung abbringen."

Also völliger ideologischer Gleichklang mit der amerikanischen Regierung und Unterordnung. Erhard ist ein überzeugter Marktwirtschaftler. Ferdinand Fried schreibt in der "Welt" vom 19.10.1963:

"Die wunderbare Rettung Deutschlands durch Ludwig Erhard durch Aufhebung der Zwangswirtschaft und durch Einführung der freien Marktwirtschaft. Erhard fürchtete sich nicht vor General Clay. Er überzeugte Clay, so wurde der Sommer 1948 die Geburtsstunde für das deutsche Wirtschaftswunder. Erhard war schon immer Clays Lieblingsschüler, Erhard wurde also ein Wirtschaftsminister von Bayern unter Aufsicht der Amerikaner. Die Amerikaner trafen Vorbereitungen einer Währungsreform und beriefen Erhard in die neue Sonderstelle "Gold und Kredit". Erhard wurde dann in den Wirtschaftsrat der amerikanischen Besatzungszone berufen, als Dr. J. Senler verjagt wurde, weil er in einer Wahlversammlung die Amerikaner angeklagt hatte: 'Man hat uns Mais geschickt und Hühnerfutter und wir bezahlen es in Dollar und deutschen Exporten und wir sollen uns auch noch bedanken'. Als Nachfolger wurde nun Prof. Erhard gewählt und von den Amerikanern gern aufgenommen, bis herauf zu General Clay. So kam Erhard am 2. März 1948 auf diesen Posten des verantwortlichen Leiters der deutschen Wirtschaftspolitik. Um das große Wagnis zu begreifen, das Ludwig Erhard mit seiner deutschen Wirtschaftspolitik damals einging, muß man sich die Zustände des verwüsteten, im Krieg besiegten Deutschlands vor Augen halten...

Dies Erhard-Wunder war möglich, weil Erhard schon 1944 eine Denkschrift über die künftige Wirtschaftspolitik ausgearbeitet hatte, die von der Voraussetzung einer Niederlage mindestens der deutschen Wirtschaft ausging. Sie zirkulierte in den Widerstandskreisen um den 20. Juli 1944, und wie durch ein Wunder ist die Denkschrift damals nicht in falsche Hände geraten und Erhard verschont geblieben...

So wurde er also Wirtschaftsminister von Bayern unter Aufsicht der Amerikaner."

Inflation hat nicht die Stabilität des deutschen Geldes als Währung beseitigt, aber nur deshalb, weil alle anderen Währungen ebenfalls, wenn nicht mehr, entwerteten. Tatsächlich ist der Wertverlust der deutschen Mark 3 Prozent pro Jahr. Grundursache: die Rüstungskosten.

Die unmittelbare Ideologie des deutschen Bürgers "Nie wieder Militarismus!", die Massenstimmung "Ohne mich!" dauerten nur solange, solange sie der amerikanischen Politik entsprachen. Während des Korea-Krieges schwenkte die Bundesrepublik zur Wiederaufrüstungspolitik. Ergebnis: die Truppe der Bundesrepublik ist jetzt die stärkste neben der amerikanischen in der NATO.

Die Bundesrepublik macht auf Geheiß der USA in neuer Kolonialpolitik durch die höchsten Zuschüsse zur Hilfe an unentwickelte Völker. Beziehung zu Sansibar, Hallstein-Doktrin, die Forderung nach den alten Grenzen, sogar die Anerkennung der Abmachungen Daladier-Chamberlain mit Hitler über Sudeten-Deutschland wird erhoben. Man will die Folgen des zweiten Weltkriegs rückgängig machen, indem man einen eigenen Rechtsanspruch gegen die Siegerländer des sozialistischen Blocks

proklamiert, Wen hoffen diese "Rechts"-Vertreter mit dieser jämmerlichen Moralpaukerei täuschen zu können? Die Hauptmanager machen sich natürlich keine Illusionen.

Hitler gelang mit seinen Moral- und Friedenspauken, Frankreich, England und Amerika zu Konzessionen zu veranlassen, bis er stark genug aufgerüstet hatte, um mit dem Moralpauken Schluß zu machen und den Raubkrieg zu beginnen. Das war nur möglich, weil der westliche Imperialismus hoffte, den deutschen Imperialismus von sich abzulenken und zum Krieg gegen Rußland bewegen zu können. Die Politik des deutschen Imperialismus beruhte nach dem ersten Weltkrieg auf der Wiedererstarkung eigener Kräfte. Der von den westlichen Siegermächten nach dem zweiten Weltkrieg restaurierte Kapitalismus in der Bundesrepublik ist dagegen nur geborgte Macht. Dafür muß die Bundesrepublik eine Politik der Schützenhilfe gegen den sozialistischen Block betreiben. Das ist vollkommen im Einklang mit der Politik des deutschen Imperialismus vor dem zweiten Weltkrieg. Aber die Widersprüche im Lager der Siegermächte hemmen immer mehr die Führungsfunktion des amerikanischen Imperialismus.

Die Opfer des zweiten Weltkrieges, die jetzt im sozialistischen Block zusammengeschlossen sind, können nicht getäuscht werden, wie Frankreich, England und Amerika von Hitler getäuscht wurden. Die Ostgrenze, die Besetzung der Ostzone sind zwangsweise Folgen zur Sicherung gegen neue Überfälle auf ihre Gebiete. Sie stehen also im diametralen Widerspruch zur Politik der Bundesrepublikaner, zum amerikanischen Imperialismus und zum Weltkapitalismus. Über diesen Weltgegensatz kann niemand getäuscht werden. Die Beseitigung der neuen Grenzen und die Erreichung der ~~Wieder~~Wiedervereinigung - freie Wahlen würden unter den jetzigen Bedingungen nur den Anschluß der DDR an den Kapitalismus der Bundesrepublik, d.h. an den Weltkapitalismus, bedeuten - kann nur in einem dritten Weltkrieg neu ausgekämpft werden. An dieser Tatsache scheitern alle Mätzchen der Bundesrepublikaner. Die Abmachungen zwischen der SU und der DDR, die ausdrückliche Garantie der Sicherheit der DDR durch die SU, beweisen es aufs Neue.

Die Gegensätze und Widersprüche im westlichen kapitalistischen Lager verursachen den Bundespolitikern die größten Sorgen. Die Versprechungen, die Adenauer mit Amerika ausgehandelt hat, nämlich die Bundesrepublik gegen den sozialistischen Block zu verteidigen, verlieren an Bedeutung, Frankreich löst sich unter Führung de Gaulles von der amerikanischen Vorherrschaft.

Vom ideologischen ist de Gaulle zum konkreten Kampf übergegangen. De Gaulle hat öffentlich erklärt, daß die Oder-Neiße-Grenze als Grenze Polens und des sozialistischen Blocks nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Er hat versucht, die Briten in Verhandlungen mit MacMillan für seine Politik zu gewinnen. Als dies nicht gelang, verhinderte er die Aufnahme Englands in die EWG, weil er in ihnen nun das Werkzeug der amerikanischen Politik in Europa sieht. De Gaulle wandte sich gegen die Beherrschung der NATO durch die Amerikaner. Er entzog den größten Teil seiner Flotte der NATO. Frankreich erkannte China diplomatisch an. De Gaulle machte seine Propagandareise in Latein-Amerika, dem Einflußgebiet der USA. Eine zweite Reise folgt diesen Horkst. Gegenüber diesen konkreten Handlungen gegen die amerikanischen Einflüsse ist das sogenannte Bündnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich weder Fisch noch Fleisch.

Das bildet die Basis der Differenzen im politischen Lager der Bundesrepublik. Ein Teil der Bundesrepublikaner ist gleichfalls bereit, sich der Vorherrschaft des amerikanischen Einflusses zu entziehen. Gehorsam hat die Bundesregierung entsprechend der amerikanischen Politik die Röhrenlieferung an die Sowjet-Union verhindert. Ein Teil der deutschen Industriellen sieht jetzt neidisch auf die russischen Bestellungen in England und Frankreich. Das sind reale Interessengegensätze, die nicht abnehmen, sondern zunehmen. Hinzu kommt der Gegensatz zur amerikanischen Forderung nach Schaffung multilateraler Oberwasser-Kriegsschiffe. Über die militärische Nutzlosigkeit sind sich auch deutsche militärische Sachverständige einig. Aber die bundesdeutsche Regierung unterwirft sich dem amerikanischen Gebot. Die Amerikaner selbst treten für die multilateralen Oberwasser-

Kriegsschiffe ein, nicht, weil sie an ihren militärischen Wert glauben, sondern weil sie den Bedürfnissen der NATO-Partner - besonders der Bundeswehr - nach eigenen Atomwaffen zum Schein nachgeben.

In England und in Italien scheitert die Zustimmung zu den multilateralen Oberwasser-Schiffen an den Kosten, denn Amerika fordert Bezahlung. An der finanziellen Heranziehung zu den Kosten der bisher subventionierten Satelliten in Europa entzündet sich der Gegensatz zur amerikanischen imperialistischen Politik. Die Zeiten sind vorüber, in denen Amerika alles zahlte. Die Kosten ihrer Politik übersteigen bereits die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Finanzkraft.

Der Widerstand und die Ablösungsbestrebungen von der amerikanischen Vorherrschaft entsprechen keineswegs Sympathien mit dem sozialistischen Block oder dem Kommunismus. Auch nicht bei de Gaulle. Er ist ein Vertreter des französischen Monopol- und Finanzkapitals, ein Gegner der Politiker der Vierten Republik. Nicht mit dem offenen Appell gegen die Interessen des französischen Monopolkapitals, sondern mit dem Appell gegen die Mißwirtschaft der Politikanten der Vierten Republik wandte er sich in Volksabstimmungen gegen diese. Er wandte sich an die hohe Militärbürokratie und unterstützte ihre Algerien-Politik, mit der sie hoffte, das verlorene Ansehen wiederzugewinnen. Als er, und mit ihm wahrscheinlich auch die Spitzen des französischen Monopol- und Finanz-Kapitals, einsahen, daß der Algerien-Krieg nur zu einer neuen Niederlage und zu neuem Prestigeverlust führen würde, liquidierte er die rebellierende Militärbürokratie, die weiter kämpfen wollte. Er schloß mit den Aufständischen Frieden und stellte sich an die Spitze der sogenannten Nationalen Befreiungsbewegung in den französischen Kolonien. Nur dadurch ist der ökonomische Einfluß des französischen Kapitals im neuen Algerien zu retten, ungefähr in dem Umfang, in dem die Briten ihre wirtschaftliche Herrschaft in Indien nach der sogenannten Befreiung bis heute gerettet haben.

Was de Gaulle und die französische Bourgeoisie von der Kommunistenfresserei der anderen Vertreter des Kapitalismus unterscheidet, ist die Tatsache, daß bei 5 Millionen kommunistischen Wählern in Frankreich mit der allgemeinen Kommunistenhitze keine Geschäfte zu machen sind. De Gaulle und die Spitzen des französischen Monopolkapitals fürchten die Kommunisten nicht als konkrete Gefahr.

Auf dem letzten Parteitag sanktionierte die kommunistische Partei ihre bisherige Politik der Sammlung auf der Basis der Einheitsfront aller sogenannten echten Demokraten, zum Sturz de Gaulles und für eine neue "echte Volksdemokratie". Auch in wirtschaftlichen Fragen vertritt die KP Frankreichs nur den Kampf um unmittelbare Gegenwartsaufgaben, die nicht im Gegensatz zur Herrschaft des Kapitalismus bestehen. Für revolutionäre Aktionen fehlen in Frankreich zur Zeit alle Voraussetzungen. Was bei diesen Zielen, "echte Volksdemokratie" als Sammellosung, herauskommen wird, läßt sich jetzt noch nicht ausmachen. Doch bereits jetzt bewerben sich drei Kandidaten gegen de Gaulle. Also wird de Gaulle siegen.

Wie kläglich nimmt sich gegenüber dieser Politik de Gaulles in Frankreich die Politik der Bundesrepublik aus. Die ganze Politik der Bundesrepublik beruht auf der fiktiven Vorstellung, mit der geborgten Macht des West-Imperialismus die Ziele der Adenauer-Strauss verwirklichen zu können. Was bei diesem Krakeel zwischen den Anhängern Adenauer-Strauss¹ und Erhard-Schröder herauskommt, zeigt die Dämpfung dieses Streits in Rücksicht auf die kommenden Bundestagswahlen. Und für diese Politik gibt es nicht einmal ernsthafte ideologische Gegensätze innerhalb der drei Parteien im Bundesparlament, in aktiver Form nicht einmal in der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik.

Natürlich hat auch diese Politik ihre objektiven historischen Hintergründe, z. B. was Jämmerlichkeit und Unterordnung unter die Sieger betrifft. Erinnern wir nur an die Tatsache, daß Napoleon, als er in Deutschland über Preußen gesiegt hatte und er fortschrittliche Maßnahmen der französischen Republik in Deutschland anwandte, erst mit Hunderten von Potentaten in den deutschen Kleinstaaten, mit petitionierten Ständegruppen zur Wiederherstellung der Kleinstaaterei, des Feudalismus und der Leibeigenschaft aufräumte.

Im Bauernkrieg, der einzigen revolutionären Bewegung der deutschen Geschichte, liefen die Bauern nach tapferem Kampf wieder nach Hause, wenn sie ihren Feudalherren besiegt und seine Raubburg gestürmt hatten. Das war neben der entscheidenden objektiven Tatsache - die Bedingungen der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung waren zu der Zeit viel unentwickelter als in den Niederlanden und in England - die Ursache, daß die revolutionären Bauern nach ihrer Zerspaltung von den neu vereinten zentralen Ritterherren grausam und gründlich niedergeschlagen werden konnten.

Karl Marx stellte auf Grund seiner historischen Forschung fest, daß in Deutschland seit dem Bauernkrieg die Massen immer nur bei der Beerdigung, nie beim Kampf um die Freiheit aktiv dabei waren. Wir sind alle mehr oder weniger Opfer dieser dreihundertjährigen Geschichte nach dem deutschen Bauernkrieg. Wir nahmen nicht teil an der Entwicklung zum Kapitalismus in Italien, in Spanien, in den Niederlanden, in England und in der großen französischen Revolution. Uns Deutschen fehlt jede revolutionäre Tradition.

Amerika hat, genau wie jede andere Europäer-Nation, im gesamten Verlauf seiner Geschichte von Gewalt gelebt und Gewalt angebetet. Und heute plötzlich mißbilligt Amerika die Gewalt. Eine Nation, die mit dem Revolver in der Hand und durch den Revolver gelebt hat - plötzlich hat sie Angst davor, was geschehen könnte, wenn ich einen Revolver in die Hand bekäme.

James Baldwin, Neger-Schriftsteller

Fluch der Gegenwart:

D A S K A P I T A L I S T I S C H E S Y S T E M A L S W U R Z E L D E S F A S C H I S M U S

Nur scheinbar ist es allein der Fluch der Vergangenheit, der uns immer wieder mit den nicht enden wollenden Nazi-Skandalen konfrontiert. In Wirklichkeit ist es mehr als nur Vergangenes: Es ist ein Problem der Gegenwart und der Zukunft.

Um aufzuzeigen, was Faschismus bedeutet, ist es notwendig, die tieferen Ursachen herauszustellen, die dazu führen. Dann wird man die Gefahr des Faschismus aufsteigen sehen, die solange nicht gebannt ist, wie eine kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht. Daß das Problem des Nazismus nicht aus dem Diskussionsfeld des politisch aufgeschlossenen Teils der Öffentlichkeit verschwindet, dafür sorgen ständig die skandalösen Vorgänge in den Spitzen der Bundesrepublik.

Es wurden Nazi-Ortsgruppenleiter und Blutrichter in der Bundesrepublik zu Ministern gemacht. Erst die Angriffe aus der DDR und aus demokratischen Kreisen Westdeutschlands brachten Krüger wieder zu Fall, ebenso wie seinen Vorgänger, den Vertriebenenminister, Feldherrenhallen-Marschierer und "Ost-Experten" Oberländer. Über 10 Jahre war ein Mann die rechte Hand des Bundeskanzlers, mit einer Machtbefugnis, vor der sich selbst Minister fürchteten, hoher Beamter im Dritten Reich und Kommentator der NS-Rassengesetze, der schwerbelastete Hans Globke. Dem jetzigen Vertriebenenminister Lemmer wird vorgeworfen, zur NS-Zeit sich journalistisch im Auftrage Goebbels' betätigt zu haben. Dem Industriellen Bütefisch mußte das große Bundesverdienstkreuz wieder entzogen werden, weil er als IG-Far-

ben-Direktor KZ-Häftlinge zur Sklavenarbeit mißbraucht hatte. Es ist noch nicht lange her, als dem höchsten Juristen der Bundesrepublik, dem Generalbundesanwalt Fränkel, nach einer massiven Aufklärungskampagne der DDR von Bonn der Rücktritt nahegelegt wurde. Bundesverkehrsminister Seeborn rechtfertigt Hitlers Münchner Erpressungsabkommen, Franz-Josef Strauss äußert, er glaube nicht, daß Hitler den zweiten Weltkrieg gewollt hat, und ein Gericht findet sich, das Hitlers Vizekanzler Papen eine dicke Pension zuspricht. Die Liste ließe sich noch weiter vergrößern.

Die Skandale nehmen kein Ende. Immer wieder werden Personen, die sich heute in hohen Positionen befinden, wegen ihrer damaligen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen. Dabei fällt auf, welcher großer Teil der betreffenden Personen dem Bürgertum angehört: Geschäftsleute, Beamte, Industrielle. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß in der Regel die gleichen Schichten, die heute den "demokratischen" Staat tragen, das Groß- und Kleinbürgertum, Stütze, Finanzierer und Nutznießer des III. Reiches waren.

Der Auschwitz-Prozeß und andere zur Zeit abrollende KZ-Prozesse haben den Menschen, die dafür überhaupt noch ansprechbar sind, nochmals die entsetzlichen Greuel und Verbrechen der Nazi-Herrschaft vor Augen geführt und manche Fragen aufwerfen lassen. Gleichzeitig ergießt sich eine Welle von Illustrierten-Serien über das Land, mit Erklärungen, wie es damals war und wie es zum III. Reich gekommen sein soll. Außer den Illustrierten befassen sich auch der "Spiegel" und andere Zeitungen mit der NS-Vergangenheit. In seitenlangen Ausführungen werden Hitlers "Tischgespräche" und seine kleinbürgerlichen Ansichten über Technik, Frauen, Kunst usw. wiedergegeben. Illustrierte durchleuchten seine Jugendjahre und machen glauben, in seinem Charakter und in seiner Zwiespältigkeit die Quelle des III. Reiches gefunden zu haben.

Auf das grundlegende Wesen des Systems wird nicht eingegangen, und seine Auswirkungen, wie die Vernichtung der politischen Gegner, die Ausrottung der Juden und der Angriffskrieg, werden nur an Rande gestreift. Diese Art der "historischen Untersuchung" und das Erscheinen solcher Artikel zum Zeitpunkt des Auschwitz-Prozesses sind kein Zufall. Unter dem Deckmantel der politischen Aufklärung wird eine Verniedlichungskampagne eingeleitet, die der "Zeitströmung" entgegen kommt und vor allem die Jugend von der Frage nach dem wahren Charakter des Nationalsozialismus ablenken soll. Dies Ablenkungsmanöver reicht bis zur Forderung des Theologen Thieliöcke in der bürgerlichen Zeitung "Christ und Welt": "Schluß mit der Hexenjagd.....Schluß mit dem Herumwählen!"

Eine ganze Reihe von bürgerlichen Professoren und Literaten, die tatsächlich in Gegnerschaft zum III. Reich standen, haben sich in Büchern und Vorträgen in einer Analyse versucht. Sie erklären das Emporkommen des Faschismus aus den geistigen Strömungen, der traditionellen militaristischen und antisemitischen Gesinnung der Deutschen, dem Untertanengeist, dem Erziehungssystem im Kaiserreich und aus den demagogischen Fähigkeiten der Person Adolf Hitlers.

Sie verkennen, daß geistige Bestrebungen nur verwirklicht werden können, wenn ein starkes materielles Bedürfnis dafür vorhanden ist, nicht umgekehrt.

Nie werden bürgerliche Literaten und Intellektuelle die Analyse dieser Zusammenhänge in ganzer Klarheit entwickeln können. Das hieße den Ast absägen, auf dem sie selber sitzen. Bei ihnen machen Personen Geschichte und nicht die geschichtlichen Entwicklungsprozesse. Für sie muß Hitler der Alleinverantwortliche sein, und der Befehlsnotstand ist ein probates Mittel, die Eigenverantwortung für alle faschistischen Verbrechen diesem Einen anzulasten. Man soll Hitlers Schuld und Verantwortung nicht verniedlichen, aber es muß klar festgestellt werden, daß er nur Werkzeug gesellschaftlicher Kräfte war, die Mord und Terror als legale Mittel zur Erhaltung ihrer Macht gebrauchten. In Hitler hat sich jener Ungeist der bürgerlichen Diktatur manifestiert, der nicht davor zurückschreckt, Millionen von Menschen zu opfern, nur um über den historischen Fortschritt zu triumphieren, der mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft verbunden ist.

Die heutigen NS-Erklärer gehen an der Grundaufgabe des Staates im kapitalistischen System vorbei. Nämlich: Solange es ein kapitalistisches System gibt, die Staatsform, die Methode der Machtausübung, aus der Notwendigkeit resultiert, unter allen Umständen und mit allen Mitteln das kapitalistische System, das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu erhalten und zu festigen.

In früheren Zeiten sollte die Monarchie die notwendige Sicherheit geben. Heute, in einer vorübergehenden Periode der Konjunktur, kann das kapitalistische System in den industrialisierten Ländern relativ leicht durch Prostituirung der Arbeiterschaft mit kleinbürgerlichen Lebensmöglichkeiten - durch formaldemokratische Regierungsformen aufrecht erhalten werden.

Diese Erscheinungen sind nicht neu, Sie bestanden ähnlich wie heute in der Endphase der Weimarer Republik. Sie haben aber weder die Demokratie noch die Republik gerettet. Sie konnten und können es auch nicht, wenn die wirtschaftliche Basis der Demokratie ins Schwanken gerät. Sie zeigen nur - und daraus sollten Jene lernen, welche sich einreden, als Vertreter des Volkes zu wirken - wie wenig die bürgerliche Klasse selbst von dem überzeugt ist, was sie propagiert, von der Partnerschaft als Überwindung der Klassengegensätze, vom Wohlstand für Alle und von der endgültigen Aufhebung aller wirtschaftlichen Krisen.

Mit ihren ständigen Bestrebungen, für später Vorsorge zu treffen, geben sie selbst zu, daß die durch die Konjunktur gespeisten günstigen Verhältnisse für den Kapitalismus nicht immer so bleiben werden. Die Verhandlungen über die Notstandsgesetze, jüngste Bestrebungen, in Bayern die Großstadtpolizei zu verstaatlichen, und die Diskussion über ein Gesetz, das dem Staat ein Rückrufrecht für im Ausland lebende Bundesbürger in die Hand geben soll, reden eine aufschlußreiche Sprache. Man sorgt für veränderte, sich verschlechternde Verhältnisse vor, um dann das Heft in der Hand behalten zu können.

Die herrschende Klasse macht sich stark für diesen Kampf, in der Erkenntnis, daß er nicht ausbleiben kann. Die Führer der Arbeiterschaft aber haben nichts dazu gelernt und verfallen wieder in die gleichen Fehler, die klassenmäßigen Rüstungen der Gegenseite zu bagatellisieren. Die ständigen Phrasen der Bonner Politiker von den "ewigen" Werten der Freiheit und Demokratie werden eines Tages in der rauhen Wirklichkeit der sozialen Zuspitzung zerplatzen und mit ihnen die Illusionen der wenigen Sozialdemokraten, die noch an den reformistischen Weg glauben.

Im Zusammenhang mit dem Scheiternlassen der Passierschein-Vereinbarung durch Bonn hat die CSU einmal die Katze aus dem Sack gelassen durch die Erklärung:

"Humanistische Grundsätze müssen da ihre Grenze finden, wo der Bundesrepublik Nachteile erwachsen." (Bayr. Rundfunk)

Besonders die Geschichte der letzten 60 Jahre hat bewiesen, daß im Falle eines Falles an die Stelle einer leicht weich regierbaren Formaldemokratie heutiger Art bei sich verschlechternden Verhältnissen andere Spielarten der Methoden zur Selbsterhaltung des Kapitalismus treten werden; die je nach den Umständen von einer autoritär-zivilen Regierungsform in der Art des Gaullismus über "spanische Zustände" und reine Militärdiktaturen, z. B. südamerikanischer Art, bis zu faschistischen Herrschaftsformen reichen können.

Um den Zweck zu erfüllen war und ist auch in Zukunft dem Kapitalismus jedes Mittel recht.

Allein die Verhältnisse bestimmen den Grad ihres Einsatzes: die politischen Gegebenheiten, die Reaktion der Arbeiterklasse auf die durch einen Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems - Überproduktionskrise ausgelöste Elendsperiode in weiterer Zukunft.

Für die Bourgeoisie ergaben die Verhältnisse Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre die Notwendigkeit für den Nazismus. Mit den alten Methoden der

Weimarer Republik konnte nicht weiter regiert werden, und auf der anderen Seite drohte Gefahr für den Kapitalismus durch jene Mehrheit der Arbeiterschaft, die eine sozialistische Umgestaltung erzwingen wollte. Der Nationalsozialismus war der einzige Ausweg für den von einer schweren Krise erschütterten Kapitalismus und die letzte Rettung vor einer sozialistischen Revolution. Der Faschismus ist die Erscheinungsform des niedergehenden Kapitalismus.

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre hatte für Millionen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Elend und Not gebracht. Das kapitalistische System hatte sich vor den Massen demaskiert. Um sie zu täuschen, übernahm die NSDAP soziale Parolen der Arbeiterbewegung - sogar Melodien ihrer Kampflieder -, fand sich das III. Reich zu tatsächlichen oder vorübergehenden sozialen Zugeständnissen bereit.

Bereits 1928 analysierte die KPO den aufkommenden Faschismus:

"Der Faschismus tritt scheinrevolutionär und scheinbar anti-kapitalistisch für die 'nationale Revolution' gegen das 'internationale Finanzkapital' auf. Der Faschismus trifft jetzt zusammen mit einer wachsenden Tendenz des Großkapitals, mit der bürgerlichen Demokratie Schluß zu machen. Die Hauptquellen, aus denen der Faschismus seine aktive Anhänger-schaft zieht, sind:

1. Die Enttäuschung des Kleinbürgertums und von vielen Teilen der mittleren Bourgeoisie über die Ergebnisse der Stabilisierung, im Bauerntum die Agrar-Krise.
2. Die Enttäuschung und Entmutigung von Teilen der Arbeiterschaft über die Früchte der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und Ergebnislosigkeit der ultralinken Taktik der Kommunistischen Partei."

Seine Aufgabe, das kapitalistische System zu erhalten, konnte der Faschismus erfüllen, aber die Ausmündung in den Krieg war unvermeidbar.

Erst wenn man die für das damalige kapitalistische System sich ergebende gesellschaftspolitische Notwendigkeit für den Faschismus aufgedeckt hat, versteht man, warum die bürgerlichen Erklärer die Brutalitäten und Opfer nicht als Ausfluß des kapitalistischen Systems behandeln, sondern in der Subjektivität des Einzelnen, in der Persönlichkeit Hitlers suchen. Auch ohne Hitler hätte es Faschismus und in dessen Folge Krieg gegeben. Schändert hätte sich nur zweitrangiges. Denn nicht Einzelpersonen machen Geschichte, sondern die herrschende Klasse und die unterdrückten Massen handeln nach ihren Bedürfnissen und den gegebenen Umständen entsprechend.

Nur mit der Aufdeckung des gesellschaftspolitischen Hintergrundes kann man die Vorgänge der damaligen Zeit begreifen, wie z. B. die Selbstauflösung des Zentrums, des Vorläufers der heutigen Union, oder die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, selbst durch solche Liberale wie Theodor Heuss.

Wenn das Bürgertum das "Phänomen" Hitler in den Vordergrund stellt und den Faschismus als etwas ausgibt, das mittels der Vernunft nicht zu erfassen ist, so liegt darin die Absicht, die richtige Folgerung erst gar nicht aufkommen zu lassen, daß das Bürgertum auch in der heutigen Zeit faschistischen Herrschaftsformen erliegen könnte, wenn die Notwendigkeit sich dafür ergeben sollte. Denn solange in der Welt der Kapitalismus existiert, wird die Gefahr des Faschismus bestehen bleiben, ebenso die Möglichkeit des Krieges.

Nur eine starke revolutionäre und zielklare Arbeiterbewegung, die die bürgerliche Ordnung kompromißlos bekämpft, kann auch den Faschismus, die letzte Herrschaftsform des Bürgertums, besiegen und an ihrer Stelle die sozialistische Gesellschaft aufbauen.

WÜNSCHE UND REALITÄTEN

Die Frage der Wiedervereinigung wird von maßgeblichen Politikern sowohl der DDR als auch der BRD immer wieder angesprochen, ohne daß es in den 19 Jahren seit Bestehen der deutschen Teilung zu irgendwelchen konkreten Lösungen dieses Problems gekommen ist.

Es entstanden zwei deutsche Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen. Die ökonomischen Basen dieser Staaten stehen einer Wiedervereinigung konträr entgegen. Trotzdem ist die Wiedervereinigung eine Grundforderung aller Deutschen, eine Forderung, die mit der Konsolidierung beider Staaten an Schärfe zunehmen wird. Die kritischen Elemente der Jugend, weniger voreingenommen, suchen in der Bundesrepublik wie in der DDR nach Wegen, den Schlamassel, den der Krieg hinterließ, zu überwinden. Sie fordern: Deutschland muß EIN Staat werden! Dieses originäre Bestreben entspringt den geistigen Fundamenten der historischen Entwicklung Deutschlands. Es ist der Anfang, die Schlacken beiseite zu räumen, welche sich infolge der ökonomischen und politischen Verhältnisse nach dem Krieg ergaben. Obwohl breite Massen, nach dem allgemeinen Existenzkampf am Ausgangspunkt, auch jetzt noch ihr Hauptziel in der Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse sehen, ist schon eine bedeutende Basis in akademischen Kreisen und in dem intelligenten Teil der Arbeiterjugend vorhanden, die aus nationaler und sozialer Sicht kritisch die Bundesrepublik und die DDR betrachten und nach Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung suchen. Oft sind die Wünsche in ihren Ansichten überwiegend, und die gesellschaftlichen Grundlagen werden als zweitrangig angesehen. Um so notwendiger ist es, diese zu untersuchen.

Am 23. Mai 1945 hörte Deutschland auf als Staat zu existieren. Die höchste Macht übten vier fremde Regierungen aus. Die Deutschen wurden Objekt für die installierten Besatzungsverwaltungen. Jede Zone wurde nach den Interessen und Gesichtspunkten der in ihr herrschenden Macht regiert. Aus den drei von den Westmächten regierten Zonen entstand die Bundesrepublik, aus der von der Sowjetunion besetzten Zone die DDR.

Die Westmächte waren gezwungen, ein lebensfähiges Gebilde aus ihren Einflußzonen zu errichten, um die sozialistische Revolution als Alternative gegen sie zu verhindern. Das konnte nur ein bürgerlicher Staat sein und bedeutete die Wiederrichtung der deutschen Großbourgeoisie und des Militarismus, der in die NATO integriert wurde, um das geschaffene Potential als Hilfskräften dem USA-Imperialismus dienbar zu machen.

Damit entstand die sogenannte deutsche Frage. Die wieder zum Selbstbewußtsein erwachte deutsche Bourgeoisie kann sich mit der bestehenden Lage nicht zufrieden geben. Sie muß ihr Kraftpotential verstärken, um nicht ein Spielball der Westmächte zu bleiben. Das geht nur in Richtung Osten und bedeutet die gewaltsame kapitalistische Wiedervereinigung. Sie fordert sie in den Grenzen von 1937. Gleichzeitig liegt in der Natur der Sache, daß sie eine sozialistische Entwicklung der DDR als Alternative zur bürgerlichen Wiedervereinigung verhindern muß, um eine sozialistische Wiedervereinigung auszuschließen.

Die Verhältnisse in der DDR kommen diesen Zielen der Bourgeoisie entgegen, weil der sozialistische Aufbau nicht von den breiten Massen in der DDR getragen wird. Weshalb ist die Basis des Sozialismus so schwach? Das von der Sowjetunion besetzte Gebiet war Bedingungen ausgesetzt, die jeder sozialistischen Entwicklung hinderlich waren.

Es wurde von außen erobert, ohne daß dem innere revolutionäre Erhebungen vorausgegangen waren. Als ausschlaggebende Gewalt trat die Besatzungsmacht in Erscheinung, die vorhandenen inneren revolutionären Kräfte wurden zu Hilfstruppen der

SU gemacht. Die Sozialisierung wurde nicht bestimmt durch die Werktätigen der Ostzone, sondern ausschließlich diktiert von den Interessen und Bedürfnissen der Sowjetunion. Eigene Aktionen der arbeitenden Klassen wurden, wo sie auftauchten, als lästige Störung beseitigt. Selbständige Organisationen der Werktätigen wurden nicht zugelassen. Es wurden Organisationen gebildet, mit denen die Besatzungsmacht lenkte und kontrollierte, zusätzlich wurden die Massen demoralisiert durch Wegführung und Zerstörung ganzer Industrien, durch Verschickung und Zwangsarbeit von Arbeitern, die sich den Maßnahmen nicht widerstandslos beugten.

War die Aufhebung der alten Wirtschaftsform und die Entmachtung der bürgerlichen Klassen ihrem Inhalt nach revolutionär, so war die Methode der Durchführung nicht die Methode der Revolution, sondern der Eroberung. Die unterdrückte Klasse erkämpfte sich nicht die Macht, sondern wurde in sie eingesetzt. Sie waren von der Besatzungsmacht abhängig, ihre Funktionäre wurden von ihr eingesetzt und abgesetzt, gelenkt und überwacht. Dem entsprechend war das Handeln der Funktionäre nicht immer ausschließlich durch eigene Klassenbedürfnisse bestimmt, sondern durch fremde. Der sozialistische Internationalismus, der beinhaltet, daß eine äußere revolutionäre Macht nur Hilfsorgan innerer revolutionärer Kräfte sein darf, wurde aufs gröblichste verletzt. Lokale sozialistische Interessen der Sowjetunion standen über den revolutionären Gesamtinteressen des Sozialismus,

Das sind die Ursachen für das Desinteresse der Werktätigen. Die SED, schwer belastet mit dieser Vergangenheit, konnte bisher die Apathie und Ablehnung der Massen nicht überwinden. Ihre Politik wird abgelehnt. Ihre Bemühungen für eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten sind solcher Natur, wie "Vorschläge einer Verständigung über Maßnahmen der Verhinderung eines Kernwaffenkrieges auf deutschem Boden", der "Bildung eines gesamtdeutschen Rates", usw., oder überflüssiges Zeug, wie in dem letzten Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard, in dem es heißt:

"Der Ernst der Situation und die große Verantwortung für die Geschicke der Deutschen veranlassen mich dazu, noch einmal an Ihr nationales Verantwortungsbewußtsein zu appellieren und Ihnen und Ihrer Regierung den Vorschlag zu machen, Ihre Haltung zu überprüfen und auf dem Wege der Sicherung des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit der deutschen Staaten gemeinsam mit uns an der Überwindung der Spaltung Deutschlands zu arbeiten."

und weiter:

"Mir ist Ihre Haltung unverständlich. Sie reden zwar hier und da von Ihrem Wunsch nach Wiedervereinigung, lehnen aber Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ab, die allein die Überwindung der Spaltung bringen können."

Durch Verbreitung solcher Illusionen verwirrt man nur die Massen. Die Bildung gesamtdeutscher Körperschaften zwischen den Bürokraten der beiden deutschen Staaten als Ausgangsbasis der Wiedervereinigung kann nicht die Aktion der Massen ersetzen. Die gesellschaftlich verschiedenen Grundlagen der beiden Staaten können auf dem Verhandlungswege nicht bereinigt werden. Selbst in der Propaganda widerspricht es sozialistischen Grundsätzen. Die Anwendung solcher Mittel zur Beeinflussung nationaler und menschlicher Gefühle werden in viel größerem Ausmaß durch die Maßnahmen an den Grenzen der DDR abgestoßen, mit denen nach SED-Lesart der Aufbau des Sozialismus geschützt werden muß. Was gesagt und getan werden muß, ist daß die Sozialisten für Erleichterungen im menschlichen Bereich zwischen den beiden deutschen Staaten eintreten und daß dieses in Verhandlungen erreicht werden kann, und in der Wiedervereinigungsfrage, daß es nur zwei Arten von Wiedervereinigung gibt, auf kapitalistischer oder auf sozialistischer Basis, und daß Sozialisten nur die sozialistische Wiedervereinigung zulassen dürfen und werden.

Alles andere sind Phrasen, zu der die Bürokratie greift, weil sie die Massen nicht hinter sich hat. Diese Massen für den Sozialismus zu gewinnen, bedeutet die Errichtung der proletarischen Demokratie in der DDR, die Beseitigung der büro-

kratischen Bevormundung der Werktätigen, die Entwicklung der Initiativen der Werktätigen zur Befähigung der Arbeiterselbstverwaltung. Wenn diese Mindestvoraussetzungen in der DDR geschaffen sind, der sozialistische Aufbau begeistert von den Werktätigen und anderen Schichten getragen wird, kann das wirtschaftliche Niveau, der Lebensstandard ruhig tiefer sein als in der Bundesrepublik, die Werktätigen beider deutscher Staaten würden im Sozialismus ihre Zukunft sehen.

Würde der Marxismus-Leninismus angewandt und nicht nur über ihn gelehrt und diskutiert, könnten die subjektiven Mängel bald überwunden sein. Die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktion werden ein übriges tun, um den Massen bewußt werden zu lassen, daß nur der Sozialismus sie aus den Unsicherheiten und Wirrnissen des Kapitalismus erlösen kann.

Mit diesen Problemen muß sich die Jugend auseinandersetzen, wenn sie sich mit der Wiedervereinigung befaßt. Erst die Negierung des Kapitalismus in Westdeutschland, die kritische Überwindung der Bürokratie und ihrer Fehler in Ostdeutschland sind die Voraussetzungen für ein vereintes, friedliches und sozialistisches Deutschland. Daran sollte die Jugend arbeiten, dazu sollte sie gesamtdeutsche Gespräche und Veranstaltungen nutzen.

Opposition gegen Bremer Wohnungsbau:

K A M P F D E R R E (D) A K T I O N Ä R E

Man zielt auf Boljahn, weil
man die Gewoba treffen will

In der Bundesrepublik herrscht immer noch ein großer ungedeckter Bedarf an Wohnraum. Die Maßnahmen aus Bonn, wie Wohnbaugesetze, dienen der Förderung des Wohnungsbaus, um den Wohnungsmarkt so schnell wie möglich der "freien Marktwirtschaft" einzugliedern. Lücke-Plan (Mieterschutzabbaugesetz), frühzeitige Ernenennung von "weißen Kreisen" und Verringerung des sozialen Wohnungsbaus setzen ein, bevor überhaupt eine einigermaßen ausreichende Sicherstellung von Wohnraum gegeben ist.

Gegenüber dieser reaktionären Wohnungs- und Wohnbaupolitik aus Bonn ist die Bremer Wohnbaupolitik direkt fortschrittlich. Nur durch eine eigene Bremer Politik war es möglich, den Stadtteil Vahr zu errichten, der wegen seiner Gefälligkeit, seines Wohnkomforts und seiner Größe über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, bekannt ist. Ein weiterer positiver Faktor ist, daß die Vahr und viele andere Wohnsiedlungen in Bremen von der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft "Gewoba", einer Tochtergesellschaft der "Neuen Heimat", errichtet wurden und verwaltet werden. Das macht sinnvolles Einplanen der hereinkommenden Mieten möglich, weil diese nicht zur Befriedigung des Profitdenkens einzelner dienen, sondern zum Nutzen der Gemeinschaft verwendet werden, so daß die Instandhaltung und Verschönerung der Wohnprojekte bei der Gewoba großzügiger und nutzvoller gehandhabt werden können, als es beim privaten Hausbesitz der Fall ist, der Fall sein kann.

So ist die Gewoba ein Faktor, der die privaten Hausbesitzer bei der praktischen Ausführung ihres unbegrenzten Profitdenkens hemmt, weil er sie daran hindert, nur Mieten - hohe Mieten - einzustreichen, ohne die Häuser und Wohnungen den zeitgemäßen sanitären und sonstigen Notwendigkeiten anzupassen.

Deshalb, und weil die Wohnungen der Gewoba dem Spekulationsgeschäft entzogen sind, opponieren die bürgerlichen Parteien und Organisationen gegen die Bremer

Wohnbaugesetze, die Bremer Baupolitik und die Gewoba. Die vielen Mißgriffe, die der Bremer SPD-Senat bei öffentlichen Bauvorhaben gemacht hat, werden als Phänomen falscher Bremer Baupolitik publiziert. So der Stadthallenbau, dessen Baukosten durch Fehl-, Um- und Nachplanung von ehemals rund 9 Millionen DM auf nunmehr 30 Millionen DM angewachsen sind.

Aber der Bremer Wohnungsbau ist der positive Faktor sowohl der Bremer Baupolitik als auch des bundesrepublikanischen Wohnungsbaus: In Bremen erreichte der Wohnungsbau bereits 1960 ein Mehr von 40.000 Wohnungen gegenüber 1939, während z. B. Hamburg zur gleichen Zeit erst den Stand von 1939 erreicht hatte und Hannover noch um etwa 20.000 Wohnungen darunter lag. (BRZ v. 14. 1. 1961).

Das wurde geschaffen unter Boljahn, dem Motor des Bremer Wohnungsbaus. Die Durchsetzung seiner Wohnbaupolitik liegt aber nicht nur in seiner Person begründet - er ist schließlich auch nur Sozialdemokrat, Opportunist vom Scheitel bis zur Sohle - als in seiner Machtstellung: DGB-Kreisvorsitzender und Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion. DGB-Bürokratie und SPD-Fraktion stehen hinter ihm und er weiß sie einzusetzen - auch zu seinem persönlichen Vorteil.

Und diese seine persönlichen Manipulationen und Bereicherungen nimmt die bürgerliche Opposition zum Anlaß, Boljahns Beseitigung zu fordern, um so an das Fundament der Gewoba heranzukommen. Dabei bedient man sich aller nur möglicher Publikationsorgane, und sei es das Magazin "Zeitung", deren Redaktionen skrupellos sind, die über alle journalistischen Grundsätze hinwegtrampeln und alles schreiben, was man von ihnen verlangt, Hauptsache - es bringt Geld herein.

Daß der Arbeiter durch solche Blätter überhaupt ansprechbar ist, ist das Symptom unserer Bildzeitungs-Ära, in der der Arbeiter das logische und sachlich kritische Denken und Lesen verlernt hat. Der Arbeiter erkennt deshalb nicht, daß Boljahn fertig gemacht werden soll, um die Gewoba zum Spekulationsobjekt zu machen. Denn unter den heutigen Verhältnissen wäre die Beseitigung Boljahns der erste Schritt zur Liquidierung der Gewoba als positiver Faktor. Dann wären die acht bis zehn DM, die der Arbeiter monatlich in die Gewerkschaftskasse zahlt, noch weniger wert. Denn wenn der Einfluß des DGB in der Bürgerschaft verschwindet, würde das bedeuten: Unterordnung unter die Bonner Gesetze, was gleichbedeutend mit dem Ende der selbständigen Bremer Wohnbaupolitik wäre.

Heute verkörpert Boljahn fortschrittliche Wohnbaupolitik, zur Zeit ist er das positive Ende der negativen Seite sozialdemokratischer Politik in Bremen, das positive Ende des negativen bundesdeutschen Wohnungsbaus.

Was die Arbeiterschaft fordern kann und muß, ist die Wiedereinführung und der Ausbau des Mitspracherechts in der Gewoba. Hatte der DGB früher Mitspracherecht in der Gewoba, so ist heute nur noch die Beratung übrig geblieben. Konnte der DGB früher eigene Listen zur Gewoba geben und wurden gewerkschaftlich Organisierte bei der Wohnungsbereitstellung von der Gewoba vorgezogen, so bestimmen heute amtliche Stellen und Behörden, wer in die mietpreisgünstigen und begehrten Wohnungen einzieht. Das sind vor allem Flüchtlingsausweisinhaber, LAG-Berechtigte und bürgerliche Elemente, Leute, die sich durch Baukostenzuschüsse und Arbeitsgedarlehnen einzahlen, während der Arbeiter weiter auf eine Wohnung wartet, obwohl gerade er die SPD wählt, gerade deshalb wählt, um sozial gerechter behandelt zu werden. Die Wahlergebnisse zeigen das deutlich, entspricht der Stimmenanteil der SPD in der Vahr, die doch eine Hochburg sozialdemokratischer Wähler sein müßte, nur dem Durchschnittsergebnis des Landes Bremen.

Das ist Folge ihrer konzeptionslosen Politik, die die SPD entwickelt hat. Alle bürgerlichen und konfessionellen Bauherren sind da konsequenter. Im "Spiegel" konnte man lesen, daß eine katholische Siedlungsgemeinschaft nur solchen Leuten Wohnungen gab, die sich verpflichteten, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken. Vor dem Kriege baute die SPD Wohnsiedlungen, in die nur sozialdemokratische Parteibuchinhaber hineinkamen. Damit schuf sie sich ihre Hochburgen. Heute hat sich die SPD in ihrer praktischen Politik total entideologisiert und

überläßt die wenigen noch positiven Resultate ihrer Politik dem Klassengegner und Parteigegner zur Benutzung.

Das muß der Arbeiter kritisieren und Boljahn gegen die bürgerliche Opposition, gegen die Reaktion der Spekulanten unterstützen, damit er seine Wohnbaupolitik weiterführen und -entwickeln kann. Die Arbeiterschaft muß selbständiges Entscheiden lernen. Dann wird sie Boljahns Beseitigung fordern, wenn sie es für notwendig hält, nämlich wenn er zum Hemmschuh einer fortschrittlicheren Politik wird.

Pazifismus und Krieg:

" F Ü R E I N E W E L T O H N E W A F F E N "

Unter dem Motto "Für eine Welt ohne Waffen" hatten die Internationale der Kriegsdienstgegner und die Ortsverwaltung der IG Metall zu einer Kundgebung in der Bremer "Glocke" aufgerufen. Hauptredner war Professor Dr. Linus Pauling, zweifacher Nobelpreisträger - 1954 für Chemie und 1962 Friedensnobelpreis.

Prof. Pauling zählt zu dem Kreis Wissenschaftler, die bei ihrer wissenschaftlichen Forschung die Gefahren der radioaktiven Verseuchung, die bei atomaren Explosionen entsteht, und die zerstörende Wirkung der nuklearen Waffen erkannt haben und dies an exakten Zahlen und Berechnungen nachweisen. Daß der jetzige Weltvorrat an Atomwaffen ausreicht, in einem atomaren Weltkrieg den größten Teil, wenn nicht die ganze Menschheit auszurotten und die eventuell Überlebenden durch radioaktive Verseuchung degenerieren zu lassen, veranlaßt diese Wissenschaftler, gegen den Krieg und gegen die Kriegsvorbereitungen aufzutreten. Dabei gelangen sie zu positiven Forderungen. So tritt Prof. Pauling für die Anerkennung der menschenreichsten Nation, Chinas, ein und stellt fest, daß die Remilitarisierung der Bundesrepublik die Kriegsgefahr noch vergrößert hat.

Wie sehr sich diese Wissenschaftler jedoch bei ihren Vorstellungen zur Verhinderung eines Krieges und zur Abrüstung von illusionären pazifistischen Vorstellungen leiten lassen, zeigt sich, wenn Prof. Pauling fordert:

"Ich sage nur, daß es notwendig ist, einen weiteren Krieg zu verhindern, weil ich als Wissenschaftler weiß, daß er die ganze Welt vernichten kann, den Weg müssen die Politiker finden."

(Bremer Nachrichten vom 2.7.1964)

Die maßgeblichen Politiker vertreten immer die Interessen der herrschenden Klasse der Nation oder Nationen, in deren Namen sie Politik machen. In den westlichen industrialisierten Staaten ist das die Klasse der Großbourgeoisie, ist das die Macht des Industrie- und Finanzkapitals. Der Erhaltung und Ausweitung dieser Macht dient ihre Politik, in der jetzigen Phase des Imperialismus, um einmal den Ausbeutungsbereich zu vergrößern, weniger entwickelte Nationen durch Kapital einschleusung - Entwicklungshilfe - in Abhängigkeit zu bringen und sie dann durch einseitigen Warenverkehr auszusaugen, um zum andern die Arbeiterklasse der eigenen Nation durch gehobenen Lebensstandard zum Opportunismus, wenn nicht zur Befürwortung der kapitalistischen Gesellschaft und ihren imperialistischen Bestrebungen benutzen zu können.

Diese Politik wurde und wird durchgesetzt, wenn nicht auf geheimdipломatischem Wege, so mit kriegerischen Mitteln, wie in Korea, Suez, Vietnam, usw. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterentwickelten Völker und das Ausbreiten des Kommunismus erhöhen die Kriegsgefahr seitens des imperialistischen Kapitalismus noch, und nur die atomare Bewaffnung der SU hat bis jetzt einen Weltbrand verhindert.

Aber die Kriegsgefahr bleibt bestehen, solange es noch Kapitalismus und Imperialismus gibt. Insofern ist die Forderung nach Abrüstung illusorisch, sogar geradezu gefährlich, wenn sie Abrüstung des sozialistischen Blocks in einem Atemzug mit der Abrüstung der kapitalistischen Welt verlangt. Denn nicht vom sozialistischen Block droht ein Krieg, sondern von den herrschenden Klassen der kapitalistischen Welt.

Nicht von den modernen Waffen droht in einem Weltkrieg die Vernichtung. Diese sind neutral. Es kommt nur darauf an, wer über sie verfügt und wer sie handhabt, das ist in der westlichen Welt die Kapitalistenklasse. Solange sie an der Macht ist, besteht die Gefahr des Krieges weiter, ist eine vollständige Abrüstung illusorisch. Teilabkommen, wie Teststopvertrag für atomare Versuche auf der Erde und in der Atmosphäre sind möglich, weil beide Mächte, USA sowohl wie SU, auf diesen Gebieten genügend Erfahrungen gesammelt haben - was noch fehlt, wird unter der Erdoberfläche weiter erprobt.

Die Weltfriedensbewegung wird heute von den Staaten geduldet, weil sie keine reale Gefahr für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Welt bedeutet, weil sie abseits von den Massen verläuft, weil sie keine Resonanz in der Öffentlichkeit findet. Es ist richtig, diese Bewegung zu unterstützen, aber es ist falsch, sie in ihren utopischen Träumen von einer Welt ohne Waffen zu unterstützen, ohne ihnen die Wurzel aller Kriege, die Rolle des Kapitalismus, seine Expansionsbestrebungen und seine Krisenstruktur aufzuzeigen.

Aus Nürnberg erreichte uns folgende Kritik
zu dem Artikel über den 1. Mai 1964:

Es wird über Nürnberg geschrieben: "Was hatte man anderes erwartet in einer Stadt, in der sich die Arbeiterschaft der Möglichkeit des Mai-Umzuges hatte berauben lassen", über den Marsch der Arbeiterschaft durch die Straßen ihrer Stadt: "Dafür opfert der Arbeiter eher für ein paar Stunden die Gemütlichkeit seines trauten Heimes als nur für eine Kundgebung allein, in der er nur Objekt ist".

Ich glaube, über die Wichtigkeit des Umzuges brauchen wir kein Wort zu verlieren. Aber es kann doch keine Rede davon sein, daß die Arbeiterschaft sich hier "den Umzug hätte nehmen lassen". Der Umzug konnte nicht mehr durchgeführt werden, weil von Jahr zu Jahr die Beteiligung geringer wurde! Die Arbeiter verweigerten hier den Funktionären die Gefolgschaft - nicht umgekehrt. Wie weit natürlich eine bessere Mobilisierung hätte stattfinden können, müßte erst noch untersucht werden. Aber hätte die Gewerkschaftsleitung heuer einen Umzug stattfinden lassen, dann hätte sie nur eine gehörige Blamage geerntet, denn fast alle Arbeiter hätten am Versammlungsort das Häuflein Marschierer erwartet.

Oder in Heroldsberg: Vor vier Jahren war der letzte Umzug, Ergebnis: Hinter der Fahne marschierten ganze 10 Funktionäre, aber 200 warteten im Saal. Also brauchte man im nächsten Jahr nicht einmal mehr den Versuch zu unternehmen. Unter diesen Umständen ist es schon ein großer Erfolg, wenn sich die Arbeiter überhaupt an der Versammlung beteiligen. z. B. Heroldsberg: 1963 - 25 Personen, 1964 - 200.

Noch schlimmer wäre es doch, wenn am 1. Mai überhaupt nichts mehr stattfinden könnte.

Bayern ist nicht Bremen, Hamburg oder Berlin. Das zeigen doch die politischen Vorgänge in den letzten Jahren und die Wahlergebnisse. Das hat seinen Grund und ist in den Bremer Briefen anläßlich der Landtagswahlen erläutert worden. ("Bayernwahl u. Bonner Krise" in den BRIEFEN vom Jan. 1963 - Red.). Die objektiven Verhältnisse sind eben etwas anders.

Ich glaube, hier wird der Fehler gemacht, die Verhältnisse im Norden und West auf Bayern zu übertragen.

ANHANG

PRÄSIDENT JOHNSONS STRAFEXPEDITION

Auch heute ist die Wahrheit über den Überfall auf Nord-Vietnam noch nicht festzustellen. In der "Welt" vom 10. 8. 1964 berichtet der Hauptberichterstatler dieser Zeitung unter "Bo" aus Washington:

"Die Torpedobootangriffe Nordvietnams auf amerikanische Zerstörer am Sonntag und Dienstag letzter Woche, die den amerikanischen Gegenschlag gegen die Ausgangshäfen der Schnellboote herausforderten, waren möglicherweise die Folge von kommunistischen Fehleinschätzungen und Mißverständnissen.

Das ist die gegenwärtig vorherrschende Beurteilung der schweren Zwischenfälle im Golf von Tonkin, wie aus Informationen des Pentagon zu entnehmen ist....

Die Kette der Ereignisse stellt sich jetzt folgendermaßen dar: Am Donnerstag vorvergänger Woche fand ein Kommandoangriff südvietnamesischer Flotteneinheiten auf die Insel Hon Me jenseits des 17. Breitengrads statt, der Nord- und Südvietnam trennt. Die Insel liegt 180 Seemeilen nördlich des Breitengrads und hundert südlich von Hanoi. Dieser Angriff, Teil einer ständigen Routine, war den amerikanischen Beratern in Saigon, aber nicht der Siebten Flotte bekannt.

Von dieser Flotte fuhr am Tage nach dem ersten Angriff - Freitag, den 31. Juli - der Zerstörer "Maddox" auf einer normalen Patrouille nordwärts in den Golf in internationalen Gewässern ein. Am Sonntag begegnete der Zerstörer "Maddox" nordvietnamesischen Lschunken und Schnellbooten im Seegebiet um die Insel Hon Me, die auf der Suche nach den Angreifern waren."

Das "Seegebiet um die Insel Hon Me" ist nordvietnamesisches Gebiet, nicht internationales Gewässer. Halten wir uns an den Bericht von "Bo", der die Meinung des Pentagon - des amerikanischen Kriegsministeriums wiedergibt. Der erste Angriff auf den Zerstörer "Maddox" wird von der offiziellen Stellungnahme der Chinesen vom 6. August als berechtigte Gegenwehr Nordvietnams bestätigt. Zu dem behaupteten zweiten Angriff heißt es in der chinesischen Erklärung:

"Der sogenannte zweite Tonkin-Golf-Vorfall am 4. August hat niemals stattgefunden. In dieser Nacht hatte die demokratische Republik Vietnam kein einziges Kriegsschiff dort auf dem Wasser, wo die USA-Kriegsschiffe waren. Die US-Regierung behauptet, die US-Flotte habe zwei Kriegsschiffe der demokratischen Republik von Vietnam beschlagnahmt und versenkt. Aber sie kann keine Beweise dafür erbringen."

Die offizielle Erklärung Chinas bringt Meldungen über frühere Bombenüberfälle auf Nord-Vietnam und erklärt die Bombardierung der Küstenstädte vom 5. August als eine vorbedachte Bewegung der USA zur schrittweisen Ausdehnung des Krieges in Indochina. Das bedeutet auch die Vorbereitung des Krieges gegen China. China werde Vietnam unterstützen, falls die bewaffnete Provokation nicht sofort eingestellt werde.

Die internationale Arbeiterklasse kann die amerikanische Strafexpedition gegen Nord-Vietnam nur als eine Parallele zu Lidice in der Tschechoslowakei betrachten, das die Nazis am 10. Juli 1942 zerstörten. Wenn sich die Werktätigen mit der jetzt in der Bundesrepublik betriebenen Rechtfertigung der Politik der Stärke Präsident Johnsons stumm abfinden, dann darf es niemand wundern, wenn der dritte Weltkrieg nicht zu vermeiden ist.

Die Siebte amerikanische Flotte ist stark genug, alle indochinesischen und chinesischen Großstädte in Schluff und Asche zu verwandeln, die Amerikaner haben es doch schon in Hiroshima bewiesen.

Wir bringen hier einen Auszug aus einem persönlichen Gespräch, das der Chefredakteur des Winner "Kurier", Dr. Hugo Portisch, in China mit einer hohen chinesischen Persönlichkeit hatte:

Wir Chinesen wünschen keinen Krieg. Ja, wir können nicht einmal einen Krieg beginnen. Dazu fehlt uns eine weitreichende Luftwaffe, die haben wir überhaupt nicht, und unsere Flotte ist viel zu klein. Nochmals, wir können also keinen Krieg beginnen. Eine solche Idee wäre unrealistisch.

Wir haben drei Millionen Mann unter Waffen. Das ist die größte stehende Armee der Welt. Auch die Amerikaner haben über zwei Millionen Mann unter Waffen. Aber sie haben ihre Truppen eingefroren. Sie sind ziemlich unbeweglich, sie sind überall um den ganzen Erdball verstreut, in allen Stützpunkten. Das ist nicht gut. Nicht gut für das militärische Denken der Amerikaner. Denn weil sie eingegraben sind, darum sind sie so empfindlich, reagieren auf alles so gespannt und nervös. Unsere Armee aber ist beweglich und jederzeit entlang unserer Grenze einsatzbereit.

Diese Armee ist eine schwere Bürde für uns. Wir würden unsere Kräfte lieber ganz und gar dem sozialistischen Aufbau widmen. Glauben Sie uns, wir haben in China noch sehr viel zu tun. Sie haben es selbst gesehen, auf wie vielen Gebieten wir noch sehr rückständig sind. Das ist eine Aufgabe für viele Jahre, ja für Generationen. Aber eingekreist von aggressionslüsternen Leuten auf der anderen Seite, müssen wir diese Armee unterhalten. Sie würde eingreifen, wenn der Krieg in Indochina nach Norden getragen wird.

Und - das haben wir übrigens den Amerikanern gesagt, - das wird kein zweites Korea. Korea ist eine schmale Halbinsel, dort können nicht viele Millionen Soldaten operieren, der Raum ist zu eng. In Südostasien ist es etwas ganz anderes. Dort kann man eine sehr weite, sehr breite Front errichten. Ein solcher Krieg würde Vietnam, Laos, Kambodscha, vielleicht auch Thailand in Mitleidenschaft ziehen.

Das ist ein sumpfiges Dschungelgebiet. Dort können die Amerikaner mit den modernsten Waffen nichts ausrichten, schon gar nicht mit Atomwaffen. Aber auch in einem solchen Fall würden wir das Ausmaß des Krieges nicht bestimmen. Verstehen Sie uns da nicht falsch. Das Ausmaß auch eines solchen Krieges würden allein die Amerikaner bestimmen.

Wollen sie einen kleinen Krieg, gut, dann wird es ein kleiner Krieg sein, wollen sie einen großen Krieg, dann wird es eben ein großer werden. Das hängt ganz von den Amerikanern ab. Wir wollen überhaupt keinen Krieg. Aber wenn er uns aufgezungen wird, dann wird man uns bereit finden.

Die Amerikaner drohen mit Atombomben. Und auch mein Freund Chruschtschow hat Angst davor. Was wollen sie mit Atombomben gegen China ausrichten? Städte wie Schanghai und Peking, die können sie zerstören mit Atombomben, aber China?

Glauben die Amerikaner, sie könnten China besetzen? Oder sie könnten sich in dieses Land halten gegen 600 Millionen Menschen, die nicht in den Städten wohnen? Und bedenken Sie die innere Situation Chinas! Diese Situation ist so stabil wie nie zuvor.

Natürlich, ein Krieg in Südostasien ist auch wieder nicht so schlecht. Die Situation dort gleicht einem krebsartigen Geschwür. Wenn es wuchert, muß es entfernt, herausgeschnitten werden. Also, es wäre auch nicht so schlimm, wenn die Situation einmal bereinigt wird. Da haben Sie unser kriegslüsternes Gerede, wie man in Washington sagt, und wovon auch unser Freund Chruschtschow immer redet.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen, August 1964

INFORMATIONEN DER BREMER GRUPPE ARBEITERPOLITIK AN UNSERE LESER

I N H A L T

Die drei lokalen Krisen	Seite 1
Zum Sturz Chruschtschows	Seite 2
Die neue Labour-Regierung	Seite 5
Zur ersten chinesischen Atombombenexplosion	Seite 8
Eine auswärtige Stellungnahme zum Sturz Chruschtschows	Seite 9
Krieg und Frieden	Seite 10
Informationen	Seite 16

DIE DREI LOKALEN KRISEN

Der Sturz Chruschtschows in der UdSSR, die Zündung der ersten chinesischen Atombombe, die schwache Mehrheit der britischen Labour-Regierung verschmelzen mit dem steigenden Haß im USA-Wahlkampf zur zeitgenössischen Krise der Weltpolitik. Trotz der lokalen Verschiedenheiten und Formen ist der Bankrott der Weltpolitik Hauptgrund und Ursache der lokalen Krisen. Nach Beendigung der Behinderung der Imperialisten der USA durch die Wahl wird es nur schwer möglich sein, fortzuwurschteln. Der Ausbruch aus der weltpolitischen Sackgasse wird unvermeidlich. Wahrscheinlich wird er in USA beginnen. Die Haßstimmung, ausgelöst im Wahlkampf, wird nicht verschwinden. Die Reaktion, die sich in diesem Haßausbruch äußert, geht nicht von den Werktätigen oder den fünf Millionen Dauererwerbslosen aus, sondern von den satten Klein- und Mittelbürgern. Sie fühlen sich in ihren Privilegien bedroht. Sie meutern gegen die zentrale Regierung, die angeblich in Wohlfahrt macht. Sie handelt im Profitinteresse der großen Monopole, die mit den Gewerkschaften verhandeln, Lohn- und Gehaltserhöhungen zustimmen, die sie dann,

oft mit Zustimmung der Gewerkschaften, auf die Käufer abwälzen. Solange die Profit-Konjunktur andauert, ist dies die billigste Form, um günstige Betriebsklima zu erzielen. Gegen diese Regierungstätigkeit der zentralen Bürokraten rebellierten und rebellieren die satten Klein- und Mittelbürger. Sie sind die Triebkraft, die alle Wohlfahrtsvorschläge Kennedys ablehnte; Krankenversicherung, Ausbau des Schulwesens, Minimal-Löhne, Ausdehnung der Arbeitslosen-Unterstützung und die Gesetze gegen die Rassenhetze. Diese rebellierenden Kleinbürger bilden eine Art Parallele zu Adel und Geistlichkeit vor 1789, vor der französischen Revolution. Diese lösten mit ihrer Rebellion die echte Volksrevolution und ihre eigene Entmachtung aus.

Nicht nur in USA führt die Dauererwerbslosigkeit von Millionen als Folge der Rationalisierung und Automation zur Überproduktionskrise. Die englische Labour-Regierung, die die Erbschaft der 13-jährigen Tories-Mißwirtschaft übernehmen mußte, hat zur Beseitigung des Acht-Milliarden-DM-Handelsdefizits die "freie Marktwirtschaft" bereits gefährdet. Die Labour-Regierung belegt die Einfuhr, soweit sie nicht Lebensmittel betrifft, mit einem 15-prozentigen Zollaufschlag. Das rief laute Proteste aller Betroffenen, besonders der EWG-Länder hervor, am lautesten wettert die Regierung der Bundesrepublik.

Z u m S t u r z C h r u s c h t s c h o w s

Die Leser unserer "BRIEFE..." sind einigermaßen mit den Gründen und Ursachen, die zur Absetzung Chruschtschows führten, bekannt, da wir laufend konkret Stellung zur Chruschtschow-Politik genommen haben. In Kurzform lassen sich die komplizierten ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme nicht klar genug darstellen. Nur die Methode des historischen Materialismus ermöglicht uns, wenn sie richtig angewandt wird, das Verständnis für das komplizierte Zeitgeschehen. Der dialektische Materialismus ist eine wissenschaftliche Methode. Durch ihre Anwendung muß allen Dingen in Entstehung, Ablauf und Verfall auf den Grund gegangen werden. Haß und Vorliebe können das nicht klären, im besten Falle können sie zum Studium anregen. Einen Nürnberger Trichter gibt es auch heutzutage nicht. Die offiziellen Erklärungen, die über die Beweggründe für die Absetzung Chruschtschows abgegeben werden, können auf ihren Wahrheitsgehalt hin in unseren Stellungnahmen in den "BRIEFEN..." nachgeprüft werden. Wir verweisen hier nur auf einige Stellungnahmen. Zum Beispiel unsere Stellungnahme zu Chruschtschows Erklärung des Stalin-Regimes aus Stalins Personenkult. Wir haben diese Erklärung als völlig falsch kritisiert. Die Meldungen über die Behandlung der Stalin-Periode auf dem XX. Kongreß lagen uns nur in Protokollabschriften der Gegner vor. Erst nach dem XXII. Kongreß, als offizielle Berichte vorlagen, konnten wir klar und scharf auftreten. ("BRIEFE AN UNSERE LESER" Jahrgang 1961)

Wir haben ebenfalls laufend konkret Chruschtschows Politik der "friedlichen Koexistenz" kritisiert. Er machte die Politik der friedlichen Koexistenz zum Drehpunkt seiner Politik. Er feierte zum Beispiel nach seiner ersten Amerika-Reise Eisenhower als Friedensfreund und begann seine Hetze gegen die Chinesen, weil sie das nicht mitmachten. Die KP Chinas konnte weder den 700 Millionen Chinesen noch der Mehrheit der asiatischen Völker diese neueste Entdeckung Chruschtschows klarmachen. Die Taten des USA-Imperialismus und ihres Werkzeuges Tschiang Kai-schek sprachen eine zu deutliche Sprache. Bei seiner zweiten Amerika-Reise brach Chruschtschow mit seinem Friedensfreund Eisenhower, weil dieser U2-Spionageflugzeuge über die Sowjetunion schickte. Eines dieser Flugzeuge wurde über der SU abgeschossen. (Ausführliche Berichte in den "BRIEFEN...", Jahrgang 1960/61.)

Der Sturz Chruschtschows ist nur allen Jenen überraschend gekommen, die hofften, mit Chruschtschows Politik der friedlichen Koexistenz die Sowjetunion ihren kapitalistischen Interessen gefügiger zu machen. Vom kapitalistischen Lager und von seinen Mitläufern wurde die Politik der friedlichen Koexistenz nur als Mittel zur Zersetzung des sozialistischen Blocks benutzt. Dieses Lager machte damit in sogenannter "Entspannungs-Politik". In der gleichen Zeit führten die USA ihre imperialistischen Kriege offen oder versteckt in Süd-Vietnam und Laos und griffen sogar das friedliche Nord-Vietnam und Kambodscha an.

Die Briten schufen durch Zusammenlegung ehemaliger oder "befreiter" Kolonien ein neukoloniales Staatengebilde - Malaysia. Sie bedrohen Indonesien, weil dieses den ihnen verwandten Völkern in den neukolonisierten Gebieten hilft.

Chruschtschow ermunterte Nehru zum Angriff auf die chinesischen Grenztruppen im Tibet-Gebiet. Chruschtschow lieferte im Namen der SU Waffen nach Indien gegen das von Indien angegriffene kommunistische China. Vorher hatte er die in China tätigen sowjetrussischen Hilfskräfte abberufen. Gleichzeitig wurden nicht nur Indien, sondern Ägypten, der Jemen und Zypern mit Aufbauhilfe und Krediten ausgiebig beliefert. Aber Chruschtschow ist ein "ehrenwerter Kommunist", Mao Tse-tung aber ein "Spalter der kommunistischen Weltbewegung".

Auch zu den letzten Heldentaten Chruschtschows haben wir in den "BRIEFEN..." Stellung genommen, als er das ungarische Gulasch zum Lebenszweck und zur Abgabe der SU und der Volksdemokratien erklärte. Die KP Chinas machte Chruschtschow für die in der SU drohende, aber in China abgewehrte Hungersnot verantwortlich. Wir sind also vom Sturz Chruschtschows nicht überrascht. Im Gegenteil, wir haben wiederholt öffentlich gefragt, weshalb das angeblich kollektive ZK der KPdSU diese Politik zulässt. Die bisherige Antwort? Das kollektive ZK ist von Chruschtschow getäuscht und vergewaltigt worden. Das ist kein zynischer Witz, sondern steht in den spärlichen Erklärungen, die vom neuen ZK mit neuer Kollektivtätigkeit bisher herausgegeben wurden.

Zur Verführung und Vergewaltigung gehören immer Zwei: Die Vergewaltigten und die Vergewaltiger. Es lohnt nicht, auf diese Art Erklärungen näher einzugehen.

Was sind die wirklichen Gründe und Ursachen dieser Zeitgeschehnisse? Die Werktätigen der SU haben zwar während der Stalinzeit berufliche Qualifikationen erworben, die jedem Vergleich mit der Qualifikation der Werktätigen der kapitalistischen Welt gewachsen sind. Nach dem Sieg der Revolution 1917 ist in der SU die handwerksmäßige Produktionsweise in der Hauptsache übersprungen worden. Das mag für die Aufgaben des Handwerks in der SU jetzt ein Mangel sein. Die Industrie in der SU, die ganz auf der modernen Technik aufgebaut ist, verfügt über die für sie erforderlichen Fachkräfte. In der ersten Zeit wurden eingeführte hochmoderne Produktionsmittel rasch vernutzt. Um diesen Übelstand zu beseitigen, führte die KPdSU Schulungen, Abendkurse und Selbstunterricht bei allen Industriearbeitern durch. Dadurch wurde die historische Entwicklung der modernen Technik, die in der kapitalistischen Welt Jahrzehnte gebrauchte, in der SU im Laufe eines Jahrzehntes eingeholt und überholt. Dadurch wurde die breite qualifizierte Massenbasis praktisch und theoretisch geschulter Arbeitskräfte geschaffen, auf der die Spitzenleistungen der SU in der Raum- und Raketenforschung beruhen. Kein kapitalistisches Land verfügt über die Zahl von Technikern, Ingenieuren und Chemikern wie die SU.

Rückständig war und ist die landwirtschaftliche Produktion in der SU. Die Isolierung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den Kollektiven und das Fehlen männlicher landwirtschaftlicher Arbeiter während des Krieges haben den Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktivität trotz wissenschaftlicher leitender Funktionäre nicht zureichend fördern können. Der Bauer war in den ersten Jahren vom Wahlrecht zu den Räten in großem Umfang ausgeschlossen. Erst Stalin hat das gleiche Wahlrecht auch für den Bauern, wenigstens auf dem Papier, eingeführt. Aber der landwirtschaftliche Arbeiter erhält auch heute noch keinen Inlandspaß, der zum Reisen notwendig ist, und er kann deshalb den Arbeitsplatz nicht wechseln. Das sind die Hauptursachen der rückständigen Produktivität der SU-Agrarwirtschaft gegenüber der europäischen und der der USA. Das bildet die Grundlage für die Fehlleistungen und Experimente Chruschtschows und seiner bürokratischen Pfuscher.

Der Bauer der Sowjetunion ist auch heute noch der Bauer. An der Spitze der Bürokratie stand Chruschtschow. Bei seinen zwei Reisen nach USA entdeckte er Amerika. Er entfaltete seinen Personenkult als Agrarsachverständiger - vielleicht aus Erinnerung an seine Hirtentätigkeit in seiner Jugend. Er war und ist

so unwissend, daß er glaubte, daß er in der Landwirtschaft der SU den Landarbeitern Mais-Ernten im Schwarzerdegebiet der SU nur befehlen brauche, um USA-Ernten zu erzeugen. Daß in der USA die moderne landwirtschaftliche Technik in Jahrzehnten der priyatkapitalistischen Anwendung entwickelt wurde, hat er nicht vergessen, sondern überhaupt nicht gewußt. Kritik und Warnung, auch von Freunden wie Mikojan, beachtete er nicht, nur der seinem Geltungsbedürfnis dienende Persönlichkeitskult leitete ihn. Chruschtschow, der Mao Tse-tungs Politik die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren eingetretenen Mißernten in China vorwirft und Mao anklagt, nur die chinesischen Hungersnöte zu organisieren, hat der SU Milliarden für Getreideeinkäufe in Kanada und USA zur Verhütung einer russischen Hungersnot entzogen. Und das im 47. Jahre des Bestehens der SU. Die Lebensbedingungen in der heutigen SU schildert ein Korrespondent des "New Statesman" vom 23. Oktober wie folgt:

"Breshnjew und Kossygin haben eine Menge zu tun. Die SU ist noch die einzige Großmacht, welche keine frische Milch, Eier, frische Früchte und Gemüse der Bevölkerung liefern kann. Die Verteilung ist shocking. Das gelieferte Fleisch ist gewöhnlich nur zum Kochen zu gebrauchen. Die Wartezeit für ein Telefon dauert zwischen 3 bis 5 Jahre und hängt davon ab, wo man wohnt. Schaltbretter sind unbekannt. Das bedeutet, täglich 6 verschiedene Nummern anrufen zu müssen. Omnibusse und Straßenbahn sind wie Untergrundbahn überbevölkert, und die Fahrten zur und von der Arbeit werden zur Hölle, gerade in den Hauptverkehrszeiten. Fensterreinigungs-institute und Wäschereinigungsanstalten, Schuhreparaturen mangeln. Dabei hat die Hausfrau in der SU keine arbeitssparende Einrichtung, obgleich die größte Anzahl der Frauen berufstätig ist."

Wir, die wir uns unter schwierigen Bedingungen die Tatsachen aus der ausländischen Presse zusammensuchen mußten, um sie in unserer laufenden Kritik an der Chruschtschowschen Politik der friedlichen Koexistenz zur Erklärung der Ursachen und Folgen zu benutzen, sind vom Sturz Chruschtschows nicht überrascht. Uns fehlten und fehlen die konkreten Gründe, weshalb seine Absetzung durch das kollektive ZK solange auf sich warten ließ.

Wir wußten und wissen, daß unter den werktätigen Massen der SU kein Bedürfnis für einen dritten Weltkrieg besteht, weder zur Verteidigung Kubas noch um Berlin von den imperialistischen Truppen zu befreien. Chruschtschow forderte das maulaufreißerisch, fast als Ultimatum in Verbindung mit einem raschen Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten.

Nach Kuba schickte Chruschtschow Raketen. Er kapitulierte vor Kennedys Drohung, ihn mit seinen Raketen aus Kuba zu vertreiben. Der Rückzug der Raketen war eine der wenigen richtigen Handlungen Chruschtschows, um die Folgen seiner gedankenlosen Provokation in der Nähe der Küste der USA zu parallelisieren. Das ist ein kindischer Taschenspielertrick, mit dem er sich zum gefeierten Friedenshelden in der SU und in den 81 kommunistischen Bruderparteien aufspielte.

Die Chinesen weigerten sich mitzuspielen. Deshalb werden sie als Kriegshetzer verleumdet.

Daß sich die Werktätigen der SU in der Weltpolitik wenig zurechtfinden und -finden, ist der völlig unzureichenden Information zuzuschreiben. Bei den folg samen "Bruder-Parteien" kann nur die überstandene Angst vor dem dritten Weltkrieg der Grund zur Mitwirkung an Chruschtschows Taschenspielertrick sein. Der Wunsch nach Wohlfahrts-Existenzbedingungen in West-Europa und die Möglichkeit zu allmählichen Verbesserungen der Lebensbedingungen in der SU, scheinen uns die politische Passivität der Massen in den kapitalistischen Ländern und das Abfinden mit der Bürokratenherrschaft in der SU zu erklären. Weder in den kapitalistischen Ländern noch in der SU sehen wir eine aktivere Teilnahme der Massen an der Gestaltung ihres Schicksals. Die Gefahr weiterer Irrtümer und ihrer Wirkungen kann bei Passivität der Massen nicht verhindert werden.

Daß die Mehrheit der kommunistischen Bruderparteien, die als Gefolgsleute Chruschtschows mit ihm durch Dick und Dünn gegangen sind, mit sonst wenig beobachtetem Eifer jetzt lautstark Aufklärung über Ursachen und Formen der Absetzung Chruschtschows fordern, ist hoffentlich wenigstens ein Anfang vom Ende ihres Selbstbetruges und ihrer Betrugspolitik. Aber das läßt sich nicht voraussehen, wie lange dieser Prozeß der Selbstbesinnung dauern wird. Jedenfalls wird er in den verschiedenen Parteien und Ländern verschiedene Zeitdauer und Formen annehmen. Das hat die Pleite-Politik Chruschtschows schon heute bewirkt. Die Ver selbständigung der einzelnen Landesparteien hat begonnen. Dauer und Form dieser Wandlung werden bestimmt von Dauer und Form, in denen Führer und Kader geschaffen werden können, die fähig sein werden, möglichst unbürokratische Leitungen zu schaffen. Auch in den kommunistischen Parteien und Ländern ist die Bürokratie, gute oder schlechte, Ursache der Passivität der Massen, obgleich die Bürokratie nicht ohne gute oder schlechte Wirkung auf die Massen ist. Grund und Ursache der Entstehung der Bürokratie ist die Passivität der Massen. Bürokratie ist nur schlechter Ersatz für die fehlende Aktivität der Massen. Sie kann nur beseitigt werden durch die Masse selbst in dem Umfange, in dem die Masse sich fähig macht, ihre historischen Aufgaben zu erfüllen.

Die lokalen Krisen werden wahrscheinlich zuerst in den USA nach den Wahlen zu wichtigen Änderungen führen. Diese Veränderungen werden im krassen Widerspruch zu den Lobreden und Versprechungen stehen, die nach dem Sieg Johnsons über Goldwater gehalten und gemacht werden. Die Vorbedingungen zeigen auf keine Friedensära. In Vietnam haben soeben Partisanen die Hälfte der dort stationierten amerikanischen Bomben-Flugzeuge zerstört. Nach den letzten Meldungen sind sie nicht durch den Feuerüberfall der Mörser, sondern durch Plastikbomben vernichtet worden. Der Feuerüberfall war nur Tarnung, die Plastikbomben können also nur von Truppen-Angehörigen Süd-Vietnams angebracht worden sein. Das stellt die USA vor die Frage: Abzug aus dem von USA bekriegteten Teil Süd-Ost-Asiens in der Richtung, wie de Gaulle vorgeschlagen hat, oder Ausbreitung des Krieges in Vietnam durch Angriffe auf Nord-Vietnam, Laos und Kambodscha. Im letzteren Falle würde Süd-Ost-Asien zum militärischen Haupt-Interessengebiet der USA. Eine Abwendung vom deutsch-sowjetischen Schützengraben würde die Folge sein. Beide Kriegsgebiete aktiv zu halten, geht bereits über die Kräfte des USA-Imperialismus. Es sei denn, die USA vernichteten mit ihren Atom- und Wasserstoffbomben die Kriegsgebiete. Das wäre also der dritte Weltkrieg. Mit den Folgen und Auswirkungen solcher Veränderungen auf die Politik der Bundesrepublik werden wir uns bald intensiver beschäftigen. Die Chruschtschow-Krise läßt die bisherige "Entspannungspolitik" und das "Chruschtschow vor die Zähne sprechen" als erledigt erscheinen. Daß mit seinem Nachfolger, wenn er die Bundesrepublik besuchen sollte, weiter um friedliche Wiedervereinigung und um die Vorkriegsgrenzen verhandelt werden könnte, scheint uns unwahrscheinlich. Mit friedlichem Abtrotzen dürfte es nach Chruschtschows Absetzung vorbei sein. Und mit militärischer Gewalt, mit gemischten Besatzungen von Überwasserschiffen mit Raketen, also mit Hilfe der USA das zu erreichen, erscheint uns ebenfalls unwahrscheinlich. Die verkündete Entspannung hat für die Bundesrepublik zur Verschärfung der Spannung geführt.

Die neue Labour-Regierung

Die Zollerhöhungen um 15% auf Einfuhren - Nahrungsmittel ausgenommen - werden nicht nur die EWG-Länder, sondern besonders die Bundesrepublik treffen. Die Bundesrepublik lieferte bisher 29% dieser Einfuhren. Daß diese Maßnahme nur kurzfristig sein wird, scheint unwahrscheinlich, bleibt aber abzuwarten. Daß auch bei kürzerer Aufrechterhaltung der Einfuhrzölle das ganze System der freien Marktwirtschaft gefährdet sei, dürfte übertrieben sein. Aber die Auswirkungen der neuen technischen Revolution machen bestimmt der freien Marktwirtschaft bald ein Ende. Geplante Energiewirtschaft wird als Rettung der von Heizöl-, Erdgas- und Atomkraft bedrohten Kohlewirtschaft gefordert und halb zugesagt. Also Planwirtschaft der kapitalistischen Profitwirtschaft durch staatliche Übernahme der Kosten der Stilllegung der Zechen und Überführung der freigewordenen Bergleute in andere Berufe. Solange noch 1 Million fremder Arbeitskräfte von der Bundesrepu-

blik benötigt werden, kann dies aus Steuergeldern bezahlt werden. Aber was dann, wenn außer dem Bergbau auch die bundesrepublikanische Landwirtschaft und weitere Umgruppierungen durch Rationalisierung und Automation subventioniert werden sollen? Die Bundesrepublik berät acht Planmaßnahmen zur Kohle- und Energie-Krisenkrise. Ob und wann die 15% Einfuhrzoll-Maßnahme der Labourregierung durch Zollkriegsmaßnahmen beantwortet werden, ist zur Zeit nicht ausgemacht. Aber daß in der "Welt" vom 27. 10. folgende Ausführungen gemacht werden, ist beachtenswert:

"Nach dem Heizölsteuergesetz kann die Bundesregierung mit Hilfe einer Rechtsverordnung die Steuer für leichtes Heizöl von gegenwärtig 10 DM je Tonne bis auf 30 DM je Tonne erhöhen. Bei schwerem Heizöl ist eine Erhöhung von gegenwärtig 25 DM bis auf 37,50 DM je Tonne möglich. Diese Ermächtigung, zu deren Annahme eine Stellungnahme des Bundesrates vorgeschrieben ist, gilt bis zum 30. April 1967. In Regierungskreisen wird jetzt die Ansicht vertreten, eine Erhöhung um 10 DM je Tonne sei vertretbar. Nach dem Gesetz ist eine Änderung der Heizölsteuer möglich, wenn dies "aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und zur Anpassung des Bergbaues an eine wesentliche Veränderung des Energiemarktes erforderlich ist.

Eine Erhöhung der Heizölsteuer um 10 DM je Tonne würde Mehreinnahmen von 350 Millionen DM erbringen. Für 1964 wird das Aufkommen aus der Heizölsteuer auf insgesamt 475 Millionen DM veranschlagt. Die Mittel müssen für Anpassungsmaßnahmen im Steinkohlenbergbau, insbesondere zur Vermeidung sozialer Härten, verwendet werden."

Bereits am 27. Oktober schrieb die "Welt" folgendes:

"Der deutsche Maschinenbau hat im vergangenen Jahr für rund 600 Millionen DM nach Großbritannien geliefert. Das waren rund 29% aller deutschen Exporte nach England. Der Zollsatz hat durchschnittlich 16% betragen, werde also durch die Erhöhung nahezu verdoppelt. Die britischen Maßnahmen dürften die Außenhandeltagung des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten beschäftigen, die am Donnerstag und Freitag in Wiesbaden stattfindet.

Die elektrotechnische Industrie nimmt an, daß ihr Export nach Großbritannien in weiten Bereichen unmöglich wird. Das gelte nicht nur für Fertigfabrikate, sondern besonders auch für Halbfabrikate, wie elektronische Röhren. Die deutschen Einfuhrzölle für gleichwertige englische Erzeugnisse seien wesentlich niedriger."

Vorläufig hat Erhardt ein Drittel der in der "Welt" behandelten Maßnahmen abgelehnt. Wir betrachten sie jedoch als Sturmschwalben, die die Krisengefahr zum Gegenstand des Nachdenkens, besonders der Werktätigen, machen sollte.

Ohne außerparlamentarische Mobilisierung der Arbeiter wird die Labour-Regierung nicht einmal diese Eingriffe in die Marktwirtschaft durch 15%ige Einfuhrzollerhöhung durchsetzen können. Die "Financial Times" vom 30. September schrieb zum Außenhandelsdefizit:

"Wenn nicht die Ausgaben der Regierung im Ausland wären, gäbe es einen guten Überschuß im Zahlenausgleich überall. Es ist Zeit, daß wir lernen unsern Anzug gemäß unseres Stoffes zuzuschneiden."

Ist das britische Finanzkapital für Streichung der Regierungsausgaben für Zypern, Malaysia, Jemen, Aden, Singapur usw.? Kaum, aber die Massen, die bei den Wahlen nur eine Mehrheit von 5 Parlamentssitzen für die Labourregierung aufbrachten, sind mißtrauisch. Sie haben noch nicht vergessen, daß Bevin, der Außenminister, der 1945 mit großer Mehrheit gewählt worden war, die Belange des Commonwealth über die Interessen der Werktätigen stellte, die ihn an die Macht gewählt hatten, damit er sozialistische Politik macht. Bevin erklärte am 10. September 1947:

"Meine guten Amerikaner, wir sind knapp an Dollars, aber wir sind nicht

knapp an Willen. Wir lassen uns nicht niederdrücken. Unser Lebensstandard mag zurückgehen. Wir müssen den Bergarbeitern und Arbeitern der Stahlindustrie sagen, wir können Euch nicht geben, was Ihr erhofft. Wir können Euch die Häuser nicht geben, in denen Ihr leben wollt. Wir können Euch nicht die Verbesserungen geben, die wir geben wollen. Aber wir werden nicht fallen."

Die Attlee-Bevin-Regierung fiel, nachdem sie die von den Kapitalisten bankrottgewirtschafteten Bergwerke, Eisenbahnen, Straßentransporte über den Taxpreis aufgekauft, modernisiert und den Kapitalisten erhalten hatte. Die 20% verstaatlichten Betriebe versorgten 80 % der kapitalistischen Unternehmen mit billiger Kohle, Fahrt- und Transportpreisen, billiger als die kapitalistische Konkurrenz sie lieferte. Natürlich waren die nationalisierten Betriebe nicht konkurrenzfähig. Vor allem die Abfindungssummen, die sie jährlich aus der Produktion an die Unternehmer zahlen mußten, die Kosten der technischen Verbesserungen, konnten sie bei allen Anstrengungen nicht herausarbeiten.

Mißtrauen der Arbeiter gegen die neue Labourregierung und dreizehn Jahre Torieherrschaft war das Ergebnis. Die Labourregierung hat ihre Wahlversprechungen in der Thronrede nicht abgeschwächt. Wilson muß mit 5 Stimmen Mehrheit die Konkurrenzfähigkeit der britischen Ausfuhr wieder herstellen. Die Arbeiter und die Gewerkschaften werden beschuldigt, durch zu hohe Lohnforderungen und Lebensansprüche die britische Konkurrenzfähigkeit verursacht zu haben. Die oben zitierten Ausführungen der "Financial Time" beweisen, daß die Überbelastung der britischen Wirtschaft durch die imperialistische Commonwealth-Politik verschuldet ist. Weder Deutschland noch Frankreich, noch Schweden haben solche Überbelastung. Die Wilson-Regierung hat in ihrem Regierungsprogramm an den versprochenen Reformen festgehalten. Sonderzölle von 15% für die Einfuhr. Damit sollen 200 Millionen Pfund im Jahr eingespart werden. Ein ähnlicher Betrag soll durch Ausfuhrsteigerung beschafft werden. Die Verstaatlichung der Stahlindustrie soll Anfang nächsten Jahres durchgeführt werden. Privates Land soll unter den Wuchemarktpreisen angekauft werden, um den Wohnungsbau zu tragbaren Mieten durchzuführen. Gegen die weißen Kolonialherren in Südrhodesien, die zusammen mit den Süd-Afrikanern die Eingeborenen mit Gewalt an der Ausübung ihres Rechts, sogar ihres Wahlrechts, hindern, - will Wilson mit staatlichen Machtmitteln vorgehen.

In Italien steht die von den Linken Nenni-Sozialisten gestützte Regierung vor der Pleite. Für de Gaulle ist eine Möglichkeit, durch seine Politik in der EWG und in der Nato, die Werkzeug des USA-Imperialismus ist, einen Druck auf die Bundesrepublik auszuüben. Der Froschmäusekrieg in der Erhardt-Regierung ist nicht Ursache, sondern Folge der Notwendigkeit, aus der Zwangsjacke der Sackgasse der Weltpolitik auszubrechen. Letztenendes sind alle lokalen Krisen und die Pleite der Politik der USA und des von ihr geführten Weltkapitalismus Folgen des Zusammenbruches des Kampfes gegen den Weltkommunismus. Auch die Krise in der SU und der Chruschtschowschen friedlichen Koexistenz- und Entspannungspolitik gehören dazu.

Die Beteuerung, daß die neue kollektive ZK-Politik des Breschnjew die alte Chruschtschow-Politik ohne dessen Fehler fortsetzen wird, ändert nichts daran, daß es nicht auf ihr Wollen, sondern auf das Müssen ankommt, daß ihnen von den objektiven Bedingungen diktiert wird. Maulspitzen nützt nichts mehr, es muß und wird gepfiffen werden. Auf Leute wie Breschnjew, der jetzt neue Loblieder auf die neue kollektive Zentralführung losläßt, kommt es nicht an. Es wäre gut, wenn sich die Massen die jetzigen Epigonen von Lenin und Stalin etwas gründlicher ansehen und selbst die kollektive Führung anstreben würden. Am 2. November berichtete "ewe" aus Moskau über zwei Reden von Leonid Breschnjew, abgedruckt in "Iswestija" vom 17. April zum 70. Geburtstag Chruschtschows.

"Teurer Nikita Sergejewitsch! Ich kann meine Freude und innere Bewegung nicht verbergen, wenn ich Ihnen jetzt im Namen des Zentralkomitees und des Obersten Sowjets der Sowjetunion zu dem bedeutungsvollen Datum Ihres 70. Geburtstages die hochverdiente Auszeichnung überreiche - den Lenin-

orden und den goldenen Stern eines Helden der Sowjetunion. Diese Auszeichnung, die Ihnen von der Partei, der Regierung und dem gesamten Sowjetvolk verliehen wurde, belohnt Ihre großen Verdienste bei der machtvollen Stärkung unseres Vaterlandes, beim Aufbau des Kommunismus, im Kampf um den Frieden und das Glück der Menschen.... Ihr Name, Nikita Sergejewitsch, wird auf ewig mit der neuen historischen Etappe unseres Landes verknüpft sein.
Erlauben Sie mir, Ihnen im Namen aller Teilnehmer herzlich zu gratulieren."

Zur Zündung der ersten Kernkraftbombe in China geben wir den wichtigsten Teil der kurzen chinesischen Regierungserklärung wieder:

"Selbstverteidigung ist das unveräußerliche Recht jedes souveränen Staates und die Sicherung des Weltfriedens ist die gemeinsame Pflicht aller friedliebenden Staaten. Angesichts der immer größeren nuklearen Drohung der USA kann China nicht untätig zusehen und ist gezwungen, Kernwaffenversuche durchzuführen und Kernwaffen zu entwickeln.

Die chinesische Regierung ist seit jeher für das allseitige Verbot und die gründliche Vernichtung der Kernwaffen eingetreten. Wäre dieser Vorschlag verwirklicht worden, brauchte China keine Kernwaffen zu entwickeln. Unser Vorschlag ist jedoch auf den hartnäckigen Widerstand der amerikanischen Imperialisten gestoßen. Die chinesische Regierung hat schon längst darauf hingewiesen, daß der Vertrag über die partielle Einstellung der Kernwaffenversuche, der im Juli 1963 zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion in Moskau abgeschlossen wurde, ein großer Betrug an den Völkern der ganzen Welt ist, daß durch diesen Vertrag versucht wurde, die Monopolstellung der drei Atommächte zu festigen und allen friedliebenden Staaten Hände und Füße zu binden, und daß damit die von den USA-Imperialisten drohende nukleare Gefahr für das chinesische Volk und alle anderen Völker nicht kleiner, sondern im Gegenteil größer wurde. Damals erklärte die USA-Regierung, ohne ein Geheimnis daraus zu machen, daß der Abschluß eines solchen Vertrages absolut nicht bedeutet, daß die USA keine unterirdischen Kernwaffenversuche durchführen, oder daß sie keine Kernwaffen einsetzen, herstellen, lagern, exportieren oder verbreiten werden. Die Tatsachen in den letzten 12 Monaten und länger beweisen das deutlich.

China entwickelt Kernwaffen, um sich zu verteidigen und das chinesische Volk vor der Gefahr eines durch die USA begonnenen nuklearen Krieges zu schützen.

Die chinesische Regierung verkündet hiermit feierlich: China wird niemals und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einsetzen.

Das chinesische Volk unterstützt entschlossen den Befreiungskampf aller unterdrückten Nationen und geknechteten Völker der Welt. Wir sind fest davon überzeugt, daß alle Völker durch ihren eigenen Kampf und durch gegenseitige Hilfe den Sieg erringen werden. Daß China Kernwaffen besitzt, ist für alle revolutionären Völker eine große Ermutigung in ihrem Kampfe und bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens."

China ist im Ansehen nicht nur in Asien und Afrika, sondern in der gesamten friedlichen Bevölkerung gestiegen. In der "Peking Review" Nr. 44 vom 23. Oktober 1964 sind 3 Seiten Gratulationen und Glückwünsche abgedruckt.

Am 23. 10. 64 schrieb uns ein Nürnberger Genosse diese

Erste kurze Stellungnahme zu der Veränderung in der
Führungsspitze der Sowjet-Union

Ich betrachte den Wechsel in der Führungsspitze der SU als einen Schritt vorwärts im schwierigen Entwicklungsprozeß der Sowjetgesellschaft.

Chruschtschow war der schlechteste Führer in der Geschichte der kommunistischen Bewegung. Seine geringen Verdienste, einer der Geburtshelfer der Entstalinisierung zu sein, werden weit überwogen durch seine vermeidbaren Fehler und sein unmarxistisches Verhalten. Er war ein Dilettant und Opportunist, schon in der Stalinzeit.

Den weltpolitischen Niederlagen vom Berlin-Ultimatum bis zur Kuba-Krise folgte als Schlußpunkt seiner Regierungszeit das Gewähren-lassen-müssen beim Bombardierungsüberfall der USA auf Nord-Vietnam, als Folge der Verfeindungs mit China.

Im Innern war die Politik der Augenblickserfolge und der Halbheiten charakteristisch, z.B. der Dilettantismus in Landwirtschaftsfragen (vor allem bei der Neulandgewinnung) und bei den wirtschaftlichen Problemen. Antileninistisch war seine Mißachtung des Prinzips der kollektiven Führung.

Bei den Beziehungen zu den kommunistischen Bruderparteien versuchte er bürokratische Methoden anzuwenden. Völlig unsolidarisch war der Entzug der Hilfe an China und an andere revolutionäre Kommunisten (z.B. Irak, Südamerika). Verfehlt war die Verschleuderung von Geld an bestimmte nicht-sozialistische Staaten, z.B. Äthiopien und Aden.

Schwerwiegend waren seine Illusionen über die "friedliche Koexistenz" und über eine "Teilung der Welt" mit den USA. Die militärische und diplomatische Unterstützung eines Feindes des kommunistischen Bruderlandes China, Indiens, war Verrat an der kommunistischen Weltbewegung.

Ausschlaggebend für die Dringlichkeit der Ausbootung Chruschtschows wird die Zuspitzung des Streites mit China gewesen sein; die geplante Weltkonferenz zur Spaltung des kommunistischen Lagers und die einfach blinde Haßpolitik gegen die Führer der KP Chinas. Militärpolitische Aspekte (2 Fronten = Zersplitterung) mögen die Einstellung der Armeeführung gegen Chruschtschow gefördert haben.

Wahrscheinlich sind keine großen Veränderungen in der sowjetischen Politik zu erwarten, denn trotz der Eigenmächtigkeiten und großen Machtbefugnisse, die sich Chruschtschow anmaßte, war seine Politik in den großen Zügen die Politik des Zentralkomitees. Die neue Führungsgruppe wird einen Teil seiner falschen Politik fortsetzen.

Auch die Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten wird in der weiteren Zukunft unter der neuen Führung weitergehen, doch bleibt die Hoffnung, daß es nicht mehr zum Äußersten kommt und die Austragung der Differenzen versälicht wird.

Die Schlacken können nicht auf einmal fortgeräumt werden. Viele Schritte sind noch zu tun, um die Sowjetgesellschaft aus dem Größten ganz herauszubringen. Die Methoden der Absetzung Chruschtschows symbolisieren den auch jetzt noch relativ niedrigen allgemeinen Stand in der KPdSU und in der Sowjetbevölkerung, vor allem in der immer noch wichtigen Provinz. Aber wieder wurde ein Einschnitt in die richtige Richtung sichtbar, wenn auch nicht ganz in der Größenordnung wie damals beim Bruch mit dem Stalinismus.

Auch bei dem Entwicklungsprozeß der sozialistischen Gesellschaft gibt es keinen geraden, "idealen" Weg, sondern nur eine Fortentwicklung mit zwei Schritten vorwärts und einem zurück. Grundlegend ist, daß der Weg weitergegangen wurde, in Richtung auf das Ziel; die klassenlose Gesellschaft.

Die Ursachen der westdeutschen Remilitarisierung

Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zerbrach die antifaschistische Kriegscoalition zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Alliierten. Der Krieg hatte den Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus vereinfacht und verschärft, auf eine neue Stufe der Entwicklung gehoben: Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Gesellschaft im Weltmaßstab.

Der kapitalistische Machtbereich wurde durch den Zuwachs des sozialistischen Einflußgebietes beschränkt; die Balkan-Länder, Polen und die Tschechoslowakei, später auch die DDR, begannen, unterstützt von der Sowjetunion, mit dem Aufbau des Sozialismus. Die kapitalistischen Siegermächte standen dieser Entwicklung feindlich gegenüber: sie verloren den politischen Einfluß und den Absatzmarkt in diesen Ländern. Die USA gingen aus dem Krieg so gestärkt hervor, daß sie allen anderen kapitalistischen Ländern überlegen waren. Truman proklamierte die "Weltbefreiung" gegen den Sozialismus, die Rückeroberung der verlorenen Einflußgebiete und die Zurückdrängung der Sowjetunion. Die Forderung, den sozialistischen Machtbereich zurückzuerobern, die erste Stockung der Nachkriegskonjunktur in den USA und der Korea-Krieg wurden Triebkräfte der beschleunigten massiven Aufrüstung der USA und ihrer NATO-Partnerländer.

Unter dem Druck des Weltgegensatzes zwischen Sozialismus und Kapitalismus und der Veränderungen des Kräfteverhältnisses nach dem zweiten Weltkrieg zerrissen die kapitalistischen Siegermächte im Interesse ihrer imperialistischen Politik den Morgenthau-Plan, der Deutschland in ein Agrarland rückverwandeln, die deutsche Industrie vernichten und damit als Konkurrenz ausschalten sollte. Die USA förderten mit der Marshallplan-Dollarspritze den stürmischen Wiederaufbau des westdeutschen Kapitalismus, dessen Industriepotential für die Kriegsvorbereitung gegen die den Sozialismus aufbauenden Länder unentbehrlich war. Bereits 1950 wurde die Remilitarisierung Westdeutschlands beschlossen, und seit 1956 wird der Aufbau der Bundeswehr hektisch vorangetrieben.

Der Widerstand gegen die westdeutsche Rüstung

Die Bevölkerung protestierte gegen den Plan der Wiederaufrüstung. Besonders die arbeitende und studierende Jugend bewegte eine starke Antikriegsstimmung. Sie rief auf, den Kriegsdienst zu verweigern. Der gefühlsbestimmte Protest der Antiwehrdienst-Propaganda konnte jedoch nicht in den organisierten Streik der Wehrdienstpflichtigen umschlagen, weil die Arbeiterklasse weder fähig noch bereit war, politisch gegen die Herrschaft des Kapitalismus zu kämpfen. Obwohl das fürchterliche Kriegschaos, das barbarische Völkergemetzel, die grauenhaften Verwüstungen und Menschenopfer noch in der Erinnerung der Arbeiter nachwirkten, hatten sie weder den Willen noch die Kraft, sich als Klasse zu formieren, um aus ihrer dreißigjährigen Periode der Niederlagen die Konsequenz zur Eroberung der politischen Macht zu ziehen. Sie standen der Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab verständnislos und passiv gegenüber; sie erkannten den bürgerlichen Staat und seine Ideologie an und wollten die Gesellschaft nicht verändern, sondern in der Nachkriegskonjunktur ihre Lebensbedürfnisse befriedigen.

Aus diesen Gründen blieb die Aufforderung zur Kriegsdienstverweigerung ein ohnmächtiger Versuch, die Remilitarisierung zu verhindern. Er scheiterte an den objektiven Verhältnissen und isolierte seine Anhänger zunehmend von der Bevölkerung.

An der Haltung der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesell-

schaft zerbrach der Protest gegen die Wiederbewaffnung. Die Werktätigen hofften, die Remilitarisierung würde sich mit den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie verhindern lassen. So konnte die SPD die Paulskirchenbewegung gegen die Remilitarisierung führen und parlamentarisch-bürokratisch abtöten, als die CDU die Aufrüstung im Bundestag beschlossen hatte.

Diese Taktik wiederholte die SPD während der Anti-Atomrüstung-Kampagne. Sie stellte sich an die Spitze der Bewegung, weil sie fürchtete, die Protestaktionen könnten in außerparlamentarische Massenaktionen umschlagen.

Tatsächlich aber war nur die Angst vor den möglichen Folgen eines Atomkrieges der Antrieb der Bewegung, nicht die Erkenntnis der weltpolitischen Entwicklung, die zur westdeutschen Remilitarisierung und Atomrüstung führte. Die Arbeiterklasse erkannte den Atomrüstungsbeschluß nicht als Folge der internationalen Kriegsvorbereitung der kapitalistischen Staaten gegen die sozialistischen Länder, sondern sie glaubte, das Wettüsten sei von den Verbündeten des Warschauer Paktes verursacht, weil der angebliche "rote Imperialismus" einen Angriffskrieg für die Weltrevolution plane. Ihrer Klassenlage unbewußt und bereit, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu verteidigen, vertrat die Arbeiterklasse keine eigene Politik und war unfähig, die Bewegung selbständig zu organisieren, um zu verhindern, daß die SPD-Bürokratie die Kampagne im Interesse der kapitalistischen Herrschaft abwürgte. Nur klassenbewußtes Denken und Handeln der Arbeiter hätte die Taktik des Parteiapparats bekämpfen können. Die SPD ist jedoch der politische Ausdruck der Position der Arbeiterklasse in der Nachkriegsentwicklung des westdeutschen Kapitalismus. Auf dieser Basis absorbierte die Partei die Gefühlsemotionen gegen die Atomrüstung in staatlich genehmigten Protestaufmärschen und parlamentarischen Scheinkämpfen. Am Verhalten der Arbeiterklasse zur kapitalistischen Herrschaft scheiterte ebenfalls die Deutsche Friedensunion bei der Bundestagswahl 1961. Obgleich die DFU Antirüstungsparolen propagierte, die 1957/58 die SPD vertrat, konnte die SPD die Anhänger der DFU als "die Freunde Ulbrichts" und als Gefahr für die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik diffamieren.

Nur die gründliche Analyse der Beziehungen und der Interessen zwischen der Arbeiterklasse und den sie beherrschenden Vertretern des Kapitalismus erklärt die Ursachen der Mißerfolge pazifistischer Propaganda und aller bisherigen Versuche, die Rüstung in Westdeutschland zu verhindern.

Der gegenwärtigen Friedensbewegung fehlt die Hilfe breiter Bevölkerungsschichten, aber ihr Protest ist dennoch nicht eingeschlafen. Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist seit 1960 gewachsen, und die Diskussionen zwischen seinen Anhängern, die fragen, wie die Kriegsgefahren beseitigt und der Frieden erreicht werden kann, fordern von uns eine ernsthafte Darstellung des Standpunktes, den wir als Sozialisten in der Frage von Krieg und Frieden vertreten. Dabei müssen wir gleichzeitig abergläubische Kriegsvorstellungen, die im Denken breiter Bevölkerungsschichten spuken, sachlich kritisieren.

Der Krieg - "die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"

Kriege entstehen weder zufällig, noch wüten sie unabhängig vom Willen der Menschen gleich Naturkatastrophen in der Gesellschaft. Seit der Klassenteilung, seit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurden Kriege, "bestialische Mittel zur Lösung von Konflikten der Menschheit" (Lenin), im Interesse der herrschenden Klassen geführt, die ihr Ausbeutungsgebiet vergrößern oder die Macht der herrschenden Klassen in anderen Ländern beseitigen wollten.

Kriege sind "die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Gesellschaftliche Widersprüche, die nicht friedlich gelöst werden können, werden durch Kriege entschieden. Der Krieg ist im Kapitalismus eine Etappe seiner Politik, ebenso wie der Friede.

"In den kapitalistischen Ländern ist der Krieg der Bourgeoisie die Fortführung der in Friedenszeiten durchgeführten Politik der Bourgeoisie, ist der Friede der Bourgeoisie die Fortsetzung der in Kriegszeiten durchgeführten Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie wechselt bei der Verwirklichung ihrer Herrschaft über das Volk und im Kampf nach außen immer diese beiden Formen, Krieg und Frieden. In den sogenannten Friedenszeiten stützen sich die Imperialisten auf ihre bewaffneten Kräfte, auf Verhaftungen, Einkerkerung, Zwangsarbeit, Ermordungen (in den entwickelten kapitalistischen Ländern werden Zwangsarbeit und Ermordungen gegenwärtig im allgemeinen nicht angewandt) und anderen Formen der Gewalt gegen die unterdrückten Klassen und Nationen. Gleichzeitig bereiten sie die Anwendung der schärfsten Form der Gewalt, des Krieges, vor, um im eigenen Land die Revolution des Volkes zu unterdrücken, um nach außen Raubzüge zu führen, . . . um die Revolution in anderen Ländern zu ersticken; es kann aber auch vorkommen, daß im Lande Frieden herrscht, während nach außen hin Krieg geführt wird." ("Es lebe der Leninismus", Redaktionskollegium der Zeitschrift "Rote Fahne", China, 1960)

So führten oder führen imperialistische Mächte in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Aggressionskriege in Indonesien, Indochina, Korea, Malaya, Kenia, Guatemala, Ägypten, Algerien, Oman, Jemen, Kongo und Angola. Das war und ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik.

"Kriege sind in unserer Epoche Produkte des Imperialismus", sie entstehen "aus dem innersten Wesen des Imperialismus heraus (Lenin)."

Beide Weltkriege entstanden aus den der kapitalistischen Welt inwohnenden Widersprüchen, aus Interessengegensätzen der imperialistischen Staaten, die ihre Konflikte nicht friedlich lösen konnten. Der Krieg von 1914 - 1918 war ein Eroberungs-, Raub- und Plünderungskrieg, "ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Teilung und Neuverteilung der Kolonien, der "Einflußphären" des Finanzkapitals" (Lenin).

Für die Revanche dieser "Aufteilung der Welt" bediente sich die deutsche Bourgeoisie der faschistischen Diktatur, weil die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik die Konflikte mit den imperialistischen Siegermächten nicht friedlich ausgleichen konnte und kein geeignetes Instrument für die Vorbereitung eines Expansionskrieges war. Die faschistische Diktatur, das Werkzeug der Bourgeoisie, organisierte die Rüstung, und als die Bourgeoisie sich stark genug fühlte, entfesselte sie den Zweiten Weltkrieg, um neue Ausbeutungsgebiete und Absatzmärkte zu erobern. Der Kriegsruf "Volk ohne Raum" war die Parole des deutschen Kapitalismus ohne Raum.

Die Veränderungen des Kräfteverhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg, die Teilung der Welt in das sozialistische und das kapitalistische Lager, beendeten die Epoche der Kriege "um die Aufteilung der Welt" zwischen den kapitalistischen Staaten, die ihre Interessengegensätze nicht mehr durch Weltkriege lösen können (derartige Versuche wären Selbstmord). Aber sie setzen die imperialistische Politik unter Führung der USA im kalten Krieg der friedlichen Koexistenz fort, bekämpfen die nationalen Befreiungs-

und Unabhängigkeitsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und rüsten gegen die sozialistischen Länder für einen Angriffskrieg als Ausweg der antagonistischen gesellschaftlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems. Auf diese Weise wird die Gefahr eines dritten Weltkrieges immer drohender.

Veränderten die Atomwaffen den Charakter des Krieges?

In den letzten zehn Jahren entstand die Auffassung, die Entwicklung der Atomwaffen habe die These "der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" ad absurdum geführt, nur Vernunft und Verhandlungen könnten Schritt für Schritt Konflikte lösen und den Weg zu einer Welt ohne Waffen, ohne Armeen und ohne Kriege bahnen. Lenins These über die Einschätzung von Kriegen und über die Bestimmung des unterschiedlichen Charakters von Kriegen sei überholt.

Hauptsächlich beruht dieser Einwand in der Einbildung, Krieg wäre in unserem Zeitalter lediglich ein Weltkrieg zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager. Kriege in Asien, Afrika und Lateinamerika hätten nur den Charakter "lokaler Konflikte", weil sie den Bereich der Großmächte nicht berührten. Tatsachen beweisen die Absurdität solcher oder ähnlicher Behauptungen. Die kriegerischen Aktionen der kapitalistischen Mächte zur Unterdrückung des nationalen Befreiungs- und Unabhängigkeitskampfes in Asien, Afrika und Lateinamerika sind die Fortsetzung der imperialistischen Politik im Interesse der Monopol-Bourgeoisie, die ihre Absatzmärkte in diesen Gebieten nicht verlieren will und die Völker weiter ausbeuten möchte. Die imperialistischen Mächte bekämpften oder bekämpfen durch zahlreiche Kriege, bewaffnete Interventionen oder subversive Aktionen die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker. Die USA entfachten den Korea-Krieg, sie organisieren seit über zehn Jahren ihren "Spezialkrieg" in Südvietnam, sie unterstützen in Laos den von den Reaktionären angezettelten Bürgerkrieg, sie beseitigen durch eine amerikanische Intervention die sozialistische Regierung in Guatemala, sie unternahmen 1961 eine Invasion gegen Kuba, die aber scheiterte. Die französischen Kolonialtruppen versuchten 7 Jahre lang, die algerische Befreiungsbewegung bestialisch zu vernichten. 2 Millionen Menschen der algerischen Bevölkerung wurden viehisch abgeschlachtet. Wir können die Beweise fortsetzen.

Die Existenz der Atomwaffen hat den Inhalt und den Charakter des Krieges nicht verändert. Im Gegenteil. Die imperialistischen Mächte setzen ihre Aggressionen gegen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker fort. Die USA wollen die zur Freiheit strebenden Völker mit ihrer nuklearen Erpressungspolitik einschüchtern; sie zetern ständig, die gewaltsamen Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika könnten einen atomaren Weltkrieg auslösen. Die Völker dürften nur friedlich zur Unabhängigkeit gelangen, Krieg sei unzulässig, weil er den Weltfrieden bedrohe. Mit diesen Redensarten schminkten die USA und ihre Verbündeten eine Politik, die darauf abzielt, die unterdrückten Völker weiter auszubeuten.

Ändern Atomwaffen die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft?

Die Atomwaffen der USA konnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht den fortschreitenden Verfall des kapitalistischen Machtbereichs verhindern. Die chinesische Revolution, der Befreiungskampf der Völker von Korea, Vietnam, Kuba und Algerien siegten unter Verhältnissen, da die USA Kernwaffen besaßen oder bereits ein riesiges Arsenal der Vernichtungswaffen produziert hatten. Die Atomwaffen änderten also keineswegs das Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, nach dem das kapitalistische System unvermeidlich durch das sozialistische

System beseitigt wird, sondern die Atomwaffen änderten lediglich die Militärtechnik und die militärische Organisation. Zweifellos würde ein thermo-nuklearer Krieg fürchterliche Verwüstungen und Menschenopfer verursachen. Aber die Entwicklung seit der Existenz von Kernwaffen bestätigt die Ansicht, daß Kernwaffen nicht die historische Entwicklung der Menschheit bestimmen, sondern daß die Völker die entscheidende Kraft sind.

"Nur die Volksmassen können im Ablauf der Geschichte das Schicksal der Menschheit entscheiden Wer den Kernwaffen gegenüber abergläubisch ist, wer die Kräfte des Volks weder sieht noch ihnen vertraut, wer vor den nuklearen Erpressungen des Imperialismus gleich in Panik gerät, kann leicht von einem Extrem ins andere fallen und den Fehler des Kapitulierens begehen."
(Renmin Ribao, chinesische Volkszeitung, 15. Dezember 1962).

So führte der abenteuerliche Versuch der Sowjetunion, auf Kuba Atomraketen zu stationieren, zur Kapitulation vor der nuklearen Erpressungspolitik der USA. Die SU mußte die Kernwaffen wieder abziehen. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn die SU keine Atomraketen nach Kuba transportiert hätte. Der Abzug der sogenannten sowjetischen Offensivwaffen aus Kuba bestätigte im kapitalistischen Lager die Meinung, "die Russen werden zurückweichen, wenn die Amerikaner nur hart genug sind". Die USA feierten das Nachgeben der SU als Sieg der "atomaren Abschreckung".

Die Atomwaffen des Kapitalismus sind nicht allmächtig

Die äußerlich stark erscheinende Politik der atomaren Abschreckung der kapitalistischen Verbündeten ist innerlich schwach und offenbart ihre eigene Furcht. Die Analyse der Entwicklung der Atomrüstung zeigt die Ursachen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg glaubten die USA, im Monopolbesitz des Geheimnisses der Atombombe, sie könnten die ganze Welt kontrollieren und das sozialistische Lager in Schach halten. Die Drohungen der USA bewirkten aber nur, daß die SU das Atomwaffenmonopol der USA brach, in der Folge "das Gleichgewicht der atomaren Abschreckung" erreichte und heute bereits eine teilweise Überlegenheit an Raketenwaffen hat.

Unter diesen Verhältnissen richten sich die Drohungen der USA und ihrer Satelliten nicht nur gegen das sozialistische Lager und die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker, sondern auch gegen sie selber. Ein Atomwaffenkrieg würde auch den kapitalistischen Machbereich katastrophal verwüsten. Die Auswirkungen des Einsatzes von Kernwaffen widersprechen den Interessen der imperialistischen Kriegsführung: der Aufrechterhaltung und Erweiterung der Märkte und der Ausbeutung der Völker.

Das bedeutet aber nicht, daß die kapitalistischen Mächte keine Atomwaffen anwenden werden. Und über den Einsatz oder Nichteinsatz der Kernwaffen entscheidet nicht der amerikanische Präsident. Es ist lächerlich zu glauben, das Leben der Menschheit sei von einem Menschen abhängig, der im Weißen Haus am "roten Telefon" die "schwere Last der Verantwortung" trage. Der amerikanische Präsident ist nichts anderes als ein Werkzeug der Politik der imperialistischen Monopol-Bourgeoisie.

Die Rüstung verschärft die Krise im Kapitalismus

Das Wettüben der kapitalistischen Länder, an der Spitze die USA, steigert die Explosivkraft der Krise innerhalb des kapitalistischen Systems. Die Rüstung ist eine wichtige Triebkraft der kapitalisti-

schen Privatwirtschaft, die eine deutliche Tendenz zur Rüstungs-Produktion aufweist. In den USA wurde der Militärhaushalt seit dem Korea-Krieg auf 60 Prozent des Budgets hochgeschraubt. Dieselbe Entwicklung vollzog sich mit anderen Proportionen in den NATO-Satellitenländern. Das ist ein Antrieb der Profitproduktion durch die unproduktive Produktion der Rüstung, deren Kosten das arbeitende Volk aufbringen muß. Die schnelle technische Veralterung der Waffensysteme durch verbesserte neue Kriegswerkzeuge, für deren Produktion oft auch die alte Maschinerie nicht mehr angewendet werden kann, wird aus Steuergeldern finanziert.

Zur Veranschaulichung hier eine Übersicht der Rüstungsausgaben der NATO-Länder (entnommen U.S. News & World Report, 27. Mai 1963):

Land	Jährliches Verteidigungsbudget in Mrd. Dollar	Prozent am Nationaleinkommen
USA	52,000	11,25
Großbritannien	4,180	6,67
Frankreich	3,786	7,20
Bundesrepublik	3,750	5,91
Canada	1,589	5,61
Italien	1,255	4,43
Niederlande	0,555	5,00
Belgien	0,364	3,76
Türkei	0,287	4,34
Norwegen	0,191	5,00
Dänemark	0,180	3,23
Griechenland	0,170	5,77
Portugal	0,158	6,93
Luxemburg	0,007	1,71

+ Diese Zahlen veröffentlichte "DIE WELT" aus einer Tabelle des britischen Instituts für strategische Studien am 13. November 1964.

In steigendem Maße fesselt die ständige Vervollkommnung der Waffentechnik die gesellschaftlichen Produktivkräfte an die forcierte Kriegsvorbereitung des Kapitalismus. Auf diese Weise kann der Zusammenbruch der Profitproduktion hinausgezögert, aber nicht vermieden werden. Unter den gegenwärtigen Lebensverhältnissen können die Monopole die Lasten der allgemeinen Verfallskrise auf die Arbeiterklasse abwälzen, aber nicht die Ursachen der Krise beseitigen.

Welche Kräfte können einen dritten Weltkrieg verhindern?

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des Sozialismus und des Befreiungskampfes der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika verändert. Die Kräfte für die Verteidigung des Weltfriedens wurden stärker. Das militärische Potential der SU hat die kapitalistischen Mächte seit zehn Jahren von einem weltweiten Angriffskrieg gegen die sozialistischen Länder abgehalten. Die Kernwaffen der SU dienen nur der Verteidigung, der Abwehr eines Angriffskrieges der kapitalistischen Staaten. Die sozialistischen Länder haben weder antagonistische Widersprüche noch wollen sie einen Weltkrieg entfachen.

Unter den Verhältnissen der zweiten technischen Revolution sind die inneren Schwierigkeiten des Kapitalismus bisher noch nicht so angespannt, daß er in ein außenpolitisches Abenteuer als Ausweg aus den antagonistischen gesellschaftlichen Widersprüchen flüchtete. Aber dieser Fluchtver such wird tatsächlich vorbereitet.

Die entscheidenden Triebkräfte im Kampf gegen einen dritten Weltkrieg sind die sozialistischen Länder, der Befreiungskampf der unterdrückten Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika, die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern - wenn sie im Verlauf der Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse ihre Klassenlage erkennen und den Wunsch nach Frieden und Freiheit durch die Eroberung der politischen Macht und durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verwirklichen wollen.

"Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen."+

+ Erklärung der Eratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien vom November 1960, III.

Nur wenn es den Friedenskräften der Menschheit gelingt, die Macht der kapitalistischen Kräfte zu beseitigen, kann der internationale Massenmord eines thermo-nuklearen Krieges vermieden werden.

I N F O R M A T I O N E N

Am 26./27. September 1964 fand in Hamburg eine Konferenz der Gruppe Arbeiterpolitik statt. Sie wurde beschickt von den in der Bundesrepublik und im Ausland tätigen Gruppen.

Die Konferenz wurde notwendig, um politische und organisatorische Fragen der vor uns stehenden Aufgaben abzustimmen. Die Konferenz führte zu positiven Resultaten, wie der Bildung eines Kopfes, um als vorrangige Aufgabe die redaktionelle Arbeit an den "BRIEFEN AN UNSERE LESER" zu erweitern und zu gewährleisten, daß die "BRIEFE .." zu einer offiziellen Zeitung der gesamten Gruppe ausgebaut werden kann.

Wir möchten darauf hinweisen, daß die Dissertation von K. H. Tjaden: "Struktur und Funktion der 'KPD-Opposition' (KPO)" erschienen ist. Sie kann bestellt werden durch den Verlag Anton Hain - 6534 Neisenheim/Glan - Postfach 73. Preis: 31,50 Dk.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstr. 96

Bremen November 1964

BRUNNEN

INFORMATIONEN
DER BREMERGRUPPE
ARBEITERPOLITIK

AN UNSERE LESER

VI. JAHRGANG - NR. 1 - BREMEN, 6. FEBRUAR 1965

Zum 4. Februar 1919

In diesen Tagen gehen unsere Gedanken zurück zu den Januar- und Februartagen des Jahres 1919, als die Vorhut der deutschen Arbeiter den kühnen Versuch unternahm, den Zusammenbruch des kaiserlichen Systems in sozialistische Bahnen zu lenken.

Tausende ließen ihr Leben unter den Kugeln und Bajonetten der weißen Garden, Zehntausende gingen in die Gefängnisse und Zuchthäuser.

Uns Bremern ist der 4. Februar 1919 unauslöschar in Herz und Hirn geschrieben. Als die junge bremische Räterepublik von den herannahenden weißen Garden bedroht wurde, griffen die Arbeiter zu den Waffen, warfen sie sich den Söldnern der Reaktion entgegen und kämpften heldenmütig einen Kampf, dessen unvermeidlicher Ausgang feststand. 57 Proletarier, jung und alt, hatten ihr Leben dahingegeben.

Wenn wir uns heute erinnern, was alles seitdem geschah, wenn wir die Gegenwart betrachten, in der den breiten Arbeitermassen der westdeutschen Bundesrepublik jedes Klassenbewußtsein abhanden gekommen ist, in der sie geblendet auf das "Wirtschaftswunder" starren in der naiven Hoffnung, daß es immer so bleiben müsse, weil sie es so wünschen, dann kann man sich wohl zweifelnd und verzweifelt fragen: Waren all die Opfer umsonst? Sind alle die Toten vergeblich gestorben?

Antwort auf diese Fragen gibt uns Karl Marx, der in seinem "18. Brumaire" schrieb:

"Proletarische Revolutionen kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic salta! - Hier ist die Rose, hier tanze!"

I N H A L T

Weltpolitische Übersicht:

Betrachtungen zur Lage Seite 2

Auszüge aus einem Gruppenreferat:

Aspekte zum Osthandel Seite 8

Vermögensbildung:

Beteiligung am Zukunftsrisiko
der kapitalistischen Ordnung Seite 12

Sozialgesetzgebung:

Das unzustellbare Paket Seite 14

SPD-Parteitag 1964 in Karlsruhe:

Die große Illusion Seite 16

Weltpolitische Übersicht:

B E T R A C H T U N G E N Z U R L A G E

Als Friedrich Schiller, der Kantianer, schrieb: "Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen", war er dem historischen Materialismus näher als unsere Zeitgenossen der "friedlichen Koexistenz". Daß zwei Weltsysteme koexistieren müssen, solange keines die entscheidende Übermacht hat, ist keine neue Entdeckung. Aber daß sie friedlich abläuft, wenn der herrschende Weltkapitalismus unter Führung der USA Weltgendarm spielen kann, ist unmöglich.

Jede Regung, die sich der amerikanischen Diktatur widersetzt, wie zur Zeit in Südvietnam, Kuba, in Teilen Südamerikas, im Kongo usw., macht den Frieden unmöglich, auch wenn Chruschtschow-Anhänger täglich ihre Angebote und Tagträume wie fromme Betschwestern wiederholen. Die Koexistenz im Stadium des kalten Krieges zu erhalten ist die einzige Möglichkeit, solange das militärische Gleichgewicht oder Patt besteht.

Nach der Propaganda der bundesrepublikanischen Politiker besteht das weltpolitische Problem in der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Bundespräsident hält keine Rede, ohne diese Forderung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sie geben alle vor, diese Revision der Friedensbedingungen nach der vor zwanzig Jahren erfolgten Kapitulation Deutschlands sei mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Anzunehmen, daß die Wiedervereinigungsredner so einfältig sind, wie sie reden, entbehrt der Glaubwürdigkeit. In der Diplomatie dient und dient die Sprache immer dazu, die Gedanken zu verbergen. Auch die Gegner der Propagandisten der nur friedlichen Wiedervereinigung verbergen ihre wirklichen Gedanken. Ein neues

Beispiel gab es in der Debatte in der katholischen Akademie mit Prof. Kissinger:

"Die Deutschen reden zwar alle vier Jahre über die Wiedervereinigung, aber sie wollen sie gar nicht."

Kissinger wird deutlicher:

"Daß man für die Wiedervereinigung ist, das ist Liturgie. Das bedeutet gar nichts... Der Furcht vor einem Disengagement (Verringerung der bewaffneten Kräfte) kann man nicht dadurch entgehen, daß man weder über die Grenzfrage noch über die Wiedervereinigung redet. Die Deutschen sollen konkret und offen mit uns reden."

Das heißt mit USA reden, wo der in Bayern geborene Kissinger jetzt Professor ist.

In einer Tagung "Aufweichungstendenzen im Ostblock" in USA wurde von Tendenzen zu einer Achse Washington-Moskau gesprochen. Darüber wird in der Bundesrepublik viel geredet und auf die Chinesen spekuliert. Ein Schweizer Politologe, Ernst Kux, sagte: "Entspannung ist nur ein Erfolg der Sowjet-Union." Er stellte die Frage: "Wollen wir überhaupt Entspannung?" (Alles Auszüge aus einem Bericht über die Tagung der katholischen Akademie München in der "Welt" vom 25.1.65.)

Wenn wir noch seitenlang solche ideologischen Reflexionen zur Diskussion stellen würden, kämen wir dem Grund keinen Flohsprung näher. Es gilt die Tatsachen herauszufinden, deren Widerspiegelung diese Ideologien sind. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die Ideologie der bundesrepublikanischen, friedlichen Wiedervereinigung entspricht der Tatsache, daß ihre politische und militärische nur geborgte Macht ist, obgleich die Soldaten der Bundesrepublik Deutsche sind. Wir wollen die Begründung so kurz wie möglich halten, um die Klagen über die Länge unserer Artikel nicht noch lauter werden zu lassen.

Die Restauration des deutschen Monopolkapitalismus und die Schaffung der Bundesrepublik sind das Werk der USA-Imperialisten zur Vorbereitung des Krieges zur Vertreibung der SU und des Kommunismus von der Elbe-Werra-Grenze. Dabei wirkte Erhard als Wirtschaftswunder-Mann mit, indem er im Auftrag der amerikanischen Monopolkapitalisten den schrankenlosen, anarchischen Wiederaufbau des Kapitalismus in den von den Kapitalisten besetzten Teilen Deutschlands förderte. Die Marshall-Plan-Hilfe finanzierte amerikanische Investitionen zur Errichtung amerikanischer Konkurrenzbetriebe, Krediten zur Weiterführung deutscher Unternehmen wurde die Bahn geebnet. Der Sozialdemokrat Schumacher, der Adenauer den Ministerpräsidenten der Amerikaner in Deutschland schimpfte, wurde, getragen von seiner Furcht und seinem Haß gegen den Kommunismus, dazu verführt, nicht zu erkennen, daß auch er nur Helfer der Adenauer-Politik und der Amerikaner war. Daß die von Churchill und Truman aus der Taufe gehobene Politik der Verjagung der Russen und des Kommunismus scheiterte, beweisen der Sturz der Bourgeoisie in der Tschechoslowakei, der Sieg der Revolution in China, die Behauptung Nordvietnams gegenüber den französischen Angriffen, die Abwehr des amerikanischen Angriffs auf Korea. Mit diesen Tatsachen haben sich die USA- und westeuropäischen Imperialisten abfinden müssen. Ihre deutschen Satelliten an der Grenze des sozialistischen Blocks aber noch nicht.

Der Atlantik-Pakt, die NATO mit ihrer Vorwärts-Strategie und die deutsch-amerikanischen Schützengräben an der Elbe und Werra wurden propagandistisch aufgemacht als bloßer Schutz gegen die militärische Bedrohung durch die Sowjet-Union. Damals verfügte die USA noch über das Atom-Monopol. Tatsache ist und bleibt, daß die SU nach 1945 niemals fremde Gebiete mit Sowjet-Truppen besetzt oder angegriffen hat. Wie notwendig die Truppen der Sowjets in den Ländern des sozialistischen Blocks, der Sowjetzone Deutschlands, in Polen und Ungarn waren und sind, ist nach den Ereignissen des 17. Juni in der DDR und denen in Ungarn und durch die Umzingelung des gesamten sozialistischen Blocks durch die USA-Truppen nicht mehr in Frage zu stellen.

Die Bedrohung der kapitalistischen Welt durch die Militärgewalt der Sowjet-Union und des sozialistischen Blocks war und ist der diplomatische Ausdruck der Vertuschung

der Weltgendarmen-Rolle der USA und der West-Imperialisten. Diese Tatsache ist nicht mehr länger zu verbergen. Zwanzig Jahre Nachkriegsentwicklung lieferten konkrete Nachweise.

Die gesamte Weltwirtschaft ist in der Krise. Die Gesamtkrise zerfällt in Einzelkrisen. Heute wollen wir uns nur auf die Behandlung der Grundkrise im kapitalistischen und im sozialistischen Block beschränken. Die kapitalistische Welt lebt in der ökonomischen Hochkonjunktur mit höchsten Profiten für das Monopolkapital. Sie unterliegt dem Zwang, den Arbeitermangel mit höheren Löhnen und Gehältern zu bekämpfen, den breiten Schichten eine kleinbürgerliche Lebenshaltung zu ermöglichen, wodurch die Massen der monopolkapitalistischen Politik gefügig gemacht, zum Schwanz dieser Politik werden, der wedelt in dem Glauben, die kapitalistische Gesellschaft sei auf dem Wege zum dauernden Fortschrittsparadies. Diese Schichten merken nicht, wie die Vorboten der Überproduktionskrise bereits in Dauerarbeitslosigkeit in USA in Erscheinung treten, trotz weiterer Steigerung der Produktion. Die Schilderung dieser Vorboten wurde von einem Kritiker mißverstanden, der behauptete, wir rechneten schon mit der unmittelbaren Krise in den USA. Das ist ein Irrtum. Durch genaues Lesen unserer Darstellung kann er leicht korrigiert werden. Aber solche Vorboten sehen wir in den Erscheinungen der Labour-Regierung in England. Die Folgen der kapitalistischen Mißwirtschaft durch die dreizehnjährige Torrie-Regierung haben eine Lage geschaffen, die durch die Reform-Politik der Labour-Regierung nicht zu beseitigen ist. Andererseits ist das Mißtrauen breiter Arbeiterschichten in England gegen die dritte Labour-Regierung noch so groß, daß diese Massen nicht bereit sind, die Last der Mißwirtschaft durch Lohnstopp, Mehrarbeit und Preissteigerungen auf sich zu nehmen. Für revolutionäre, außerparlamentarische Aktionen sind die Massen jedoch nicht herangereift. Proteste hochqualifizierter Metallarbeiter in der Flugzeugindustrie gegen Wilson haben stattgefunden gegen den Kuhhandel mit den Unternehmern über Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter. Die beiden Wahlniederlagen von Gordon Walker und die großen Stimmenthaltungen bei der Nachwahl Cousins, dem anerkannten Gewerkschaftsführer, den Wilson zum Minister ernannt hatte, demonstrieren ebenfalls die Unzufriedenheit. Unsere politisch interessierten Zeitgenossen haben jetzt die Gelegenheit, das Scheitern der dritten Labour-Regierung in England zu beobachten. Hoffentlich ziehen die britischen Arbeiter die notwendigen Lehren, daß die verfallende kapitalistische Gesellschaft nicht anders "reformiert" werden kann als durch den Umsturz der verfallenden Gesellschaft, durch das Wegräumen der Trümmer, um Raum und Platz zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Wie steht es im sozialistischen Block? In China sind die Hauptschwierigkeiten, die Hungergefahren, beseitigt. Es geht wieder aufwärts. Im nächsten Brief werden wir die China-Frage ausführlicher behandeln.

In der Sowjet-Union ist durch die Beseitigung Chruschtschows von der Führung der Weg frei zur Liquidierung der Fehler und Schäden der Chruschtschow-Zeit. Die Entspannungserscheinungen im sozialistischen Block, von allen Gegnern begrüßt, weil sie den Zer--setzungserscheinungen im NATO-Lager gleichgesetzt werden, unterscheiden sich wesentlich von ihnen. Im sozialistischen Block sind bis jetzt nur längst notwendige Verselbständigungstendenzen der Volksrepubliken sichtbar geworden. Wenn sie sich nach diesen Korrekturen gemeinsam auf den Grundsätzen der Entwicklung zum Sozialismus zusammenfinden, ist dies nur der längst fällige Gesundungsprozeß. Die diplomatische Sprachverfälschung und die Vielfalt der konkreten Probleme der heutigen Weltpolitik haben auch ältere und denkmüde gewordene Kommunisten verwirrt. Manche glauben, die jugoslawische Entwicklung der blockfreien Politik sei ein Ausweg. Die blockfreie Politik Titos ist bankrott. Indien ist ganz im imperialistischen Lager. Indonesien, nach dem Austritt aus der UNO und dem Versuch, mit China gemeinsam ein selbständiges internationales Forum zu schaffen, ist gezwungen, sich an den kommunistischen Block anzulehnen. Wenn diese Pläne realisiert werden, so kann dieses Forum an Zahl das Lager der UNO erreichen oder übersteigen. Innenpolitisch ist Jugoslawien mit keinem Aufbau-Problem besser fertig geworden als die Länder des sozialistischen Blocks. In Jugoslawien herrscht Arbeitslosigkeit. Mehrere tausend jugoslawische Arbeiter arbeiten in der Bundesrepublik. Das ist die Lage. Der Genosse, der von seinen Gesprächen in Jugoslawien berichtete, hätte uns von seiner Urlaubsreise Material über den jugoslawischen Parteitag mitbringen sollen, wenn nicht in deutscher, dann in französischer oder in

englischer Sprache. Was in der deutschen Presse über den Parteitag stand, zeigt Teile einer bürokratischen Krise, aber das genügt nicht, um selbständig Stellung zu nehmen.

In der DDR sind die Schwierigkeiten, die durch die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft vor 3 Jahren entstanden, überwunden. Baran ändert auch die hämische Kritik der Wiedervereiniger in der Bundesrepublik nichts, die feststellt, daß das gesamte landwirtschaftliche Produkt der DDR zur Zeit nicht größer sei als zur Zeit der Privat-Landwirtschaft. Das wird sich bald ändern. Dann kann man Vergleiche ziehen mit der Reform des Agrarproblems der Landwirtschaft in der Bundesrepublik, die aus Milliarden Steuergeldern subventioniert wird. Die als Beauftragte der EWG und des bundesrepublikanischen Handelsmonopols Überlebenden werden höhere Profite einheimen, aber ihr persönlicher Einfluß wird weit geringer als der Einfluß der Genossenschaftsbauern in der DDR sein. Der bundesrepublikanische, reorganisierte Bauer ist dann nur noch der Angestellte der Handelsmonopole, die ihm Saat, Düngung, Fütterung für das Vieh, Form und Gewichte vorschreiben werden.

Wir verweisen unsere jüngeren Leser auf unsere Broschüre, die wir 1945 herausgaben: "Die Potsdamer Beschlüsse". Darin haben wir die Haltung der SU und Stalins scharf kritisiert. Es war nicht schwer, die Folgen der begonnenen Besatzungspolitik der SU in dem von ihr eroberten Gebiet vorauszusagen. Ihr letztes Ergebnis ist die Mauer.

Es war einer der verhängnisvollsten Fehler Stalins, als er glaubte, das Bündnis mit den Kriegsverbündeten England und USA aufrechterhalten zu müssen, um eine gemeinsame Besatzungspolitik durchführen zu können. Die Zerreißung Deutschlands war nicht Folge der Stalinpolitik, sondern Folge der Errichtung der Schützengräben mit Hilfe der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjet-Union und den Kommunismus. Die deutsche Bourgeoisie warf sich mit Begeisterung in die Arme der siegreichen Imperialisten. Es war das alte Ziel der deutschen Finanz- und Wirtschaftsmonopole, die Hitler einsetzten, die SA- und SS-Banden finanzierten, als die sozialdemokratischen Helfershelfer der deutschen Kapitalisten zur Vorbereitung des Revanche-Krieges nicht mehr zu gebrauchen waren. Die jetzigen Prozesse gegen die Massenmörder sollen dazu dienen, diese Werkzeuge der deutschen Weltkriegsauftraggeber als Alleinverantwortliche auszugeben und die Rolle der deutschen Imperialisten zu vertuschen. Alle Verselbständigungstendenzen der Sowjetzone bis zur DDR nebst Mauer waren nichts weiter als Abwehrmaßnahmen der verhängnisvollen, sowjetischen Besatzungspolitik. Daß die Ulbrichte als Werkzeuge der SU-Besatzung handelten, wie die Adenauer und Kruppani in der Bundesrepublik die Befehle der USA ausführen, ist Folge, nicht Ursache. Dies gilt es, nicht vertuschen zu lassen. West-Berlin erhält über 50 % seines Budgets aus bundesrepublikanischen Steuern, damit von dort aus die DDR und die SU solange provoziert werden können, bis die SU kapituliert und freiwillig und friedlich Selbstbestimmung und Grenzen von 1937 wieder herstellt, die die SPD heute auch verlangt. Von den verantwortlichen Schwätzern glaubt dies keiner. Die Revision der Oder-Neiße-Grenze, die Selbständigkeit, damit die üppig gewordenen ehemaligen und neuen deutschen Imperialisten zum dritten Mal ein ähnliches Spiel spielen können, wird nicht durch Kapitulation des sozialistischen Blocks, sondern nur durch Krieg entschieden. Die USA und die Westimperialisten wissen es. Sie sagen jetzt diplomatisch, dafür würden sie nicht kämpfen. In der Tat, ein so erstarktes West-Deutschland würde der schärfste politische und wirtschaftliche Konkurrent Amerikas und der übrigen kapitalistischen Welt sein. In der Tat, diese Länder werden für ihre Interessen in den Krieg gehen, aber nicht für die Ziele der Bundesrepublik und des deutschen Neo-Imperialismus.

Da die Besatzungspolitik der SU in der DDR auf keine andere Schicht oder Klasse sich stützen kann, muß das Regime der DDR sich dem Regime der SU und des sozialistischen Blocks angleichen. Das zwingt und zwingt die Besatzungsmacht, die Wirtschaft sozialistisch, planwirtschaftlich aufzubauen. Das führt zu dem Widerspruch, den Sozialismus unter fremder Oberherrschaft in Angriff zu nehmen. Das hält die werktätige Masse davon ab, begeistert zum Träger des sozialistischen Aufbaus und des sozialistischen Staates zu werden. Das ist zur Zeit unmöglich, weil die Masse der Werktätigen mindestens in dem Ausmaße frei sein mußte wie die Werktätigen der anderen Volksrepubliken. Zu der Diktatur der SU als sozialistische Besatzungsmacht kommt der wesentliche Unterschied, daß die DDR Teil des deutschen Gebietes ist. In allen anderen soziali-

stischen Volksrepubliken handelt es sich um den sozialistischen Aufbau des alten einheitlichen Staates, wenn auch nicht vollkommen nationaler Einheit. Diese Tatsachen führten in diesen Gebieten am Anfang der Volksrepubliken zu begeisterter Mitarbeit am Aufbau. In der Sowjetzone, weil unter fremder Herrschaft, wenn auch als sozialistische Hegemonie, fehlte diese Begeisterung. Sie fand sich nur bei Altkommunisten und bei mit dem Kommunismus Sympathisierenden. Die nationalistischen Phrasen und Provokationen finden schadenfrohe Zustimmung. Aktiv gegen die Besatzungsmacht wirken in der Hauptsache Jugendliche, die vom Militärdienst flüchten. Das Gefährliche besteht darin, daß jedes Ausweichen vor den unvermeidlichen und vermeidbaren Härten vom sozialen zum nationalen möglich wird. Kraß zeigt sich das in den Flüchtlingsorganisationen und ihren Demonstrationen in der Bundesrepublik.

Trotz all dieser außergewöhnlichen Verhältnisse kennt die Masse der deutschen und europäischen Bevölkerung nur die Zerrbilder der Gegner der DDR. Wir entnehmen deshalb einem Artikel aus Nr. 10 der theoretischen Monatsschrift "Cahiers du Communisme" von Jacques Denis:

"DDR. Fünfzehn Jahre danach"

Die DDR ist eine der ersten zehn Industriestaaten der Welt und der fünfte in Europa. Die DDR kommt nach der SU, Westdeutschland, Großbritannien und Frankreich... Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus verfügte Ostdeutschland nur über wenige wichtige Bergwerke und nur über 5 alte Hochöfen gegenüber 120 im Westen. Man produzierte 3 % der Steinkohle, 1 % des Kokses und 6 % des Stahls... Ostdeutschland war außerordentlich arm an Rohstoffen. Für den Wiederaufbau des chemischen Leunawerkes mußte man 40 000 km Röhrensystem wieder herstellen... Durch die Währungsreform von 1948 bis zum 14. August 1961 mußte die DDR ihre Wirtschaft unter den Bedingungen der offenen Grenze in Berlin wiederaufrichten. Die Verluste, die aus dieser Lage entstanden, sind auf 30 Milliarden Mark bewertet worden.

Die industrielle Produktion hat 1963 34,5 % von 1950 erreicht. Diese Wachstumsrate übersteigt die der Bundesrepublik während derselben Zeit (287 %)... Die Produktion von elektrischer Energie nimmt mit 2670 Kilowatt pro Kopf den zweiten Platz in Europa ein. In der Bundesrepublik 2260 Kilowatt pro Kopf 1963. Die DDR ist die erste Produzentin der Welt in Braunkohle, 243 Millionen t 1963... Die chemische Produktion, pro Kopf berechnet, nimmt den ersten Platz in Europa ein, den zweiten in der Welt nach der USA... Das neue Karbid-Werk der DDR ist das größte und modernste der Welt... Die DDR hat Industrien aufgebaut, die praktisch vorher nicht bestanden, z.B. elektronische und Spezial-Stähle, deren Produktion zwischen 1950 und 1962 sich 29 mal vervielfacht hat. Hochautomatisierte Werkzeugmaschinen werden in großem Maßstabe ausgeführt. Die mechanische Industrie liefert ungefähr 60 % der Ausfuhr der DDR. In der Landwirtschaft ist nach dem Eintritt der gesamten Bauernschaft in die Produktionsgenossenschaft beträchtlich investiert worden... In den schweren Jahren des sozialistischen Umbaus auf dem Lande hat die Produktion von Fleisch 284,8 %, von Milch 264,6 %, von Eiern 702,7 % erreicht im Verlaufe von zehn Jahren. Die DDR erhält aus der SU beinahe alles an Petroleum, 2/3 der Eisenerze, der Kohle, des Zink, 3/4 des Holzes, 1/4 des Kokses... In der nächsten Zeit wird die DDR im besonderen ihre Metall- und mechanische Produktion und Chemie-Industrie entwickeln. Schon 1960 lieferte sie 38 % der Dampfhämmer. In der Wirtschaftsgemeinschaft der sozialistischen Staaten 22,9 % der Dampflokomotiven, 43 % der elektrischen Lokomotiven, 80 % der Einrichtungen für Zementfabriken, 95 % der Ausrüstung für Bergwerke mit Tagabbau und nahezu an 100 % der Ziegeleien... Für den Aufschwung der Produktion spielt die Steigerung der Arbeitsproduktivität die entscheidende Rolle. Vor allem die Beherrschung der Wissenschaft und Technik. Auf dem Gebiet der Produktivität kennt die DDR noch einen fühlbaren Rückstand gegenüber der Bundesrepublik... Der sechste Kongreß der SED hat festgestellt, daß die sozialistischen Verhältnisse der sozialistischen Produktion in der DDR triumphiert haben. Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, aber noch nicht des Sozialismus, der höhere Anforderungen stellt. Wir sind dabei, allen Arbei-

tern eine höhere Bildung und Kultur zu geben. Mittel dazu sind, ein einheitliches Unterrichtssystem zu schaffen, dessen wesentliches Kettenglied die zehnklassige polytechnische Schule ist.

Man kann den Fortschritt auch an der Feststellung messen, daß zwischen 1958 und 1963, auf 103 Haushalte gerechnet, die Anzahl der Fernsehapparate von 5 auf 38, der Kühlschränke von 2 auf 60, der Waschmaschinen von 2 auf 18 gestiegen sind. Im Vergleich zu 1950 hat die Kaufkraft der Mark der DDR bis Anfang 1962 um 83 % zugenommen, während sich das Durchschnittsgehalt der Arbeiter und Angestellten in der Industrie von 311,-- Mark auf 613,-- Mark erhöht hat. Der Verbrauch an Lebensmitteln pro Kopf der Bevölkerung, wichtigstes Anzeichen für das Lebensniveau, ist einer der höchsten in der Welt: 53 kg Fleisch, 12 kg Butter, 37 Lt Milch, 200 Eier, 30 kg Zucker. Wenn die DDR die westdeutschen Lebensbedingungen auf gewissen Gebieten noch nicht eingeholt hat, so überflügelt sie sie doch in Hinblick auf die sozialen und kulturellen Leistungen. Für Erziehung, Sport, Gesundheit, Kultur sind sie von 7,5 Millionen Mark 1951 auf 20,6 Millionen 1963 angestiegen. Der Volksstaat gibt für die Gesundheit jedes Bürgers das doppelte aus wie der Bonner Staat... Ein bürgerlicher französischer Journalist stellt mit Neid den sozialen Charakter der Mietpreise fest: 1,15 Mark pro qm, 60,-- Mark monatlich für eine moderne Zweizimmerwohnung, alle Kosten eingeschlossen.

In der DDR besteht eine wachsende Mitarbeit der Massen an der Erarbeitung der öffentlichen Angelegenheiten. In der Bundesrepublik zählt man 1 % aller Arbeiter im Parlament, man zählt 60 % in der DDR. Wenn man 8 % Frauen in der Volksvertretung der Bundesrepublik findet, so sind 1/4 der Abgeordneten der Volkskammer Frauen. Mehrere sind Minister. Die internationale Autorität der DDR ist gewachsen. Diese Erfolge führen zu einer Vertiefung der Gegensätze in der deutschen Bourgeoisie. Während ein Teil der reaktionären Kräfte bei den alten Methoden der Aera Adenauer bleiben will, um die imperialistischen und revanchistischen Ziele zu erreichen, wollen andere diese mit geschmeidigeren Methoden verwirklichen. Die einen wie die anderen haben nicht versichtet, eine Änderung in den europäischen Machtverhältnissen durch Erlangung von Atomwaffen und die Isolierung der DDR zu suchen."

Der Sturz Chruschtschows hat große Verwirrung angerichtet. Sogar bis in die Reihen unserer Genossen. Zur Absetzung Chruschtschows ist jetzt im "Spiegel" Nr. 48 von einem Agenten der britischen Abwehr mit Zitaten aus der militärischen Zeitschrift "Roter Stern" nachgewiesen worden, daß hohe und höchste Militärs der SU die Politik Chruschtschows der schweren Schädigung der militärischen Verteidigung anklagen. Diese Anklagen sind öffentlich seit Monaten bekannt, aber die Beobachter und Kritiker der Sowjet-Union, die sonst das Gras wachsen und die Flöhe husten hören, schweigen. Unser Raum erlaubt nicht, genügend Auszüge zu machen. Diese Nummer ist schon zu lang. Alle jene, die diese wichtige Tatsache brauchen, können sich den "Spiegel" Nr. 48 beschaffen und selbst nachlesen.

Ein wesentlicher Grund für die Entlassung Chruschtschows ist seine desorganisatorische Tätigkeit in dem bürokratischen Apparat. Heute nur ein Beispiel, das sogar in der deutschen Presse vor Monaten berichtet worden ist:

"Der Lebensmittelmangel in der SU", so berichtet die "Welt" vom 11.11.64, "wird verständlich. Die Fleischproduktion der SU wird zu 45 %, die Eierproduktion zu 75 %, die Milchproduktion zu 50 % und die Gemüseproduktion ebenfalls zu 50 % an dem gesamten Aufkommen der Kolchosen und Sowchosen auf dem privaten Grundstück, dem sogenannten Hofland, erzeugt, obgleich nur 2 % privates Hofland vom gesamten bebauten Boden ist."

Das ist ein Ergebnis der Agrarwirtschaft Chruschtschows. Kein Wunder, daß sich aus den Reihen der Werktätigen der SU gegen die Entlassung Chruschtschows nichts gerührt hat.

Nicht ungefährlich scheint uns, daß das Militär-Akt. Chruschtschows Absetzung veran-

laßt hat und nicht die Massen selbst. Eine Änderung der wirklichen Kräfteverhältnisse kann nicht von der Militär-Bürokratie im sozialistischen Sinne durchgeführt werden, sondern nur durch die werktätigen Massen der SU selbst.

Hoffentlich versuchen unsere Freunde, sich abzulösen von der Beteiligung an den verschiedenen ideologischen Wortkämpfen. Es werden neue Tatsachen bekannt werden, die es unseren Genossen ermöglichen werden, ihr unsicheres Urteil zu berichtigen.

Auszüge aus einem Gruppenreferat:

A S P E K T E Z U M O S T H A N D E L

Wir haben uns heute die Aufgabe gestellt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichem Gesellschaftssystem zu untersuchen; den Handel zwischen kommunistischen und kapitalistischen Ländern, vereinfacht als Osthandel bezeichnet.

Es vergeht neuerdings fast kein Tag, an dem nicht in der Presse über Handelsabkommen und Handelsgespräche berichtet wird. Obwohl es schon immer seit der Konsolidierung der sozialistischen Revolution in Rußland Handel zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern in beschränktem Rahmen gegeben hat, ist doch die wesentliche Ausweitung desselben in letzter Zeit gravierend.

Für westliche Politiker besonders bestürzend waren die letzten Meldungen über größere Handelsvereinbarungen der Westmächte mit der sogenannten "Sowjetzone". Gerade vor ein paar Tagen wurde das größte Geschäft bekannt, das Ostdeutschland bisher mit dem Westen getätigt hat. Für 130 Millionen DM errichten eine englische Firma und der französische Schneiderbeuzot-Konzern im Erdölverarbeitungszentrum Schwedt/Oder eine Düngemittelfabrik auf der langfristigen Kreditbasis von 8 Jahren. Außerdem wurde bekannt, daß die Briten für 7 Millionen DM elektronische Ausrüstungen für DDR-Schiffe liefern. Das französische Handelsabkommen sieht eine Steigerung des Warenaustausches mit Ost-Berlin um 80 Prozent vor, es sind 220 Millionen Franc festgelegt worden. Bereits in den letzten beiden Jahren ist das Handelsvolumen schon einmal um 78 Prozent angestiegen, von 100 auf 180 Millionen DM. Es ist kein Zufall, daß der Nato-Außenseiter, das Frankreich de Gaulles, mit 5 800 Quadratmetern Gelände der größte westliche Aussteller auf der Leipziger Frühjahrsmesse sein wird.

Italien will seinen Handel mit der DDR 1965 um 22 Prozent steigern. Trotz der Reisesperre für DDR-Politiker drückte das alliierte Reisebüro in West-Berlin beide Augen zu, als Handelsminister Julius Balkow kürzlich zu Verhandlungen nach Belgien fuhr. Täglich empfängt der Minister in Berlin Wirtschaftler und Parlamentarier aus England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und aus den skandinavischen Ländern. In Paris und London gibt es jetzt Büros der DDR-Handelskammern, die sich von Handelsmissionen kaum mehr unterscheiden.

Zum Verdruß der Bundesrepublik hat nun auch Amerika begonnen, in das ostdeutsche Geschäft größer einzusteigen, sogar ohne vorher Bonn rechtzeitig zu informieren. So soll ein Geschäft über 100 Millionen DM abgeschlossen worden sein zur Errichtung industrieller Anlagen. Außerdem hat die Standard Oil Company in Ohio eine Lizenz über synthetische Faserproduktion verkauft. (Auch die DDR hatte früher Kunststoffaser-Lizenzen an die US. veräußert.)

Über die Höhe des Handelsumfangs zwischen den USA und der DDR werden von verschiedenen Seiten völlig unterschiedliche Zahlen genannt, je nach der einzelnen Interessenlage. Von der Sozialdemokratischen Partei wird behauptet: Von 1956 bis 1963 wären pro Jahr 25 Millionen DM umgesetzt worden, 1964 seien es 40 Millionen DM gewesen und 1965 werde sich der Handel sogar auf 150 Millionen DM ausweiten.

Daß nun auch der Westen selbst mit der verfeindeten DDR größere Handelsbeziehungen anknüpft, symbolisiert die Größe des Zwanges der kapitalistischen Länder zum Osthandel. Während vor allem Großbritannien und auch andere Länder schon lange Ostgeschäfte betreiben, auch mit dem von den Amerikaner boykottierten China, war der eigentliche Startschuß für einen größeren Osthandel der USA das große Weizengeschäft mit der Sowjetunion im Jahre 1964, bei dem über 13 Millionen Tonnen ihren Besitzer wechselten. Bisher hatten die Yankees verhältnismäßig wenig an den Ostblock geliefert. Nur 2,5 Prozent der Exporte des Westens mit Industriegütern entfielen auf die USA (2,5 Milliarden Dollar). Ihre Alliierten waren inzwischen so weit vorgeprellt, daß auch die Amerikaner, ohne ihr Gesicht zu verlieren, einsteigen konnten. Das Rennen mit den Kommunisten nimmt heftigere Formen an. Vereinbarungen und Verträge, die diesen Handel dosieren sollten, wurden gebrochen, während in umgekehrter Richtung die Bundesrepublik den USA zuliebe den Vertrag über Röhrenlieferungen an die Sowjetunion brach.

Das Bonner Abkommen mit einer Kreditbeschränkung von höchstens 5 Jahren wurde ein Fetzen Papier. Die britische Industrie gab Kredite an die Sowjetunion mit einer Laufzeit von 15 Jahren, an die Tschechoslowakei von 12 Jahren und an Ungarn sogar von 30 Jahren. Der Umsatz betrug 1963 rund 1,5 Milliarden DM. Frankreich gibt 8 Jahre Ziel für die Sowjetunion und 10 Jahre für andere Staaten. Frankreich und Rußland vereinbarten bis 1970 einen Umsatz von 2,5 Milliarden DM. Die neueste Meldung besagt, daß Frankreich an China die gewaltige Menge von einer Millionen Tonnen Weizen liefern wird. Italien liefert an die Tschechoslowakei auf 9 Jahre Kredit und für eine 27-Millionen-Lieferung sogar auf 12 Jahre Kredit. Auch die Japaner geben der UdSSR 8 Jahre Frist. Allein Ungarns Westimporte stiegen um 50 Prozent.

Nur die Bundesrepublik bleibt mit ihren Osthandelskontakten im Hintertreffen und hält sich - bisher vor allem, um die USA nicht zu verärgern - zurück. Vor einem Jahr noch sprach sich Erhard gegen jede Kredithergabe aus. Noch 1963 war ein Rückgang zum Vorjahr von 3,1 Prozent, der Gegenexporte auf 2,9 Prozent festzustellen. Als Hauptlieferant für Maschinen wurde die Bundesrepublik von ihren Verbündeten bereits verdrängt. Die Maschinenexporte gingen 1964 nach Polen um 24 Prozent und nach Rumänien um 32 Prozent zurück. In den letzten 4 Jahren ging der Marktanteil in Maschinen insgesamt von 39 auf 29 Prozent zurück.

Es hat den Anschein, als wäre der Osten überall dort, wo es irgendwie möglich war, auf andere Länder ausgewichen, um sich nicht weiteren Vertragsbrüchen und politischen Pressionen seitens Westdeutschlands auszusetzen. Denn außer dem Vertragsbruch bei den Röhrenlieferungen ist die Aufkündigung des Interzonenhandelsvertrages noch in schlechter Erinnerung. Unter dem Eindruck der Vorgänge bemühte sich Bonn langsam umzustellen und errichtete in den Ostblockländern Handelsmissionen, setzte zum Beispiel Krupp seine Verbindungen mit Polen fort und wurden alte Geschäftsfreundschaften erneuert. Auch im Interzonenhandel wurden etwas leichtere Einfuhrgenehmigungen erteilt.

In einer Situation, in der erfolgreiche Wirtschaftsverhandlungen der USA mit den EWG-Ländern immer schwieriger werden und der amerikanische Exportüberschuß um fast 20 Prozent zurückging, erfolgte ein fast sensationeller Vorstoß der amerikanischen Wirtschaft in Richtung Osthandel. Zur selben Zeit, da man sich auf einer Tagung westlicher Regierungsvertreter Mißgunst beim Osthandel gelobte und versprach, die einschränkenden Abkommen nun doch wieder einzuhalten, reiste die bisher größte und ansehnlichste Wirtschaftsabordnung der USA nach Moskau. 92 Konzernherren und Bankiers, die 64 Weltfirmen vertreten - mit einem Jahresumsatz von 200 Milliarden DM - verhandelten erfolgreich mit der sowjetischen Regierung. Welches Gewicht diesem Vertrag beizumessen ist, ergibt sich aus der Teilnahme von Weltfirmen wie

Chrysler, Ford und Bendix. Die Schleusen für das Ostgeschäft sollen nun weit geöffnet werden. Durch die Teilnahme solcher Firmen wie General Electric, North American Aviation und Sperry Rand wird ersichtlich, daß das Fallenlassen der Embargobestimmungen nur noch eine Frage der Zeit ist.

Außerdem laufen die Handelsgespräche mit den anderen Ostblockländern, die zum Beispiel Anfang Januar dazu geführt haben, die Lieferungen kompletter Produktionsanlagen im Wert von 200 Millionen DM an Rumänien festzulegen.

Um die Einwände der Bundesrepublik wegen der geplanten Handelsausweitung zu entkräften, lancierten die Amerikaner die Meldung in die Presse, die Bundesrepublik sei das Land mit dem größten Osthandel. Die genannte Ausfuhrsumme von 2,6 Milliarden DM für 1963 stimmt natürlich nur scheinbar, denn nach Abzug des innerdeutschen Handels in Höhe von 1,2 Milliarden DM bleiben nur 1,4 Milliarden DM für den Ostblockhandel übrig. Aber man sieht, den USA sind heute auch solche Betrugsmanöver recht, um ihren Osthandelsinteressen den Weg zu ebnen.

Soweit der Entwicklungsgang des Osthandels und die Zahlenangaben. - Für uns als Sozialisten stellen sich nun bei der Analyse und für die daraus zu ziehenden Folgerungen einige wichtige Fragen: Einmal, warum gerade jetzt der Osthandel sich zu einer solchen Bedeutung entwickelt? Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit den Hauptfragen: Welche Beweggründe veranlassen und zwingen die kapitalistische Welt, eine wesentliche Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den kommunistischen Ländern zu betreiben? - Welchen Wert hat der Handel mit dem Westen für den Ostblock? - Welche Folgen können sich für die beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme daraus ergeben?

Die Frage, warum gerade jetzt sich die Schleusen des Osthandels öffnen, kann nur beantwortet werden mit der Zugrundelegung der weltpolitischen Situation, in der sich der Kampf zwischen den beiden unvereinbaren Gesellschaftssystemen befindet. Der Kapitalismus wurde durch die politische Entwicklung und die Entwicklung der sozialistischen Länder gezwungen, sich mit den tatsächlichen Kräfteverhältnissen abzufinden, wollte er nicht zum Mittel des elbstmörderischen Atomkrieges greifen. Das führte von der erfolglosen Politik der Zurückdrängung des Kommunismus in der Dulles-Ära zur sogenannten "Koexistenz". Es kann in diesem Rahmen nicht aufgezeigt werden, welchen tatsächlichen Inhalt diese angeblich "friedliche" Koexistenz hat. Jedenfalls ist es das Klima für friedliche Handelsvereinbarungen. Nur soviel sei am Rande der "Koexistenz" erwähnt, daß erst kürzlich der Verteidigungsminister der USA feststellte, sie hätten in den letzten vier Jahren 120 Milliarden DM mehr für Rüstung ausgegeben als in derselben Zeit vorher. Das Atompotential sei um 200 Prozent erhöht worden.

Einer der Gründe für die Osthandelsoffensive war das Resümé aus dieser politischen Realität: Wenn der Kommunismus nicht zurückzudrängen ist, dann wenigstens die Märkte aufschließen. Das im Gang befindliche Rennen nach dem Osten entspringt, neben den politischen Gründen, vor allem aus den unauflösbaren inneren Widersprüchen des Kapitalismus selbst, der drohenden Überproduktionskrise und dem egoistischen Profitstreben der einzelnen Monopole, der einzelnen Unternehmer und der einzelnen Länder - ohne viel Rücksicht auf das Ganze.

Die Erhöhung der Industriekapazitäten in allen westlichen imperialistischen Ländern und die einsetzende Automation wird in Zukunft eine Warenschwemme erzeugen, die direkt nach neuen Märkten schreit. Das wissen die Unternehmer ganz genau, und sie merken es täglich an dem immer schwieriger werdenden Export. Die sogenannte "Entwicklungshilfe" kann nur eine Überbrückung bieten, denn die Verhältnisse sind dort für die Kapitalisten zu unsicher, und die industrielle Basis ist so gering, daß die Rückzahlung als gefährdet erscheint. Die Einengung des Absatzmarktes durch die Tatsache, daß heute schon ein Drittel der Weltbevölkerung im sozialistischen Bereich lebt, macht sich bemerkbar.

Mit dem politischen Aufschwung des Kommunismus geht einher der wirtschaftliche Fortschritt der sozialistischen Länder, deren Anteil an der Weltproduktion trotz

aller Schwierigkeiten auf 38 Prozent angewachsen ist. Dazu kommt der gewaltige Investitionsbedarf des Ostblocks - alles Länder mit wenig entwickelter und unterentwickelter Struktur als Erbe der Vergangenheit. Ein solcher Partner bietet sich, klammert man das Politische aus, wie von selbst als Abnehmer an. Dazu kommt, daß man mit der Bonität der sozialistischen Staaten nur beste Erfahrungen gemacht hat. Stets wurde die Bezahlung pünktlich eingehalten. Auch ist es so, daß die von ernstesten Absatzschwierigkeiten am meisten erschütterten Erwerbszweige im Westen durch den Osthandel gerade noch einen Ausweg finden. Es sei nur an die ernste Lage der Landwirtschaft in allen westlichen Ländern erinnert. Das riesige Weizengeschäft der USA mit Moskau und nun Frankreichs mit Peking trägt noch einmal zur Befriedigung der Bauern bei.

Ohne langfristige Kredite wäre das Ostgeschäft in diesem Ausmaß gar nicht möglich, denn der Osten kann außer Gold, Öl, usw., das dem Westen nur Konkurrenz machen würde, vorläufig nicht mit Gegenlieferungen oder Devisen bezahlen. Die früheren Agrarausfuhren aus dem Osten sind heute auf größerer Basis wegen der landwirtschaftlichen Schwierigkeiten im Ostblock nicht möglich und würden überdies den Agrarberg im Westen nur noch vergrößern.

Ende der 70-er Jahre werden die meisten Kredite fällig. Zur Rückzahlung der Darlehen wird sich dann eine richtige Warenflut aus den sozialistischen Ländern in den Westen ergießen. Diese wird die Überproduktionskrise des Kapitalismus verschärfen, vorausgesetzt, seine Existenzmöglichkeiten würden nicht schon früher in Frage gestellt.

Und nun zur politischen Seite des heutigen Osthandelsinteresses der Westmächte. Sie glauben vor allem, auch den Osthandel als Mittel der Politik gegen den Kommunismus benutzen zu können. Das amerikanische Außenamt nahm erst kürzlich in aller Offenheit dazu Stellung:

Danach kann der Handel ein wirksames Instrument in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sein, wenn er der besonderen Situation der einzelnen kommunistischen Länder angepaßt wird. Die Handelspolitik, die in einer bestimmten Periode der Beziehungen mit einzelnen kommunistischen Ländern verfolgt worden sei, könne sich in einem andern Zeitraum ändern.

Eine Verstärkung des Osthandels sei ein geeignetes Mittel, um die Abhängigkeit der Satelliten von Moskau zu lockern.

(Nürnberger Nachrichten)

Auch der Bonner Kanzler Erhard äußerte, der Osthandel sei für die Bundesrepublik in erster Linie ein Mittel der Politik. Das bedeutet Handel mit den Kommunisten, um ihn als Hebel zur Eindämmung, zur Spaltung und zur Schwächung des Kommunismus benutzen zu können. Diente bisher das Handelsembargo oder zum Beispiel die Blockade Kubas als Erpressung, so soll durch eine gewisse Abhängigkeit mit wichtigen Lieferungen das Mittel der Pressuren angewandt werden können.

Doch entspringen diese Spekulationen zum größten Teil Wunschvorstellungen der Kapitalisten und politischen Fehleinschätzungen. Für die sozialistischen Länder bedeutet der Osthandel ohne Hemmnisse ein Ausbruch aus der jahrzehntelangen wirtschaftlichen Isolierung und ein wichtiger Beitrag zum weiteren wirtschaftlichen Aufbau. Erpressungsversuche mit Liefersperren usw. könnten zwar vorübergehende Schwierigkeiten bereiten, würden aber bestimmt durch eigene Anstrengungen überwunden werden. Werden von den kleineren sozialistischen Ländern bestimmte Grenzen in den wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen eingehalten, muß auch der Versuch scheitern, Spaltungskelle in das sozialistische Lager zu treiben. Ein Ausnahmefall ist Jugoslawien, dessen Handel zu 70 Prozent mit dem Westen abgewickelt wird. Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Ländern sind zu bereinigen, denn sie gehören einem Gesellschaftssystem an, das keine unauflösbaren Widersprüche in sich birgt, im Gegensatz zum kapitalistischen Lager.

(Fortsetzung Seite 20)

Vermögensbildung:

BETEILIGUNG AM ZUKUNFTSRISIKO DER KAPITALISTISCHEN ORDNUNG

"Es ist bald ein Jahr her, daß in Düsseldorf der außerordentliche Bundeskongreß neue Richtlinien für die künftige Gewerkschaftsarbeit beschloß. Das Grundsatzprogramm, das heiße Debatten hervorgerufen hatte, ist inzwischen in den Archiven abgeheftet und wird gelegentlich auf Gewerkschaftsseminaren zitiert."

So die "Holzarbeiter-Zeitung" vom Oktober 1964.

Ein neuer Stern erscheint jetzt am gewerkschaftlichen Firmament: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Dieses Programm stammt aus dem Arsenal der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die CDU hat ohne Zweifel das Erstgeburtsrecht auf die "Vermögensbildung". Die Ausgabe von Volksaktien, die jeder Arbeitnehmer erwerben konnte, um damit an den Dividendenauszahlungen teilnehmen zu können, stieß anfänglich sowohl bei der SPD als auch bei den Gewerkschaften auf Ablehnung; sie waren gegen die Reprivatisierung der Staatsbetriebe.

Heute sagt die SPD schon: "Soweit die Privatisierung öffentlicher Unternehmen aus volkswirtschaftlichen Gründen zweckmäßig ist, sind wir einverstanden!"

Es war der Sinn der "Volksaktien", daß das Interesse der Arbeiter nicht so sehr seiner Lohnhöhe gelten sollte: Die Arbeiter sollten als "Aktienbesitzer" am kapitalistischen Betrieb interessiert werden, sie sollten einen Hauch von dem parasitären Dasein der Aktienspekulation und Dividenden abbekommen. Damit sollten sie an der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung und des kapitalistischen Profits interessiert werden. "Betriebsverbundenheit" nennen das die Unternehmer. Es ist eine der größten Sorgen der Unternehmer, daß die Fluktuation in den Betrieben, besonders unter den jüngeren Arbeitern, groß ist. Das Interesse an der Lohnhöhe war größer als der Appell an die Betriebsverbundenheit. Wie aber werden sich die deutschen Arbeiter, die im Kapitalismus zur Zeit einen Lebensstandard wie nie zuvor erreicht haben, verhalten, wenn die zufriedenstellende Lohnhöhe - mit den Überstunden u. ä. - ausbleibt?

Die Arbeiterkammer Bremen zitiert in ihrem "Schnellbericht" Nr. 152 dazu:

"Wenn die freiheitliche Wirtschaftsordnung mehr als 80 Prozent der Bevölkerung vom wirtschaftlichen Vermögenszuwachs ausschließt, ist, auch bei ständig wachsendem Einkommen der unselbständig Beschäftigten, die Gefahr groß, daß die Wirtschaftsordnung selbst in Mißkredit gerät. Investitionsfeindlichkeit und Lohnforderungen, die in keinem gerechtfertigten Verhältnis zum möglichen Wirtschaftswachstum stehen, können die Folge sein. Ein gewisser 'Konsum-Wohlstand' wird auf die Dauer allein nicht genügen. Aber die Lösung dieser Frage befindet sich in einem engen Zusammenhang damit, wie auf lange Zukunft das Verhältnis des Arbeitnehmers zum Staat sein wird..."

Preisfechter der Eigentumsbildung im DGB ist Leber von der IG Bau-Steine-Erden.
Was will Leber?

Der Unternehmer soll 1,5 Prozent der Lohnsumme aufbringen. Eine Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes verwaltet diese Gelder und führt sie einem Sonderfonds zu. Der Unternehmer braucht diese Beträge nicht in bar aufzubringen:

- a) Er kann diese Mittel als Fremdkapital behalten und gegenüber dem Sonderfonds eine Schuldverpflichtung eingehen.
- b) Die Schuldverpflichtung kann in Gesellschaftskapital umgewandelt werden.

c) Wo der Unternehmer es wünscht, kommt auch eine Barzahlung in Frage.

"Die Beschäftigten des Bauhauptgewerbes erhalten nach unserem Vorschlag Anteilscheine über das angesammelte Kapital. Beim Erreichen der Altersgrenze ... kann der Bauarbeiter seine Anteilscheine an den Fonds zurückgeben und erhält das angesparte Kapital mit Zins und Zinseszins ausgezahlt."

Diese Äußerungen von Leber zeigen klar: Lohn bleibt Lohn, wie auch immer er ausgezahlt wird oder erscheint, ob in Geld, "Kriegsanleihen", Anteilscheinen oder Kartoffeln. An den wirklichen Entscheidungs- und Eigentumsverhältnissen im kapitalistischen Betrieb oder in der kapitalistischen Gesellschaft ändert sich nichts, ebenso wie die Aufsichtsratsposten der Gewerkschaftsführer oder Sozialdemokraten weder an der wirtschaftlichen oder politischen Macht der Monopole etwas geändert haben noch etwas ändern können. Es soll auch gar nichts geändert werden, wie die Arbeiterkammer Bremen in oben erwähntem Schnellbericht bezüglich des Leber-Planes zitiert:

"Es findet lediglich eine Veränderung der Eigentumstitel (!) der künftigen Investitionen statt."

Auch Leber will nichts ändern: Wenn nämlich der Arbeiter bei Eintritt der Invalidität das angesparte Geld ausgezahlt bekommt, dann zu dem Zweck, es zu konsumieren - vorausgesetzt natürlich, daß er damit noch etwas kaufen kann.

Die IG Bau-Steine-Erden gehörte zu den Gewerkschaften mit dem schlechtesten Organisationsverhältnis. Unseres Wissens soll sich das Organisationsverhältnis seit Schaffung der Zusatzversorgungskasse erheblich verbessert haben. Die Fluktuation in der Mitgliederschaft des DGB, die in den letzten Jahren einen derartigen Umfang angenommen hat, daß etwa 50 Prozent ein- bzw. ausgetreten sind, ist eine der größten Sorgen der Gewerkschaftsführer. Lohnerhöhungen sind immer weniger Ergebnisse eines Kampfes, an dem der Arbeiter teilgenommen hat, sondern sind Begleiterscheinungen des Wirtschaftswunders, die durch steigende Preise meistens wieder zunichte gemacht werden. Die große Masse der Arbeiter reagiert nicht auf die moralischen Dankesforderungen der Gewerkschaften. Vergeblich haben die Gewerkschaften versucht, die Unternehmer zu einer Vereinbarung zu bringen, Lohnerhöhungen nur an organisierte Arbeiter auszuzahlen. Außer guten Worten ist dabei nichts herausgekommen. Der "gewerkschaftlich organisierte Betrieb", den in England und USA die Arbeiter von unten her erkämpft haben, sollte bei uns von oben geschaffen werden - durch Vereinbarung mit den Unternehmern.

Aus Kampforganisationen für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden die Gewerkschaften in Deutschland zu Versicherungsorganisationen mit Krankengeld, Invalidengeld und Sterbegeld. Das führte zwar zu einem zeitweiligen Zulauf, letzten Endes aber zu einer Versumpfung der Gewerkschaftsbewegung. Die jetzt von DGB und SPD propagierten paritätisch verwalteten Investmentfonds, die einen Teil des Lohnes festlegen, lassen die Gewerkschaften zu Banken und die Gewerkschaftsführer zu Arbeiterbankiers werden. Die SPD sagt dazu: "Das Aufkommen an Kapitalmarktmitteln wird sich freilich in einem Maße erhöhen, daß die ihr entsprechende Schuldaufnahme nicht nur von den Unternehmen und dem kapitalimportierenden Ausland (z. B. Entwicklungshilfe), sondern ebenfalls bei öffentlichen Körperschaften in der Bundesrepublik erfolgen muß..."

Fassen wir zusammen:

- 1) Die "Vermögensbildung" soll einen Teil des Lohnes (Investivlohn) dem Konsum entziehen. "Gefördert werden muß sowohl das individuelle Sparen als auch die Vermögensbildung durch Tarifverträge" (DGB). Die "Holzarbeiter-Zeitung" fragt dazu: Warum soll man zwangssparen?
- 2) Einigkeit besteht zwischen Unternehmern, DGB, SPD und Regierung, daß für die Zukunft vorgesorgt werden muß. Es könnte ja sein, daß das Wirtschaftswunder ein Ende nimmt.

- 3) Dann empfehlen sich heute schon SPD und Gewerkschaftsführung als Spritzengeber für bankrotte Unternehmen. Dazu braucht man Arbeitergelder, da Kapitalisten nicht ihr Kapital in bankrotte Unternehmen zu stecken pflegen (Neuester Fall: Boswau & Knauer).
- 4) Diese Gewerkschaftsführung möchte in der Bundesrepublik Ordnungsfaktor werden. Aber die Unternehmer brauchen heute keine "Unordnung" von seiten der Arbeiter zu befürchten.
- 5) Was aber, wenn die Zeiten vorbei sind und der Arbeiter auf Anteilscheine bei stillgelegten Gruben, Werften, Autofabriken, Textilfabriken zurückgreifen will, um seine Miete und sein Auto zu bezahlen, vielleicht sogar seinen Hunger zu stillen?

Erfahrungen haben wir in Deutschland schon genügend gehabt; manche jedoch lernen nie dazu und vergessen alles.

Sozialgesetzgebung:

D A S U N Z U S T E L L B A R E P A K E T

Die grandiose Idee des erfolglosesten Ministers der Bundesrepublik, des Arbeitsministers B l a n k , ist wie eine Seifenblase zerplatzt. - sein "Sozialpaket" ist nicht nur für diese Legislaturperiode, sondern für immer in der Versenkung verschwunden.

Als er vor Jahren mit seiner sogenannten "Krankenversicherungsreform" herauskam - ein Versuch, die Krankenversicherung auf einen Stand zurückzuschrauben, der vor dem des Jahres 1889 lag -, schrieben wir an dieser Stelle, daß trotz allen schlechten Willens der deutschen Unternehmer dieses Monstrum von "Reform" niemals Aussicht auf Verwirklichung habe.

Unsere Leser erinnern sich des Inhaltes dieser "Reform". Kurz gesagt, sollten die Versicherten einen Teil der Arztkosten und der verordneten Medikamente tragen und die Krankenhauskosten selbst zahlen, der Arzt konnte den Versicherten nur krank schreiben, wenn vorher der Vertrauensarzt zugestimmt hatte und dergleichen mehr.

Neben dem einmütigen Widerstand der Arbeitnehmerorganisationen stieß Herr Blank auch auf den entschiedenen Einspruch der ärztlichen Verbände, da die "Reform" den Ärzten ein Übermaß sinnloser Schreib- und Verwaltungsarbeiten aufbürdete und die ärztliche Entscheidungs- und Behandlungsfreiheit weitgehend einengte.

Die Ablehnung, die dieser "Reform"-Entwurf fast allgemein in der Öffentlichkeit fand, führte zu der genialen Konstruktion des sogenannten "Sozialpaketes". Herr Blank verknüpfte den Plan seiner Krankenversicherungsreform mit verschiedenen anderen, an sich begrüßenswerten sozialpolitischen Maßnahmen, die in gar keinem inneren Zusammenhang mit dem "Reform"-Plan standen, zu einem Ganzen, dem sogenannten "Sozialpaket". Wer also die begrüßenswerten Maßnahmen wollte, mußte auch Ja sagen zu der Krankenversicherungsreform. So dachte Herr Blank. Sein bauernschlauer Plan gelang jedoch völlig daneben. Die Parteien des Bundestages pickten sich aus der seltsamen Omelette, die der Herr Blank gebacken hatte, die Teile heraus, die ihnen - sei es aus wahltaktischen Gründen, sei es zum Vorteil der von ihnen vertretenen Interessengruppen - zusagten und ließen ihn mit seiner famosen Versicherungsreform

sitzen, die er jetzt als unzustellbares Muster ohne Wert nach Hause tragen kann.

So lächerlich, ja komödienhaft dieser ganze Vorgang auch ist und ein so bezeichnendes Licht er auf die Art und Weise wirft, wie in der westdeutschen Bundesrepublik Minister Politik zu machen versuchen, sollte er jedoch nicht zu falschen Schlüssen verleiten!

Die Absicht, die deutsche Sozialversicherung bedeutend zu verschlechtern, ist nicht aufgegeben. Im Gegenteil! Sie wird von fähigeren Kräften und mit Überlegeneren Mitteln wieder versucht werden.

Die deutsche Wirtschaft kann im Augenblick noch die "Belastung" durch die Sozialversicherung tragen, ihre Produktivität und Absatzlage machen es ihr möglich, die Arbeitnehmer im Krankheits- und Invaliditätsfalle verhältnismäßig günstig zu stellen, ohne daß die Profit- und Investitionsrate gefährdet wird.

Schon jetzt sind diese "weitgehenden sozialen Leistungen" den Unternehmern denkbar unsympathisch. Sie wecken ihrer Meinung nach immer mehr die Begehrlichkeit des Arbeiters und geben ihm durch die verhältnismäßig soziale Sicherheit, die sie ihm gewähren, eine Selbstsicherheit und eine Unabhängigkeit, die in den Augen des Unternehmertums die Quelle allen Übels und aller Aufsässigkeit ist.

Wir vernehmen aus prominentem Munde: Herr Erich Mende, im Augenblick Minister der westdeutschen Bundesrepublik, hat zur Weihnachtszeit 1964 dem deutschen Volke verkündet, daß nur faule Völker eine ausgedehnte Sozialversicherung haben.

Aber diese Abneigung geht nicht soweit, daß die Kapitalistenklasse deshalb z. Z. einen Kampf wagen würde, der in seiner Auswirkung die Konjunktur und das Wirtschaftswunder selbst gefährden könnte.

Verändert sich aber die Konjunkturlage, verengt sich der Absatzmarkt, wird der Profit gefährdet, so wird sich das Bild ändern. Nichts hindert dann das Unternehmertum daran, die Pläne zu verwirklichen, die der Herr Blank so delittantenhaft vertreten hat. Das Unternehmertum ist sich sehr klar darüber, daß eines Tages die Konjunktur verebbt, daß sich die innere Widersprüche des kapitalistischen Systems offen zeigen, und es hat alle Vorbereitungen getroffen, dem aus seinen wirtschaftsfriedlichen und wirtschaftswunderlichen Träumen erwachenden Arbeiter jeden Widerstand unmöglich zu machen.

Wer regelmäßig die deutsche Presse, besonders ihren wirtschaftlichen Teil, verfolgt, der weiß, mit welcher geradezu bewundernswerter Zähigkeit immer wieder mittelbar und unmittelbar gegen die deutsche Sozialversicherung, vor allem auch die dynamische Rentenfestsetzung der Invaliden- und Altersversicherung, gewühlt und gehetzt wird. Fast jeder Tag bringt einen sei er auch noch soweit hergeholten Angriff gegen das "die Wirtschaft belastende und das Verantwortungsgefühl des Arbeitnehmers lähmende Übermaß" der deutschen Sozialversicherung.

Die Privatversicherungen, die eine Schlüsselstellung auf dem deutschen Kapitalmarkt haben, stehen an führender Stelle dieses Feldzuges, denn je umfassender das Gebiet der öffentlich-rechtlichen Versicherung ist, desto enger ist ihr Betätigungsfeld; weniger Profit, weniger Aufsichtsrats- und Direktorenposten.

Mit an erster Stelle des sozialdemokratischen Wahlprogrammes steht die Forderung einer Volksversicherung. Eine gute Forderung! Aber wir fürchten, daß von dieser Forderung nicht viel übrig bleiben wird, wenn die SPD mit oder ohne Koalition regiert. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, diese längst fällige Forderung aufzunehmen und mit all ihrer Macht dafür zu sorgen, daß sie verwirklicht wird. Die deutsche Sozialversicherung war bei ihrer Schaffung eine fortschrittliche und vorbildliche Tat, sie ist aber in dem inzwischen verstrichenen Zeitraum von fast dreiviertel Jahrhundert nach Methode und Voraussetzung längst überholt. Sie wird auch durch wirkliche Verbesserungen nur immer komplizierter und unübersichtlicher, jedoch nicht moderner und volksnaher.

D I E G R O S S E I L L U S I O N

Das Jahr 1964 ist zu Ende gegangen und mit ihm das offizielle hundertste Jahr der deutschen Sozialdemokratie, zu guter Letzt gekrönt durch den SPD-Parteitag in Karlsruhe. Sein Resultat ist ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm, eine geschlossene und farblose SPD-Mannschaft und einige enttäuschte Sozialisten, die gehofft hatten, auf dem Parteikongreß würde es zu Auseinandersetzungen und positiven Stellungnahmen und Beschlüssen gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die Beteiligung an der multilateralen Atomstreitmacht und für eine fortschrittliche deutsche Innen- und Außenpolitik kommen.

"Die wirtschaftlichen Vorstellungen der SPD richten sich auf folgende Ziele: Sicherung des optimalen und stetigen wirtschaftlichen Wachstums bei Vollbeschäftigung und stabilem Preisniveau. Die Außenhandelspolitik soll liberal sein, also auf höchstmögliche internationale Zusammenarbeit ausgerichtet sein. Eine gerechtere Einkommens- und Vermögensbildung soll angestrebt werden. Das wirtschaftliche Wachstum soll die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben möglich machen".

(Die Welt vom 27.11.1964)

Gemeinschaftsaufgaben werden von der SPD nur noch in dem Maße als lösungsträchtig angesehen, als das wirtschaftliche Wachstum dafür Mittel abwirft. Militär, Rüstung, usw. sind nicht mehr abzweigungsfähig, im Gegenteil, sie werden ausgebaut. Die medizinische Forschung zum Beispiel möchte man durch die Träger der Sozialversicherung finanziert sehen.

Die Pläne zur Vermögensbildung - Schaffung von staatlichen Investitionsgesellschaften, von denen die breite Masse Anteilscheine kaufen kann, und Privatisierung öffentlicher Unternehmen durch Herausgabe von Kleinaktien - dienen zur Kapitalbeschaffung durch die breite Masse; die Verfügungsgewalt aber bleibt in Händen der Bourgeoisie und des Staates. Damit können diese Gelder für die forcierte Rüstung verwandt werden; eine Parallele zu den Kriegskrediten des 1. Weltkrieges und zu den von Hitler verpulverten Geldern der Sozialversicherung im 2. Weltkrieg.

Gleichzeitig sind alle bisherigen Reformvorstellungen, wie sie vor allem in den Gewerkschaften vorherrschen, über Bord geworfen. Anträge zur Verstaatlichung von Unternehmen wurden auf dem Parteitag überhaupt nicht gestellt. Vorschläge zur Besteuerung des Vermögenszuwachses der Großwirtschaft und die Forderung nach Erbschaftssteuer auf Großvermögen wurden abgelehnt.

Sozialdemokratische Sicherheitspolitik

Alle Pläne der SPD dienen dem Ziel der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft, sie bietet sich an; der deutschen Bourgeoisie innen- und außenpolitisch den Boden für dessen Expansionsbestrebungen vorzubereiten. Nirgends kommt das deutlicher zum Ausdruck als in den sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD. Sie fordert:

- Beteiligung an der MLF, um auf die Politik und Strategie Amerikas einwirken zu können, d. h. die Nutzbarmachung der amerikanischen Politik und Atomwaffen für die deutschen Ziele.
- "Die Abrüstungspolitik soll durch deutsche Gedankenbeiträge so gefördert werden, daß Fortschritte in der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen auch zu Fortschritten in der Lösung der deutschen Frage führen und nicht den Status quo verhärten. Die Abrüstung darf nicht das weltpolitische Gleichgewicht gefährden. Es wird ein besonderes Abrüstungsamt in Bonn verlangt."

(Die Welt vom 26.11.1964)

So versucht die SPD auch die Abrüstungsverhandlungen erfolgversprechend zu torpedieren, wie sie bisher alle antimilitärischen Aktionen erfolgreich abgetötet hat.

- Änderung der Kommandostruktur der Bundeswehr, denn so belehrte Helmut Schmidt, Hamburg: "Es soll nicht jedermann von seitwärts in die Truppe hineinregieren" (Die Zeit vom 4.12.1964). Es sollen eingeführt werden ein Bundeswehrführungsstab, die Grundsatzplanung, die Abteilung Technik und Rüstung. Das Verteidigungsministerium bleibt lediglich als ministerielle Verwaltung bestehen, so daß die Kontrolle der Bundeswehr durch das Parlament vollkommen ausgeschaltet ist. Damit wird Vizeadmiral Heyes Warnung - die Bundeswehr ein Staat im Staate - die von dem Wehrbeauftragten mehr als gesellschaftliches Mißverhältnis gesehen wird, zur politischen Realität.
- "Als weitere wichtige Punkte nennt die Entschließung die Befreiung der Truppe von überflüssiger Verwaltung und von überflüssigem Papierkrieg, weit vorausschauende Rüstungsplanung und Haushaltsdisposition, Verbesserung der Ausbildung, Aufgabenstellung und allgemeine Lebensumstände des Unteroffizierskorps und damit Hebung des gesellschaftlichen Ansehens der Unterführer sowie eine verbesserte Offiziersausbildung durch ein obligatorisches Universitätsstudium und klare Richtlinien für Versetzung und Beförderung von Soldaten."

(Die Welt vom 25.11.1964)

Die Entwicklung des Völkermords zum wissenschaftlich fundierten Instrument der herrschenden Klasse - erschreckende Vision einer Zukunft sozialdemokratischer Realpolitik.

- Gesamtplanung für den Zivilschutz mit Zeit- und Finanzierungsplan, damit die Zivilverteidigung, ein Instrument der psychologischen Kriegsvorbereitung wie der Luftschutz im III. Reich, wirksam ausgebaut werden kann.
- Verstärkung der Polizei und Verbesserung ihrer Ausrüstung. Die forcierte Ausbildung und Ausrüstung der Polizei mit mittleren Waffen, wie Granatwerfern, Panzerwagen, etc., dazu Bestrebungen, die Polizei unter Kombattantenstatus zu stellen, d.h. sie der militärischen Befehlsgewalt unterzuordnen, laufen auf eine umfassende staatliche, somit konterrevolutionäre Vorbereitung auf einen Bürgerkrieg hinaus für den Fall, daß revolutionäre Strömungen nicht durch Anwendung der Notstandsgesetze und -verordnungen - legale Ausschaltung jedweder Opposition - im Keim liquidiert werden können.
- Die Notstandsgesetze gelten durch eine SPD-Regierung als gesichert, falls sie nicht noch vor der Wahl von der Regierungskoalition unter Mithilfe der SPD durchgeboxt werden.

Das Emblem des Parteitags in der Schwarzwaldhalle in Karlsruhe - die riesige Umrisskizze des III. Reichs in den Grenzen von 1937, ausgefüllt mit dem Motto "Erbe und Auftrag" - symbolisiert, was die SPD-Bürokratie unter Entideologisierung und Realpolitik versteht, was sie anstrebt. Ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen offenbaren, wie sie es anstrebt. Die Geschichte hat bewiesen, daß sie dazu in der Lage ist.

Auf dem Wege zur Macht

Die SPD-Führung hat erkannt, daß der Prozeß der Wahlgewinnung der Akt der Macht-ergreifung ist. Vorher aber gilt es, die Säulen der kapitalistischen Gesellschaft für sich zu gewinnen - Wirtschaft, Schwerindustrie, Militär, usw. -, dazu einige entscheidende Randgruppen, wie Vertriebenen- und Bauernverbände, vor allem die Medien der öffentlichen Meinung - Presse, Rundfunk, Fernsehen. Die Gleichschaltungsbestrebungen mit dem DGB sind der Versuch, sich auch die Gewerkschaften der eigenen Politik nutzbar zu machen. Hinzu kommt die Unterstützung der größten auswärtigen kapitalistischen Macht, der USA. - Ein Ein- und Überholen der Regierungs-

parteien auf jedem Gebiet: Man will zeigen, daß man es überall noch besser machen kann.

Durch Bildung von Ausschüssen auf allen Ebenen soll das gesamte Reservoir der Partei mobilisiert werden; psychologische Methoden treten an die Stelle politischer Gesichtspunkte. Mit dem Parteitag wurde dem deutschen Wählervolk die Geschlossenheit der SPD als Positivum gegenüber der Zerrissenheit der Unionsparteien demonstriert. Disziplin ist das Gebot der Stunde, der letzten Etappe auf dem Wege zur Macht.

Hinter den Kulissen des Parteitags wurden die Posten einer möglichen SPD-Regierung zusammengeschoben, deren Bedeutung für die Konferenzteilnehmer alles andere negierte. So konnten alle Entschlüsse, Programme und Forderungen fast ohne Debatten, die sich dann noch in der Hauptsache um Formulierungsfragen drehten, durchgepeitscht werden.

Das Durchbrechen sozialdemokratischer Disziplin ist gleichbedeutend dem Ende der politischen Karriere innerhalb dieser Partei - eine Erfahrung, die auch der ehemalige Hamburger Oberbürgermeister Max Brauer machen mußte, als er seine Frontstellung gegen die MLF-Vorstellungen des Parteivorstandes mit dem Verlust seines Sitzes im Vorstand bezahlte.

An dieser Taktik des Parteivorstandes wird jeder innere Widerstand zerbrechen. Mit dem Karlsruher Parteitag wurde die letzte Möglichkeit einer wirksamen Opposition innerhalb der Partei verspielt, wurde die letzte Möglichkeit verspielt, die Partei von innen von ihrem reaktionären Weg abzubringen, bzw. ihn abzubremesen.

Gegen dieses vorgegalkelte-geschlossene Bild der SPD ist es für die Regierungsparteien ein schwieriges Unterfangen, sich dem Wählervolk positiv in Erinnerung zu halten. Die Koalitionskrisen, die Zerrissenheit der CDU/BSU, der Mangel einer klaren Außenpolitik werden deshalb übertüncht durch breite Streuung von Wahlgeschenken an alle Schichten der Bevölkerung.

So manch ein bürgerlicher Politiker muß erkennen, daß die SPD die reformistische Partei des modernen Kapitalismus wird, daß nur in der SPD mit der Sächlichkeit amerikanischer Professoren und amerikanischer Verteidigungsstrategen diskutiert und die Politik von einem Stab bürgerlicher Wissenschaftler unter Zuhilfenahme modernster technischer und wissenschaftlicher Errungenschaften nüchtern und kühl ausgearbeitet und festgelegt wird. Aus der Politik wird die individuelle Note der Abgeordneten verbannt, der Staat wird zur kompletten, wissenschaftlich gesteuerten Allmacht. Die utopische Zukunftsvision eines George Orwell scheint sich als Realität abzuzeichnen.

Was tun?

Eine Partei, die es sich zur vorrangigsten Aufgabe gemacht hat, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu erhalten und zu festigen, wird alle anderen Vorhaben diesem Konzept unterordnen. Eine dauernde Erhaltung und Verbesserung des sozialen Status einer "Wohlfahrtsgesellschaft" ist aber nicht möglich, solange die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die in der jetzigen Periode der Hochkonjunktur nicht klar zum Ausdruck kommen, erhalten bleiben. Es ist auch unbestritten, daß der moderne Kapitalismus durchaus in der Lage ist, mit neuen Methoden und Techniken die ihm innewohnende Tendenz der Überproduktion eine längere Periode hindurch geschickt zu steuern. Aber solange es die kapitalistische Gesellschaft gibt, bleiben auch ihre immanenten Gesetze erhalten. - Alle sicherheitspolitischen Vorstellungen und Maßnahmen einer den Kapitalismus erhaltenden Partei sind diesem Umstand geschuldet.

Das ist der reale Inhalt der mit phrasenreichen Worten vorgetragenen Programme der SPD. Dieser reale Inhalt der Programme aber ergibt die akute Notwendigkeit einer politischen Alternative, die aber nur zum Tragen kommen kann, wenn die Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

Dem sozialdemokratischen Partei- und Regierungsprogramm eine Alternative gegenüberstellen ist illusorisch, wenn die Kräfte zu seiner Verwirklichung nicht vorhanden sind. Ideen können nur gegen Ideen kämpfen, nicht aber gegen politische Realitäten. Das Ergebnis des SPD-Parteitag aber ist eine politische Realität, die nur durch eine wirkliche Aktion daran gehindert werden kann, zum entscheidenden Ausdruck der Triebkräfte des deutschen Kapitalismus zu werden.

Die Illusion

Es ist eine weitverbreitete Ansicht in der sozialdemokratischen Anhängerschaft, die Rechtsentwicklung ihrer Partei sei eine Taktik, um die Wahl zu gewinnen, ein Trick, um als Regierungspartei die parlamentarische Mehrheit zu erobern, um dann als Reform von oben den Sozialismus herbeizuführen. Diese Illusion wird genährt durch scheinbar gleiche Ansichten mittlerer und hoher Funktionsträger in Partei und Gewerkschaft.

Die unteren Funktionäre aber durchschauen durchaus die Hohlheit dieses Arguments, erkennen die Realität der Programme. Sie sind aber gezwungen, der Unzufriedenheit dieser Anhängerschaft entgegenzuwirken. Sie schaffen sich so eine Ideologie, die es ihnen ermöglicht, auf unterer Ebene akzeptiert zu werden und dem Apparat gegenüber nicht ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, indem sie der Stimmung der Masse Ausdruck verleihen.

Ein Blick in die Geschichte der Sozialdemokratie liefert Beispiele genug, daß die SPD-Bürokratie durch ihre Politik in die Lage gedrängt wird, im Interesse der Bourgeoisie Handlangerdienste zu machen, daß sie im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus gezwungen ist, gegen die Klasse aufzutreten, aus deren Schoß sie geboren wurde. Das Wesen der Entwicklung der SPD hat sich seit 1914 nicht geändert; der Revisionismus hat sich nur in der Periode der Nachkriegskonjunktur und der Passivität und des Opportunismus der Arbeiterklasse rascher entwickelt.

Das niedrige politische Niveau der westdeutschen Arbeiterschaft, die sich von der fortschrittlichsten und revolutionärsten Klasse des beginnenden 20. Jahrhunderts zur indifferentesten Klasse der heutigen Periode entwickelt hat, das Erstarken des westdeutschen Kapitalismus, der hohe Preis der Ware Arbeitskraft, die breite Ablehnung der SED-Politik in der DDR sind die Grundlagen, auf denen sich die "SPD 64" als "die beste CDU, die es jemals gab" (Weser-Kurier vom 26.11.1964) entwickeln konnte.

Obwohl diese Tatsachen und Tatbestände zum großen Teil hinlänglich bekannt sind, bleibt ein großer Teil sozialdemokratischer Anhängerschaft der Illusion vom parlamentarischen Umbau der Gesellschaft durch die SPD verfallen. - Diese Schichten werden auch weiterhin SPD wählen. - Erst die eigene Erfahrung, erst ein breites Bedürfnis zur Überwindung des Reformismus und des Revisionismus wird die Kräfte schaffen, die die Basis für eine politische Alternative zur Politik der westdeutschen Parteien bilden.

Bei der Wahl werden breite Kreise, vor allem aus der Arbeiterschaft, die Parteien danach beurteilen, was sie heute auf kommunaler Ebene leisten. Die Erfolge und positiven Resultate sozialdemokratischer Kommunalpolitik werden global auch als gutes Omen einer sozialdemokratischen Bundesregierung aufgefaßt. Kommunalpolitisch kann die SPD fortschrittlichere Politik machen, weil durch den konjunkturellen Aufschwung Mittel zur Verfügung stehen, die der sozialen Ausrichtung zur Verfügung gestellt werden können. Ein Beispiel ist der Bremer Wohnungsbau.

Die erfolgreiche Politik der kleinen Schritte und ihre positiven Auswirkungen gegenüber der Politik der bürgerlichen Parteien werden zwangsläufig dem Gesamtkonzept - Erhaltung der kapitalistischen Ordnung - untergeordnet. Daß die Politik

der Aufrechterhaltung und Sicherung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der bisherigen Geschichte die grausamsten Opfer an Menschenleben und Sachwerten gekostet hat und bis heute tagtäglich kostet, ist der historische Beweis, daß es auch bei uns und für uns nicht auf die Dauer ohne spürbare Opfer abgehen wird. Der Reformismus wird sich selbst negieren, weil die objektiven Bedingungen erfordern, daß zur Aufrechterhaltung der jetzigen Ordnung reaktionäre Maßnahmen an die Stelle fortschrittlicher Politik treten.

Ein bedeutendes Merkmal, das den Wähler anspricht, ist die demokratischer in Erscheinung tretende Fassade der SPD; der Kampf der Arbeiterklasse um Demokratisierung des gesellschaftlichen Systems wirkt in der SPD noch nach. Das ist eine positive Erscheinung gegenüber dem Bürgertum, das in seiner historischen Entwicklung nie gelernt hat, demokratisch zu verfahren.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind auf Grund ihrer Klassenlage entgegengesetzt den Interessen der herrschenden Klasse, des Bürgertums. Die Freiheit der herrschenden Klasse bedingt die Unfreiheit der beherrschten Klasse. Die Politik aber wird, wenn sie unter der Passivität der Arbeiterklasse praktiziert wird, nur für die Freiheit derjenigen Klasse Fortschritt und Garantie sein, in deren Interesse die kapitalistische Ordnung besteht und erhalten werden soll.

In der jetzigen Phase des Umschlagens der Konjunktur in die Rüstungskonjunktur kann der soziale Abbau durch parlamentarische Mittel nur verhindert werden, wenn hinter dieser Macht die Kraft einer kampfbereiten Arbeiterschaft steht, die in der Lage ist, nicht nur in Opposition zu den bürgerlichen Parteien zu stehen, sondern den Reformismus in ihrem Interesse und für ihren Kampf nutzbar zu machen. Die Gewerkschaften bieten aus ihrer Struktur heraus dazu eine geeignete Grundlage, weil sie ihrem Wesen nach klassengebunden sind.

(Fortsetzung von Seite 11)

Die Ausstrahlungen eines profitablen Handels auf politische Entscheidungen des Westens sind manchmal nicht unbeträchtlich. Es sei daran erinnert, daß der von den USA geplante Atomschlag damals auf Dien-Bien Phu auf Eirepruch Englands fallengelassen worden sein soll, weil die Briten ihr China-Geschäft nicht verlieren wollten.

Für den Osten bietet sich auch der Vorteil, durch Handelsmissionen in solchen Ländern Fuß zu fassen, die ihnen bisher schwer zugänglich waren. So hat jetzt auch Chile die diplomatischen Beziehungen ausgebaut, um Absatzmärkte zu erschließen. Der Wert des Westhandels für den Osten wird zum Beispiel an der Verschonung Hongkongs durch China demonstriert, wenn das auch nicht der einzige Grund sein dürfte.

Einen besonderen Akzent hat der Osthandel für Länder an der Nahtstelle zwischen Kommunismus und Kapitalismus, vor allem in einem geteilten Land wie Deutschland. In Westdeutschland wird jede Verstärkung des Handels der Westmächte mit der DDR mit großem Mißbehagen registriert.

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bieten wir zu richten an Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstr. 96.

Bremen, 6. Februar 1965

BREMEN

INFORMATIONEN
DER BREMER GRUPPE
ARBEITERPOLITIK

AN UNSERE LESER

VI. JAHRGANG - NR. 2 - BREMEN, 22. MAI 1965

Vor 20 Jahren...

Der allgemeine Sinn davon, daß man dem deutschen Volke die Schuld für Nazismus und Krieg gibt, kann wohl nur sein, daß man dem deutschen Volke vorwirft, daß es keine Revolution gegen das nazistische Regime vor und während des Krieges durchgeführt hat.

Aber vor dem Kriege wurde ja der Nazismus in Deutschland, der Faschismus in Italien und der Falangismus in Spanien willkommen geheißen vom englischen, französischen und amerikanischen Kapital. Sie unterstützten diese Bewegungen, da sie in ihnen ein Bollwerk gegen die sozialistische Revolution und eventuell Kreuzfahrer gegen die "Roten" in Rußland sahen. Erst als diese vom englischen, französischen und amerikanischen Kapital bestellten Mächte der kapitalistischen Ordnung drohten, in das Gebiet einzubrechen, in dem die Westmächte selbst herrschten, trafen sie auf Widerstand.

Und während des Krieges selbst war die politische Kriegführung der Alliierten auf ein doppeltes Ziel abgestellt: Deutschland außer Spiel zu setzen als den stärksten kapitalistischen Konkurrenten und gleichzeitig die sozialistische Revolution in Deutschland zu verhindern. Um dieses letztere Ziel zu erreichen, stellte man die Forderung der "bedingungslosen Kapitulation", die nicht nur für die Nazis galt, sondern auch für jedes antinazistische Regime.

Eine Revolution ist unmöglich, wenn sie nur die Aussicht eröffnet auf Verstümmelung, Zerstückelung und Versklavung des Landes.

Diese Forderung der bedingungslosen Kapitulation erfüllte daher ihren Zweck. Sie verhinderte, daß die große Masse der Arbeiter sich mit der großen Masse der gemeinen Soldaten verband zum Sturz des Regimes.

Diese Tatsachen beweisen, daß es nicht das Ausbleiben der deutschen Revolution war, das die politische Kriegführung der Alliierten und die nachfolgende Versklavung Deutschlands bestimmte. Umgekehrt: Die alliierte Politik gegenüber Deutschland war bestimmt erstens von dem kapitalistischen Bewußtsein von der Nähe der revolutionären Gefahr und von dem Risiko, die diese für den Fortbestand der ganzen kapitalistischen Ordnung bedeuten, und zweitens von dem festen Willen, um jeden Preis die Revolution zu verhindern, selbst wenn das auf Kosten einer Kriegsverlängerung und erhöhter Opfer an Menschen und Geld geschehen mußte. Der Krieg gegen Deutschland hatte also zwei Ziele: Er war ein Krieg gegen den Imperialismus in Deutschland und ein Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland. Der "Friede" mit Deutschland, der jetzt stückweise zusammengeflickt wird, ist eine Fortsetzung dieses Krieges mit anderen Mitteln. Nach der zerschmetternden Niederlage des deutschen Imperialismus tritt jetzt der Krieg gegen die sozialistische Revolution in Deutschland in den Vordergrund.

August Thalheimer (September 1945)

I N H A L T

Weltpolitische Übersicht:

Angst und Verwirrung	Seite 2
Der Krieg in Vietnam - Weichenstellung der Weltpolitik	Seite 10

Verfährung:

Müssen wir mit Mördern leben?	Seite 13
-------------------------------------	----------

Gewerkschaftspolitik:

Tarifaueinandersetzungen im Bundestags-Wahljahr	Seite 17
Versucht die SPD die Angestelltenarbeit des DGB zu beeinflussen?	Seite 18
Maikundgebung in Nürnberg	Seite 20
Bremen: Kampftag der Arbeit	Seite 22

Nachtrag:

USA überfallen Dominikanische Republik	Seite 24
--	----------

Weltpolitische Übersicht:

A N G S T U N D V E R W I R R U N G

Der Krieg in Vietnam vermehrt in der Bevölkerung Verwirrung und Angst. Die Bevölkerung betäubt ihre Angst durch Flucht in Vergnügen, oder was sie dafür hält. Die Verwirrung ist, gewollt und ungewollt, politisch geschaffen worden. Der USA-Imperialismus flieht jetzt aus der Sackgasse seiner Weltgendarmenrolle in den Krieg, weil er in Vietnam auf immer mächtigeren Widerstand gestoßen ist. Die USA und ihre Verbündeten haben Angst, daß durch eine entscheidende Niederlage in Vietnam ihre Weltgendarmenrolle zu Ende wäre - auch außerhalb Süd-Ost-Asiens. Hauptleidtragender dieses Prestigeverlustes der USA wäre ihr bundesrepublikanischer Satellit, dessen Weltpolitik auf die Macht und Unterstützung des amerikanischen Imperialismus aufgebaut ist. Die westdeutschen Illusionspolitiker haben zwar die Bundesrepublik zur ökonomisch drittgrößten Macht neben der USA und der SU und zum Wohlfahrtsstaat gemacht, aber ihre politische Macht und ihren Einfluß auf die Weltpolitik nicht annähernd gefördert. Ihre politische Macht ist von den USA geborgt, die den deutschen Kapitalismus wieder restaurierte, um die amerikanische Front gegen den sozialistischen Block aufzurichten. Die USA haben sich die bundesrepublikanische Macht gekauft. Die Innen- und Außenpolitik wird von den USA bestimmt. Seit zwanzig Jahren folgt die deutsche Bourgeoisie allen amerikanischen Forderungen.

Die Politik der Truman-Churchill, die im Kampf gegen die Sowjetunion diese 1947 als erste Etappe in ihre alten Grenzen zurückwerfen wollten, ist gescheitert. Das Einflußgebiet der SU ist stärker geworden. Wenn jetzt in Süd-Ost-Asien der Nachweis geführt werden würde, daß die Rolle der USA als Weltgendarm scheidet, wäre das die entscheidende Niederlage der Weltpolitik der Vereinigten Staaten und des Weltimperialismus. Darum geht es in dem amerikanischen Krieg in Vietnam. Die burlesken Taten des treuesten amerikanischen Vasallen, der Bundesrepublik, wirken als Komödien im tragischen Weltkampf zwischen Weltkapital und Sozialismus. Doch davon später.

Durch unsere begrenzten Möglichkeiten, die unserer politischen Richtung im proletarischen Klassenkampf zur Verfügung stehen, ist der Wirrwarr nicht ausreichend aufzuklären. Der Wirrwarr besteht darin, daß in der Weltpolitik und in der die ideologischen Widerspiegelungen der verschiedenen Klassen- und Schichteninter-

sen, die aufeinanderstoßen, zur Zeit die Kräfteverhältnisse nicht richtig abgeschätzt werden können.

Der Weltkapitalismus, seine Anhänger und seine Mitläufer glauben, sie kämpfen gegen den Kommunismus. In Wirklichkeit kämpfen sie gegen die Vorläufer des Kommunismus. Eine kommunistische Revolution, in der das Proletariat die politische Macht in einem hochentwickelten kapitalistischen Land erobert, hat bis jetzt noch nirgends stattgefunden. Die russische Revolution und die chinesische Revolution, in denen die Kommunisten die Macht eroberten, waren beide nur Nachläufer der kapitalistischen Revolutionen Europas; der Aufstand der Niederländer, der englischen und französischen Revolutionen. Sie waren und sind nur Ausgangspunkte, Übergänge vom weltpolitisch noch existierenden Kapitalismus zum Sozialismus. Weder in Rußland noch in China konnte ein im Kapitalismus auf die höchste Stufe entwickelter, in Privatbesitz befindlicher Produktionsapparat vergesellschaftet und von dazu fähigen Kommunisten planmäßig in den Dienst der Bedarfsbefriedigung der Gesamtheit überführt werden. Kapitalistisch auf höchste Stufe entwickelte Produktionsverhältnisse waren weder in Rußland noch in China vorhanden. Sie mußten durch Akkumulation von Betriebskapital und durch Schulung und Erziehung der Massen erst geschaffen werden. Das führte zu ähnlichen Verhältnissen wie bei der Kapitalakkumulation im Frühkapitalismus, zu Massenelend, Hungersnöten usw.

Die orientalischen Befreiungs-Revolutionen, 1906 in Persien, 1908 in der Türkei, 1911 in China, scheiterten. Das Ziel dieser Befreiungsrevolutionen war die Ersetzung des fremden Kapitalismus, der Herrschaft der Imperialisten, durch einheimischen Kapitalismus und einheimischer Bourgeoisie. Nur in Japan gelang diese Entwicklung. 1917 wurde in Rußland, in China im Anschluß an die Sun-Ya-Tsen-Revolution 1911, der Widerstand des fremden Kapitalismus gebrochen, die Interventionen der Engländer, Amerikaner, Franzosen und Japaner besiegt. Die Kräfte, die in Rußland den Zarismus, in China die USA und Japan besiegten, waren verelendete Bauern, die von Kommunisten organisiert und geführt wurden. Die Bauern in Rußland, die sich durch die Verjagung ihrer Großgrundbesitzer, ihrer Offiziere den Grund und Boden aneigneten, wobei sie von Bolschewiki geführt wurden, kämpften nicht für Sozialismus oder Kommunismus, wofür sie keinerlei Bedürfnisse noch Verständnis entwickelt hatten, sondern für Bauern-Emanzipation nach europäischem Muster. Aber das europäische Muster war im Rußland der kapitalistischen Unterentwicklung nicht anwendbar. In China haben die Bauern, die 80 Prozent der Bevölkerung ausmachen, zwanzig Jahre unter Führung der Kommunisten Bürgerkrieg und Krieg gegen Japan geführt. Sie erstrebten nicht sozialistische Ziele, sondern erträgliche Lebensbedingungen durch Schuldabwälzung, Pachtzins-Herabsetzung. Die KP Chinas gab den Bauern Organisation und Führung im Kampfe zur Erreichung dieser Ziele - die Parallele zur Hilfe der Bolschewiki für die Bauern bei der Bodeneroberung. Dadurch gewannen die kommunistischen Parteien das Vertrauen der Bauernmassen und organisierten sie in China zum Partisanenkrieg. Kleine Gruppen von Partisanen überfielen ihre Feinde und die Japaner, besetzten Randgebiete, versorgten sich mit Waffen und zogen sich vor dem Gegenangriff überlegener Kräfte zurück. Wo die Möglichkeit dazu bestand, tauchten sie in der Bauernbevölkerung unter und bereiteten neue Angriffe auf die schwachen Stellen der Feinde vor. Durch die mit den Partisanen sympathisierenden Bauern wurden die Kommunisten aufs Beste informiert. So entwickelte sich aus den kleinen Resten, die nach dem Neuntausend-Meilen-Marsch im Norden ankamen und sich mit dem Teil, der in Shensie saß, vereinigten, die Kraft, die 1949 die von den USA gestützten und geführten, zahlenmäßig weit stärkeren Truppen Tschiang Kai-tscheks aus dem Lande warf und sich dabei mit den Waffen, die die Amerikaner Tschiang Kai-tschek geliefert hatten, ausrüsteten.

"In 141 Tagen, vom 12. September 1948 bis zum 31. Januar 1949 wurden 1.540 000 feindliche Truppen hinweggewischt, und der ganze Norden und Nordosten Chinas und andere Gebiete befreit. Bei dem Weitemarsch der Hauptmacht unserer Armee zur Nordbank des Jangtse, wagten die geflohenen, zerschlagenen Kuo mingtan-Konterrevolutionäre erneut Widerstand. Das beschleunigte ihre Vernichtung. Unsere Praxis des revolutionären Krieges

bewies sich als richtig. Der Angriff auf die konterrevolutionäre Hauptmacht setzt voraus, daß die Unterlegenheit der revolutionären Kräfte in Überlegenheit verwandelt worden war, in Überlegenheit als strategische Macht zur Zerstörung der bereits angeschlagenen Kuomintang-Konterrevolutionäre. Das war zielklar angewandt worden. Die Methoden des Kampfes zur Konzentrierung einer Überlegenen Kraft zur Zerstreung der feindlichen Kräfte, einer nach der anderen, ist die konkrete Verkörperung des strategischen und taktischen Denkens. Die Konzentrierung einer überragenden Kraft zur Zerstörung der feindlichen Kräfte einer nach der anderen ist die wirksamste Methode des Kampfes beim Wechsel der Situationen, in welchen der Feind stark ist und wir schwach, um rasch den Endsieg zu gewinnen."

(Peking Review)

Die Vereinigten Staaten erwiesen sich in diesen Kämpfen gegen die chinesische Revolution als Papiertiger. Das ist kein Propagandatrick, sondern Tatsache, in allen bisherigen Kämpfen gegen die chinesische Revolution. Was ist die Basis dieser Kräfteentwicklung? Mao Tse-tung hat mit der Methode des historischen Materialismus und den praktischen Erfahrungen dieser Kämpfe, an denen er von Anfang an teilgenommen hat, die Aufgaben studiert, formuliert und praktiziert. Er hat diese Lehre also nicht im Kopf erfunden, sondern in der chinesischen Wirklichkeit entdeckt und gefunden. Wir können nur einige Tatsachen anführen.

Mit China tritt ein historisch anders entwickeltes Gebiet in die Periode der nationalen Befreiungs-Revolutionen. In Vietnam, Nord-Korea kämpfen die ideologisch fortgeschrittensten Elemente, zu denen auch die japanischen Kommunisten und Teile von Indonesien gehören.

China hat sich ohne metaphysische Religionen entwickelt, ohne an übersinnliche Götter oder an einen Einzelgott zu glauben, der die persönlichen Schicksale der Menschen lenkt. Europa hat trotz aller religiösen Nuancen im Christentum die Metaphysik seiner Kulturentwicklung zugrunde gelegt: Der Mensch denkt, Gott lenkt! - Es fällt kein Haar vom Haupt der Menschen ohne göttliche Einwirkung! Die Metaphysik erleichterte und ermöglichte die Flucht des sehr irdischen Urchristentums in den Himmel des die persönlichen Geschicke lenkenden Gottes.

Anders in China. 551 Jahre vor unserer Zeitrechnung wird in China Con Fu-tse, der Begründer des Konfuzianismus geboren. Er tritt als Lehrer des Volkes auf, nicht als Religionsstifter. Diese Lehre ist materialistisch, ohne Mystik. Sogar der verspätet aus Indien nach China eindringende Buddhismus hat in seiner chinesischen Form am Materialismus festgehalten, die mystische Religion abgelehnt. Hier einige Beispiele, zitiert aus "Science und Civilisation in China".

"Auf die Frage, wenn es wahr ist, daß der Himmel nur eine Anhäufung von Wolken und Luft ist, warum fällt die Sonne, der Mond und die Stellung der Gestirne nicht auf uns herab? Antwort: Die glänzenden Lichter sind nur scheinende Massen kondensierter Luft! Aber was ist die Erde selbst, wenn sie in Stücke fällt? Die Erde ist auch nur eine Anhäufung (chinesisch chi) von Materie (chinesisch khnas), welche alle vier Ecken des Raumes füllt, es gibt keinen Teil, wo diese Materie nicht ist! Fan (Tzu) Chih lachte und sagte, Regenbogen, Wolken, Nebel, Wind und Regen, die vier Jahreszeiten, alle diese Formen von Luftanhäufung machen den Himmel. Berge und Klippen, Ufer und Seen, Metalle und Felsen, Feuer und Holz, sind alles Ansammlungen von Materie und bilden die Erde. (Seite 41)

Chi-lu fragte Konfuzius: Was sind die Gespenster und Geister? Der Meister antwortete: Du weißt nicht zu leben. Wie kannst Du was vom Tode wissen." (Seite 13).

Der Himmel bedeutet und bedeutet in China nichts mystisch religiöses, der Himmel (Tien) ist chinesisch das Weltall, das alles Gute und Schlechte enthält. Das wird oft dem Dämonismus zugeschrieben und mit ihm verwechselt, der aber ebenfalls nichts religiöses im europäischen Sinne bedeutet, sondern materiell-fantastisch ausgeschmückte Haus- und Stammgötter-Verehrung bedeutet. Auf der Grundlage des Konfuzianismus und seiner Nuancierung durch Lactismus (Taoismus) und der chinesischen Form des Buddhismus entsteht keine religiöse Hierarchie. Patriarchat und Autorität herrschen in der chinesischen Familie und Gesellschaft vor. Obgleich wir keine Belege dafür fanden, daß diese Entwicklung in der urkommunistischen Gesellschaftsordnung in China entstanden sein muß, ist für mich klar, daß der urkommunistische Gesellschaftszustand die Basis der Ideologie des Konfuzianismus war und ist. Daß von Matriarchat wenig zu erfahren ist, ist wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß in China anders als in den meisten Ländern ein Reiter-Steppen-Volk zur Bodenbearbeitung sich wandte. Tiere züchten ist Männerarbeit, während der frühe Ackerbau reine Frauenarbeit war und als solche die Basis des Matriarchats bildete.

Es wird häufig die Bodenaufteilung im Frühfeudalismus, als die Bauernausbeutung noch durch die Mägen und Lenden der Feudalen begrenzt war, soweit diese nicht mehr bloße von der Gentilgemeinde eingesetzte Krieger waren, auf einen in China bestehenden Ausnahmezustand zurückgeführt, ohne zu wissen, daß Bodenaufteilungen überall in der Übergangszeit vom Urkommunismus zur Privat- und Geldwirtschaft im Feudalismus bestanden hatten. In Teilen des heutigen Jugoslawien haben noch bis vor dem ersten Weltkrieg Bodenaufteilungen stattgefunden. In Deutschland bis ins späte Mittelalter, Allmende usw.

In die so geformte Gesellschaft bricht 1740 mit dem britischen Opiumkrieg die europäische Kolonialpolitik in China ein. China hatte sich jetzt nicht mehr gegen nomadische Eroberer zu wehren, was es Jahrtausende tun mußte und konnte. Die tausendjährige chinesische agrar-demokratische Gesellschaft wurde zersetzt. Der Kolonialpolitik der Engländer und Franzosen mit ihren überlegenen Waffen war es nicht gewachsen. Die alte herrschende Klasse der Mandschu-Mandarine wurde vom Taiping-Aufstand der Bauern besiegt. Aber die Engländer und Franzosen unterstützten die Mandschu-Herrschaft gegen die erfolgreiche Bauernrevolution. Da aber auch die Mandschu-Herrschaft die Kolonialherren nicht genügend begünstigte, trieben England und Frankreich, deren beutesuchende Kolonialherren sich erweiterten aus Rußland, Japan und Deutschland, China ins Chaos. 1911 versuchte Sun Ya-tsen mit orientalischen Revolutionsmethoden den Kolonial-Kapitalismus zu vertreiben. Nach japanischem Vorbild wollte er anstelle der Imperialisten einen chinesischen Kapitalismus setzen, für den aber die Voraussetzungen fehlten. Sun Ya-tsen interessierte sich für die russische Revolution und ging bis zur Zusammenarbeit mit der SU. Aber erst die Führung der KPCh unter Mao Tse-tung und einer kleinen Gruppe kommunistischer Intellektueller gelang es, die Bauernmassen auf den Weg der Befreiung zu führen.

Wir müßten jetzt die europäische Parallelentwicklung der SU und ihre anderen Voraussetzungen im Einzelnen schildern. Raumangel zwingt uns, uns auf folgendes zu beschränken:

Die chinesische Bauernmasse gehört zu den entwickeltsten Werktätigen vor dem ersten Weltkrieg. Die russische zu den unterentwickelten. Unter dem Zarismus war eine Entwicklung der Produktivität des russischen Bauern auf die Stufe der Produktivität des chinesischen Bauern nicht möglich, nicht nur des Zarismus wegen, sondern auch auf Grund der klimatischen Verhältnisse. Der russische Bauer mußte während des Winters monatelang untätig und erwerbslos .oft öf hungernd auf dem Ofen verbringen. Die Religiösität hinderte den russischen Bauern an der geistigen Entwicklung. Umgekehrt in China. Die Basis des chinesischen Materialismus erleichterte auch den Werktätigen dort den Anschluß an die gesellschaftliche Entwicklung. Der Chinese ist in der ganzen Welt nicht nur der arbeitsfähigste Kuli gewesen, sondern auch als Händler, Kaufmann, Dienstleiter eroberten und erobern sie durch Spitzenleistungen hervorragende Stellungen. Nicht nur in Asien, auch in Südamerika, zum Beispiel in Kuba haben sie das Monopol in der Gast- und Schankwirtschaft, in den Fischereien usw.

Die Erfahrungen der Massen in China im Taiping-Aufstand und in der Kuomintang unter Sun Ya-tsen erdöhensie zu revolutionärem Denken und Handeln. In Rußland fehlten den Bauern solche Erfahrungen. Den großen Kämpfen der Industrie-Arbeiter standen sie bis 1905 verständnislos gegenüber. Erst 1917 wurden sie zur Kraft, die die Zerstörung der Wirtschaftsmacht des Großgrundbesitzes und der Staatsmacht des Zarismus, der Armee, der Polizei und der Bürokratie herbeiführte.

In China wird der von den Kommunisten organisierte und geführte Bauer entscheidender Vaterlandsverteidiger im Kriege gegen Japan, gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen dessen Lakaien Tschiang Kai-tschek.

In China wird die Erziehung der arbeitenden Masse zum Sozialismus und zum Kommunismus kaum weniger qualvoll, wenn auch in anderer Art und wahrscheinlich in kürzerer Frist vor sich gehen.

In China ist bis jetzt die Zwangskollektivierung vermieden worden; damit konnten solche Folgen nicht auftreten, wie die Massengegnerschaft der Bauern in der SU gegen die Zwangskollektivierung, die sich noch bis heute durch Vernachlässigung der Arbeit in den Kolchosen zu Gunsten der Arbeit auf dem privaten Bodenanteil auswirkt. In den SU fehlt die Initiative zum sozialistischen Aufbau und damit zur Ersetzung der Bürokratie. Sie läßt sich nicht durch bloßen Befehl von oben schaffen. Sie läßt sich erst recht nicht schaffen, wenn die Massengegnerschaft durch unsachverständige Taten und Befehle, wie in der Chruschtschow-Periode, verschärft wird. Jetzt kehrt die Regierung Breschnew-Kossygin zum alten Zustand zurück. Der offizielle Kommentar zum ZK-Beschluß der Parteiorganisation enthält im Moskauer "Kommunist" Nr. 16 folgende Stellen (auszugsweise):

"Die erfolgreiche organisatorische Leistung der Partei ist mit Subjektivismus, Projektmacherei und unbegründeten Improvisationen unvereinbar Unsere Erfolge beim kommunistischen Aufbau, bei der Entwicklung der Wirtschaft des Landes und bei der Erhöhung der Lebenshaltung der Werktätigen könnten bedeutender sein, wenn sich in den letzten Jahren nicht einige organisatorische Maßnahmen, die das Ergebnis von Subjektivismus und Übereilung waren, negativ auf den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau ausgewirkt hätten

Die Teilung der Parteiorganisation und gleich danach der Sowjet-, Gewerkschafts- und Komsomol-Organisationen hat so viele verschiedenartige Schwierigkeiten, Komplikationen und Mängel gezeitigt, daß es bei der Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile deutlich wurde: die Minusseite überwiegt hier klar gegenüber der Plusseite

Diese ganze Zeit hindurch hat es zwischen den Partei-Komitees, bei den Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltungen und den Partei-Komitees für die Industrieproduktion endlose Diskussionen darüber gegeben, welche von ihnen sich mit den Rayon-Behörden für Handel, öffentliche Dienstleistungen, Volksbildung, Gesundheitswesen und Kultur zu befassen habe

Die Umgestaltung der Leitungsorgane nach dem Produktionsprinzip hat sich äußerst nachteilig auf die Tätigkeit der Sowjets der Werktätigen-Deputierten ausgewirkt."

Ohne es beim Namen zu nennen, ist das die Charakterisierung der Chruschtschow-Periode.

Robert Guillaine, China-Sachverständiger des "Le Monde", berichtet aus Peking, daß die KP Chinas mitteilte, zur wesentlichen Verbesserung der Lebenshaltung in China seien noch Jahrzehnte erforderlich. Man vermeidet Prahlereien, wie die vom Überholen Englands in vergangenen Jahren. Auch in China ist das Warten auf Anweisungen von oben zur Anleitung der Gruppenarbeit hemmend. Trotz ungeheurer Anstrengungen in den Kommunen wurden 1963 nur 190 Millionen Tonnen Getreide produziert, also nur wenig mehr als vor dem "großen Sprung" und in den Jahren vor den Mißernten. Eine Million Traktoren werden gebraucht, aber China besitzt nur 70 000 Stück. 400 000 Lastwagen - niedrig geschätzt - werden benötigt, kaum ein Drittel davon sind vorhanden. 40 Millionen Tonnen chemische Düngemittel sind nötig, aber kein

Zehntel dieser Menge wird in China produziert. - Die KP Chinas stellt den industriellen Aufbau ganz in den Dienst des Aufbaus der Landwirtschaft. Die rasche Zunahme der Bevölkerung peitscht zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion an ...

Unter diesen objektiven Bedingungen der chinesischen Revolution drohte die Katastrophe, als im Juli/August 1960 die russischen Aufbauexperten zurückgezogen wurden. R. Guillaime gibt in seinem Reisebericht folgende Zahlen an, die deutsche Übersetzung erschien am 2. 1. 1965 in der "Welt":

"1390 Spezialisten reisten ab, 250 Unternehmen wurden betroffen, 34 Verträge zerrissen, 257 gemeinsame Pläne annulliert."

Dieser Akt des Hochverrats an der chinesischen Revolution ist der schamloseste Teil der Chruschtschowschen Politik. Er war der Startschuß zur Auslieferung Vietnams und Chinas an die USA-Imperialisten. Chruschtschow wollte damit den Frieden durch Verständigung mit Kennedy in der Welt sichern. Aber er bereitet den Krieg vor. Um seine Politik zu rechtfertigen, produzierte und propagierte er die Lüge: China treibe zum Krieg. Eine Weile glaubten das die SU-Werkstätigen. Spät, nicht zu spät, wurde mit Chruschtschow Schluß gemacht. Nur der gemeinsame Kampf der SU und Chinas gegen den amerikanischen Krieg kann den Hochverrat sühnen.

In der Bundesrepublik nimmt die Verwirrung und die Angst in den Parteien und in der Regierung die grotesksten Formen an. Als gehorsame Satelliten der USA-Imperialisten geraten die bundesrepublikanischen Parteien und die Regierung in die Klemme; nämlich durch die Belieferung Israels mit amerikanischen Waffen:

Die USA-Regierung wollte und will es nicht mit den Arabern verderben. Wozu hat man seine gehorsamen Mittelsleute?

Als dann unter den Angriffen Nassers die Bundesrepublik durchsickern ließ, was alle Welt wußte, daß sie im Auftrag und im Dienste der USA handelte, bekam die Bundesregierung Prügel, weil sie gepetzt hatte.

Es wurde dann das Fixierbild vorgeführt, demnach angeblich Adenauer das Geschäft privat mit dem alten Präsidenten Israels, Ben Gurion, abgemacht habe. Es wird begründet, es seien ja keine Dokumente im Auswärtigen Amt vorhanden.

Dazu kommt die Franz-Josef-Strauß-Variante: Es heißt, der ehemalige Verteidigungsminister habe die Hände im Spiel, er sei ja in Israel gewesen.

Die Bundesregierung und ihre folgsamen Parteien kamen vom Regen in die Traufe.

Als dann Nasser Ulbricht zu einem Staatsbesuch einlud, wurde es noch toller. Wieder benutzten die Regierung und ihre Parteien die Gelegenheit, sich zu blamieren. Man schrie lauthals Erpressung und Verrat und rief die Verbündeten um Hilfe an. Diese aber ließen die Bundesrepublik ihre sich selbst eingebrockte Suppe allein auslöffeln. Da erklärte die Regierung und wieder alle drei Parteien folgten: Die Bundesrepublik wird die Waffenlieferungen an Israel einstellen, dafür aber Israel diplomatisch anerkennen, was man bis dahin immer aus Rücksicht auf Nasser und die Araber verweigert hatte. Aber alle diese Dummheiten genügten noch nicht. Eine weitere wurde bewerkstelligt. Nach sechseinhalb Jahren rief man den Bundestag nach Berlin ein, um Macht und Recht der Bundesregierung zu demonstrieren. Die DDR verweigerte den Bundestagsabgeordneten die Durchreise, ließ Manöver der DDR-Streitkräfte mit den Truppen des Warschauer Paktes arrangieren und blockierte die Straßen und die Schifffahrtswege.

Das Publikum, das die Folgen dieser Politik ausbaden mußte und angeblich nicht murkte, nennt man Patrioten, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung Opfer zu bringen bereit sind.

Die französische Zeitung "Combat" fragt:

"Es heißt nicht zuviel sagen, wenn man behauptet, daß die Zukunft der Ost-West-Beziehungen beginnt
Aber wer glaubt ernsthaft, daß für den einen wie für den anderen der beiden Partner die Wiedervereinigung noch ein Ziel und nicht ein Vorwand ist?
Für Kanzler Erhard ist die Wiedervereinigung ein Wahlthema
Für General de Gaulle dient sie den Zwecken, die er mit einem größeren Europa verfolgt. Sie kommt einer Politik des Gegengewichts zur amerikanischen Stärke zu Hilfe. Aber was auch immer die geheimen Motive sein mögen, am Ende dienen sie dazu, den Frieden voranzutreiben."

In der Bundesrepublik spielen die Regierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien weltpolitisch Schattenboxen. Die Westmächte erlaubten in der Bundesverfassung der Bundesrepublik das Recht auf Vertretung für ganz Deutschland. Die Regierung und die Parteien gaben sich selbst das Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung. Aber Recht wird nur insoweit Wirklichkeit, als Macht zu seiner Durchsetzung dahintersteht.

Auf Grund der Kapitulation der deutschen Regierung, die den Krieg angestiftet, geführt und verloren hat - deren Klassenangehörige aber von den USA wieder in die Macht gesetzt wurden - hat die Bundesregierung dieses Recht nicht einmal formal. Auf dreiste Art melden jedoch Bundesregierung und Parteien die Revision der Kapitulation und der Folgen des verlorenen Krieges an - nur mit friedlichen Mitteln, wie sie bis jetzt behaupten und was man ihnen auch solange glauben darf, als sie die militärischen Machtmittel zum Revanchekrieg nicht haben. Die Opfer des Krieges der deutschen Imperialisten werden - wie die Beistandspakte für die DDR und Polen beweisen - auf diese Revision nicht ohne feste Garantien eingehen, die die Gewähr bieten, daß die Bundesrepublik nicht den dritten Weltkrieg vorbereiten und führen kann.

Das bedeutet nicht, daß keine Verständigung stattfinden kann. Aber mit Appellen an die Humanität locken die deutschen Bundes-Humanisten keinen Hund hinterm Ofen hervor. Die Begründung, daß die Zwanzig- bis Dreißigjährigen schuldlos sind, ist richtig. Aber unsere christliche Regierung und die christlichen Parteien stehen doch zu dem Glaubenssatz, daß die Sünden der Väter bis ins dritte, vierte Glied verfolgt werden. Auch die, die diesen Glaubenssatz nicht haben, handeln in der Praxis danach, wenn sie die Macht dazu haben.

Zum Wandel im Parteiloben schreibt Kurt Becker in der "Welt" vom 27. 3. 1965:

"Die Partei - das heißt bei den christlichen Demokraten vor allem: der Kanzler, die Regierung, die Fraktion im Bundestag. Dort liegt ihre Macht, nicht etwa bei der Parteiorganisation. Nichts von dem ist eingetreten, was viele Jahre zuvor mancher befürchtet, mancher gehofft hatte, daß nämlich die Union in ihre eigentlichen Bestandteile wieder zerfalle, in Konservative, Liberale und den linken Flügel, der von katholischen Gewerkschaftern geführt wird. Und dennoch ist nichts mehr wie früher."

Hier wird auf eine wichtige Erscheinung aufmerksam gemacht, die manche Verwirrung erklären kann. Es gibt keine Weltanschauungsparteien. Alle deutschen Parteien haben nicht einmal einheitliche Ideologien. In den Volksparteien sammeln die Berufspolitiker ein Sammelsurium von Interessenten, die sie mit Subventionen, Geschenken und Versprechungen zusammenzuhalten versuchen. Ein plebejisches Gegenstück zur Politikmacherei der Monopole. Die Volksparteien werden vom Staat finanziert. Das ist die Praxis der parlamentarischen Demokratie - die Freiheit zur legalisierten Prollerei.

Zur Verteidigung Vietnams und zur Verteilung der Imperialisten muß die größtmögliche Zahl von Kämpfern gesammelt, organisiert und geführt werden. Opposition und Proteste genügen nicht. Im jetzigen Stadium des Kampfes in Süd-Ost-Asien, der mit den Methoden des Partisanenkampfes geführt wird und geführt werden muß, müssen die Werktätigen der entwickelten kapitalistischen Länder in den Kampf geführt werden. Dazu bedarf es besonderer Methoden. Partisanen-Kämpfer in Europa sind zur Zeit unmöglich. Ob Partisanenkampf-Methoden in einem späteren Stadium in Europa - die sich wegen der dichten Besiedelung in den großen Städten abspielen müßten - möglich sein werden, ist zweifelhaft. Die Erfahrungen in China und im fernen Osten sind nicht ohne weiteres übertragbar.

Unsere Aufgabe ist es nicht, Zukunftspropaganda zu treiben und mit künftigen Siegen zu prahlen, sondern die richtigen Kräfteverhältnisse, die den Kampf unter den gegebenen objektiven Voraussetzungen möglich machen, genau zu erforschen.

In der Bundesrepublik befinden sich alle Bundestagsparteien im Lager der amerikanischen Imperialisten. Sie alle loben Johnsons Friedensangebot mit Bomben- und Napalmangriffen auf Nordvietnam und mit Anwendung "humanen" Giftgases, das nur betäubt und nicht sofort tötet, damit die Fallschirmspringer dann die Wehrlosen mit Knüppeln tötschlagen, die zur Folter Auserwählten solange am Leben lassen können, bis die erwünschten Geständnisse erpreßt sind.

Die Stellung der CDU/CSU, der FDP und der Sozialdemokraten unterscheiden sich nur in Nuancen in ihrer Zustimmung zur Politik der Amerikaner. Einige Gewerkschaften und Pazifisten - Ostermarsch-Demonstranten - fordern die Einstellung der Bombenüberfälle auf Nordvietnam. Die Politikanten und Wortführer unserer Volksparteien sind nicht die Urheber der Passivität der Massen, sondern in der Hauptsache nur Ausnutzer und Nutznießer der Massen-Passivität. Das ist nicht nur in der Bundesrepublik so, sondern auch in England, wo die Labour-Regierung noch schamloser den Lakaien der amerikanischen Imperialisten spielt - die "linke" der Labourabgeordneten ist für die Tolerierung der Wilson-Politik als das kleinere Übel, da sonst die Labour-Regierung gestürzt würde. In Frankreich und in Italien, wo Arbeiter und Werktätige streiken, sind diese nur mit der Propaganda für unmittelbare Tagesforderungen zu mobilisieren. Das ist die Ausnützung der parlamentarischen Demokratie durch die Arbeiter in Europa und in den Vereinigten Staaten. Die Aktivität der Werktätigen zum Kampf um Tagesbedürfnisse kann bei der Hochkonjunktur mehr oder weniger leicht durch Zugeständnisse entspannt und unwirksam gemacht werden, ohne dabei den Profit zu schmälern. Ein Krieg in und um Süd-Ost-Asien in der erweiterten Form des Korea-Krieges kann von den Profit-Imperialisten als ein Mittel gegen die Überproduktionskrise ausgenutzt und begrüßt werden. Jetzt kostet der Krieg in Vietnam den USA bis 2 Prozent des Militär-Budgets. Materiell kann und wird die USA den Ost-Asien-Krieg noch lange aushalten. Die Profite werden weiter steigen. Aber durch die Entwicklung seiner ungeheuren Produktivkräfte beschleunigt der Kapitalismus seinen eigenen Untergang, nämlich durch die zwangsläufige Revolutionierung der Massen, die heute seine Stütze sind. Diese entwickelte kapitalistische Gesellschaft lebt im Wiederkaufen ihrer eigenen Widersprüche, bis sie stummreif ist.

Der angeblich überholte und veraltete Karl Marx hat vor mehr als hundert Jahren folgende Analyse der kapitalistischen Entwicklung gegeben, die uns einen Schlüssel zur Erklärung der heutigen Verwirrung geben kann:

"Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische

tische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, aber die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktionskräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung des Antagonismus."

Diese Analyse widerlegt Lenins wirksame Propaganda-Lösung vom "Imperialismus als letzte Phase der kapitalistischen Gesellschaft". Der Imperialismus schafft sich in Formen des Neokolonialismus und Monopol-Kapitalismus und langanhaltender Profitkonjunktur veränderte Formen zum Weiterleben. Wenn Süd-Ost-Asien und China den Kampf im wesentlichen ohne wirksame Hilfe der Werktätigen der entwickeltsten kapitalistischen Länder führen müssen, kann er Jahrzehnte erfordern, bevor die Entscheidung gefallen ist, in der die USA-Monopol-Kapitalisten und Imperialisten in diesem Kampf letzten Endes zum Papiertiger würden. Nennenswerte Hilfe ist vom Proletariat der entwickeltsten kapitalistischen Länder erst dann wirksam, wenn diese Werktätigen durch die Überproduktionskrise und durch Massenelend und Massenerwerbslosigkeit zum Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft gezwungen werden, wie zur Zeit die Werktätigen, in der Hauptsache Bauernbevölkerung, in den vom Monopolkapitalismus beherrschten Gebieten gegen ihre vorkapitalistischen Existenzbedingungen kämpfen müssen, weil sie ohne diesen Kampf überhaupt nicht leben können. Erst solche Bedingungen machen den revolutionären Kampf zum Bedürfnis der breiten Massen, die jetzt den Kapitalismus stützen, solange die kapitalistische Gesellschaft die Passivität der Massen durch Befriedigung der Bedürfnisse der Teile der Werktätigen, die für den Profit und die direkte Kriegswirtschaft unentbehrlich sind, durch erträgliche Lohn- und Arbeitsbedingungen kauft, wobei sie gleichzeitig einen anderen Bevölkerungsteil als Stumtrupps nach Art der SA, SS und anderer Berufsmörder und Henker sich schafft. Wir haben ja diese Entwicklung in Deutschland in Vorbereitung und Aufrichtung und Verfall des tausendjährigen Reiches vordemonstriert bekommen und erlebt. Stimmt es, daß die Geschichte nur dazu dient, nichts daraus zu lernen? Aber die Massen lernen nicht in erster Linie durch die Geschichte, sondern ihr Leben zwingt sie zum Kampf. Das kostet ungeheure Opfer. Sie werden in der kommenden Periode noch größer als in der vergangenen sein. Die Periode des Kampfes um die Umwandlung der lebensunfähig gewordenen kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische wird länger dauern, als die utopischen Träumer von der friedlichen Koexistenz glauben. An Grausamkeit und Mittel zum Quälen steht der sich verteidigenden kapitalistischen Gesellschaft ein Vielfaches zur Verfügung, das alle Grausamkeiten der Vergangenheit in den Schatten stellt.

Der Krieg in Vietnam - Weichenstellung der Weltpolitik

Die amerikanischen Bombardierungen Nord-Vietnams haben die Welt an den Rand eines Weltkrieges gebracht. Durch die Bombenangriffe mit bis zu 200 Maschinen wie am 23. April werden nordvietnamesische Ortschaften, Militäranlagen, Brücken in Schutt und Asche gelegt. Zivilisten und Krankenhäuser gehen an den Napalmbomben der USA zu Grunde. Verschiedentlich wurden Angriffe, so zum Beispiel am 20. März, sogar von Thailand aus vorgetragen. Auch die von der Befreiungsfront in Laos gehaltenen Gebiete sind das Ziel amerikanischer Bombardierungen. Küstenstädte und Ortschaften der Demokratischen Republik Vietnam sollen vom Meer aus durch die 7. US-Flotte beschossen werden. Die Hauptstadt Hanoi bereitet sich auf Luftangriffe vor und wird bereits evakuiert.

Die 30.000 amerikanischen Offiziere und Soldaten, die nun vom "Berater" zum Kombattantenstatus überwechselten, werden laufend verstärkt durch die berüchtigten "Leder-nacken".

Die finanzielle Stützung Saigons durch die USA soll über die jährliche Zahlung von 207 auf 330 Millionen Dollar erhöht werden. Damit soll die südvietnamesische Armee von 550.000 auf 650.000 Mann erhöht werden. Gleichzeitig versuchen die USA, den Krieg zu internationalisieren. 2500 technisch ausgebildete Elitesoldaten aus Südkorea wurden als Kanonenfutter ins Land gebracht. Auch der Einsatz philippinischer, nationalchinesischer und australischer Truppen ist im Gespräch. Bereits im Herbst vergangenen Jahres hatten die USA im Pazifik eine ungeheure Streitmacht zusammengezogen. Dem Flottenkommando Pazifik unterstanden:

230 000 Mann 125 Schiffe 650 Flugzeuge

Diese Streitmacht wurde erweitert auf:

272 000 Mann 220 Schiffe 3 000 Flugzeuge

Im Herbst soll die Flotte durch mit Reaktorantrieb versehene Flugzeugträger und Kreuzer weiter verstärkt werden. Ständig kreuzen U-Boote mit Kernwaffen an Bord vor der Küste Chinas.

Über den grausamen Krieg in Vietnam schrieb schon vor längerer Zeit die amerikanische Zeitung "The Nation":

"Die Wahrheit ist, daß die Armee der USA einige 10.000 Meilen von zu Hause entfernt kämpft, um eine offene und brutale Diktatur in einem niemals erklärten Krieg, der niemals die verfassungsmäßige Billigung des Kongresses der Vereinigten Staaten erhalten hat, zu unterstützen."

Nach Berichten aus den USA läuft zur Beeinflussung der Öffentlichkeit eine großangelegte Propagandakampagne und überschlägt sich mit Hetze und Falschberichterstattung über Nord-Vietnam. Damit soll die Meinung der 80 Prozent Amerikaner "umgebügelt" werden, die sich bis vor kurzem für einen baldigen Kriegeschluß aussprachen. Das läßt nichts Gutes ahnen. Es gibt sogar Senatoren, die "zu diesem günstigen Zeitpunkt" die Vernichtung des chinesischen Atomforschungszentrums fordern. Als Folgerung aus diesen Vorgängen und Fakten wird klar, daß die USA nicht gewillt sind, die drohende Niederlage hinzunehmen, sondern sich mitten in einer Verschärfung und Ausweitung des Konfliktes befinden.

Nach dem Bruch des Indochina-Abkommens durch die USA zerrissen sie nun auch das Völkerrecht mit ihren Angriffen auf ein souveränes Land ohne Kriegserklärung. Die UNO fand es nicht der Mühe wert, auch nur einen papiernen Protest anzubringen. Entgegen der sonstigen Heuchelei des Westens erweist es sich wieder einmal: Rechtsfragen sind Machtfragen.

Mit den Angriffen auf Nord-Vietnam versuchen die USA die Pleite ihres "Spezialkrieges" in Süd-Vietnam zu verhindern. Die Regierung Nord-Vietnams soll gezwungen werden, von ihrer Seite aus die Vietcong zum Rückzug zu bringen. Um die bisher gescheiterte Erpressung zu erreichen, wird die "Escalation" angeheizt. Neuerdings diskutieren offizielle "Washingtoner" Stellen den Einsatz taktischer Atomwaffen, um Vietnam von der Landkarte zu wischen. Die amerikanische Politik findet ihre Parallele in den Praktiken des deutschen Faschismus.

Was steht dieser Politik gegenüber:

Die Bereitschaft des vietnamesischen Volkes, bis zum Ende zu kämpfen;

Die Bereitschaft Chinas und einiger anderer sozialistischer Staaten, Vietnam notfalls zur Hilfe zu kommen;

Die Entwicklung der revolutionären Befreiungsbewegungen der Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die SU, das einzige Land, das im Moment dazu waffentechnisch in der Lage wäre, die amerikanische Aggression zu stoppen, hält sich offensichtlich zurück. Was sind die Ursachen: Die SU ist für eine diplomatische Lösung der Vietnam-Krise, was bedeuten würde, daß der amerikanische Einfluß in Süd-Vietnam und damit in Süd-Ost-Asien erhalten bleibt. Die Stagnation der revolutionären Bewegung wird die Sowjetunion hin-

nehmen, solange sie glaubt, dadurch den Frieden erhalten zu können. Die Pekinger "Volkszeitung" kommentierte diese Politik so:

"Die sowjetische Regierung ist dem amerikanischen Imperialismus gehorsam und unterwirft sich seinem Druck. Obgleich die sowjetische Regierung mehrmals angekündigt hat, daß sie die US-Aggression verurteilt"

Die friedliche Koexistenz, von Chruschtschow zum Dogma der sozialistischen Welt erhoben, basiert auf dem Gleichgewicht der Kräfte, welche die Einflußsphären der Großmächte unantastbar machen soll. Versuche der SU, mit bürokratisch-diplomatischen Mitteln Veränderungen herbeizuführen, endeten in der Sackgasse: Westberlin und Kuba. Gleichfalls die amerikanische Politik, den Sozialismus in den der SU vorgelagerten Staaten zu liquidieren.

In Süd-Vietnam entfalteteten sich die revolutionären Klassenkräfte. Das bringt die starren Fronten in Bewegung und versetzt der Weltgendarmrolle der USA empfindliche Schläge. Hier liegt die Aufgabe der Sowjetunion, die revolutionäre Bewegung in Vietnam zu unterstützen.

Die chruschtschowsche Koexistenzpolitik verhinderte diese Unterstützung. Die Auswirkungen dieser Politik werden jetzt für jeden sichtbar. Die chruschtschowschen Fehler werden jetzt mit dem Krieg in Vietnam bezahlt.

Im Laufe der sich verschärfenden Krise werden sich die sozialistischen Länder zusammenfinden müssen, um eine gemeinsame Abwehrfront zu finden, die den Imperialismus in seine Schranken verweist.

Der Leidensweg der vietnamesischen und aller Befreiungsrevolutionen kann entscheidend verkürzt werden, wenn die Werktätigen der kapitalistischen Länder selbst den Kampf für den Sozialismus aufnehmen; solange diese Massen Stützen des Kapitalismus bleiben, wird der Kampf der revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika langwierig und opfervoll sein.

China fürchtet die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus nicht, die chinesische Revolution ist reichhaltig an Erfahrung, wie dieser Kampf geführt werden kann. Die ideologische Offensive Chinas gegen die chruschtschowsche Politik der SU dient schließlich dem Zweck, daß die von der Chruschtschow-Clique gemachten Fehler korrigiert werden, womit in der Sowjetunion die Voraussetzungen geschaffen würden, daß auch sie die Aufgaben, die die Entwicklung der Revolutionen in der Welt der SU stellt, erfüllt.

Dem Westen kommen die gegenwärtigen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art und das Fiasko in der Landwirtschaft der SU zugute. Eine Änderung der falschen Politik Moskaus hätte zur Voraussetzung eine Verstärkung der Rüstungsanstrengungen, größere Förderung der Schwerindustrie und die Anlage ausreichender Reserven, auch an Lebensmitteln. Das könnte nicht ohne eine Umstellung und eine unpopuläre Einschränkung des Lebensstandards vor sich gehen. Der dazu notwendigen Mobilisierung der Massen steht der von der Sowjetführung praktizierte und propagierte Kurs der friedlichen Koexistenz entschieden im Wege. Aber die Opfer, die heute nicht gebracht werden, werden morgen umso größer sein.

Verjährung:

MÜSSEN WIR MIT MÖRDERN LEBEN?

Unter dem Druck der Weltmeinung hat der deutsche Bundestag am 25. März 1965 beschlossen, die Verjährung für NS-Verbrechen nicht am 8. Mai 1965, sondern am 31. Dezember 1969 eintreten zu lassen. Noch im Januar dieses Jahres sagte die Bundesregierung, es sei rechtlich nicht möglich, die Verjährungsfrist zu verlängern, denn sie glaubte, "die Verjährung von NS-Morden würde von der Welt (aber nicht von der sozialistischen) genauso hingenommen werden, wie die 1960 bereits eingetretene Verjährung von NS-Totschlagsdelikten. Sie hatte sich geirrt. Im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten, brach das jahrelang unterdrückte Mißtrauen gegen Deutschland mit ungeahnter Vehemenz aus." (Der Spiegel, Nr. 11, 1965)

Heinrich Knapstein, deutscher Botschafter in Washington, kritisierte öffentlich die Absicht der Bundesregierung, die NS-Verbrechen am 8. Mai 1965 verjähren zu lassen. Mit zahlreichen Telegrammen warnte er Bonn vor der wachsenden Empörung in der amerikanischen Bevölkerung. Die Berichte anderer deutscher Missionschefs bestätigten Knapsteins Alarmrufe. (Die Sowjetunion, Dänemark und fast alle angelsächsischen Länder lassen Kapitalverbrechen nicht verjähren).

Die FDP lehnte aus rechtsstaatlichen Gründen die Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen ab. Die SPD empfahl, die Verjährung aufzuheben, und eine Gruppe von CDU-Abgeordneten mit Ernst Benda an der Spitze befürwortete, sie generell von 20 auf 30 Jahre zu verlängern, wie es im Entwurf des neuen Strafgesetzbuches ohnehin vorgesehen ist.

Angesichts der Tatsache, daß Benda keine Mehrheit in der eigenen Partei fand, und die CDU auch den Vorschlag der SPD ablehnte, mußte er seinen Antrag zurückziehen. "Die beiden großen staatstragenden Parteien fanden sich dann im Recht zusammen" und kühhandelten interfraktionell vor der Abstimmung im Bundestag aus, den Stichtag für den Beginn der Verjährungsfristen auf den 31. Dezember 1949 neu festzusetzen, weil erst am 1. Januar 1950 die gesetzlichen Vorbehalte der Besatzungsmächte auf dem Gebiet der Strafrechtspflege wegfielen. Der bisherige Stichtag des 8. Mai 1945, den die Bundesregierung noch im Januar aus "rechtsstaatlichen" Gründen nicht aufgeben wollte, sei ein "Irrtum des Gesetzgebers" (Jaeger) gewesen.

Wir begrüßen, daß nun vielleicht in den viereinhalb Jahren bis zum 31. Dezember 1969 noch einige Nazi-Mörder verurteilt werden. Aber diese Prozesse offenbaren nicht die wirklichen Ursachen des Faschismus und verdecken die gegenwärtigen Tendenzen einer faschistischen Entwicklung. Die Gefahr des Faschismus wird nicht beseitigt, wenn Gerichte einige Verbrecher des Dritten Reiches verurteilen. Im Gegenteil! Sie wächst, weil die Widersprüche im Kapitalismus sich weiter zuspitzen. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln war und ist die Antriebskraft des Faschismus, nicht Leidenschaften einiger brutaler Individuen. Erst unter den gesellschaftlichen Verhältnissen der faschistischen Diktatur konnten die NS-Verbrecher als gesetzlich legalisierte Mörder im wissenschaftlich geplanten System der Konzentrationslager ihre sadistische Lust ungehemmt austoben. Nicht Macht- oder Mordgier einiger Sadisten verursachten die Verbrechen des Dritten Reiches, sondern die imperialistische Politik des deutschen Kapitalismus.

Die parlamentarischen Vertreter der gegenwärtigen kapitalistischen Herrschaft verdrehen diese Tatsache. Nur der machtgierige Adolf Hitler und seine Anhänger hätten den Rechtsstaat der Weimarer Republik beseitigt, die Nazi-Diktatur errichtet, den Zweiten Weltkrieg angezettelt und den Massenmord in Auschwitz beschlossen. Thomas Dehler sagte in der Bundestags-Debatte über die Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen, 1933 "kam die Macht über uns in die Hand eines rechtlosen, eines ruchlosen Mannes." Der Rechtsstaat der Weimarer Republik erlag, und "der Staat, der dann kam, war ein Verbrecherstaat ... Es war ein Staat, an dessen Spitze verbre-

cherischer Wille am Werk war. Dieser Staat hat Millionen von Menschen für vogel-frei erklärt, die Juden und Schichten der Ostvölker, der Polen, der Russen. Er hat das Todesurteil gesprochen, das dann die Schergen ausgeführt haben. Der Staat hat Verbrechen beschlossen und betrieben."

Dehler meint - und seine Auffassung reflektiert den Standpunkt der westdeutschen Bourgeoisie -, der Faschismus, das Machtinstrument des imperialistischen deutschen Kapitalismus "war ein Verbrecherstaat", weil er eine andere Herrschaftsform des Kapitalismus, die Demokratie, liquidierte. Aber Demokratie und faschistische Diktatur schließen einander nicht aus, sondern sind Herrschaftsformen der Bourgeoisie, die demokratisch regiert, wenn sie ihre Macht parlamentarisch durchsetzen kann, die aber die bürgerliche Demokratie stürzt, wenn sie als Staatsinstrument zu schwach ist. 1933 legte sie den parlamentarischen Bürokratenapparat der Weimarer Republik hinweg, weil er kein geeignetes Instrument für die Vorbereitung ihres Expansionskrieges war.

"Das Recht" wurde 1933 nicht aufgehoben, sondern für die Organisation der faschistischen Diktatur und Kriegsrüstung verändert. Stets hat der Kapitalismus das Recht im Interesse seiner Herrschaft angewendet und umgewälzt, wenn er seine Macht nicht mehr in der alten Form aufrecht erhalten konnte. So ließ die Bourgeoisie nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches Friedrich Ebert die Republik ausrufen, um ihre Herrschaft zu retten. Aber bereits Anfang der zwanziger Jahre bekämpfte sie mit dem militärischen Apparat der Reichswehr das "parlamentarische System" von Weimar. In den dreißiger Jahren zerstörte sie die morsche Republik, die ihrer expansiven Politik im Wege stand. Hitler spielte den Hausknecht der deutschen Bourgeoisie. Ob im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, in der faschistischen Diktatur oder im "demokratischen Rechtsstaat" nach dem Zweiten Weltkrieg - jederzeit benutzt der Kapitalismus die Männer, die seine Herrschaft organisieren und verteidigen wollen.

Als 1946/47 die kapitalistischen Siegermächte im Interesse ihrer imperialistischen Politik gegen die sozialistischen Länder beschlossen, in ihrem Besatzungsgebiet die Restauration des Kapitalismus zu unterstützen, wollten die deutschen Kapitalisten bei dem Wiederaufbau ihrer Herrschaft "nicht ohne die staatserhaltenden Schichten und Personen auskommen, die das Dritte Reich mit getragen hatten." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965). Eine Parallele zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg. Damals übernahm die Weimarer Republik von der Monarchie den bürokratischen Apparat, mit dem die geschlagene deutsche Bourgeoisie ihre Staatsmacht restaurierte.

Nach 1945 zogen Nazis "in Parlamente und Regierungen der Bundesrepublik ein. Ribbentrops Diplomaten eroberten Schreibtische im Bonner Auswärtigen Amt; Hitler-Generale zogen, kaum aus sowjetischer Gefangenschaft zurück, die Bundeswehr-Uniform an Vor allem Justiz und Polizei waren mit Nazis gespickt." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965).

Nationalsozialisten saßen und sitzen in führenden Positionen des westdeutschen Staates; sie sind - wie im Dritten Reich - Werkzeuge der kapitalistischen Herrschaft, deren Justiz in den 20 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einige sadistische KZ-Mörder und andere Kriegsverbrecher aburteilte, während Bürokraten der Massenvernichtungsmaschinerie des KZ-Systems oftmals freigesprochen wurden oder sogar im Staatsapparat der Bundesrepublik dienten. Der Kommentator der NS-Rassengesetze, Hans Globke, war bis zu seiner Pensionierung oberster Beamter des westdeutschen Staates. "Der inzwischen pensionierte oberste Ankläger der Bundesrepublik, Generalbundesanwalt Wolfgang Immorwahr Fränkel, hatte im Krieg in der Reichsanwaltschaft zeitweilig sogar den Blutrichter Freisler an Härte übertroffen." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965). Theodor Oberländer, einst Reichsführer des "Bundes Deutscher Osten" und im Krieg Ausbilder der Spezialeinheit "Nachtigall", die in Lemberg die Zivilbevölkerung brutal ermordete, war Vertriebenenminister. "Und der Staatssekretär im Entwicklungshilfe-Ministerium ist heute jener Friedrich Karl Vialon, der im Krieg als Leiter der Finanzabteilung bei der Behörde des "Reichskommissariats für das Ostland" Wertgegenstände jüdischer NS-Opfer registrierte und die Vermietung von Juden als Arbeitskräfte veranlaßte Der SA-Mann Joachim Loesdau wurde erst im letzten Monat zum Bundesrichter gewählt." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965). Und Kapitalisten -

die das Material für den Massenmord in Auschwitz, Belzec, Chelmo, Majdanek, Sobibor, Treblinka, Buchenwald, Dachau, Bergen-Belsen und vieler anderer KZ-Lager und Gettos lieferten - produzieren auch heute noch Profite.

Die westdeutsche Justiz und die kapitalistischen Siegermächte, "bewältigten die Vergangenheit des Dritten Reiches" in einer Form, die der imperialistischen Politik gegen die sozialistischen Länder entsprach. Nach der sogenannten "Nazi-Umerziehung" durch die westlichen Besatzungsmächte durften 13 293 000 förmlich "Entnazifizierte", 9 833 864 "nicht Betroffene" und der restliche nur der "näheren Verbindung zum Nationalsozialismus" für schuldig befundene Teil der deutschen Bevölkerung den westdeutschen Kapitalismus für die Kriegsrüstung wiederaufbauen. Diese "Entnazifizierung" hat den Nazismus nicht beseitigt, sondern seine Anhänger, nachdem sie symbolisch wie durch eine Desinfektionsanstalt marschiert waren, als von der nazistischen Ideologie Geheilte entlassen - für den Aufbau der kapitalistischen Herrschaft in Westdeutschland. Nur eine sozialistische Revolution hätte die Ursache des Faschismus, den Kapitalismus und damit den Hauptschuldigen der Verbrechen des Dritten Reiches vernichten können.

In der Verjährungsdebatte des Bundestages versuchte man dagegen den Eindruck zu erwecken, die Hauptschuld der Vergangenheit sei gesühnt, weil bis Ende 1964 über 80 000 Deutsche wegen NS-Verbrechen verurteilt wurden. Davon

in der Sowjetunion	ca. 24.000
in Polen	16 819
in der Tschechoslowakei	ca. 16 000
in der DDR	12 807
in der Bundesrepublik	6 115
in den Militärgerichten Frankreichs, der USA und Großbritanniens	ca. 5 000

Diese Statistik veröffentlichte das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL", Nr. 11, 1965. "Die Welt" vom 12. Januar 1965 berichtete, daß 4 539 von den Militärgerichten Frankreichs, der USA und Großbritanniens Verurteilte heute auf freiem Fuß sind, soweit sie nicht inzwischen gestorben sind. Viele wurden schon Anfang oder Mitte der 50iger Jahre begnadigt.

Auch die Mehrzahl der bisher in der Bundesrepublik abgeurteilten Mörder des faschistischen Terrors bestrafte die westdeutschen Gerichte lächerlich milde. "Ein Toter gleich zehn Minuten Gefängnis", sagte ein Staatsanwalt.

"Die Teilnehmer an den Massenexekutionen der Einsatztruppen, die KZ-Schergen und die Henker der Vernichtungslager verdanken ihre gnädigen Urteile der Tatsache, daß die Gerichte sie nicht als Täter betrachten, selbst dann nicht, wenn sie persönlich schossen."

(*"Die Welt"*, 13. Januar 1965)

Wir erschauern über den entsetzlichen Zynismus, der aus dem "rechtsstaatlichen" Grundsatz der westdeutschen Justiz spricht - wenn wir beeidete Aussagen über das scheußliche Mordhandwerk dieser "Gehilfen" lesen. So berichtete der SS-Obersturmführer Kurt Gerstein über die Juden-Vergasung in den Kammern des "Sonderkommandos Belzen der 'affen-SS" bei Lemberg:

"Mütter mit Kindern an der Brust, kleine nackte Kinder, Erwachsene, Männer und Frauen, alle nackt - sie zögern, aber sie treten in die Todeskammern, von den anderen hinter ihnen vorgetrieben oder von den Lederpeitschen der SS getrieben. Die Mehrzahl, ohne ein Wort zu sagen Nach zwei Stunden 49 Minuten springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen vier Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern nach 32 Minuten ist alles tot! Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando die Holztüren. Man hat ihnen - selbst Juden - die Freiheit versprochen und einen gewissen Promillesatz von allen gefundenen Werten für ihren

schrecklichen Dienst. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinandergepreßt in den Kammern. Es wäre auch kein Platz hinzufallen oder auch nur sich vornüberzuneigen. Selbst im Tode noch kennt man die Familien. Sie drücken sich, im Tode verkrampft, noch die Hände, so daß man Mühe hat, sie auseinanderzureißen, um die Kammern für die nächste Charge freizumachen Zwei Dutzend Zahnärzte öffnen mit Haken den Mund und sehen nach Gold. Gold links, ohne Gold rechts. Andere Zahnärzte brechen mit Zangen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern Einige Arbeiter kontrollieren Genitalien und After nach Gold, Brillanten und Wertsachen."

"Gold links, ohne Gold rechts" kalt und sachlich, ohne ideologische Schminke offenbart die Arbeitsmethode dieser "Gehilfen" den materiellen Antrieb der Judenvernichtung.

Bis 1958 verfolgte keine Staatsanwaltschaft der Bundesrepublik NS-Gewaltverbrechen, die außerhalb des westdeutschen Gebietes verübt worden sind. In der amtlichen Sprache des Bundesjustizministeriums hieß das:

"Es gab keine Staatsanwaltschaft in der Bundesrepublik, die als Verfolgungsbehörde des T a t o r t s zuständig gewesen wäre und somit Veranlassung gehabt hätte, nach dem Verbleib der Beschuldigten zu forschen."

1958 fühlte sich zum erstenmal ein Staatsanwalt "zuständig". Erwin Schüle brachte in Ulm Angehörige des Einsatzkommandos Tilset wegen der Erschießung von 5 000 litauischen Juden und Kommunisten vor das Schwurgericht. Er bemerkte, "daß ein erheblicher Teil, insbesondere der im Osten, begangenen NS-Verbrechen noch nicht geahndet worden war."

Im Herbst 1958 beschlossen die Justizminister der Bundesländer, eine Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen" in Ludwigsburg bei Stuttgart einzurichten. Zum Leiter der Zentrale ernannte man Erwin Schüle, der "1933 in die SA und 1937 in die NSDAP" (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965) eingetreten war.

Erst in den folgenden Jahren wurde nach den Männern geforscht, die gegenwärtig im Auschwitz-Prozeß in Frankfurt auf der Anklagebank sitzen. Aber der damalige Bundesjustizminister Fritz Schäffer (CSU) verweigerte 1959 westdeutschen Staatsanwälten amtlich in Polen Akten einzusehen. "Die Beschränkung auf westliche Erkenntnisquellen bedeutete, daß ausgerechnet dort nicht recherchiert werden konnte, wo die meisten NS-Gewaltverbrechen begangen worden waren - in Osteuropa." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965).

Als die DDR, die Tschechoslowakei und Polen immer häufiger belastende Dokumente über die NS-Vergangenheit deutscher Generäle, Richter und Staatsanwälte veröffentlichen, erlaubte die Bundesregierung Ende 1960 den Länderjustizverwaltungen in Ausnahmefällen, die Hilfe polnischer oder tschechischer Behörden in Anspruch zu nehmen. Aber die generelle Aktendurchsicht war westdeutschen Ermittlern nach wie vor verboten.

Nur der Protest der Weltöffentlichkeit gegen die Absicht, NS-Verbrechen am 8. Mai 1965 verjähren zu lassen, zwang die Bundesregierung, daß sie endlich im November 1964 - 19 1/2 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges - der Ludwigsburger Zentrale die Aktendurchsicht in Polen und in der Tschechoslowakei gestattete.

Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung stand der Auseinandersetzung um die Verjährungsfrist der NS-Verbrechen passiv, gleichgültig, teilnahmslos gegenüber.

"Bei einer Umfrage der Tübinger Mickert-Institute sprachen sich 63 Prozent der Männer und 76 Prozent der Frauen dafür aus, mit der Verfolgung von Nazi-Verbrechern aufzuhören. Das ist fast die gleiche Mehrheit der Deutschen, die für die Todesstrafe für Taximörder und Sittenstrolche eintritt." (DER SPIEGEL, Nr. 11, 1965).

Welch grauenhafte Ironie! Der Kopf eines Taximörders oder Sittenstrolches soll fallen für die Gerechtigkeit. Aber sadistische Bestien, die vor den Augen jüdischer Mütter ihre Säuglinge an den Füßen griffen und an Häuserwänden oder Eisenpfählen zerschmetterten, untartete Subjekte, die Hunderte, Tausende in die Gaskammern der Massenvernichtungslager hetzten, gefühlskalte Bürokraten, die Zehntausende erschossen ließen, - sollen nicht mehr verfolgt werden? Die Bundesbürger wollen es nicht, weil sie die Erinnerung an den scheußlichsten Völkermord der bisherigen Menschheitsgeschichte aus ihrem Gedächtnis streichen möchten. Darum müssen wir auch heute noch mit Kaduks leben!

Der Faschismus konnte siegen und seine Verbrechen begehen, weil er durch das deutsche Bank- und Monopollkapital seine SS und SA finanziert bekam. Die Kosten wurden von den Monopolgruppen auf die Kohle- und Stahlproduktion umgelegt. Die Arbeiterklasse war gespalten und darum unfähig, den Faschismus zu besiegen.

Frühere NS-Verbrecher werden nun noch bis zum 31. Dezember 1969 verfolgt werden, aber wo sind die Garantien, daß der Kapitalismus nicht wieder ähnliches finanzieren wird?

Gewerkschaftspolitik:

TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN IM BUNDESTAGS-WAHLJAHR

Nach dem "Erbacher-Abkommen" für die Metallindustrie und dem vereinbarten Urlaubsgeld von 30 % eines Monatseinkommens endete die Tarifbewegung für die 280 000 Stahlarbeiter und Angestellten in der BRD mit einem Begräbnis 3. Klasse. In keiner Branche ist die Kluft zwischen Effektiv- und Tariflöhnen so groß. Die günstige Wirtschaftslage der letzten Jahre wurde nicht von den Gewerkschaften ausgenutzt zur Durchsetzung vernünftiger Tariflöhne, sondern auf betrieblicher Ebene von den Betriebsräten, die sich hierbei auf die Kraft ihrer Belegschaften stützen konnten. Wie bei den Löhnen gelang es den Betriebsräten und Belegschaften auch auf dem Sektor der betrieblichen, jährlichen freiwilligen Sozialleistungen Abschlüsse zu erzwingen, die von Betrieb zu Betrieb zwar recht unterschiedlich, doch 50 - 115 % eines Monatseinkommens betragen.

Das Ergebnis von Erbach brachte der eisenschaffenden Industrie also nichts Neues. Hieraus ist es zu verstehen, daß die Stahlarbeiter die Forderung nach dem 13. Monatseinkommen aufstellten. Mit der Verwirklichung dieser Forderung wären die bestehenden freiwilligen Leistungen tarifiert worden und die Betriebe, deren freiwillige Sozialleistungen 100 % eines Monatseinkommens noch nicht ausmachten, wären in den Genuß des Restbetrages gekommen. Zur Realisierung dieser Gesamtforderung hatten sich die Stahlarbeiter bereit erklärt, die Verkürzung der Arbeitszeit um ein Jahr zu verschieben, und schienen nach Jahren erstmals bereit zu sein, dafür einen längeren Arbeitskampf in Kauf zu nehmen. Jeder Kompromiß, gleich in welcher Höhe, verhiess den Stahlarbeitern keinen materiellen Vorteil, sondern beinhaltete nur die tarifliche Absicherung schon bestehender Leistungen. Dabei zählt für den Stahlarbeiter eben auf Grund der Spanne zwischen tariflicher und effektiver Entlohnung schon lange nur noch der Betrag, der am Ende in seiner Lohntüte erscheint. Für die Organisation jedoch wird jeder Schritt auf dem Wege des Abbaus dieser Spanne eine notwendige Marschstrecke sein, um aus dieser Misere herauszukommen. Dabei gerät sie zwangsläufig in Gegensatz zu den Kollegen in den Hütten.

Das Besondere an der diesjährigen Tarifbewegung in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens war die hervorragende Mengenkonjunktur und verbesserte Erlägs-lage der Stahlindustrie, die an den Stahlboom des Jahres 1960 erinnerte. Die reaktionären Töne, die die Barone von Rhein und Ruhr nach Bekanntwerden der Lohnforderungen anschlugen, standen im krassen Widerspruch zur tatsächlichen Situation dieses Wirtschaftszweiges. Der einfache Stahlarbeiter konnte auf das Studium der Wirtschaftsberichte und Aktionärsbriefe verzichten. Er sah an den rauchenden Schloten und Investitionsvorhaben seiner Hütte, inwieweit die Basis für die Durchsetzung seiner Vorstellungen vorhanden war. Deshalb reagierte er anders als bei den Lohnbewegungen der Vorjahre. Vom Beginn der Tarifbewegung an brachten die Stahlarbeiter durch spontane und anschließend vom Vertrauenskörper gut organisierte Teilstreiks in fast allen Betrieben zum Ausdruck, daß sie entschlossen waren, auch mit den Mitteln des Streiks ihre Forderungen durchzusetzen. Diese Aktionen dürften sich weniger gegen die Betriebsleitungen gerichtet haben, sondern sollten vor allen Dingen der Organisation klammern, nicht in Verhandlungen den faulen Kompromiß zu suchen. Die Organisation auf der Ebene Nordrhein-Westfalens einschließlich der Bezirksleitungen führte unter dem Eindruck dieser Bewegung anfänglich eine harte Sprache und machte sich dabei auch zum Sprecher dieser Aktion. Anders der Vorstand.

Der Vorstand der I.G.-Metall vertritt in entscheidenden politischen Tages- und Grundsatzfragen (wie zum Beispiel in der Notstandsfrage) eine der SPD entgegengesetzte Meinung. Es scheint so, daß sie, veranlaßt durch die angeblich von der SPD geglaubten negativen Auswirkungen des Streiks in Württemberg-Baden auf die Landtagswahlen, sich dem Vorwurf der Partei ersparen möchte, hiermit danu beigetragen zu haben, den erhofften Wahlsieg zu gefährden. Die Mitglieder der großen Tarifkommission Nordrhein-Westfalens sollten aus den stürmischen Debatten und Abstimmungsergebnissen folgende Lehren ziehen:

Wenn die Forderungen, die von den Kollegen in den Betrieben aufgestellt werden, verwirklicht werden sollen, müssen sie von unten her die Kraft entwickeln, die den Vorstand der I.G.-Metall zwingt, sich gegen die SPD-Führung durchzusetzen. War der Vorstand diesmal in der Lage, mit der Anwendung der 21-tägigen Friedenspflicht die Bewegung abubrechen, so folgt daraus, daß diese Zeit zur Mobilisierung der Kollegen in den Betrieben hätte ausgenutzt werden müssen. In Zukunft kommt es darauf an, nicht nur aus der radikalen Stimmung heraus gegen den Vorstand zu opponieren, sondern geschickt auf seine Taktik einzugehen. Führt diese Taktik zu einem faulen Kompromiß, kann durch die in den Betrieben entwickelte Kraft der Vorstand zum entschlossenen Handeln gezwungen werden.

Anmerkung: Auf Grund der Abstimmungsergebnisse in der großen Tarifkommission NRW, insbesondere bei der Annahme des Manteltarifvertrages für die metallverarbeitende und eisenschaffende Industrie, haben die Vertreter des Bezirks Hagen in der letzten Woche eine Entschließung eingebracht, in der sie die Einschränkung des Stimmrechts der bezahlten Funktionäre fordern.

VERSUCHT DIE SPD DIE ANGESTELLTENARBEIT DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES ZU BETRIFLUSSEN?

Wenn in früheren Jahrzehnten der Arbeiter an der Maschine der entscheidende Mann für den Produktionsablauf war, so muß heute langsam davon ausgegangen werden, daß im zunehmendem Maße der qualifizierte Fachmann im Angestellten-Verhältnis es ist, von dem der Produktionsablauf abhängt. Das Personal der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen und Arbeitsvorbereitungen der großen Werke ist heute schon mehr oder weniger in der Lage, durch die Programmausarbeitung die Höhe der Produktion entscheidend zu beeinflussen. Konnte man in früheren Jahrzehnten nur mit Hilfe der organi-

sierten Arbeiter durch Einflußnahme auf die Produktion Forderungen durchsetzen, so dürfte dieses ohne die Mitwirkung dieser für die Produktion entscheidenden Angestelltenschichten nur noch schwer möglich sein. In dem Maße also, in dem der Computer den Arbeiter ersetzt, fällt dem Mann der Kybernetik eine entscheidende Rolle zu. Schon jetzt ist das Verhältnis Angestellte / Arbeiter in der Schwerindustrie 1 : 3,8. Bei den Betriebsratswahlen in Bremen ziehen zum erstenmal in der Flugzeugindustrie VFW (größter Betrieb der Flugzeugherstellung und -entwicklung mit Krupp-Mehrheit) mehr Angestellte als Arbeiter in den Betriebsrat ein.

Bei dieser auf uns zukommenden Entwicklung, bei der die Zahl der Angestellten rasant ansteigt, und die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter relativ im Sinken begriffen ist, dürfte es zu einer Existenzfrage der Industriegewerkschaften, allen voran der I.G.-Metall, werden, die Angestellten zu organisieren.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat diese Strukturveränderung auf dem Arbeitskräftesektor klar erkannt und versucht, als Standesorganisation der Angestellten, die Angestellten für sich zu gewinnen. Soziologisch gesehen setzt sich die DAG aus den unterschiedlichsten politischen Gruppen zusammen. Von dem ehemaligen deutschnationalen Handlungsgehilfenverband bis zu den Hirsch-Dunkerschen und "gelben" Gewerkschaften erstreckt sich das politische Erbe der DAG. Vergessen wir dabei nicht, daß es der deutschnationale Handlungsgehilfenverband war, der den Antisemitismus an seine Fahnen geheftet hatte, als die NS-Organisationen in dieser Frage noch zahme Kinder waren. Nach 1945 bestand die Aufgabe der DAG darin, die Ergebnisse der Tarifpolitik der Industrie-Gewerkschaften zu kolportieren und als ihr eigenes Verhandlungsergebnis zu publizieren. In den Lohnauseinandersetzungen selbst trat sie als Bremse auf, demonstrierte die Sozialpartnerschaft und als Erguß ihrer Politik, schlug sie sich bei den Aussperrungen des Arbeitskampfes der Metallindustrie in Württemberg-Baden 1963 auf die Seite der Unternehmer und betätigte sich als Streikbrecherorganisation.

Politisch lehnte sie sich bis vor kurzem eng an die SPD an. Der Funktionskörper der DAG ist im allgemeinen in der SPD organisiert bis hinauf zum Vorsitzenden Rolf Späth. In den großen Betrieben Bremens, Hamburgs und anderer Städte stellt sie in den Betriebsräten im wesentlichen die Angestellten-Vertreter. Darüber hinaus gelingt es ihr, über die Partei mit Hilfe der in den Industriegewerkschaften organisierten Arbeiter ihren DAG-Vertreter zum 2. Betriebsratsvorsitzenden zu wählen. Über diese Funktion verschafft die DAG sich die Möglichkeit, die Angestellten organisatorisch zu erfassen.

Alle Anstrengungen der Industrie-Gewerkschaften, besonders der I.G.-Metall, bei der Wahl und der Konstituierung der Betriebsräte die Angestelltenarbeit in den Griff zu bekommen, scheiterten bisher an dem Verhalten der SPD bzw. der SPD-Mitglieder, die es lieber sahen, mit SPD-organisierten DAG-Mitgliedern zusammenzuarbeiten, als mit Kollegen der I.G.-Metall, die oft eine der SPD nicht genehme Politik vertraten. Der Einfluß der SPD auf die Industriegewerkschaften auf der Ebene der Betriebe, Ortsverwaltungen und Bezirke führte hieraus zu ständigen Spannungen zwischen Industriegewerkschaften und der Partei. Die Betriebsgruppen der SPD lehnen bei der Konstituierung der Betriebsräte I.G.-Metallkollegen ab und unterstützen hier die DAG im Interesse der Parteizugehörigkeit.

Seit einiger Zeit versucht nunmehr der Parteivorstand der SPD, den DGB davon zu überzeugen, die DAG als 17. Industriegewerkschaft in die Dachorganisation aufzunehmen. Dabei sollen die bestehenden Industriegewerkschaften einschließlich ÖTV ihre Angestellten an die DAG abgeben. Der Gewerkschaft Handel-, Banken und Versicherungen wird sogar zugemutet, ihre Existenz ganz an den Nagel zu hängen und sich in die DAG überführen zu lassen. Interessant ist es, die Frage zu stellen, ob durch die Initiative Bürgermeister Nevermanns/Hamburg (der Vorstand der DAG hat seinen Sitz in Hamburg) ein offizielles Gespräch zwischen dem SPD-, DGB-, DAG-Vorstand und Vorstandsmitgliedern aller Industriegewerkschaften stattgefunden hat, bei dem sich die SPD zum Sprecher der DAG machte.

ÖTV und I.G.-Metall sind nach "Hörensagen" die entschiedensten Gegner dieses Unterfangens gewesen. Der DGB soll hierbei dem SPD-Vorschlag soweit entgegengekommen sein, daß er bereit war, die Gewerkschaft HBV der DAG zu überführen und den Bereich des Dienstleistungsgewerbes mit 5 Mill. Beschäftigten der DAG als Rekrutierungsfeld und damit die Möglichkeit einer Großgewerkschaft zuzugestehen. Gerade in den Kreisen der Gewerkschaft HBV dürften diese Gespräche mit großem Unwillen aufgenommen werden. Bei diesem Gespräch waren die gestellten Bedingungen der DAG, alle Angestellten in die DAG zu überführen, natürlich für die Gesprächspartner unmöglich zu akzeptieren. Geht man davon aus, daß auch der SPD-Vorstand die zunehmende Bedeutung der Angestellten in unserer Wirtschaft erkannt hat, ist es einfach unverständlich, wie sie hier bereit ist, sich zum Sprecher der DAG-Vorstellungen zu machen. Es sei denn, sie ist in ihrem Wahlopportunismus derart auf den Hund gekommen, daß sie diese grundsätzlichen Fragen zum Spielball ihrer Wahltaktik macht. Der DAG-Vorstand, der die Klaviatur dieser Manipulationen zu spielen versteht, empfing zum gleichen Zeitpunkt geschickt den Vorstand der FDP, betonte die gemeinsamen Interessen in der Partei und ihrer Organisation, um der SPD hier vielleicht zu zeigen, daß sie sehr wohl imstande sei, mit anderen bestehenden Parteien zu liebäugeln. Der FDP, der es an der Massenbasis fehlt, kommen solche Bestrebungen natürlich nicht ungelegen. Durch die Haltung der I.G.-Metall und der ÖTV und nach dem fruchtlosen Ausgang dieser Verhandlungen bemüht sich die DAG natürlich um so mehr, in die Mitgliederphalanx der I.G.-Metall einzubrechen, um dann mit dem Druck dieser bei ihr organisierten Angestellten der Großbetriebe den DGB für weitere Verhandlungen gefügig zu machen. Die DAG hat hierbei ihr Vorhaben langfristig abgesteckt. Es kommt ihr darauf an, über den DGB die internationale Anerkennung zu finden, und der SPD hilft es im Falle einer Regierungsmehrheit, wenn sie es mit einer ihr genehmen großen Gewerkschaft zu tun hat, die ihr die Möglichkeit bietet, ihren Einfluß im DGB gewichtiger zu gestalten. Ausgehend von der Strukturveränderung auf dem Arbeitsmarkt wird die Aufgabe der organisatorischen Erfassung der Angestellten zu einer Existenzfrage der Industriegewerkschaften. Der Sozialdemokratie ist Partnerschaft oberstes Gebot. Die Industriegewerkschaften dagegen dürfen es sich nicht erlauben, auf den organisierten Angestellten zu verzichten und ihn einer Organisation zu überlassen, die keine Kampforganisation und damit tarifunfähig ist. Sonst können die Gewerkschaftsaufgaben nicht gelöst werden, wenn Automation und Überproduktion die Gewerkschaften zu Auseinandersetzungen mit dem Kapital zwingen.

MAIKUNDGEBUNG IN NÜRNBERG

Das Wetter ließ vom diesjährigen 1. Mai mehr erwarten, als die Veranstalter der Maikundgebung auf dem Hauptmarkt zu geben bereit waren. Immerhin fanden sich etwa 10 000 Menschen zusammen, unter denen der mit der Nürnberger Arbeiterbewegung vertraute Besucher viele bekannte Gesichter erblicken konnte. Man mußte dadurch den Eindruck gewinnen, daß der Kreis, der im Feiertag der Arbeit eine ernste Verpflichtung erblickt, immer derselbe bleibt und tatsächlich ist der Anteil der jugendlichen Besucher verhältnismäßig klein.

Auffallend war auch die Diskrepanz zwischen den offiziellen und den von einzelnen Gruppen gezeigten Transparenten. Während der DGB die Losung: "Wichtig ist der Mensch" in den Mittelpunkt stellte, zeigten spanische Gastarbeiter Transparente wie: "Wir fordern Freie Gewerkschaften in Spanien" oder "Unterstützt den Kampf um die Freiheit unseres Volkes". Als wirklich zeitnahe politische Forderungen zeigten sich die Transparente mit den Aufschriften "Hände weg von Vietnam - Abzug aller fremden Truppen" oder "Frieden in Vietnam, bevor ein Weltbrand entsteht", "Verhandlungen in Vietnam statt schmutzigen Krieg" und ein aktuelles Transparent mit der Aufschrift: "Weg mit den Notstandsgesetzen".

Der Kreisbevollmächtigte des DGB, Dr. Hagin, eröffnete schließlich um 10,30 Uhr den offiziellen Teil der Kundgebung unter namentlicher Benennung der zahlreichen Honoratioren der Stadt und der Parteien und verwies auf die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Zustände heute ohne die Existenz der Gewerkschaften nicht vorstellbar und möglich wären. Nach ihm sprach der Vertreter der Stadt, Oberbürgermeister Dr. Urschlechter, ein sozialdemokratischer Verwaltungsfachmann, der sich bemüht glaubte, den "Feiertag" der Arbeiter zu einem Appell an die bürgerliche Gesamtverantwortung benützen zu müssen, und sehr viel von Bürgergeist und Bürgersinn sprach, umsoweniger aber vom eigentlichen Inhalt des Maifeiertages und seiner Bedeutung für die Arbeiterschaft.

Hauptsprecher des Tages war Waldemar Reuther vom Bundesausschuß der Deutschen Gewerkschaften.

Er leitete seine Ausführungen ein mit einem allgemeinen Hinweis auf die Bedeutung des Tages für die schaffende Bevölkerung im Zusammenhang der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung und sprach sehr viel von der Bedeutung der Solidarität. Verdienten Beifall gab es beim Hinweis auf die Opfer der vergangenen Kriege und auf die Leiden der Gefangenen in den hitlerischen KZ's. Nunmehr folgte eine Kommentierung des gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes mit der Forderung nach mehr Freizeit, mehr Urlaub, Forderungen nach größerer sozialer Sicherheit durch Reformierung der Sozial- und Rentenversicherungen, lauter Forderungen, die sicherlich, wenn auch ungezollt, Beifall fanden. Die Anprangerungen der ungleichen Vermögensverhältnisse und der ungerechten Vermögensbildung schien bei den Massen schon mehr anzukommen und man spürte, daß der Redner versuchte, sich seinem rhetorischen Gipfelpunkt zu nähern. Er kritisierte den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bildung von Vermögen auf breiter Grundlage als ungenügend und bezeichnete ihn als einen Plan, der im Höchstenfalle der Sparförderung dienlich sei, jedoch niemals geeignet, die Vermögenssituation in der Bundesrepublik anders zu gestalten. Im Großen und Ganzen war seine Rede ein Bekenntnis zum bürgerlichen Staat und zur kapitalistischen Wirtschaftsform, wenn er auch die Planklosigkeit der Staatsregierung angriff und de Gaulles politische Handlungen in Frankreich auf einen Plan zurückführte. Was dies für ein Plan sein sollte, hat er nicht gesagt. Immerhin wolle man (die Gewerkschaften) nicht die Kuh schlachten, die gemolken werden soll (die Kapitalisten), wie der Redner ausführte, wobei man also unter keinen Umständen verstehen kann, daß er den Kapitalismus beseitigt sehen möchte.

Ebensowenig konsequent wie seine gewerkschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Ausführungen waren seine Beurteilungen der weltpolitischen Situation in Bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands als auch der gespannten Situation in Vietnam. Er machte beide Seiten für das Nichtzustandekommen der Wiedervereinigung verantwortlich, natürlich nicht, ohne die übrigen Tiraden von unserer Freiheit und der Unfreiheit im Osten. Man fühlt sich dabei an ein Wort Schillers erinnert, der sagte: "Woran erkennt man den besten Staat, daran mein Freund, daß man von ihm nicht spricht!" So scheint es auch mit der Freiheit zu sein. Leidenschaftlich appelliert er an die USA, in letzter Minute dem Krieg in Vietnam Einhalt zu gebieten, nimmt den Beifall entgegen und erklärt mit einem Seitenhieb, natürlich sind die bösen Nordvietnamesen schuld (wieder Beifall). Noch viel von Freiheit, Verteidigung der Freiheit, Recht auf Freiheit -.

Der Redner ist am Ende, seine Zuhörer müde und ebenso müde klingt über den Platz das alte Kampflied: "Brüder, zur Sonne zur Freiheit".

Von 1951 bis 1957 wurden in Deutschland durch die Automatisierung jährlich 7 Prozent der Arbeitsplätze eingespart. Nach 1957 hat sich der Prozentsatz laufend erhöht. Lediglich durch die Hochkonjunktur sind bisher noch keine Auswirkungen dieser Tatsache zu verspüren.

In Bremen war auch der diesjährige 1. Mai ein "Kampftag der Arbeit", wenn man den Eröffnungsworten Richard Boljahn's zur Kundgebung auf dem Domshof Glauben schenken darf. Im Gegensatz zu anderen Städten mögen diese Worte eine gewisse Berechtigung haben, wurde doch auch in diesem Jahr in Bremen ein Marsch durch die Straßen organisiert und durchgeführt, wenn auch die Organisation dieses Umzuges mangelhaft war. Die Beteiligung war größer als vom DGB erwartet.

Im DGB-Zug demonstrierte lediglich die Klöckner-Hütte gegen die westliche Vietnam-Politik mit dem Transparent "An Alle! Erhaltet den Frieden - Hände weg von Vietnam!!". Gegen die Notstandsgesetzgebung protestierte neben der Klöckner-Hütte auch die I.G.-Druck und Papier.

Wie im vorigen Jahr, so fuhren auch diesmal mehrere Reklamewagen für Limonade im Umzug mit. Kein Ordner hielt es für notwendig, diesen offensichtlichen Mißbrauch der Veranstaltung der Werktätigen für privatkapitalistische Reklamezwecke zu verhindern - eine Tatsache, die alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter veranlassen sollte, dagegen beim DGB Bremen zu protestieren.

Dem Zug des DGB hatten sich wie jedes Jahr die Bremer "Falken" und die Atomwaffengegner eingegliedert. Sie bildeten auch die einzigen Züge, die entschieden gegen die Notstandsgesetzgebung, die Atombewaffnung Mitteleuropas und gegen die amerikanische Politik in Vietnam protestierten.

Besonders ein Transparent der Falken - "Vietnam will Frieden - USA wirft Bomben" - erregte den Widerspruch des Bremer DGB-Vorsitzenden Richard Boljahn und seiner Ordner-Herde, die mit aller Macht versuchten, das Transparent auf der Kundgebung auf dem Domshof zu verbieten und gewaltsam einzurollen - mit der Begründung, der Aufruf sei "antiamerikanisch" (!).

Die Hauptrede auf dem Domshof hielt der schwedische Kulturminister, der Sozialdemokrat Olaf Palme. Er sprach vom Segen der bürgerlichen Demokratie und Freiheit, von E.G. und EFTA, beklagte sich über die Mauer und die Teilung Deutschlands; er sprach stellvertretend für irgendeinen deutschen sozialdemokratischen Bürokraten.

+

Am Nachmittag des 1. Mai veranstalteten die Bremer "Falken" eine Versammlung, auf der Dr. Heinrich Hannover sprach: "Die totale Erfassung des Volkes durch die Notstandsgesetze".

Vor überwiegend jugendlichen Zuhörern wies er die irrationalen Gedankengänge nach, mit denen vor der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Notstandsgesetzgebung propagiert wird.

Es gibt weder eine Bedrohung unseres Staates von außen, noch eine Bedrohung unserer "Freiheit" durch Waffengewalt. Es gibt aber eine Bedrohung von innen, nämlich gerade von jenen Kräften, die diese Bedrohung mit der Notstandsgesetzgebung zu verhindern vorgeben.

Die eigentliche Problematik der Notstandsgesetzgebung liegt in den 12 sogenannten Nebengesetzen, wie Zivildienstgesetz u. a. Gerade diese Gesetze laufen darauf hinaus das gesamte zivile Leben zu militarisieren, das Volk total zu erfassen. Daß diese Gesetze der offenen, staatlich sanktionierten Diktatur des Bürgertums dienen, bedarf keiner großen Beweisführung. Das Zivildienstgesetz zum Beispiel unterscheidet zwischen Zivildienstverpflichteten - die Werktätigen und Zivildienstberechtigten - die Unternehmer und die staatlichen Organe. In den neuen Entwürfen ist der Wortlaut zwar geändert worden, der Inhalt und das Wesen aber gleichgeblieben.

Hinzu kommt, daß die meisten Befürworter, auch jene Politiker, die in den Fachausschüssen darüber beraten, nicht einmal den Wortlaut dieser Gesetze kennen, wie Hannover ausführte.

Heinrich Hannover schloß mit den Worten:

"Liebe Freunde, die Sache ist leider ernster, als wir es uns im Augenblick eingestehen wollen

Ich hoffe, daß Ihnen allen deutlich geworden ist, daß es sich hier um Gesetze handelt, die nicht geeignet sind - ja, ich fürchte fast, auch nicht dazu bestimmt sind - die Freiheit zu verteidigen. Denn man kann die Freiheit nicht verteidigen, indem man die Freiheit abschafft. Und das geschieht durch diese Gesetze. Man kann aus Angst vor dem Tode Selbstmord begehen. Man kann aus Angst vor dem Kommunismus sich dem Faschismus in die Arme werfen.

Unser Volk und die gewählten Repräsentanten unseres Volkes sollten gewarnt sein."

In der anschließenden Diskussion wurde fast einstimmig der verstärkte aktive Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung gefordert. Ein sozialdemokratischer Jugendsprecher mußte sich auf seine Einwände hin - es sei schwierig, den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu unterstützen, da er doch kommunistisch gelenkt sei - sagen lassen, den Kampf aus den eigenen Reihen und durch eigene Gedanken zu mobilisieren, statt alle Aktionen und Proteste bürokratisch nach "kommunistisch" und "nicht kommunistisch" einzuordnen. Es sei absurd anzunehmen, der Klassengegner und der Staat seien das kleinere Übel gegenüber der eventuell kommunistisch beeinflussten Aktion.

Es schälte sich in der Diskussion heraus, daß die Gewerkschaft die geeignete Organisation ist, die die Notstandsgesetze, wenn überhaupt erfolgreich bekämpfen kann, wobei die Frage des Generalstreiks als letztes Mittel in Betracht gezogen werden müsse.

♦

Wenn der 1. Mai 1965 in Bremen ein Kampftag der Arbeit war, dann haben die Bremer "Falken" entscheidend dazu beigetragen; denn durch ihre Veranstaltung sind die jungen Mitglieder und Gewerkschafter an die wirklichen Probleme herangeführt worden, die heute und entscheidend hier in Deutschland bewältigt werden müssen: Die Verhinderung der Notstandsgesetze.

Da erhoben sich Stimmen, die also sprachen: "Sehet, wie alle unsere Hoffnung getäuscht worden ist, ist da nicht Schuld? Prüfen wir, wessen Schuld es ist." - Da ließen die neuen Herren alle jene töten, die so sprachen, und sie sagten: "Ein jeglicher, der da aufsteht und will es wahrhaben, daß der Dornbusch verbrannt ist, soll eines schändlichen Todes sterben. Denn nur dem Feinde leuchtet sein Licht nicht, nur er friert in seiner Wärme." So sprachen die neuen Herren auf dem Aschenhügel und um sie war eine große Helle, sie kam vom Lichte der Fackeln in den Händen der neuen Sklaven.

Und wieder standen welche auf, in ihnen lebte die Zukunft wie das Ungeborene in der Trächtigen, die sagten: "Der Dornbusch ist verbrannt, weil es bei uns aufs Neue Herren gibt und Sklaven, ob wir ihnen schon andere Namen geben. Weil es Lüge bei uns gibt und Niedertracht und Erniedrigung und Gier nach Macht, laßt uns anderswo neu beginnen.."

(Manès Sperber)

Nachtrag:

USA überfallen Dominikanische Republik

Der demokratische Präsident Lyndon B. Johnson, Verteidiger des bundesdeutschen Selbstbestimmungsrechts, hat zwei Divisionen amerikanische Soldaten nach Santo Domingo geschickt - 22 000 Mann - damit er selbst bestimmt über die 3,4 Millionen Dominikaner. In seiner Rede am 3. Mai erklärte Johnson, er sei entschlossen, ein zweites Kuba zu verhindern, die Nation sei entschlossen, kein zweites Kuba auf der westlichen Halbkugel zu dulden... Johnson tritt aber auch für "eine freigewählte demokratische Regierung in Santo Domingo" ein.

Das ist die Fortführung der alten USA-Politik in Lateinamerika. Neu ist auch nicht die Intervention, sondern nur die Eile, mit der die Verbündeten der USA ihre Unterstützung und Billigung von sich geben. Nur de Gaulle distanziert sich - nicht von der Berechtigung der USA zur Intervention; er verneint aber die Notwendigkeit im jetzigen Stadium, da die USA nicht wie im Falle Kuba von Santo Domingo bedroht sei.

Die Eile, mit der der Überfall vollzogen wurde, ist mit der Notwendigkeit des Schutzes der Amerikaner und der Fremden begründet worden. Deshalb auch wurde weder der USA-Senat noch die OAS der Lateinamerikaner informiert.

Mitte Mai wird berichtet, daß 2700 Amerikaner und 1400 Fremde evakuiert wurden. Die amerikanischen Truppen, "Ledernacken" und Luftlandetruppen, besetzten ein 35 Quadratkilometer großes Gebiet zum Sammeln der zu Evakuierenden. Daß irgendeinem bedrohten Amerikaner oder Fremden auch nur auf die Zehen getreten worden sei, wurde trotz aller Geschwätzigkeit nicht berichtet.

Um die Intervention Amerikas als Wiederaufnahme seiner Kolonialpolitik verständlich zu machen, folgende kurze Hinweise:

Von 1916 bis 1924 besetzten "Ledernacken" auf Befehl des amerikanischen Präsidenten Wilson, der damalige Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die Dominikanische Republik. Dann folgten 31 Jahre Terrorsystem durch den katholischen Diktator Rafael Trujillo, gestützt von der USA. Trujillo eignete sich im Laufe seiner Herrschaft 65 Prozent der lebenswichtigen Zuckerproduktionsstätten und 35 Prozent des Ackerlandes an. Er hielt vom Salzmonopol bis zur Wäscherei für die Armee sämtliche Verdienstquellen besetzt. Seine Geheimpolizei folterte und ermordete Zehntausende Dominikaner.

1962 wurde Trujillo ermordet. Angeblich soll Präsident Kennedy Juan Bosch gestützt haben, der unter internationaler Kontrolle zum Präsidenten gewählt wurde. Nach siebenmonatiger Amtszeit wurde er von der Offiziers-Clique gestürzt, die durch die Kürzung der Militärausgaben "bedroht" war. An der Spitze der Bosch-Stürzer stand General Wessin y Wessin, der jetzt nach der ersten Landung der amerikanischen Truppen auf die Rebellen, die die Offiziers-Clique bereits besiegt hatten, schießen ließ. An der Spitze der Rebellen, die für die Amtsübernahme Bosch's eintreten, steht Caamano, der von der legalen Mehrheit, die nach dem Sturz Trujillo's Bosch gewählt hatte, zum provisorischen Präsidenten gewählt wurde. Aber Caamano wird von Johnson nicht anerkannt.

Der amerikanische Geheimdienst hat angeblich festgestellt, daß 58 Kommunisten die Rebellen, die von ihnen unterstützt werden, und scheinbar auch die amerikanische Armee - 22 000 Mann - umzingeln.

Ist Präsident Johnson nicht ein höchst ehrenwerter Kämpfer für das Selbstbestimmungsrecht ???

Jede Mitarbeit und Kritik ist uns willkommen. Zuschriften unserer Leser bitten wir zu richten an Fritz Stein, 28 Bremen, Lohmannstr. 96.

Bremen, 22. Mai 1965

